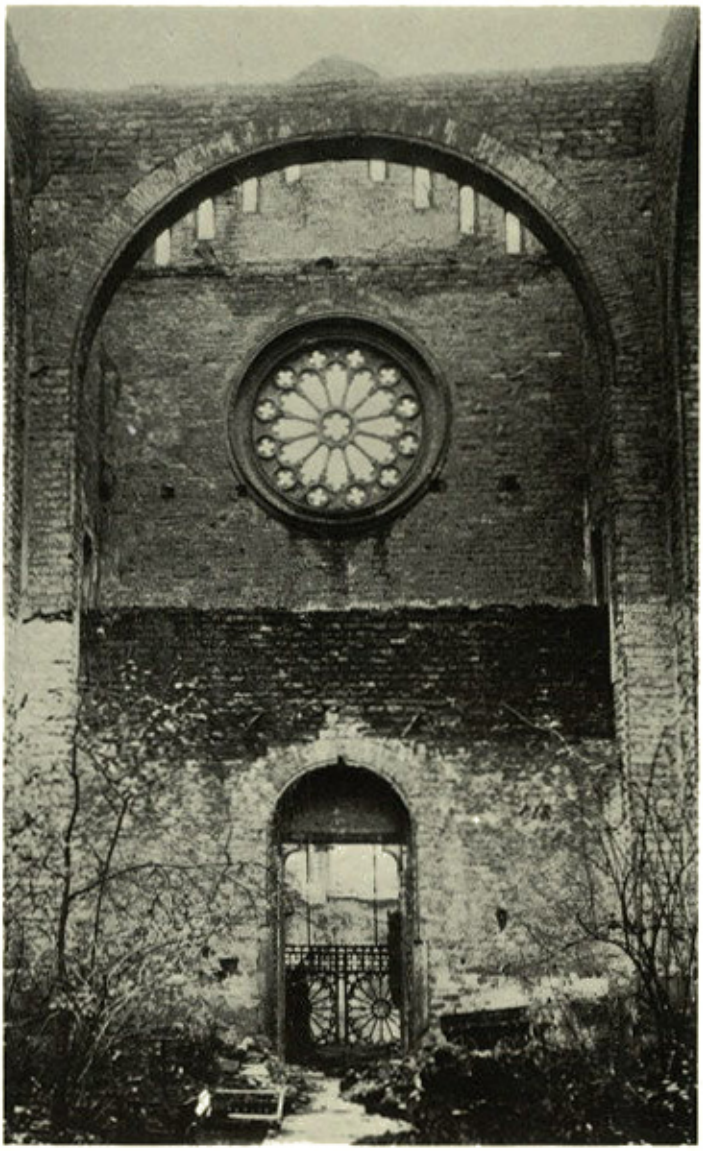
Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945

Darstellung



von
Hans-Joachim
Fliedner

Herausgegeben
vom Stadtarchiv
Mannheim

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

DIE JUDENVERFOLGUNG IN MANNHEIM 1933-1945

DARSTELLUNG

von Hans-Joachim Fliedner

Herausgegeben vom
Stadtarchiv Mannheim

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Alle Rechte vorbehalten. © 1971 Verlag W. Kohlhammer GmbH. Stuttgart Berlin Köln Mainz. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung W. Kohlhammer GmbH. Grafischer Großbetrieb Stuttgart. Printed in Germany.
ISBN 3-17-079033-1
Band 1: 3-17-079031-5



VERÖFFENTLICHUNGEN
DES STADTARCHIVS MANNHEIM

Band 1

Geleitwort

Mit den beiden vorliegenden Bänden einer Dokumentation zur Geschichte unserer jüdischen Mitbürger in den Jahren 1933–1945 wird die Reihe »Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim« begonnen. In ihr sollen als Darstellung und Quellenpublikation wissenschaftliche Forschungen veröffentlicht werden, die zur Erkenntnis des Werdens und Wachsens, des Wirkens und Wollens unserer Stadt als eines auch über die Gemarkung hinausgreifenden, Impulse empfangenden und ausstrahlenden Lebensraumes beitragen. Allgemein historische, zeitgeschichtliche, kultur-, verwaltungs- und strukturgeschichtliche Themen werden diesen Schriften den Inhalt geben. So soll die Reihe der Förderung der Geschichte der Stadt Mannheim im allgemeinen und der Erschließung ihrer Quellen im besonderen dienen. Sie ist ein Teil der Dokumentationstätigkeit des Stadtarchivs und will den Kreis derjenigen ansprechen, die nah und fern sich unserer Stadt verbunden und zur geistigen Auseinandersetzung mit ihr angeregt fühlen.

Dieser Zielsetzung scheinen nun gerade diese beiden ersten Bände kaum zu entsprechen. Nicht vom Werden und Wollen, von ausstrahlenden Impulsen unserer Stadt ist in ihnen die Rede, sondern von Leid und Grauen, von Schmach und Schuld.

Aber die Stadt – einst Sitz der blühendsten jüdischen Gemeinde Badens, Empfängerin vieler Förderungen durch ihre jüdischen Mitbürger – war es ihnen, den vielen Toten und den wenigen Überlebenden, war es der geistigen Aufgabe der Gegenwart und der Zukunft schuldig, als erste Schrift dieser Reihe eine Dokumentation vorzulegen, die die damaligen Geschehnisse, soweit möglich, festzuhalten versucht, darunter insbesondere das tiefbewegende menschliche Zeugnis von der inneren Haltung, mit der die jüdische Gemeinde ihr Schicksal nicht nur erlitten, sondern bis zuletzt selbst gestaltet hat.

Der Verfasser hat nach einem langen und mühsamen Quellenstudium besonders eindrucksvolle Dokumente ausgewählt und gewissenhaft ausgewertet. Dabei konnte nur dieses oder jenes einzelnen jüdischen Mitbürgers, stellvertretend für viele, namentlich Erwähnung getan werden. Auch war es häufig nicht der Wunsch der Überlebenden – soweit sie sich überhaupt zum Sprechen über die Zeit des Schreckens und der Pein entschließen konnten –, daß ihres Einzelschicksals besonders gedacht würde. So muß in vielem auch über dieser Darstellung die Anonymität der Gemeinsamkeit des durchlebten und durchlittenen Schicksals ausgebreitet bleiben. Und doch kann mit ihr das große Schweigen, der Hang zum falschen Vergessen durchbrochen werden mit einem Aufschrei des Erschreckens über das, was geschah, mit einem Anruf

an alle, wachsam zu sein über Ansätzen zu Entwicklungen, die auch eine ob ihrer geistigen Toleranz in der Geschichte bekannten Stadt zum Schauplatz der Unmenschlichkeit machen konnten.

Die vorgelegten Bände vermögen keine Wunden zu heilen. Die Wunden, die damals dem Einzelnen und seinen Freunden, die der geistigen Substanz der Stadt geschlagen wurden, bleiben. Die jeder Dokumentation vorgegebene Nüchternheit reicht nicht an sie heran. Aber es ist – so Theodor Heuss – »die Aufgabe, aus der Nüchternheit eine Gesinnung zu entwickeln, die in dem Menschen, gleichviel welcher Rasse oder Konfession, nur eben den Mitmenschen zu erkennen, zu bewerten, zu achten lernt«.

Die Dokumente sprechen für sich. In der Beurteilung kommt bei aller verpflichtenden Bemühung um Objektivität die persönliche Auffassung des Verfassers zum Ausdruck. Mancher Überlebende wird die schrecklichen Ereignise in einem anderen Lichte sehen als der Verfasser, der im Jahre 1940 geboren wurde. Der wissenschaftliche Charakter der Arbeit ist gewährleistet; sie wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als Dissertation angenommen.

So seien denn diese Bände – mit dem Dank an den Verfasser, das Stadtarchiv und alle Helfer – auf ihren Weg gegeben, denen, deren Schicksal sie anrühren, als Zeichen des inneren Bemühens der Stadt, ein Wort über den Abgrund des Infernos hin zu finden, allen anderen als Hilfe zu der Erkenntnis, daß es sich bei der inneren Einstellung zu einer Begegnung mit diesen – oder ähnlichen – Veröffentlichungen vielleicht um etwas wie eine Bewährung unserer Gewissensprüfung handelt.

Mannheim, im Juli 1971

Dr. Hans Reschke
Oberbürgermeister

Der Satz »Ich hasse die Juden« gehört zu denen, die man in einer Gruppe ausspricht. Indem man das tut, schließt man sich einer Tradition und einer Gemeinschaft an: denen der Mittelmäßigen.

Gewiß, alle Feinde des Juden verlangen nicht seinen Mord am hellichten Tag, aber die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen, die alle seine Erniedrigung, seine Entehrung, seine Verbannung bezwecken, sind Ersatz für den Mord, über den sie in ihrem Innern nachsinnen: es sind symbolische Morde!

Der Antisemit ist ein Verbrecher: auch hier flieht er seiner Verantwortung, er hat seine Mordinstinkte zensiert, aber er hat das Mittel gefunden, sie zu befriedigen, ohne sie sich einzugestehen. Er weiß, daß er böse ist, aber da er das Böse für das Gute tut, da ein ganzes Volk von ihm die Befreiung erwartet, betrachtet er sich als einen geheiligten Bösen.

Aber da das Böse sich für den Antisemiten in diesen entwaffneten und so wenig gefährlichen Menschen verkörpert, befindet dieser sich niemals in der peinlichen Lage, heldenhaft sein zu müssen: es ist amüsant, Antisemit zu sein! Man kann Juden ohne Furcht schlagen und foltern. Mit einem Wort ist der Antisemitismus die Angst vor dem Menschsein. Der Antisemit will unbarmherziger Fels sein, reißender Strom, vernichtender Blitz: alles, nur nicht Mensch!

Jean-Paul Sartre, Betrachtungen zur Judenfrage (1945)

Inhalt

Vorwort 11

I. Einleitung 15

Das Thema 15
Die Quellenlage 19
Schriftliche Überlieferung 19
Mündliche Überlieferung und Erlebnisbericht 25

II. Die israelitische Gemeinde 27

1. Die israelitische Gemeinde vor 1933 27
Die Situation der verschiedenen Konfessionen 27
Der Aufbau und die Verfassung der Gemeinde 30
Wichtige Vereinigungen des Gemeindelebens 31
Die Reaktion der jüdischen Bürger auf die »Machtergreifung« 44

2. Die Mannheimer Gemeinde während des Dritten Reichs 50
Neugründungen nach 1933 50
»Lehrhaus« und »Liederkranz« 56
Die Vernichtung der Gemeinde 58

3. Die Schule im Dritten Reich 65
Die Stellung der »nichtarischen« Schüler vor und unmittelbar nach der »Machtergreifung« 65
Die Verdrängung der jüdischen Lehrer aus den öffentlichen Schulen .. 66
Die Verdrängung der jüdischen Schüler aus den öffentlichen Schulen .. 73
Die Errichtung der jüdischen Schule 77
Das 9. Schuljahr / Das Lehrpersonal / Die Rechtsstellung und Besoldung der jüdischen Lehrer / Der Unterrichtsstoff / Der Religionsunterricht / Die Zusammenarbeit mit staatlichen und städtischen Stellen

4. Die Auswanderung 98

5. Die Leistungen der Gemeinde 107

III. Die antijüdische Politik 111

1. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft 111
Die Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik . 111
Die Boykottaktion vor dem 1. 4. 1933 112

Die Ausschaltung 1933–1938 114

Erste Phase:

Die staatlichen und städtischen Maßnahmen gegen die Juden 115
Die Maßnahmen der Partei gegen die Juden 119
Einzelprobleme 121
Die Messe / Das Weihnachtsgeschäft
Das Verhalten der Juden in der ersten Phase nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik 124
Zwei bezeichnende Einzelfälle aus der ersten Phase nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik 129

Zweite Phase:

Der Übergang von der »wilden« Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft zur staatlich gelenkten »Ausschaltung« 134
Einzelprobleme 136
1. Die Mischlinge / 2. Die Geschäftsverbindungen mit »nichtarischen« Firmen / 3. Die Kontingente
Einzelfälle 139
1. Die »Arisierung« Herzberg / 2. Die Firma Kallmann
Die Kommission 143

Dritte Phase:

Der »gesetzliche« Ausschluß der Juden aus der Wirtschaft 144
Die Regelung der Zuständigkeit in Baden 148
Die »Entjudung« der Einzelhandelsgeschäfte 150
Die »Entjudung« von Firmen, Aktienbesitz, Grundstücken und Gebäuden 153
Einzelprobleme 156
Mannheimer Zahlen zur Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben 167
Das Ende der »Entjudung« 168
Die Mannheimer »Arisierung« im Rahmen der deutschen insgesamt .. 169
Die Durchführung der »Arisierungen« 171

2. Wichtigere Maßnahmen gegen Juden oder jüdische Habe, die vorwiegend von staatlichen oder städtischen Instanzen durchgeführt wurden. 172
Die städtische Judenpolitik 172
Der Arbeitseinsatz von Juden 176
Die Verdrängung der Rechtsanwälte und Ärzte aus ihren Berufen ... 179
Das Umzugsgut der Mannheimer Juden 187

3. Wichtigere Maßnahmen gegen Juden oder jüdische Habe, die vorwiegend von Parteiinstanzen durchgeführt wurden 195
Die Herweckbad-Aktion 195
Die Kristallnacht 199

IV. Die antijüdischen Maßnahmen im Spiegel der Umwelt 205
1. Die Presse 205
Die sozialdemokratische Presse 205
Die bürgerliche Presse 206
Die Parteipresse 211
2. Die Religionsgemeinschaften 223
3. Die Mannheimer Bevölkerung 228

V. Schlußbetrachtung 230

Quellen- und Literaturverzeichnis 234

Personen-, Orts- und Sachindex 238

Ein Bildverzeichnis und ein Abkürzungsverzeichnis finden sich am Schluß des Bandes 2

Vorwort

Die vorliegende Publikation versucht, einen Überblick über das Schicksal der Mannheimer jüdischen Bürger und über die Vernichtung ihrer Existenz zu geben. Nur sieben Jahre und wenige Monate brauchte der Nationalsozialismus, um die bestehende staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden zu zerstören und die Mannheimer *Nichtarier* unter den begünstigenden Umständen des Kriegs in südfranzösische Lager zu deportieren, aus denen nur einzelne nach Mannheim zurückkehrten.
In der Darstellung und im Quellenteil hat der Verfasser zur Genüge bearbeitetes Material nicht erneut behandelt oder publiziert. Hier sei der interessierte Leser auf die entsprechenden baden-württembergischen Arbeiten von Paul Sauer verwiesen. Da in diesen Veröffentlichungen alle wichtigen überregional gültigen Erlasse und Bestimmungen zu finden sind, konnte der vorgelegte Quellenband, den Intentionen der städtischen Auftraggeber folgend, eine große Anzahl von Dokumenten zur geistig-politischen Situation bringen.
Zu dieser Art von Arbeiten und ihrer Notwendigkeit gibt es eine sehr weit verbreitete, vorherrschende Meinung. Stellvertretend für viele meinte ein in einem höchste Verantwortung fordernden Amt stehender badischer Bürger, als er vom Verfasser um die Vorlage von Akten gebeten wurde, daß man eigentlich nicht Dinge neu beleben wolle, über die »längst Gras gewachsen sein könnte«. Diese heute nur von einer sehr kleinen Minderheit nicht geteilte Auffassung beruht auf dem Nicht-begreifen-können oder -wollen dessen, was in den Jahren 1933 ff. geschah. Als Beispiel für dieses Nicht-begreifen der nach 1945 maßgebenden Generation mag hier das von Hans Herzfeld unter wesentlicher Mitarbeit Gerhard Ritters verfaßte, an der Oberstufe der deutschen Gymnasien verwendete Geschichtslehrbuch »Grundriß der Geschichte, Ausgabe A IV« (Klett Verlag, Stuttgart [5]1954) stehen. In diesem von zwei engagierten und persönlich integren Zeitgenossen verfaßten Werk wird der »Aufstieg der deutschen Kriegführung 1939–1941« auf etwas mehr als zwölf Seiten abgehandelt, der Antisemitismus und die Vernichtung des deutschen und europäischen Judentums dagegen nur auf wenig mehr als einer halben Seite. Der umfangreiche Index des für die Oberstufe (!) der deutschen Gymnasien geschriebenen Werks hat zwar Raum für Stichworte wie Ardennen, Appenweier und Anzengruber, jedoch nicht für Auschwitz als Schlußpunkt und vielleicht Schlüsselwort für eine Epoche.
Neben das Nicht-verstehen-können oder -wollen tritt als weitere in unserer heuti-

gen Überlieferung wirksame Kraft die Auslese der Tradenten. Die physische Vernichtung der Juden und mutiger Opponenten des Regimes hat Deutschland vieler Zeugen beraubt, die ein angemessenes Bild von jenen Jahren hätten überliefern können. Nicht minder wichtig scheint dem Verfasser zu sein, daß die Institution, der die Gesellschaft die Überlieferung des Wissens anvertraut, die Schule, sich in ihren Normen jenen Schichten verbunden weiß, die mit ihren »nationalen« Vorstellungen eine wesentliche Voraussetzung für die »Judenkatastrophe« (Reichmann) bildeten.
Allein schon die negative Auslese der Tradenten legt den Überlebenden und Nachgeborenen die Verpflichtung auf, die durch Gewalt erstickte Stimme der Verfolgten und ihrer Helfer sprechen zu lassen. Allerdings nicht zu dem Zweck, daß dann desto ungehinderter »Gras über die Geschichte wachsen kann«, nachdem man sich beflissen auch der »Wiedergutmachung, die nicht auf das Materielle beschränkt sein darf« gewidmet hat, sondern um die Möglichkeit zu geben, das Schweigen, das über das Geschehen der Jahre 1933–1945 gelegt wurde, zu durchbrechen und damit der von Thomas Mann formulierten Voraussetzung zur Aussöhnung zu dienen: »Es gibt für die Aussöhnung mit der Welt eine Vorbedingung, an deren Erfüllung jede moralische Verständigung mit anderen Völkern geknüpft ist ... Das ist die klare Einsicht in die Unsühnbarkeit dessen, was ein von schändlichen Lehrmeistern zur Bestialität geschultes Deutschland der Menschheit angetan hat; es ist die volle und rückhaltlose Kenntnisnahme entsetzlicher Verbrechen, von denen ihr tatsächlich heute noch das wenigste wißt, teils weil man euch absperrte, euch gewaltsam in Dummheit und Dumpfheit bannte, teils weil ihr aus dem Instinkt der Selbstschonung das Wissen um dieses Grauen von eueren Gewissen fernhieltet.«
Über diese Voraussetzung hinaus sollte ein jeder Beitrag zur Geschichte der Juden in den Jahren 1933–1945 helfen, das große Geschichtswerk über die Juden in Deutschland zu schreiben, welches sich das Leo-Baeck-Institut zum Ziel gesetzt hat. Denn da die Juden als greifbare Minderheit in jeder Krise das geeignete Ventil für Unzufriedenheit und Erbitterung darstellten, müßte die Betrachtung ihrer Geschichte wichtige Aufschlüsse zulassen über die Gesellschaft, in der sie lebten. Das Studium dieser Fragen insbesondere der jüngsten Judenverfolgung dürfte wichtige Impulse für das Bemühen geben, ein menschenwürdiges stabiles Gemeinwesen aufzubauen, und damit auch der Forderung des profiliertesten Kämpfers gegen die *Endlösung*, des Berliner Pfarrers Heinrich Grüber, entsprechen, der sagt: »Wo es um eine Vergangenheit voll Schuld und Schicksal geht, sollte man Schuld und Schicksal in ihrem Ansatzpunkt erkennen und aus dieser Erkenntnis des Versagens und Versäumens zu einem neuen Ansatzpunkt in der Gegenwart kommen.«
Auch an dieser Stelle möchte der Verfasser jenen danken, ohne deren Hilfe er die Studie nicht hätte vorlegen können. Herr Oberbürgermeister Dr. H. Reschke und Herr Bürgermeister Dr. K. Watzinger förderten die Durchführung der Arbeit und setzten sich für die Bereitstellung der Mittel ein. Für stete Hilfe möchte ich allen Mitarbeitern des Stadtarchivs Mannheim danken, in erster Linie Herrn Archivdirektor Dr. J. Bleich, der auch die Atmosphäre des Gesprächs und des Ausgleichs zu schaffen wußte, in der eine solche Arbeit gedeihen kann, Herrn M. Friderich, der bei der Zusammenstellung des Index half, Herrn E. Kratz, der die Übertragung

der Mannheimer Meldekartei auf Erfassungsbogen übernahm und Herrn Dr. J. Schadt, der die ersten Recherchen durchführte. Danken möchte der Verfasser ferner den Herren Professoren A. von Brandt und E. Maschke, die der historisch-philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg die Annahme dieser Arbeit als Dissertation vorschlugen, sowie Herrn Dr. D. Andernacht und Frau K. Herrmann für Anregungen und Mithilfe. Mein besonderer Dank gilt darüber hinaus all jenen Verfolgten, die eine verständliche Scheu überwanden und einem Fremden gegenüber von den Ereignissen jener Schreckensjahre berichtet haben.

Fast jeder, der dem Nationalsozialismus Tribut zollte, hält dem, der die NS-Zeit nicht wach erlebt hat, da er damals noch nicht geboren war oder als Kleinkind lebte, vor, er könne die Dinge im Grunde nicht behandeln, da er nicht ermessen könne, welchem Druck der einzelne damals ausgesetzt war. All diese Kritiker berichten aber fast ausschließlich von der Primitivform des Drucks, dem Straßenterror. Unter all den Konflikten und Prüfungen, die der Nationalsozialismus für seine Untertanen bereithielt und deren Nicht-bestehen zur Demütigung und Korrumpierung der Menschen führte, scheint mir dies der schwerste zu sein: Der Konflikt der Helfer, ob sie ihre Anverwandten oder die ihnen anvertrauten Kinder durch ihre Tätigkeit in Gefahr bringen durften; denn wer immer den Verfolgten beistand, konnte nie sicher sein, ob der Nationalsozialismus nicht Sippenhaft übte; vor allem aber konnte er, sofern er für jüngere Kinder zu sorgen hatte, nicht sicher sein, daß diese nicht nach seiner Verhaftung in nationalsozialistischen Erziehungseinrichtungen verschwanden und im Gegensatz zu allem erzogen wurden, was die Eltern für menschenwürdig und recht hielten, und wofür sie ihr Leben einzusetzen bereit waren. So soll dies Buch allen bekannten und unbekannten Helfern gewidmet sein. Für sie soll das Mannheimer Ehepaar auf der Widmungsseite genannt sein, welches den skizzierten Konflikt löste:

EVA UND CARL † HERMANN

Mannheim, im Juni 1971 HANS-JOACHIM FLIEDNER

I. Einleitung

Das Thema

Zum Thema der Judenverfolgung sind bereits viele Schriften veröffentlicht worden [1].

Eine ganze Reihe widmet sich allein dem Geschehen im deutschen Südwesten. Die bisher erschienenen Publikationen lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

a) mit volkserzieherischer oder politischer Absicht verfaßte Schriften

b) Publikationen mit rein wissenschaftlicher Zielsetzung.

Die mit pädagogischer Absicht geschriebenen Bücher zur Judenverfolgung wurden von Überlebenden der Katastrophe geschrieben und wenden sich an die »junge Generation«. Von den Schriften, die Geschehnisse des nordbadischen Raumes darstellen, darf man »Das Tagebuch des Hans O.« [2], »Die Briefe an einen jungen Deutschen« [3] und das Werk »Den Unvergessenen« [4] als zumindest in großen Teilen gelungen bezeichnen.

Als wissenschaftliche Arbeit ragen die von Paul Sauer herausgegebenen »Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945« hervor. Daneben ist die Dissertation von Kurt Düwell von Bedeutung [5].

---

[1] Zum Begriff »Judenverfolgung« siehe die Ausführungen von Bernhard Brilling »Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung«, in: Der Archivar 22, 1969 Sp. 157 ff. Eine Bibliographie der zur Judenverfolgung veröffentlichten Schriften befindet sich in den »Mitteilungen des Deutschen Städtetages« 79/69 vom 14. 2. 1969.

[2] Max Ludwig; Heidelberg 1965.

[3] Heinrich Kronstein; München 1967.

[4] Hrsg. von Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider; Heidelberg 1952.

[5] Die Dissertation Düwells und »Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs« von Paul Sauer scheinen sich vom Thema her mit der vorliegenden Studie zu decken und sie überflüssig zu machen. Doch haben die von der Archivdirektion Stuttgart herausgegebenen Arbeiten Paul Sauers soweit wie möglich die Geschehnisse im Mannheimer Raum unberücksichtigt gelassen; Kurt Düwell dagegen, der in seiner Arbeit das ganze Rheingebiet von Basel bis Emmerich behandeln will und Baden ausdrücklich einbezieht, hat kaum badische und praktisch keine Mannheimer Quellen benutzt. Vermutlich müssen neben Mannheim auch die meisten anderen Städte dieses Gebiets in einer gesonderten Untersuchung, die vor allem auch das Leben in den einzelnen jüdischen Gemeinden berücksichtigen müßte, bearbeitet werden, bevor eine abschließende Geschichte dieses

Neben diesen hier voneinander getrennten Gruppen gibt es eine ganze Anzahl von Schriften, in denen einzelne Städte über die Verfolgung ihrer Mitbürger berichten. Diese Veröffentlichungen lassen mehr oder minder deutlich erkennen, daß Wünsche verschiedener Interessengruppen berücksichtigt wurden. Ferner sind bei der Auftragstellung häufig nicht die Grenzen der Verfasser erkannt worden. Den Leidensweg aus der Sicht der Verfolgten darzustellen, muß dem überlebenden Zeitgenossen oder dem Literaten überlassen bleiben, ist jedenfalls weniger Aufgabe des Archivars oder Historikers [6].

Die vorliegende Studie möchte also die Publikationen der letztgenannten Art nicht vermehren. Bei dem Abstand, den wir von den Ereignissen haben, kam es weniger darauf an, die allgemein bekannten Maßnahmen, die auf Reichsebene gegen die Juden ergriffen wurden, an Mannheimer Beispielen nochmals aufzuzeigen. Übergreifende Darstellungen, wie sie Kurt Düwell in seiner Dissertation, vor allem aber H. Krausnick in der »Anatomie des SS-Staates« vorgelegt haben, informieren ausreichend.

Der Verfasser bemüht sich, die lokal bedeutsamen Akteure und Instrumente der antijüdischen Maßnahmen (soweit es das Material erlaubt) zu schildern und die Reaktion der Angegriffenen auf diese Herausforderungen aufzuzeigen. Ferner versucht er, insbesondere jene Sektoren der Rassenpolitik darzustellen, in denen die Durchführung der Maßnahmen einerseits sowie die Antwort darauf andererseits eine über die Kenntnis des lokalen Einzelfalls hinausgehende Bereicherung unseres Wissens um die Geschehnisse der Jahre 1933–1945 erhoffen lassen.

Unberücksichtigt blieben Themenkreise, zu denen zwar bruchstückhaft Material vorhanden ist, aber entweder bereits Paralleluntersuchungen laufen (so über die Industrie- und Handelskammer im Dritten Reich oder das Nationaltheater) oder aber bei anderen Kommunen (vgl. die Ausführungen über die Auswanderung S. 98), Behörden oder Archiven sehr viel vollständigeres Material zu erwarten ist. So erschien es z. B. nicht sinnvoll, ein Kapitel über die Arbeit der jüdischen Jugendorganisationen in die Studie aufzunehmen, da der Verfasser im wesentlichen auf das Gemeindeblatt als Quelle angewiesen gewesen wäre. Dies hätte zu einer Verzeichnung des Bildes führen können, da wir dann die Arbeit der Jugendbünde nur aus der Sicht der »arrivierten« Gemeinde beurteilen könnten. In Israel befinden sich, jedoch dem Verfasser nicht zugängliche, Quellensammlungen im Aufbau, deren Auswertung bessere und vollständigere Ergebnisse erwarten lassen.

Raumes, den Hitler nach den Ausführungen in »Mein Kampf« rassisch für besonders bedroht hielt, geschrieben werden kann. Neben dem guten allgemeinen Überblick, den die Arbeit Düwells vermittelt, hat sie für die vorliegende Studie den Vorteil, daß sie den Anmerkungsapparat entlastet, da sowohl die Arbeiten Paul Sauers wie die Studie Düwells die bisher erschienene Literatur erfassen. Da diese die Mannheimer Arbeit, die vor allem auf bisher unbenutztem Quellenmaterial aufbaut, kaum bereichert, erschien es sinnlos, alle in den überregionalen Publikationen angeführten Schriften, die schon diese häufig kaum tangieren, in einer regionalen Untersuchung nochmals anzuführen.

[6] Paul Sauer hat m. E. in seinem Buch »Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs« die passende Form gefunden, in einer wissenschaftlichen Darstellung das Einzelschicksal zu Wort kommen zu lassen.

Da ein umfassender Vergleich mit anderen deutschen Städten wegen fehlender vergleichbarer Untersuchungen noch nicht möglich ist und wohl auch in vielen Fällen wegen der Bruchstückhaftigkeit des Quellenmaterials schwer möglich sein wird [7], soll an einigen kurzen Beispielen gezeigt werden, welche Ergebnisse eine solche Studie erwarten läßt.

Im Jahre 1933 entbehrte die deutsche Judenheit einer einheitlichen Führung. Daher reagierten die einzelnen Gemeinden nicht einheitlich auf die Herausforderung des Nationalsozialismus. Die Mannheimer Gemeinde versuchte, zu einer den Anforderungen jener Jahre gerecht werdenden Führung zu gelangen, indem sie – erstmals in ihrer Geschichte – einen Rabbiner (Max Grünewald) zum Vorsteher der Gemeinde wählte.

Gegenüber der zersplitterten Judenheit zeigt der Nationalsozialismus in Deutschland auf den ersten Blick eine große Geschlossenheit. Doch dieses Bild trügt. Eine antisemitische Politik war insbesondere in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft nicht ohne die stillschweigende Duldung oder gar aktive Mitarbeit weiter Bevölkerungskreise möglich. Diese mehr oder minder große Bereitschaft mußte sich bei der Durchführung der Judenpolitik zeigen. Auch wird sich in den einzelnen Ländern und Städten des Reichs ein differenziertes Bild ergeben. So ist z. B. für die Mannheimer Bevölkerung festzustellen, daß sie einen jüdischen Lehrer, den SA-Leute in Konstanz am Unterrichten hinderten, nach seiner Versetzung nach Mannheim ohne weiteres akzeptierte. Die behördliche Entscheidung, den Lehrer in Mannheim unterrichten zu lassen, zeigt auch, daß man dort am wenigsten Widerstand der Bevölkerung erwartete. Ferner dürfte es nach dem Boykott vom 1. April 1933 ein Jude allenfalls in den Großstädten gewagt haben, ein Ladengeschäft neu zu eröffnen.

Des weiteren zeigt die von der Regierung betriebene Judenpolitik sich besonders in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* vergleichsweise zurückhaltend. Nur wenige Gesetze wurden erlassen und namentlich in der Wirtschaft herrschte offiziell Gleichberechtigung zwischen Juden und Nichtjuden. Hier fanden kommunale Instanzen und Parteiformationen ein reiches Betätigungsfeld. Ihr Tun hat in Mannheim anders ausgesehen als in anderen deutschen Städten.

In den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zeigt sich ferner das Eigenleben etlicher Länder des Reichs noch derart stark, daß es besonders in der den Juden gegenüber angewandten Schulpolitik zu großen Unterschieden kam. Auf diesem Gebiet wurden besonders in Baden regional gültige Sonderrechte für die Juden geschaffen.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch nicht nur in der Kulturpolitik ein uneinheitliches Bild. Bruno Blau zählt in seiner Studie über das Ausnahmerecht der Ju-

---

[7] Die Münchner Studie von Peter Hanke ist ein gutes Beispiel für die schlechte Vergleichbarkeit: Über die Entwicklung der Gemeindearbeit machte Hanke nur wenige Aussagen; die staatlichen Aktionen, vor allem die »Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben« handelt er recht breit ab. Kurz behandelt er dagegen wieder die wirtschaftliche Verdrängung der Juden, der in der vorliegenden Arbeit als Folge der günstigen Quellenlage und der interessanten badischen Verhältnisse breiter Raum gewidmet wird.

den in Deutschland 430 für Juden getroffene Sonderregelungen auf. Diese werden sich bei einer Betrachtung des gesamten nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs jedoch wesentlich erhöhen, denn auch ohne zwingenden Grund, wie er beispielsweise nach der Einführung eines unterschiedlichen Status für die jüdischen Schulen vorlag, gab es lokale Sonderbestimmungen. So durften beispielsweise die Mannheimer Privatdetektivinstitute nicht für jüdische Auftraggeber tätig werden. Dies war für Juden besonders wichtig, da die staatliche Aufklärung von Vergehen für *Nichtarier* häufig nur zögernd oder gar nicht arbeitete. Mannheimer Interessenten mußten sich dann an Frankfurter oder Stuttgarter Detekteien wenden. Ein Erlaß, aus dem diese zumindest für Mannheim gültige Regelung hervorgeht, konnte zwar nicht ermittelt werden, eine entsprechende Handhabung ergibt sich jedoch beim Studium einzelner Rechtsfälle.

Doch auch von höchster Hand stammende Verfügungen können unter Umständen bei lokal begrenzten Untersuchungen noch gefunden werden. Das Nebeneinander von Staat und Partei und die Rivalität einzelner Organisationen bedingten oft Geheimhaltungsgrenzen. So war z. B. ein Rundschreiben des Stellvertreters des Führers zur Frage der Behandlung der *Mischlinge* in der Wirtschaft keiner der zuständigen badischen Stellen bekannt geworden. Angesichts der großen Anzahl vernichteter zentraler Aktenbestände könnten in Einzelfällen also sehr wohl Mehrfertigungen zentraler Anweisungen einer Partei- oder Staatsinstanz noch gefunden werden.

Wieweit erlauben nun die Quellen Aussagen über die Judenverfolgung in Mannheim? Neben den Verlusten, die der Bombenkrieg mit sich brachte, erschweren besondere Umstände alle Recherchen zu einem solchen Thema; vier wichtige Punkte seien angeführt:

1. Aus verschiedenen Gründen befinden sich wichtige Akten noch in den Altregistraturen einzelner Dienststellen, wobei sie häufig einer guten Ordnung entbehren. Da die Bestände nicht archivisch erfaßt sind, lassen sich einschlägige Akten gelegentlich nicht ohne Schwierigkeiten auffinden.

2. Die deutsche Bevölkerung wurde vor 1933 offiziell niemals nach dem *rassischen* Gesichtspunkt *Jude – Arier* getrennt. Nach 1945 bemühten sich daher wohlmeinende Verantwortliche, die als unzulässig empfundene Trennung aufzuheben und auch ihre Spuren zu löschen. So bestimmt die im Amtsblatt des Landesbezirks Baden Nr. 12 vom 24. 6. 1948 S. 204 veröffentlichte Dienstanweisung für die Ausscheidung arischer Nachweise aus den Personalakten, alle die Abstammung betreffenden Nachweise zu entfernen oder unleserlich zu machen.

3. Verschiedene zeitbedingte Umstände haben dazu geführt, daß in vielen Registraturen heute Akten fehlen, die über die Jahre 1933–1945 Auskunft geben könnten. Als Gründe sind hier einmal die kriegsbedingten Auslagerungsverluste zu nennen. Zum zweiten fanden vor dem Einmarsch der Alliierten gezielte Verbrennungsaktionen statt, um möglichst wenig belastendes Material über die Jahre der NS-Herrschaft zu hinterlassen. Für Mannheim sind diese Vorgänge durch die »Aufzeichnungen über den Ablauf der Ereignisse in Mannheim in der Zeit vom 17.–28. März 1945«, die Otto Spuler am 30. März 1945 angefertigt hat, belegt. Zum drit-

ten hat die Kontinuität in der deutschen Verwaltung, die durch die sogenannten 131er Gesetze gewahrt wurde, Personen im öffentlichen Dienst verbleiben oder in ihn zurückkehren lassen, die am Vorhandensein gewisser Akten kaum Interesse haben konnten. Mit der stillschweigenden Vernichtung unliebsamen Materials muß daher gerechnet werden. So ist es wahrscheinlich kein Zufall, daß gerade die Mannheimer Stadtratsprotokolle des Jahres 1933 fehlen. Ebenso fehlen in der Registratur des Oberschulamts, dessen Schriftgut praktisch vollständig gerettet wurde, die Generalakten »Dienst- und Angestelltenverhältnisse israelitischer Volksschullehrer«.
4. Ein Erschwernis für die vorliegende Arbeit bedeutete auch das Entgegenkommen, welches einzelne Beamte Verfolgten gegenüber übten. So wurden beispielsweise selbst Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs schon im Jahre 1933 und 1934 aus dem badischen Schuldienst entlassen. Der zuständige Referent kam diesen Beamten jedoch in gewisser Weise entgegen. Er bestellte sie nach Karlsruhe ein, teilte ihnen die bevorstehende Entlassung mit und ließ ihnen die Initiative, ein Entlassungsgesuch einzureichen. Dadurch fanden die Verfolgten in der Emigration häufig ein etwas leichteres Unterkommen. Denn wenn auch namentlich das westliche Ausland nicht müde wurde, die Greueltaten des NS-Staates anzuprangern, so änderte es doch nur zögernd sein Verhalten gegenüber den von diesem Staat Gemaßregelten oder gar den wegen irgendwelcher »Verfehlungen« bestraften Verfolgten.

Die Quellenlage

Schriftliche Überlieferung

Bei einer Untersuchung der nationalsozialistischen Judenpolitik in Mannheim liegt es methodisch nahe, zum einen den Aktenbestand der städtischen Registraturen, zum andern den der jüdischen Gemeinde auszuwerten. Von beiden Quellengruppen sind jedoch nur spärliche Schriftgutreste auf uns gekommen: die Hauptregistratur wurde bei dem Bombenangriff am 5./6. 9. 1943 ein Opfer der Flammen, das Schriftgut der israelitischen Gemeinde wurde im Dritten Reich vernichtet. Die die Judenpolitik betreffenden Akten der städtischen Hauptregistratur wurden im Stadtarchiv Mannheim soweit als möglich aus dem Schriftgut nicht zerstörter Amtsregistraturen zu rekonstruieren versucht. So fanden sich z. B. zahlreiche Erlasse und Verfügungen über den Umgang mit *Nichtariern* in Akten der Städtischen Krankenanstalten. Diese Nachsuche war recht langwierig; auf wichtige Dokumente kann häufig nur indirekt geschlossen werden.
Auch die Akten des Badischen Innenministeriums, die ebenfalls zahlreiche für die Mannheimer Verhältnisse aufschlußreiche Funde hätten erwarten lassen, sind nicht erhalten. Beauftragte der französischen Besatzungsmacht verbrannten die Akten nach der Einnahme Karlsruhes. Die entsprechenden Unterlagen des Mannheimer Polizeipräsidiums fielen kurz vor der Besetzung Mannheims durch die US-Truppen einer der nicht seltenen Vernichtungsaktionen durch die NS-Behörden zum Opfer.

Trotz dieser unersetzlichen Verluste ermöglichten folgende wichtige Quellengruppen, einzelne Aspekte der nationalsozialistischen Rassenpolitik deutlich zu machen:

1. Die beim Regierungspräsidium Nordbaden verwahrten Akten über die *Arisierung* zahlreicher Mannheimer Betriebe. Sie sind aus der vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium überwachten, der Reichsgesetzgebung zufolge durchgeführten *Entjudung* der Wirtschaft hauptsächlich in den Jahren 1938/39 erwachsen.

Diese Akten geben uns in ihrer Gesamtheit Aufschluß, wie die *Entjudung* durchgeführt wurde, aufgrund welcher Geheimerlasse entschieden wurde und welche Möglichkeiten es in Einzelfällen für *Nichtarier* gab, ihren Besitz zu behalten.

Die Akten sagen leider wenig aus über die Bedeutung bestimmter Geschäfte und nur selten über beim Verkauf etwa ausgeübten Druck oder über Machenschaften bei der Übernahme von Betrieben. Von vielen *Arisierungen* jener Jahre liegen keine Akten mehr vor. Bedeutende Unternehmen wie z. B. die von der Parteipropaganda stark betroffenen Warenhäuser wurden ohne erkennbare Schwierigkeiten *arisiert*. Während jedenfalls bei Großunternehmen häufig nur der vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium genehmigte notarielle Kaufvertrag vorliegt, ergaben sich bei kleinen und kleinsten Unternehmen Streitfragen, die zur Anlage umfangreicher Akten führten.

Über die Fragestellung der vorliegenden Arbeit hinaus gab der Bestand Aufschluß über die Rangordnung einzelner Parteiformationen. Beispielsweise beabsichtigten zwei Bewerber einen Betrieb zu übernehmen, die jedoch von verschiedenen Parteigremien gestützt wurden. Wer wurde bevorzugt?

Ferner ist die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gut zu verfolgen. Die Enteignung und Entrechtung der Juden gab den Machthabern die Chance, die Wirtschaftsstruktur zu ändern. Gelegentlich tritt das Bestreben hervor, sehr große, vor allem aber kleinste Betriebe zugunsten von Mittelstandsunternehmen aufzulösen.

Weniger wichtig sind die Generalia des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums. Sie enthalten zumeist nur die Durchführungserlasse der im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Gesetze zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

2. Die Akten des Mannheimer Rechtsanwalts Joseph Gentil. Dieses Material ist in der Farbigkeit der Aussage nicht zu überbieten und gibt einen Querschnitt durch das gesamte Rechtsleben zur Zeit des Nationalsozialismus. Darüber hinaus enthält die Korrespondenz mit den Verfolgten und deren Beratung z. B. bei der Vorbereitung einer Auswanderung zahlreiche Hinweise auf die Lebenswirklichkeit für *Nichtarier* in Mannheim.

Wie konnten die Handakten dieses Rechtsanwalts von so zentraler Bedeutung werden?

Joseph Gentil betreute schon vor 1933 in seiner umfangreichen Praxis viele jüdische Mandanten, deren Zahl nach 1933 sprunghaft anwuchs. Die Verfolgten wandten sich an ihn um Rat, weil er durch die Zusammensetzung seiner Klientel eine immer größere Erfahrung sowohl in Zivil- als auch in Strafprozessen gewann.

Auch scheute er sich nicht, schwierige politische Prozesse durchzuführen. Da die nicht-jüdischen Mannheimer Rechtsanwälte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, politische Prozesse, insbesondere im Auftrag von *Nichtariern*, nicht gern durchfochten, wurden Ratsuchende von der Rechtsanwaltskammer an J. Gentil verwiesen. Infolge des Abwanderns der jüdischen Juristen, vor allem nach dem Erlöschen der Zulassungen der jüdischen Anwälte trat eine weitere Konzentration jüdischer Mandate in der Hand J. Gentils ein, so daß es vor der Deportation der badischen Juden kaum einen Rechtsfall, in den Juden verwickelt waren, gab, in dem Joseph Gentil nicht die Verteidigung leitete [8]. Selbst über die Grenzen Mannheims hinaus wurde er als Kapazität anerkannt und um gutachtliche Äußerungen ersucht.

3. Die Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim.

Die Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim konnten in großem Umfang über das Dritte Reich hinaus gerettet werden. Während des Krieges waren sie teilweise nach Heidelberg ausgelagert: Auslagerungsverluste sind eingetreten.

Leider sind die Akten nicht mehr vollständig, denn wie stets wurden auch bei politischen und rassischen Delikten nur die Anklage und das Urteil aufbewahrt. Verhandlungsgang und Methoden lassen sich daher in den meisten Fällen nicht rekonstruieren. Unerlaubter Druck scheint jedoch nicht auf die Untersuchungshäftlinge ausgeübt worden zu sein.

Die gesichteten Akten bilden zwei große Gruppen:

a) die in der herkömmlichen Rechtsprechung erwachsenden Akten,

b) die Akten des Sondergerichts Mannheim (seit Mai 1933).

Zu a): Um aus der sehr großen Anzahl der in der herkömmlichen Rechtsprechung erwachsenen Akten ohne übermäßigen Zeitaufwand geeignete Vorgänge herauszusuchen, versuchte der Verfasser, alle im *Hakenkreuzbanner* veröffentlichten Verfahren aufgrund der Angaben des Blattes zu ermitteln. Da jedoch vor allem Urteile, die im Sinne der NS-Presse lauteten, veröffentlicht wurden, ist diese Auswahl insofern einseitig. Sie wird auch nicht durch die sehr wenigen Urteile korrigiert, in denen Richter entgegen der Zeitströmung einen jüdischen Angeklagten milde beurteilten und dafür entsprechend angegriffen wurden.

Mit Hilfe des Registrators der Staatsanwaltschaft, Herrn Mark, fand der Verfasser vor allem noch eine Reihe eingestellter Verfahren. Auch zahlreiche Prozeßakten der Jahre 1933–1935 (vor Erlaß der einschneidenden Nürnberger Gesetze) wurden gesichtet, ergaben jedoch nur wenig verwertbares Material.

Zu b): Vor dem Sondergericht wurden erstaunlicherweise nur selten Juden abgeurteilt: der Vomhundertsatz der vom Sondergericht verurteilten Juden liegt unter ihrem prozentualen Anteil an der Bevölkerung.

---

[8] Die über den Krieg geretteten Akten wurden 1965 dem Stadtarchiv Mannheim zugeführt und gesichtet. Einen guten Maßstab für die Konzentration jüdischer Mandate in der Hand J. Gentils geben seine Einnahmen: Zu Beginn des Krieges, in einer Zeit zunehmender Abwanderung und Verfolgung, bezog Gentil 3/4 seiner Einkünfte aus jüdischen Mandaten.

Das hat vermutlich mehrere Gründe:
a) waren für die Juden scharfe Sondergesetze erlassen worden, die eine Verurteilung vor den ordentlichen Gerichten ermöglichten, also ohne daß eine Sonderinstanz fungierte;
b) ging man bei Juden bei politischen Delikten noch skrupelloser vor. Man verzichtete auf den relativ geordneten Rechtsgang des Sondergerichts und nahm Juden, wenn möglich, sogleich in *Schutz-* bzw. *Vorbeugungshaft.*
c) waren die Juden durch die Propaganda gewarnt und somit als Verfolgte vorsichtiger als der »normale Bürger«, der in Verkennung der wahren Situation sich häufig unüberlegt äußerte und sodann aufgrund des *Heimtückeparagraphen* verurteilt wurde.
So sind in den Akten des Sondergerichts – gesichtet wurden nur die bis zum 22. Oktober 1940 erwachsenen Akten – hauptsächlich vertreten:
1. Anklagen und Verurteilungen wegen unerlaubten Schriftbesitzes und der Verbreitung von Schriften: Zeugen Jehovas, Theologen beider Konfessionen, Sozialdemokraten und Kommunisten;
2. Anklagen und Verurteilungen wegen staatsgefährdender Äußerungen aufgrund des sogenannten Heimtückegesetzes. Verurteilt wurden zumeist Arbeiter und Handwerksmeister, die in ihren Äußerungen nicht so vorsichtig waren wie Angehörige der »gehobenen Mittelschicht«.
Die bisher angeführten Quellengruppen sind die umfassendsten. Sie bilden die Grundlage für eine Darstellung der Rechtssituation und der Lebenswirklichkeit im Dritten Reich sowie der auf dem wirtschaftlichen Sektor verfolgten Judenpolitik.
Ferner lieferten die Akten des Document center des Generallandesarchivs Karlsruhe einige aufschlußreiche Denunziations- und Gestapoberichte. Die Akten der Kriminalpolizei in Karlsruhe reichen teilweise bis in die Zeit des Nationalsozialismus zurück und geben zusätzliche Aufschlüsse über die Strafverfolgung und Schutzhaftverhängung.
Über die Ausschaltung der Juden aus dem Erziehungswesen konnte weitgehend Klarheit gewonnen werden aus den Akten der Mannheimer Schulen, insbesondere aus der Überlieferung des Lessing-Gymnasiums. Ferner besitzt das Oberschulamt Nordbaden noch einen Großteil seines im Dritten Reich erwachsenen Schriftguts, darunter eine Quellensammlung »Antisemitische Bewegung«, die auch für die Zeit vor dem Dritten Reich Aufschlüsse gibt. Eine gute Ergänzung bilden die Personalakten der jüdischen Lehrkräfte, die annähernd vollständig erhalten sind. Des weiteren wurden Akten des Bundesarchivs, des Generallandarchivs Karlsruhe und einzelner, auch außerbadischer Behörden herangezogen. Die Akten des Oberrats der Israeliten in Baden, ergänzt durch die zuverlässigen Aufzeichnungen eines Mannheimer Bürgers, ergeben ein lückenloses Bild über die oft nur Einzelpersonen erfassenden Deportationen Mannheimer Verfolgter während des Krieges.
Das Schriftgut der für Mannheim zuständigen konsularischen Vertretungen bereicherte die Arbeit kaum. Von vielen Konsulaten waren die Akten durch Kriegseinwirkung vernichtet, andere Staaten, wie z. B. die USA, haben die Auswanderungsakten bereits ausgeschieden; wieder andere Länder gewähren in ihre Akten vor Ab-

lauf einer bestimmten Sperrfrist – zumeist 50 Jahre – keinen Einblick. Es ist überdies fraglich, ob es sich sehr gelohnt hätte, das Schriftgut jener Konsulate zu sichten. Nach der Aussage des heutigen schwedischen Botschafters, welcher damals im Konsulat Mannheim tätig war, wurden schwierigere Fälle bewußt nicht aktenkundig gemacht. Diese Aussage verdient besondere Beachtung, weil sie ebenso für andere unter dem totalitären Regime entstandene Aufzeichnungen gilt. In Korrespondenzen und Akten wurden wichtige Vorgänge häufig nicht erwähnt, gelegentlich angedeutet und manche Zusammenhänge zur Irreführung von Staatsinstanzen geradezu falsch dargestellt. Der Versuch, Andeutungen und Verschleierungen, die zur Irreführung der Gestapo in damalige Korrespondenzen eingeflochten wurden, nach etwa 30 Jahren aufzudecken, ist zum Scheitern verurteilt, sofern nicht beteiligte Personen noch leben und zu einer Richtigstellung beitragen.

Eine in ihrer Aussagekraft nicht zu unterschätzende Quelle sind die Zeitungen des Dritten Reichs. Das *Hakenkreuzbanner*, welches fast vollständig im Stadtarchiv Mannheim erhalten ist, gibt Aufschluß über die äußeren Vorgänge bei der Stadtverwaltung und bei Staatsinstanzen, sowie über lokale Begebenheiten bei der Judenverfolgung. Vor allem unterrichtet es über Formen und Spielarten der antisemitischen Hetze.

Ferner zog der Verfasser neben dem *Hakenkreuzbanner* die sogenannte bürgerliche Presse heran. Vor allem die *Neue Mannheimer Zeitung (Mannheimer Generalanzeiger)* bewahrte sich bis zum Kriegsausbruch eine gelegentlich wahrnehmbare distanzierte Haltung. Die beiden interessanten opponierenden Zeitungen, das *Neue Mannheimer Volksblatt* und die *Neue Badische Landeszeitung* waren leider nur in Einzelexemplaren zugänglich.

Von weit größerer Bedeutung als geringe Auflage und Titel vermuten ließen, erwies sich das *Israelitische Gemeindeblatt* Mannheims für die vorliegende Arbeit. Als Gemeindeblatt widmete sich diese, in den meisten jüdischen Familien gelesene, Zeitung den Problemen des jüdischen Lebens und vermittelt ein anschauliches, bis ins einzelne gehendes Bild über Arbeit, Aufgaben und Möglichkeiten der Mannheimer jüdischen Gemeinde. Der konfessionelle Charakter des Blattes bedingt auch seine Grenzen: die Judenchristen und die konfessionslosen Juden werden in ihren Nöten nie erwähnt. Über ihr Schicksal existieren nur vereinzelte bruchstückhafte Quellen.

Einen Teil der von 1933 bis 1945 im Bereich der Badischen Landeskirche erwachsenen Akten durfte der Verfasser sichten. Sie bereicherten die Arbeit nur wenig, da die Landeskirche bis zum Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft dem Schicksal der *Nichtarier* nur wenig Beachtung schenkte. Eine klare Stellungnahme oder gar Intervention zugunsten der Juden wurde vermieden. Hierbei spielte die Auffassung, die staatlichen Sondermaßnahmen seien gegen die »jüdische Rasse« und nicht gegen die Religion der Verfolgten gerichtet, eine Rolle.

Die *Bekennende Kirche* hinterließ außer ihren grundsätzlichen Stellungnahmen zur Judenfrage keine den nordbadischen Raum betreffenden schriftlichen Zeugnisse. Da ihre Anhänger selbst in der Situation von Verfolgten standen, waren ihre Möglichkeiten zum Helfen beschränkt. Bei der ständigen Gefahr von Haussuchungen schien

es ihren Mitgliedern darüber hinaus völlig abwegig, über etwaige Hilfen zugunsten der Juden schriftliche Zeugnisse aufzubewahren.
Die Erzdiözese Freiburg stellte aus ihrem Schriftgut eine eng begrenzte Auswahl von Fotokopien zur Verfügung. Selbst diese Dokumente ignorieren bis zum Jahre 1940 das Problem der Judenverfolgung als Ganzes und befassen sich nur mit den für die Kirche durch die Maßnahmen gegen die christlichen *Nichtarier* aufgeworfenen Fragen. Frau Dr. Gertrud Luckner beabsichtigt, über jene Hilfsmaßnahmen, die nicht aus dem dem Stadtarchiv Mannheim zugänglichen Quellenmaterial zu erschließen sind, noch zu berichten. Diese Zeilen, die leider für die vorliegende Publikation nicht mehr geschrieben werden konnten, werden vermutlich eine wichtige Ergänzung der im Abschnitt IV, Kapitel 2 getroffenen Feststellungen bilden. Mindestens ebenso wichtig wäre eine ergänzende wissenschaftliche Untersuchung über das Verhalten der Badischen Landeskirche während der Herrschaft des Nationalsozialismus, die das Verhältnis der Landeskirche zum NS-Staat ausführlicher schildert, als es in dieser Studie möglich ist. Dem Bearbeiter müßte die gesamte schriftliche Überlieferung des Evangelischen Oberkirchenrats zugänglich gemacht werden.
Als Ergebnis bleibt, daß von den in Mannheim vertretenen Religionsgemeinschaften keine Schriftstücke überliefert sind, in denen sie sich mit der staatlicherseits betriebenen Judenverfolgung auseinandersetzten oder darauf reagierten. Lediglich die Quäker, die sich die Betreuung vor allem der Judenchristen zur Aufgabe setzten, besitzen einiges Material über die Einwanderung von Juden nach England.
Die Einwohnermeldekartei des Polizeipräsidiums Mannheim diente als Grundlage für die Erfassung jüdischer Einzelschicksale[9]. Die Angaben der Meldekartei wurden für alle Einwohner Mannheims israelitischer Konfession von 1933–1945 auf Fragebogen übertragen. Diese erfassen den Großteil der damals in Mannheim beheimateten Verfolgten. Eine Minderheit war nicht festzustellen, da die Meldekartei nicht nach dem nationalsozialistischen Rassenbegriff geführt wurde. *Volljuden*, d. h. solche Juden, die gemäß den *Nürnberger Gesetzen* von mindestens drei jüdischen Großeltern abstammten, aber nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, wurden in der Einwohnermeldekartei unter der entsprechenden Religionsgemeinschaft geführt. Anhand dieser Bogen versuchte der Verfasser, statistische Angaben über die Schicksale der Mannheimer Bürger zu gewinnen. Da die Mannheimer Meldekartei jedoch nach dem Familienprinzip und nicht nach dem Personalprinzip angelegt war, ist es nur möglich, zu gesicherten Verhältniszahlen zu gelangen. Umfassend wurden die Angaben der Meldekartei von der Archivdirektion in Stuttgart ausgewertet. Diese Statistik weist zufolge der Zusammenführung verschiedenster Unterlagen eine größere Genauigkeit auf.
Die schwierige Auswertung der oft unzureichenden und unklaren Angaben der Meldekartei wurde in Einzelfällen erleichtert durch die ebenfalls auf Fragebogen übertragenen Schicksale jener Juden, die beim Landesamt für die Wiedergutmachung in Karlsruhe einen Entschädigungsantrag gestellt hatten.

[9] Vgl. Der Archivar 17, 1964, Sp. 407 ff.

Außerdem sind die Akten des Landesamts für die Wiedergutmachung gelegentlich eine Hilfe, Vorgänge aus der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung zu rekonstruieren. Zum einen, weil viele Erhebungen zum Zweck der Rückerstattung von Vermögenswerten unmittelbar nach dem Zusammenbruch gemacht wurden, so daß die Erlebnisse jener Jahre noch lebendiger wiedergegeben werden, als dies nach einer heutigen Rückbesinnung möglich wäre. Zum anderen, weil aus naheliegenden Gründen bei manchen Verfolgten die Aussagebereitschaft zum Zwecke der Rückerstattung größer ist als bei einer Befragung, die eine wissenschaftliche Darstellung jener Ereignisse zum Ziel hat. Die Zweckgebundenheit der Aussagen gegenüber dem Landesamt für die Wiedergutmachung bestimmt auch ihren Quellenwert; neben der charakterbedingten Untertreibung des Leidens ist gelegentlich das Geschehene nachweislich entstellt oder übertrieben worden.
Von keiner der Mannheimer Parteieinrichtungen konnte irgendwie brauchbares Schriftgut benutzt werden. Nur zum wesentlich unter Beteiligung der Partei zustandegekommenem Verkauf jüdischer Habe in Mannheim besitzt das Rijksinstitut voor Oorlogsdocumentatie die Prüfungsakten, die ergänzt werden durch Fotokopien des Schriftwechsels, den niederländische Spediteure, die jüdisches Umzugsgut lagerten, mit verschiedenen Personen und Behörden führten.

Mündliche Überlieferung und Erlebnisbericht

Die mündliche Überlieferung ist äußerst lückenhaft und kann nur in den seltensten Fällen an die Stelle schriftlicher Quellen treten.
Welche Faktoren bedingen den geringen Quellenwert der mündlichen Aussage, bzw. des Erlebnisberichts?
Ganz allgemein wird die Erinnerung an Ereignisse, die etwa drei Jahrzehnte zurückliegen, verschwommen sein. Zu diesem Erinnerungsschwund kommt für die Begebenheiten der 30er Jahre noch das verständliche Bestreben der Verfolgten hinzu, endlich von all dem Schrecklichen nichts mehr zu hören. Davon abgesehen ergibt die Verarbeitung des Erlebten ein recht verworrenes Erinnerungsbild. Einerseits werden Ereignisse späterer Jahre in frühere verlegt und die ohnehin schwerwiegenden Übergriffe der NS-Behörden noch verschlimmert dargestellt, andererseits werden von manchen Zeitgenossen die Lebensbedingungen sehr zurückhaltend geschildert. In jedem Fall muß daher die einzelne Aussage sorgfältig geprüft werden.
Der späte Zeitpunkt des Sammelns von Zeugnissen macht sich besonders nachteilig bei dem Versuch bemerkbar, Zusammenhänge zu rekonstruieren, für deren Aufklärung das Zeugnis führender Persönlichkeiten erwünscht wäre. Männer in leitenden Positionen standen zum Zeitpunkt der *Machtergreifung* zumindest im sechsten Lebensjahrzehnt, d. h. sie sind heute entweder verstorben oder stehen im neunten Lebensjahrzehnt. Daraus entstehen gerade bei Personen mit einem breiteren Erlebnishintergrund größere Erinnerungslücken als bei jüngeren Erlebniszeugen.
In verstärktem Maße gilt dieses Alterungsproblem für das Beamtentum, insbesondere für die Polizei. Bei den während des Dritten Reichs geschaffenen Polizeiorga-

nen gab es mannigfache Ressortüberschneidungen, die aus Akten allein kaum zu klären sind. Da alle jüngeren Kräfte, die sich für leitende Positionen eigneten, von den neu geschaffenen Einrichtungen, z. B. der Gestapo und dem SD übernommen wurden, wurden die herkömmlichen staatlichen Organe wie z. B. die Kriminalpolizei von Nachwuchskräften entblößt. Die jüngeren Kräfte wiederum, die während der 30er Jahre bei ihrer früheren Dienststelle verblieben waren, wurden zu Beginn des Krieges eingezogen, können also über die Zeit der Deportationen keine Aussagen machen. Die Angehörigen der »neuen« Organisationen wurden dagegen zwar häufiger zurückgestellt, kommen jedoch erfahrungsgemäß als Angehörige »belasteter« Organisationen für eine Befragung kaum in Betracht.

Spärliche Auskunft erhält man meist nicht nur von den bisher erwähnten Personengruppen, sondern vor allem auch von jenen bewunderungswürdigen Menschen, die trotz des totalitären Staates, häufig unter Einsatz ihres Lebens, den Verfolgten beistanden. Prälat H. Maas gab wohl mit den Worten: »Durch vieles Reden verwässert man noch das wenige, was man überhaupt hat tun können« den Gedanken der meisten Helfer Ausdruck. Besondere Anerkennung gebührt in diesem Zusammenhang den Quäkern, die sich nicht nur während des Dritten Reichs opfermutig auf die Seite der Verfolgten stellten, sondern auch die vorliegende Arbeit sowohl durch die Bereitstellung von Schriftstücken wie durch ihre Aussagen zu fördern suchten.

Im ganzen konnten solche Aussagen für die vorliegende Arbeit zwar manches aufhellen und ergänzen, jedoch nur selten fehlendes Material ersetzen. Wertvoll waren die Kontakte in jedem Fall, da sie – soweit das überhaupt möglich ist – dem Verfasser halfen, sich in die Atmosphäre jener Tage einzufühlen [10], und es oft ermöglichten, schriftliche Quellen – ohne daß dies jeweils im Anmerkungsapparat besonders vermerkt wäre – richtig einzuordnen.

[10] In seinem Aufsatz »Zur Technik der zeitgeschichtlichen Befragungen« schildert Peter Hüttenberger die Vorteile zeitgeschichtlicher Befragung und gibt weitere Hinweise (Veröffentlicht in: Der Archivar 22, 1969, Sp. 167 ff.).

II. Die israelitische Gemeinde

1. Die israelitische Gemeinde vor 1933

Die Situation der verschiedenen Konfessionen

Eine Geschichte der Juden Mannheims zur Zeit des Nationalsozialismus muß einer verkrampften Trennung der Bürger, die es so weder am Ende des 19. noch im 20. Jahrhundert gab, folgen. Es ist kaum möglich, die Geschichte der nach 1933 als Juden angegriffenen Bevölkerungsgruppe aus der allgemeinen Geschichte der Stadt auszusondern. Zwar gab es eine jüdische Kultusgemeinde, doch nahm, wie bei Katholiken und Protestanten, nur ein sehr kleiner Kreis aktiv am Leben der Gemeinde teil. Im öffentlichen Leben sahen sich die Juden als »Mitbürger«, bei denen nicht mehr oder weniger nach Religion oder Rasse gefragt wurde als bei Katholiken und Protestanten. Dementsprechend war die Verflechtung der später als Juden angegriffenen Bevölkerungsgruppe mit der Umwelt meistens stärker als die mit den Glaubensgenossen. So waren beispielsweise die jüdischen Handwerker in den entsprechenden Innungen organisiert. An deren Leben nahmen sie teil und nicht an dem nur wenige Mitglieder umfassenden *Verein jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender*. Derartige konfessionelle Vereine, für die es besonders im katholischen Gemeindeleben Parallelerscheinungen gibt, erhielten erst durch den Druck der Nationalsozialisten Zulauf und wurden schließlich zur berufenen Organisation der jüdischen Gewerbetreibenden.
Ähnliches gilt für die tragenden politischen und kulturellen Vereine sowie für die Wirtschaft der Stadt: Nicht die Religion *(Rasse)*, sondern andere Faktoren bestimmten die Spannungen und die Tätigkeit solcher Gemeinschaften.
So kann zwar gesagt werden, daß das jüdische Bürgertum für Kunst und Wissenschaft sehr aufgeschlossen war und daß wesentliche Förderungen von Bürgern jüdischen Glaubens ausgingen, jedoch könnte man z. B. vom Mannheimer Nationaltheater nicht sagen, daß es sein hohes Niveau allein den jüdischen Bürgern verdankte, noch – negativ ausgesprochen – daß es vom Bürgertum jüdischer Konfession beherrscht wurde. Eine Ausnahme bildeten lediglich einige Gewerbezweige, in denen tatsächlich jüdische Bürger eine beherrschende Stellung hatten[1]. Erst die

[1] Eine Auszählung verschiedener Berufszweige nach dem Mannheimer Adreßbuch 1933/34 erbrachte folgendes Ergebnis:

Rassenpolitik der Nationalsozialisten führte auf allen Gebieten des Lebens zu einer Trennung und machte für die überwiegende Mehrheit der Verfolgten ein Leben außerhalb der Religionsgemeinschaft unmöglich, so daß nach 1933 die Geschichte der israelitischen Gemeinde in zunehmendem Maße mit der Geschichte der in Mannheim lebenden Glaubensjuden identisch ist. Diejenigen Bürger, die die jüdische Religionsgemeinschaft verlassen hatten, oder die Christen, deren Großeltern der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört hatten, bei denen somit aufgrund der israelitischen Religion der Vorfahren *jüdische Rasse* unterstellt wurde, standen natürlich außerhalb dieser Organisation und müssen daher gesondert erfaßt werden.

Assimilation und gegenseitige Durchdringung hatten in Mannheim im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert auch die durch den Glauben gezogenen Schranken durchbrochen. Als Beispiel dafür sei der Synagogenchor angeführt, der 1855 gegründet wurde und in Gottesdiensten mitwirkte. Zu seinem 80jährigen Jubiläum führte Rabbiner Grünewald in seiner Rede aus:
»Man war damals mit der Umwelt so verbunden, daß man unwillkürlich den Zusammenhang mit ihr auch da noch zu vollziehen suchte, wo die Juden unter sich sind, in der Art des Gottesdienstes. Maßgebend für das religiöse Prinzip war das Ästhetische, besonders in einer Stadt wie Mannheim, die so eine Stadt des Ästhetischen war. Damit entfernte man sich bei uns immer mehr von den eigentlichen Inhalten des Gottesdienstes« [2]. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bedurfte es mancher Anstrengung der Gemeinde, sich von diesen »Schlacken« zu reinigen. Im Bereich der Religion waren jedoch nicht nur für das Judentum Anregungen vom Christentum ausgegangen. Es handelte sich um ein wenigstens in Ansätzen wechselseitiges Verhältnis. Juden hoben im Extremfall christliche Kinder über die Taufe [3] und Vorträge der israelitischen Gemeinde zogen auch christliches Publikum an. Namentlich die Paulusinterpretation von Rabbiner Grünewald soll etliche christliche Hörer zu einem neuen Verständnis für das Wirken des Apostels

---

Von 150 praktischen Ärzten waren mindestens	49 Nichtarier.
Von 70 Zahnärzten waren mindestens	13 Nichtarier.
Von 150 Schlachtern waren mindestens	10 Nichtarier.
Von 90 Schneidern waren mindestens	3 Nichtarier.
Von 28 Rohtabakhandlungen waren mindestens	20 nichtarisch.
Von 17 Rohtabakagenturen waren mindestens	10 nichtarisch.

Die Gesamtzahl der in Mannheim zugelassenen Rechtsanwälte ist weder aufgrund der Kammerverzeichnisse noch aufgrund des Adreßbuchs genau zu ermitteln. Jedoch gibt das Adreßbuch einen Anhaltspunkt. Demnach waren von 131 in Mannheim ansässigen Anwälten 74 durch die Rassevorstellungen der Nationalsozialisten benachteiligt (Juden, Halbjuden, Vierteljuden, jüdisch versippt).

[2] IGBl. 6. 11. 1935. Im Zusammenhang finden sich diese Probleme dargestellt bei Elbogen-Sterling, Die Geschichte der Juden in Deutschland, Frankfurt a. M. 1966, S. 242 ff., insbesondere S. 244 f.

[3] Z. B. Wilhelm Wagner; Evang. Kirchenbuch der Gemeinde Mannheim 1900, S. 193, Nr. 849. Diese glaubensrechtlich nicht zulässige Taufe (die Paten sollen einem christlichen Bekenntnis angehören) war dem Evang. Oberkirchenrat Karlsruhe nicht bekannt und wäre von der Kirchenbehörde mit Sicherheit beanstandet worden.

geführt haben. Konversionen vom Christentum zum Judentum blieben allerdings auf Ausnahmefälle beschränkt. Das geschilderte gute Verhältnis beruhte einmal auf der Tradition der Stadt Mannheim, in der nach dem 30jährigen Krieg von Kurfürst Karl Ludwig Bürger verschiedenster Konfessionen angesiedelt und vom Landesherrn nachdrücklich zur Toleranz angehalten wurden; zum andern auf der Struktur der jüdischen Bevölkerung selbst. Im Gegensatz zur Nachbarstadt Heidelberg verfügte das Mannheimer Judentum über einen verhältnismäßig starken Mittelstand, dessen Arbeitseifer der Anschuldigung der Antisemiten, es handle sich bei den jüdischen Mitbürgern um eine schmarotzende Oberschicht, den Nährboden entzog. Außerdem stellten die Juden einen auch zahlenmäßig nennenswerten Anteil an der Bürgerschaft, so daß jeder Mannheimer mit Juden in Berührung kam und sich somit keine Vorurteile aus Unkenntnis festsetzen konnten.

So erklärt es sich, daß selbst nach dem Ersten Weltkrieg Antisemitismus nur ganz vereinzelt laut wurde[4]. Ein so kritischer Betrachter wie Max Grünewald stellt zum Verhältnis der Bevölkerungsgruppen fest, daß es bis zum Jahre 1932 »normal« war und daß »bis zum Ende des Jahres 1932 die NS-Propaganda keine erhebliche Wirkung hatte«[5]. Für die *arische* Bevölkerung ist charakteristisch, daß – ebenfalls laut Rabbiner Grünewald – zu Gewalttaten ortsfremde organisierte Gruppen eingesetzt wurden. Diese Aussage muß allerdings insofern etwas verdeutlicht werden, als man unter Ortsfremden keinesfalls nur Nicht-Mannheimer verstehen darf. Es wurden zumeist Randalierergruppen nicht in ihrem eigenen Wohngebiet, sondern in benachbarten Stadtteilen eingesetzt.

Das Verschmelzen mit der Umwelt barg für die jüdische Gemeinde manche Gefahren in sich: angesehene Familien konvertierten zum Christentum. Auf die Beeinflussung des jüdischen Gottesdienstes als extreme Auswirkung der Assimilation wurde bereits hingewiesen. Trotzdem erlag die Gemeinschaft diesen Gefahren nicht und behielt stets eine gewisse Flexibilität und Eigenständigkeit. Mehrere Momente scheinen hierfür maßgebend: Mannheim übte nach der einsetzenden Industrialisierung eine starke Anziehungskraft aus. Besonders viele Juden der Kleingemeinden Nordbadens und der Pfalz zogen nach Mannheim. In der aufstrebenden Handels- und Industriestadt expandierten viele Berufszweige, in denen die Juden ein gutes Auskommen fanden. So wuchs die Gemeinde durch einen steten Zustrom junger

---

[4] Ausnahme mit Belegen siehe S. 65 f.
Quellenmäßig faßbare antisemitische Agitation ist in Mannheim erst mit dem Anschwellen der NSDAP zur Massenpartei bzw. mit der Umwandlung zu der den Staat verkörpernden Partei festzustellen. Auch die frühe und wichtige Entwicklung der Mannheimer NSDAP-Ortsgruppe (vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP – Hitlers Weg bis 1924 – Frankfurt, Bonn 1965) scheint dem Verfasser nicht zwingend auf besondere antisemitische Strömungen bei einem Teil der Mannheimer Bevölkerung hinzuweisen. Zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland und Österreich siehe die knappe Darstellung bei H. Krausnick, SS Staat II, S. 283 ff. sowie Peter Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966. Eine vorzügliche Bibliographie gedruckter und ungedruckter Quellen zum Antisemitismus (unter Einschluß wichtiger Zeitungsartikel) findet sich bei W. Mosse, S. 565 ff.

[5] Fragebogen zur Dokumentation.

Leute, die einmal das Leben der Gemeinde bereichern konnten, zum andern aber auch fern der Eltern einer Betreuung bedurften. Diese Aufgaben regten natürlich das Gemeindeleben an. Viele dieser Probleme (z. B. Jugendbetreuung) entsprachen übrigens denen, vor die die Gemeinde nach 1933 gestellt werden sollte. Mit schwierigen Aufgaben konfrontierte die Gemeinde eine zweite Gruppe von Zuwanderern. Die aus den ostmitteleuropäischen Ländern fliehenden Juden hofften, in der aufstrebenden Industriestadt eine neue Existenz zu finden. Ihr Kommen löste zwar Spannungen innerhalb der Gemeinde aus, doch vermittelten ihr die tiefere Verbindung der Ostjuden zu Religion und Schule auch viele Anregungen [6]. Eine assimilierte und in der Stadt hoch angesehene Führungsschicht, die jedoch nicht gewillt war, sich vom Glauben der Väter abzuwenden, gab der Gemeinde zudem einen Halt, so daß sie in den Jahren nach 1933 nicht nur als zahlenmäßig bedeutendste Gemeinde des Landes Baden auftreten konnte, sondern daß sie auch aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit eine Mittelpunktfunktion über die Landesgrenzen hinaus erfüllen konnte. Ihre Ausstrahlung für das Judentum erinnerte an die Hauptstadtfunktion Mannheims in der ehemaligen Kurpfalz.

Der Aufbau und die Verfassung der Gemeinde

Die Mannheimer jüdische Gemeinde unterstand dem Oberrat der Israeliten Badens in Karlsruhe. Sie war jedoch größer und leistungsfähiger als die Karlsruher Gemeinde. So wurden Wünsche und Anregungen der Mannheimer Gemeinde bei staatlichen Behörden zwar über den Oberrat vorgebracht, jedoch nahm dieser auf das Leben der Gemeinde keinen nennenswerten Einfluß. Auch die Staatsaufsicht, die für die Erhebung der örtlichen Kirchensteuer von Bedeutung war, gestaltete sich zur Zeit der Verfolgung nicht nachteilhaft [7]. Lediglich einige sehr seltene Angriffe auf Personen der Gemeindeführung im *Hakenkreuzbanner* mahnten zur Vorsicht [8]. Sonst hatte die Mannheimer Gemeinde bei der Bewältigung ihrer Probleme freie Hand. Ihre Verwaltung stützte sich auf den Synagogenrat, der in direkter, geheimer Wahl von den Gemeindegliedern auf die Dauer von sechs Jahren gewählt wurde. Neben dem Synagogenrat stand die 44 Mitglieder umfassende Gemeindevertretung, die ebenfalls in direkter und geheimer Wahl gewählt wurde [9]. Wichtig für das Gemeindeleben waren die Ausschüsse, deren Mitglieder je hälftig vom Synagogenrat und der Gemeindevertretung gewählt wurden und die zugleich die Brennpunkte des Gemeindelebens erkennen lassen. Die wichtigsten Ausschüsse waren: Altersheim, Erziehungsfragen, Finanzwesen, Gemeindebibliothek, Gemeindeblatt, Gemeindegebäude, Krankenhaus, Kulturangelegenheiten, *Lehrhaus*,

---

[6] Hierzu die Ausführungen des Lehrers Arthur Kohn, IGBl. 22. 11. 1933 »Aussprache-abend in der Klausschule«.

[7] Schreiben von Rabbiner Grünewald vom 17. 12. 1964, D 9–3.

[8] HB 21. 8. 1933 »Aus unserer schwarzen Mappe« Angriff auf Synagogenrat Würzweiler.

[9] Einzelheiten in: Verfassung der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens, Karlsruhe 1927.

Wohlfahrtsamt, *Klaus*stiftung. Im Dritten Reich mußte überdies ein Ausschuß für die Darlehenskasse und für Schulgeldangelegenheiten gebildet werden [10].

Wichtige Vereinigungen des Gemeindelebens

Diese Gemeinde ging in die Prüfung des Jahres 1933. So verheerend auf den ersten Blick die Folgen der hemmungslosen nationalsozialistischen Propaganda aussahen, so wenig traf sie die organisierte Gemeinde in ihrem Kern: es gelang ihr, erstaunlich sicher in der Zeit der Verfolgung ihren Weg zu gehen. Keine der Darstellungen anderer Städte zur Verfolgung ihrer Mitbürger erklärt ausreichend die überraschende Tatsache, daß die jüdischen Gemeinschaften auf die ihnen so plötzlich gestellten Aufgaben reagieren konnten. Vergleicht man die hilflose und unsichere Haltung z. B. der Kirchen in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, so bedarf diese keineswegs selbstverständliche Leistung näherer Begründung.
Folgende Momente scheinen hierfür maßgebend:
Die Juden wurden durch die nationalsozialistische Propaganda entgegen den Gepflogenheiten des NS-Staats, Teile aus einer Gemeinschaft herauszulösen, als Ganzes angegriffen: der Jude war schlecht. So war von vornherein die Gefahr gebannt, daß die Spannung z. B. Ostjuden – Eingesessene, die im deutschen Judentum bestand, zu einer Spaltung führte. Auch der Gemeinde fernstehende, alteingesessene, dem Deutschtum mehr als dem Judentum verhaftete Weltkriegsteilnehmer, die sich anfangs einer gewissen Sonderstellung erfreuten, wurden von der Propaganda gebrandmarkt und – ob sie wollten oder nicht – in die jüdische Gemeinde gedrängt.
Dies ist jedoch nur ein Hinweis darauf, weswegen die Gemeinden trotz der vielfältigen und oft widerstreitenden Interessen nicht in rivalisierende Gruppen zerfielen. Die Leistungsfähigkeit der großen deutschen und vor allem der Mannheimer Gemeinde ist damit nicht ausreichend erklärt. Die Ursachen scheinen mir in der seit der Jahrhundertwende einsetzenden Sammlungsbewegung des Judentums zu liegen. In den Jahren nach der Reichsgründung wanderten immer mehr Juden in die großen Städte ab und fanden in den neu heranwachsenden Industrien ihr Auskommen. Diese Veränderung entfremdete sie oft dem Judentum, denn sie erschwerte die gewissenhafte Einhaltung der Religionsgesetze (etwa die Feier des Sabbats), wie sie in den Landgemeinden eher möglich gewesen war. Begünstigt durch die Ziviltrauung, die im Großherzogtum Baden seit dem 1. Februar 1870 eine Eheschließung außerhalb der Religionsgemeinschaften ermöglichte, und infolge der Lockerung der Familienbande stieg in den großen Industriestädten die Zahl der *Mischehen* sprunghaft an. In den Städten mit eingesessenem Judentum pendelte nach der Jahrhundertwende ihre Zahl zwischen einem Viertel und der Hälfte der geschlossenen jüdischen Ehen. Hamburg, die deutsche Stadt mit der wohl fortgeschritten-

---

[10] Der Aufbau der Gemeinde im Jahre 1936 ist übersichtlich grafisch dargestellt in: IGBl. 9. 9. 1936 »Der organisatorische Aufbau der jüdischen Gemeinde Mannheim«. *Dok. 5.*

sten Assimilation, zählte 1905/06 auf 100 jüdische Ehen 61,19 Mischehen [11]. Felix Theilhaber untersuchte in einer volkswirtschaftlichen Studie das Schwinden der deutschen Juden, welches auch durch Zuwanderung aus dem Osten nicht ausgeglichen wurde [12]. Diese Schrift erschien 1911 unter dem sprechenden Titel »Der Untergang der deutschen Juden«. In diese Jahre der rasch fortschreitenden Assimilierung fällt jedoch das Erwachen einer Minderheit, die eine Besinnung des Judentums auf die eigenen Kraftquellen forderte und die Judenfrage nicht nur nicht leugnete, sondern als Problem Europas herausstellte: die Zionisten. Wenn auch diese Bewegung vorwiegend Jugendliche anzog, so nahm ihre Zahl doch im Lauf der Jahre zu und erfaßte nach dem verlorenen Weltkrieg unter dem Eindruck des in Deutschland stärker aufkeimenden Antisemitismus weitere Schichten. Trotz des Abbaus der letzten ungeschriebenen Standesschranken, um den die verantwortlichen Politiker der Weimarer Republik bemüht waren, fand eine Selbstbesinnung statt, und ein Suchen nach einem auf den eigenen Traditionen aufgebauten Leben ergriff viele deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens. Auch das Leben der Gemeinde Mannheim zeigte ohne die im wesentlichen die Jugendlichen ansprechende zionistische Bewegung neue Impulse, die schon vor der *Machtergreifung* zu einem Hochstand des Gemeindelebens führten. Besonders deutlich führt dies der Synagogenrat in seinem Bericht über das Jahr 1931 aus. Dort heißt es, daß »das Leben in der Gemeinde einen auch auswärts viel beachteten Aufschwung genommen«, »der Besuch der Synagogen ganz erheblich zugenommen« habe, »das Unterrichtswesen einen Hochstand darbiete«, »die Fortbildung Erwachsener eine große Verbreitung erfahren« habe und »das Wohlfahrtswesen vorbildlich für viele Gemeinden geworden« sei [13].

Doch nicht nur die geistigen Strömungen in der deutschen Judenheit im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erhalten rückblickend erhöhte Bedeutung für die Reaktion auf den nationalsozialistischen Angriff, sondern auch die von diesen nicht zu trennenden wirtschaftlichen Krisensituationen der Weimarer Zeit. Inflation und Weltwirtschaftskrise trafen das Bürgertum und damit – als Folge der einseitigen soziologischen Schichtung – einen Großteil der Juden besonders schwer. Wie unten noch näher auszuführen sein wird, entsprachen die hierdurch für die Gemeinde anfallenden Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, weitgehend schon den in den Jahren 1933 ff. an die Gemeinde gestellten Anforderungen. Beides, Selbstbesinnung wie »Krisensituation«, schlug sich im Vereinsleben der Gemeinde nieder.

---

[11] Theilhaber, S. 105. In Mannheim wertete man im Jahre 1933 44 Prozent der jüdischen Ehen als Mischehen. Genaue Zahlenangaben – auch für zurückliegende Jahre – sind veröffentlicht im IGBl. 7. 8. 1935 »Die Mannheimer Jüdischen Ehen und Mischehen im Jahre 1934«.

[12] Trotz der starken Zuwanderung aus dem nordbadischen Raum fiel der Anteil der Glaubensjuden an der Gesamtbevölkerung Mannheims von 8,3 % im Jahre 1875 auf 2,3 % im Jahre 1933. Quelle: Mannheimer Statistisches Taschenbuch, 4. Ausgabe 1936.

[13] IGBl. 22. 1. 1932 »Bericht des Synagogenrats über Jahr 1931«. Auch rückblickend betont heute Rabbiner Grünewald, daß der starke Besucherstrom zu den Gottesdiensten schon vor 1933 einsetzte.

Die folgende Betrachtung einiger in den Jahren der Weimarer Republik bestehender jüdischer Vereine verdeutlicht am besten die »Vorbereitung« der Gemeinde auf die Anforderungen des Dritten Reichs.
Die Kernprobleme, die alle deutschen israelitischen Gemeinden und Gemeindeverbände infolge der nationalsozialistischen Politik zu meistern hatten, waren:

1. die häufig der jüdischen Religion entfremdeten Gemeindeglieder zum israelitischen Glauben zurückzuführen und ihnen so einen Halt zu vermitteln;
2. die einseitige Berufsstruktur der Juden zu beseitigen, da die in Frage kommenden Einwanderungsländer fast nie Bedarf an den von den deutschen Juden ausgeübten Berufen hatten. Diese setzten überdies eine gründliche Kenntnis der Landessprache voraus;
3. die Vorbereitung und Hilfe bei einer Auswanderung;
4. die materielle Versorgung der in Not geratenen Gemeindeglieder;
5. die Versorgung der zurückbleibenden Alten, deren Kinder zur Gründung einer neuen Existenz auswanderten.

Zu 1: Im Jahre 1833 riefen führende Männer der Gemeinde den *Israelitischen Studienverein* ins Leben, dem im Jahre 1891 Körperschaftsrechte verliehen wurden. Der Verein unterstützte unbemittelte israelitische Studierende, insbesondere solche, die sich einem pädagogischen Beruf zuwenden wollten [14]. Nach 1933 kam die akademische Ausbildung israelitischer Jugendlicher kaum mehr in Frage. Der Verein wurde mit Genehmigung des Ministers des Kultus und Unterrichts aufgelöst, das Kapital von 11 945.– RM an den Synagogenrat überwiesen, der damit eine *Israelitische Ausbildungsstiftung* errichtete. Das Staatsministerium genehmigte die Stiftung [15]. Diese diente nunmehr in erster Linie dem Zweck, unbemittelte israelitische Jugendliche bei der Erlernung eines Handwerks oder eines hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Berufs zu unterstützen.
Dieser alte Verein unterscheidet sich von anderen in Mannheim um die Jahrhundertwende gegründeten jüdischen Vereinigungen. Er besaß nicht die Kraft, sich im Dritten Reich den veränderten Bedingungen anzupassen und sich einer seinen ursprünglichen Zwecken entsprechenden Aufgabe zu widmen. So mußte der Synagogenrat diese Aufgabe durch Gründung einer Stiftung übernehmen. Es läßt sich kein anderer um das jüdische Gemeinwohl bemühter Verein nachweisen, bei dem die Übernahme einer erweiterten oder veränderten Aufgabe so nahe gelegen hätte und der sich schon so bald nach der *Machtergreifung* ohne erkennbaren äußeren Druck auflöste.
Der *Verein zur Förderung des Israelitischen Religionsunterrichts* [16] hatte sich zur Aufgabe gesetzt, »die Ausbildung der israelitischen Jugend in Mannheim nach den Grundsätzen der streng religiösen traditionellen Richtung zu ermöglichen«. Wie

---

[14] Körperschaftsrechte durch Erlaß Nr. 24844 vom 29. 12. 1891 GLA 235/18635.
[15] Staatskanzlei Karlsruhe 16. 1. 1934, Nr. 619; Abschrift im GLA 235/18635.
[16] Amtsgericht Mannheim, Register VR II/34; Ersteintrag im Vereinsregister 28. 11. 1904. Auflösung des Vereins auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom 24. 7. 1938. Weitere Einzelheiten in den Rechenschaftsberichten und Protokollen der Mitgliederversammlungen.

die große Zahl prominenter und begüteter Mitglieder zeigt, war der Verein von erheblicher Bedeutung. Durch hohe Mitgliedsbeiträge und Spenden verfügte er über ausreichende Mittel, auch in den wirtschaftlich schweren Jahren nach dem Ersten Weltkrieg den Unterricht in der orthodoxen *Klaus*schule – einer zum Zwecke des Thorastudiums gestifteten Anstalt – zu unterstützen und den angestellten Lehrern zusätzliche Teuerungsgehälter zu bewilligen. Besonderes Augenmerk richtete der Verein auf die Förderung des hebräischen Sprachstudiums.
Dieser Verein konnte zur Zeit der NS-Herrschaft sein Tätigkeitsfeld beibehalten. Er übernahm 1937 lediglich die zusätzliche Aufgabe, Eltern, die das Schulgeld für einen intensiven Religionsunterricht in der *Klaus* nicht aufbringen konnten, finanziell zu unterstützen [17]. Über seine eigentlichen Ziele hinaus hat der Verein in doppelter Hinsicht der Gemeinde geholfen, ihre Probleme zu meistern:
Die Teilnahme am Hebräischunterricht erleichterte es manchem Jugendlichen, nach Palästina zu emigrieren, wo diese Sprache in der Form des Neuhebräischen zur Umgangssprache erhoben wurde. Die verständnisvolle Arbeit des Vereins und der gute Unterricht in der *Klaus* bewirkten, daß auch liberale Eltern ihre Kinder hier unterrichten ließen. An dieser Schule wurde sicherlich eine Grundlage des guten Einvernehmen zwischen den Kristallisationspunkten des Gemeindelebens, den Liberalen, Zionisten und Orthodoxen, geschaffen, so daß es in der Mannheimer Gemeinde nie zum Bruch kam, während in einigen anderen deutschen Städten die Juden erst unter dem Druck der Nationalsozialisten zur Einheit fanden [18].
Die zum Orden *Bne Brith* gehörige *August-Lamey-Loge* konstituierte sich unter dem Eindruck des Schwindens des deutschen Judentums. Dies war in Mannheim nicht nur sinnfällig durch die Abnahme des Anteils der Juden an der Bevölkerung, sondern auch durch den Übertritt angesehener Familien zum Christentum. Trotzdem ist diese Loge weit entfernt von jenen Vereinen, die die Hinwendung zum Judentum mit einer gewissen Absonderung vom Deutschtum verbanden. In ihren in den Registerakten abgehefteten Satzungen heißt es: »Die *August-Lamey-Loge* hat den Zweck, die reinsten Grundsätze der Menschenliebe zur Geltung zu bringen, an den Kulturaufgaben unseres deutschen Vaterlandes tätig mitzuwirken, und durch die Pflege der unvergänglichen Ideale des Judentums dessen Erhaltung und Kräftigung zu erstreben« [19]. Ähnlich dem später zwecks Abwehr schwerer Verleumdungen gegründeten *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* kannte dieser Verein keinen Zwiespalt zwischen Deutschtum und Judentum. Im Rahmen der Kultur ihres Vaterlandes, zu deren Pflege die Mitglieder beitragen wollten, wünschten sie der israelitischen Religion treu zu bleiben. Darüber hinaus förderte die Loge die allgemeine Wohltätigkeit.
Ihre ethischen und karitativen Anliegen dürfen geradezu als Bekenntnis der alteingesessenen jüdischen Bürger dafür gelten, wie sie ihr Leben bei voller Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ihrer Vaterstadt gestalten wollten. Charakteristisch ist

---

[17] Register VR II/34, S. 113, Mitgliederversammlung vom 19. 5. 1937.
[18] Berlin, Frankfurt, Wiesbaden.
[19] VR XI, 32; Gründung 15. 3. 1896; Ersteintrag im Vereinsregister 13. 6. 1928. Löschung auf Antrag des Polizeipräsidenten, Mannheim, am 27. 9. 1938.

jedoch, daß nur wenige von der Religion aus den Weg zum Volk Israel wagten. Heute leben die meisten von ihnen in angelsächsischen Ländern und aus Briefen und Gesprächen spürt man die unvernarbte Wunde des Ausgestoßenseins aus dem Vaterland, für das viele von ihnen im Ersten Weltkrieg Leben und Gesundheit eingesetzt hatten.
Neben dieser wichtigen Loge lassen sich drei weitere Vereinigungen nachweisen, welche den orthodoxen Gottesdienst bzw. die hebräische Sprache oder jüdische Überlieferungen pflegten:

Ahawas Zion [20]
Jüdischer Kulturverein [21]
Sfard Verein Schomre Schabos [22]

Die beiden letztgenannten Vereine stellten ihre Tätigkeit vor der *Machtergreifung* ein. Es wäre jedoch falsch, auf ein Nachlassen des Interesses ihrer Mitglieder an der israelitischen Religion und der hebräischen Sprache zu schließen. Weitere private Vereine übernahmen zumeist in Zusammenarbeit mit den in sogenannten Bünden organisierten Jugendlichen diese Aufgaben. So zeigt das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung des *Jüdischen Kulturvereins,* daß neben der Entwertung des Vereinsvermögens in der Inflation der Übertritt vieler interessierter Mitglieder zur *Kultur-Liga,* einer nicht ins Vereinsregister eingetragenen und daher nicht näher nachweisbaren Vereinigung, die Auflösung des Kulturvereins notwendig werden ließ. Vor allem aber hatten die Belebung des Gemeindelebens, die Pflege des orthodoxen Gottesdienstes in der *Klaus*-Synagoge und die im *Lehrhaus* gebotenen ausgezeichneten Vorträge, die weit über die Möglichkeiten privater, sich aus weniger bemittelten Mitgliedern zusammensetzender Zirkel hinausgingen, sowie ein guter Hebräischunterricht die Pflege dieser Anliegen in Vereinen überflüssig gemacht. Wie sehr eine Zuwendung zur Religion Ziel gerade der aktiven Gemeindemitglieder war, zeigt, daß karitative jüdische Organisationen – und hier nicht nur die Beerdigungsvereine – sich ebenfalls um ein vertieftes Schriftstudium bemühten [23].
Die beiden zentralen Institutionen der Gemeinde, die der Vermittlung jüdischen Geistesguts dienten, waren die *Lemle-Moses-Klaus*-Stiftung und das *Lehrhaus.* Bei der *Klaus* handelte es sich um ein in den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts aufgrund einer Konzession des Kurfürsten gegründetes Lehrhaus zur Pflege des Thorastudiums [24]. An die *Klaus* angegliedert war eine Synagoge, in der sich die orthodoxen Gemeindeglieder zum Gottesdienst versammelten [25].

---

[20] VR VI, 17; Anmeldung zum Vereinsregister 24. 5. 1916; 20. 3. 1930 letzter Eintrag.
[21] VR VII, 32; Gründung 9. 2. 1919; Auflösung des Vereins auf der Mitgliederversammlung vom 28. 10. 1923 beschlossen.
[22] VR V, 21; Ersteintrag 28. 10. 1912; Löschung 15. 4. 1934.
[23] Z. B. die Jüdische Frauenvereinigung VR III/36; Ersteintrag im Vereinsregister und Satzungen 12. 5. 1908.
[24] Einzelheiten bei L. Göller, S. 103 ff. und I. Unna, Die Lemle-Moses-Klaus-Stiftung in Mannheim.
[25] Einzelheiten über den Bau in F 1, 11 und seine notwendig werdende Erweiterung siehe IGBl. 5. 3. 1930, Sondernummer.

Eine größere Breitenwirkung als die *Klaus* hat das *Lehrhaus* erzielt. Es war eine im Hinblick auf das von Franz Rosenzweig begründete Frankfurter Lehrhaus geschaffene Institution, die zum Ziel hatte, auf den großen jüdischen Traditionen fußende Menschen heranzubilden. Auch in Mannheim wurde in den zwanziger Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein neutrales jüdisches *Lehrhaus* ins Leben zu rufen, in dem Jugendliche und Erwachsene aller Richtungen ihre »Rüstung« erhalten sollten [26]. Wesentlich aufgrund der Initiative von Rabbiner Max Grünewald, der auch das *Lehrhaus*programm entworfen hatte, konnte im November 1929 das Mannheimer *Lehrhaus* seine Tätigkeit aufnehmen. Grundlage der Unterrichtstätigkeit sollten um verschiedene Themen gruppierte Seminare sein, zu denen ergänzend Fachreferenten öffentliche Vorträge hielten. Bis zum Jahre 1933 hatte das *Lehrhaus* seine feste Form gefunden und durch einen zuverlässigen, sich zumeist aus der bündischen Jugend rekrutierenden Teilnehmerkreis seinen festen Platz im Gemeindeleben erhalten [27]. Auch hier ist es charakteristisch, daß z. B. die neuhebräischen Sprachkurse schon vor 1933, also ohne unmittelbaren Druck, im Jahre 1932 erweitert werden mußten [28]. Zahlenmäßig erfuhr das *Lehrhaus* nach 1933 großen Zulauf. Dieser ist jedoch nicht allein als Symptom einer gesteigerten Religiosität zu werten, denn nirgends sonst gab es eine Institution, die den Juden – und vor allem den Jugendlichen – derart praktische Hilfe bot.

Zu 2: Die einseitige Berufsstruktur der Juden, die allerdings in Mannheim nicht ganz so ausgeprägt war wie in anderen Städten, gab verantwortlichen Führern des Judentums schon früh Anlaß, auf Abhilfe zu dringen. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise wurde dieses Problem auch in Mannheim diskutiert und im Gemeindeblatt vom 12. März 1931 erstmals auf der Titelseite dazu Stellung genommen. Seit 1894 widmete sich in Mannheim diesen Fragen der nur aus dem Gemeindeblatt zu erschließende *Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufe.* Allerdings mußte der in den entscheidenden Jahren nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten amtierende Vorstand B. Stahl in einem Rückblick feststellen [29], daß »bedauerlicherweise dem Rufe des Vereins ... nicht in genügendem Maße Folge geleistet wurde«. Trotzdem scheint der Verein schon in den Jahren vor 1933 eine gewisse Bedeutung gehabt zu haben, da ihm im Gemeindeleben bedeutende Männer vorstanden. Wesentlich bleibt jedoch, daß sich die Gemeinde im Jahre 1933 bei der Berufsumschichtung, die durch äußeren Druck notwendig wurde, auf diesen Verein stützen konnte.
Ein Teil der jüdischen Handwerker gehörte seit 1914 dem *Verein (selbständiger)*

[26] S. Billigheimer in der Oktober-Nummer des Jahres 1927 des IGBl. »Das Judentum und die religiöse Lage der Gegenwart«. Zitiert nach IGBl. 9. 9. 1936 »Das Lehrhaus«; vgl. auch zum folgenden IGBl. 9. 9. 1936, Sondernummer.
[27] Einzelheiten in der Beilage zum IGBl. Jahrgang 1930 »Das Lehrhaus«.
[28] Lehrplan des Lehrhauses IGBl. 14. 12. 1932.
[29] IGBl. 17. 1. 1934 »Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufe«. Leider war der Verein – wie alle anderen handwerklichen Vereine der Gemeinde – nicht im Mannheimer Vereinsregister eingetragen. Vgl. auch die Ausführungen Goldbergs zum jüdischen »Handwerkerverein für Baden« (S. 72).

jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender an [30]. Über seine Ziele war auch durch eine Korrespondenz mit Mitgliedern oder deren Nachkommen, die aufgrund der Angaben des Gemeindeblatts ermittelt wurden, keine Klarheit zu erhalten. Es scheint sich jedoch vornehmlich um eine Interessenvertretung etlicher Handwerker gehandelt zu haben, die vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten keine besonderen Aufgaben in der Gemeinde übernahm. Nach 1933 änderte sich dies. Einmal mußten die jüdischen Handwerker, die bisher vornehmlich in ihren Innungen organisiert waren, sich zur Wahrung ihrer Interessen enger zusammenschließen. Sprunghaft stieg die Zahl der Mitglieder von 20 auf über 200 an [31]. Zum andern stand der Gemeinde mit diesem Verein eine Organisation ihrer Handwerker zur Verfügung, die aktiv an der Lösung der Berufsumschichtungsprobleme mitzuarbeiten fähig war.

Zu 3: Eng verwandt mit der Aufgabe, die einseitige Berufsstruktur der deutschen Juden zu verändern, war die Notwendigkeit, leistungsfähige Gemeindeorgane zur Vorbereitung und Hilfe einer Auswanderung zu schaffen. Zur Vorbereitung gehörte das Sprachstudium. Das *Lehrhaus* rief nach 1933 entsprechende Kurse ins Leben. Ein kompliziertes, wichtiges Tätigkeitsfeld stellte weiterhin die Beratung der auswanderungswilligen Gemeindeglieder dar. Auf diese Aufgabe war das *Lehrhaus* bereits dadurch vorbereitet, daß im oder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg viele Juden nach Mannheim zugezogen waren. Die aus Elsaß-Lothringen ausgewanderten deutsch eingestellten Juden standen vor keinerlei über das normale Maß hinausgehenden Schwierigkeiten. Sie wurden von einer angesehenen Organisation, dem *Bund der Elsässer im Reich,* gestützt. Dagegen waren die im Osten beheimateten Juden als frühere österreichische oder russische Staatsangehörige dem schweren Schicksal der Staatenlosigkeit preisgegeben. Sie besaßen nicht einmal – wie die russischen Emigranten – einen *Nansenpaß.*
In kleinerem Rahmen war die Gemeinde schon vor dem Ersten Weltkrieg vor die Aufgabe gestellt gewesen, Durchreisenden Hilfe zu gewähren. Der *Verein zur Speisung ortsfremder israelitischer Armer* und eine *Passantenkasse* des *Vereins zur Unterstützung ortsfremder israelitischer Armer* reichten noch in den Wirren des Ersten Weltkrieges aus, diese Aufgabe zu bewältigen. Als in der Zeit der Weimarer Republik die oft sehr komplizierten Staatsangehörigkeitsfragen und die große Zahl der zu betreuenden Israeliten die Kräfte dieser Einrichtungen überstiegen, wurde im Jahr 1927 zusätzlich die *Zentralstelle für jüdische Wanderfürsorge für Baden und Pfalz* ins Leben gerufen [32]. Diese Organisation konnte nach 1933 bei noch gesteigerten und umfangreicheren Aufgaben die Betreuung der Auswanderer und Durchwanderer übernehmen, die sich zum Besuch der vielen regionalen Behör-

---

[30] Mitgliederverzeichnis mit Gründungsjahr als Beilage zum IGBl 1. 9. 1937.
[31] IGBl. 27. 3. 1934 »Verein Jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender Mannheim«.
[32] Vgl. IGBl. 18. 8. 1937. Die Einzelheiten über die Arbeit dieser Organisation im Dritten Reich wurde aus naheliegenden Gründen (Betreuung von politischen Flüchtlingen) nicht veröffentlicht. Diese und die späteren Angaben machte der langjährige Leiter der Zentralstelle, Rechtsanwalt Dr. Otto Simon.

den in Mannheim aufhielten. Die ostjüdischen Organisationen, deren Heranziehung zu diesen Aufgaben nahelag, erwiesen sich als weniger geeignet: Es fehlte ihnen vor allem an prominenten und begüterten Gemeindemitgliedern. Schon vor 1933 hatte z. B. die Leistungsfähigkeit des *Ostjüdischen Frauenvereins* nicht ausgereicht, allein mit dem Elend der aus dem Osten zugezogenen Bürger fertig zu werden [33]. Im Frühjahr 1934 lösten sich die ostjüdischen Vereinigungen Mannheims überdies auf Drängen des Polizeipräsidiums auf [34].

Zu 4: Als häufigste Ursache von Not bei Gemeindegliedern wird Krankheit und daraus folgender Erwerbsausfall anzusehen sein. So gab es auch in der Mannheimer israelitischen Gemeinde entsprechende Selbsthilfeeinrichtungen, für die sich jedoch wegen fehlender Akten keine Ausweitung des Tätigkeitsfeldes nachweisen läßt. Die bedeutendsten werden die Israelitische Krankenunterstützungskasse *Bikur Cholim* und andere, in der *Vereinigten Verwaltung der Israelitischen Krankenunterstützungsvereine* zusammengefaßte Selbsthilfeeinrichtungen gewesen sein [35]. Über ihre Entstehungsgeschichte und ihren Aufgabenbereich vor 1920 gibt die Dissertation von Goldberg Auskunft; zur Tätigkeit der *Vereinigten Verwaltung der Israelitischen Krankenunterstützungsvereine* erhalten wir darüberhinaus noch einige Hinweise aus den Registerakten [36].
Soziale Arbeit und gegenseitige Hilfeleistung war in der Vergangenheit für die Juden infolge der Zerstreuung und der zahlreichen Verfolgungen nicht nur ein Gebot der Religion, sondern eine Notwendigkeit gewesen. So treffen wir in Verfolg dieser Tradition sehr tätige Vereine an. Der bedeutendste, die *Jüdische Frauenvereinigung* [37], umfaßte in seinem großen Mitgliederkreis aus den gehobenen Schichten Mannheims stammende, bewußt jüdische Frauen. Diese setzten sich neben »der

---

[33] Der Ostjüdische Frauenverein brachte im Jahre 1931/32 für seine Fürsorgetätigkeit 1236,30 RM auf. Diese Summe weist bei der durchweg geringeren Einkommensschichten angehörenden ostjüdischen Bevölkerung auf eine beachtliche Leistung des Vereins hin. (Angabe des Fürsorgeaufwands im IGBl. 22. 9. 1932 »Die Mannheimer jüdische Fürsorgearbeit in Zahlen im Jahre 1931/32«.)

[34] 1. VR VII, 44; Vereinigung der Ostjuden in Mannheim. Ersteintrag 20. 10. 1919. Letzter Eintrag 23. 2. 1934. Die Akten sind durch Kriegseinwirkung vernichtet. – 2. VR III, 27; Ahawas Scholom in Mannheim (nicht allein für Ostjuden; jedoch räumlich und personell eng mit diesen verbunden). Ersteintrag 4. 10. 1907. Letzter Eintrag 28. 3. 1934. Diese Akten belegen auch den bei der Auflösung ausgeübten Druck: Beschluß des Amtsgerichts vom 1. 2. 1934. – 3. VR VI, 38; Verein ostjüdischer Frauen in Mannheim. Ersteintrag 23. 3. 1918. Letzter Eintrag 12. 1. 1934. Keine Akten mehr vorhanden. – 4. Über den Verband ostjüdischer Organisationen, Ortsgruppe Mannheim, läßt sich nichts Näheres sagen. Adreßbuch 1931/32, S. 1162.

[35] Die Vereine sind im Mannheimer Adreßbuch 1931/32 (unter Benennung des Vorstands) angegeben.

[36] J. Goldberg, S. 61 ff. – Die »Vereinigte Verwaltung der israelitischen Krankenunterstützungsvereine« wurde am 11. 12. 1934 erstmals ins Vereinsregister eingetragen. VR XIV, 3.

[37] VR III, 36; Ersteintrag 12. 5. 1908. Letzter Eintrag 28. 11. 1938. Als Impuls für die Gründung des Vereins hebt Goldberg die Not der Ostjuden hervor, die damals vor Pogromen aus Rußland geflohen waren. S. 70 f.

tätigen Anteilnahme an der Regeneration des jüdischen Volkes« folgende Aufgaben:

a) soziale Hilfsarbeit,
b) Leitung und Verwaltung der *Jüdischen Kinderstube*,
c) Veranstaltung von Vortrags- und Diskussionsabenden.

Die soziale Hilfsarbeit der Frauenvereinigung erfuhr infolge der Not nach dem Ersten Weltkrieg und dank der Leistungsfähigkeit des Vereins eine stete Aufwärtsentwicklung. 1924 begründete er eine in der Gemeinde sehr geschätzte Medizinalhilfe. Daneben erfreuten sich die Wöchnerinnenfürsorge und der Nähzirkel der Anerkennung durch Gemeinde und Synagogenrat. Der Nähzirkel übernahm die Aufgabe, für bedürftige Gemeindeglieder Kleidung herzustellen oder geschenkte Kleidung für Wohltätigkeitszwecke auszubessern. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Kinder der *Jüdischen Kinderstube* zweimal im Jahr einzukleiden [38].

Die Kinderstube hatte der Verein im Jahre 1908, als der Verkehr und die Berufstätigkeit der Frau zunahmen, ins Leben gerufen. Dieser Kindergarten sollte angesichts der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen und der immer mehr anwachsenden Gefährdung der Kinder auf den Straßen Hilfe bieten. Er bildete im Rahmen der Vereinigung eine selbständige Verwaltungseinheit und stellt zweifellos die größte Leistung des Vereins dar. Kurz vor der *Machtergreifung* konnte die *Kinderstube* im Juni 1932 noch ihr neues Heim der jüdischen Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Mehr noch als andere Vereine hatte sich dieser schon vor 1933 eng an die Gemeindeleitung angeschlossen und besonders mit dem Wohlfahrtsamt zusammengearbeitet. Wie die Versammlungsprotokolle in den Registerakten zeigen, nahm schon in den zwanziger Jahren ein offizieller Vertreter des Synagogenrats an den Versammlungen teil. Der Synagogenrat beteiligte auch seinerseits den Verein an Problemen der Gemeindearbeit [39].

Neben diesem großen, verschiedene Lebensbereiche erfassenden Verein gab es etliche kleinere, die sich die Behebung eines besonderen Notstands zur Aufgabe setzten. Einzelheiten ihrer Tätigkeit und Geschichte lassen sich heute nicht mehr rekonstruieren. In der Erinnerung der Gemeindeglieder ist besonders die segensreiche Tätigkeit der *Israelitischen Armenkasse zur Anschaffung von Brennmaterialien* lebendig geblieben, deren Leistungsfähigkeit sicherlich von dem engen Zusammenhalt mit der Gemeindeleitung herrührte [40].

Drei große Einrichtungen der Gemeinde, die vor 1933 gegründet worden waren und nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu eminenter Bedeutung gelangten, seien angeführt:

1. das Wohlfahrtsamt,
2. das Krankenhaus,
3. das Altersheim.

---

[38] Schreiben der Vorsteherin, Frau Rosa Seligsberg, vom 9. 2. 1967, D 9–3.
[39] Z. B. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 30. 5. 1927; VR III, 36.
[40] Das Mannheimer Adreßbuch 1931/32, S. 1156 benennt als Vorstand: I. Hartog (Synagogenrat) und Dr. G. Oppenheim (Rabbiner), Dr. G. Hecht, Rechtsanwalt (führendes Mitglied im Liederkranz/Jüdischer Kulturbund) und O. Noether (Synagogenrat).

Das im Jahre 1926 errichtete Wohlfahrts- und Jugendamt der Gemeinde ist wohl wie keine andere Institution auf die Übernahme der infolge der *Machtergreifung* sich ergebenden Verpflichtungen vorbereitet gewesen. Gleichsam in einem Modellfall ist hier eine Entwicklung zu erkennen, die die Gemeinde im Großen nahm. Anhand der Voranschläge läßt sich erkennen, daß das Wohlfahrtsamt in den ersten Jahren seines Bestehens lediglich durch seine geschulten Fachkräfte die bereits privat in Vereinen und Zirkeln organisierte Hilfe in seinen Dienst stellte. Es übernahm einmal die Funktion einer Dachorganisation, zum anderen sprang es aufgrund der Vorbildung der Beamtinnen in komplizierten Fällen ein. In den folgenden Jahren weiteten sich dann seine Aufgaben aus [41]. Während das Wohlfahrtsamt anfangs nur mit den Mitteln für die Personalkosten ausgestattet war, mußten vor allem für die *Wirtschaftsfürsorge* bald beträchtliche Mittel aufgewandt werden. Diese überstiegen im Jahre 1931/32 sogar die außerordentlich hohen Aufwendungen der privaten Vereine [42]. Die private Hilfe trat im Lauf der folgenden Jahre immer mehr hinter die Gemeindearbeit zurück und wurde nach 1933 ganz vom Wohlfahrtsamt übernommen. Seine umfangreiche Arbeit ist anhand der von der Leiterin des Wohlfahrtsamts veröffentlichten jährlichen Tätigkeitsberichte gut zu verfolgen [43]. In seinen Voranschlägen unterscheidet es drei Hauptarbeitsgebiete [44]:

1. die *Wirtschaftsfürsorge,*
2. die *Gesundheitsfürsorge,*
3. die *Jugendfürsorge.*

Die *Wirtschaftsfürsorge* hatte sich neben der allgemeinen Fürsorge, die jeder Großstadt obliegt, ganz besonders dem schon in der Inflation geschwächten und in der Weltwirtschaftskrise darniederliegenden Mittelstand zuzuwenden. Hier galt es, Kontakt mit Schichten aufzunehmen, die bisher die Fürsorgearbeit der Gemeinde unterstützt hatten. Ohne die inneren Voraussetzungen zu besitzen, waren sie auf die taktvolle, aber auch oft energische und individuelle Hilfe der jüdischen Allgemeinheit angewiesen. Wie erst recht nach 1933, so war schon jetzt ein Teil des ehemals wohlhabenden Bürgertums weder auf die materielle Not noch auf die sich ergebenden seelischen Konflikte vorbereitet. Hier mußte die Gemeinde mit knappen Mitteln ein Höchstmaß an Wirkung erzielen.
Die Struktur der israelitischen Gemeinde zwang diese, vor 1933 trotz enger Zusammenarbeit mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege eigene Wege zu gehen. So erforderte die Notlage vieler Familien ein früheres Eingreifen, als es die öffentliche

---

[41] Heilbrunn S. 100.
[42] IGBl. 22. 9. 1932 »Die Mannheimer Fürsorgearbeit in Zahlen im Jahre 1931–1932« gibt als erfaßbaren Gesamtaufwand der Vereine (ohne Mittelstandshilfe) die beachtliche Summe von 62 710.12 RM an, gegenüber einer Summe von 65 564.90 RM, die vom Wohlfahrtsamt für Fürsorgezwecke verausgabt wurde.
[43] Die Leitung des Wohlfahrtsamts hatte bis 1939 Frau Mia Neter inne. Die Berichte wurden im Gemeindeblatt veröffentlicht.
[44] Die Voranschläge der Gemeinde sind leider nicht erhalten. Über die Gestaltung des Haushalts vor 1933 gibt jedoch ausreichend die maschinenschriftliche Diplomarbeit von Käte Heilbrunn Auskunft.

Wohlfahrt nach ihren Richtsätzen ermöglicht hätte [45]. Trotzdem erschwerte die Mentalität der Betroffenen häufig die Annahme der Fürsorge. So besuchten die israelitischen Bürger z. B. nicht die in allen Stadtteilen bestehenden Speisebetriebe. Die Gemeinde errichtete in Zusammenarbeit mit der Frauenvereinigung und dem Logenrestaurant eine Speisegelegenheit, der nichts vom Odium des Karitativen anhaftete, denn es war im Logenrestaurant für die Anwesenden nicht erkennbar, ob ein Gast das Essen mit oder ohne Unterstützung der Gemeinde erhielt. Diese Einrichtung des Wohlfahrtsamts hatte auch den Nebenerfolg, daß alle Glieder der Gemeinde enger zusammengeführt wurden. Dieser Aspekt der Wohlfahrtsarbeit, der in der gemeinsamen Speisung besonders zum Ausdruck kommt, wurde auch von der Gemeindeleitung gesehen und anerkannt, wenn es z. B. im Rechenschaftsbericht des Wohlfahrtsamts heißt [46]: »Es ist ein positives Merkmal gerade des verflossenen Jahres, daß das Interesse des Menschen am Menschen wachsamer geworden ist und häufig einmündet in eine ganz nahe und echte Beziehung vom Helfer zum Hilfesuchenden. Auch an die noch so gesichert erscheinende Einzelexistenz rückt die Not nahe heran ... So kam es, daß die durch den Anstieg der Not häufig unzureichend gewordenen Mittel umfangreicher als sonst durch private Spenden ergänzt worden sind.«

Ein weiterer Zweig der Gemeindefürsorge, der auf gesteigerte Aufgaben im Dritten Reich vorbereitete, ergab sich aus der moralischen Verpflichtung, in Zusammenarbeit mit den Vereinen die Betreuung der Ausländer und Staatenlosen, die auf die öffentliche Fürsorge keinen Anspruch hatten, zu übernehmen. Die Staatenlosen waren besonders schwer von der Rassengesetzgebung betroffen. Da nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zahlreiche Einbürgerungen rückgängig gemacht wurden, wuchs ihre Zahl an. Dadurch weitete sich dieses Tätigkeitsfeld nach 1933 aus [47].

Gesundheits- und *Jugendfürsorge* nahmen neben der Wirtschaftsfürsorge nur einen kleinen Raum ein und können daher bei dieser kursorischen Betrachtung der Voraussetzungen für eine gedeihliche Gemeindearbeit unter den schweren Bedingungen des Nationalsozialismus unberücksichtigt bleiben.

Neben dem Wohlfahrtsamt bestand als Einrichtung der Gemeinde das Krankenhaus in E 5. Im Jahr 1936 wurde es mit dem Altersheim in der Collinistraße zusammengelegt. Zur sozialen Einrichtung wurde es erst im Dritten Reich; insbesondere nach der Deportation der badischen Juden im Oktober 1940 kam ihm zentrale Bedeutung für das Leben der Restgemeinde zu [48]. Das Problem der Versorgung der Alten mußte bei den sich allenthalben lockernden Familienbanden, besonders unter dem Druck der Wirtschaftskrise, gelöst werden. Der jüdischen Gemeinde

---

[45] IGBl. 22. 1. 1932 »Das Mannheimer Hilfswerk und die jüdische Arbeit«.

[46] IGBl. 22. 9. 1932 »Die Arbeit des israelitischen Wohlfahrts- und Jugendamts im Jahre 1931–1932«.

[47] Heilbrunn S. 101; Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933, RGBl. I S. 480; DVO vom 26. 7. 1933, RGBl. I S. 538.

[48] Einzelheiten D 9–3, Schreiben vom 10. 5. 1967.

Mannheim gelang es trotz der angespannten Finanzlage noch im Jahre 1932 ein schönes Altersheim zu bauen und einzurichten, welches nach 1933, als vornehmlich die jugendlichen Juden zur Begründung einer neuen Existenz auswanderten, unumgänglich notwendig war.

Neben dieser Institution und den einzelnen karitativen Vereinen kommt den Beerdigungsbruderschaften Bedeutung zu. Die wichtigste dieser Vereinigungen, die *Israelitische Beerdigungs-Bruderschaft* Mannheim, mühte sich, über die Hilfe bei Sterbefällen hinaus, um die Unterstützung Mannheimer israelitischer Armer und die Ausstattung »armer vaterloser Mädchen« [49]. Die Beerdigungsbruderschaften übernahmen nicht nur in Fällen von Bedürftigkeit und Ratlosigkeit die Bestattung, sondern kümmerten sich um die Familien und um die Pflege von Gräbern, wenn die Angehörigen der Verstorbenen nicht mehr lebten, in eine andere Gemeinde verzogen oder ausgewandert waren [50].

Neben den bisher aufgeführten, auf Privatinitiative hin gegründeten Vereinen oder wichtigen Institutionen der Gemeinde verdient der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* besondere Beachtung [51]. Anders als die bisher aufgeführten Vereine ist er nicht aus einem religiösen oder karitativen Motiv entstanden: seine Gründung beruht vielmehr auf der durch den verlorenen Weltkrieg gegebenen Situation. Schon während des Krieges, besonders aber nach dem Friedensschluß, begannen rechtsextreme Gruppen den Juden vorzuwerfen, durch Drückebergerei die Not des Vaterlandes ausgenützt zu haben [52]. Gegen diese unhaltbaren, aber stets von neuem erhobenen Anwürfe setzte sich der Verein zur Wehr. Er selbst umriß seine Aufgabe mit den Worten: »Der Verein bezweckt den Zusammenschluß der jüdischen Frontsoldaten Mannheims und Umgebung zur gemeinsamen Abwehr aller Angriffe, welche nachweisen wollen, daß die deutschen Juden die Pflicht der Landesverteidigung im Weltkriege nicht recht erfüllt haben. Er soll alle jüdischen Frontsoldaten ohne Rücksicht auf die Stellung zu innerjüdischen Fragen umfassen« [53]. Wie kein anderer Verein hatte dieser eine kämpferische Komponente. Obgleich er für Angehörige aller jüdischen Richtungen offenstand, also auch für die Zionisten, stellte er einen Zusammenschluß patriotisch-deutschgesinnter Männer dar. Sein Gesicht bestimmten die Worte des Ersten Vorsitzenden, Arthur Lehmann, der auf der Gründungssitzung ausführte, »daß wir in allererster Linie Deutsche sind, deutsch im Herzen fühlen und deutsch bleiben wollen und dann erst unsere Pflicht als Juden zu tun gewillt sind« [54]. Diese Einstellung entsprach gewiß

[49] VR II, 29; Satzungen der Vorstandssitzung vom 20. 4. 1904. Löschung zufolge eines Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 19. 10. 1939 S IV/II RZ 520/39–458. Dieser ordnet die Eingliederung in die Reichsvereinigung der Juden gemäß § 5 der 10. VO zum Reichsbürgergesetz an (RGBl. I S. 1097 vom 4. 7. 1939).

[50] Zum Friedmann-Verein und seinen Aufgaben siehe IGBl. 30. 7. 1934 »Friedmann-Verein e. V.«.

[51] VR VIII, 45; Satzung der konstituierenden Sitzung vom 8. 6. 1920. Ersteintrag 6. 10. 1920. Letzter Eintrag 12. 12. 1939 (Eingliederung in die Reichsvereinigung). *Dok. 12 ff.*

[52] Vgl. die Ausführungen des Referenten A. Lehmann im Protokoll der Versammlung vom 8. 6. 1920.

[53] § 2 der Satzungen.

[54] VR VIII, 45; Protokoll der Versammlung vom 8. 6. 1920.

den Empfindungen eines Teils des Mannheimer Bürgertums israelitischer Konfession. Seine angesehenen Mitglieder taten ein übriges, den Verein zu einem zentralen und wichtigen Faktor im Leben der Mannheimer Juden werden zu lassen. Bis 1933 konnte er seine selbstgestellten Aufgaben wahrnehmen. Nach 1933, insbesondere nach dem Tode des Reichspräsidenten Hindenburg, war der Kampf aussichtslos und die Haltung »erst Deutsche – dann Juden« verlor jeden Sinn [55]. In diesen Jahren konnte sich der Verein nur noch dadurch bewähren, daß er die Rechte seiner Mitglieder und ihrer Hinterbliebenen zu wahren suchte. Zudem übernahm er als Stütze des Gemeindelebens neue Aufgaben. Dank der Achtung, die die angesehenen und oft hoch dekorierten Mitglieder auch Nationalsozialisten abzwangen, gelang es dem Verein, wenigstens manchen Augenblickserfolg zu erringen.

Zusammenfassend läßt sich über die meist von privater Seite ins Leben gerufenen Institutionen, die in dem Gemeindeleben vor 1933 eine Rolle spielten, folgendes sagen: Gegründet waren viele der Zirkel zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg; in einer Zeit also, in der nach Meinung vieler Miterlebender das Judentum sichtlich seiner inneren und äußeren Auflösung entgegenging. Zweck und Ziel dieser Vereine waren vorwiegend die Wahrung oder Vertiefung des religiösen Lebens. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden als Antwort auf Tagesfragen weitere Vereine geschaffen oder entsprechende Institutionen von der Gemeinde selbst ins Leben gerufen. Die Mehrzahl dieser Gründungen erwies sich als lebensfähig. Vor 1933 oder in der ersten Zeit nach der Machtergreifung stellten einige Vereine ihre Tätigkeit ein. Als Ursache ist nur in zwei oder drei besonders gelagerten Fällen ein Druck von seiten der Polizei anzunehmen. Im übrigen war das Anliegen, welches die Mitglieder eines Vereins zusammengeführt hatte, inzwischen entweder von einem »stärkeren« Verein in einer befriedigenden Weise übernommen worden oder der Verein hatte keine die Allgemeinheit fördernden Aufgaben mehr. Dann zerbrach er unter dem Druck der Zeit.
Ohne zu stark zu schematisieren, kann man drei Akzente bei den durch Privatinitiative entstandenen Vereinen feststellen:
Im 19. Jahrhundert hatte es sich um kulturelle Vereine gehandelt, die stark mit dem in Deutschland blühenden Vereinsleben verflochten und von diesem beeinflußt waren. Der wichtigste jüdische dieser Art war der *Liederkranz*. Um die Jahrhundertwende und danach bis zum Ersten Weltkrieg bildeten sich Vereine, die zwar auch eine karitative Tätigkeit ausübten, sich aber wesentlich der Pflege der durch die rasch fortschreitende Assimilation gefährdeten jüdischen Überlieferungen widmeten. Die leistungsfähigsten und bedeutendsten Mannheimer Vereine dieser Art waren die *Jüdische Frauenvereinigung* und die *August-Lamey-Loge*. Nach dem Weltkrieg erforderten bis dahin nach Art und Umfang unbekannte Sorgen eine gesteigerte Hinwendung zu sozialer Tätigkeit. Schon bestehende Einrichtungen mußten sich also in dieser Richtung stärker engagieren und Neugründungen mußten veranlaßt werden. Bezeichnend hierfür ist die *Zentralstelle für Wanderfürsorge*.

[55] Außerdem sahen die Reichsbehörden nicht gern »assimilatorisch« eingestellte jüdische Vereine, Sauer I, Nr. 243.

Diese Institution, in enger Zusammenarbeit mit der Gemeindeleitung gegründet, weist auf eine weitere Entwicklung der Gemeinde hin: Nach dem Ersten Weltkrieg setzte eine Ablösung der privaten Initiative durch die Gemeinde ein, die die Bedeutung der bis dahin mehr privat geförderten Aufgaben erkannte. Das in den zwanziger Jahren ins Leben gerufene *Lehrhaus* pflegte die Tradition des Judentums. Wohlfahrtsamt, Krankenhaus und Altersheim stellten die Eckpfeiler der Sozialarbeit der Gemeinde im Dritten Reich dar. Sie waren vor 1933 gegründet und gemeinsam mit privaten Organisationen betreut worden. Jedoch fiel bei den wachsenden Aufgaben der Gemeinde mit ihren Fachkräften zwangsläufig ein stets größer werdender Teil der Arbeit zu.
Charakteristisch für diese Jahre ist die Verwischung der Grenzen: Aufgabe der Gemeinde, privates Anliegen. Rabbiner und Synagogenräte sowie Angestellte der Gemeinde wurden mehr und mehr in die Führungsgremien der einzelnen Vereine gewählt. Die aktiven Mitglieder der Vereine wiederum gehörten oft mehreren Vereinen an, so daß durch diese Personenverbindungen praktisch eine zentralgesteuerte Arbeit, die Überschneidungen vermied, zustande kam. Da all die ehrenamtlichen Helfer und Vereinsmitglieder kein Gehalt bezogen, entlastete dieses System die Gemeindekasse von hohen finanziellen Verpflichtungen, denen sie bei den ständig zunehmenden Aufgaben und der sinkenden Steuerkraft der Mitglieder anders kaum gewachsen gewesen wäre [56].

Die Reaktion der jüdischen Bürger auf die »Machtergreifung«

Die Betrachtung wichtiger jüdischer Vereine und Institutionen ergab das Bild einer innerlich und äußerlich gewappneten Gemeinschaft. Sie fand im Einzelfall ihren stolzen Ausdruck in den Worten Rabbiner Lauers anläßlich einer Schlußfeier der *Klaus:* »Unsere Schule mußte sich nicht umstellen« [57].
Ein solch positives Bild darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um eine – allerdings im Anwachsen begriffene – Minderheit und im Falle Mannheims um eine den Zeitverhältnissen aufgeschlossene Gemeinde handelte. Anhand der Reaktion der jüdischen Bürger auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten soll im folgenden versucht werden, ein Bild der Einstellung verschiedener Gruppen im Mannheimer Judentum zu ihrem Vaterland zu zeichnen. Dies bedeutet ein außerordentliches Wagnis, denn das heute abgegebene mündliche Zeugnis ist vom Wissen um Auschwitz geprägt. Aus dem Dritten Reich liegen zu diesem Problem nur an entlegenen Stellen Äußerungen vor. Lediglich in Privatkorrespondenzen ist ein freierer Ton anzutreffen. Doch wird diese, sofern sie gerettet wurde, einem Fremden nicht gern zugänglich gemacht. So bleiben als Hauptquellen die Zeitungen. Der Verfasser hat versucht, vor allem Mannheimer Äußerungen zu ver-

[56] Über die Beschaffung der notwendigen Gelder sind keine Zahlenangaben zu erhalten. Zu den auch für Mannheim geltenden Problemen der Geldbeschaffung vergleiche: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, S. 239 ff.
[57] IGBl. 12. 4. 1934 »Schlußfeier in der Klausschule«.

werten und sich bemüht, nach Möglichkeit nicht auf die sich häufig mit ihnen dekkenden, in überregionalen Publikationen (z. B. in dem Blatt *Der Schild* oder in der *C.V.-Zeitung*) veröffentlichten Reaktionen der jüdischen Bevölkerung zurückzugreifen.

Im Gemeindeblatt findet man bei weniger eingehendem Studium keinen Hinweis auf ein für das Judentum so überaus bedeutsames Ereignis, wie es sich mit der *Machtergreifung* vollzog. Es findet sich in dieser Zeit kein Aufruf, der dem des Vorstands der israelitischen Gemeinde Frankfurt entsprechen würde [58].

Eine solche Proklamation der Verbundenheit mit der Heimat und vor allem der Vaterstadt sowie der darin enthaltene Aufruf »Kein ehrenhafter Jude darf in dieser Zeit fahnenflüchtig werden« hätten mit Sicherheit auch dem eingesessenen jüdischen Bürgertum Mannheims aus dem Herzen gesprochen. Nichts dergleichen erfolgte. Im Mannheimer Gemeindeblatt vom April 1933 findet sich ein abwägender Artikel zum Pessachfest aus der Feder Max Grünewalds. Als einzige Klage wird herausgestellt, daß die deutsche Judenheit einer einheitlichen Führung entbehre. Zugleich weist der Verfasser jedoch auf die Aufgabe hin, die Reichsvertretung anzuerkennen und zu unterstützen. Abgesehen von diesem Hinweis bleibt der Artikel zurückhaltend. Er stellt pessimistisch fest, daß seit Jahrhunderten (!) in Deutschland kein solches Pessachfest gefeiert wurde, »ein Pessach, das so nahe an Ägypten und die Wüste grenzt«. Die abschließend geäußerte Hoffnung, daß »der nationale Aufbruch des deutschen Volkes gekrönt wird von einer Gesetzgebung, die ihre Ermächtigung nicht nur von unten, sondern auch von oben her hat, von dem, dessen Namen anzurufen, auch die Führer des nationalen Aufbruchs nicht müde werden«, bezieht sich auf die angekündigte reichsrechtliche Regelung der Judenfrage.

Heute, da wir wissen, was in den folgenden Jahren geschah, müssen wir einen solchen Aufsatz als eine dem Ernst der Zeit entsprechende würdevolle und angemessene, aber zurückhaltende Reaktion auf Haßpropaganda, Boykott und zu befürchtende Entrechtung ansehen. Sie unterscheidet sich jedoch wesentlich von den »normalen« damaligen Reaktionen jüdischer Gemeinschaften. Der Vorstand der Frankfurter Gemeinde, die in ihrer Struktur der Mannheimer weitgehend ähnelte, sagte in seiner Proklamation: »Nichts kann uns die tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben«. Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten,* Sprecher eines Großteils der deutschen Juden, brachte noch im September 1933 den patriotischen Aufruf [59]:

> Kameraden!
> Es geht um Deutschlands Ehre und Lebensraum.
> Da übertönt in uns ein Gefühl alles andere.
> In altsoldatischer Disziplin stehen wir mit
> unserem deutschen Vaterlande bis zum letzten!

Diese nüchterne Haltung der Mannheimer Gemeindeleitung, die sich im Gemeinde-

---

[58] Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt 30. 3. 1933. Abgedruckt in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, S. 17.

[59] »Der Schild« 12/20 vom 27. 10. 1933 (Organ des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten).

blatt spiegelt, war zwar vom klaren Erkennen der wahren Situation getragen, jedoch nur Ausdruck einer Minderheit. Einen Hinweis hierauf gibt die Ausgabe des Gemeindeblatts vom 16. Mai 1933, als die ersten Gesetze zur Aushöhlung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden bereits erlassen waren. Professor J. Moses schreibt darin, »es wäre ein billiges Mittel der Popularität gewesen, wenn wir gleich anderen Gemeinden und nach Vorbild jüdischer Organisationen und Zeitungen mit einem Aufruf an unsere Gemeindeglieder herangetreten wären« [60].
Die darauf folgende Feststellung des Autors, daß mit geringen Ausnahmen die Gemeindeglieder einer Ermahnung nicht bedurften, muß korrigiert werden. Zwar traten nur wenige Gemeindeglieder aus dem Judentum aus, doch zeigt die Zahl der Selbstmorde deutlich genug, wie erschüttert die eingesessenen jüdischen Menschen waren, auch wenn sie eine »bewunderswerte Würde« offenbarten [61].
Wie sehr die Mannheimer Gemeinde auf eine Proklamation ihrer Führer wartete, bezeugt der Autor in den Sätzen: »Es wurde mir gesagt, in der Gemeinde bestehe der Eindruck, als geschehe nichts seitens der Gemeindeleitung. Ich konnte darauf nur antworten, daß wir dieses Odium auf uns nehmen und wir den Mut zur Unpopularität auf uns nehmen müssen. Es ist nicht die Zeit zum Reden, sondern zum Handeln« [62].
So schwer die Gemeinde anfangs unter dem bewußten Schweigen ihrer Führer litt, so sehr gereichte es ihr zum Vorteil: die Führer hatten die Zeichen der Zeit erkannt; sie waren bereit, zu handeln und die Juden in der richtigen Weise zu leiten.
Zu einer Zeit, als andere Gemeinden noch Vergangenem nachtrauerten, schrieb Rabbiner H. Lemle über die Umwälzung des Jahres 1933:
»Man sieht nicht einmal mehr – welcher Undank! – auf die Trümmer. Man steht bereits hinter der Schwelle, über die der Weg ins Neue führt«. Der Autor fährt fort: »Wir haben zu dieser Stunde keine Ahnung davon, wie dieses Neue politisch für uns aussehen wird«. Trotz dieses Nichtwissens hat er als Gebot der Stunde eine Aufgabe anzubieten: Erziehung zum Judentum!
Diese Erziehungsarbeit bildet also als ihre Antwort auf den Nationalsozialismus das zentrale Anliegen der Gemeindeführer. Dabei ging es ihnen nicht darum – wie im Gemeindeblatt ausführlich begründet wurde –, einen Staat im Staate aufzubauen, sondern eine »jüdische Welt« zu errichten [63]. Dieser Weg wurde sogleich mit aller Konsequenz beschritten. Die Tatkraft der Gemeindeführer wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß es ihnen gelang, in diesem Punkte trotz der sich ständig verschärfenden nationalsozialistischen *Rassen*politik die Führung zu ergreifen.
Die Trennung der jüdischen Schüler von ihren Altersgenossen lag in der logischen

---

[60] IGBl. 16. 5. 1933 »In den Tagen der Zählung«.
[61] Im Mannheimer Sterberegister findet sich die Religion erst vom 1. 7. 1938 an eingetragen. Zum Problem des Selbstmords vergleiche auch die Ausführungen Paul Sauers, Schicksale, S. 265 ff. Siehe auch S. 77, Anmerkung 55.
[62] IGBl. 16. 6. 1933 »In den Tagen der Zählung«.
[63] IGBl. 22. 6. 1933 »Jüdische Erziehung in der Golah«. M. Buber spricht davon, Israel aus den Trümmern hervorzuholen, S. 589 f. *Dok. 71.*

Konsequenz der nationalsozialistischen Weltanschauung. Die Leiter der Mannheimer Gemeinde warteten nicht erst ab, bis diese Konsequenz nach Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft gezogen wurde, sondern sie faßten die vom inneren Geschehen der nationalsozialistisch orientierten Schule ausgeschlossenen jüdischen Jugendlichen unter jüdischen Lehrkräften zusammen [64].

Die Gemeindeführung beschränkte sich auf die Arbeit in der Stille und unternahm unpopuläre Schritte. Die selbstbewußten Bürger wagten 1933 einen Gegenschritt. Die Hetze im Frühjahr 1933 richtete sich gegen den Intendanten und den jüdischen Generalmusikdirektor des Nationaltheaters. Bei einem Moissi-Gastspiel inszenierte die SA vor dem Theater einen Skandal [65]. Nach der Beurlaubung der jüdischen Künstler im März 1933 blieben alle jüdischen Bürger, die in ihrer Mehrzahl große Theater- und Musikfreunde waren, aus Protest dem Nationaltheater fern [66]. Laufende Abonnements wurden entweder nicht benutzt oder *arischen* Angestellten zum weiteren Besuch des Theaters überlassen.

Juristen und Unternehmer waren entsprechend ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben die repräsentativen Gruppen des Judentums der Stadt Mannheim. Von den Unternehmern sind keine Äußerungen zur *Machtergreifung* und zum Nationalsozialismus überliefert. Die Juristen, so bedeutend sie auch für das Leben der Mannheimer jüdischen Gemeinde waren, stellten in ihrer Reaktion auf die *Machtergreifung* keinen repräsentativen Stand dar. Die Mannheimer jüdischen Rechtsanwälte waren wohl in der Mehrheit »national« eingestellt, jedoch zum Teil auch politisch interessiert und engagiert. Sie nahmen tätigen Anteil an den Aufgaben, die in der Weimarer Republik zu bewältigen waren und konnten sich nicht in dem Maß wie der »Durchschnittsbürger« über die Kräfte täuschen, die ins Spiel zu kommen begannen [67]. Die Flucht des angesehenen Rechtsanwalts und Ratsherrn Franz Hirschler war überdies Alarmsignal [68]. Auch die Juristen im Staatsdienst können nicht stellvertretend für die jüdische Bevölkerung stehen. Sie waren von Anfang an der

---

[64] Allerdings lag der vom Oberrat eingeschlagene Weg im Interesse des NS-Staates, denn die Forderung der blutsmäßigen Einheit von Lehrern und Schülern wurde als Notwendigkeit nationalsozialistischer Erziehung propagiert und spätestens 1935 auch in Baden offen ausgesprochen. – Im Schreiben des Direktors Dr. R. D. an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 2. 5. 1935 (in PA Prof. Dr. Josef Hirsch) wird z. B. auf derartige Äußerungen hingewiesen. Vgl. auch Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. vom 7. 8. 1935. E IIe Nr. 1731 Betr. Sonderung der Kinder nichtarischer Abstammung an den Volksschulen. Normalia Rassentrennung. – Der Bericht des badischen Kultusministers an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft etc. Nr. B 32 046 vom 21. 9. 1935 erweckt den Eindruck, als sei die Initiative zur Absonderung der jüdischen Schüler von ihm ausgegangen. Diese Darstellung hält einer Prüfung anhand der Akten nicht stand. Bericht betr. Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen in Akten Schuldienst I.

[65] Vgl. HB 6. 2. 1933, 11. 2. 1933, 20. 9. 1933.

[66] Beurlaubungen am Nationaltheater vgl. HB 20. 3. 1933. Über die Protesthandlung liegen nur mündliche Berichte vor. Die Presse nahm keine Notiz davon.

[67] Wenn es auch unter ihnen eine ganze Anzahl sehr kurzsichtiger Anwälte gegeben haben muß. Vgl. hierzu H. Kronstein S. 143 f.

[68] Vgl. Bericht von Rechtsanwalt Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Stadtarchiv Mannheim, S 1/1196.

antisemitischen Propaganda viel mehr ausgesetzt als andere Kreise des jüdischen Bürgertums. Die jüdischen Pädagogen erscheinen als die Berufsgruppe, die aufgrund ihrer Verflechtung mit der Umwelt zu einer repräsentativen Aussage geeignet ist. Über ihr Verhalten geben die Quellen einige Auskunft. Die Lage der jüdischen Pädagogen war gegenüber den jüdischen Juristen insofern günstiger, als dieser Beruf bei den Juden weniger begehrt war. Somit fand die nationalsozialistische Propaganda bei ihnen keinen Angriffspunkt: das beliebte Zahlenspiel des Proporzes, welches sich beim Richterstand so gut anwenden ließ, versagte. So wurden die Lehrer bei ihrer Berufsausübung von jenen außergesetzlichen Maßnahmen weniger behindert als die Juristen und Kaufleute, bis sie aufgrund der allgemeinen Beamten- und *Arier*gesetzgebung entlassen bzw. zur Ruhe gesetzt wurden.

Die relative Ruhe, in der die Pädagogen ihrem Beruf nachgehen konnten, ermöglicht Rückschlüsse auf die Haltung zumindest jener Gebildeten israelitischer Konfession dem Nationalsozialismus gegenüber, die nicht sofort in scharfer Form angegriffen und verunglimpft wurden.

Drei Beispiele seien angeführt:

1. Die unpolitische Leiterin einer pädagogischen Anstalt soll in einer Rede gesagt haben: »Der Hitler wird es schon schaffen« (Ordnung zu bringen).

2. Der an den Schulen eingeführte *Deutsche Gruß* stellte nicht nur Religionslehrer vor Konflikte. Der politisch denkende und handelnde Jude konnte schwerlich einem Menschen, der eine politische Richtung verkörperte, die die Bekämpfung seiner Religion (*Rasse*) auf ihre Fahnen geschrieben hatte, »Heil« wünschen.

Am Lessing-Gymnasium weigerten sich nach der offiziellen Einführung des *Deutschen Grußes* zwei jüdische Schüler, dem Erlaß Folge zu leisten [69]. Eine daraufhin vom Direktor einberufene Konferenz verfügte trotz der Zubilligung ehrenhafter Motive einstimmig, d. h. mit den Stimmen der jüdischen Lehrkräfte, den Ausschluß der Schüler von der Schule [70].

3. Ein in Mannheim unterrichtender jüdischer Gymnasialprofessor schrieb 1931 (!) seinem (Kinder-)Arzt, daß er ihn zu seinem Bedauern nicht weiterhin konsultieren könne, da er durch das Hissen einer schwarz-weiß-roten Fahne aus Anlaß einer Tagung der NSDAP seine Sympathie für eine antisemitische Partei gezeigt habe und damit seine bürgerliche Existenz negiere [71].

---

[69] Der Erlaß des Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz wurde am 12. 7. 1933 in den Klassen verlesen. Montag, den 14. 7. 1933, sollte der Gruß entboten werden (vgl. Protokolle der Lehrerkonferenzen in Akten des Lessing-Gymnasiums XV Schulordnung, r. Disziplinarfälle II. Teil). – Am 12. 8. 1933 bestimmte der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz durch Erlaß Nr. B 34 855 ausdrücklich, daß der Hitler-Gruß »von allen Lehrern und Schülern ohne Rücksicht auf ihre Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit zu erweisen ist«. (Erlaß in Akten Lessing-Gymnasium XV). Erst durch Ministerialerlaß Nr. B 220 vom 31. 12. 1933 wurde aus der Weltanschauung des Dritten Reichs die logische Schlußfolgerung gezogen und den »nichtarischen« Schülern freigestellt, ob sie den Gruß erweisen wollten oder nicht.

[70] Akten Lessing-Gymnasium XV, r. II. Teil, Bericht an den Oberbürgermeister vom 13. 9. 1933.

[71] Schreiben vom 21. 6. 1931 bei den Personalakten der Lehrkraft.

Das erste Beispiel soll verdeutlichen, wieweit ein großer Teil zumindest der assimilierten Mannheimer Juden in ihrer bürgerlichen Umwelt aufgegangen war. Obgleich die *Nichtarier* unmittelbar angesprochen waren, nahmen sie die Haßpropaganda nicht ernst. Sie waren vielmehr geneigt, den zahlreichen Dementis zu vertrauen, um nach den Wirren und Straßenschlachten der Weimarer Zeit dem fragwürdigen Zauber der geordneten braunen Kolonnen zu erliegen, die Ruhe und Sicherheit zu verheißen schienen. Ferner war das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Reichs in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft allgemein verbreitet. Charakteristisch für diese Haltung ist der Brief eines jüdischen Musikers, dem in Deutschland die Existenzmöglichkeit genommen war. Er schreibt aus England an seine in Mannheim verbliebene Frau: »Ich sehe gewiß die Zukunft da drüben nicht in rosigem Licht, aber so schwarz? Meinst Du, was in Armenien möglich gewesen ist, könnte sich in einem Kulturstaat wiederholen? Ich glaube es einfach nicht!« [72]

Das zweite Beispiel zeigt zwei Vertreter der jüngeren Generation, die sich ihres »Jude-Seins« bewußt waren. Jugendliche mit einer derartigen Haltung standen häufig zionistischen Kreisen nahe. Beide im Beispiel erwähnten Schüler nahmen das schwere Opfer auf sich, ohne Abschlußexamen, das sie bei weniger charaktervollem Verhalten leicht bestanden hätten, ins Ausland zu gehen, um sich dort ohne Unterstützung der Eltern und die Möglichkeit, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erhalten, durchzuschlagen.

Die für die Ausweisung stimmenden jüdischen Lehrer besaßen entweder nicht den Weitblick jener Schüler oder es fehlte ihnen die Charakterstärke, ihrer Überzeugung entsprechend zu handeln. Wie in allen anderen Berufszweigen ergibt sich auch hier das Bild, daß die Juden meist so weit in ihrer Umwelt aufgegangen waren, daß sie zunächst wie die Masse ihrer christlichen Mitbürger auf den Nationalsozialismus reagierten und daß nur einige Führer die drohende Gefahr klar erkannten. Ein nicht alltägliches Beispiel hierfür ist der oben auszugsweise zitierte, schon 1931 verfaßte Brief eines Mannheimer Gymnasialprofessors, der dem damals verbreiteten Einwand, daß sich antisemitische Gesinnung nicht gegen den Einzelnen zu richten brauche, entgegentritt [73].

Neben diesen, die Hauptströmung wiedergebenden Beispielen, findet sich auch – allerdings nicht bei Pädagogen nachweisbar – rechtsextreme Haltung von Juden, die Hitler nicht nur duldeten, sondern – wenn auch bedingt – aktiv förderten. Der Satz: »wäre die Regierung der Nationalen Erhebung nicht antisemitisch, wir würden sie fördern«, ist mehrfach überliefert. Im Einzelfall berichten sogar zionistisch eingestellte Emigranten: »ich könnte meine Hand nicht dafür ins Feuer legen, ob meine Eltern nicht anfangs die *NSDAP* wählten«. Wie wenig die Gemeinde sich noch selbst im Jahre 1935 innerlich von ihrem Vaterland gelöst hatte – auch wenn das Gemeindeblatt nie wehmütigen Rückblicken Raum gewährte –, zeigt die Berichterstattung über einen Vortrag im *Centralverein,* Ortsgruppe Mannheim: Die

---

[72] Brief im Stadtarchiv.

[73] Brief in den Personalakten der Lehrkraft.

vom Redner geäußerte Hoffnung auf eine neue Emanzipation der deutschen Juden weckte Beifall [74].
Vor diesem Hintergrund gewinnen die Leistungen der Gemeindeführung, die zwar unter Mißbilligung zahlreicher Mitglieder, aber nie im Zerwürfnis mit einer nennenswerten Gruppe arbeitete, besondere Bedeutung.

2. Die Mannheimer Gemeinde während des Dritten Reichs

Neugründungen nach 1933

Oben waren einige Vereine und das Wohlfahrtsamt vorgestellt worden, denen die materielle Betreuung bedürftiger Gemeindeglieder oblag. Im Jahre 1933 verschärfte sich – von den Staatsbediensteten abgesehen – die materielle Not, die jede siebte Familie der israelitischen Gemeinde hilfsbedürftig gemacht hatte, zunächst nicht [1]. Die Juden, die anfangs bekanntlich nicht aus der Wirtschaft verdrängt werden sollten, nahmen teilweise sogar am wirtschaftlichen Aufschwung teil.
Der in den privaten Zirkeln gepflogene Hilfsdienst bedarf hier keiner näheren Erläuterung. Wie zuvor wandten auch nach 1933 die Mitglieder den Hilfsbedürftigen ihre Aufmerksamkeit zu [2]. Hier ist von Interesse, daß die Gemeinde neue Einrichtungen schuf, um den nunmehr sich stellenden größeren Anforderungen, die allein durch private Zirkel nicht mehr gemeistert werden konnten, gerecht zu werden. Noch 1933 wurde eine Beratungsstelle eingerichtet, in der Fachleute mit den ratsuchenden Gemeindegliedern über

1. Wirtschaftsfragen,
2. Ausbildungsfragen,
3. Juristische Fragen,
4. Fragen der Berufsumschichtung

sprachen [3]. Für die durch das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* besonders schwer betroffenen Akademiker sowie für die Angehörigen der nichtakademischen Lehr- und freien Berufe richtete die Gemeinde unter Führung des Kinderarztes Eugen Neter eine *Jüdische Akademiker-Hilfe* ein [4].
In drei Untergruppen

---

[74] IGBl. 5. 2. 1935, S. 10. Zur Loyalität der deutschen Juden siehe die Ausführungen, die Leo Baeck nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 in Worms machte, Düwell, S. 54 f.
[1] IGBl. 22. 9. 1932 »Ausblick auf die Winterarbeit des Wohlfahrtsamtes«.
[2] Zur israelitischen Hauspflege, einer Abteilung des Israelitischen Frauenbundes siehe IGBl. 7. 9. 1938 »Die israelitische Hauspflege in Mannheim«.
[3] IGBl. 16. 5. 1933 »Was geschieht in unserer Gemeinde«. IGBl. 22. 6. 1933 »Jüdische Wirtschafts- und Berufshilfe«.
[4] IGBl. 22. 6. 1933.

1. Ärzte,
2. Juristen,
3. Lehrberufe, Künstler, Zeitungsberufe

versuchte sie, dem Leid zu steuern: Angehörigen dieser Berufsstände wurden durch Vermittlung der Organisation nach Möglichkeit Stellen im Ausland beschafft. Besonders für die Jungakademiker, die nicht über die nötigen Bücher verfügten, bemühten sich die entsprechend ausgerüsteten Mitglieder um Bereitstellung des Lehrmaterials. Darüber hinaus wurden z. B. durch eine Denunziation unverschuldet in Not geratene Akademiker unterstützt und die Verteidigung bezahlt [5].

Mit ähnlichen Mitteln, wie es die nationalsozialistische Wohlfahrtspflege tat, bemühte sich das *Israelitische Wohlfahrtsamt*, der Not zu wehren. Im Kapitel der für das Dritte Reich bedeutsamen Einrichtungen wurde gezeigt, daß die Israelitische Gemeinde infolge von Auswirkungen der Inflation und Weltwirtschaftskrise im Zusammenhang mit der soziologischen Struktur der jüdischen Bürgerschaft auf das Elend, welches zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft durch staatlichen Druck hervorgerufen wurde, besonders vorbereitet war. Um zwei Lösungsversuche, die heute allgemein als Einrichtungen des NS-Staats angesehen werden, bemühte sich das *Israelitische Wohlfahrtsamt:* den *Arbeitsdienst* und die *Winterhilfe.*

Im »Ausblick auf die Winterarbeit des Wohlfahrtsamtes« heißt es [6]: »Obwohl wir uns des vieldeutigen Charakters des Freiwilligen Arbeitsdienstes bewußt sind, werden wir intensiv an seine Durchführung herantreten. Der Freiwillige Arbeitsdienst, der nicht die Wiedereinreihung des Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß verwirklichen kann, stellt immerhin psychologisch eine Zwischenlösung dar«. Hier ist der Rahmen gezeigt, in welchem die Mannheimer Gemeinde schon vor dem Dritten Reich ihren Arbeitsdienst sah. Sie beabsichtigte 1933 in diesem Arbeitsprogramm, Arbeiten auf dem Friedhof sowie Aufschüttungen auf der Spielwiese der jüdischen Kinderstube vornehmen zu lassen. Darüber hinaus konnten von allen deutsch-jüdischen Wohlfahrtsämtern Jugendliche auf das *Landgut Neuendorf* bei Berlin entsandt werden. Größere Breitenwirkung scheint der Arbeitsdienst jedoch nicht gehabt zu haben. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erschien dann ohnehin die landwirtschaftliche Ausbildung zur Vorbereitung der Auswanderung sinnvoller.

Der NS-Staat schloß die Juden zunächst nicht vom *Winterhilfswerk des deutschen Volkes* aus. Wie ihre *arischen* Mitbürger, wurden die Juden in den Winterhalbjahren 1933/34 und 1934/35 zu Spenden herangezogen und in Einzelfällen auch von den zuständigen Stellen versorgt. Nach Erlaß der Nürnberger Gesetze jedoch, d. h. vom Winterhalbjahr 1935/36 an, mußten die jüdischen Gemeinden ihre eigene *Winterhilfe* einrichten [7]. In Mannheim übernahmen die frühere Leiterin des Städtischen Fröbelseminars, Rosa Grünbaum, und der Arzt Dr. Siegfried Bruchsaler ihre Leitung [8].

---

[5] Interessanter Einzelfall einer Verteidigung, Stadtarchiv 18/65 – 130.
[6] IGBl. 22. 9. 1932.
[7] IGBl. 6. 11. 1935 »Jüdische Winterhilfe 1935/36 – Aufruf«. *Dok. 22.*
[8] IGBl. 6. 11. 1935 »An unsere Gemeindemitglieder!«

Die jüdische *Winterhilfe* wurde entsprechend der *NSDAP-Winterhilfe* organisiert, d. h. es gab Eintopfsonntage, Sammlungen, Gehaltsabzüge und Spenden [9]. Zu diesem Zweck war Mannheim in zehn Bezirke geteilt, die monatlich von freiwilligen Helfern betreut wurden [10]. Mehr noch als die staatliche *Winterhilfe* war die jüdische Gemeinde auf die Gebefreudigkeit des Einzelnen angewiesen, da alle Kapitalgesellschaften, also auch solche, deren Anteile sich in jüdischer Hand befanden, verpflichtet waren, ihre Spenden an das *Winterhilfswerk des deutschen Volkes* zu leisten [11]. Neben den Organisationsformen glichen auch Werbung und Vokabular der von der NSDAP gelenkten staatlichen Winterhilfe [12]; trotzdem bestand ein wesentlicher Unterschied zum *Winterhilfswerk des deutschen Volkes.* Die verantwortlichen Leiter bemühten sich, »aus dem Ausgeschlossensein einen neuen Zusammenschluß der Juden zu bewirken« [13] und im Geben wie im Sammeln einen Bezug zu den großen jüdischen Festen und damit zur Religion zu schaffen [14]. Das Wohlfahrtsamt half auch hier, indem es die Verteilung der gespendeten Waren und die Unterstützung der Hilfsbedürftigen vornahm [15].

Bis zum Winterhalbjahr 1936/37 mußten rund 800 Personen, d. h. etwa ein Sechstel der noch ansässigen Gemeindeglieder, betreut werden. Dann nahm die absolute Zahl der zu Betreuenden entsprechend der sich steigernden Auswanderung allmählich ab [16]. Mit dieser auf den ersten Blick hohen Zahl der jüdischen Notleidenden lag Mannheim noch unter dem Durchschnitt für Baden. Besonders in den Landgemeinden bedurften oft über die Hälfte der jüdischen Einwohner einer Hilfe. Die wohlhabenden Mannheimer Gemeindeglieder trugen also neben allen anderen freiwilligen finanziellen Verpflichtungen nicht allein zur Versorgung eines Sechstels ihrer in Mannheim ansässigen Glaubensgenossen bei; ein Teil ihrer Spenden floß der sogenannten *Landesreserve* zu, aus der die Notgemeinden unterstützt wurden [17].

Die Wohlfahrtspflege der Jahre 1933/38 hatte alle Aufgaben einer normalen Wohlfahrtspflege wahrzunehmen. Die politische Situation diktierte jedoch einige neue oder aber stärker betonte Arbeitsgebiete. Ein Bericht über Geleistetes und zu Leistendes gibt einen guten Überblick über die von der Israelitischen Gemeinde bewältigten und zu bewältigenden Probleme [18]. Nach der Machtübernahme durch

---

[9] Im einzelnen aufgeführt IGBl. 6. 11. 1935 »Die Leistungen zur jüdischen Winterhilfe«. Zu den von den Juden erwarteten Beiträgen siehe Sauer I, Nr. 257.

[10] IGBl. 19. 2. 1936 »Ein Blick in Mannheims jüdische Winterhilfe«.

[11] IGBl. 6. 11. 1935 »Die Organisation der jüdischen Winterhilfe Mannheim«.

[12] Die Werbung zum jüdischen Winterhilfswerk durfte allerdings nicht öffentlich geschehen. Sauer I, Nr. 256.

[13] IGBl. 16. 12. 1936 »Jüdische Winterhilfe 1935/36«.

[14] IGBl. 17. 12. 1935 »Die jüdische Winterhilfe Mannheim«.

[15] Einzelheiten im IGBl. 4. 3. 1936 »Die jüdische Winterhilfe im Rahmen der Wohlfahrtspflege«.

[16] Genaue Aufschlüsselung der Leistungen – auch nach Alter der Betreuten – IGBl. 10. 6. 1937 »Die jüdische Winterhilfe Mannheim im Winter 1936/37«. Zur sich steigernden Auswanderung siehe S. 104 f.

[17] IGBl. 4. 3. 1936 »Die jüdische Winterhilfe in Baden«.

[18] IGBl. 9. 9. 1936 »Sozialarbeit und Gemeinde« (mit ausführlichen statistischen Angaben).

die Nationalsozialisten stand die sogenannte *Wirtschaftshilfe* im Mittelpunkt der Bemühungen.
Der leistungsfähige Mittelstand wurde bei zahlreichen Anlässen als Rückgrat der Gemeinde bezeichnet. Ihn zu stützen war eines der Hauptanliegen des Wohlfahrtsamts. So bewilligte es Händlern, Handwerkern und Vertretern zahlreiche Kredite, um ihnen wieder zu einem eigenen bescheidenen Auskommen zu verhelfen. Insgesamt flossen im Budgetjahr 1935/36 über 20 000.– RM diesem Zweck zu [19]. Achtzig Prozent der Darlehensempfänger gehörten dem Vertreterberuf an. Die Investition einer in Anbetracht der Zeitverhältnisse namhaften Summe zeigt, daß wohl auch die Mannheimer Gemeindeführung die unmittelbare Gefahr des Nationalsozialismus unterschätzte. Die Kredithilfe wird zwar als »Überbrückungsmaßnahme ... für alle Menschen, die hier noch ihr bescheidenes Auskommen finden können« dargestellt, doch rechtfertigt sich im Hinblick auf die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und die nachfolgenden Greuel nicht der Einsatz solcher Mittel. Wie sich auch beim Unterricht in der neunten Aufbauklasse zeigte, rechnete man zumindest mit einer längeren Zeit der ungefährdeten leiblichen Existenz.
Das zweite aus der Not geborene Zentrum der Arbeit des Wohlfahrtsamts stellte die Berufsumschichtung dar. Hier konnte sich die Gemeinde auf entsprechende Vereine stützen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden waren in Mannheim viele Handwerker ansässig, so daß die Gemeinde über genügend Ausbildungskräfte verfügte. Doch hatte das darniederliegende Wirtschaftsleben vor 1933 eine fruchtbare Berufsumschichtung unmöglich gemacht, da z. B. 1932 keiner der jüdischen Mannheimer Handwerksmeister einen Lehrjungen einstellte [20]. Wegen des nach 1933 einsetzenden Boykotts verbesserte sich die Auftragslage der Handwerker trotz der Belebung des Wirtschaftslebens nicht wesentlich. So reichte die von der Gemeindeführung getragene Vermittlung der Umlernenden oder Schulentlassenen in Einzelwerkstätten und Umschulungslager nicht aus. Sie errichtete deshalb in Neckarau eine eigene Anlernwerkstätte, in der die Lehrlinge in zweieinhalbjährigen Kursen ausgebildet wurden [21]. Der Zustrom der Umschulungswilligen setzte im September 1933 ein und erreichte schon im Jahre 1934 einen Höhepunkt. Ein Schulgeld von monatlich 35.– RM trugen im Falle von materieller Bedürftigkeit die *Reichsvertretung* und die örtliche *Wirtschaftshilfe* [22].
Eine im Gemeindeblatt veröffentlichte Statistik gibt Einblick in die vorherrschen-

---

[19] IGBl. 9. 9. 1936 »Sozialarbeit und Gemeinde«, und »Die Wirtschaftshilfe«. Ein Zusammenhang mit dem Israelitischen Darlehensverein Chewro Gemiluth Chasodim in Mannheim läßt sich aufgrund der Akten nicht erschließen, da dieser Verein durch Beschluß der Generalversammlung vom 21. 1. 1920 auf seine Rechtsfähigkeit verzichtete und im Vereinsregister gelöscht wurde. VR III, 21 Satzung vom 27. 9. 1907; Ersteintrag 25. 4. 1907.
[20] IGBl. 21. 2. 1933 »Das jüdische Handwerk in Not«. Siehe auch IGBl. 31. 3. 1932; 14. 3. 1933.
[21] IGBl. 20. 5. 1936 »Die Anlernwerkstätte Mannheim«. IGBl. 6. 5. 1936 »Die Eröffnung der jüdischen Anlernwerkstätte«.
[22] IGBl. 9. 9. 1936 »Sozialarbeit und Gemeinde«, »Die Berufsumschichtung«.

den Berufszweige [23]. Bis zum 1. 12. 1933 wurden 126 Gemeindeglieder auf manuelle Berufe vorbereitet. Allein 80 Personen kamen aus kaufmännischen Berufen; Akademiker, Lehrer oder Abiturienten folgten als zweitstärkste Berufsgruppe mit 18 *Umschichtenden.* Als neuen Lebensberuf erwählten allein 51 Gemeindeglieder einen landwirtschaftlichen Beruf, den sie zumeist auf einem der Lehrgüter erlernten. Die übrigen männlichen Lehrlinge verteilten sich auf die verschiedenen Handwerksberufe, die weiblichen erlernten in der Mehrzahl Hauswirtschaft oder das Schneiderhandwerk.

Wie richtig der durch die Gemeinde in Abweichung von jeder Tradition eingeschlagene Weg der Kollektivausbildung war, zeigte sich am Berufserfolg der aus der Anlernwerkstätte entlassenen Schüler. Sie fanden leicht Aufnahme in Auswanderungsländern. Selbst Schüler, die ihre Ausbildung wegen der bevorstehenden Emigration hatten abbrechen müssen, fanden im Ausland eine Beschäftigung [24].

Die Haltung der staatlichen Stellen erleichterte die Umschulungsarbeit. Wie auch Graml hervorhebt, förderte der NS-Staat zeitweise die Auswanderung der Juden [25]. Dies läßt sich an zahlreichen Einzelbeispielen auch für die Mannheimer und

---

[23] IGBl. 11. 12. 1933 »Berufsumschichtungsarbeit innerhalb der Gemeinde Mannheim«.

[24] IGBl. 21. 10. 1938 »Die jüdische Anlernwerkstätte Mannheim entläßt ihre ersten Schüler«.

[25] Graml, Gutachten S. 80. Allerdings scheint mir das Interesse des Staates an einer Auswanderung zumindest in Baden etwas größer gewesen zu sein, als es aus dem Gutachten zu erschließen ist. Noch im August 1940 genehmigte die Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Karlsruhe – »im Interesse der Auswanderungsbeschleunigung, die auch durch den Krieg nicht beeinträchtigt werden soll«, dem Leiter der Auswanderungskurse der Mannheimer Gemeinde, Dr. Leo Müller, einmal wöchentlich in Mosbach einen Kurs abzuhalten. (Schreiben Nr. 3139/40 vom 30. 8. 1940 im Landratsamt Buchen). – Im Jahre 1936 setzte der Oberstaatsanwalt Mannheim einem »Rasseschänder« sogar einen Teil seiner Gefängnisstrafe aus, wenn er das Reichsgebiet verlassen würde. (Staatsanwaltschaft Mannheim KLs 2/36.) – Auch Schutz- bzw. Vorbeugungshäftlinge wurden in der Regel aus dem Konzentrationslager entlassen, wenn die Auswanderung vorbereitet werden sollte bzw. unmittelbar bevorstand. (Interessanter Einzelfall: Akten der Kriminalpolizei Karlsruhe, Jüdel; ferner 18/65 – 80). Die Gestapo versagte einer Entlassung in der Regel ihre Zustimmung bzw. stellte weitere Bedingungen, wenn sie den Inhaftierten für »gefährlich« hielt bzw. aus »pädagogischen« Absichten ein Exempel statuieren wollte (siehe auch Schreiben Gentils vom 16. Juni 1938 in den Akten 18/65 – 12, vergleiche auch *Dok. 161*). So hatte ein evangelischer Mannheimer »Nichtarier« nach 1933 sehr zum Verdruß der Mannheimer Partei eine dem deutschen Hochadel angehörige Gräfin geheiratet. Dem später inhaftierten Ehemann wurde, auch nachdem die Auswanderung der Familie in die Schweiz vorbereitet war, nicht seine Freiheit zurückgegeben. Die Entlassung hätte nach Meinung der Gestapo den Anschein erweckt, als sei man mit der Heirat einverstanden gewesen. Die Gestapo stellte die Bedingung, die Familie müsse die Emigration in ein außereuropäisches Land vorbereiten. Vgl. dagegen die Anweisung Himmlers, daß jüdische Schutzhäftlinge grundsätzlich, wenn sie im Besitz von Auswanderungspapieren sind, entlassen werden können. Broszat, »SS-Staat« II S. 96. – Selbst nach der »Kristallnacht«, als aus den Wohnungen entfernte Sachwerte von einem höheren Schätzwert als 1000 RM den jüdischen Eigentümern nicht zurückgegeben werden sollten, bestimmte die Gestapo, Berlin, in ihrem dringenden, an die nachgeordneten Dienststellen durchgegebenen Fernschreiben vom 26. 11. 1938, daß »Sachwerte mit einem höheren Schätzwert an den Besitzer zurückgegeben werden (können), wenn er nachweisbar in der nächsten Zeit aus-

Karlsruher Behörden nachweisen. Den Extremfall stellt die Auswanderung einer Mannheimer *Nichtarierin* dar, der abweichend von den sonst so fanatisch durchgefochtenen *Rasse*gesetzen ein Paß ohne das diskriminierende *J* ausgehändigt wurde. Diese Behandlung der Sache ermöglichte eine Auswanderung nach Bolivien, welches für Juden die Einwanderung gesperrt hatte [26]. Den Lehrlingen halfen die entsprechenden Instanzen in vielen Fällen eine Auswanderung durchzuführen, indem sie auch nach einer kurzfristigen industriellen oder handwerklichen Ausbildung eine entsprechende Berufsangabe in die Reisepässe eintrugen oder auf Antrag Bescheinigungen über die Berufsausbildung abgaben, die die *arischen* Altersgenossen bei entsprechendem Ausbildungsstand noch nicht erhalten hätten [27].

Nach der Zerstörung der Anlernwerkstätte in der Kristallnacht veranlaßte Neter die Gründung weiterer Werkstätten, um den Juden, die jetzt Deutschland fluchtartig verließen, wenigstens Grundlagen eines Handwerks zu vermitteln [28]. Die geringen Mittel der meisten verbleibenden Gemeindeglieder ließen nur begrenzte Arbeitsmöglichkeiten zu, da es an Aufträgen mangelte. Eugen Neter versuchte dem abzuhelfen, indem er ein Gutscheinsystem einführte. Leistungen des Wohlfahrtsamts oder Entlohnungen wurden teilweise mit Scheinen für kostenlose Dienstleistungen abgegolten. Die Rohstoffversorgung der Werkstätten war ein schwer zu bewältigendes Problem. Wie es der Gemeindeführung gelang, die bewirtschafteten Rohstoffe, die schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs knapp waren, zu erhalten, wurde nicht ermittelt. Vermutlich hat das auch 1939 noch nachweisbare Bestreben der Staatsführung, die Auswanderung der Juden zu fördern, die Materialbeschaffung erleichtert. Als Lehrkräfte wirkten Handwerker, deren Namen z. T. nicht bekannt sind. Die Inhaber jüdischer Handwerksbetriebe mußten zwar nach § 5 der *Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* vom 23. November 1938 bis zum 31. Dezember 1938 aus den Handwerksrollen gelöscht werden [29], doch wurden für die Anlernwerkstätten Ausnahmen zugelassen [30]. Die von ihnen beschäftigten Handwerker durften auch nach dem 31. Dezember 1938 ihr Handwerk ausüben und Lehrlinge unterrichten.

---

wandert«. Abschrift des Fernschreibens: Staatsanwaltschaft Mannheim, Generalia »Staat und Rasse« AZ 112. – Weitere wichtige Anweisung zur Förderung der Auswanderung RMinBliV 1939 Nr. 7, S. 266. Verbot der weiteren Auswanderung im Oktober 1941. Zu diesem Erlaß siehe H. Krausnick in: »SS Staat« II, S. 373 f.

[26] 16/67 – 35, 16. 2. 1940.

[27] Unveröffentlichter Erlaß des Reichsministers des Innern Pol. S. – V 6, 71/39 – 453 – 12 – vom 21. 1. 1939 betr. Auswanderung von Juden. GLA 233/27735.

[28] Bericht Eugen Neters über die »Israelitische Gemeinde Mannheim (November 1938 bis Oktober 1940)« D 9 – 5 N.

[29] RGBl. I, S. 1642.

[30] Einzelfall: Schuhmachermeister Salomon Löwenstein aus Ladenburg EK 7273/A. Insbesondere Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums Nr. 26076 vom 28. 4. 1939.

Gemeindeeinrichtungen und nicht weiter hervorzuhebende private Vereine sorgten, so gut es die Zeitumstände zuließen, für die materiellen Belange der Gemeindeglieder. Der geistigen Wappnung der Juden diente neben der Schule das *Lehrhaus*. Seine Ziele schildert Samuel Billigheimer in seinem Aufsatz »Neue Wege des Lehrhauses«, der im *Israelitischen Gemeindeblatt* veröffentlicht wurde [31]. Das Lehrhaus hatte bisher der spezifisch jüdischen Erwachsenenbildung gedient. Nun erhielt es ein neues Aufgabengebiet in der Betreuung jener Schüler, die trotz entsprechender Fähigkeiten keine höhere Schule besuchen durften, ferner in der Vermittlung praktischer Fertigkeiten, der Hilfe im Umschichtungsprozeß und in der Vorbereitung auf eine Auswanderung. Der Lehrplan des *Lehrhauses* des Wintersemesters 1932/33 zeigt zahlreiche Vorträge zu Problemen des Judentums, zwei Lehrkurse, drei hebräische Sprachkurse und zwei Arbeitsgemeinschaften [32]. Die Lehrpläne der folgenden Semester bieten ein verändertes Bild: Zum Sommersemester 1933 wurden neben den religiös motivierten Hebräischkursen Französisch-, Englisch-, Kurzschrift- und Schreibmaschinenkurse eingeführt [33]. Ferner wurde der durch die Diffamierung erzwungene engere Kontakt zu den assimilierten Gemeindegliedern zu dem Versuch genutzt, diese zum Judentum zurückzuführen. Dies geschah beispielsweise in einem Elternkurs, der die Mütter »in die Welt des ... jüdischen Hauses« einführte [34].

Der Höhepunkt der Arbeit des *Lehrhauses* fällt in die Jahre 1936 bis zum Sommer 1938. Da es auf die Bedürfnisse einer aus dem deutschen Kulturleben verdrängten, geistig regen Zuhörerschaft abgestellt war und von vielen ohnehin zur Förderung in Beruf und Ausbildung aufgesucht wurde, konnten auch für entlegene, anspruchsvolle Themen häufig genügend Kursteilnehmer gefunden werden. Infolge der Zuruhesetzung auch der begabtesten jüdischen Lehrer an den öffentlichen Schulen standen dem *Lehrhaus* ausreichend vorgebildete Fachkräfte zur Verfügung [35]. Der Lehrplan gliederte sich nunmehr in:

1. Vorlesungen, die um jüdische Themen kreisten.
2. Sprachkurse (Hebräisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch).
3. Kurse in allen für das tägliche Leben bedeutsamen Fertigkeiten, für die sich ein genügend großer (zehn Teilnehmer) Interessentenkreis fand, wie Mathematik für Handwerker, Physik des Alltags, Fotografie, Kurzschrift (auch fremder Sprachen), Säuglingspflege, Nähen etc.

Trotz der großen räumlichen Beengung nahm eine beachtliche Anzahl von Lernen-

---

[31] IGBl. 28. 7. 1933.
[32] IGBl. 19. 10. 1932.
[33] Lehrplan IGBl. 24. 8. 1933.
[34] IGBl. 12. 4. 1934 »Bericht über das Wintersemester 1933/34 des Lehrhauses«.
[35] Vgl. hierzu IGBl. 22. 4. 1936 »Die Tätigkeit des Lehrhauses im Winterhalbjahr 1935/36«; IGBl. 21. 10. 1937 »Zum Winterlehrplan 1937/38«; IGBl. 21. 4. 1938 »Schlußfeier des Jüdischen Lehrhauses Mannheim«.

den an den Kursen des *Lehrhauses* teil. Im Wintersemester 1937/38, als schon ein erheblicher Teil vor allem der jüngeren Gemeindeglieder abgewandert war, zählte die Verwaltung des *Lehrhauses* 550 Teilnehmer an 57 Lehrkursen (ein Lehrkurs beanspruchte bis zu 15 Wochenstunden!). Von diesen Kursen dienten 36 dem Erlernen einer Fremdsprache, darunter allein 21 Englischkurse [36]. Allerdings wurde die Trennung jüdische Schule – *Lehrhaus* nicht mehr streng durchgeführt; somit genügten etliche Teilnehmer der Kurse nur ihrer Schulpflicht [37]. Eine letzte Ausweitung erfuhr der Lehrplan zum Wintersemester 1938/39 durch die Einführung des Faches *Auswanderungskunde.* Hier sollten vor allem die Rechtsprobleme der in Betracht gezogenen Aufnahmeländer dargestellt werden, da den Auswanderungsfragen »steigende Bedeutung zukam« [38].

Neben dieser Lehrtätigkeit in weitestem Umfang wurde die Kulturarbeit der Gemeinde ergänzend durch den *Liederkranz* und den *Jüdischen Kulturbund* getragen, die sich auf der Mitgliederversammlung vom 26. 10. 1935 zum *Liederkranz e. V. (Jüdischer Kulturbund)* zusammengeschlossen hatten [39].

Beide Vereine hatten nach 1933 die Aufgabe übernommen, den Kunstfreunden unter dem anspruchsvollen jüdischen Publikum einen möglichst vollwertigen Ersatz für den Ausschluß aus dem öffentlichen Kulturleben zu geben. Dank der vielen Talente und Gönner, die als »fördernde Mitglieder« dem Verein angehörten, gelang es z. B., namhafte Chor- und Orchesterwerke zur Aufführung zu bringen [40]. Im Jahre 1936 bemühte sich der Verein darüber hinaus um Theateraufführungen [41]. Die qualitativ hochstehende Arbeit des Vereins steigerte die zentrale Bedeutung Mannheims für die jüdischen Gemeinden Nordbadens und der Pfalz. Über die Grenzen der Gemeinde hinaus wurden die jüdischen Bürger, vor allem die Mitglieder der Ludwigshafener Gemeinde, zum Beitritt aufgefordert [42]. Zwei besonders am Beispiel dieses Vereins sichtbare Bestrebungen der jüdischen karitativen und kulturellen Vereine charakterisieren seine Arbeit während des Dritten Reichs.

1. Er bemühte sich, seine Mitglieder und Hörer wieder ganz in den Überlieferun-

---

[36] IGBl. 21. 10. 1937 »Zum Winterlehrplan 1937/38«; IGBl. 21. 4. 1938 »Schlußfeier des Jüdischen Lehrhauses Mannheim«.

[37] Der Bericht über das WS 1937/38 im IGBl. 21. 4. 1938 hebt hervor, daß »zwischen Schule und Lehrhaus ... enger Konnex« bestand. Der oben zitierte Lehrplan berichtet z. B. unter B, I, b über einen Kurs für die »Fortbildungsklasse der berufstätigen Schüler«. Angesichts der Überleitung aller Verantwortung auf die Israelitische Gemeinde und bei dem räumlichen Zusammenleben nach der Entziehung des K 2-Schulhauses wäre eine weitere scharfe Trennung auch wenig sinnvoll gewesen. Zum K 2-Schulhaus siehe S. 79.

[38] IGBl. 7. 9. 1938 »Auswanderungskunde«.

[39] VR III, 9; Veröffentlichung HB 15. 10. 1936. Zwar wurden jüdische Vereine seit September 1935 strenger überwacht (Sauer I, Nr. 235), jedoch sind Behinderungen des Mannheimer Liederkranzes in seiner Tätigkeit nicht nachzuweisen. Zur Überwachung der kulturellen Tätigkeit der Gemeinden siehe Sauer I, Nr. 247 und 250.

[40] Zahlreiche Veröffentlichungen und Ankündigungen im Gemeindeblatt.

[41] IGBl. 9. 9. 1936, Sondernummer S. 30 f. »Liederkranz e. V.«; VR III, 9, S. 363 (§ 3 der nach der Fusion mit dem jüdischen Kulturbund geänderten Satzungen).

[42] IGBl. 7. 10. 1938 »Programmbesprechung der Kulturbünde«. Als Vertreter Badens und der Pfalz führte Mannheim die Verhandlungen mit den Künstlern (Ausnahme: Kulturbund Karlsruhe).

gen des Volkes Israel heimisch werden zu lassen. Stoffe wie »König David« (Sinfonischer Psalm von Arthur Honegger), »Die Schöpfung« (Josef Haydn), »Samson« (Georg Friedrich Händel) füllen das Programm. Erleichtert und gefördert wurden diese Bestrebungen durch die Zugehörigkeit des Vorsitzenden der Israelitischen Gemeinde zum Gesamtvorstand [43], der noch ein weiteres Synagogenratsmitglied in seinen Kreis hinzuzuziehen pflegte.

2. Er bemühte sich, weiterzuarbeiten »als sei nichts geschehen«. Man wollte nicht durch nutzlose Klagen und Diskussionen an die politische Lage erinnert werden. Erforderlichenfalls sorgte die Gemeinschaft im Rahmen des Möglichen für Abhilfe. Das Bestreben, sich von den Widrigkeiten des Tages loszulösen, bedurfte bei einem kulturellen Verein ganz besonderer Pflege. So findet sich in den nach der Fusion mit dem *Jüdischen Kulturbund Mannheim* verbindlichen Satzungen der charakteristische Paragraph vier: »Die Erörterung von Fragen der Politik und Weltanschauung im Verein ist unzulässig« [44].

Neben der Jüdischen Presse, der rückblickend eine überragende Bedeutung für die psychische Haltung der Verfolgten während der Herrschaft des Nationalsozialismus zugebilligt werden muß [45], war es die bis zur Auflösung der jüdischen Gemeinde hervorragende Kulturarbeit, die sich auch durch äußere Hemmnisse nicht abschrecken ließ, die die innere Widerstandskraft stärkte [46].

Die Vernichtung der Gemeinde

Die Auflösung der Jüdischen Gemeinde Mannheims ist durch zwei hervorragende Ereignisse charakterisiert:

1. Die aus Anlaß der Ermordung des Diplomaten vom Rath in fast ganz Deutschland durchgeführten Pogrome,
2. die Deportation der bei Kriegsausbruch noch in Baden und der Pfalz lebenden Juden in südfranzösische Lager.

Die Tage des Novembers 1938 brachten Verwirrung über die Gemeinde, da sie die einheitliche Führung verloren hatte. Entweder hatten die leitenden Männer fliehen müssen oder sie waren nach Dachau verbracht worden. Der angesehene Kinderarzt

---

[43] VR III, 9; S. 363 ff. (§ 15 der Satzungen vom 26. 10. 1935).

[44] VR III, 9; S. 363 ff. Dieser Satz kann sich allerdings gleichermaßen auf innerjüdische Fragen beziehen.

[45] Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise, S. 379. Die Kulturarbeit mag allerdings auch manchen Juden von der rechtzeitigen Vorbereitung einer Auswanderung abgehalten haben. Hierzu siehe Düwell, S. 139.

[46] Hemmnisse: Neben der Unmöglichkeit hohe Honorare zu zahlen in Mannheim insbesondere Raumsorgen nach Entzug des Heims in E 5. Hierzu IGBl. 3. 11. 1937 »Das Haus des jüdischen Kulturbundes Mannheim, Q 2, 16«. – Eine starke Behinderung, wie sie Kurt Düwell (S. 134) bei den lokalen Kulturbünden Mannheims und Karlsruhes bis zum 6. August 1935 sieht, konnte der Verfasser allerdings nicht feststellen. Ebenso tritt die zu diesem Zeitpunkt erfolgende Einsetzung des Reichsverbands der jüdischen Kulturbünde (Völkischer Beobachter vom 7. 8. 1935) nicht als Einschnitt in der Kulturarbeit hervor.

Eugen Neter, der am 10. November 1938 kurz festgenommen worden war, wurde wieder freigelassen. Ihm übertrug die Leiterin des Wohlfahrtsamts die Führung der Gemeinde [47]. Eugen Neter bekleidete daraufhin unangefochten das Amt der Präsidentschaft, ohne je durch eine ordnungsgemäße Wahl oder eine Behörde bestätigt worden zu sein. Seine Amtszeit erhält ihre Prägung durch den Versuch der Gemeindeglieder, zur Rettung ihres Lebens Deutschland um jeden Preis zu verlassen. Eugen Neter selbst schreibt, daß »das unerhörte Ereignis . . . mit großer Furcht der nächsten Zukunft entgegensehen ließ« [48]. Auch die älteren, von Renten oder Guthaben lebenden nationaldeutschen Juden hatten nun eingesehen, daß eine Bettelexistenz im Ausland größere leibliche Sicherheit verhieß als ein Verbleiben in der Vaterstadt. Die verantwortungsbewußte Gemeindeleitung mußte also die Emigration der auswanderungswilligen Gemeindeglieder in jeder Weise fördern und für jene sorgen, die nicht die innere Kraft aufbrachten, ihre Vaterstadt zu verlassen.

Somit tritt der November 1938 als Einschnitt im Gemeindeleben hervor. Die Absonderung der letzten fünf Jahre hatte vor allem auf kulturellem Gebiet einen schon vor 1933 einsetzenden Aufschwung gebracht. Dieser war zu Ende.

Zwar wurden die bereits erwähnten neuen Lehrwerkstätten ins Leben gerufen, doch blieb für weitere Initiative kein Raum mehr.

Diese sterbende Gemeinde traf im Oktober 1940 die Aktion der Gauleiter Wagner und Bürckel [49]. Ausweislich der Deportationslisten wurden 1972 in Mannheim ansässige Juden in die südfranzösischen Lager verschleppt. Eugen Neter übergab einem in *Mischehe* lebenden Mitarbeiter die Amtsgeschäfte und begleitete freiwillig »seine« Gemeinde. Die Aktion erfaßte alle Mannheimer Juden, die für transportfähig gehalten wurden, soweit sie nicht in *Mischehe* lebten. Selbst ein 98jähriger Kaufmann, das älteste Mitglied der Mannheimer Gemeinde, blieb nicht verschont [50]. So hatte der neue Leiter der Gemeinde, Hermann Hauser, für die bettlägerigen Insassen des Altersheims und Krankenhauses im Rahmen der von der *Reichsvereinigung* gegebenen Richtlinien zu sorgen, weiterhin den Schulunterricht für zumeist aus *Mischehen* stammende Kinder zu organisieren und über die Einhaltung der Religionsvorschriften zu wachen. Letzteres erwies sich während des Krieges als eine schwer durchführbare Aufgabe. Nach den Religionsvorschriften müssen z. B. einer Beerdigung zehn zur Gemeinde gehörige Männer beiwohnen. Da in den letzten Kriegsjahren die Mannheimer Gemeinde keine zehn der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörige Männer zählte, die fähig waren, der Beerdigung beizuwohnen, mußten, trotz der Reisebeschränkungen, Juden aus den umliegenden Gebieten anreisen [51]. Die Zahl der zurückgebliebenen Gemeindeglieder und der von der

[47] D 9 – 5 N Bericht Dr. Eugen Neters »Die Israelitische Gemeinde Mannheim (November 1938 bis Oktober 1940)«. Vgl. auch H. J. Fliedner, Eugen Neter, in: Mannheimer Hefte 3, 1966.

[48] Bericht Eugen Neters D 9 – 5 N.

[49] Zur »Bürckel-Aktion« siehe Krausnick, »SS-Staat II«, S. 357 f.

[50] Moritz Steiner * 4. 4. 1842, † 17. 12. 1940. Acht Verfolgte entzogen sich der Deportation durch den Freitod.

[51] Mündliche Auskunft des Leiters der Gemeinde, Herrn H. Hauser.

Gemeinde zu Betreuenden verringerte sich ständig. Eine zweite größere Deportation im Frühjahr 1942 und weitere kleinere Erfassungen, deren letzte noch im Februar 1945 in *Mischehe* lebende *nichtarische* Ehegatten zum Arbeitseinsatz kommandierte, vernichteten die letzten Reste der Gemeinde [52].

Die Austreibung der Juden aus Deutschland und die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz ging Hand in Hand mit der Vernichtung der materiellen Basis der Gemeinden. Selbst umfangreiche Korrespondenz ermöglichte es nicht, Angaben über das Haushaltsvolumen der Mannheimer Gemeinde zu erhalten. Diese Lücke in unserem Wissen kann leicht verschmerzt werden, da offizielle Angaben ohnehin kein klares Bild erbracht hätten. Verfügungsbeschränkungen, Bescheidenheit sowie politische Rücksichten hinderten häufig, Spenden öffentlich zu deklarieren oder etwa die Budgets einzelner Gemeindeorganisationen zu veröffentlichen. Derartige Zuwendungen machten aber einen erheblichen Teil der der Gemeinde oder einzelnen Organisationen zur Verfügung stehenden Mittel aus. Nach 1939 wurde die *Reichsvereinigung* Trägerin der jüdischen Gemeinden und das Vermögen der privaten Vereine wurde auf sie übertragen [53]. Im übrigen wurden Vermögenswerte wie Häuser und Grundbesitz entsprechend den allgemein geltenden Gesetzen *arisiert* [54]. Lediglich die Enteignung des Krankenhauses (bzw. Altersheims) und die Beschlagnahme der jüdischen Friedhöfe ist in diesem Zusammenhang von Interesse.

Die Israelitische Gemeinde besaß den sogenannten alten Friedhof in F 7, auf dem von 1661 bis 1839 Bestattungen durchgeführt worden waren [55]. Nach 1839 fanden die Verstorbenen auf dem Israelitischen Friedhof beim städtischen Hauptfriedhof ihre letzte Ruhestätte. Der während des Dritten Reichs mit Mannheim verbundenen Feudenheimer Gemeinde standen ebenfalls zwei Friedhöfe zur Verfügung: ein von 1859 bis 1900 benutzter, an der Scheffelstraße gelegener, alter und ein erst im Dritten Reich aufgelassener, an der Talstraße gelegener, neuer Friedhof [56]. Nach den jüdischen Religionsgesetzen sollen die Grabstätten für immer erhalten bleiben. Schon 1933 griff das *Hakenkreuzbanner* in einem ausführlichen Hetzartikel die Frage der jüdischen Friedhöfe auf [57]. Es nahm scharf gegen die geplante und schon

[52] Der Schriftwechsel zu einzelnen Deportationen befindet sich beim Oberrat der Israeliten Badens in Karlsruhe. Fotokopien der Mannheim betreffenden Vorgänge 16/67 – 10 unter dem 29. 3. 1942 im Stadtarchiv. Zum »Arbeitseinsatz«: Schreiben des Kommandeurs der Sicherheitspolizei für Baden und Elsaß, Außenstelle Mannheim – IV – vom 9. 2. 1945 an Herrn Dr. Weigert, Kurt Israel betr.: Arbeitseinsatz von Juden 16/67 – 10. Nach Zeugnis des Adressaten handelte es sich um eine Deportation. Nach Auskunft des Leiters der Gemeinde, Herrn Hauser, wurden bei Deportationen Begriffe wie »Abwanderung« und »Arbeitseinsatz« nicht streng unterschieden. Siehe auch Schreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhänders der Arbeit Baden und Elsaß, Straßburg, den 24. 5. 1944 Gesch. Z. 5431/44 (g) Nr. 472 an die Herren Leiter der Arbeitsämter in Baden und im Elsaß betr. Behandlung der Wehrunwürdigen, jüdischen Mischlinge, jüdisch Versippten usw. im Kriege. Arbeitsamt Mannheim 5431 A. *Dok. 152 ff.*

[53] RGBl. I, S. 1097.

[54] Einzelheiten in den entsprechenden Akten des Registergerichts oder auch in den Arisierungsakten des Regierungspräsidiums Nordbaden.

[55] Vgl. hierzu IGBl. 9. 9. 1936, Sondernummer »Der alte und der neue Friedhof«.

[56] Vgl. Karl Otto Watzinger, Mannheimer Hefte 3, 1965, S. 14 ff.

[57] HB 29. 6. 1933, S. 8.

vor 1933 teilweise durchgeführte Erweiterung des Feudenheimer Friedhofs Stellung und polemisierte gegen den »vorsintflutlichen Judenfriedhof inmitten der Stadt, der auch wahrscheinlich nach dem jüngsten Tag sich seines Daseins erfreuen wird«. Damit hatte das *Hakenkreuzbanner* das Stichwort gegeben. Ganz besonders der in der Altstadt gelegene Judenfriedhof mußte bei der Knappheit an Baugrund und Grünanlagen die nationalsozialistische Führung reizen. Nachweislich wurde diese Frage im Jahre 1935 erstmals im Stadtrat aufgerollt [58]. Sie wurde seit einem nicht genau bekannten Termin mit der Israelitischen Gemeinde behandelt.

Für die Israelitische Gemeinde schuf Oberbürgermeister Renninger eine kritische Lage. Er drohte, bei ihrer weiteren Weigerung, das Gelände abzugeben, die Frage der Beseitigung aller Judenfriedhöfe in Berlin aufzurollen [59]. Ob dieser Druck die Gemeinde gefügig machte, ist aufgrund der überkommenen Akten nicht mehr nachzuweisen. Doch konnte der Oberbürgermeister dem Stadtrat im Juli 1938 die Mitteilung machen, daß der Judenfriedhof in F 7 von der Stadt nunmehr erworben worden sei [60].

Bereits im Jahre 1936 hatte ein Mannheimer Ratsherr den Erwerb des alten Feudenheimer Friedhofs angeregt [61]. Eine »Entwidmung« schien entsprechend dem geltenden Recht nur bei bestehendem öffentlichen Interesse möglich. So schlug der Ratsherr Döring vor, das Gelände als öffentlichen Parkplatz zu nutzen. Angesichts des Verhaltens der Stadtverwaltung beim Erwerb des alten israelitischen Friedhofs in F 7 überrascht das mangelnde Interesse, das sie der Beseitigung des alten Feudenheimer Friedhofs entgegenbrachte [62]. Noch im Jahre 1940 bemühte sich ein Privatmann aus Feudenheim intensiv um den Kauf des Grundstücks [63]. Da jedoch nach Meinung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums eine *Zwangsentjudung* des Friedhofes nur in Betracht komme, »wenn ein besonderes öffentliches Interesse an einer solchen nachzuweisen« sei [64], blieb die Frage der Enteignung des Feudenheimer Friedhofs bis 1941 in der Schwebe. Erst im September 1941 führte der Badische Innenminister die Friedhofsfrage in Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt einer zentralen Lösung zu [65]. Da die Bestattung von Juden auf öffentlichen Friedhöfen nur verweigert werden konnte, wenn im Gemeindegebiet

---

[58] Stadtratsprotokolle 1935, S. 118 o Beseitigung der Judenfriedhöfe. *Dok. 136 ff.*

[59] Stadtratsprotokolle 1935, S. 115.

[60] Stadtratsprotokolle 1938, S. 87 c Judenfriedhof in F 7.

[61] Stadtratsprotokolle 1936, S. 108.

[62] Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 30. 5. 1939. Jüd. Vermögen, Einzelfälle, Jüdische Gemeinde Feudenheim.

[63] Der Polizeipräsident Abt. IV/28, Schreiben vom 6. 8. 1940 Nr. 1771 (Für die Veräußerung des Grundbesitzes wäre nach Erlaß der 10. VO zum Reichsbürgergesetz der Leiter der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden zuständig gewesen).

[64] Erlaß Jd 6824, Karlsruhe 28. 3. 1941 betr. Jüdische Grundstücke. – Vgl. hierzu die Ausführungen des geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Gemeindetages vom 12. 5. 1941 auf die Anfrage des Mannheimer Oberbürgermeisters vom 30. 4. 1941, Bundesarchiv R 36/2101.

[65] Der Minister des Innern, Karlsruhe 12. 9. 1941 Nr. 76 652 (betr. Judenfriedhöfe in Baden) an die Herren Landeskommissäre etc.

oder im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde ein israelitischer Friedhof vorhanden war, auf der anderen Seite die Bestattung von Juden auf Gemeindefriedhöfen als unerwünscht angesehen wurde [66], mußte in den badischen Gemeinden, in denen noch Juden verblieben waren, ein jüdischer Friedhof offengehalten werden. Der Badische Minister des Innern entschied, daß von den 76 noch bestehenden jüdischen Friedhöfen Badens 67 geschlossen werden sollten [67]. Die Mannheimer Israelitische Gemeinde, mit 294 nach den Rassegesetzen des Dritten Reichs als Juden zählenden Mitgliedern die größte noch bestehende Gemeinde in Baden, durfte ihren Friedhof behalten. Jedoch bestimmte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister, daß »die bereits geschlossenen oder noch zu schließenden sonstigen jüdischen Friedhöfe ... alsbald in das Eigentum der Gemeinden überführt werden« sollten [68]. So übernahm die Stadt Mannheim, die bereits den Friedhof in F 7 zu einem gedrückten Preis erwerben konnte [69], ebenfalls die beiden israelitischen Feudenheimer Friedhöfe an der Scheffelstraße und an der Talstraße zu einem von ihr sehr niedrig angesetzten Preis [70]. Der alte Feudenheimer Friedhof sollte mit angrenzenden städtischen Grundstücken zusammengelegt und bebaut [71], der neue Feudenheimer Friedhof, der unmittelbar an den öffentlichen Friedhof angrenzte, für eine später notwendig werdende Erweiterung desselben nach Ablauf der gesetzlichen Ruhezeit verwendet werden [72].

Das israelitische Krankenhaus, das Krankenschwesternheim und das Altersheim belasteten zwar den Gemeindeetat sehr, waren jedoch während des Dritten Reichs

---

[66] Der geschäftsführende Präsident des Deutschen Gemeindetages an den Herrn Oberbürgermeister von Mannheim, den 12. 5. 1941, Bundesarchiv R 36/2101. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern hatte durch Erlaß Nr. V a I 2632 I u. II/36 vom 14. April 1937 festgestellt, daß ein Verbot der Beerdigung von Juden auf Gemeindefriedhöfen nicht möglich sei, jedoch die allgemeine Bekanntgabe dieses Erlasses für untunlich gehalten. Bundesarchiv R 36/2118.

[67] Anlage zum Erlaß des (badischen) Ministers des Innern Nr. 76 652 vom 12. 9. 1941 betr. Judenfriedhöfe in Baden. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Jüdische Gemeinde Feudenheim.

[68] Karlsruhe, den 30. 10. 1941 Nr. 38 559. – Der Minister des Innern hatte bereits im Erlaß Nr. 76 652 vom 12. 9. 1941 geäußert, daß »als Erwerber der geschlossenen Friedhöfe die Gemeinden in Betracht kommen«. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Jüdische Gemeinde Feudenheim.

[69] Stadtratsprotokolle 1938, S. 87.

[70] Zum Erwerb und zur Verwendung der Friedhöfe: Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, 28. 11. 1941 – Abschrift – Grundstückspreise, hier: Die Judenfriedhöfe in Baden betr.; Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Jüdische Gemeinde Feudenheim.

[71] Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim an den Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister 1. 12. 1941 betr. Verwaltung und Verwertung des jüdischen Vermögens; hier: alter israelitischer Friedhof in Mannheim-Feudenheim.

[72] Da die Mannheimer Privatgärtnereien die Pflege von Gräbern auf den jüdischen Friedhöfen ablehnten, hatte die Stadt Mannheim ohnehin seit dem 22. 10. 1940 die vorläufige Betreuung der jüdischen Friedhöfe übernommen. Quelle: Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an den Deutschen Gemeindetag, 30. 4. 1941 betr. Die israelitischen Friedhöfe in Mannheim, Bundesarchiv R 36/2101.

von steigender Bedeutung [73]. Nachdem der Israelitischen Gemeinde 1936 ihr modern eingerichtetes Krankenhaus in E 5 genommen worden war, hatte man durch Um- und Ausbau des Anwesens in der Collinistraße das Krankenhaus und das Altersheim zusammengelegt. Ein gesonderter Neubau erschien den Leitern der Gemeinde angesichts der politischen Lage nicht zweckmäßig. Das Krankenhaus bot nunmehr bei normaler Belegung Platz für 33 Patienten, das Altersheim konnte 25 Insassen aufnehmen [74].

Bis 1937 kam der Existenz des Krankenhauses nur insofern besondere Bedeutung zu, als die Möglichkeit einer psychischen Belastung der Patienten von vornherein entfiel. Ab 1937 jedoch ist in zunehmendem Maße die Abweisung von Juden und jüdisch versippten Bürgern durch die Städtischen Krankenanstalten nachweisbar. Spätestens ab Mai 1937 wurden dort in der gynäkologischen Abteilung keine jüdisch versippten Privatpatienten mehr angenommen und erst recht keine Juden [75]. Diese waren nunmehr auf das Israelitische Krankenhaus oder aber als Christen oder jüdisch versippte Patienten auf die St. Hedwig-Klinik angewiesen. Diese katholische Klinik, die unter Leitung des *nicht vollarischen* Dr. Kurt Laemmle stand, nahm zahlreiche Erkrankte auf, die vom Städtischen Krankenhaus aus *rassischen* Gründen abgewiesen wurden [76]. In den Städtischen Krankenanstalten drang insbesondere der Vorstand der Geburtsgynäkologischen Abteilung auf Sonderung der Juden [77]. Aufgrund entsprechender Eingaben entschied die Stadtverwaltung, daß Juden nur im äußersten Notfall aufzunehmen seien [78]. Ferner wurden Fürsorge- und Stadtjugendamt angewiesen, jüdische Patienten ausschließlich dem Israelitischen Krankenhaus zuzuweisen. Damit nicht genug, drang die Direktion der Städtischen Krankenanstalten auch auf ein Verbot für ambulante Behandlung von Juden und für die Verarbeitung von jüdischem Untersuchungsmaterial im Laboratorium [79]. Daß noch transportfähige Juden »in das Jüdische Krankenhaus abgeschoben« wurden, ist im Einzelfall erwiesen [80]. Im Dezember 1938 gab die Partei den Richtlinien der Stadt entsprechende Weisungen heraus [81], die von der Stadt »zur Kenntnis genommen« wurden [82].

---

[73] Vgl. IGBl. 30. 4. 1935 »Dienst am Kranken«; IGBl. 20. 5. 1936 »Unser jüdisches Krankenhaus«.

[74] Zahlen: IGBl. 20. 5. 1936 »Unser jüdisches Krankenhaus«.

[75] 16/67 – 24.

[76] Mündliche Auskunft. Im Einzelfall nachweisbar.

[77] Schreiben vom 17. 2. 1938; 19. 2. 1938; 21. 2. 1938; 25. 2. 1938; Vorstand der geburtsgynäkologischen Abteilung an den Oberbürgermeister: »Sollte es sich nicht ermöglichen lassen, daß jüdische Patienten in einem jüdischen Krankenhaus und von jüdischen Ärzten behandelt werden?«, 16/67 – 24.

[78] Der Oberbürgermeister, Mannheim, den 9. 3. 1938, 16/67 – 24.

[79] Die Direktion des Städtischen Krankenhauses an den Herrn Oberbürgermeister, 28. 7. 1938, 16/67 – 24.

[80] Schreiben des Prof. Dr. Holzbach an den Herrn Oberbürgermeister vom 3. 8. 1938, 16/67 – 24.

[81] Arbeitsgemeinschaft der gemeinnützigen Krankenanstalten, Mannheim, den 12. 12. 1938, 16/67 – 24.

[82] Der Oberbürgermeister, Mannheim, den 29. 12. 1938, 16/67 – 24. Es handelt sich hier

Nach der Deportation der Stammgemeinde am 22. Oktober 1940 nach Südfrankreich waren Krankenhaus und Altersheim die Zentren des Gemeindelebens. Die zur alten Gemeinde gehörigen Juden lebten dort und wurden dort gepflegt. Die übrigen nach den *Rasse*gesetzen zu den Juden zählenden Verfolgten lebten meist in *Mischehe* und ohne inneren Kontakt zur Gemeinde; ebenso die erst im Laufe des Krieges deportierten Juden mit fremder, vom NS-Staat respektierter, Staatsangehörigkeit [83]. Bis zum Herbst 1942 konnte das Krankenhaus im wesentlichen unangefochten seinen Dienst erfüllen. Lediglich die verhältnismäßig hohen Aufwendungen, die das auf wohlhabende Insassen zugeschnittene Krankenhaus erforderte, wurden von der Reichsvereinigung beanstandet. Die schwierige Materialbeschaffung wurde durch das Entgegenkommen eines Mannheimer Apothekers erleichtert [84].

Das vorbildlich eingerichtete Krankenhaus wurde am 24. Dezember 1941 aufgrund des § 5 des Reichsleistungsgesetzes vom *Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei* beschlagnahmt [85]. Das Altersheim (B 7, 3) diente nunmehr zur Unterbringung der pflegebedürftigen Personen. Kranke, die operiert werden mußten, wurden kurzfristig vom Städtischen Krankenhaus aufgenommen [86]. Das Leben der Restgemeinde spielte sich in den Räumen des Altersheims ab, bis auch dieses – anfangs durch Zugänge aus anderen Gemeinden stark belegt – infolge der Deportationen geschlossen wurde [87].

---

um eine der üblichen Zuständigkeitsreibereien zwischen Stadtverwaltung und Partei. Letztere mußte entsprechend ihrer weltanschaulichen Ausrichtung darauf sehen, besonders in der Judenpolitik das Wort zu führen. Wie weit diese Rivalität zu einer Verschärfung der politischen Lage für die Verfolgten führte, läßt sich anhand der überkommenen Zeugnisse nicht beurteilen.

[83] 16/67 – 10; 29. 3. 1942.

[84] Zu diesem und zum folgenden: ausführlicher Bericht der seit dem 22. 10. 1940 amtierenden Oberschwester des Israelitischen Krankenhauses (Tonbandaufnahme).

[85] Der Polizeipräsident, 24. 12. 1941, Eröffnung – Abschrift –, 16/67 – 4. – Die verhältnismäßig lange Zeit, in der die Restgemeinde im Besitz des Anwesens verblieb, erklärt sich nach mündlich gegebener Auskunft aus Kompetenzstreitigkeiten: verschiedene Instanzen mühten sich, das Krankenhaus in ihren Besitz zu bringen. Gestützt werden diese aktenmäßig nicht belegbaren Aussagen durch den in dem Eröffnungsprotokoll niedergelegten Passus »Jeder Behörde, gleichviel ob Wehrmacht, Luftwaffe, Stadt, Partei oder sonstigen Gliederungen ist bei einer Besichtigung sofort zu eröffnen, daß der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei das Israelitische Krankenhaus für Reichszwecke in Anspruch nimmt«. Ferner scheint mir die auf telegrafische Anordnung erfolgte Beschlagnahme ein Hinweis, daß unklare Verhältnisse herrschten und dem Reichsführer SS ein rasches Zupacken angezeigt erschien.

[86] Der Oberbürgermeister, 30. 9. 1942, Aufnahme von Juden in die Städt. Krankenhäuser betr., 16/67 – 24.

[87] Einzelheiten in den Akten des Oberrats der Israeliten Badens, Karlsruhe. Fotokopien der Durchschriften des die »Abwanderung« betr. Schriftverkehrs befinden sich unter 16/67 – 10 im Stadtarchiv.



1. Ehrenmal auf dem Israelitischen Friedhof in Mannheim



2. Die zerstörte Mannheimer Synagoge in F 2, 13



3. Samuel Billigheimer



4. Kurt Norbert Berg

3. Die Schule im Dritten Reich

Die Stellung der »nichtarischen« Schüler vor und unmittelbar nach der »Machtergreifung«

In Mannheim herrschte wie in den meisten Städten mit alteingesessener jüdischer Bürgerschaft zu dieser ein gutes Verhältnis. Auch das Zusammenleben der Schüler – weitgehend ein Spiegel der Erwachsenengeneration – war kaum getrübt. Entsprechend dem großen Anteil der Juden am Leben der Stadt war auch die Zahl der jüdischen Schüler erstaunlich hoch. In der renommiertesten Mannheimer Schule, dem Karl-Friedrich-Gymnasium, zählte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Einzelfällen ein Drittel der Schüler einer Klasse zur israelitischen Konfession.

Nach dem Ersten Weltkrieg nahm der Anteil der jüdischen Schüler, wohl auch infolge der Inflation, durch welche das Bürgertum und damit die israelitische Bevölkerungsgruppe besonders schwer betroffen war, etwas ab. Trotzdem waren im Jahr 1933 an allen Mannheimer Lehranstalten viele israelitische Kinder eingeschult. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das bestehende gute Verhältnis durch den als Kriegsfolge stärker aufkeimenden Antisemitismus nur wenig getrübt. Immerhin beschwerte sich im Juli 1919 der Oberrat der Israeliten Badens über antisemitische Schriften, die allen Mannheimer Lehrern zugegangen waren [1].

Ein Schüler der Lessingschule, der im gleichen Jahre ein antisemitisches Flugblatt verteilt hatte, erhielt einen ernsten Verweis [2].

In einer Sitzung des Mannheimer Bürgerausschusses und im Landtag gab das Verhalten einzelner Schülerinnen der Elisabeth-Schule zu Beanstandungen Anlaß [3]. Doch solchen Umtrieben politischer Agitation an den Schulen trat das Ministerium des Kultus und Unterrichts unter Hinweis auf den § 148 der Reichsverfassung mit Nachdruck entgegen [4].

Wegen dieser Haltung der maßgebenden Behörde war von Antisemitismus an den wichtigsten Mannheimer Schulen auch unmittelbar vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nur wenig zu spüren. Gewiß, es wurden gelegentlich Abzeichen getragen und Anhänger der *Nationalen Parteien* werden ihre Parolen auch in der Schule einmal hergesagt haben. Aber der Gemeinschaftsgeist, auf den der Erlaß vom 17. September 1924 abgehoben hatte, scheint nicht verletzt worden zu sein [5].

Aus solcher Einstellung heraus entschied nach der Machtübernahme durch die Na-

---

[1] Oberschulamt Nordbaden, Antisemitische Bewegung I, 21. 7. 1919.

[2] Antisemitische Bewegung I, Schreiben des Lessing-Gymnasiums vom 29. 4. 1919.

[3] Laut Erlaß Nr. B 24 099 vom 17. 9. 1924 in der Sitzung vom 1. 7. 1924.

[4] Erlaß Nr. B 24 099 vom 17. 9. 1924, Antisemitische Bewegung I.

[5] Das Tragen politischer Abzeichen in den Schulen war verboten. Trotzdem trugen Mannheimer Schüler und Lehrer schon in den zwanziger Jahren gelegentlich Hakenkreuzabzeichen. Vgl. hierzu die Ausführungen des Direktors a. D. J. Busch vom 12. 5. 1933 in PA Dr. O. Treitel.

tionalsozialisten der Staatskommissar für das Unterrichtswesen, daß »Beschimpfungen jüdischer Schüler nicht geduldet werden können« [6]. Doch konnte eine solche Stellungnahme die israelitischen Kinder und Jugendlichen nicht gegen die außerhalb der Schule das Feld beherrschende Propaganda schützen. So bat im Dezember 1933 der Oberrat das Kultusministerium, durch Erlaß darauf hinzuweisen, daß jüdische Schüler in ihren religiösen Gefühlen nicht verletzt werden dürften [7]. Dies zeigt, daß trotz der Bemühungen des Kultusministeriums der Nationalsozialismus auch in der Schule an Raum gewonnen hatte. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts und der Justiz entsprach der Bitte des Oberrats und verfügte, daß auch das Singen kränkender Lieder zu unterlassen sei. Es unterstellte als selbstverständlich, »daß die Lehrer durch ihr eigenes Verhalten auf die Schüler entsprechend einwirken« [8]. Eindeutiger und mäßigender konnte die Behörde nicht eingreifen. So scheint in Mannheim im ersten Jahr nach der *Machtergreifung* auf die jüdischen Schüler kein unerlaubter Druck ausgeübt worden zu sein. Noch war der nationalsozialistische Staat nicht genügend gefestigt, und es gab insbesondere auf dem Gebiet der Jugenderziehung zunächst wichtigere Aufgaben. Die konfessionellen christlichen Jugendverbände waren der ernster zu nehmende Gegner der Staatsjugend. So trat in Mannheim in den Monaten nach der *Machtergreifung* vor allem der Gegensatz Hitlerjugend – katholische Jugend weit mehr in Erscheinung als der aus dem Antisemitismus folgende Gegensatz zur jüdischen Jugend [9].
Der Erlaß vom 31. März 1933 hatte festgestellt, »der Kampf gegen die Auswüchse des Judentums ... müsse in den von verantwortlichen Stellen angeordneten Bahnen wohl diszipliniert durchgeführt werden« [10]. Dies war denn auch der auf dem Erziehungssektor eingehaltene Weg zur Ausschaltung der Juden: nicht durch einzelne Gewaltmaßnahmen oder durch verstärkten psychischen Druck, den man durch organisierten HJ-Terror leicht hätte ausüben können, sondern durch eine entsprechende Gesetzgebung wurden jüdische Lehrkräfte und jüdischer Nachwuchs von Schule und Studium ferngehalten.

Die Verdrängung der jüdischen Lehrer aus den öffentlichen Schulen

Die Verdrängung der jüdischen Lehrer aus ihrem Amt beruht auf den wichtigen, für jüdische Beamte und Angehörige des öffentlichen Dienstes geltenden Sondergesetzen und verdeutlicht so einige Züge nationalsozialistischer Politik. Was für die

[6] Der Minister des Kultus und Unterrichts – Staatskommissar – an die Presseabteilung im Staatsministerium Nr. 11 003, den 31. 3. 1933, Antisemitische Bewegung I.
[7] Aktennotiz vom 7. und 14. 12. 1933, Antisemitische Bewegung I.
[8] Erlaß Nr. B 53 465 vom 29. 12. 1933. Veröffentlicht: Verordnungsblatt des Oberrats der Israeliten Badens 1/1934 vom 22. 2. 1934, S. 2 f.
[9] Aussage Müller D 9 – 3 S. So führte beispielsweise der Beitritt eines Mitglieds der HJ zur katholischen Jungschar zum Ausschluß aus dem Gymnasium. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. 16 431 / 16 334 vom 15. 5. 1935, Antisemitische Bewegung I, Urschrift: Generalia Hitlerjugend.
[10] Der Minister des Kultus und Unterrichts – Staatskommissar – Nr. B 11 003, Antisemitische Bewegung I.

Lehrer zu sagen ist, gilt mit geringfügigen Abweichungen auch für die Beamten beispielsweise der Justiz- oder Finanzverwaltung. Zur exemplarischen Behandlung dieses Zweigs nationalsozialistischer *Rassen*politik eignen sich die gegen die Pädagogen ergriffenen Maßnahmen besonders, weil in diesem Sektor der Verfolgung die *Rassen*politik einmal ihre greifbarste Ausprägung fand, zum andern aber wegen des später erfolgenden Ausbaus des jüdischen Schulwesens Ausnahmeregelungen geschaffen werden mußten [11].

Am 6. April 1933 wurde im Amtsblatt des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts dargelegt [12], daß die Zahl der jüdischen Lehrkräfte an den badischen Volksschulen erheblich größer sei, als sie nach schulgesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der Zahl der israelitischen Schüler sein sollte. Zur »Beseitigung der Junglehrernot« wurde die Kündigung der außerplanmäßigen vertragsmäßigen Lehrkräfte verfügt [13]. Ebenso wurden die jüdischen Schulpraktikanten und Schulamtsbewerber aus dem Schuldienst entlassen.

Für die Oberschulen konnte bei der hohen jüdischen Schülerzahl keine Überbesetzung der Lehranstalten mit Juden, die für die Volksschulen schon zweifelhaft erscheint, behauptet werden. Hier schuf der Erlaß *Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung* eine Handhabe [14]. Er bestimmte, daß alle im badischen Staatsdienst, in Staatsbetrieben, in Gemeinden, Gemeindebetrieben und anderen öffentlichrechtlichen Körperschaften sowie als Lehrkräfte an Privatschulen beschäftigten Angehörigen der jüdischen *Rasse* (...) bis auf weiteres vom Dienst zu beurlauben seien [15]. Der Beurlaubung folgte entweder die Wiedereinstellung der Lehrkräfte oder wenig später die Entlassung gemäß den Bestimmungen des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.*

Das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. April 1933 [16] eröffnete zusammen mit dem ihm vorausgehenden Erlaß *Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung* die Reihe der Gesetze und Verordnungen, mit denen der NS-Staat vorgab, angeblich in der Weimarer Zeit gefährdete Ordnungen wiederherzustellen. Mit diesen Gesetzen entrechtete er dann mißliebige Bürger und Organisationen.

Das vorliegende Gesetz bestimmte, daß zur »Wiederherstellung eines nationalen

---

[11] Zur schärferen Ausprägung der Rassenpolitik siehe unten Anmerkung 44. – Weil im Bereich des Schulwesens die Möglichkeit einer unmittelbaren »Antwort« auf die Maßnahmen der Verfolger gegeben war, erwies es sich nicht als sinnvoll, die in dieser Studie im übrigen streng durchgeführte Trennung nach dem Gesichtspunkt: Maßnahmen der Verfolger – Maßnahmen der Verfolgten in diesem Kapitel beizubehalten.

[12] Nr. 10, S. 38; vgl. HB vom 7. 4. 1933 »Juden werden aus dem badischen Schuldienst entfernt«.

[13] In Mannheim wurden drei Lehrerinnen entlassen.

[14] Kommissar des Reichs Robert Wagner, Erlaß Nr. 34 953 vom 5. 4. 1933; 16/67 – 21.

[15] Karlsruher Zeitung Nr. 81, 5. 4. 1933. – Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts – Staatskommissar – Nr. A 7563 vom 6. 4. 1933; 16/67 – 21.

[16] RGBl. I, 1933, S. 175. Die parteiamtliche Zeitung »Der Führer« bringt unter der Überschrift »Reinigung der badischen Schulen von Artfremden« genaue Zahlenangaben über die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sowie aufgrund des Reichsbürgergesetzes von den Schulen entfernten Lehrkräfte (23. 1. 1936).

Berufsbeamtentums« unter anderem Beamte *nichtarischer* Abstammung, soweit sie nicht als Frontkämpfer anerkannt waren oder schon am 1. August 1914 als Beamte gedient hatten, entlassen werden sollten. Denjenigen unter ihnen, die bereits zehn Jahre im Staatsdienst gestanden hatten, wurde ein Ruhegehalt gewährt. Beamte, die noch kein Ruhegehalt erdient hatten, erhielten in Baden ein das Existenzminimum sicherndes Unterstützungsgehalt [17]. Für Angestellte und Arbeiter sollten die für die Beamten geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung finden [18].

Die getroffene Regelung erweckte den Eindruck, es sei an ein dauerndes, festumrissenes Arrangement mit den Juden gedacht. Doch schon der § 5 des *Berufsbeamtengesetzes* mit der Bestimmung »Jeder Beamte muß sich die Versetzung in ein anderes Amt ... gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert«, gab extremen Parteielementen die Möglichkeit, durch stets neu verursachte Unruhe ein »dienstliches Bedürfnis« vorzutäuschen. Das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* wurde im Bereich des Kultusministeriums – aufs Ganze gesehen – folgerichtig angewandt. Übergriffe dritter Instanzen wurden nicht geduldet [19]. Allerdings ergaben sich auch kaum Ansatzpunkte für Forderungen von Extremisten, da der Badische Kultusminister entschieden hatte, »daß nichtarische Personen, wenn sich Möglichkeiten außerhalb des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ergeben, entlassen werden sollen« [20].

Aufgrund dieser unveröffentlichten Anweisung wurden auch Beamte, die als Kriegsteilnehmer anerkannt und bereits wieder in den Dienst übernommen waren, aus nichtigen Gründen entlassen [21].

Die letzten im badischen Staatsdienst verbliebenen Frontkämpfer und sogenannten »Altbeamten« beraubte dann das Reichsbürgergesetz ihres Berufs. Sie wurden entlassen und zur Ruhe gesetzt [22].

Das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* mit seinen Durchfüh-

---

[17] Einzelheiten hierzu in den Personalakten betroffener Beamter.

[18] § 15 des Gesetzes.

[19] Ausnahme: Der Lehrer L. Marx unterrichtete in Konstanz. SA und Partei hinderten ihn unter falschen Anschuldigungen, den Unterricht zu erteilen. Der § 5 des Gesetzes gab die Handhabe zur Versetzung der Lehrkraft nach Mannheim, jedoch war ausdrücklich die Vergütung der vorschriftsmäßigen Umzugskosten im § 5,1 festgelegt. Das Ministerium verfügte dagegen, die Umzugskosten dürften nicht ersetzt werden. Auf eine Eingabe hin machte der zuständige Referent als Begründung aktenkundig, daß dem Lehrer ein Ersatz der Umzugskosten nicht gewährt werden könne, da die Versetzung aus Gründen erfolgen mußte, die in seiner Person liegen (Belege in den Personalakten der Lehrkraft).

[20] Der Minister des Kultus und Unterrichts und der Justiz, Karlsruhe, 8. 12. 1933 Nr. B 52250. PA Dr. S. Rothschild.

[21] Einzelfall in Mannheim Dr. S. Rothschild. Die Entlassung erfolgte in Verbindung mit der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. 5. 1933, RGBl. I, S. 245. In dem Bericht des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 13. 3. 1934 Nr. B 4801 an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister heißt es: »Der Genannte war Frontkämpfer, die Ausnahmebestimmung in § 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. 4. 1933 konnte jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen keine Anwendung finden, zumal der Lehrer in kündbarer Stellung verwendet war.«

[22] RGBl. I, 1935, S. 1146.

rungsverordnungen sowie das zwei Jahre darauf erlassene *Reichsbürgergesetz* zeigen einen wichtigen Aspekt der nationalsozialistischen Rassenpolitik: Die Bestimmungen verschärften sich kontinuierlich. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Maßnahmen gegen die »jüdisch versippten« Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst betrachtet. Anfangs wurden sie überhaupt nicht behindert. Lediglich Neuberufungen in das Beamtenverhältnis und die Verehelichung mit einem *nichtarischen* Ehepartner waren verwehrt [23]. Noch nach den einschneidenden *Nürnberger Gesetzen* teilte der Reichs- und Preußische Minister des Innern durch Erlaß mit, »daß dem Reichsbürgergesetz entsprechende Bestimmungen für Beamte, die mit einer Person ... jüdischen Bluts verheiratet sind ... nicht beabsichtigt« seien [24]. Dennoch mußte im Oktober 1936 auf Veranlassung des Innenministers von allen Beamten und allen vertragsmäßig verwendeten Lehrkräften der Nachweis der *deutschblütigen* Abstammung der Ehefrau erbracht werden [25]. Im Nachgang zu diesem Erlaß wurde auf Veranlassung des Reichserziehungsministers noch der *Ariernachweis* des verstorbenen oder – soweit Kinder aus der Ehe hervorgegangen waren – geschiedenen Ehegatten verlangt [26].

Während die *nichtarische* Abstammung des Ehegatten anfangs nur bei Beförderungen von Bedeutung war, verfügte im April 1937 der Reichserziehungsminister, daß jüdisch versippte Beamte ohne Dank für geleistete Dienste in den Ruhestand zu versetzen seien [27].

Die Angestellten, die von dieser Regelung nicht betroffen wurden, konnten sich nicht lange ihrer Stellungen freuen. Kaum drei Monate später verfügte der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern, daß auch die jüdisch versippten Angestellten der Behörden entsprechend zu entlassen seien [28].

In Mannheim wurden von dieser Regelung im Schulwesen keine Angestellten be-

---

[23] Hierzu auch Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 24 095, Karlsruhe, den 28. 7. 1936. Antisemitische Bewegung I.

[24] Der Reichs- und Preußische Minister des Innern 17. 1. 1936, I 262/5016, Vertraulich! Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes.

[25] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. A I 1379, Karlsruhe, den 27. 10. 1936. Siehe auch Erlaß Nr. A I 1994 vom 23. 11. 1936. Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes.

[26] Vgl. Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14. 10. 1936 (RGBl. I, S. 893 § 8 b). – Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. A I 80, Karlsruhe, 28. 1. 1937. Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes.

[27] Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. 19. 4. 1937 Z II a 1411 (b). – Anlaß für diese Bestimmung war ein Rundschreiben des Reichsinnenministers (7. 12. 1936 RMBliV S. 1631), welches jüdisch versippten Beamten verbot, die Reichs- und Nationalflagge zu hissen. Es schien untragbar, daß ein Beamter zur Flaggenhissung nicht fähig sein sollte. Vgl. Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 8. 4. 1937 II SB 6100/1091, Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes.

[28] Schnellbrief des Reichsministers der Finanzen vom 19. 6. 1937 P 2011 – 2883 IV, Vertraulich! – Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. übersandte unter Nr. Z II a 2639 eine Abschrift dieses Schnellbriefes an die nachgeordneten Dienststellen. Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes.

troffen, jedoch schieden vier Lehrer, auf die z. T. schon 1935 das *Amt für Erzieher*, eine Gliederung der NSDAP, hingewiesen hatte, aus dem Schuldienst aus [29].
Um diesen Menschen auch die letzte Möglichkeit einer Existenz im erlernten Beruf zu nehmen, wurde denen, die sich nach dem 2. Juli 1933 einen *nichtarischen* Ehepartner gewählt hatten, selbst das Erteilen von Privatunterricht untersagt [30].
Auch als während des Krieges aus politischen Gründen zurruhegesetzte Beamte wieder in den aktiven Dienst übernommen wurden, blieb den in *Mischehe* lebenden Lehrkräften die Rückkehr in ihren Lebensberuf bis zum Zusammenbruch verwehrt [31]. Daß das Ausscheiden aus dem Staatsdienst für einen in *Mischehe* lebenden *Arier* im Einzelfall nicht immer einen finanziellen Nachteil zu bedeuten brauchte, zeigt das Beispiel eines der entlassenen Mannheimer Volksschullehrer. Infolge der vor dem Zweiten Weltkrieg und in den ersten Kriegsjahren herrschenden Konjunktur fand er Arbeit in einem größeren Wirtschaftsbetrieb. Dort bewährte er sich und stieg trotz der *nichtarischen* Ehefrau zum Betriebsführer auf, der schließlich Prokura erhielt. Sein Einkommen lag bald beträchtlich über den Bezügen eines Volksschullehrers [32].
Die oben kurz angeführten Gesetze bedeuten Marksteine in der Entrechtung der jüdischen Beamten. Für den nationalsozialistischen Staat, insbesondere für seine *Rassen*gesetzgebung, ist charakteristisch, daß Gesetzesakte häufig nicht der Beginn einer Entwicklung waren, sondern daß sie die Sanktionierung eines auf lokaler Ebene bereits mit außergesetzlichen Mitteln erreichten oder zumindest angestrebten Zustands darstellten. Wie sah nun für die in Mannheim wirkenden Pädagogen die Wirklichkeit im nationalsozialistischen Staat aus?
Das Verhalten der einzelnen Gruppen zum jüdischen Lehrer war unterschiedlich. Die Schüler haben sich im wesentlichen in ihrer Haltung zu ihrem Lehrer nicht beeinflussen lassen. Einmal mag die Zurückhaltung der *nationalen Bewegung*, deren Wortführer auch in der Schule unbedingte Disziplin forderten [33], sowie die Aufrechterhaltung der alten Ordnung Anlaß für das Wohlverhalten gewesen sein, zum andern aber die Verbundenheit der Schüler mit dem Lehrer. Jüdische Pädagogen aber, die unbeliebt und ungerecht waren, mußten einen schweren Stand haben. Einem unbeliebten Professor des Karl-Friedrich-Gymnasiums warfen bereits vor 1933 Schüler die Scheiben seiner Wohnung ein. Nach 1933 fanden oppositionelle Schüler durch den staatlicherseits propagierten Antisemitismus erst recht Rückhalt.

---

[29] Schreiben des Amts für Erzieher vom 2. 8. 1935 Nr. 1129. Siehe PA J. Walter.
[30] Erlaß des Reichsministers für Erziehung etc. Bekanntgegeben im IGBl. vom 29. 7. 1935 »Die Erteilung von Privatunterricht durch Nichtarier«. Frontkämpfer im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums waren von dieser Bestimmung ausgenommen.
[31] Siehe Gesuch des Hauptlehrers A. Gushurst. Dieser wies auf einen Aufruf des Reichsbeamtenführers und die Personalpolitik der Stadt Mannheim hin, die Beamte, die aufgrund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt worden waren, wieder in den Dienst übernahm. Personalakten A. Gushurst.
[32] Siehe Personalakten J. Walter, 3. 11. 1945.
[33] Der Minister des Kultus und Unterrichts – Staatskommissar – Nr. B 11 003, Karlsruhe, 31. 3. 1933.

Am Fröbelseminar Mannheim beschwerte sich eine Schülerin anonym, daß die Schwestern Grünbaum, denen tags darauf ohnehin die Leitung der von ihnen ins Leben gerufenen Anstalt genommen wurde, Juden bevorzugen würden [34]. Doch dies sind Einzelfälle. Jüdische Lehrer bestätigen, daß das Verhalten der Schüler in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* im großen und ganzen unverändert geblieben war.

Im Gegensatz zur Zeitströmung verfaßten Schüler die einzige bisher bekannte Eingabe, in welcher eine Gemeinschaft geschlossen gegen die Entfernung eines bewährten jüdischen Pädagogen opponierte [35]. Von keinem Kollegium ist eine derartige Stellungnahme für eine durch die *Rassen*gesetzgebung betroffene Lehrkraft bekannt. Neben dieser passiven unpolitischen Haltung der Lehrer gab es einzelne, die die Gelegenheit nutzten und z. T. hysterisch anmutende Denunziationen an die vorgesetzte Behörde weitergaben [36]. Insbesondere versuchten die Vertrauenslehrer des *Nationalsozialistischen Lehrerbundes* (NSLB), in halbamtlicher Eigenschaft auf die Personalpolitik der Schulen Einfluß zu nehmen. Ihre Bedeutung darf allerdings nicht überschätzt werden [37].

Die Haltung der Schulleitungen ähnelte der der Lehrer. In Berichten wurden, wie es selbstverständlich ist, gute Leistungen israelitischer Lehrkräfte hervorgehoben, jedoch ist ein entschiedenes Eintreten für die unterstellten Beamten nicht nachweisbar. Eher wird ihnen die dem Zuge der Zeit entsprechende Sonderstellung zugewiesen. Versetzungsprüfungen des Professors S. Rothheimer z. B. wurden vom Direktor nicht wie bisher vorbehaltlos anerkannt, sondern »mit Rücksicht auf die politische Lage ... [in einer zweiten Prüfung] fürsorglich nachgeprüft« [38].

Der gleiche Schulleiter schreibt zur Frage der Weiterbeschäftigung eines an seiner

---

[34] Oberschulamt Nordbaden, Akten II. Teil Lehranstalten »Das Kindergärtnerinnen- und Jugendleiterinnenseminar betr.« 16. 3. 1933, Nr. B 09 847.

[35] Schreiben der Schülerinnen der Liselotteschule Mannheim vom 7. 4. 1933 bei Personalakten der Lehrkraft.

[36] Vor allem PA M. Morgenthal und L. Marx.

[37] Ein schwerkriegsbeschädigter jüdischer Professor mußte aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wieder in den Schuldienst übernommen werden. Die zuerst der Tulla-Oberrealschule zugewiesene Lehrkraft wurde an die Moll-Realschule und von dort auf den Einspruch des Vertrauenslehrers des NSLB hin an die Elisabethschule versetzt (Schreiben vom 4. 4. 1935 bei den Personalakten der Lehrkraft. Versetzung: Die Besetzung von Lehrerstellen an der Elisabethschule in Mannheim. Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 11 654 vom 18. 4. 1935). Deren Direktor opponierte in seiner Eigenschaft als PG und Fachschaftsleiter des NSLB Mannheim in einem persönlichen an den Kultusminister gerichteten Schreiben unter Hinweis auf die »Fremdrassigkeit und die Verwandtschaft« der Lehrkraft gegen die Versetzung (Prof. H. war Schwiegersohn des Redakteurs Linz, der der SPD nahestehenden Zeitung »Volksstimme«). – Der Minister gab diesem Einspruch nicht statt, sondern schrieb an Direktor D., daß es nicht vertretbar sei, »den Frontkämpfer und kriegsbeschädigten Professor Dr. H. gesondert zu behandeln« und schloß: »Ich erwarte, daß Sie sich in Ihrer Eigenschaft als Kreisfachschaftsleiter des NSLB und als Direktor entsprechend verhalten werden«. (Erlaß Nr. B 16 432 vom 11. 6. 1935, PA H).

[38] Akten des Lessing-Gymnasiums XV n 1908–1947, Schreiben Nr. 1180 vom 29. 4. 1933 auf Erlaß Nr. B 15 073 vom 19. 4. 1933.

Anstalt unterrichtenden persönlich wie fachlich überdurchschnittlichen Pädagogen, der bei hervorragender Bewährung im Dienst belassen werden durfte [39]: »Für den Fall, daß Prof. Dr. B. die mögliche Ausnahmebehandlung zugestanden wird, möchte ich darauf hinweisen, daß das Vorhandensein von drei jüdischen Lehrern an einer Anstalt für diese gerade unter den heutigen Verhältnissen eine [40] besondere Belastung bedeuten würde. Ich stelle der Erwägung des Ministeriums anheim, ob Dr. B. dann nicht besser an eine andere hiesige höhere Lehranstalt ... zu versetzen wäre«.

Ob ein entschiedenes Eintreten für die jüdischen Kollegen vom unmittelbaren Erfolg her gesehen sinnvoll gewesen wäre, ist fraglich. Als 1933 die Beurlaubungen nach dem Erlaß *Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung* erfolgten und das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* erlassen wurde, fehlte der unmittelbare Anlaß zum Widerstand. An einigen Mannheimer Schulen hatten die jüdischen Lehrer keine Entlassung zu befürchten. Als aber nach der Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft im Jahre 1935 aufgrund der *Nürnberger Gesetze* die Entlassung der Lehrkräfte erfolgte, war es für eine sinnvolle Opposition zu spät. Insbesondere waren zu diesem Zeitpunkt die oppositionellen Lehrer – zumeist kenntlich am Fernbleiben von der Partei – selbst bedroht. Sie waren dem Konflikt ausgesetzt, entweder eine Versetzung [41] (eventuell sogar die Entlassung) in Kauf zu nehmen oder sich ins Unvermeidliche zu schicken, innerlich dem Druck standzuhalten und die Schüler weiter in gewohnter Weise, d. h. im Geist der Weimarer Verfassung zu unterrichten.

Die Dienstentlassung hätte nicht nur Arbeitslosigkeit und damit fast immer materielle Not für Familie und unterstützungsbedürftige Verwandte bedeutet. Auch ideelle Erwägungen dürften bei einem Ausharren im Amt mitgespielt haben, denn der »Ersatzmann« wäre in jedem Fall ein linientreuer Lehrer gewesen, der die Schüler in seinem Sinne etwa durch Lesen des *Stürmers* im Unterricht beeinflußt hätte. Ferner bestand die Gefahr, daß er ein »intaktes« Kollegium durch die auftauchende Denunziationsgefahr zerstörte [42]. Trotz dieses Konflikts, den die Lehrer

---

[39] Direktion des Lessing-Gymnasiums 22. 5. 1933, Nr. 1535 (Schreiben bei Personalakten der Lehrkraft).

[40] Handschriftlich über der Zeile »gewisse«.

[41] Hierzu hätte der § 5,1 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums eine Handhabe gegeben.

[42] Beispiel: Prof. S. wurde ans Karl-Friedrich-Gymnasium versetzt. Er las trotz ministeriellen Verbots im Unterricht den »Stürmer« vor und zwang jüdische Schüler zuzuhören. Ein Schüler, der die Weisheiten des Stürmers belachte, mußte die Schule verlassen. (Vorgang nicht näher zu klären, da der Name des Schülers dem Direktor des Gymnasiums nicht mehr erinnerlich ist; in den Disziplinarakten (unvollständig) befindet sich kein Hinweis). – Verbot des »Stürmers«: Der Minister des Kultus etc. Nr. B 1563, Karlsruhe 1. 2. 1936, Antisemitische Bewegung I. Urschrift: Generalia-Bücher-Herausgabe, Empfehlung und Anschaffung von Zeitschriften verschiedener Art. Das ministerielle Verbot sprach nur vom Aushang des »Stürmers« oder einzelner Artikel. Es wird aber sinngemäß auch für das Verlesen derartiger Hetzlektüre gegolten haben. Dafür, daß der »Stürmer« am Schwarzen Brett einer Schule in Mannheim ausgehängt wurde, gibt es keinen Hinweis. (Aushang jedoch z. B. am Hölderlin-Gymnasium, Heidelberg).

wie die meisten Ämterträger des nationalsozialistischen Deutschlands auszutragen hatten, bleibt für die Schule das Fazit: Kollegen wie Vorgesetzte haben es an Weitblick und Einsatz für die jüdischen Lehrer fehlen lassen, so daß die Ablösung stets reibungslos verlief. Selbst die sinnloseste Denunziation mußte vom Betroffenen niedergekämpft werden, ohne daß ihn sein Kollegium oder nur ein Teil desselben energisch unterstützte.

In anderen Bereichen bildete der totalitäre Staat eine Form der oppositionellen Haltung besonders aus: der Opponent gab vor, im Sinne des Staates zu handeln, indem er dementierende Äußerungen, die Parteigrößen im Hinblick auf das wenig gefestigte System oder auf das Ausland getan hatten, gezielt verwertete. So betonten Leiter von Industriebetrieben beispielsweise das »Gesamtinteresse« der Wirtschaft oder auch nur ihres Unternehmens, wenn sie Entlassungen jüdischer Angestellter vermieden. Ganz anders verhielten sich die Vertreter der Schule. Statt Argumente zu suchen und anzuführen, um die ohnehin der Diffamierung und feindlichen Gesetzgebung ausgesetzten Kollegen und Untergebenen zu schützen, wurden weit hergeholte negative Argumente ins Feld geführt und dem Ministerium eine Weiterversetzung nahegelegt. Zwar zeigen Schule und Pädagogen nicht das Bild einer antisemitisch geprägten Gemeinschaft. Für sie dürfte jedoch in erster Linie das Urteil von Schlabrendorffs über die »Nicht-Nazis« zutreffen: »Ihr mangelnder Charakter hat uns mehr zu schaffen gemacht als die Willkür und Brutalität der Nazis« [43]. Das Verlassensein und die Erkenntnis, daß Einsatz von Leben und Gesundheit im Krieg sowie die Bewährung im Beruf mit einem Federstrich ausgelöscht sein sollten, führte jüdische Pädagogen im Einzelfall zum Freitod.

Die Verdrängung der jüdischen Schüler aus den öffentlichen Schulen

Entscheidend für das Schulwesen war einmal die Beamtengesetzgebung, die für Erzieher und Inhaber politischer Ämter die schärfste Ausprägung fand [44], und waren zum andern die eigentlichen Schulgesetze. Die Beamtengesetze nahmen den Schulen bewährte Pädagogen; die Schulgesetze trafen die Schüler selbst. Das *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* setzte den Anteil der *Nichtarier* auf fünf Prozent der Gesamtschülerzahl fest [45]. Bei diesem Auswahlverfahren sollten die Söhne von Frontkämpfern sowie die Abkömmlinge aus *Mischehen*, die vor Inkrafttreten des Gesetzes geschlossen worden waren, nicht zu den Juden gezählt werden.

---

[43] Zitiert nach: Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt 1958, S. 32.

[44] Aufgrund des Erlasses II SB 6100/728 vom 28. 7. 1937 des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern waren zwar Beamte im Dienst zu belassen, denen der Führer durch Gnadenakt trotz der bestehenden Arierbestimmungen die Parteimitgliedschaft gestattete. Jedoch waren die Betroffenen von Ämtern politischen Charakters und von der Jugenderziehung ausgeschlossen.

[45] RGBl. I, 1933, S. 225; 1. Durchführungsverordnung RGBl. I, 1933, S. 226; Neuaufnahmen waren auf 1,5 % festgesetzt. Die Verhältniszahl für in der Ausbildung stehende jüdische Schüler und Studenten war auf fünf von Hundert im Höchstfall festgesetzt worden.

An den Mannheimer Schulen hielt man sich streng an diese Bestimmungen. Schmerzlich wirkte sich diese Einschränkung des Besuchs höherer Schulen jedoch fast ausschließlich für neuaufzunehmende Schüler aus. Weil viele *nichtarische* Schüler als *Mischlinge* zählten, vor allem aber weil viele Väter jüdischer Schüler dieses Alters am Weltkrieg teilgenommen hatten, waren trotz der relativ großen Zahl jüdischer Schüler kaum Entlassungen zu befürchten [46]. Am Mannheimer Lessing-Gymnasium z. B. wurden am 19. Mai 1934 von 687 Schülern 52 *Nichtarier* gezählt [47]. Von diesen 52 *Nichtariern* wirkte sich die verhältnismäßig hohe Zahl von 38 Schülern auf die fünfprozentige Anteilzahl aus. Es brauchten somit nur drei Entlassungen zu erfolgen. Obgleich für neuaufzunehmende Schüler nur eine Anteilzahl von 1,5 Prozent zugestanden war, mußten bei den Neuanmeldungen für die Sexta zu Beginn des Schuljahrs 1934/35 keine Schüler zurückgewiesen werden. Auf 106 Neuanmeldungen entfielen sechs *Nichtarier* [48]. Da vier Väter als Frontkämpfer anerkannt waren, konnten die beiden anderen Schüler ohne Schwierigkei-

[46] »Mischlinge« aus Ehen, die vor Erlaß des Gesetzes geschlossen worden waren und Schüler, deren Väter im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich gekämpft hatten, wurden zunächst »Ariern« gleichgeachtet. Die Zulassung der »Mischlinge« zu den Schulen regelte später der Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. E IIe 1564 (b) vom 2. 7. 1937 »Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen«. Veröffentlicht: Amtsblatt des Reichs- und Preuß. Ministers für Wissenschaft etc. vom 20. 7. 1937, Jg. 3, 14, S. 346–349. – Daß sich das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen nicht als scharfer Einschnitt auswirkte, zeigt eine Auszählung erhaltener Mannheimer Schülerlisten. (Unter der »Gesamtzahl« können »Nichtarier« aufgeführt sein, die christlichen oder freireligiösen Bekenntnisses waren.) Zum Vergleich die Schülerzahlen von drei Mannheimer Gymnasien:

Schuljahr	Moll-Gymnasium		Tulla-Gymnasium		Elisabeth-Gymnasium	
	Gesamtz.	israel.	Gesamtz.	israel.	Gesamtz.	israel.
1932/33	347	2	825	43	586	51
1933/34	348	7	692	37	545	49
1934/35	255	11	630	27	496	40
1935/36	327	13	605	23	451	42
1936/37	292	7	609	12	409	16
1937/38	309	6	614	8	430	5
1938/(39)	359	4	550	6	431	2

Gemäß Erlaß des Badischen Ministers des Kultus etc. vom 27. 5. 1933 Nr. A 10 917 (Sauer I, Nr. 188) erstreckte sich die Anwendung des Gesetzes nur auf Reichsdeutsche »nichtarischer« Abstammung. Auch wenn die Väter von Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit – zumeist der polnischen – nicht am Weltkrieg teilgenommen hatten, wirkte sich der Schulbesuch ihrer Kinder nicht auf die Anteilzahl aus.

[47] GLA 235/14 722 Bericht des Lessing-Gymnasiums vom 19. 5. 1934, Nr. 1505 auf Erlaß des Ministers des Kultus etc. Nr. B 17 028 vom 12. 5. 1934. Zur Entlassung von drei Schülern des Lessing-Gymnasiums wegen des § 4 Abs. 1 des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen (RGBl. I, 1933, S. 225) siehe Aktenvermerk des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 23 015 vom 18. 6. 1934 zum Bericht des Lessing-Gymnasiums vom 19. 5. 1934.

[48] Bericht des Lessing-Gymnasiums vom 26. 4. 1934 Nr. 1192 auf Erlaß vom 28. 4. 1933 Nr. A 9393 des Ministers des Kultus etc. GLA 235/14 722.

ten aufgenommen werden. Allerdings bleibt ungewiß, ob nicht Eltern neuaufzunehmender jüdischer Kinder im Hinblick auf die geringen Aussichten von vornherein die Anmeldung unterließen.

Das *Reichsbürgergesetz* mit dem wichtigen Erlaß *Die Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen* vom 2. Juli 1937 kennzeichnet den Endpunkt einer Entwicklung, die auf Zurückdrängung jüdischen Übergewichts und in gewissen Bereichen auf eine Absonderung der jüdischen Schüler von ihren *arischen* Altersgenossen hinauszulaufen schien.

Die noch zu behandelnde Absonderung der Volksschüler in Mannheim war zu diesem Zeitpunkt erreicht. Die Oberschüler konnten am Unterricht der Gymnasien in einem bestimmten Prozentsatz teilnehmen. Einzelne Erlasse legten zwar den Schulleitern nahe, Schülerpreise an *Nichtarier* nicht zu vergeben [49] oder jüdische Schüler von der Teilnahme an nationalen Feiern zu entbinden [50], doch war bei entsprechender Haltung der Lehrer ein Einbeziehen dieser Schüler in das Unterrichtsgeschehen noch möglich. Freilich erwies sich die Berechtigung zu weiterem Schulbesuch für die Mehrzahl der Juden als theoretisch:

1. Die sich verschärfende Hetze strahlte auf die Schule aus. Selbst bei wohlwollenden Lehrern und trotz der theoretischen Gültigkeit wohlwollender Erlasse mußte den jüdischen Schülern aus der Absonderung eine gewisse Sonderstellung erwachsen, die leicht zu der für diese Zeit charakteristischen »neutralen Atmosphäre« führen konnte. Schüler mußten in dieser Umgebung Schaden nehmen [51]. Auch ohne unmittelbaren Druck verließen einzelne die Schulen. Nur wenn mehrere jüdische Schüler eine Klasse besuchten, konnten sie sich gegenseitig stützen [52].

---

[49] Der Minister des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe, 31. 8. 1935, Nr. B 25 959, Antisemitische Bewegung I.

[50] Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. E III a Nr. 1325, M. vom 25. 7. 1935, Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 25 956, Karlsruhe, den 13. 8. 1935. Antisemitische Bewegung I. Allerdings wies der Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 29 826 vom 2. 9. 1935 (Normalia Rassentrennung, Urschrift: Generalia Jugendpflege, Schullandheim) bereits auf eine tiefgehende und dauernde Diskriminierung der Juden hin. Er machte den Schulvorständen zur Auflage, »Nichtarier« nicht mehr in Landschulheime zu schicken, da sie dort mit den anderen Schülern in zu enge Berührung kämen (gemeint sind nur sog. »Volljuden«). Mit seinem Erlaß Nr. 87 589 vom 3. 11. 1938 beabsichtigte der Badische Minister des Innern auch »Mischlinge« von schulischen Sonderveranstaltungen auszuschließen. Allerdings stellte der Reichsminister für Wissenschaft etc. durch Erlaß Nr. E III c 796 vom 19. 4. 1939 im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern fest, daß der extreme Standpunkt des Badischen Ministers des Innern nicht gerechtfertigt sei. Erst durch den Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft etc. E II e Nr. 1597 vom 2. 7. 1942 wurde die Aufnahme von Mischlingen ersten Grades in Hauptschulen, Mittelschulen und höheren Schulen untersagt. Antisemitische Bewegung I.

[51] H. Bachert sagt dazu, daß jüdische Schüler von seiten der Lehrer »korrekt«, »als ob sie aussätzig« wären, behandelt wurden. Weitere Einzelheiten zur Situation der Jahre 1933–1936 und dem auf jüdischen Schülern lastenden Druck im Schreiben vom 12. 1. 1967, D 9–3.

[52] Bedingungen, die einen Besuch des Unterrichts überhaupt ermöglichten, scheinen vor allem am Karl-Friedrich-Gymnasium geherrscht zu haben. Ein Absolvent dieser Anstalt bezeichnet das Verhalten seiner Kameraden als »vorbildlich«. Den Gegenpol bildete das

2. Die *Arier*gesetzgebung ließ immer mehr Jugendliche auf eine Auswanderung hoffen. Da praktische Berufe in den Einwanderungsländern gefragt waren, erschien es vielen lohnender, auf den Schulbesuch zu verzichten, sich hingegen entsprechend ausbilden zu lassen und Sprachen zu lernen, um im Ausland zu einer Existenz zu gelangen.

3. Da den Juden Schulgeldbefreiung nicht gewährt wurde [53], war es in Einzelfällen Eltern bei der sich verschärfenden Wirtschaftslage nicht möglich, ihre Kinder

---

»Adolf Hitler-Realgymnasium«. Auf diese Schule richteten überzeugte Nationalsozialisten ihr besonderes Augenmerk. Da sie hofften, den Kindern mit einem Zeugnis der »Adolf Hitler«-Schule einen besonders guten Start im NS-Staat zu geben, lagen für die Schule stets weit mehr Anmeldungen vor als angenommen werden konnten. Es liegt auf der Hand, daß vor allem die Söhne von Parteigrößen die Schule besuchten und eine entsprechende antisemitische Atmosphäre herrschte. An den anderen Oberschulen waren auch nach Erlaß des Reichsbürgergesetzes Juden eingeschult, die zum Teil zu leiden hatten. Einen guten Hinweis auf den Einfluß der Partei geben die Schülerlisten. Sie zeigen, daß sich am Karl-Friedrich-Gymnasium nur wenige Schüler als konfessionslos oder glaubenslos bezeichneten, während diese Zahl z. B. beim Lessing-Gymnasium in den Jahren 1933 ff. erheblich anstieg. Wenn man auch nicht von vornherein jeden, der im Dritten Reich konfessionslos wurde, als Antisemiten bezeichnen kann, so ist auf der anderen Seite eine Beeinflussung dieser Menschen durch die Ideologie des Nationalsozialismus wahrscheinlich.

[53] Der Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. U II F Nr. 11 932 vom 22. 5. 1934 legte fest, daß den jüdischen Schülern zwar weiterhin Geschwisterermäßigung nach den gesetzlichen Bestimmungen zuzuerkennen sei, jedoch den jüdischen Schülern und Schülerinnen Schulgeldermäßigungen und Freistellen nicht gewährt werden dürften. Der Badische Minister des Kultus etc. machte diesen Erlaß auch für Baden verbindlich (Nr. 23 249, 13. 6. 1934, Antisemitische Bewegung I, Urschrift: Generalia – Stud. – Schulgeld – Schulgeld an höheren Schulen. Einzelfälle von Versagen der Schulgeldbefreiung in Akten Lessing-Gymnasium XIII Schulgeldsachen, b. Befreiung und Beitreibung, 1. Allg. Vor allem: Der Oberbürgermeister 9. 7. 1934 an die Direktion des Lessing-Gymnasiums). Die Schulgelderhebung zeigt als kleines Beispiel die Verschärfung der Rassengesetze. Der Badische Kultusminister hatte im Erlaß Nr. B 22 018 vom 30. 5. 1933 verfügt, daß bei Schulgeldbefreiungen Kriegswaisen, Kinderreiche und in den nationalen Verbänden (HJ) Hervorgetretene bevorzugt zu behandeln seien, jedoch »Nichtarier« nur entsprechend dem prozentualen Anteil (also maximal 5 %) an der Schülerschaft zu berücksichtigen seien. Durch den vertraulichen Erlaß Nr. B 23 249 vom 13. 6. 1934 wurde diese Bestimmung umgestoßen und in Anlehnung an Preußen eine Schulgeldbefreiung versagt. Die Gleichstellung, die das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen Kindern von Frontkämpfern zugestanden hatte, war durch diesen Geheimerlaß bereits durchlöchert (Erlasse in Antisemtische Bewegung I. Urschrift: Gen. Stud. – Schulgeld – Schulgeld an höheren Schulen). Ab März 1935 durften zufolge des Erlasses des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. Nr. 185, E I, E II e, M 1 vom 5. 3. 1935 »Nichtarier« nicht in die höheren Schulen aufgenommen werden – auch wenn die Anteilzahl nicht erfüllt war – solange »Arier« zurücktreten mußten. Ferner erklärte sich der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. durch Erlaß E III b Nr. 2324 vom 12. 11. 1937 auf Bericht des Bad. Kultusministers (Bericht betr. »völkische Auslese an den höheren Schulen«, Nr. B 31 809 vom 12. 8. 1937) mit dem verschärfenden Vorschlag einverstanden, daß nicht nur Juden, sondern auch jüdische Mischlinge keine Vergünstigungen erhalten dürften, solange diese »Ariern« in gleicher wirtschaftlicher Lage nicht gewährt würden. Gen. Studien Schulgelder – Schulgeld an höheren Lehranstalten – veröffentlicht in RMin Amtsbl. Deutsch. Wiss. 5. 12. 1937, Jg. 3, S. 525.

weiterhin die Schule besuchen zu lassen. Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit, bei denen die Entscheidung über ein Schulgeldbefreiungsgesuch nicht von der *Rasse* abhängig war, erging es wenig besser [54]. Für die Stipendienkommission lag es nahe, den ihr zugebilligten breiten Spielraum einseitig zur Versagung von Vergünstigungen auszunutzen, weil bei Gewährung eine Intervention der Partei und der NS-Presse zu befürchten war.

Die Errichtung der jüdischen Schule

Die Betrachtung der in der Mannheimer Gemeinde wirksamen Kräfte zeigte, daß eine vordringliche Forderung der 30er Jahre darin lag, dem aus dem Deutschtum verbannten und in das Judentum gestoßenen Menschen einen Halt im israelitischen Glauben zu geben und ihn zu einem positiven Verständnis seiner Religion *(Rasse)* zu führen.

In einer Stadt, in der die Vermischung und Assimilation des alteingesessenen Judentums selbstverständlich war, wirkte sich der von der hemmungslosen nationalsozialistischen Propaganda ausgehende Druck auf die im nationalen Leben »ihres Volkes« tief verwurzelten Gemeindeglieder verheerend aus. Die hohe Zahl der verfolgungsbedingten Freitode mußte für die verantwortlichen Männer ein nicht zu überhörendes Alarmsignal sein [55]. Gleich den Erwachsenen litten die Kinder unter den bestehenden Spannungen, wenn sie natürlicherweise auch nicht solch radikaler Entschlüsse fähig sein konnten [56].

Bei der günstigen Struktur der Mannheimer Gemeinde wurde dieses Problem 1933 sogleich erkannt und in beispielhafter Weise positiv gelöst.

Schon im Mai 1933 hatte der Mannheimer Rabbiner Max Grünewald in seinem Referat »Wir brauchen eine Südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft« hervorgehoben, daß »besonders die Schul- und Kulturpolitik ... ein tatkräftiges und geschlossenes Zusammengehen der südwestdeutschen Judenheit gebieterisch verlangen« wird [57]. Ende des Schuljahrs 1933 war man sich über das anzustrebende Ziel soweit im klaren, daß Rabbiner Grünewald im Auftrag des Oberrats der Israeliten Badens beim Leiter der Volksschulabteilung im Kultusministerium vorstellig wurde und um Unterstützung bei der Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim für das Schuljahr 1934 [58] bat. Dem Ersuchen des Oberrats wurde entsprochen und aus *völki-*

---

[54] Der Minister des Kultus etc. Nr. B 41 657 vom 22. 10. 1934 Generalia, Antisemitische Bewegung I. Urschrift: Gen. – Stud. – Schulgelder ausländischer Schüler.

[55] Erst vom 1. 7. 1938 an ist im Mannheimer Sterberegister die Religion vermerkt. Doch Rabbiner Geis berichtet, daß er vom 1. 6. 1934 bis zum 1. 11. 1936 85 Beerdigungen vorgenommen hat. Elf der Verstorbenen hatten nach dem Urteil von Rabbiner Geis aus politischen Gründen den Freitod gewählt. Schreiben vom 2. 2. 1965, D 9–3.

[56] Das Beste, was wohl zu diesem Problem gesagt wurde: Martin Buber, S. 583 ff. »Die Kinder«.

[57] Gefordert wurde ein Zusammengehen der 42 000 badischen, württembergischen und pfälzischen Juden. Veröffentlicht IGBl. vom 15. 5. 1933.

[58] Oberrat der Israeliten, Karlsruhe, 27. 3. 1934, Schuldienst I.

schen Gründen den jüdischen Eltern gestattet, ihre zu Ostern 1934 schulpflichtig werdenden Kinder der unter Leitung von zwei jüdischen Lehrern stehenden Sonderklasse zuzuführen [59]. Diese trat in der zentral gelegenen Luisenschule (Tattersallstraße 28–30) zusammen. Obgleich den Erziehungsberechtigten die Wahl der Schule für ihre Kinder freigestellt wurde, machten einem Bericht des Stadtschulamts zufolge fast alle Eltern von der »Möglichkeit der Sonderbeschulung« Gebrauch [60]. Da die Einrichtung sich bewährt hatte, wurde im Laufe des Schuljahrs 1935 für die ersten vier Jahrgänge der Mannheimer Schülerschaft auf freiwilliger Basis der getrennte Schulbesuch ermöglicht und die Absonderung aller acht Jahrgänge der Grund- und Hauptschule vom Stadtschulamt vorbereitet [61].

Mit dieser vom Stadtrabbinat Mannheim angeregten und vom Kultusministerium in Karlsruhe zur beiderseitigen Zufriedenheit vorangetriebenen Entwicklung war Mannheim anderen badischen Gemeinden voraus. Bisher hatte lediglich das Kreisschulamt Emmendingen die Absonderung der *nichtarischen* Schüler verfügt [62]. Im übrigen Reich – vor allem in Preußen – gab es jüdische Bekenntnisschulen, die natürlich größeren Zulauf erhielten und ausgebaut wurden [63], jedoch erfolgte hier keine Trennung nach *rassischen* Gesichtspunkten [64]. Erst im August 1935 teilte der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlaß mit, daß »Kinder nichtarischer Abstammung ... für die Einheitlichkeit der Klassengemeinschaft und die ungestörte Durchführung der nationalsozialistischen Jugenderziehung ... ein starkes Hindernis« bilden [65]. Die Behörden sollten daher Anträge auf Errichtung von Bekenntnisschulen fördern und Erhebungen anstellen, wieviel Schüler *nichtarischer* Abstammung die öffentlichen Schulen besuchen [66]. In einem Erlaß vom 10. September 1935 hatte der Reichsminister ange-

---

[59] Der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz Nr. C. 11 027 und C. 13 819 vom 9. 4. 1934. Schuldienst I. – Die »völkischen Gründe« werden stets betont, damit nicht der Eindruck einer bekenntnismäßigen Aussonderung der Schüler entsteht. Vgl. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 33 488 an die Kreis- und Stadtschulämter vom 31. 7. 1934, Antisemitische Bewegung I.

[60] Bericht des Stadtschulamts vom 7. 5. 1934 auf Erlaß vom 9. 4. 1934 Nr. C 13 819, Schuldienst I.

[61] Bericht des Stadtschulamts vom 9. 9. 1935; Rundschreiben des Stadtschulamts vom 29. 8. 1935 Betr. Errichtung einer weiteren jüdischen Klasse in der Luisenschule, Schuldienst I.

[62] Vgl. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts und der Justiz Nr. B 33 488 vom 31. 7. 1934, betr. Beschulung nichtarischer Schüler, Normalia, Rassentrennung. Später wurde auch in Heidelberg die Rassentrennung durchgeführt.

[63] Mit Ausnahme des auf dem Gebiete der Schulpolitik radikaleren Württemberg, wo bereits im Juni 1933 die israelitischen Volksschulen in Privatschulen umgewandelt wurden. Dokumente veröffentlicht bei Sauer I, S. 325, Nr. 268.

[64] In Mannheim lief die Absonderung der Schüler im Ergebnis auch auf eine Bekenntnisschule hinaus, da zufolge der Freiwilligkeit »Nichtarier« christlichen Bekenntnisses (zumeist »Halbarier«) auf den bisherigen Schulen verblieben, »Arier« jüdischen Bekenntnisses im schulpflichtigen Alter jedoch in Mannheim nicht nachzuweisen sind.

[65] Erlaß vom 7. 8. 1935 E II e Nr. 1731/35, Normalia Rassentrennung (überholt durch die grundsätzlichen Ausführungen und ausführlichen Anweisungen im Erlaß E IIe Nr. 1953/35 vom 10. 9. 1935).

[66] Zu diesem Zwecke waren in Baden bereits Erhebungen durchgeführt worden, jedoch nicht in dem vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft etc. geforderten

kündigt, daß er »beabsichtige, ... vom Schuljahr 1936 ab, für die reichsangehörigen Schüler aller Schularten eine möglichst vollständige Rassentrennung durchzuführen«. Als diese Gesetze zu Ostern 1936 nicht erlassen waren, wurde vom Kultusministerium Karlsruhe auf die Anfrage des Stadtschulamts Mannheim verfügt, daß die Beschulung der jüdischen Schüler mit den vorhandenen Lehrkräften notdürftig durchgeführt werden solle [67]. Da die erwartete Reichsregelung nicht erfolgte, wurden weitere jüdische Lehrkräfte aus Baden nach Mannheim versetzt und die 454 volksschulpflichtigen jüdischen Schüler des Stadtgebiets in zehn jüdischen Sonderklassen zusammengefaßt [68].

Der Unterricht fand für die ersten zwei Schuljahre weiterhin in der Luisenschule statt, während die älteren Kinder in dem von der Stadt Mannheim zu Beginn des Schuljahrs 1936 zur Verfügung gestellten K 2-Schulhaus untergebracht wurden. Während die ersten beiden Klassen dem Rektor der Luisenschule unterstanden, lag die Leitung der K 2-Schule in den Händen des jüdischen Hauptlehrers Baruch Stahl. Bis zum November 1938 konnte ein ungestörter Unterricht stattfinden. In den kritischen Tagen der sogenannten Kristallnacht gelang es dem Stadtschulamt unter Hinweis auf die dem Staat gehörenden Lehrmittel der Schule, Zerstörungen zu vermeiden [69]. Lediglich am 10. und 11. November 1938 mußte der Unterricht abgesagt werden. Die durch Erlaß vom 17. 12. 1936 vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft etc. verfügte Auflösung jener Sammelklassen, die mit *arischen* Schülern unter einem Dach lebten [70], brauchte nicht zu erfolgen, da die jüdischen Schüler der ersten beiden Jahrgänge nun ebenfalls im K 2-Schulhaus unterrichtet wurden. Erst im Mai 1939 entzog die Stadt Mannheim der Gemeinde das Gebäude.

Wegen der durch Auswanderung stark dezimierten Schülerzahl war es von da an möglich, die jüdischen Kinder in den drei Lehrsälen der *Lemle-Moses-Klaus*-Stiftung zu unterrichten [71]. Hier konnten – abgesehen vom auswanderungsbedingten steten Lehrerwechsel – die israelitischen Kinder am geordneten Schulunterricht teilnehmen, bis am 22. Oktober 1940 jeder Unterricht aufhörte, weil Lehrer wie Schüler Mannheim verlassen mußten. Erst am 25. Januar 1941 bat die Israelitische Gemeinde das Kultusministerium um Erlaubnis, etwa 30 Kinder, zumeist *Mischlinge* und Juden fremder Staatsangehörigkeit, unterrichten zu dürfen [72].

Umfang (unter dem Stichdatum des 15. 5. 1933 – gemeint ist 15. 5. 1935 – wurden für die Stadt Mannheim 444 »nichtarische« Volksschüler registriert. Zum Vergleich: Karlsruhe 303, Heidelberg 64, Freiburg 63). Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. E II e Nr. 1953/35 vom 10. 9. 1935 Normalia, Rassentrennung.

[67] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 9509, 7. 4. 1936, Schuldienst I.

[68] Bericht des Stadtschulamts vom 16. 5. 1936, Schuldienst I.

[69] Vgl. Stadtarchiv Mannheim, D 9–3 B; Bericht des Stadtschulamts vom 23. 11. 1938, Schuldienst I.

[70] Erlaß Nr. E I b 796, E III, E IV.

[71] Bericht des Stadtschulamts vom 23. 5. 1939 auf Erlaß vom 25. 4. 1939 Nr. C 13 870, Schuldienst I. – Verlegung des Unterrichts in die Klaus-Stiftung erfolgte am 26. 7. 1939. Bericht des Stadtschulamts vom 31. 7. 1939, Schuldienst I.

[72] Bericht des Stadtschulamts vom 27. 1. 1941, Schuldienst I. Der Unterricht sollte in dem der Gemeinde gehörenden Gebäude in B 7 abgehalten werden. Dieser Bitte wurde mit

Das neunte Schuljahr. Die großen Anforderungen, die auf den jüdischen Jugendlichen zukamen, ließen es angezeigt erscheinen, sich nicht mit einer parallel zur Volksschule verlaufenden Einrichtung zu begnügen. Mit der Forderung der *Reichsvertretung* über die acht üblichen Schuljahre hinaus in einem neunten und gar zehnten Schuljahr jüdischen Jugendlichen weitergehende Bildungsmöglichkeiten zu erschließen, machte in Baden und der Pfalz einzig der Synagogenrat Mannheim ernst. Im Frühjahr 1936 wurde dieses Projekt in einem Bericht des Oberrats der Israeliten Badens dem Kultusministerium vorgetragen [73]. Dieses hatte gegen das zusätzliche neunte Schuljahr nichts einzuwenden. Der Minister stellte nur fest, daß es sich hier genau wie bei den vom Synagogenrat erteilten zusätzlichen Lehrfächern um Privatunterricht handle, zu dem ein Zuschuß aus der Staatskasse nicht in Betracht komme [74].

Dieser Einrichtung fiel nun eine doppelte Aufgabe zu:

1. Die fortbildungsschulpflichtigen Schüler standen nach Verlassen der jüdischen Hauptschule wiederum in einer sie ablehnenden Umwelt. So lag es nahe, auch diesen Unterricht in einer jüdischen Atmosphäre stattfinden zu lassen, vor allem aber das Jahr zur Vorbereitung einer Auswanderung zu nutzen.
2. Bei den gesteigerten Anforderungen, die an den jüdischen Jugendlichen gestellt wurden, konnte ein weiteres oder konnten, wie es von der *Reichsvertretung* angeregt wurde, zwei weitere Jahre jüdischen Schulunterrichts im Kampf um die Selbstbehauptung sowohl in der Heimat wie in der Emigration eine wesentliche Hilfe sein. Besonders war hier an die Förderung jener Schüler gedacht, die von der Oberschule zur jüdischen Volksschule überwechselten.

Das Kultusministerium erhob gegen die Befreiung fortbildungspflichtiger Schüler vom staatlichen Unterricht keine Einwendungen [75]. Darüber hinaus trieb das Gesuch einer Karlsruher Handelsschülerin, die in Karlsruhe eingerichtete jüdische Fortbildungsschule besuchen zu dürfen [76], die *Rassen*trennung auch in der Ge-

---

Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe, vom 7. 5. 1941 Nr. C 21 154 stattgegeben, Schuldienst I.

[73] Bericht des Oberrats der Israeliten Badens vom 24. 4. 1936, Schuldienst I. Zur Reichsvertretung siehe Max Grünewald: Der Anfang der Reichsvertretung, in: Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise S. 315 ff. Sie wurde am 17. 9. 1933 auf Initiative der Essener Gemeindeführer ins Leben gerufen. Sie führte die Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen im Ausland. Gegenüber den Landesorganisationen der deutschen Juden besaß sie keine Anweisungsbefugnis. Erst durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 (RGBl. I, S. 1097) wurden die Landesorganisationen in die »Reichsvereinigung der Juden« eingegliedert.

[74] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 14 322 vom 6. 5. 1936, Schuldienst I. Für einzelne fortbildungspflichtige Schüler wurde vom Land Baden allerdings ein Schulbeitrag gezahlt.

[75] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 21 829 vom 16. 6. 1936 (Schuldienst I) und weitere besonders gelagerte Einzelfälle. Belege im Stadtarchiv Mannheim unter 16/67 – 21.

[76] In Karlsruhe wurde mit Erlaß Nr. C 21 063 vom 6. 4. 1937 eine jüdische Schulabteilung für Mädchen eingerichtet. Vgl. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 27 814 vom 9. 8. 1937, Normalia, Rassentrennung.



5. Mia Neter



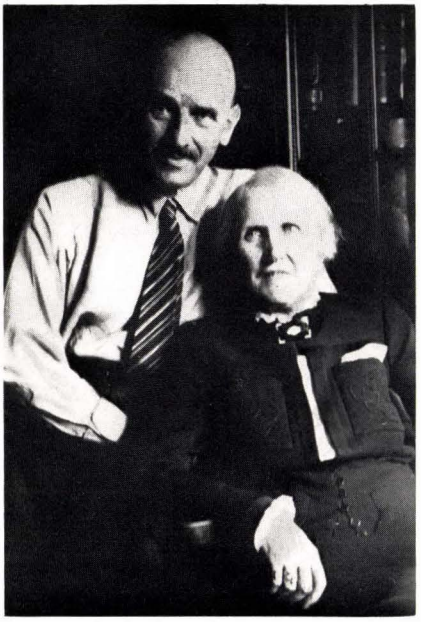
6. Siegfried Bruchsaler/Dora Grünbaum



7. Max Grünewald



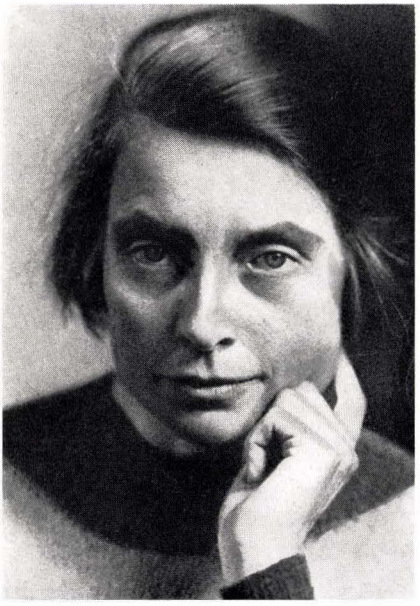
8. Pauline Maier



9. Eugen Neter und Frau



10. Hermann Maas



11. Eva Hermann



12. Carl Hermann

werbe- und Handelsschule voran [77]. Die Anstalt reichte das Gesuch an das Kultusministerium weiter mit der Empfehlung, alle handelsschulpflichtigen jüdischen Mädchen der Fortbildungsschule zuzuweisen [78]. Das Kultusministerium verfügte die Übernahme der Gesuchstellerin durch die jüdische Fortbildungsschule und bat die zuständigen Industrie- und Handelskammern Badens um eine grundsätzliche Stellungnahme zum Problem der Überweisung der handelsschulpflichtigen Jugendlichen an die Fortbildungsschule [79]. Keine der badischen Handelskammern opponierte gegen die Trennung, wenn auch in verschiedener Abstufung Bedenken vorgebracht wurden. Einzig die Industrie- und Handelskammer Mannheim erklärte sogleich ihre unumwundene Zustimmung [80]. Sowohl die der Wirtschaft wie die der Schule angehörenden Mitglieder des Bildungsausschusses der Mannheimer Kammer sprachen sich für die Absonderung der israelitischen Schüler aus, da die »Lehrkräfte an Handelsschulen in weltanschaulicher Hinsicht im Unterricht sehr gehemmt« seien, wenn auch nur ein Jude am Unterricht teilnehme.

Nach Vorlage dieser Stellungnahmen entschied der Minister des Kultus und Unterrichts in einem Runderlaß [81]: »Jüdische Gewerbe- oder Handelsschulpflichtige gelten vom Besuch der zuständigen Gewerbe- bzw. Handelsschule befreit, wenn für sie die Möglichkeit besteht, eine jüdische Fortbildungsschule zu besuchen ... Die Aufnahme von Juden als freiwillige Schüler(innen) in Gewerbe- oder Handelsschulen ist unzulässig«.

Vom November 1937 an durften demnach die jüdischen Gewerbe- und Handelsschüler Mannheims nur noch den von ihrer Gemeinde eingerichteten Unterricht besuchen. Da es sich nach Auffassung des Kultusministeriums teilweise um Privatunterricht handelte, hatte die Gemeinde in der Wahl des Unterrichtsstoffs freie Hand. Auch der Schulbetrieb unterstand keiner staatlichen Aufsicht. Dies hatte zwar die finanzielle Belastung der Gemeindekasse zur Folge, jedoch den großen Vorteil, daß auch die Jugendlichen der umliegenden zum Teil nicht zu Baden gehörenden Gemeinden dem Unterricht beiwohnen konnten.

So richtete die Gemeinde im Jahre 1936 das neunte Schuljahr ein. Allein 38 fortbildungspflichtige Schüler, davon zehn aus Ludwigshafen, wurden angemeldet [82]. Die Zahl der aus freien Stücken das neunte Schuljahr besuchenden Schüler ist leider nicht festzustellen, da alle Unterlagen fehlen. Daß sich dazu eine Anzahl Jugendlicher bereit fand, steht jedoch außer Zweifel, denn der Leiter der Aufbauklasse, Kurt Berg, schrieb anläßlich der Entlassung des ersten Jahrgangs im *Israelitischen Gemeindeblatt*, daß es »nach anfänglichen Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich

---

[77] Gesuch vom 29. 4. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[78] Schreiben der Handelsschule II, Karlsruhe 3. 5. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[79] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 31 816. Karlsruhe, den 13. 5. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[80] Industrie- und Handelskammer Mannheim an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 3. 6. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[81] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 41 084, Karlsruhe, den 2. 11. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[82] Bericht des Stadtschulamts vom 11. 6. 1936, Schuldienst I.

aus der großen Verschiedenheit der Vorbildung und Herkunft der Schüler und Schülerinnen ergaben, in zäher Kleinarbeit gelang, der neunten Klasse eine gewisse Einheitlichkeit zu geben« [83].

Für das von der Reichsvertretung angeregte zehnte Schuljahr fand sich kein genügend großer Teilnehmerkreis, so daß es in Mannheim nicht zu seiner Einrichtung kam. Die guten Vorträge des Lehrhauses gaben den Jugendlichen ausreichend Möglichkeiten, sich weiterzubilden. Zudem ließen die sich steigernde Hetze, vor allem aber die Nürnberger Gesetze, das Erlernen eines Handwerks und die beschleunigte Vorbereitung einer Auswanderung angezeigt erscheinen.

Das Lehrpersonal. Auf die personelle Besetzung der einzelnen Lehrerstellen nahmen das Kultusministerium und das Stadtschulamt nur Einfluß, wenn es unumgänglich notwendig war, d. h. wenn die Anstellung von Lehrern bestehenden (Geheim-)Bestimmungen widersprach oder mit Interessen anderer jüdischer Gemeinden kollidierte.

Das Lehrpersonal an den jüdischen Klassen war zumeist *nichtarischer* Abstammung und israelitischer Konfession [84]. Zur Unterrichtserteilung an der jüdischen Volksschule zog das Stadtschulamt zuerst die aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* im Dienst verbliebenen Lehrkräfte heran, die ihren Kollegen bis zum Erlaß des *Reichsbürgergesetzes* gleichgestellt waren. In Mannheim hatten drei Lehrkräfte im Dienst verbleiben dürfen: die Hauptlehrer Baruch Stahl, Hermann Kaufmann und Max Ludwig Marx.

Baruch Stahl übernahm zu Ostern 1934 die erste jüdische Schulklasse, die er in zwei Abteilungen (30 Mädchen, 32 Knaben) in zwei mal fünfzehn Stunden unterrichtete. Der Religionsunterricht wurde ihm vom Lehrer Kälbermann abgenommen, der vom Oberrat der Israeliten Badens besoldet wurde [85].

Ein vom Kultusministerium veranlaßter Schulbesuch zu Ende des Schuljahrs erbrachte das Gesamturteil: »Der erfahrene Lehrer arbeitet mit anerkennenswertem Erfolg« [86]. Während er und seine Kollegen in der Luisenschule einem wohlwollenden nationalsozialistischen Rektor unterstanden, wurde er nach der Übersiedlung der Schuljahre drei bis acht in das K 2-Schulhaus geschäftsführender Lehrer. Die jüdische Schule stand also später unter Leitung eines israelitischen Lehrers, wenn er auch als jüdischer »Ruhestands«beamter nicht zum Rektor befördert wurde [87]. Als nach der Neueinschulung und Absonderung von zwei weiteren Jahrgängen alle drei Lehrer voll ausgelastet waren, mußte der Stadtschulrat nach Karlsruhe mel-

---

[83] IGBl. 7. 4. 1937, Belege in Personalbogen.

[84] Der Handarbeitsunterricht unterstand einer »arischen« Lehrerin. Vgl. unter dem Datum des 8. 1. 1935 (gemeint ist 8. 1. 1936) das Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts an den Oberrat der Israeliten in den Personalakten L. Marx.

[85] Bericht des Stadtschulamts vom 7. April 1934, Schuldienst I. Weitere Einzelheiten in Personalakten der Lehrkraft.

[86] Schulbesuch auf Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 1987 vom 1. 2. 1935; Bericht des Stadtschulamts vom 28. 2. 1935, Schuldienst I.

[87] PA der Lehrkraft. Bericht des Stadtschulamts vom 16. 5. 1936 auf die Erlasse vom 22. 4. 1936 Nr. C 13 505, Schuldienst I.

den: »Weitere Lehrkräfte zur Bildung der von der israelitischen Gemeinde angestrebten Klassen IV bis VIII stehen uns nicht zur Verfügung« [88].
So schien die weitere Absonderung der jüdischen Schüler, die der Synagogenrat wünschte und welche auch vom Kultusministerium gefördert wurde, an der Personalfrage zu scheitern. Doch im September 1935 forderte der Reichserziehungsminister Rust detaillierte Erhebungen über den Schulbesuch jüdischer Kinder und bat um Stellungnahmen, wie jüdische Schulen unterhalten werden könnten. Eine *Rassentrennung* schien ihm schon bei der Anwesenheit von 20 Schülern an einem Schulort notwendig [89]. Der Badische Kultusminister regte an, zur schulischen Versorgung aller jüdischen Volksschüler die in den Ruhestand versetzten Beamten erneut in den Dienst zu berufen [90]. In Mannheim selbst wurde daraufhin zu Ostern 1936 die Zusammenfassung aller jüdischer Schüler durchgeführt. Da eine vom Badischen Kultusminister angeregte Reichsregelung unterblieb, hatten anfangs die drei jüdischen Lehrer in allen acht Jahrgängen zu unterrichten und 403 Schüler zu betreuen [91]. Nach dieser unhaltbaren Übergangsregelung übernahm der Badische Kultusminister Lehrkräfte, die aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* entlassen worden waren, erneut in den Dienst [92]. Dies ist der einzige Fall, in dem damals eine ganze Personengruppe *rassisch* Verfolgter wieder in den Staatsdienst übernommen wurde [93].
Der vom Minister des Kultus und Unterrichts bewilligte Personalaufwand entsprach den geltenden Richtlinien für die staatlichen Schulen. Zwar waren in einzelnen Jahrgängen bis zu 60 jüdische Kinder in einer Klasse zusammengefaßt. Dies erschwerte natürlich eine gedeihliche Arbeit, war jedoch nicht zu vermeiden, da die Schülerzahl in jedem Jahrgang um 50 Kinder pendelte und bei der Bildung von zwei Abteilungen die für eine Klasse angesetzte Norm nicht erreicht worden wäre. Wegen der beschränkten Gesamtzahl jüdischer Schüler war im Gegensatz zur Handhabung in anderen Volksschulen ein Ausgleich nicht möglich. So mußten in einzelnen Jahrgängen unverhältnismäßig hohe Schülerzahlen hingenommen werden. Eine Intensivierung der Lehrtätigkeit weit über das normale Maß hinaus erreichte die Gemeinde trotzdem durch ihre Bereitschaft, erhebliche Mehrkosten für einen erweiterten Unterricht zu tragen.
Zusätzlich stellte der Synagogenrat zwei Ruhestandslehrerinnen vertragsmäßig an [94] und verpflichtete weitere Lehrkräfte für zusätzlichen Werk- und Handar-

---

[88] Bericht des Stadtschulamts, Mannheim, 9. 9. 1935, Schuldienst I.
[89] Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Nr. E II e Nr. 1953/35 10. 9. 1935, Normalia, Rassentrennung.
[90] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 32 046, 32 086, 32 337, 21. 9. 1935. Normalia Rassentrennung.
[91] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 9509, Karlsruhe, 7. 4. 1936, Schuldienst I.
[92] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 9509 vom 7. 4. 1936, Schuldienst I (Übernahme vorbehaltlich der erhofften Reichsregelung).
[93] Einschränkungen siehe bei Rechtsstellung und Besoldung der Lehrkräfte S. 85 ff.
[94] Allerdings nicht mit vollem Deputat. Beide unterrichteten 24 Wochenstunden. Eine Übersicht über die Klassenbildung und Wochenstundenzahl befindet sich unter dem Datum des 16. 5. 1936 in Akten Schuldienst I.

beitsunterricht. Da für den Gesangunterricht der Kantor der Israelitischen Gemeinde und für den Religions- und Hebräischunterricht der Jugendrabbiner R. Geis sowie zwei Religionslehrer der Gemeinde zur Verfügung standen, war eine intensive Betreuung auch der aus den Oberschulen übertretenden Jugendlichen möglich [95]. Das Schuljahr 1936/37 kann als das fruchtbarste und ruhigste Jahr der jüdischen Schularbeit gelten. Da die Kinder in einem eigenen Schulhaus untergebracht waren, wirkte sich der zur Zeit der Olympischen Spiele ohnehin verminderte äußere Druck nur wenig auf die Gemeinschaft aus. Lehrkräfte und Gemeindeführer dürften sich jedoch keiner Täuschung über die wahren Verhältnisse hingegeben haben. Krankheit und Auswanderung wiesen in diesem verhältnismäßig ruhigen Jahr schon auf das später so wichtige Personalproblem hin. Wohl als Folge der schweren seelischen Belastung erkrankten Hauptlehrer Marx und zeitweise Hauptlehrer Kaufmann [96]. Noch konnten ihre Stellen neu besetzt werden. Aber die stets widerrufliche Anstellung wies alle Lehrkräfte, insbesondere die Familienväter, auf die Auswanderung hin. Obgleich bewährten Lehrkräften jüdischerseits nahegelegt wurde, zum Besten der Schüler auszuharren [97], verringerte sich ihre Zahl rascher als die der zu betreuenden Jugendlichen [98].

Schon Ende des Jahres 1936 sah sich der Synagogenrat gezwungen, auf entlassene jüdische Studienräte zurückzugreifen und nach geeigneten Lehrkräften auch außerhalb der Grenzen Badens Ausschau zu halten [99]. Nachdem im August 1938 auch diese Möglichkeiten erschöpft waren, bat der Oberrat der Israeliten den Minister des Kultus und Unterrichts, die jüdische Schulabteilung in Bruchsal zugunsten der Mannheimer aufzuheben. Dieser Anregung gab das Kultusministerium aus grundsätzlichen Erwägungen nicht statt [100]. Vollends schwierig wurde die Personalfrage jedoch nach der Kristallnacht. In Mannheim konnte der Unterricht zwar äußerlich ungestört im K 2-Schulhaus wieder aufgenommen werden, doch war es trotz der durch den Reichserziehungsminister angekündigten baldigen Haftentlassung jüdischer Lehrer kaum möglich, die Lücken zu füllen, da die zurückkehrenden Lehrkräfte alsbald auswanderten oder den Freitod einem weiteren Leben im nationalsozialistischen Staat vorzogen [101]. Trotz allem bemühte sich der Synagogenrat, wie bisher durch ergänzenden Unterricht – nicht nur in Religion, sondern auch z. B. in Leibesübungen – den Kindern eine umfassende Ausbildung zuteil werden zu las-

---

[95] Bericht des Oberrats vom 24. 4. 1936 an den Minister des Kultus und Unterrichts, Schuldienst I.

[96] Näheres in den Personalakten der Lehrkräfte.

[97] Auskunft von Lehrer Arthur Kohn. Siehe Schreiben vom 6. 3. 1967 D 9–3.

[98] Erst zu Ostern 1938 war die Zahl der Schüler auf 329 abgesunken, so daß nicht mehr sieben, sondern sechs staatliche Lehrkräfte zur Unterrichtserteilung notwendig waren. Stadtschulamt zum Haushaltsplan 1938. Einlauf vom 4. 2. 1938 Nr. C 3829, Schuldienst I.

[99] Siehe PA Emil Friedrich Zivi.

[100] Oberrat der Israeliten an den Minister des Kultus und Unterrichts 24. 8. 1938 Nr. 9110, Schuldienst I.

[101] Zur Haftentlassung: Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. E I b 796, E II e, E III, E IV vom 17. 12. 1938 betr. Schulunterricht an Juden, Antisemitische Bewegung I.

sen [102]. Dies gelang bis zur Deportation der Mannheimer jüdischen Gemeinde am 22. Oktober 1940. Nach diesem Zeitpunkt wohnten keine jüdischen Lehrer mehr in Mannheim. Mit zwei Lehrkräften, die in Worms und Weinheim ansässig waren, konnten die etwa 30 schulpflichtigen Mannheimer Kinder, die nicht mit ihren *arischen* Altersgenossen zusammensein durften, notdürftig unterrichtet werden.
Als auch diese Lehrkräfte, nachdem sie vom Frühjahr 1941 bis zum Frühjahr 1942 ihren Dienst versehen hatten, auf »behördliche Anordnung abwanderten«, d. h. deportiert und ermordet wurden, übernahmen im Juni 1942 die pädagogisch nicht vorgebildeten Führer der Gemeinde Hermann Hauser, Dr. Fritz Cahn(-Garnier) und Dr. Kurt Weigert die Erteilung des Unterrichts [103]. Schon vor Eintreffen der erforderlichen Genehmigung durch die *Gestapo* wurden einzelne Kinder, die die *Verwaltungsstelle* aufsuchten, unterrichtet [104]. Zu einem geregelten Unterricht kam es jedoch wegen der auf Reichsebene angeordneten Schließung aller jüdischen Schulen nicht mehr [105].

Rechtsstellung und Besoldung der jüdischen Lehrer. Die jüdischen Lehrer wurden in gleicher Weise wie alle jüdischen Beamten behandelt. Wichtige Marksteine ihrer Entrechtung und der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz waren die bekannten Gesetze. Die anfangs billigerweise gewährten Unterstützungs- und Ruhestandsgehälter verhießen zwar den Älteren eine gewisse Sicherheit. Nach und nach wurden jedoch die ohnehin schmalen Unterstützungen eingeschränkt [106]; teilweise zum Glück für die Betroffenen, die sich dadurch zur Auswanderung gezwungen sahen. Die Überprüfung der Akten der Mannheimer Lehrkräfte ergibt kein von der allgemeinen Behandlung jüdischer Beamter abweichendes Bild. So kann sich die Betrachtung der Rechts- und Besoldungsverhältnisse auf die Pädagogen beschränken, die an den jüdischen Schulen unterrichteten. Ihr Verbleiben im Staatsdienst

---

[102] Zur Bestellung von Turnlehrern siehe vor allem Schreiben des Oberrats der Israeliten Nr. 5252 vom 4. 5. 1938 an den Minister des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe, und die daraus folgende Korrespondenz, Schuldienst I.

[103] Hermann Hauser amtierte, unterstützt von Dr. Fritz Cahn (Garnier), dem späteren Mannheimer Oberbürgermeister, als Leiter der Verwaltungsstelle Mannheim; Dr. Kurt Weigert als Leiter des israelitischen Krankenhauses. (Den Unterricht durch nicht als Lehrer ausgebildete Herren ermöglichte der Erlaß des Reichsministers für Erziehung etc. Nr. II e 3276/38 E III, E IV, E V vom 30. 1. 1939. Er bestimmte, daß nach Lage der Verhältnisse von einer fachlichen Vorbildung bei der Erteilung der Unterrichtserlaubnis, die im Benehmen mit der Geheimen Staatspolizei gegeben werden sollte, abzusehen sei. Normalia, Rassentrennung).

[104] Es handelte sich insgesamt um 22 schulpflichtige »jüdische« Kinder, von denen allerdings nur sieben der israelitischen Religionsgemeinschaft angehörten.

[105] Unveröffentlichter Erlaß des RMdJ über die Schließung der jüdischen Schulen. Vgl. Blau, S. 109, Nr. 392. Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts vom 1. 7. 1942 betr. Schließung der jüdischen Schulen, Sauer I, S. 346 Nr. 285. Vgl. Schreiben der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 22. 6. 1942, Schuldienst I.

[106] RMBliV vom 13. 5. 1936 Nr. 22, S. 613. Erlaß des Reichsministers der Finanzen A 4001–1862 IB vom 29. 4. 1937, Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes; Original: Normalia, Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Einzelfälle vor allem PA Dr. S. Rothschild und A. Behr.

erheischte nach Erlaß des *Reichsbürgergesetzes* von der allgemeinen Beamtengesetzgebung abweichende Regelungen.
Als die Vorbereitungen zum *Reichsbürgergesetz* liefen, hatte der Badische Kultusminister in einer vom Reichserziehungsminister angeforderten ausführlichen Stellungnahme zum Problem der Rassentrennung an den öffentlichen Schulen angeregt, zur Vermeidung eines zu großen Mehraufwands neben den sechs im Dienst verbliebenen jüdischen Lehrern Badens die aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* ausgeschiedenen Lehrkräfte erneut in den Staatsdienst zu übernehmen [107]. Da diese zumeist Ruhe- oder Unterstützungsgehalt bezogen, mußte vom Staat nur der Differenzbetrag zwischen dem tatsächlich ausgezahlten Ruhegehalt und den am Dienstort geltenden Aktivbezügen als zusätzliche Belastung getragen werden [108]. Der Badische Kultusminister schlug darüber hinaus noch vor, diesen Differenzbetrag auf die Eltern der Schüler umzulegen und von diesen als Schulbeitrag zu erheben. So wäre die Staatskasse durch die Absonderung der jüdischen Kinder nicht nur nicht in Anspruch genommen, sondern sogar entlastet worden, da ja ebenfalls keine *arischen* Lehrer für diese der Schulpflicht unterliegenden Schüler bereitgestellt zu werden brauchten. Da die zentrale Reichsregelung nicht erfolgt war, veranlaßte der Badische Kultusminister entsprechend den Anregungen des Reichserziehungsministers die Absonderung aller jüdischen schulpflichtigen Kinder in Baden. Obgleich zentrale Akten über die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Lehrer an den jüdischen Schulen fehlen, kann aus den Personalakten und aus den Akten Schuldienst I auf den Status der Lehrkräfte geschlossen werden [109].
Für die sieben aus der Mannheimer jüdischen Schule im Schuljahr 1936/37 benötigten Lehrkräfte traf der Kultusminister »vorbehaltlich der in Aussicht stehenden Neuregelung durch das Reich« folgende Anordnungen [110]: Die Lehrkräfte wurden in vertragsmäßiger, stets widerruflicher Weise eingestellt [111]. Als Vergütung

---

[107] Auf Erlaß E II e Nr. 1953/35 vom 10. 9. 1935 des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. Stellungnahme des Bad. Kultusministers Nr. 32 046 (32 056, 32 337) vom 21. 9. 1935.
[108] Wie der Badische Kultusminister ausdrücklich betonte, war dies nur eine Übergangsregelung, solange die Lehrkräfte zur Verfügung standen. Sobald diese wegen Erreichung der Altersgrenze endgültig aus dem Dienst ausscheiden müßten, hätte der Staat das volle Dienstgehalt der Nachwuchslehrkräfte tragen müssen. Es zeigt dies deutlicher als viele andere Hinweise, daß man im Ministerium die Judenpolitik falsch einschätzte und an ein dauerndes Arrangement mit den »Deutschen jüdischer Rasse« glaubte.
[109] Trotz gegenteiliger Stellungnahme des Regierungspräsidiums Nordbaden (Oberschulamt – U III 19 518 vom 10. 11. 1955 betr. Frühere Lehrkräfte an jüdischen Schulen), Generalia, Antisemitische Bewegung I. Die Akten »Dienst- und Anstellungsverhältnisse israelitischer Volksschullehrer« sind verschollen (Bescheid des Oberschulamts Nordbaden U III 9050 – 5/8 vom 7. 4. 1967. Schreiben des GLA Nr. 1910 vom 21. 4. 1967).
[110] Erlaß Nr. C 13 505 vom 22. 4. 1936, Schuldienst I.
[111] Durch diese Regelung waren die badischen Lehrkräfte schlechter gestellt als manche Kollegen an außerbadischen Schulen. Zwar war bereits durch den unveröffentlichten Runderlaß E II b 521/35, E II e vom 4. 11. 1935 des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft etc. verfügt worden, daß bis auf weiteres von der endgültigen Anstellung jüdischer Lehrkräfte an öffentlichen jüdischen Schulen abzusehen sei. Doch erst durch den

wurde bei den Ruhegehalt beziehenden Lehrkräften vom Tag des Diensteintritts an der Unterschiedsbetrag zwischen den in Mannheim gültigen Aktivgehältern und den Ruhestandsbezügen gewährt. Die Höchstgrenze für die zusätzlich zu zahlende Entlohnung setzte der Minister auf 150.– RM fest [112]. Jene Lehrer, die noch keine Ruhestandsbezüge erdient hatten und Unterstützungsgehalt bezogen, bekamen zusätzlich zu dem ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Unterstützungsgehalt lediglich 100.– RM als Pauschalvergütung [113]. In doppelter Hinsicht wich also der Badische Kultusminister von seinem dem Reichserziehungsminister unterbreiteten Vorschlag ab. Zum ersten wurden den an der öffentlichen jüdischen Volksschule beschäftigten Lehrern nicht die vollen ihnen zustehenden Vergütungen zuerkannt, und zum zweiten übernahm die Staatskasse, wie Aktennotizen und Anweisungen in den Personalakten zeigen, die Zahlung der Beträge [114]. Jenen Lehrern, die aufgrund des *Reichsbürgergesetzes* als Ruhestandsbeamte galten, wurden jedoch die ihnen – auch nach Erlaß des Reichsbürgergesetzes – entgangenen Bezüge, obgleich sie fortlaufend unterrichtet hatten, nicht bezahlt [115]. Erst vom Zeitpunkt der Aufnahme des Unterrichts im Schuljahr 1936/37 an wurden die Vergütungen angewiesen [116].

Die Frage der Krankenversicherung scheint einige Zeit in der Schwebe gewesen zu sein. In dem genannten Erlaß vom 22. April 1936 ist unter Ziffer IV vom Sachbearbeiter handschriftlich angefügt: »Versicherung?«. Doch sind zweifelsohne jüdische Lehrkräfte zur Versicherung angemeldet worden [117]. Sie waren somit versicherungsrechtlich anderen Angestellten gleichgestellt. Aufs Ganze gesehen war die Lage der Lehrkräfte höchst unerfreulich: einmal konnten sie auch ohne schärfere Gesetzgebung von heute auf morgen brotlos werden, zum andern wurde ihre Arbeit durch die Abwanderung der jüdischen Familien in absehbarer Zeit ohnehin

---

Erlaß Nr. E II e, 2950, E II b, (b) vom 30. 12. 1937 verfügte der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc., daß alle an öffentlichen jüdischen Schulen als Beamte auf Widerruf beschäftigten Lehrkräfte aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen seien. (Es folgen besoldungsrechtliche Bestimmungen). Die weitere Bestimmung dieses Erlasses, daß das zur Förderung der Frühehe ergangene Gesetz (8. 11. 1937 RMin. Amtsbl. Dtsch. Wiss. S. 523) auf die Lehrkräfte an öffentlichen jüdischen Schulen nicht anzuwenden sei, traf keine Mannheimer Lehrkraft nachteilig. Erlaß: Normalia, Rassentrennung; Urschrift: Gen. Schuldienst, Junglehrernot.

[112] PA Hanauer, Löb.

[113] Traub, Hedwig; Oppenheimer, Luise; Behr, Alice; Umzugskosten wurden nicht erstattet.

[114] Im Anschluß an den vorgenannten Erlaß vom 22. 4. 1936 Nr. C 13 505 heißt es unter Verfügungsziffer I: An das Stadtschulamt Mannheim. Zur Unterrichtung der Lehrkräfte; unter Verfügungsziffer II heißt es: An das Rechnungsamt (handschriftlich hinzugefügt »z. Vormerkung«); unter Ziffer IV: Wv. nach 4 Wochen (Dienstantritt) und Anweisung der Bezüge. Schuldienst I.

[115] Siehe Erlaß Nr. C 14 519 vom 6. 5. 1936 handschriftliche Notiz »Vergütung für die rückl. Zeit kommt nicht in Betracht«.

[116] Siehe Erlaß Nr. C 14 514 vom 16. 5. 1936 Ziffer I: »Festsetzung der Bezüge ab 23. 4. 1936« (Für Hptl. Baruch Stahl) Schuldienst I. Entsprechendes für die anderen Lehrkräfte.

[117] Belege in den betreffenden Personalakten. Siehe z. B. Luise Oppenheimer, Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 41 648 vom 11. 11. 1936.

überflüssig. Überdies stellte die Landeshauptkasse im Krankheitsfall die Zahlung der Bezüge ein. Auch ein unverschuldetes Fernbleiben vom Unterricht infolge staatlicher Maßnahmen führte zu materieller Not. Nachdem die Lehrer im November 1938 ins KZ Dachau abtransportiert waren, wurden sogleich die Bezüge gesperrt [118].

Obgleich die jüdischen Lehrkräfte eine unzureichende Rechtsstellung innehatten, mußten sie im übrigen den gleichen Anforderungen genügen, die an die nationalsozialistischen öffentlich-rechtlichen Bediensteten gestellt wurden. Sie mußten auch die Verpflichtungserklärung abgeben [119]: »Ich verpflichte mich, meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig zu erfüllen und die Gesetze und sonstigen Anordnungen des nationalsozialistischen Staates zu befolgen«. Sogar der Religionslehrer der Gemeinde, Kälbermann, wurde veranlaßt, diese Erklärung abzugeben [120]. Es findet sich jedoch kein Hinweis darauf, daß auch die Rabbiner ebenso wie die katholischen und protestantischen Pfarrer, die die der staatlichen Schulpflicht unterliegenden Schüler unterrichteten – ein Gelöbnis oder eine Erklärung ablegen bzw. unterzeichnen mußten. Keine in Mannheim unterrichtende jüdische Lehrkraft verweigerte dem nationalsozialistischen Staat die Abgabe der Verpflichtungserklärung [121].

Als erschwerend erwies sich, daß Lehrkräfte – wie alle Beamten – die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen mußten. Auch in Deutschland geborenen und ausgebildeten Pädagogen, die durch die nationalsozialistische Gesetzgebung ausgebürgert worden waren, wurde deshalb die Unterrichtserlaubnis versagt [122]. Selbst für privaten, von der Gemeindekasse zu finanzierenden Unterricht wurde auf Veranlas-

---

[118] PA Löb Hanauer. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 44 451 vom 22. 11. 1938. Zahlung der Bezüge im Krankheitsfall siehe Erlaß Nr. C 16 044 vom 11. 5. 1938.

[119] Gemäß Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 13. 10. 1937 Nr. B 40 033. Die nach Erlaß des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Dienst verbliebenen Lehrkräfte wurden wie ihre Kollegen auf den Führer vereidigt. (Unterschriebene Vereidigungsformulare befinden sich in den Personalakten bzw. in den Akten Schuldienst I.)

[120] Verpflichtungserklärung vom 29. 10. 1937, Schuldienst I.

[121] Die übrigen Beamten und die Geistlichen hatten ein Treuegelöbnis auf den Führer abzulegen. Die Verpflichtungserklärung wurde nur Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes und Ausländern abgenommen (Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 23 897 vom 9. 6. 1937, Akten Lessing-Gymnasium XVIII b). Juden, die bis zum Erlaß des Reichsbürgergesetzes im Dienst verblieben waren, waren wie alle anderen Beamten bereits auf den Führer vereidigt. Bemühungen des Evangelischen Oberkirchenrats Stuttgart, für die Geistlichen das Ablegen einer Verpflichtungserklärung zu erreichen (und interessanter Meinungsstreit um das Gelöbnis) siehe Akten des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe, Generalia Kirchen und Dienste, Ordination, Verpflichtung, Beeidigung, 1886–1937 Band 1. – Insbesondere Erlasse vom 2. 6. 1937, 15. 6. 1937, 2. 7. 1937 und Schreiben vom 4. 7. 1937. – Ein interessanter Briefwechsel zwischen dem Oberbürgermeister von Nürnberg und dem Deutschen Gemeindetag wegen der Vereidigung des Theaterpersonals befindet sich im Bundesarchiv Koblenz (R 36/405).

[122] Schreiben des Synagogenrats Mannheim vom 26. 6. 1936 an das Stadtschulamt Mannheim. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 24 646 vom 7. 7. 1936.

sung der *Geheimen Staatspolizei* Karlsruhe auch bei in Mannheim geborenen Lehrkräften keine Unterrichtserlaubnis erteilt [123]. So kam man den verantwortlichen Stellen der israelitischen Kultusgemeinden nur durch den schon erwähnten Erlaß entgegen, der nicht die volle fachliche Qualifikation von den Lehrkräften verlangte.
Mit der Übernahme der jüdischen Schulen durch die *Reichsvereinigung der Juden* am 1. Oktober 1939 schieden die Lehrkräfte endgültig aus dem öffentlichen Dienst aus [124]. Die jüdischen Schulen unterstanden jetzt der *Schulabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, Berlin [125].

Der Unterrichtsstoff. Die Absonderung der jüdischen Schüler entlastete das Kind vom Druck einer »neutralen« oder gar feindlichen Umwelt. Den Initiatoren der jüdischen Schule schwebte jedoch nicht nur dieses Ziel vor. Im Juni 1933 hatte der Mannheimer Rabbiner Heinrich Lemle in seinem Aufsatz »Jüdische Erziehung in der ›Golah‹ (Verbannung)« festgestellt [126]:
»Eine Welt ist zusammengebrochen; die deutsch-jüdische Welt auf dem Boden liberaler Emanzipation und individueller Assimilation«. Hieraus folgert er in Übereinstimmung mit den anderen führenden Männern der Gemeinde, daß man zu etwas »Besonderem«, Festem, vorstoßen müsse, zum Judentum. Von dort aus sollte es den »Gesonderten« möglich sein, die Anrufe des Schicksals zu beantworten.
Das Ziel des innerlich gefestigten Juden mußte jedem verantwortlichen Pädagogen vor Augen stehen. Doch wie war es zu erreichen? Auch nach Absonderung der israelitischen Schüler blieb die jüdische Schule Teil der Mannheimer Grundschule [127]. Sie unterlag der staatlichen Schulaufsicht und war zur Einhaltung des aus der deutschen Bildungstradition erwachsenen Lehrplans verpflichtet. Überdies waren, abgesehen von den Religionslehrern, die meisten Lehrkräfte nicht ausreichend im jüdischen Bildungsgut beheimatet, um den Unterricht von den herkömmlichen Bildungsinhalten loszulösen [128].

---

[123] Oberrat der Israeliten 4. 5. 1938. Die Lehrkraft war von der Sportschule Bloch in Stuttgart ausgebildet worden und hatte am 31. 3. 1938 die staatliche Prüfung bestanden! Im Schreiben der Geheimen Staatspolizei Karlsruhe vom 28. 6. 1938 an das Kultusministerium wurde mitgeteilt, daß die Beschäftigung eines polnischen Juden unerwünscht sei. Daraufhin wurde mit Erlaß Nr. C 29 697 vom 18. 7. 1938 die Unterrichtserlaubnis versagt. Selbst der Antrag des jüdischen Sportklubs »Bar Kochba« an die Gestapo, den polnischen Staatsangehörigen als Turn- und Sportlehrer zuzulassen, wurde abgelehnt. Belege: Schuldienst I.
[124] RMBliV 27. 9. 1939, S. 1985.
[125] Schreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 20. 10. 1939. Antisemitische Bewegung I. Lediglich die Schulaufsicht lag noch den staatlichen Instanzen ob. Aus den Akten und Aussagen Beteiligter ergibt sich, daß sich die Schulaufsicht auf die Erteilung der Unterrichtserlaubnis beschränkte.
[126] IGBl. 22. 6. 1933. *Dok. 71.*
[127] Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 11 027, C 13 819 vom 9. 4. 1934, Schuldienst I.
[128] In Tagungen wurde versucht, den Lehrern für die Anforderungen der Gegenwart das nötige Rüstzeug zu vermitteln. – Vgl. IGBl. 12. 10. 1934 Prof. S. Billigheimer: »Impressionen von der Strümpfelbrunner Tagung«. Zum Thema der jüdischen Lehrerbildungs-

So ist es nur zu verständlich, daß Rabbiner Grünewald bei seiner ersten Besprechung im Kultusministerium nicht nur die Absonderung der neu einzuschulenden israelitischen Kinder anregte, sondern auch den Minister bat, einem erweiterten Religionsunterricht zuzustimmen [129].

Doch nicht nur im Stoff, sondern auch in der Wahl der Lehrmittel unterschied sich die jüdische Schule von Anbeginn von den staatlichen Schulen. In letzteren wurden nach der *Machtergreifung* die Unterrichtsbücher mehr und mehr von der nationalsozialistischen Weltanschauung geprägt. Für die Juden war es ein Gebot der Selbstachtung, das in der Zeit der Weimarer Republik verwendete Lehrmaterial beizubehalten. Die Unterrichtsverwaltung entsprach derartigen Wünschen und Anregungen [130]. Die Führer der Judenheit versuchten jedoch mehr als die Fortführung einer Schule, die auf den Relikten des zerbrochenen Weimarer Schulsystems aufgebaut war. Je weiter die *Rassen*trennung auf allen Gebieten des Lebens vorangetrieben wurde, desto größer wurde der Spielraum, der der jüdischen Erziehungsarbeit gelassen war. Anfangs fanden noch Schulbesuche statt. Das Stadtschulamt überwachte die Erziehungsarbeit wie bei den anderen Mannheimer Unterrichtsanstalten und hatte zudem nach Karlsruhe zu berichten, ob nicht im staatsfeindlichen Sinne unterrichtet werde. Doch bald fanden keine Hospitationen mehr statt, und mit der Einrichtung des weiterführenden neunten Schuljahrs war der Gemeinde erstmals Gelegenheit gegeben, diesen vom Staat als private Einrichtung angesehenen Unterricht ganz nach ihren Vorstellungen zu formen [131]. Zwar unterstanden die diesem neunten Schuljahr zugewiesenen Fortbildungsschüler auch der staatlichen Schulpflicht, doch erfolgte keine Kontrolle durch die Behörden [132].

Ein Blick auf die Stundentafel der jüdischen Grund- und Hauptschule Mannheims zeigt wenig Unterschied zu den gesetzlich gebotenen Unterrichtsplänen. Zusätzliche Unterrichtsgegenstände sind vom fünften Schuljahr an fünf (in den Oberklassen vier) Stunden Englisch und zwei Stunden »Knabenhandarbeit« [133]. Hier ist ganz klar die Absicht erkennbar, den Schülern eine später notwendig werdende Auswanderung zu erleichtern.

Die Stundentafel führt im übrigen die herkömmlichen Fächer an. Es wäre jedoch irrig, wollte man den Unterricht in der jüdischen Schule mit der Volksschule,

---

anstalt Mannheim: Max Grünewald: »Ein gescheiterter Plan« IGBl. 15. 3. 1934. M. Buber, S. 557.

[129] Schreiben des Oberrats Nr. 2527, Karlsruhe, 27. 3. 1934, Schuldienst I.

[130] Schreiben des Stadtschulamts vom 7. 5. 1934, Schuldienst I. Ebenda: Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. C 11 027, 9. 4. 1934. Später wurden eigene Lesebücher für die jüdischen Grundschulen geschaffen. Ihre Einführung war den einzelnen Unterrichtsanstalten freigestellt. Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. vom 24. 4. 1936 E II a Nr. 664 E II e M. Erlaß zitiert nach IGBl. 8. 7. 1937 »Schaffung von Lesebüchern für jüdische Schulen«.

[131] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 14 322 vom 6. 5. 1936, Schuldienst I.

[132] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. C 21 829 vom 16. 6. 1936 an das Stadtschulamt Mannheim, Schuldienst I.

[133] Stundentafel (ohne Datum) im Faszikel Schuldienst I. Der Hebräischunterricht wurde gekoppelt mit dem Religionsunterricht erteilt; er war also kein »zusätzlicher Unterrichtsgegenstand«.

wie sie bisher bestanden hatte, gleichsetzen [134]. Wo es möglich war, wurde der Unterricht spezifisch jüdisch ausgerichtet. Selbstverständlich war dies in Fächern wie Religion, Geschichte und Erdkunde; aber auch in »neutralen« Fächern wie etwa in Naturlehre hob man jüdische Erfindungen hervor, um dem gehässigen Gerede vom unproduktiven jüdischen Schmarotzer ein den Tatsachen entsprechendes Bild entgegenzusetzen.

Im einzelnen strebte die Gemeinde folgende Gestaltung der Fächer an. Das Fach Geschichte hatte Heinrich Lemle in seinem Aufsatz an den Anfang der Erziehung gestellt. Der Unterricht sollte zu einem tieferen Verständnis des Judentums führen [135]. Wie dies gemacht wurde, läßt sich erschließen, war jedoch in einem ins einzelne gehenden Lehrplan für die Mannheimer jüdische Schule nicht festgelegt [136]. Eingehendere Ausführungen zum jüdischen Unterricht finden sich erst in den *Richtlinien der Reichsvertretung der Juden in Deutschland – Schulabteilung* –. Diese wurden im Herbst 1937 herausgegeben und für die privaten jüdischen Volksschulen, welche von der *Reichsvertretung* finanziell unterstützt wurden, verbindlich gemacht. Bis zum Erlaß staatlicher Lehrpläne für die öffentlichen jüdischen Volksschulen erklärte sich der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. damit einverstanden, diese Richtlinien den staatlichen Lehrplänen für jüdische Volksschulen zugrundezulegen [137]. Daraufhin führte sie der Badische Minister des Kultus und Unterrichts in den öffentlichen jüdischen Volksschulen versuchsweise ein [138]. Da sich die Ziele der *Reichsvertretung* mit den von der Mannheimer jüdischen Gemeinde vorgetragenen Erziehungszielen decken, wird der Unterricht wohl auch vor 1937 in einer den Richtlinien der *Reichsvertretung* entsprechenden Form gehandhabt worden sein.

---

[134] Vgl. IGBl. 20. 5. 1936 »Die jüdischen Schulklassen« (M. Grünewald).

[135] IGBl. 22. 6. 1933 »Jüdische Erziehung in der Golah«.

[136] Zwei Gründe waren hierfür maßgebend. Erstens: Die Schule war Teil der Volksschule. Zwar war ihr »innerhalb des Lehrplans Freizügigkeit zuerkannt« worden (IGBl. 20. 5. 1936 »Die Jüdischen Schulklassen«. Ein entsprechender Erlaß ist nicht nachzuweisen), doch blieb der Lehrplan verbindlich. Ein zu offensichtliches Abrücken von seinen Inhalten hätte leicht staatlichen Behörden oder der NS Presse das Argument an die Hand geben können, auch die herkömmlichen Lehrfächer seien wegen der abweichenden Lehrgehalte als Privatunterricht zu betrachten, für den die israelitische Gemeinde selbst die Mittel aufbringen müsse. Schon jetzt war die Gemeindekasse durch die Zuschüsse zum erweiterten Religionsunterricht und durch die zusätzliche Anstellung von Lehrkräften so stark beansprucht, daß sich die Gemeinde gezwungen sah, für die zusätzlichen Unterrichtsfächer ein Schulgeld zu erheben (IGBl. 20. 5. 1936 »Die jüdischen Schulklassen«). – Zweitens: Es kam zwar auf Besinnung im weitesten Umfang an, doch wiesen die stetig wachsenden Anforderungen an die Lehrkräfte vor allem auf die praktische Ausbildung »des jüdischen Menschen« hin. Eine ausführliche theoretische Untermauerung und Diskussion mit den widerstrebenden Kräften der Gemeinde hätte nur die Kraft der überlasteten Pädagogen unnötig beansprucht. So ist es nur zu verständlich, daß man die Neugestaltung der einzelnen Unterrichtsfächer auch nicht der eigenen Öffentlichkeit unterbreitete, die wegen ihrer andersartigen Schultradition keine nennenswerten Anregungen hätte beisteuern können.

[137] Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft etc. E II e 2107, 29. 10. 1937, Normalia, Rassentrennung.

[138] Der Min. des Kult. u. Unt., 1. 12. 1937, Nr. B 44 387, Antisemitische Bewegung I.

Die *Richtlinien* gliedern das Fach Geschichte völlig dem Religions- und Hebräischunterricht an [139]. In der Unter- und Mittelstufe der Volksschule fordern sie ein ausführliches, möglichst im Urtext erfolgendes Studium der Bibel. Darauf aufbauend soll in der Oberstufe das jüdische Kalenderjahr mit seinen Festen erarbeitet werden. Dazu kommt die ausführliche Behandlung der Geschichte der Juden in Deutschland und vor allem die Aussprache über die jüdischen Gegenwartsfragen. Den Gegenwartsfragen hatte auch Heinrich Lemle unter dem Stichwort Soziologie großen Raum neben der Geschichte zubilligen wollen.
Der Deutschunterricht soll die sprachliche Schulung in der Muttersprache erreichen. In der jüdischen Schule sollten aber außer der in den deutschen Schulen üblichen Prosa und außer den herkömmlichen Gedichten »jüdische Lesestoffe behandelt werden, seien es Werke deutscher Dichter oder aber wertvolle Übersetzungen aus dem Schrifttum biblischer und nachbiblischer Zeit«.
Die musischen Fächer waren selbstverständlich eng in den jüdischen Lebenskreis einbezogen. In Musik wird vor allem der liturgische Gesang gepflegt; der Zeichenunterricht nimmt seine Themen unmittelbar aus dem religiösen Familien- und Gemeinschaftsleben sowie aus der Bibel. Für die Heimat- und Erdkunde fordert die *Reichsvertretung* das »Vertrautwerden mit den jüdischen Elementen der näheren und weiteren Umgebung«, um »eine bewußte Erkenntnis des Judentums vorzubereiten«. Vom vierten Schuljahr an sollten Stoffe aus der Geschichte der deutschen Heimat behandelt werden, vom fünften Schuljahr an rückt Palästina in den Mittelpunkt des Interesses. Bei der Behandlung anderer Länder sollten vor allem die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten besprochen werden. Morphologische oder tektonische Probleme traten also im Unterricht zurück, damit die der Auswanderung förderlichen Zusammenhänge eingehend dargestellt werden konnten.
Beispielhaft für die Art, den im Lehrplan geforderten Stoff mit jüdischem Inhalt zu verbinden, ist eine im Gemeindeblatt veröffentlichte Studie zum Heimatkundeunterricht des dritten Schuljahrs [140]. Die Getreidegewinnung z. B. nimmt ihren Ausgang von 5. Mose 25, 4 und führt zur Betrachtung der Dreschgewohnheiten im vorderen Orient. Des weiteren wird die Brotgewinnung in Anlehnung an 1. Mose 18, 5 und 2. Mose 12, 15 und 12, 36 behandelt. Der Wert der Gastfreundschaft wird erarbeitet. Auch rein naturwissenschaftliche Themen wie die Morphologie des Rheingrabens sollen helfen, Palästinakunde zu treiben; im Unterricht hat der Lehrer einen Vergleich mit dem Formenschatz des Jordangrabens anzustreben.
So wie es für dieses Fach anhand von zwei Themen dargelegt ist, werden unter der Anleitung der Rabbiner in allen Unterrichtsgegenständen mannigfache Verbindungen zum Judentum hergestellt worden sein. Daß die Zurückführung zu jüdischem Wesen in einer die Leiter der Gemeinde voll befriedigenden Weise geschah, erhellt daraus, daß Rabbiner Lauer auf die Weiterführung der unteren vier Schulklassen

---

[139] Zu didaktischen Problemen des Hebräischunterrichts siehe IGBl. 17. 1. 1934 »Die Stellung des Hebräischen in der jüdischen Elementarschule«.
[140] IGBl. 24. 6. 1937.

in der *Klausstiftung* verzichtete. Ihre Aufgaben wurden von der halbstaatlichen jüdischen Volksschule wahrgenommen [141].

Auf diesem Fundament konnte die Gemeinde das neunte Schuljahr aufbauen. Max Grünewald schreibt: »Es handelt sich ... nicht ... um eine Fortsetzung der achten Klasse und nicht um eine Entsprechung gegenüber der Parallelklasse einer höheren Schule. Es soll vielmehr denjenigen, die unmittelbar oder mittelbar vor der Vorbereitung für die Auswanderung stehen bzw. vor dem Eintritt in eine Berufslehre ... eine allgemeine Wissensgrundlegung und spezifisch jüdische Erziehung vermittelt werden ... Die Fächer ... sind: Iwrith, Jüdische Geschichte, Tenach, Englisch, Deutsch, Allgemeine Geschichte, Geographie, Mathematik, Chemie, Physik, Buchführung, Wirtschaftskunde, Körperkunde, Werkunterricht, Singen, Sport, Turnen« [142]. Die Stundenzahl zeigt deutlich die Schwerpunkte des Unterrichts: Hebräisch war als einziges Unterrichtsfach mit fünf Wochenstunden angesetzt, der israelitische Religionsunterricht, eine wesentliche Ergänzung zum Hebräischen, mit vier Stunden, so daß neun Unterrichtsstunden allein der Verankerung der Schüler im Judentum dienten. Ferner standen auch in den Fächern Deutsch (vier Stunden), Geschichte (zwei Stunden) und Geographie (zwei Stunden) entsprechend der Grundausrichtung der Schule die Probleme des Judentums im Mittelpunkt, so daß unmittelbar oder mittelbar 17 Stunden der Pflege jüdischen Geistesgutes dienten. An zweiter Stelle stand eine möglichst umfassende Vorbereitung auf die Auswanderung. Rechnen, Wirtschaftskunde und Buchführung (insgesamt fünf Stunden) vermittelten allgemein gut verwertbare Kenntnisse und die englische Sprache (vier Stunden) war in den bevorzugten Auswanderungsländern sowie in Palästina unentbehrlich. Ein handwerklicher Unterricht bei Knaben schuf Grundkenntnisse, die für Landwirte und Gelegenheitsarbeiter in wenig entwickelten Auswanderungsländern von Nutzen sein konnten [143]. Die Stundentafel des Jahres 1938 weist einige charakteristische Änderungen für das neunte Schuljahr auf. Sie zeigen, daß der Unterricht mit seiner starken Konzentrierung auf das jüdische Geistesgut nicht durchgeführt werden konnte. Für Hebräisch, Biblische Geschichte und Judentumskunde waren im Lehrplan des Jahres 1936 nur noch insgesamt fünf Wochenstunden vorgesehen. Die Einführung des Faches *Jüdische Geschichte und Palästinakunde* milderte diese Einbuße nicht wesentlich, weil der Geographieunterricht, der auf Palästina ausgerichtet war, ebenfalls gekürzt wurde. Ferner schränkte die Gemeinde den Deutschunterricht ein, weitete aber den Werkunterricht und Englischunterricht aus [144]. Allerdings brachten jene Schüler, die die jüdische Volksschule besucht hatten, größere Kenntnisse der israelitischen Religion und Volksgeschichte mit als die, die 1936 erstmals in die neunte Schulklasse aufgenommen worden waren.

Der Religionsunterricht. Der Religionsunterricht, der in der jüdischen Schule im Zentrum des Lernens stand, war darüber hinaus das verbindende Glied zu jenen

[141] IGBl. 20. 5. 1936 »Die jüdischen Schulklassen«.
[142] IGBl. 20. 5. 1936.
[143] Schreiben des Synagogenrats Mannheim an das Stadtschulamt Mannheim (Abschrift) vom 3. 6. 1936, 16/67 – 21.
[144] Veröffentlichung der Aufstellung IGBl. 10. 2. 1938 »Das 9. Schuljahr«.

Juden, die nicht den Vorteil hatten, der von der Gemeinde geleiteten Volksschule anzugehören [145].

Wie die Akten des Karl-Friedrich- und des Lessing-Gymnasiums zeigen, konnte auch nach der *Machtergreifung* der Unterricht in der herkömmlichen Form erteilt und vom Stadtrabbinat überwacht werden. Die Volksschüler faßte die Gemeinde [146], soweit sie nicht zum Religionsunterricht der *Klausschule* angemeldet waren, im Schuljahr 1933/34 in der Luisen-, Pestalozzi- und Friedrichschule zusammen [147].

Vom Staat wurden die Religionslehrer nach den für alle Religionsgemeinschaften geltenden Richtlinien entlohnt. Um jedoch einen intensiven Unterricht zu ermöglichen, ging die Gemeinde über die vom Staat vergütete Stundenzahl wesentlich hinaus und bestritt den Differenzbetrag aus der israelitischen Gemeindekasse [148].

Schmerzlich traf es die Gemeindeführer, als das Kultusministerium für das Schuljahr 1934/35 anordnete, den israelitischen Religionsunterricht an den Volksschulen nicht mehr wie bisher parallel zum christlichen zu erteilen, sondern in die Nachmittagsstunden zu verlegen [149]. Um eine übermäßige Belastung der Schüler zu vermeiden, verkürzten die Gemeindeführer zunächst die Stundenzahl [150]. Nachdem im Jahre 1936 der staatlich unterstützte Religionsunterricht ganz eingestellt worden war, trug ihn die Gemeinde völlig selbständig [151].

Das intensivierte religiöse Gemeindeleben half den Schülern, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Da jedoch das jüdische Kind am Leben der deutschen Schule keinen Anteil mehr hatte, lag es nahe, die Rückführung des Schülers auch durch eine stärkere Beachtung der jüdischen Religionsgesetze zu erleichern. So ruhte von Anfang an am Sabbat auf Wunsch der Eltern in den jüdischen Schulklassen der Unterricht [152].

Doch über die jüdische Volksschule hinaus gab der nationalsozialistische Staat ungewollt den israelitischen Gemeinden die Möglichkeit, die Jugend am Sabbat zu

---

[145] Im Schuljahr 1934/35 nahmen an den Mannheimer Schulen insgesamt 773 Schüler am israelitischen Religionsunterricht teil; (davon 64 an der jüdischen Volksschulklasse). Einzelaufstellung IGBl. 30. 7. 1934, S. 10.

[146] Hierzu Schreiben des Stadtrabbinats vom 4. 12. 1933 und Schreiben des Lessing-Gymnasiums vom 6. 12. 1933. Akten Lessing-Gymnasium XVIII a, 1905–1936.

[147] Pläne veröffentlicht in: IGBl. 22. 6. 1933.

[148] Am Lessing-Gymnasium standen z. B. den israelitischen Schülern fünf bezahlte Religionsstunden zu. Es wurden zwölf erteilt. Akten Lessing-Gymnasium XVIII a 1905–1936, 7. 11. 1933. Einzelheiten über den israelitischen Religionsunterricht am Lessing-Gymnasium siehe XVIII b I. Teil 31. 12. 1942; 18. 6. 1934;5. 7. 1934; 25. 8. 1934 – 21. 9. 1934; 17. 10. 1934; 6. 6. 1935.

[149] Ferner sträubten sich einige badische Gemeinden gegen die Bereitstellung von Unterrichtsräumen. Sauer I, Nr. 262 und 269.

[150] IGBl. 28. 2. 1934 »Eine Vorbemerkung zum Religionsunterricht an den Volksschulen für 1934–1935«.

[151] Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 9462 vom 3. 4. 1936. Ferner durften keine Räume mehr zur Verfügung gestellt werden und die Noten nicht mehr in die Zeugnisse eingetragen werden. Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. B 13 340 vom 22. 4. 1936, Normalia, Rassentrennung. Urschrift: Generalia, Israelitischer Religionsunterricht.

[152] Bericht des Stadtschulamts vom 7. 5. 1934, Schuldienst I.

sammeln, indem im August 1934 der Sonnabend zum schulfreien Tag für die *Hitlerjugend* (HJ) erklärt wurde [153]. Die nicht der *HJ* angehörigen *arischen* Schüler mußten pflichtgemäß am Unterricht in nationalsozialistischer Ideologie teilnehmen, von dem die Juden befreit waren [154]. Im übrigen wurde der Samstagvormittag mit Sport- und Werkunterricht ausgefüllt, dem die jüdischen Schüler fernbleiben durften. Zur Enttäuschung der Gemeindeleitung nahmen nur wenige Eltern die Gelegenheit wahr, mit ihren Kindern einen jüdischen Sabbat zu feiern. Obgleich die jüdischen Schüler vom inneren Leben der Schule ausgeschlossen waren, scheuten sich die Eltern, die natürliche Konsequenz zu ziehen und eine äußere Trennung herbeizuführen [155].

Für den heutigen Betrachter ergibt sich die Frage, warum die Mannheimer Gemeindeführer keine alle Bildungsstufen umfassende Schuleinrichtung ins Leben riefen. Ein jüdisches Gymnasium hätte zwar nicht Ausbildungsstätte für jene begabten Jugendlichen sein können, die wegen des *Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* keine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhalten konnten [156], doch hätte in ihm die künftige jüdische Führungsschicht sich frei entwickeln [157] und aus der deutschen Bildungstradition gelöst werden können [158]. Derartige Hoffnungen zerstörte schon im Jahre 1934 ein Erlaß des Reichsministers des Innern, der die Neueinrichtung von Judenschulen (außer Volksschulen) grundsätzlich untersagte [159].

Die Regsamkeit der Mannheimer Gemeindeführer betrieb jedoch ein weitergehendes Projekt: die jüdische Schule verlangte den jüdisch gebildeten Lehrer. Ferner wurden seit 1935 *Nichtarier* zur Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Lehranstalten in Baden nicht mehr zugelassen [160]. Da sowohl die verantwortlichen Stellen in Karlsruhe wie die Masse der jüdischen Bürger nicht mit dem bevorstehenden Ende des deutschen Judentums rechneten, mußten sie auf geeigneten Lehrernachwuchs bedacht sein [161]. In den schöpferischen Monaten nach

---

[153] In Preußen hatte der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bereits durch Erlaß U II G Nr. 3839/33 vom 16. 3. 1934 den Schulbesuch jüdischer und adventistischer Kinder geregelt. An Samstagen durften die Kinder beider Konfessionen dem Schulunterricht fernbleiben. Die jüdischen Kinder wurden darüber hinaus an den hohen jüdischen Festen für zwei Tage vom Unterricht befreit. Antisemitische Bewegung I.

[154] IGBl. 12. 10. 1934 »Gebt unserer Jugend den Sabbat zurück«.

[155] IGBl. 21. 9. 1934 »Der schulfreie Sabbat«.

[156] Da die erste Durchführungsverordnung zum Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. 4. 1933 den Anwendungsbereich des Gesetzes auch auf die Privatschulen ausdehnte, war es sinnlos, aus diesem Grunde eine solche Einrichtung zu schaffen.

[157] Zum Übertritt jüdischer Schüler in die von der Gemeinde getragene Volksschule siehe Bericht des Stadtschulamts vom 26. 3. 1936, Schuldienst I.

[158] Vgl. IGBl. 10. 6. 1936 »Schulprobleme«.

[159] Der Reichsminister des Innern III 3003/3.2, 18. 4. 1934 Generalia, Antisemitische Bewegung I. – Weiterer Prüfung blieb es vorbehalten, ob die Einrichtung von Schulen zugelassen werden sollte, in denen Juden für die Übernahme von Berufen im Ausland ausgebildet werden konnten.

[160] Der Minister des Kultus und Unterrichts 22. 8. 1935 Nr. B 28 821. GLA 235/4872.

[161] Der Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft etc. Nr. E II e 1564 (b) vom 2. Sep-

der *Machtergreifung* hatte sich der Vorstand der Mannheimer Gemeinde trotz des Fehlens einer jüdischen Privatschule intensiv bemüht, eine *Schule für Judentumskunde* zu begründen, bei der allerdings vorerst an eine Weiterbildung schon im Berufsleben stehender Lehrer gedacht war. Es sollten vor allem die jüdischen Lehrkräfte, die kein eigentlich jüdisches Fach unterrichteten, zum Judentum in engeren Kontakt kommen, um eine denkbar konzentrierte jüdische Erziehung zu ermöglichen [162]. Diese Einrichtung zu einer Lehrerbildungsanstalt zumindest für Volksschullehrkräfte zu erweitern, wäre nur ein kleiner Schritt gewesen. Der Lehrplan war in Umrissen bereits festgelegt. Aber obgleich Ludwig Tietz und die *Reichsvertretung* die Finanzierung sicherstellten und die Verhandlungen mit den Dozenten zu einem positiven Resultat geführt hatten, scheiterte der Plan aus bisher nicht ganz geklärten Gründen [163].

Zusammenarbeit mit staatlichen und städtischen Stellen. Die staatlichen Organe erwiesen sich in der Zusammenarbeit mit den Trägern des jüdischen Schulwesens als korrekt und, wie die Akten zeigen, in Einzelfällen als entgegenkommend [164].
Diese Feststellung darf allerdings nicht zu der Meinung verführen, das Kultusministerium habe eine judenfreundliche Politik verfolgt. Es handelte nur entsprechend der in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* verfolgten Politik, sich mit den Juden als einer fremdartigen Bevölkerungsgruppe unter Zubilligung gewisser Sonderrechte zu arrangieren. Selbst wenn sich das Kultusministerium gelegentlich in Schreiben und Erlassen gegen Entscheidungen nationalsozialistischer Stellen wandte, handelte es sich stets nur um die Richtigstellung eines klaren Rechtsverhältnisses oder um die konsequente Durchführung der *Rassen*trennung auf schulischem Sektor.
Zum Beispiel bemühte sich im Jahre 1937 das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Oberrat, die *Rassen*trennung auch in den Kleingemeinden zu fördern. Im Gegensatz zu Mannheim wurden in anderen badischen Orten die jüdischen Schüler der benachbarten Kleingemeinden ohne wesentliche Schwierigkeiten aufgenommen [165]. Obgleich die Stadtverwaltung Mannheim für Schulräume oder Lehr-

---

tember 1937 (Generalia, Antisemitische Bewegung I) regelt im Abs. IV Ziffer 2 vorläufig das Ablegen von Prüfungen. Die Ausbildung der Lehrkräfte für jüdische Schulen sollte im Anschluß an die gesetzliche Neuregelung des jüdischen Schulwesens neu geordnet werden.
[162] Einzige Veröffentlichung zu diesem Projekt im IGBl. 15. 3. 1934 »Ein gescheiterter Plan«.
[163] Als Leiter dieser Schule war Martin Buber geworben worden. Das IGBl. schreibt a. a. O. »Das Kapitel Lehrerbildungsanstalt darf als erledigt gelten. Pflichtgemäß wird hier davon Mitteilung gemacht«. Der Briefwechsel Martin Bubers (betr. die Schule für Judentumskunde) mit der Reichsvertretung (Leo Baeck), der Mannheimer Gemeinde und Privatpersonen befindet sich in der Nationalbibliothek Jerusalem. Fotokopien wurden dem Stadtarchiv Mannheim freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Zwei Briefe Bubers an Otto Hirsch sind veröffentlicht in: Martin Buber »Der Jude und sein Judentum« S. 611.
[164] Schreiben des Rabbiners M. Grünewald vom 17. 12. 1964 D 9–3.
[165] Weitere Ausnahme: Heidelberg, und zwar wegen eines Schulgelds, welches die Stadt Heidelberg von den von auswärtigen Gemeinden anreisenden Schülern erheben wollte.

kräfte keinerlei zusätzliche finanzielle Belastung zu befürchten hatte, weigerte sich Bürgermeister Renninger, dem Antrag des Synagogenrats, auswärtigen jüdischen Schülern den Besuch der Mannheimer Anstalt zu gestatten, zuzustimmen. Da es »durchaus der Absicht der Schulverwaltung« entspreche, »die Schüler der jüdischen Minderheit soweit als irgend möglich von der Grund- und Hauptschule getrennt zu unterrichten und in Sammelklassen zusammenzufassen«, wandte sich das Kultusministerium über das Stadtschulamt vermittelnd an Oberbürgermeister Renninger [166]. Dieser beharrte jedoch auf seiner strikten Ablehnung, da er es nicht verantworten könne, die »Ansammlung von Juden in Mannheim ... zu begünstigen, ... zumal die Erhöhung der jüdischen Schüler in Mannheim mit allen Mitteln vermieden werden sollte«.

Über den Verkehr mit den städtischen Behörden lassen sich kaum gesicherte Aussagen machen. Da sich Rabbiner Grünewald, der zumeist den Verkehr mit den Behörden abzuwickeln hatte, an keinerlei Schwierigkeiten aus seiner Amtszeit erinnert, darf hier auf das für diese Zeit typische »korrekte« Verhalten geschlossen werden. Das angeführte Beispiel zeigt allerdings den erklärten Willen des Mannheimer Oberbürgermeisters, die Juden nach Möglichkeit zu verdrängen [167].

Das Verhältnis der um das K 2-Quadrat wohnenden Bevölkerung zur jüdischen Schule war nach Aussagen Beteiligter gut. Belästigungen jüdischer Schüler sind nicht bekannt. Allerdings waren diese auch von Schule und Elternhaus angewiesen, sich stets unauffällig und sehr gesittet zu betragen, damit ihnen nicht die im *Hakenkreuzbanner* so nachdrücklich angeprangerte »echt jüdische Frechheit« als Antwort auf harmlose Schülerspiele und Balgereien, wie sie vor jeder Schule anzutreffen sind, vorgeworfen werden konnte.

Obgleich es selbstverständlich sein sollte, bleibt es bei der Atmosphäre jener Jahre bemerkenswert, daß diese Einrichtung nie öffentlich angegriffen wurde und daß auch keine Beschwerden der Nachbarschaft vorliegen. Die Absonderung der jüdischen Schüler war eine Entwicklung, wie sie unter den bestehenden Zeitverhältnissen vom Oberrat befürwortet wurde. Den *arischen* Bürgern war in der Mehrheit die Absonderung der Juden gleichgültig oder nicht unangenehm und die nationalsozialistischen Extremisten fanden noch keinen Anlaß, eine weitergehende »Lösung« voranzutreiben; dabei darf als sicher angenommen werden, daß diese in der Mannheimer Bevölkerung auf Abneigung gestoßen wäre.

Der Minister des Kultus etc. Karlsruhe 27. 12. 1935 Nr. B 43 508; Normalia, Rassentrennung.

[166] Der Minister des Kultus etc., 27. 12. 1937 Nr. B 47 457.

[167] Ein weiteres Beispiel: Die Bemühungen des Oberbürgermeisters, der Gemeinde das ohnehin in schlechtem Zustand befindliche K 2 Schulhaus zu nehmen. (Hierzu Schreiben des OB vom 23. 12. 1938, Abschrift: Schuldienst I; Lohrer, Gerweck IV, S. 478 sowie Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft etc. E I b 462 (b) vom 14. 8. 1939, veröffentlicht im Amtsblatt des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung vom 5. 9. 1939, Jg. 5/17, S. 454 f.).

4. Die Auswanderung

Es kann nicht Aufgabe dieses Abschnitts sein, die Aufnahmemöglichkeit der vielen Gastländer, die von Mannheimer Bürgern aufgesucht wurden, im einzelnen darzustellen. Die Einwanderungsbedingungen der meisten Länder änderten sich in den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg häufig, so daß es schon damals nur dem Fachmann möglich war, diese zahlreichen, oft ohne vorherige Ankündigung erfolgenden Änderungen in der Einwanderungspolitik zu verfolgen. Und auch für diese Fachleute gab es noch Überraschungen. Beispielsweise wurden 1936 kurzfristig die Grenzen Paraguays für alle Juden ohne Unterschied gesperrt. Selbst die, die bereits die Reise angetreten hatten, wurden trotz gültiger Einreisepapiere nicht eingelassen [1].

Klarheit über die Einwanderungspolitik der einzelnen Länder kann nur das umfassende Studium der Akten des betreffenden Staates bringen. Das wird jedoch erst nach Ablauf der üblichen Sperrfristen jener Akten, also wohl im Jahre 1990 (50 Jahre) möglich sein. Alle anderen Äußerungen sind zu sehr von der Zufälligkeit der Überlieferung abhängig und würden ein falsches Bild ergeben.

Die ausgesprochen schwierige Ordnung der Vermögensverhältnisse von jüdischen Auswanderern, die aufgrund einer sich immer mehr verschärfenden Gesetzgebung, die dem Emigranten nur einen Bruchteil seines Vermögens beließ, erfolgte, bedarf noch eingehender Untersuchungen. Das in Mannheim zusammengetragene Material bestätigt Punkt für Punkt die allgemeinen Ausführungen im Gutachten des *Instituts für Zeitgeschichte* [2]. Eine eingehende Studie dieses Problems müßte auf den Akten der Landesfinanzämter, bei denen die Devisenstellen eingerichtet waren, basieren. Diese Akten sowohl wie das Schriftgut der städtischen Finanzbehörden wurden durch Kriegseinwirkung vernichtet. So erscheint es wenig aussichtsreich, diese komplizierten Fragen aufgrund des nur bruchstückhaft vorhandenen Quellenmaterials im Rahmen einer Geschichte der Juden Mannheims zu klären. Andere lokale oder regionale Untersuchungen können zu diesen Fragen bessere Beiträge liefern.

Der von den zionistischen und orthodoxen Kreisen getragene Aufbau Palästinas geschah wesentlich aufgrund der Initiative überregionaler Einrichtungen. Der Anteil Mannheims am Aufbau Palästinas kann nicht gesondert erfaßt werden.

Sinnvoll erscheint dagegen ein Blick auf die *Verwertungsstelle für das volksfeindliche Vermögen*. Das Umzugsgut der emigrierten Mannheimer Bürger wurde zum Teil rheinabwärts nach Rotterdamm transportiert, um von dort nach Übersee verladen zu werden. Soweit dieses Gut beim deutschen Einmarsch 1940 noch in Rotterdam lag, wurde es beschlagnahmt und zum Großteil durch die *Verwertungsstelle für das volksfeindliche Vermögen* veräußert bzw. versteigert. Für keine andere

---

[1] IGBl. 3. 12. 1936 »Einwanderung nach Paraguay gesperrt«. Die beste und umfassende Darstellung der Auswanderung, die unter Verarbeitung aller bisher erschienenen Literatur geschrieben wurde, gibt P. Sauer, Schicksale S. 118–250.

[2] Graml, Gutachten S. 79 ff. Eine kleine Einschränkung aufgrund des Mannheimer Materials siehe Abschnitt II, Kapitel 2, Anmerkung 25.

deutsche Stadt lassen sich diese Vorgänge hinreichend rekonstruieren [3]. So soll über die Verwertungsstelle im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die gegen Juden oder jüdische Habe ergriffen wurden, berichtet werden.
In der Auswanderungsbewegung der Mannheimer Bürger müssen drei verschiedene Gruppen unterschieden werden:
1. die wegen unmittelbarer Bedrohung erfolgende Flucht,
2. das aufgrund staatlicher Gesetzgebung erfolgende Verlassen Deutschlands,
3. die organisierte, wohl vorbereitete Auswanderung.

Zu 1: Gleich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden etliche Verhaftungen durchgeführt und vor allem die Führer der SPD in *Schutzhaft* genommen [4]. Zahlreichen Persönlichkeiten gelang die Flucht. Hier wirkte sich die Tatsache, daß das Saargebiet damals noch nicht »heimgekehrt« war, für Mannheimer Verfolgte vorteilhaft aus. Bis zur Rückgliederung im Jahre 1935 retteten sich die überstürzt Fliehenden fast ausschließlich nach Saarbrücken und versuchten, von dort nach Frankreich zu emigrieren. Die beschleunigte und illegale Auswanderung führte zwar einige bedeutende Persönlichkeiten aus der Stadt, sie blieb aber auf Einzelfälle unmittelbarer Bedrohung beschränkt, fällt also zahlenmäßig kaum ins Gewicht.

Zu 2: Das Gesetz über den *Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933* schuf die Handhabe, Einbürgerungen, welche zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 vorgenommen waren, rückgängig zu machen [5]. In Mannheim wurden etwa 600 Bürger von diesem Gesetz betroffen [6]. Es handelte sich zumeist um Juden aus dem ehemaligen russischen Reich oder der Donaumonarchie, die sich häufig schon vor 1914 in Deutschland angesiedelt hatten. Nur wenige und dann fast ausschließlich in Westeuropa – häufig im Elsaß – geborene Juden konnten erreichen, daß ihre Ausbürgerung rückgängig gemacht wurde [7]. So verloren fast zehn Prozent der Mannheimer Juden in den Jahren bis zum Krieg den Schutz der deutschen Staatsangehörigkeit. Im Jahre 1938 fand dann bereits die erste Deportation statt. Bevor die pol-

---

[3] Zur Quellenlage in den anderen mit Umzugsgut versorgten Städten siehe die Schreiben der zuständigen Behörden und Archive von Köln, Münster und Lübeck, D 9–3.
[4] Liste der Schutzhaftgefangenen sowie der Flüchtlinge in einem Zeitungsausschnitt unbekannter Provenienz bei Wiedergutmachungsakten Franz Hirschler. EK 7000/A.
[5] RGBl. I, S. 480.
[6] Ausbürgerungslisten in Akten des Städt. Untersuchungsamts, Verfügungen des Oberbürgermeisters 1932–1938. Verfügung vom 23. 7. 1935, Verfügung vom 17. 9. 1935, Verfügung vom 12. 3. 1936, Verfügung vom 17. 9. 1936, Verfügung vom 30. 5. 1938.
[7] Widerruf von Ausbürgerungen in den Akten des Städt. Untersuchungsamts, Verfügungen des Oberbürgermeisters 1932–1938. Verfügungen vom 17. 9. 1936, 24. 8. 1937, 30. 5. 1938. Einzelfall: Ausbürgerung Irwin Schwarz, 15. 10. 1935, 16/67 – 4. Schmähartikel mit Namen prominenter Ausgebürgerter HB 12. 6. 1935. Zu diesen Ausbürgerungen im Inland lebender Personen kommt natürlich die große Anzahl der Bürger, die sich im Ausland aufhielten und zumeist in den ersten Kriegsjahren die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

nische Regierung einer Anzahl von Staatsangehörigen, die fünf Jahre hindurch keine Verbindung mit Polen gehabt hatten, die polnische Staatsangehörigkeit entzog, wollte sich die Reichsregierung von *rassisch unerwünschten Elementen* befreien [8]. Nur durch die Ausbürgerungspolitik der Reichsregierung ist es zu erklären, daß bis zum Oktober 1935 etwa zehn Prozent der Mannheimer Ostjuden die Stadt verließen und als sogenannte »Rückwanderer« freiwillig in die ebenfalls judenfeindlichen Länder Ostmitteleuropas, vor allem nach Polen zogen [9].

Zu 3: Die organisierte Auswanderung der Juden war schon zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für die entsprechenden Behörden und Gemeinden statistisch kaum zu erfassen. Zu vielfältig waren die Wege der Emigration, die häufig nicht von der Heimatgemeinde, sondern von einer Großstadt oder von einem Zwischenland aus durchgeführt wurde. Auch die heute angestellten statistischen Erhebungen aufgrund der Meldekarteien und der Angaben der Wiedergutmachungsämter enthalten notwendig zahlreiche vom Material herrührende Unsicherheiten und Fehlerquellen. Die Mannheimer Gemeinde hatte dank der Initiative der Gemeindeleitung und des Wohlfahrtsamtes eine eigene Statistik, von der Ausschnitte im Gemeindeblatt veröffentlicht wurden; auch diese rechnet mit einer Fehlerquelle von zehn Prozent und erfaßt nur Fälle, in denen Gemeindeglieder Deutschland verließen. Somit sind bei allen folgenden Zahlenangaben die skizzierten Einschränkungen im Auge zu behalten.
Welche Gesichtspunkte waren nun für die Verfolgten bei einer Auswanderung bestimmend?
Ein gewiß berufener Vertreter des Judentums, Nahum Goldmann, führte in Mannheim in einem Vortrag »Das jüdische Volk in der Weltkrise« am Vorabend der *Machtergreifung* aus [10]: »In Nordamerika hat die Situation der Juden in den letzten Jahren ebenfalls eine völlige Wandlung erfahren. Heute ist in Amerika ein Wirtschaftsantisemitismus entstanden, der eine radikale Veränderung der jüdischen

[8] Zur Ausweisung der polnischen Juden Sauer II, Nr. 286 ff. Höhnischer Bericht über eine Deportation: HB 29. 10. 1938 »und der ›Dade‹ nahm Abschied von Mannem«. *Dok. 34.*
[9] Zahlenangabe im IGBl. 2. 10. 1935 »Über die Auswanderung der Mannheimer Juden seit 1933«. Über die Hälfte der »Ostjuden« zog – abweichend von der Statistik über die Juden insgesamt – nach Palästina. Die jüdischen Wanderungsorganisationen waren nach 1933 wesentlich mit durch die besorgniserregende Entwicklung in Polen in Anspruch genommen. Wegen der wachsenden antisemitischen Haltung der Warschauer Regierung und der wirtschaftlichen Verelendung wanderten von dort etwa 100 000 Juden aus. Graml, Gutachten S. 80.
[10] IGBl. 23. 11. 1932. Auf einen anderen Gesichtspunkt weist ein Referat Paul Eppsteins hin, welches er vor dem zionistischen Gruppenverbandstag hielt. Im Gemeindeblatt heißt es dazu (1938!): »Mit allem Nachdruck warnte der Referent vor sinnloser und überstürzter Auswanderung, die nur dazu führen muß, die Lage der bereits ausgewanderten Juden noch zu verschärfen.« – Ebenfalls aus dem Jahre 1938 stammt eine Verlautbarung (IGBl. 3. 8. 1938) in der es unter dem Titel »Judenfrage in den Vereinigten Staaten« heißt: »Es gibt drüben keine Theorie des Antisemitismus, es gibt kein Prinzip und keinerlei politische Organisation in diese Richtung. Aber der gefühlsmäßige Antisemitismus ist in weitesten Kreisen verbreitet und bestimmt auch weitgehend die Handlungen großer Massen.«

Situation bewirkt. Ein Antisemitismus, dem der deutsche nicht an Vehemenz zu vergleichen ist, der auf den amerikanischen Universitäten den numerus clausus durchgeführt hat, läßt die Juden Amerikas die Leiden des Globus auf die furchtbarste Art verspüren«.

Nur wenige Monate nachdem diese Worte in Mannheim gefallen waren, war die Stellung der deutschen Juden erschüttert, Hitler an der Macht und der erste umfassende Boykott in Szene gesetzt.

Dem von Nahum Goldmann gemalten düsteren Bild jenes Landes, dem die Sympathien der meisten Juden galten und das die Mehrzahl der aus Mannheim stammenden Emigranten aufnahm, entsprach die einwanderungspolitische Lage in den anderen hoch entwickelten, Deutschland in ihrer Struktur am meisten ähnelnden Ländern.

Zwei Momente waren somit bestimmend für die Haltung der eingesessenen Mannheimer Bürger zu Auswanderungsfragen:

1. Trotz der Diffamierungen, welche die den Staat verkörpernde Partei ausstreute, ließen die zahlreichen Dementis, wonach die Juden nicht aus der Wirtschaft verdrängt werden sollten, die Existenz in Deutschland gesicherter erscheinen als in einem fremden Land.

2. Gespräche mit Emigranten zeigen, daß in Mannheim allgemein die Überzeugung verbreitet war, die politische Lage würde sich bald ändern und eine neue Emanzipation würde Platz greifen. Stets wird als die damals herrschende Auffassung angesehener Gemeindeglieder der Satz angeführt »Gestrenge Herren regieren nicht lange«.

Neben der einseitigen Berufsstruktur erschwerte die starke Überalterung der deutschen Judenheit die Emigration in die unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise leidenden westlichen Länder sehr. Nach einer Angabe des Gemeindeblattes betrug das Durchschnittsalter der deutschen Juden im Jahre 1935 45 Jahre [11].

Für die organisierte Auswanderung ergibt sich, daß in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* Palästina an der Spitze der Länder stand, in die jüdische Emigranten einwanderten. Der Aufbau Palästinas war für die Gemeindeleitung der Blickpunkt, auf den sie ihre Arbeit in Sachen Auswanderung vornehmlich ausrichtete. Er blieb dank diesen Bestrebungen auch stets im Blickfeld der Juden, die eine

[11] IGBl. 16. 10. 1935 »Rabbiner Dr. Joachim Prinz in Mannheim«. Diese hohe Zahl wird gestützt durch die Angaben, die Sauer (Schicksale S. 24 ff.) bereits für das Jahr 1933 macht. – Der besorgniserregenden jüdischen Bevölkerungsentwicklung widmet das Gemeindeblatt besondere Aufmerksamkeit. Genaue Zahlenangaben für Baden und Mannheim finden sich im IGBl. 23. 8. 1934 »Die zahlenmäßige Entwicklung der jüd. Bevölkerung in Baden«; IGBl. 8. 11. 1934 »Die Bevölkerungsverhältnisse der Juden in Mannheim«; IGBl. 20. 2. 1935 »Mehr Särge als Wiegen«. – Ihren Höhepunkt erreichte die Überalterung der Juden im Krieg. Am 1. 2. 1940, also unmittelbar vor der Deportation, standen in Mannheim im Alter von:

1–15 Jahren	139 Personen	d. h. ca. 6 %
16–60 Jahren	1 125 Personen	d. h. ca. 47 %
über 60 Jahren	1 115 Personen	d. h. ca. 47 %
	2 379 Personen	

(Bevölkerungsstatistik aus dem Besitze von Dr. Kurt Weigert, 16/67–34).

Emigration planten. Aber seit etwa 1935, besonders seit 1938, verlor Palästina vollends seine Stellung als bevorzugtes Ziel der Auswanderer.

Auf den »Palästinaaufbau« wirkten in erster Linie die Gemeindeleitung und die Bünde hin. Die Gemeindeleitung sorgte für die geistige Zurüstung durch zahlreiche Vortragsabende und vor allem durch den Hebräischunterricht des Lehrhauses. Die zionistischen Bünde stellten die auswanderungswilligen Jugendlichen, die auf zionistischen Lehrgütern oder in Palästina selbst auf einen manuellen Beruf, wie er in einem unterentwickelten Land gebraucht wurde, vorbereitet wurden [12]. Die Auswanderung älterer Bürger blieb in der ersten Zeit nach der *Machtergreifung* auf die *Ostjuden* und einige wenige nationalbewußte alteingesessene Mannheimer beschränkt. Erst das *Havarah*-Abkommen machte die Auswanderung nach Palästina auch wirtschaftlich erwägenswert [13].

Eine Wende in der Auswanderungsbewegung dürfte gegen Ende des Jahres 1935 eingetreten sein, als die *Nürnberger Gesetze* einsichtigen Betrachtern zeigen mußten, daß der inzwischen fest etablierte NS-Staat eine dauernde Verdrängung der Juden plante. Überdies hatte die von SA und Partei inszenierte Schlägeraktion im Sommer 1935 die Mannheimer jüdische Bevölkerung aus ihrer (im Vergleich zu den jüdischen Bürgern anderer Städte) großen Ruhe und Zuversicht aufgeschreckt [14]. Beides schlug sich in einer erhöhten Auswanderungsbereitschaft, vor allem der jüngeren Altersgruppen, nieder. Die *Nürnberger Gesetze* hatten die Wichtigkeit einer alle Möglichkeiten erschöpfenden Auswanderung gezeigt. Daher wurden vom *Hilfsverein der Juden in Deutschland e. V.*, Berlin, im Reiche örtliche Beratungsstellen errichtet. Eine solche Zweigstelle zur Förderung der Emigration in alle Länder außer nach Palästina nahm unter der Leitung eines Volljuristen im Jahre 1936 auch in Mannheim ihre Tätigkeit auf [15]. Ihr Geschäftsbereich umfaßte außer dem Landkreis Mannheim die Pfalz, das Saargebiet und weite Teile Südhessens [16].

Über die bis zu diesem Wendepunkt erfolgte Auswanderung lassen sich aufgrund einer im Gemeindeblatt veröffentlichten Statistik manche Aussagen machen. Sie deckt sich in ihren nachprüfbaren Teilen gut mit heutigen Erhebungen, die nach den Angaben von Einwohnermeldekartei und *Wiedergutmachungs*bogen gemacht wurden [17].

---

[12] Einzelnes IGBl. 11. 12. 1933 »Jugendalijah«; IGBl. 30. 7. 1934 »Mannheimer in Erez Israel«. Zur Palästinawanderung der deutschen Juden siehe IGBl. 16. 10. 1935 »Rabbiner Dr. Joachim Prinz in Mannheim«.

[13] Einzelnes bei Graml, Gutachten S. 81, über Graml hinausgehendes Material im Stadtarchiv. – Einzelauswanderung nach Palästina, Beschaffung des Vorzeigegeldes etc. siehe Auswanderung Simon Awerbuch. Abschriften aus den (vernichteten) Akten des Landesfinanzamts in den Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim 1 a IS 6281/48. Bericht im HB 23. 5. 1935.

[14] Vgl. das diesbezügliche Schreiben des Rabbiners Raphael Geis vom 2. 2. 1965. Dieser kam 1934 von München nach Mannheim. Zur Aktion Rheinbad Herweck siehe S. 195 ff.

[15] IGBl. 24. 1. 1936 »Neue Auswanderer-Beratungsstelle des Hilfsvereins in Mannheim«.

[16] IGBl. 19. 2. 1936 »Hilfsverein der Juden in Deutschland e. V.«.

[17] IGBl. 2. 10. 1935. Die Aufbereitung der Mannheimer Meldekartei und die Auszählung der Wiedergutmachungsbogen nahm Herr Erich Kratz vor.

Palästina steht zu diesem Zeitpunkt mit 257 Einwanderern, das sind fast 40 Prozent der bis zum Herbst 1935 emigrierten Mannheimer, an der Spitze der Länder. Frankreich nahm 161 Mannheimer auf, und erst in weitem Abstand folgen die Vereinigten Staaten von Nordamerika (50 Emigranten) und die Niederlande (40 Emigranten). Aus diesen Zahlen folgt, daß die Juden als Pionierland, in welchem manuelle Berufe gefragt waren, fast ausschließlich Palästina wählten. In die später so wichtigen lateinamerikanischen Staaten waren zunächst nur 23 Mannheimer ausgewichen. Sieht man von der in erster Linie religiös motivierten Auswanderung nach Palästina ab, so tritt klar das Bestreben der Juden zutage, in einem westeuropäischen Land oder in den USA eine neue Heimat zu suchen.

Weitere charakteristische Aufschlüsse über die Auswanderung gibt die Betrachtung der Altersstruktur der Emigranten. Mehr als Dreiviertel von ihnen, aber nur gut die Hälfte der Mannheimer Juden insgesamt, waren jünger als 40 Jahre. Die Auswandernden kamen also nicht gleichmäßig aus allen Altersgruppen, sondern es waren vor allem die jüngeren Gemeindeglieder, die eine neue Existenz suchten.

Die erwähnten Ereignisse, die lokale Herweckbad-Aktion und die Reichsgesetzgebung, änderten die Situation: denn einmal gewöhnten sich auch Menschen mit materiell gesichert erscheinender bürgerlicher Existenz an den Gedanken einer notwendig werdenden Auswanderung; zum andern rückte der Wille, Deutschland um jeden Preis zu verlassen, bei allen Einsichtigen in den Vordergrund; bei einer Vielzahl allerdings erst nach den Ereignissen des Novembers 1938.

Das Jahr 1936 brachte wesentliche Veränderungen. Als Auswanderungsziel trat Palästina zurück, die USA, die bisher nur 7,5 Prozent der Mannheimer Auswanderer aufgenommen hatten, traten an die erste Stelle [18]. 140 Gemeindeglieder meldeten sich im Jahr 1936 nach Nordamerika ab. Der große Anteil der Vereinigten Staaten ist auf zwei Gründe zurückzuführen:

1. Die Jugendlichen, die nach Palästina drängten, hatten Mannheim zum großen Teil verlassen. Die Älteren, die sich nie als Angehörige einer anderen als der deutschen Nation empfunden hatten, zog es nicht dorthin. Sie wurden in Palästina auch weniger gebraucht.
2. Viele Mannheimer, die sich beim US-Konsulat in Stuttgart zur Auswanderung gemeldet hatten, besaßen Verwandte in den Vereinigten Staaten. Die starke Auswanderung von badischen und pfälzischen Juden zu Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Familienverbindungen mit der Neuen Welt geschaffen, die, häufig durch Geschäftsverbindungen intensiviert, jetzt ihre Früchte trugen [19]. Unschwer konnten manche geschäftlich tätigen Mannheimer Familien Bürgen stellen. Ferner standen sie nicht vor drückenden Existenzfragen, da sie durch Vermittlung

---

[18] Zahlen veröffentlicht IGBl. 10. 5. 1937 »Die jüdische Bevölkerung Mannheims im Jahre 1936«.

[19] Ein typisches Schicksal des Sprosses einer angesehenen Mannheimer Familie: Mary Jane Matz: The Many Lifes of Otto Kahn. London, New York 1963. Namentlich im Getreidehandel, in dem Mannheimer Juden führend waren, hatten sich entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen Mitglieder der führenden Familien in den amerikanischen Zentren des Getreidehandels angesiedelt.

oder gar in Betrieben der Verwandten trotz der in den Vereinigten Staaten herrschenden Arbeitslosigkeit ein Auskommen fanden. So konnten im Jahr 1936 allein 140 Mannheimer, d. h. 30 Prozent aller bei der Gemeinde registrierten Auswanderer, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Bleibe finden. Nur 81 Personen, d. h. 18 Prozent der Emigranten, siedelten nach Palästina über. Dagegen nahm jetzt Südamerika bereits zehn Prozent der Emigranten, d. h. 44 Personen, auf; Frankreich nahm dagegen nur noch 34 Emigranten auf (Rückgliederung der Saar), Europa insgesamt 155 Personen.

Die sich hier andeutende Gewichtsverschiebung blieb bei der nun folgenden Auswanderungsbewegung bestehen. Nur wurden, insbesondere nach der Kristallnacht, unterentwickelte Länder noch mehr bevorzugt. In der internationalen Zone von Shanghai wurden Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich ohne Einreisepapiere aufgenommen. Sie gewann an Bedeutung, obgleich es dort für Juden kaum eine Existenzmöglichkeit gab [20]. Doch die Praxis der *Gestapo*, verhaftete Personen zum Zweck der Auswanderung freizugeben, ließ viele diese letzte Möglichkeit ergreifen [21].

Das Schicksal von 8186 Mannheimer Bürgern (oder nach 1933 in Mannheim ansässig gewesener Bürger) konnte im einzelnen untersucht werden. Daraus ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Bis zum 31. Dezember 1936, also in den ersten vier Jahren nach der *Machtergreifung*, wählten 1425 den Weg der Auswanderung. In den folgenden zwei Jahren wanderten 1458 aus und bis zum 20. Oktober 1940 nochmals 1044.

Die Steigerung der Auswanderungsquote nach dem 31. Dezember 1938, also nachdem der Schock der Kristallnacht sich ausgewirkt hatte, tritt in dieser Übersicht aber noch nicht mit genügender Deutlichkeit hervor. Es ist zu berücksichtigen, daß nach Beginn des Krieges mit Polen eine Emigration nur noch in wenigen Ausnahmefällen möglich war. Demnach haben etwa 1000 Mannheimer Verfolgte in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 Deutschland verlassen.

Von den 3927 Bürgern, die zwischen 1933 und dem 20. Oktober 1940 Deutschland verlassen haben, nahm Amerika 2048, also gut die Hälfte der Emigranten auf (USA 1451, Lateinamerika 462; in der Meldekartei wird als Emigrationsziel häufig nur »Amerika« angegeben). Im europäischen Ausland verblieben 1159 Emigranten, Palästina nahm 551 Menschen auf und die übrige Welt 169. Die Zahl der nach Palästina Emigrierten dürfte jedoch wesentlich höher liegen, da an manchen Einzelschicksalen nachzuweisen ist, daß viele Emigranten, die sich nach Italien oder auch Frankreich abmeldeten, von dort ihre Auswanderung nach Übersee oder Palästina bewerkstelligten.

Ein Vergleich zwischen der Auswanderung von Juden aus Mannheim und derjeni-

---

[20] Einzelschicksale: Friedhaber Moritz EK 1844 (3½ Jahre im Ghetto Hongkef bei Shanghai); Kaim Margarete EK 12 281. – Zur Einwanderung in China und den Bedingungen in Shanghai siehe Sauer, Schicksale S. 244 und die dort zitierte, weiterführende Literatur.

[21] Entscheidung Himmlers: »Jüdische Schutzhäftlinge können grundsätzlich, wenn sie im Besitz von Auswanderungspapieren sind, entlassen werden«, zitiert nach Broszat »SS Staat II« S. 96. Einschränkungen siehe Abschnitt II, Kapitel 2, Anmerkung 25.

gen aus Deutschland insgesamt ergibt, trotz der großen Einschränkungen, die der Verfasser dieser Studie[22], Rosenstock, bei seinen Zahlenangaben macht, zwei Unterschiede:

1. kommt infolge der Erziehung der Mannheimer Gemeindeglieder Palästina eine etwas größere Bedeutung zu [23],
2. steigerte sich die Auswanderung der Mannheimer Juden nicht so langsam wie die der Juden des gesamten Reichs. Rosenstock gibt an [24], daß bis Mitte 1938 etwa 150 000 Juden Deutschland verließen und von da an, insbesondere nach den Pogromen im November 1938, nochmals bis zu 150 000 Juden. Die Auswanderungsstatistik der Mannheimer Bürger zeigt, daß die Zeit bis 1938 etwas besser genützt wurde [25].

Neben diesen von der jüdischen Gemeinschaft betreuten Auswanderern gab es Gruppen, die sich fremder, d. h. nicht von der Gemeinde organisierter Hilfe bedienten:

1. Die vermögenden Mannheimer Bürger hatten es verhältnismäßig leicht. Sie nahmen einen der bekannten Anwälte, die durch Schiffahrtsprozesse und internationale Geschäftstätigkeit über mannigfache Verbindungen verfügten, und ließen ihre Auswanderung dort bearbeiten. Auch hatten sich durch die Übersiedlung von Anwälten in wichtige Auswanderungsländer bald neue Verbindungen ergeben.
2. Die große Zahl der christlichen *Nichtarier* mit ihren *arischen* Familiengliedern sowie die Dissidenten bedurften fachmännischer Betreuung [26]. Die jüdischen Gemeinden hatten alle Hände voll zu tun und konnten sich nur in akuten Notfällen der nicht der Gemeinde angehörigen Verfolgten annehmen. Ein solcher Zeitpunkt war gekommen, als nach dem *Anschluß* Österreichs viele österreichische Politiker, namentlich Sozialdemokraten, sowie prominente Juden aus ihrer Heimat flohen. Da die österreichischen Grenzen ins Ausland scharf bewacht wurden, traten viele die Flucht nach vorn an: sie überschritten die alte deutsche Reichsgrenze und hofften, über die weniger scharf bewachten Grenzen im Westen Deutschlands zu entkommen. Obwohl viele dieser Flüchtlinge, die über Mannheim reisten, von der *Zentralstelle für Wanderfürsorge* unterstützt wurden, waren dies Ausnahmefälle, und die große Zahl derer, die keinen Anspruch auf die Hilfe der jüdischen Gemeinde hatten, erforderte eine weitergehende Regelung.

Auf Reichsebene schlossen sich die christlichen *Nichtarier* zum *Reichsverband christ-*

---

[22] Exodus 1933–1939 in: Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise S. 380 ff.

[23] Zahlenangaben Rosenstock, S. 389–392.

[24] a. a. O. S. 381.

[25] Weitere Vergleiche sind aus zwei Gründen unergiebig: einmal erweist sich bei sorgfältiger Nachprüfung, daß die Fehlerquelle größer ist als die durch einen Vergleich gewonnenen Differenzbeträge, zum andern wurden alle Mannheimer Unterlagen inzwischen in Stuttgart für eine Statistik des Landes Baden-Württemberg ausgewertet. Diese Statistik weist angesichts der zahlreichen Zu- und Abgänge etc. durch Zusammenführung des Materials eine größere Genauigkeit auf, so daß eine isolierte Betrachtung sich erübrigt.

[26] Bei 8186 aus rassischen Gründen verfolgten Mannheimern gehörten 183 der katholischen und 323 der evangelischen Religionsgemeinschaft an. 276 waren glaubenslos oder freireligiös.

lich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung zusammen. Dieser – später *Paulusbund* genannte – Verband übernahm die Wahrung der Interessen seiner Mitglieder [27]. Da er jedoch auf dem Standpunkt stand »Wir sind Deutsche. Deshalb lieben wir Deutschland als unsere einzige Heimat« [28], verhalf er »nur im äußersten Notfall« denjenigen, die in Deutschland keinen Wirkungskreis mehr finden konnten, zur Auswanderung [29]. Im Jahre 1937 schieden alle nach den *Nürnberger Gesetzen* als *Volljuden* zählenden Christen gemäß einer Auflage des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda aus dem Verein aus [30]. Damit waren diejenigen Verfolgten der Hilfe einer Organisation zur Förderung ihrer Auswanderung beraubt, die sie bei der sich ständig verschlechternden Lage am nötigsten gebraucht hätten.

Da die beiden großen Konfessionen in ihrer Unsicherheit und im Willen, sich mit dem NS-Staat zu arrangieren, ihre Glaubensangehörigen nicht genügend unterstützten – wohl anfangs auch das Problem nicht in seiner Schärfe erkannten –, blieb die Hilfe für diese Verfolgten der Privatinitiative verantwortungsbewußter Kreise überlassen.

Für den nordbadischen Raum und damit für Mannheim wurde einmal die Tätigkeit des Heidelberger Stadtpfarrers Maas von Bedeutung. Dieser bemühte sich »mit sehr viel Hingabe und Erfolg« [31] in Verbindung mit Pfarrer Grüber um die Unterbringung von *Nichtariern* vor allem in England. Zum andern unterstützte die *Society of Friends,* d. h. die *Quäker, Nichtarier,* vor allem Christen und Dissidenten. Die *Quäker* hatten in verschiedenen Städten des Reichs Vertrauensleute. In Mannheim wurde die Vereinigung von Eva und Carl [32] Hermann vertreten, denen es trotz der strengen Einwanderungsbedingungen der westeuropäischen Länder gelang, Verfolgte namentlich nach Großbritannien zu vermitteln [33]. Während die *Quäker* bis 1939 allen Verfolgten halfen, für die sich niemand zuständig fühlte, wurde 1939 die Zuständigkeit von der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* zentral geregelt [34]: Die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen der *nichtarischen* Katholiken übernahmen der *St. Raphaels-Verein,* die der *nichtarischen* Protestanten das *Büro Pfarrer Grüber,* die der *nichtarischen* Dissidenten die *Society of Friends.*

---

[27] Vollständige Registerakten im Amtsgericht Charlottenburg (Berlin).

[28] Pfälzische Zeitung 28. 2. 1934; Sammlung Wolff im Landtag Mainz.

[29] Pfälzische Zeitung vom 28. 2. 1934.

[30] Registerakten Blatt 127–129.

[31] Urteil von J. Gentil. Brief an Bezold vom 19. 4. 1939, 16/67 – 35.

[32] Unterschiedliche Schreibweise des Namens in den Akten (Karl-Carl).

[33] Über die Arbeit der Quäker wurden dem Stadtarchiv Mannheim Schriften von Frau B. Bracey zur Verfügung gestellt. Besonders wichtig: An Account of the Work of the Friends Commitee for Refugees and Aliens, first known as the Germany Emergency Commitee of the Society of Friends 1933–1950 by Lawrence Darton, Issued 1954 (ein Exemplar im Stadtarchiv).

[34] Rundschreiben Nr. 320 betr. Bearbeitung von Auswanderungsanträgen nichtarischer Christen und Dissidenten. – Bericht über die Tätigkeit der Quäker in den Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim »6 c – Geistliche und Kirchenstreit – Verhältnis des Staates zur Kirche 1936–1945«; Bericht vom 5. 6. 1943. *Dok. 97.*

Als der Krieg eine weitere Vermittlungstätigkeit in Auswanderungsfragen unmöglich machte, brachte die Deportation der badischen Juden den *Quäkern* neue Aufgaben: einmal die Versorgung der Deportierten mit Kleidung und Lebensmitteln, zum andern die Betreuung der zurückgebliebenen *rassisch* Verfolgten [35]. In Mannheim fand die von den *Quäkern* gestützte Betreuung der *Nichtarier* im April 1943 ein jähes Ende. Die *Gestapo* veranlaßte die Verhaftung des Ehepaars Hermann, das in seiner Mannheimer Wohnung ein »zur Evakuierung nach dem Osten« vorgesehenes Berliner Ehepaar verborgen hatte [36].
Der *St. Raphaels-Verein*, dem die Betreuung der katholischen *Nichtarier* oblag, unterhielt in Nordbaden keine Beratungsstelle [37]; in Mannheim selbst ist keinerlei Hilfeleistung durch diese Organisation feststellbar.

5. Die Leistungen der Gemeinde

Diese Darstellung der Gemeindearbeit folgte zwangsläufig in weiten Stücken dem *Israelitischen Gemeindeblatt*. Dies erscheint besonders für die Jahre nach 1933 berechtigt, da durch die Propaganda der Nationalsozialisten und durch die verständnisvolle Haltung der Gemeindeführung die organisierte Gemeinde verhältnismäßig rasch zur Vertretung aller Glaubensjuden wurde. Die von ihr eingeschlagene Richtung war die entscheidende und prägte, trotz der Bemühung, alle Strömungen zu Wort kommen zu lassen, das Gemeindeleben. Da weitere Unterlagen fehlen, liegt ein Zweifel am Aussagewert über einzelne Aktionen oder Entscheidungen der Gemeinde nahe, da der Quelle eine gewisse Einseitigkeit anhaftet, die nur durch mündliches Zeugnis korrigiert werden kann; daher soll in diesem Fall das mündliche Zeugnis gesondert behandelt werden. Die Kritik, die von Einzelnen am Verhalten der Gemeindeführung zur Zeit des Nationalsozialismus geübt wird, läuft auf drei Vorwürfe hinaus:

1. Warum verließen die Führer der Gemeinde in den Jahren 1933 ff. das sinkende Schiff, statt bis zum Ende auszuharren, wie beispielsweise der Berliner Rabbiner Leo Baeck oder der Mannheimer Kinderarzt Eugen Neter?
2. Warum wurde von der Gemeinde so wenig getan, die etwa 2000 Mannheimer zu retten, bevor sie während der Kriegsjahre deportiert und zum Großteil ermordet wurden?
3. Warum arbeiteten die Gemeindeorgane noch im Kriege mit staatlichen Stellen zusammen?

Zum ersten Vorwurf kann der Verfasser nichts sagen; berechtigt, ihn zu erheben,

---

[35] Briefe aus der Zeit der Internierung bei Frau M. Lachmud, Berlin. Bericht über die Tätigkeit von Frau E. Hermann, Tonbandaufnahme im Stadtarchiv. Die Wirkung der Hilfe der Quäker in Gurs beschreibt Dr. E. Neter im Brief vom 5. 1. 1941.
[36] Akten mit Einzelheiten im Stadtarchiv 18/65 – 39. Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim So Kls 65/43. Zitat aus der Anklageschrift.
[37] Aufstellung der Beratungsstellen im Rundschreiben Nr. 320 der Reichsvereinigung, 16/67 – 35.

wären wohl nur die Opfer, die in Mannheim ausharrten. Sie haben das Dritte Reich zumeist nicht überlebt, und diejenigen, die es überlebten, haben geschwiegen. Zum zweiten heute erhobenen Vorwurf lassen sich einige Bemerkungen machen. Die Kritik, die an der Auswanderungspolitik der Gemeindeführung geübt wird, steht unter dem Eindruck des Wissens um die Vernichtung der Juden. Von der streng geheim gehaltenen Ermordung der Verfolgten, die nach dem Osten deportiert worden waren, wußten nach glaubwürdiger Aussage die in Mannheim verbliebenen Mitglieder der Gemeinde nichts.

Hätte die Gemeindeführung der Jahre 1933 bis 1938 unter diesem, die normale Vorstellungskraft sprengenden Wissen gestanden, dann wäre sicherlich trotz aller großen Schwierigkeiten eine Emigrationsbewegung forciert worden, die der im November 1938 einsetzenden organisierten Flucht geglichen hätte. Dieses Wissen darf aber nicht vorausgesetzt werden. Samuel Billigheimer, der bis 1939 amtierende Leiter des *Lehrhauses*, stellte als Ausgangspunkt und Ziel der Lehrhausarbeit das Bestreben hin, eine »verantwortungsbewußt helfende Antwort auf die seelischen Nöte des jüdischen Menschen« zu geben [1]. Auf dieser Linie lag die Gemeindearbeit und diese Aufgabe wurde nach den überkommenen Zeugnissen gelöst. Schien es nicht notwendiger, die innere Widerstandskraft zu stärken, als das Gemeindeglied in eine fremde Welt hinauszuschicken, wo es materiell schlechter gestellt war als in der Heimat, wo es zwar in den meisten Fällen keinen Diffamierungen ausgesetzt war, aber dafür ohne innere Beziehung zur Umwelt leben mußte? Somit schien immer noch als erster Schritt die gründliche Vermittlung eines Halts im Judentum geboten, um dann aufgrund der vorhergehenden Erziehungsarbeit eine Emigration – meist nach Palästina – folgen zu lassen. Ein Vergleich mit den Emigrationsergebnissen der gesamten Judenheit im Reich zeigt, daß die Mannheimer Gemeinde sowohl bei der in erster Linie religiös motivierten Palästinawanderung als auch bei der zur Gründung einer neuen Existenz erfolgenden sogenannten nichtpalästinensischen Wanderung gute Resultate erzielte [2].

Der Vorwurf der Untätigkeit der Mannheimer Gemeinde scheint also ungerechtfertigt. Die gelegentlich stark betonte Erziehungsarbeit z. B. im Lehrplan der Aufbauklasse zeigt die Tendenz der Gemeindearbeit, jedoch sind dies nur kleine Striche am Gesamtbild.

Der weitere im Zusammenhang mit der Auswanderung erhobene Vorwurf, nicht genügend Mittel, insbesondere von den Begüterten der Gemeinde, für Auswanderungszwecke flüssig gemacht zu haben, entbehrt jeder Grundlage. Die Auswanderung mußte durch staatlich anerkannte Beratungsstellen in die Wege geleitet und gefördert werden. Als solche bestanden das *Palästinaamt der Jewish Agency* in Berlin und für die Emigration in die übrige Welt der *Hilfsverein der Juden in Deutschland*. Diese errichteten, um den sich nach 1933 steigernden Anforderungen gerecht zu werden, Beratungsstellen im Reich; auch eine in Mannheim [3]. Die Ge-

---

[1] IGBl. 28. 7. 1933, S. 10 »Neue Wege des Lehrhauses in Mannheim«.

[2] IGBl. 6. 5. 1936 »Mitgliederversammlung des RJF«. IGBl. 17. 2. 1937 »Die neuesten Ziffern der Einwanderung nach Palästina«.

[3] IGBl. 9. 9. 1936 »Die Auswanderung« (Palästinaamt und Hilfsverein waren während

meinde wies die Auswanderer an die Beratungsstellen. Ihr oblag vor allem die pädagogische Aufgabe, die Gemeindeglieder auf die Emigration vorzubereiten und im Falle der Bedürftigkeit im Einvernehmen mit der Beratungsstelle die Unterstützung des Emigranten. Daß die Gemeinde über knappe Mittel verfügte, wurde bereits erwähnt. Mit dem Wissen um Auschwitz wäre es sinnvoller gewesen, manche für kulturelle und soziale Zwecke ausgegebenen Gelder hier einzusetzen. Zeitgenossen rügen z. B., daß die Gemeindeführung angesichts der beträchtlichen Vermögenswerte, die der begüterte Teil der Gemeinde – allerdings mit im Einzelfall durch den Staat erheblich eingeschränkter Verfügungsgewalt – besaß, keine Steigerung der Spenden herbeiführte.

Sicherlich wären die Vermögenswerte Einzelner damals von der Gemeinde besser verwandt worden als später von den beschlagnahmenden staatlichen Stellen. Aber die Gemeinde besaß keine Handhabe, über die örtlichen Kultussteuern und etwaigen anderen gesetzlich verankerten Abgaben hinaus, Gelder zu erheben. Sie konnte lediglich mit immer neuen Aufrufen an die Gebefreudigkeit der Mitglieder appellieren. Dies geschah häufig und eindringlich. Jedoch durfte die Gemeindeführung auf öffentlichen Abenden oder im Gemeindeblatt keine allzu pessimistische Schilderung der Lage geben; dies wäre ihr nur zu leicht als Verleumdung und Propaganda gegen den NS-Staat ausgelegt worden.

Die Eintreibung von Steuern und Abgaben stellte die Gemeindeführer vor schwere Konflikte, da sie sich dabei staatlicher Zwangsmittel bedienen mußten. Dies hätte ihnen nur zu leicht den heute – allerdings von damals nicht zur Mannheimer Gemeinde gehörigen Juden – lautstark erhobenen Vorwurf der Zusammenarbeit mit den Organen des Dritten Reichs zugezogen.

Sowohl der erwähnte Konflikt der Gemeindeführung als auch der gegen sie erhobene Vorwurf sind beide aus der Situation der Jahre 1933–1945 heraus zu betrachten.

Die das Gesicht der Gemeindearbeit bestimmende Persönlichkeit – Max Grünewald – führte 1934 in einem Referat aus, daß es nicht Zeit sei, sich in Rückblicken zu ergehen, und fährt fort:

»Wir müssen aus dem Chaos, in dem wir heute stehen, den jüdischen Menschen unter allen Umständen retten«[4]. In einem – vermutlich von Rabbiner Grünewald referierten und im Gemeindeblatt veröffentlichten – Vortrag von Otto Hirsch heißt es ähnlich[5]: »In einer Lage, die seit Jahren auch in der an Prüfungen reichen Geschichte unseres Volkes kaum ihresgleichen hat, haben wir uns nicht ohne Erfolg darum bemüht, das drohende Gespenst des Chaos zu bannen«.

Das Bestreben, die Menschen aus dem Chaos zu retten, konnte die Gemeindeführer im Extremfall dazu zwingen, sich der staatlichen Ordnungsmacht gegen die Glaubensbrüder zu bedienen. Obgleich derartige Fälle – angesichts der Konzentra-

---

der ersten fünf Jahre des Dritten Reichs die einzigen jüdischen sozialen Großinstitutionen, die über einen ihnen unmittelbar unterstellten Verwaltungsapparat verfügten).

[4] IGBl. 14. 5. 1934 »Elternversammlung zur Schulfrage« (sinngemäß ist nicht an die Rettung der leiblichen Existenz, sondern an die Rettung der seelischen Existenz gedacht).

[5] IGBl. 17. 8. 1938 »Zur Gründung des Reichsverbands der Juden in Deutschland«.

tionslager – selten gewesen sein dürften, ist uns ein solcher Konfliktfall aus der Amtszeit Eugen Neters überliefert.

Seit dem 25. Februar 1939 konnten *Nichtarier,* d. h. auch Christen, Deutschland nur verlassen, wenn sie eine Bescheinigung der jüdischen Kultusvereinigung vorlegten, daß der ordentliche Beitrag für das Jahr 1939 bezahlt sei [6]. Sofort nach Erscheinen dieser Verordnung wies Eugen Neter alle Juden, die im Besitz eines Passes waren, d. h. die vor der Auswanderung standen, darauf hin, daß für sie die Verordnung zuträfe [7]. Die Emigranten wurden gebeten, das Nötige zu veranlassen. Ein außerordentlich begütertes Gemeindeglied ignorierte die Aufforderung; es fand erst den Weg zur Gemeinde, als Eugen Neter mit Zwangsmaßnahmen drohte. Neter sah sich in einer schwierigen Lage: einerseits wollte er dieses Gemeindeglied nicht ins Unglück stürzen, denn eine Meldung an die Staatsorgane hätte wahrscheinlich zur Inhaftierung des säumigen Zahlers geführt, auf der anderen Seite benötigte die Gemeinde das Geld dringend, um die Auswanderung unbemittelter Gemeindeglieder zu ermöglichen oder um andere karitative Aufgaben zu erfüllen. Überdies konnten bei den zahlreichen Verfügungsbeschränkungen gerade über namhafte Vermögen andersartige Ursachen des Zahlungsverzugs vorliegen. Eugen Neter sperrte die Ausreise des Gemeindeglieds, welches versprach, vor seiner Abreise die Steuerschuld zu begleichen, nicht. Es spricht für den geringen Gemeinsinn dieses stadtbekannten Mannes, daß er nicht nur sein Versprechen brach, sondern den Betrag, welchen er aus seinem für ihn nutzlos im Reich verbleibenden und später völlig beschlagnahmten Vermögen hätte begleichen können, nicht zur Anweisung freistellte.

Dieses Vorkommnis, welches lediglich die Konfliktsituation der Gemeindeführung zeigen sollte, stand jedoch nach dem Zeugnis Eugen Neters während seiner Amtsführung als Einzelfall da.

---

[6] Schreiben Eugen Neters vom 31. 10. 1939, 16/67 – 38.

[7] Schreiben vom 8. 11. 1939, 16/67 – 38.

III. Die antijüdische Politik

1. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft

Die Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik

Kein anderer Bereich nationalsozialistischer Politik erweist sich bei näherer Betrachtung als so widersprüchlich wie die den *Nichtariern* gegenüber vertretene Wirtschaftspolitik. Nicht nur in den einzelnen Ländern des Reichs, sondern auch auf der unteren Verwaltungsebene lassen sich widersprüchliche Anordnungen und sogar gegen zentrale Verfügungen gerichtete Aktionen feststellen. Verschiedene Gründe sind hierfür anzuführen. Zum ersten war die Unterscheidung *arisches – nichtarisches* Unternehmen schwierig. Im Ein-Mann-Betrieb hätte man zwar nach den Grundsätzen des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* verfahren können. Bei größeren Unternehmen jedoch, die als Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben wurden, sich also im Besitz mehrer Personen oder Personengruppen befanden, war die Unterscheidung schwer durchführbar. Zum zweiten, was wichtiger war, konnte sich der ungefestigte nationalsozialistische Staat keine Unruhe in der Wirtschaft leisten. Zum dritten mußte das Regime in sehr viel stärkerem Maße als in späteren Jahren auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes Rücksicht nehmen. Die judenfeindliche Beamtengesetzgebung war in weiten Kreisen des deutschen und auch des Mannheimer Bürgertums als berechtigte und notwendige »Schutzmaßnahme« gegen eine »Überfremdung« hingenommen worden.

Der im April 1933 im ganzen Reich zentral angeordnete Boykott widersprach nicht nur den Vorstellungen vieler Bürger von Recht und Anstand, sondern er rief auch im Ausland scharfe Reaktionen hervor [1].

Er erwies sich in der Folge jedoch als nicht mehr denn ein Warnlicht, welches die angestrebten Ziele der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zeigte. Die beiden in erster Linie zuständigen Fachminister gaben auf eine Anfrage des *Deutschen In-*

[1] HB 1./2. 4. 1933 Boykottaufruf. Einige Dokumente veröffentlicht bei Sauer I, S. 4 ff.; Bericht über den Boykott (allerdings nicht aus Mannheim allein): Darton, Friends Committee for Refugees and Aliens 1933–1945, S. 2 ff.

dustrie- und Handelstages, Berlin, zur Frage der Gleichberechtigung jüdischer Firmen positive Urteile ab: Der Reichswirtschaftsminister entschied, daß er »eine Unterscheidung zwischen arischen und nichtarischen Firmen oder nicht rein arischen Firmen innerhalb der Wirtschaft ... nicht für durchführbar halte« [2]. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erklärte sogar, »daß jeder bei der Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands willkommen sei, der guten Willens ist« [3].

Diese den Landesregierungen mitgeteilten Stellungnahmen der obersten Reichsbehörden bedingten die widersprüchliche Wirtschaftspolitik der ersten Jahre nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten: Die Landesregierungen waren durch die Weisungen der Zentralregierung gebunden. Diese konnte es sich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes sowie im Interesse eines ungestörten Wirtschaftsaufschwungs nicht leisten, auf die Mitarbeit der Juden zu verzichten. Diese Mitarbeit stand aber im Gegensatz zu allem, was gelehrt wurde: Ein jüdischer Kaufmann konnte von seiner *Rasse* her nicht ehrlich, nicht anständig sein.

So klaffte lange Zeit eine Lücke in den judenfeindlichen Gesetzen. Da jedoch der Boykott bereits den Weg gewiesen hatte, blieb ein breiter Raum für Maßnahmen, die zwar den offiziellen Regierungserklärungen widersprachen, jedoch in der Konsequenz der Parteiideologie lagen. Diesen Raum abzutasten und zu illegalen Maßnahmen aufzufordern, blieben Partei und Parteipresse vorbehalten. Sie waren für die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* verantwortlich.

Für ein Vorgehen in dieser Richtung fand die Parteipresse in Mannheim weitgehend Rückhalt bei den kommunalen Instanzen, die aus ihrem gewissermaßen »besseren« Verständnis der Intentionen der Reichsregierung heraus judenfeindliche Maßnahmen duldeten oder in ihrem Bereich förderten.

Die Boykottaktion vor dem 1. 4. 1933

Der richtungweisende, im April 1933 auf Reichsebene angeordnete Boykott hatte in Mannheim ein bedeutsames Vorspiel. Lediglich ein kleiner Bericht in der *Neuen Mannheimer Zeitung* gibt einigermaßen zuverlässig Kunde von den Geschehnissen des 13. März 1933 [4]. Anläßlich eines Besuchs des Kommissars Robert Wagner in Mannheim unternahmen Parteiformationen nach einem offenbar vorher festgelegten Plan nachmittags zur Hauptgeschäftszeit eine Aktion gegen die jüdischen Läden. Die Käufer wurden aufgefordert, in »deutschen« Geschäften zu kaufen, und

---

[2] Der Reichswirtschaftsminister HG 11 093/33, 8. 9. 1933, an den Deutschen Industrie- und Handelstag. Abschrift: Gewerbeausübung I.

[3] Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Abschrift, HG 11 093/33 vom 9. 6. 1933 an den Deutschen Industrie- und Handelstag.

[4] NMZ Nr. 12, 14. 3. 1933, S. 3.

die jüdischen Geschäftsinhaber ersucht, ihre Geschäfte zu schließen. Alle jüdischen Geschäftsinhaber folgten diesem Ersuchen. Die wegen ihres Vorgehens berüchtigte *SA-Standarte 171* wies die Kunden aus den Geschäften. Diese Aktion scheint selbst über das, was das *Hakenkreuzbanner* zu jenem Zeitpunkt für vertretbar hielt, hinausgegangen zu sein. Während es sich später nicht scheut, alle in Mannheim vorkommenden Schandtaten bis hin zu einem durch SA-Leute verübten Mord zu berichten [5], hüllt es sich über diese Aktion zunächst vollkommen in Schweigen. Diese Tat stand zu sehr im Gegensatz zu dem vom Kabinett veranlaßten Appell Hitlers an Partei, SA und SS, Ausschreitungen zu verhindern und Disziplin zu zeigen [6]. Überdies hatte der Reichsinnenminister erst kurz vorher die Landesregierungen und einige Kommissare angewiesen, Übergriffen nachdrücklich entgegenzutreten [7]. Erst auf den Bericht der *Neuen Mannheimer Zeitung* hin veröffentlichte das *Hakenkreuzbanner* die Gegendarstellung der *SA-Standarte 171*. Diese stellte sich natürlich als Ordnungshüter hin, der die jüdischen Geschäfte – der Bericht hebt auf die Warenhäuser ab, um sich wenigstens in diesem Punkt in Einklang mit der Parteipropaganda zu befinden – zum Schutz der Firmen und zur Wiederherstellung der Ordnung räumen und schließen ließ. Auf die Unstimmigkeit, daß die Warenhäuser auch am folgenden Tag zu schließen hatten und erst am 15. März nach einer nicht näher bekannten Vereinbarung wieder öffneten [8], ging die Erklärung natürlich nicht ein. Sie kündigte nur die – nie erfolgte – ausführliche Behandlung der Sache an.

Neben dieser größeren Aktion haben unmittelbar vor dem »offiziellen« Boykott vom 1. April 1933 noch kleinere Aktionen in Mannheim stattgefunden. Vom 28. März an bezogen wieder Posten vor einigen Geschäften Stellung. Die Inhaber waren gezwungen zu schließen. Sie versuchten erst am 30. März nachmittags neu zu öffnen, nachdem die Reichsregierung den offiziellen Boykottbeginn auf den 1. April vormittags 10 Uhr festgelegt hatte. Doch auch jetzt bildeten sich noch »erregte Gruppen« vor den Geschäften, und ein jüdischer Metzgerladen, der trotzdem gut besucht war, wurde von der SA zwangsweise geräumt [9].

---

[5] HB 8. 8. 1933; nähere Auskunft über den Mord geben die Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim Ia Js 452/47.

[6] Nürnberger Dokumente (IMT) XVI, S. 301; XVII, S. 107.

[7] NMZ Nr. 122, 13. 3. 1933, S. 2.

[8] NMZ Nr. 125, 15. 3. 1933, S. 3 (unter der irreführenden Überschrift »Bürgermeister Böttger in Schutzhaft« wird unauffällig auch über die Zwangsschließung der Geschäfte berichtet). Derartige Aktionen waren später nur noch in begrenztem Maße möglich. (Ein gutes Beispiel ist die Herweckbadaktion – S. 195 ff. –, die vorher mit der Polizei abgesprochen worden war. Bei einer Demonstration, von der die NMZ Nr. 223 vom 16. 5. 1933 berichtet, nahm die Polizei Demonstranten fest und ließ es nicht zu Ausschreitungen kommen).

[9] Diese Vorgänge sind uns wiederum nur aus zwei kleinen Notizen der Neuen Mannheimer Zeitung bekannt (NMZ Nr. 147, 28. 3. 1933; NMZ Nr. 150, 30. 3. 1933). Zu den ersten »Boykottwellen« und der Vorbereitung der April-Aktion siehe Genschel S. 44 ff.

Die von staatlichen, kommunalen oder halbstaatlichen Stellen begünstigte oder geförderte Ausschaltung der Juden aus dem »deutschen« Wirtschaftsleben ist zweckmäßigerweise in drei Phasen zu teilen.

Bis zum Februar 1936 hatte das Karlsruher Finanz- und Wirtschaftsministerium offiziell das Recht der Juden auf freie Betätigung in der Wirtschaft verfochten. Am 27. Februar 1936 teilte jedoch der *Gauwirtschaftsberater* dem Badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler mit, daß er »die Behandlung der nichtarischen Firmen und Geschäfte in Baden ... zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht« habe [10]. Diese Erörterungen brachten folgendes Ergebnis:

1. Es wird eine Kommission unter Leitung des *Gauwirtschaftsberaters* eingesetzt, der die *Treuhänder der Arbeit* angehören.
2. Dieser Kommission obliegt die alleinige Bearbeitung sowohl von *Arisierungs*fragen als auch aller Probleme, die mit der Auftragserteilung an jüdische Firmen etc. zusammenhängen.
3. Sämtliche Dienststellen, insbesondere die *DAF (Deutsche Arbeitsfront)*, werden angewiesen, anfallendes Material an die Kommission weiterzuleiten.

Der Ministerpräsident gab zu dieser Kommission, der zwei ihm unterstellte Beamte des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums angehören sollten, die Zustimmung. Damit endete die erste Phase der NS-Wirtschaftspolitik, in der offiziell Gleichberechtigung herrschte. Jetzt war, wenn auch noch nicht auf gesetzlicher Grundlage, ein Gremium geschaffen, das zentral den Ausschluß der Juden überwachte. Der Illusion, daß eine Gleichberechtigung der Juden in der Wirtschaft staatlicherseits gewollt sei, war nun der letzte Nährboden entzogen worden. Von nun an ging die Ausschaltung, nach Erlaß des *Reichsbürgergesetzes* in zunehmendem Maße auch durch Erlasse der Regierung vorangetrieben [11], zentralgelenkt vor sich, und die Einzelaktionen verloren an Bedeutung. Gut zwei Jahre später wurde diese Phase durch Erlaß der judenfeindlichen Gesetze, vor allem durch die *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben,* abgelöst [12]. Lokale Aktionen waren bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die *Arisierung* – vor allem die Grundstücks*arisierung* – wurde auf dem Verwaltungswege, durch Rechtsverordnungen gestützt, vorgenommen.

---

[10] Gewerbeausübung I.

[11] Z. B. IGBl. 5. 12. 1935, S. 4 (Kursmakler und Vertreter scheiden auf Anordnung von Reichswirtschaftsminister H. Schacht zum 22. 11. 1935 aus ihren Ämtern aus).

[12] RGBl. I, S. 1580 vom 12. 11. 1938.

ERSTE PHASE

Die staatlichen und städtischen Maßnahmen gegen die Juden

Drei Hauptwaffen standen den staatlichen und kommunalen Stellen im Kampfe gegen die jüdischen Unternehmen zur Verfügung:

1. Das Beschaffungswesen
2. Die Beeinflussung ihrer Bediensteten
3. Die Einlösung von Bedarfsdeckungsscheinen

Zu 1: Ein Erlaß des *Kommissars des Reichs,* Robert Wagner, vom 25. März 1933 bestimmte, daß »alle dienstlichen Beschaffungen im Bereich der badischen Staatsverwaltung von Waren, Lebensmitteln usw. künftig unter Ausschluß von Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Konsumvereinen und ähnlichen Einrichtungen beim deutschen Einzelhandel (Mittelstand) vorzunehmen« seien. Ferner heißt es in dem Erlaß: »Den Beamten, Arbeitern und Angestellten des badischen Staates wird ein gleiches Vorgehen empfohlen«. Die Stadt Mannheim machte diesen Erlaß für ihre Amtsstellen und die Vorstände der Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt war, ebenfalls verbindlich [13]. Auf den ersten Blick scheint hier eine durchaus zulässige wirtschaftspolitische Maßnahme vorzuliegen, Mittelbetriebe durch die Vergabe von Aufträgen zu fördern. Der Erlaß erweist sich jedoch als Waffe gegen die Juden: die ausgeschlossenen Lieferanten waren größtenteils jüdischer Herkunft. Ferner zeigt die Anweisung, den Bedarf beim »deutschen Einzelhandel« zu decken, deutlich den beabsichtigten Zweck. Obgleich zu diesem Zeitpunkt in der NS-Terminologie die Bezeichnung christliches Geschäft – jüdisches Geschäft vorherrschte, ist »deutsch« hier im Sinne von »nicht-jüdisch« zu verstehen. Dies erweist sich deutlich an der Handhabe der Stadt Mannheim. Schon zu Beginn des Jahres 1933 wird den Ämtern in Einzelfällen der Abschluß mit jüdischen Firmen verboten und erst nach Vorlage entsprechender *Arierbescheinigungen* das Verbot zurückgenommen [14].

Der Fall der Mannheimer *Wach- und Schließgesellschaft m. b. H.* ist besonders aufschlußreich. Diese unterstand dem jüdischen Geschäftsführer Norbert Bluhm [15]. Die rührige in ihren Werbemethoden skrupellose Konkurrenzfirma beschäftigte nur *arisches* Personal. Nach 1933 umwarb sie die Kunden der *Wach- und Schließgesellschaft* und versuchte diese mit allen Mitteln – unter anderem durch Verteilung bereits vorgedruckter Kündigungsschreiben – zu sich herüberzuziehen [16]. Diese Firma, die *Süddeutsche Bewachungsgesellschaft,* die sich als »einziges christliches

---

[13] Der Oberbürgermeister 27. 3. 1933, 16/67–4. Dieser Erlaß ist im Anschluß an eine »bereits getroffene Verfügung« herausgegeben worden. Diese konnte nicht ermittelt werden.

[14] Einzelfälle unter 16/67 – 13.

[15] Angriff auf das Unternehmen, welches »es ebenfalls noch nicht vermocht« habe, »sich auf die neue Zeit umzustellen« HB 21. 8. 1933.

[16] Näheres in den bis ins einzelne gehenden Akten 18/65 – 139 ff.

Unternehmen am Platze« bezeichnete [17], scheint auch bei der Stadtverwaltung Mannheim vorgesprochen zu haben, denn am 10. April 1933 bestimmt ein Erlaß des Oberbürgermeisters, daß jeglicher Geschäftsverkehr mit der *Wach- und Schließgesellschaft* zu unterbleiben habe und neue Verträge mit der *Süddeutschen Bewachungsgesellschaft* abzuschließen seien [18]. Die *Wach- und Schließgesellschaft* war gezwungen, gegen die Konkurrenzfirma gerichtlich vorzugehen [19]. Die Klägerin vermochte sich unter anderem auf Äußerungen höchster Stellen, veröffentlicht z. B. in einem in der *Frankfurter Zeitung* erschienenen Artikel *Unerwünschte Methoden kommunaler Auftragserteilung*, zu beziehen und gewann den Prozeß [20]. Der Oberbürgermeister nahm seine Verfügung vom 10. April 1933 jedoch erst zurück, nachdem die *Wach- und Schließgesellschaft* ihren *nichtarischen* Geschäftsführer entfernt hatte [21].

Bei dieser Haltung städtischer Stellen wundert es nicht, daß Betriebe sich bemühten, schon 1933 jüdische Teilhaber auszuschalten, um als sogenanntes *rein deutsches* Unternehmen anerkannt zu werden. Schon am 5. Juli 1933 konnte eine Mannheimer chemische Fabrik dem Städtischen Straßenbahnamt eine Bescheinigung der Handelskammer für den Kreis Mannheim vorlegen, wonach sämtliche Geschäftsanteile nunmehr in *christlichen* Händen seien [22]. Daraufhin wurde eine am 19. Mai 1933 erlassene Sperrverfügung [23] des Oberbürgermeisters aufgehoben [24].

Die Partei stellte nicht näher zu belegende Nachforschungen über die *Arier*eigenschaft von Firmeninhabern an [25]. Diese Recherchen und die offensichtlichen Benachteiligungen *nichtarischer* Firmen riefen natürlich bei der ohnehin darniederliegenden Wirtschaft Unruhe hervor, die zu entsprechenden Beschwerden beim Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister führten [26]. Der *Badische Bevollmächtigte zum Reichsrat* wurde beauftragt, vertraulich die Haltung des Reichswirtschaftsministeriums zur Vergabe öffentlicher Aufträge zu erkunden. Dieser konnte jedoch auf die am 14. Juli 1933 erlassenen Richtlinien des Reichskabinetts hinweisen [27]. Diese Richtlinien waren von da an die allen Firmen bekannten Grundsätze. Für jüdische Unternehmer brachten sie kaum Vorteile. Es heißt zwar darin unter Ziffer

---

[17] Werbeplakat: Abgeheftet in 18/65 – 140.
[18] 16/67 – 13.
[19] Der Rechtsstreit war beim Amtsgericht Mannheim unter Az: 5 ZAV 302/33 anhängig.
[20] Frankfurter Zeitung Nr. 388–389, 27. 5. 1933.
[21] Verfügung vom 21. 7. 1934, 16/67 – 4.
[22] 16/67 – 13.
[23] 16/67 – 4.
[24] Erlaß des Oberbürgermeisters vom 15. 7. 1933, 16/67 – 13.
[25] Außerdem läßt ein den Mannheimer Städtischen Krankenanstalten von der Handelskammer übersandtes Schreiben (vom 8. 6. 1933, 16/67 – 4) vermuten, daß von dieser Stelle die »Ariereigenschaft« von Lieferfirmen überprüft wurde.
[26] Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 24. 7. 1933, Gewerbeausübung I.
[27] Schreiben vom 28. 7. 1933 Nr. 3496. – Richtlinien der Reichsregierung als Beilage zum Erlaß des Reichswirtschaftsministers III A 4144 vom 19. 7. 1933, Gewerbeausübung I. Grundsätze der Reichsregierung im Wortlaut: Frankfurter Zeitung Nr. 574 vom 4. 8. 1933, S. 2.

III: »Ausschlaggebend muß für die wirtschaftliche Betrachtung des Einzelfalles sein, ob die betreffende Firma deutsches Personal (Arbeiter, Angestellte usw.) beschäftigt ... und so einer beachtlichen Zahl deutscher Volksgenossen Arbeit und Brot gibt«. Ferner sollten sich die Beschaffungsstellen »jeder Schnüffelei« enthalten, ob ein Betrieb als *arisches* Unternehmen anzusprechen sei. Aber diese positiven Äußerungen verlieren sehr an Gewicht, wenn das Reichskabinett gleichzeitig anordnet, daß bei gleichwertigen Angeboten »deutschstämmige Firmen« zu bevorzugen seien. Wenn die Beschaffungsstellen auch nicht »schnüffelten«, so standen doch den Parteistellen alle Möglichkeiten offen, die *Ariereigenschaft* von Firmen festzustellen und ihre Informationen an die Verwaltungen weiterzuleiten. Überdies wetteiferten viele Mannheimer Firmen, sich als *urdeutsch* oder *christlich* zu bezeichnen. Eine Berücksichtigung jüdischer Firmen war bei dieser bereits in den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gehandhabten Praxis nicht mehr zu erhoffen.
Besonders aufhorchen läßt in dieser zur Beruhigung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse gegebenen Anordnung darüber hinaus der Satz, daß »unter den zur Zeit n o c h[28] bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen die Rücksicht auf die Lösung des im Vordergrund aller Überlegungen stehenden Arbeitslosenproblems allen anderen Überlegungen vorangehen muß«. Unschwer ist die später geübte Praxis diesem Satz zu entnehmen: mit Abklingen der Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung als Gebot der Stunde den grundsätzlichen Erwägungen vorangestellt wurde, würde auch der Antisemitismus als eines der Hauptanliegen nationalsozialistischer Weltanschauung in der Wirtschaft zur Geltung kommen.

Zu 2: Die zweite Waffe der öffentlichen Hand im Kampf gegen die jüdischen Geschäfte bestand in der Beeinflussung der Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes. Im Erlaß vom 27. März 1933 war den Bediensteten empfohlen worden, ihren Bedarf beim »deutschen Einzelhandel« zu decken[29]. Nach allgemeiner Praxis bedeutete dies, daß in den Verwaltungen darauf gesehen wurde, Beamte vom Einkauf in jüdischen Geschäften abzuhalten. Die NS-Propaganda versuchte natürlich, ebenfalls entsprechenden Druck auszuüben. Die überkommenen Akten sagen nichts darüber aus, wie diese Überwachung durchgeführt wurde. Zwar müssen die Aufrufe einigen Erfolg gehabt haben[30], aber sie sind von vielen Mannheimern immer wieder umgangen worden[31]. Erst im Jahre 1935 scheint eine rigorose Kontrolle der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes eingesetzt zu haben. Zu diesem Zeitpunkt nahm das nationalsozialistische *Amt für Beamte* scharf gegen Einkäufe

---

[28] Sperrung vom Verfasser.
[29] Siehe S. 115, Anmerkung 13.
[30] Siehe beispielsweise die Eingabe des Warenhauses Rothschild an den Reichstreuhänder der Arbeit vom 6. 10. 1933, Gewerbeausübung I.
[31] Stets von neuem mußte das Hakenkreuzbanner, zum Teil unter scharfen Überschriften, zum Meiden der jüdischen Geschäfte aufrufen. Z. B. HB 23. 5. 1935. Auch der Oberbürgermeister nahm in einem Erlaß gegen den ihm von der Kreisamtsleitung der NSDAP berichteten zunehmenden (!) Besuch jüdischer Warenhäuser Stellung. Erlaß vom 19. 6. 1934, 16/67 – 4.

in jüdischen Geschäften Stellung [32]. Beamte, deren Familienangehörige beim Einkauf in jüdischen Geschäften oder bei der Konsultierung jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte ertappt wurden, sollten aus dem *Reichsbund der deutschen Beamten* ausgestoßen werden. Das hieß im Jahre 1935 zumeist, daß jede weitere Beförderung blockiert war. Im einzelnen wurde für den Gau Baden eine intensive Propaganda gegen den Einkauf in jüdischen Geschäften angeordnet. Alle Beamte, deren Familienangehörige beim Einkauf in jüdischen Geschäften gesehen wurden, mußten monatlich dem Gauamtsleiter gemeldet werden, damit dieser gegebenenfalls die Namen in der Tagespresse und im Gau bekanntgeben konnte [33]. Bisher war den Beamten das Meiden jüdischer Geschäfte noch als »Empfehlung« nahegelegt worden. Jetzt wurde den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht nur der Einkauf in jüdischen Geschäften, sondern auch die Inanspruchnahme jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte untersagt. Ebenso hatte jeder gesellschaftliche Verkehr mit Juden zu unterbleiben. Der städtische Bedienstete war dafür verantwortlich, daß dieses Verbot in vollem Umfange auch von seinen Familienangehörigen beachtet wurde. Besonders dieses letzte Gebot bedeutete eine erhebliche Verschärfung der bisherigen *Arier*gesetzgebung.
Doch nicht nur bei Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder bei Besitzenden hatte die Partei Druckmittel zur Verfügung. Selbst notleidende Mannheimer konnte sie mit der Drohung, sie würde jeden gesellschaftlichen Verkehr mit Juden durch Entzug der Winterhilfe bestrafen, in ihrem Sinne beeinflussen.

Zu 3: Eine weitere Waffe im Kampf gegen jüdische Geschäfte erwuchs den Nationalsozialisten aus ihren Bemühungen um eine Bekämpfung des Elends und eine Steigerung der Geburten. Die an Bedürftige, Neuvermählte oder Kinderreiche ausgegebenen *Bedarfsdeckungsscheine* durften in jüdischen Geschäften nicht eingelöst werden [34]. Ein entsprechender Erlaß ist zwar in Mannheimer Akten nicht nachzuweisen, jedoch geht dies aus einer Veröffentlichung in der *Neuen Mannheimer Zeitung* hervor [35]. Nach diesem Erlaß des Reichsministers der Finanzen blieb den Gemeinden Entscheidungsfreiheit, ob sie Geschäfte, deren Kapital sich zum Teil in *arischen*, zum Teil in *nichtarischen* Händen befand, zulassen wollten. Ebenso war es in das Ermessen der Gemeinden gestellt, Verkaufsstellen, deren Inhaber *Nichtarier*, aber schwerkriegsbeschädigt waren, zur Einlösung der *Bedarfsdeckungsscheine* zuzulassen. Die Stadt Mannheim benutzte diese »Kann«bestimmungen, um alle irgendwie »jüdisch beeinflußten« Geschäfte auszuschalten. Es ist jedenfalls kein

---

[32] NSDAP Gau Baden, Amt für Beamte, Karlsruhe, 20. 6. 1935, Rundschreiben Nr. 20/35, GLA 233/26 162.
[33] Ziffer 7 des Rundschreibens vom 20. 6. 1935.
[34] Erst im Reichsanzeiger Nr. 76 vom 7. 3. 1934 wurde ein Erlaß des Reichsministers der Finanzen über die Bedarfsdeckung für Ehestandsdarlehen veröffentlicht. Dennoch durften Bedarfsdeckungsscheine nur in Geschäften von »Ariern« und schwerkriegsbeschädigten Juden eingelöst werden; zitiert nach Blau Nr. 46.
[35] NMZ Nr. 424, 14. 9. 1933, S. 3.

jüdisches Geschäft bekannt, das zur Einlösung der Scheine zugelassen war. Einen interessanten Hinweis auf die dogmatische Haltung der städtischen Behörden gibt eine Eingabe der *Gebrüder Rothschild*. Unter Hinweis auf die Verdienste des Seniorchefs und die schwere Verwundung des Juniorchefs im Weltkriege versuchte die Firma, zur Einlösung der *Bedarfsdeckungsscheine* zugelassen zu werden. Allem Anschein nach hatte diese Eingabe keinen Erfolg [36].

Wie sich diese Maßnahme auf viele Unternehmen auswirkte, zeigt das Beispiel der Mannheimer Möbelfabrik *Gebrüder Reiss*. Der Inhaber schildert in einem an den *Reichstreuhänder der Arbeit* in Karlsruhe gerichteten Schreiben seine Lage [37]. Er hatte als Kriegsteilnehmer vier Jahre an der Front gestanden. Trotzdem war seine Firma zum Bedauern der *arischen* Kundschaft nicht zur Einlösung der *Bedarfsdekkungsscheine* zugelassen. Trotz der insoweit positiven Erlasse des Reichswirtschaftsministers, die der Inhaber den Kunden erläuterte, scheuten sich diese, bei ihm zu kaufen. So sah er sich gezwungen, sein Geschäft zu schließen, obgleich er ohne den *Arierparagraphen* mit einer Umsatzsteigerung hätte rechnen können [38]. In den Akten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers läßt sich keine Hilfe für die Möbelfabrik nachweisen.

Die Maßnahmen der Partei gegen die Juden

Neben diesem vor allem von kommunalen Instanzen ausgefochtenen Kampf gegen jüdische Geschäfte kamen den von der Partei und ihren Formationen getragenen Maßnahmen erhebliche Bedeutung zu.

Der Boykott vom 1. April 1933 war die erste große Aktion, bei welcher die Partei sich auf zentralen Befehl hin, aber außergesetzlich, betätigte. Sie führte die Aktion in Mannheim »ordnungsgemäß« durch, ohne daß Besonderheiten gegenüber anderen Städten bekannt geworden wären. Am 1. April 1933 bezogen die SA-Leute vor den Geschäften ihre Posten, versahen die jüdischen Geschäfte mit einem gelben Fleck und hinderten die Bevölkerung am Betreten der Geschäfte, die zum Teil schlossen. Ausschreitungen kamen gemäß den in der Tagespresse gegebenen Anwei-

---

[36] Eingabe vom 15. 9. 1933 und weiterer Schriftverkehr abschriftlich in den Akten Gewerbeausübung I. – Im Schreiben vom 8. 12. 1933 teilte überdies Rechtsanwalt H. Kronstein dem Treuhänder der Arbeit mit, daß der Mannheimer Oberbürgermeister »nichtarische« Geschäfte allgemein ausgeschlossen habe. – Es hat den Anschein, daß boykottierte Mannheimer Firmen in dieser Phase nationalsozialistischer Herrschaft ihre Eingaben vornehmlich nach Karlsruhe an den Reichstreuhänder der Arbeit oder den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister richteten, auch wenn die Zuständigkeit städtischer Instanzen gegeben war. Die Karlsruher Regierungsstellen kamen den Bittstellern offenbar mehr entgegen (vgl. Schreiben von H. Kronstein vom 18. 10. 1967, D 9–3). Eindeutig könnte diese Frage nur anhand der städtischen Akten beantwortet werden.

[37] Schreiben vom 16. 10. 1933.

[38] Das Hakenkreuzbanner hatte bereits am 1. 4. 1933 angedroht, daß es die Namen »sogenannter Deutscher« veröffentlichen werde, die in jüdischen Geschäften kaufen. Allerdings war das Hakenkreuzbanner mit dieser Ankündigung wohl zu weit gegangen, denn in der »Pranger«-Rubrik standen in den nächsten Wochen noch keine Namen.

sungen und aufgrund entsprechender Befehle nicht vor[39], bzw. sind bisher nicht bekannt geworden.
Intensiv scheinen sich die Partei, insbesondere die *NS Hago,* und einige andere Gliederungen um die Unterscheidung *arisches* und *jüdisches* Geschäft bemüht zu haben. Niederschlag finden diese Bestrebungen vor allem in einem Schreiben des *Kreisleiters* von Mannheim an den *Führer des SS Abschnitts XXIX*[40]. Der *Kreisleiter* berichtet, daß in Mannheim die bereits eingeleitete Kennzeichnung der *deutschen* Geschäfte leider nicht durchgeführt werden konnte, da ein Erlaß des Reichswirtschaftsministers Schmitt die Unterscheidung zwischen *arischen* und *nichtarischen* Geschäften verbot. So konnte für Mannheim lediglich noch die Herausgabe eines *Führers durch die deutschen Geschäfte* erreicht werden. Dieser *Führer* wurde in der Geschäftsstelle des *Hakenkreuzbanners* kostenlos abgegeben. Ferner hoben viele *deutsche* Geschäfte durch ein Plakat der *NS Hago* die *Ariereigenschaft* ihrer Inhaber hervor.
Diese Maßnahmen genügten dem *Kreisleiter* jedoch nicht, denn er teilt im Schreiben vom 15. September 1934 mit, daß im Benehmen mit der *Gauamtsleitung* die Frage der Kennzeichnung der Geschäfte nochmals eingehend untersucht werden solle[41]. Dies schien ihm erforderlich, da nur ein Teil der Mannheimer Geschäftsleute die Chance nutzte, sich als *arisches* Geschäft zu bezeichnen[42].
Der Brief des *Kreisleiters* verdient aus zwei Gründen besondere Beachtung: Zum ersten zeigt er, daß ein nicht unerheblicher Teil der Mannheimer Kaufleute auf dieses Werbungsmittel verzichtet haben muß. Hier ist möglicherweise ein Punkt, der die heute so schwer zu erfassende Haltung weiterer Kreise gegenüber der *Rassen*politik erkennen läßt.
Der Geschäftsmann, der sein Geschäft nicht als *deutsches* Geschäft zu erkennen gab, stellte sich in Widerspruch zur Partei. Bei deren wachsendem Einfluß und steter »Erziehungsarbeit« war das ein Verzicht, der um so mehr Anerkennung verdient, als alle Geschäftsleute unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise litten. Was hätte näher gelegen, als sich von dem neuen Wind emportragen zu lassen? Die in manchen Branchen vielleicht herrschende Rücksicht auf jüdische Kundschaft mag unmittelbar nach der *Machtergreifung* angebracht gewesen sein[43], doch konnte sich ein weitblickender Geschäftsmann kaum über die wahre Lage täuschen. Die Existenz dieser Geschäfte (neben den jüdischen) noch im Jahre 1935 zeigt, daß auch bei einem Teil der Mannheimer Käufer zumindest kein Verständnis für die *Rassen*politik der Regierung hatte geweckt werden können. Zum zweiten schuf diese Hal-

---

[39] Z. B. HB 1. 4. 1933. Polizeifunkdienst Geheimes Staatspolizeiamt betr. Boykott jüdischer Geschäfte, 23. 3. 1934 GLA 237/35 738.
[40] Schreiben vom 15. 9. 1934 GLA, Doc. center Ma 29.
[41] GLA, Doc. center Ma 29.
[42] Im Brief heißt es, daß »nur ein gewisser Teil der arischen Geschäfte erfaßt werden konnte, da die übrigen Geschäfte teils abwartend zur Seite standen, teils aus bestimmten Gründen keinen Wert auf besondere Kennzeichnung legten«.
[43] HB 30. 6. 1933, S. 6 die wohl fingierte Zuschrift eines Kaufmanns, dem die jüdische Kundschaft fortbleibt. Das Hakenkreuzbanner rät ihm, ebenfalls »den Juden« zu meiden.

tung eines Teils der nichtjüdischen Mannheimer Geschäftsleute jenen Bürgern, die weiterhin in jüdischen Geschäften kaufen wollten, eine günstige Position. Ein Kunde, der wegen des Betretens eines jüdischen Geschäfts zur Rede gestellt wurde, konnte sich stets damit herausreden, er habe nicht gewußt, daß es sich um ein solches handle. Da es offiziell in der Wirtschaft ohnehin keinen *Arierparagraphen* gab, war es bei dieser verworrenen Lage den Scharfmachern der Partei nicht möglich, energisch gegen derartige Käufer vorzugehen. Erst der Erlaß Oberbürgermeister Renningers, dem ein ähnlicher von der Partei herausgegebener entsprochen haben wird, zerstörte auch diese Möglichkeit des »Irrtums« [44]. Von jetzt an erforderte es erhebliche Zivilcourage, ein jüdisches Geschäft zu betreten. Für einen Beschäftigten der Stadt Mannheim war diese Form der Opposition, vergleicht man Einsatz und beabsichtigte Wirkung, wenig sinnvoll.

Die Bemühungen der Partei zur Zurückdrängung der Juden im Mannheimer Wirtschaftsleben in der Zeit von 1933–1935/36 sind kaum weiter zu verfolgen. Über ihre zahlreichen Organisationen versuchte sie, in vielen Betrieben Fuß zu fassen. Dieser Kleinkrieg ist heute in seinem Umfang und seiner Schärfe nicht mehr annähernd zu fassen. Aus einigen Einzelbeispielen und vagen Hinweisen ist jedoch zu ersehen, daß er auch in Mannheim geherrscht hat [45].

Einzelprobleme

Die Messe. Die Beobachtung, daß auf dem Wirtschaftssektor Lokalinstanzen radikaler vorgingen, als es den Zentralinstanzen vorerst lieb war, läßt sich ebenfalls an den alljährlich in Mannheim stattfindenden Frühjahrs- und Herbstmessen machen.

Ein Erlaß des Reichswirtschaftsministers, der allerdings nicht auf Mannheimer Vorfälle zurückgehen dürfte, wandte sich gegen den Ausschluß *nichtarischer* Händler von Jahr- und Wochenmärkten durch Maßnahmen der Orts- oder Marktpolizei [46]. Der Erlaß wies darauf hin, daß »eine unterschiedliche Behandlung von arischen und nichtarischen oder nicht rein arischen Unternehmen oder Gewerbetreibenden mit dem nach wie vor geltenden Grundsatz der Markt- und Gewerbefreiheit nicht vereinbar sei«. Im Herbst 1934 brachte der Reichswirtschaftsminister diesen Erlaß in Erinnerung und führte aus, daß Gründe wie »Platzmangel« und

---

[44] Siehe S. 174, Anmerkung 16 und 17.

[45] Dies geht z. B. aus einem Schreiben der Gebrüder Rothschild an den Treuhänder der Arbeit für Baden und Südwestdeutschland vom 7. 10. 1933 hervor. Gewerbeausübung I. Der Erlaß des Reichsarbeitsministers III b Nr. 14 872/33 vom 24. 11. 1933 verbot ausdrücklich das Vorgehen gegen »nichtarische« Arbeitnehmer in den Betrieben. Weitere Hinweise in den Akten 18/65 – 68. Neben der NS-Hago wird sich die NSBO besonders an dem Kampf beteiligt haben. Dem als »Arbeiterführer« gefeierten Reinhold Roth war es gelungen, die NSBO in der Kampfzeit zu einer der bestorganisierten nationalsozialistischen Organisationen auszubauen. (Über ihn berichtet etwas ausführlicher HB 1. 6. 1933).

[46] Der Reichswirtschaftsminister HG 13 046/33, 25. 9. 1933, Gewerbeausübung I.

»sicherheitspolizeiliche Erwägungen« keinen Ausschluß der jüdischen Händler rechtfertigten. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister gab diese Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers an die Bezirksämter und Polizeipräsidien in einem Runderlaß weiter [47].

Trotz dieser eindeutigen Rechtslage, die selbst »sicherheitspolizeiliche Erwägungen« (z. B. einen von der *SA* inszenierten Volksauflauf) nicht gelten ließ, wurden die Juden während der kommenden Mannheimer Maimesse benachteiligt. Im Anschluß an den Meßplatz wurden am damaligen Adolf Hitler-Ufer, dem heutigen Hermann Heimerich-Ufer, Plätze für Verkaufsbuden, z. B. für Zuckerbäcker, versteigert [48]. Nur einem gehässigen Artikel des *Hakenkreuzbanners* ist zu entnehmen, daß die jüdischen Gewerbetreibenden abgesondert wurden [49]. Damit sie für »die deutsche Hausfrau ohne weiteres als solche erkennbar« waren, erhielten sie ihre Plätze erst am Ende der Budenreihe zugewiesen, nachdem noch neun Verkaufsstände für Geschirrhändler zwischengeräumt waren.

Der Sinn dieser Anordnung ist klar. Einmal lagen diese Verkaufsplätze am weitesten vom Meßplatz entfernt und hatten, da das Publikum schon vorher kaufen konnte, den geringsten Wert; zum andern war jeder, der trotzdem über die Geschirrstände hinausging, ohne weiteres als Besucher der jüdischen Händler zu erkennen. Die *SA* konnte eine Überwachung oder Abschreckung des Publikums schon durch Aufstellen von einem oder zwei Posten erreichen. Zur Herbstmesse 1935 konnte das *Hakenkreuzbanner* dann frohlockend berichten [50]: »Die Juden sind von der Teilnahme ganz ausgeschlossen worden. Im nationalsozialistischen Staat gibt es k e i n e K o m p r o m i s s e« [51].

Die Hintergründe dieser groben Rechtsbeugung wären ganz besonders interessant, weil es sich offenbar um Anordnungen verantwortlicher unterer Verwaltungsbehörden handelte und nicht um die Aktion einer ohne feste Verantwortung handelnden Parteiformation. Sie sind nicht mehr aufzuklären.

Das Weihnachtsgeschäft. Der Kampf gegen die jüdische Konkurrenz mußte besonders darauf abzielen, wenigstens zu den Zeiten, in denen Höchstumsätze zu erwarten waren, einen Boykott der Konkurrenten zu erreichen. Die Bedenkenlosigkeit der Antisemiten in der Wahl ihrer Mittel zeigt sich besonders beim Weihnachtsgeschäft. Obgleich sie sicher nicht gewillt waren, mit der christlichen Botschaft ernst zu machen, scheuten sie sich nicht, religiöse Gründe und Gefühle als Vorwand für die von ihnen geforderte Benachteiligung jüdischer Geschäfte geltend zu machen.

---

[47] Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister, Nr. 27 108, 18. 12. 1934.

[48] Die Stoßrichtung der Propaganda zeigte sich bereits bei der alljährlichen Herbstmesse im Jahre 1933. »Es ist ... paradox«, stellte das Hakenkreuzbanner fest, »daß ausgerechnet das Adolf-Hitler-Ufer mit Juden überfüllt ist«, und äußert seine Genugtuung darüber, daß Anweisung gegeben wurde, die deutschen Geschäfte zu kennzeichnen. Von welcher Stelle die Anweisung gegeben wurde, erfahren wir nicht. HB 27. 9. 1933.

[49] HB 24. 4. 1935.

[50] HB 24. 9. 1935.

[51] Sperrung im Original. In anderen Städten wurden die Juden noch früher ausgeschlossen. Vgl. Düwell S. 95.

Deutlich wird dies in einem Schreiben des *Landesverbands des Badischen Einzelhandels e. V.* vom 10. November 1933 an den *Reichstreuhänder der Arbeit* [52]. Der übliche Weihnachtsschmuck – alles andere als christliche Kultgegenstände – sollte von Juden weder verkauft noch verwendet werden dürfen [53]. Dies sollte einmal die jüdischen Geschäfte für Käufer unattraktiv machen, zum andern ihren Boykott erleichtern, da jedes jüdische Geschäft ohne weiteres am fehlenden Weihnachtsschmuck zu erkennen gewesen wäre.
Eine zumindest versteckte Drohung stellte es dar, wenn der *Landesverband des Badischen Einzelhandels* vorgab zu befürchten, daß durch »die Verletzung tiefster christlicher Gefühle« Volksgenossen »sich zu Tätlichkeiten hinreißen ließen, die schließlich eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe mit sich brächten«. Zwei weitere Aktionen bereiteten einen Boykott jüdischer Geschäfte vor. Die *NS-Hago* zeichnete verantwortlich für ein Flugblatt, welches auch auf den Straßen Mannheims ausgegeben werden sollte [54]. Es forderte unter einem Appell an die Nächstenliebe zum Meiden der jüdischen Geschäfte auf. Die *Gauamtsleitung* verzichtete jedoch [55] – vermutlich nach Herausgabe eines auf ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts dringenden Erlasses des Reichswirtschaftsministers – auf die Verbreitung des Flugblattes [56]. Das *Hakenkreuzbanner* hat sich beim ersten Weihnachtsverkauf nach der *Machtergreifung* Zurückhaltung auferlegt. In den Vorweihnachtsnummern wird zwar wie bisher in Fettdruck gelegentlich ein »Meidet die Warenhäuser« oder »Der Jude ist unser Unglück« eingestreut. Jedoch fehlen besondere Hetzartikel, die dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 16. Dezember 1933 entgegengelaufen wären. Lediglich einer Eingabe des Mannheimer Rechtsanwalts Kronstein an den Treuhänder der Arbeit ist zu entnehmen, daß der *Führer durch die deutschen Geschäfte,* dessen Herausgeber der *Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes* war, schon in der Vorweihnachtszeit 1933 ausgegeben wurde [57]. Diese Aktion unterband jedoch das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium [58]. Wann der *Führer durch die deutschen Geschäfte* dann erneut in den Verkehr gekommen ist, läßt sich nicht mehr feststellen. Vermutlich wird er schon 1933 zwar nicht mehr verteilt worden, jedoch auf eine Anfrage hin jederzeit in der Redaktion des *Hakenkreuzbanners* zu erhalten gewesen sein [59].
Auch bei den beiden folgenden Weihnachtsverkäufen der Jahre 1934 und 1935

---

[52] Gewerbeausübung I.
[53] Vgl. auch: Schreiben des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwest, Karlsruhe 8. 11. 1934, Gewerbeausübung I.
[54] Ein Exemplar aus Neuenheim im GLA 237/35 739.
[55] Erlaß II A Nr. 3317/33 vom 16. 12. 1933. Abschrift in Akten Gewerbeausübung I.
[56] In einer Aktennotiz vom 8. 1. 1934 auf der Eingabe von Rechtsanwalt Dr. Heinrich Kronstein vom 12. 12. 1933 an den Treuhänder der Arbeit schreibt der Referent (des Finanz- und Wirtschaftsministers), daß die Gauamtsleitung »vor einigen Wochen« die Zurückziehung des Flugblatts zugesagt habe. GLA 237/35 739.
[57] Schreiben des Rechtsanwalts Kronstein an den Reichstreuhänder der Arbeit vom 8. 12. 1933, GLA 237/35 739.
[58] a. a. O. Aktennotiz vom 8. 1. 1934.
[59] Vergleiche S. 126, Anmerkung 78.

herrschte in Mannheim ein verhältnismäßig ruhiger Geschäftsverlauf. Lediglich das *Hakenkreuzbanner* nahm noch einmal gegen die Verwendung »christlicher Symbole« durch jüdische Geschäfte bei der Schaufensterdekoration Stellung und prangerte die »unfaßbare Gleichgültigkeit« der Käufer an [60]. Es stellte sich damit in Gegensatz zu den in einem Runderlaß ausdrücklich wiederholten Wünschen der Reichsregierung [61]. Doch folgten der an die jüdischen Geschäfte gegebenen Warnung keine Taten. Ausschreitungen, wie sie im Erlaß des Badischen Ministers des Innern vom 23. Januar 1935 geschildert werden, sind in Mannheim nicht bekannt geworden [62].

Eine auf den ersten Blick nicht als Boykott jüdischer Geschäfte erkennbare Maßnahme stellte die Ausgabe der Weihnachtsgratifikationen dar. Das Reichsfinanzministerium hatte folgende Regelung vorgesehen [63]: Gratifikationen unter 25.– RM blieben steuerfrei; bei diesen Betrag übersteigenden Zuwendungen jedoch nur, wenn jede vollen 25.– RM in *Bedarfsdeckungsscheinen* ausgegeben wurden. Diese Maßnahme war von den Zentralinstanzen sicher in erster Linie zur Belebung der Wirtschaft ergriffen worden. Da in Mannheim jedoch jüdische Geschäfte generell von der Einlösung der *Bedarfsdeckungsscheine* ausgeschlossen waren, verkleinerte sich dadurch, ohne daß ein Gesetz verletzt wurde, der Kundenkreis jüdischer Geschäftsleute [64].

Das Verhalten der Juden in der ersten Phase nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik

1. Ausweichen. Die naheliegende Haltung, die in der Tat viele Geschäftsleute an den Tag legten, bestand im Ausweichen.

Da die nationalsozialistischen Machthaber Wert auf die *arische* Abstammung sowohl der Spitzenkräfte wie der *Gefolgschaftsmitglieder* legten, mühten sich viele Unternehmen, diesem Verlangen nachzukommen.

Geschäfte, welche nur geringfügig mit *jüdischem Kapital* arbeiteten oder nur wenige jüdische *Gefolgschaftsmitglieder* beschäftigten, bemühten sich um deren Ausscheiden. Voran gingen natürlich Firmen, die auf die Aufträge der öffentlichen Hand angewiesen waren. Eine erste solche Umgruppierung ist für Mannheim bereits vom Juni 1933 an festzustellen [65]. Dieses Bestreben hielt sich jedoch in engen

---

[60] HB 14. 12. 1934.

[61] Der Reichswirtschaftsminister und Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit IV 7391/34 vom 13. 11. 1934, Gewerbeausübung I.

[62] Erlaß Nr. 130 805 vom 23. 1. 1935, Gewerbeausübung I, Urschrift: Generalia Schutz der Wirtschaft vor unbefugten Eingriffen.

[63] Veröffentlicht HB 21. 12. 1933.

[64] Vgl. S. 118 f.

[65] 1. Faser-Handelsgesellschaft; Schreiben vom 3. 6. 1933 an die Industrie- und Handelskammer (u. a. Ausscheiden eines »nichtarischen« Prokuristen), GLA Doc. center Ma 52.
2. Die chem. Fabrik Badenia teilte unter dem 5. 7. 1933 mit, daß sämtliche Geschäftsanteile nunmehr in christlichen Händen seien. Schreiben und Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer 16/67 – 13.

Grenzen [66]. Selbst gegen Ende des betrachteten Zeitabschnitts sind keine nennenswerten Bewegungen dieser Art nachzuweisen. Von 124 Betrieben, die unter dem Stichdatum des 29. August 1935 von der *NSDAP, Ortsgruppe Friedrichspark,* als jüdisch gemeldet wurden, waren am 5. August 1936 nur das *Logenrestaurant* in C 4, 12 und die *Mannheimer Knieblechröhrenfabrik* in »arischen« Besitz übergegangen. Ferner wurde ein *arisches* Möbelgeschäft, welches zwei jüdische Firmen beliefert hatte, aufgelöst [67].

Da diese Umgruppierungen in den Kapitalverhältnissen und Spitzenpositionen von Unternehmen noch nicht unter dem später ausgeübten schweren Druck erfolgten, konnten sie ohne nennenswerte Verluste vor sich gehen. Moralisch bedenklicher war das Bestreben mancher – auch jüdischer – Betriebe, sich ihres *nichtarischen* Personals zu entledigen [68]. Da Unterlagen fehlen, sind diese Bemühungen jedoch schwer zu belegen. Im Regelfall wurden Kündigungsfristen eingehalten, so daß es nicht zu Prozessen kam [69]. Die juristisch möglichen Entlassungen jener Jahre wurden natürlich nicht mit der jüdischen Abstammung der Beschäftigten motiviert.

Eine dritte Form, der Rassenpolitik auszuweichen, war die Tarnung. In Mannheim sind gerade in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verschiedene Spielarten festzustellen [70]. Einem jüdischen Generalvertreter gelang es, als Förderungsmitglied der SS die Zurücknahme von Posten der *SA-Standarte 171* während des Boykotts im April 1933 zu erreichen [71]. Eine Mannheimer Zigarrenfabrik versuchte, ihre Produkte dadurch leichter abzusetzen, daß sie ihre Fabrikate unter dem Namen eines *arischen* Angestellten herausbrachte und mit Hitlerbild oder aber in einer *Stahlhelm*ausführung mit einem Bild von Franz Seldte versah [72]. Andere Geschäfte bemühten sich, durch entsprechende Dekoration der Schaufenster (Ausstellung von *SS*-Artikeln und Hakenkreuzflaggen) sich den veränderten Verhältnissen anzupassen [73]. Ein derartiges Verhalten wurde infolge der vielseitigen Bespitzelung meistens entdeckt und angeprangert. Nach Fe-

---

3. Der Oberbürgermeister teilt in einem an sämtliche städtischen Amtsstellen gerichteten Erlaß betr. Vergabe städtischer Lieferungen mit, daß aus der Firma Fuchs & Co der (nichtarische) Teilhaber Siegfried Engel ausscheide.

[66] Kronstein berichtet (S. 139), daß seine Freunde und er sich bemühten zu erreichen, »daß die jüdischen Unternehmer nicht zu rasch ihre Betriebe aufgaben und so zahlreiche andere jüdische Leidensgefährten um ihre Existenzgrundlage brachten«.

[67] Ortsgruppe Friedrichpark, vertrauliche Meldung vom 24. 8. 1935 und Liste vom 29. 8. 1935. Ferner: Der Wirtschaftsberater der NSDAP, Ortsgruppe Friedrichspark, Schreiben vom 5. 8. 1936.

[68] Vgl. z. B. die Akten 18/65 – 68; 18/65 – 1; 18/65 – 36; 18/65 – 38.

[69] Aus einem an das Badische Landesarbeitsgericht Mannheim eingereichten Schriftsatz (AZ: ABR 49/33 vom 13. 10. 1933) geht hervor, daß ein Mannheimer Großbetrieb 15 jüdische Angestellte beschäftigt hatte. Allen wurde gekündigt. Bei einer Angestellten wurde die Kündigungsfrist nicht eingehalten. Sie klagte auf Vertragserfüllung, d. h. auf Zahlung des ihr zustehenden Gehalts. Ihre Forderung wurde vom Arbeitsgericht Mannheim anerkannt.

[70] Vgl. HB 1. 6. 1933.

[71] HB 19. 9. 1933.

[72] HB 16. 3. 1933.

[73] HB 1. 6. 1933.

stigung der NS-Herrschaft und dem Erlaß entsprechender »Schutzverordnungen« konnte es ohnedies nicht mehr gewagt werden [74]. Die auf die Dauer aussichtsreichste Form, einem Boykott zuvorzukommen, war die Überleitung des Geschäfts auf eine *arische* Vertrauensperson oder einen Verwandten, die dann das Unternehmen unter ihrem Namen weiterführten. Solche Übertragungen sind in geringer Anzahl vorgekommen, jedoch nur nachzuweisen, wenn sie schon zu jener Zeit als solche erkannt wurden [75].

2. Formen des Widerstands jüdischer Gewerbetreibender gegen die Benachteiligung. Den verschiedenen Formen des Ausweichens stehen die Bemühungen einiger Mannheimer Firmen gegenüber, durch Eingaben beim *Treuhänder der Arbeit* oder beim Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium eine Besserung ihrer Lage zu erreichen. Die Betrachtung der Einzelfälle zeigt, daß ein energisches, den Methoden der Partei entsprechendes Eingreifen von seiten des Ministeriums nicht nachzuweisen ist [76]. Ein solches wäre aufgrund der Erlasse der Reichsregierung durchaus möglich gewesen [77].

Zumeist bemühten sich die badischen Zentralinstanzen, die lästigen Probleme von sich abzuwälzen oder aber bei einer zu offensichtlichen Verletzung zentraler Anordnungen, die ärgsten Mißstände abzustellen. Ein wirklicher Ausgleich, der der These des Propagandaministers von der Gleichberechtigung der Juden in der Wirtschaft entsprochen hätte, wurde aber nach erfolgten Übergriffen nicht erzielt. Die öffentliche Verteilung der *Führer durch die deutschen Geschäfte* wurde zwar vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium unterbunden, doch war die Restauflage dem *Hakenkreuzbanner* zur weiteren Verteilung belassen worden [78]. Angesichts dieser halbherzigen Eingriffe der verantwortlichen badischen Behörden schien es für jüdische Firmen angebrachter, zu versuchen, durch Stillhalten zu überleben, als durch wenig aussichtsreiche Eingaben den Zorn radikaler örtlicher »Elemente« zu erregen.

Eine weitere Möglichkeit, gegen Benachteiligungen vorzugehen, eröffnete der Rechtsweg. Noch herrschten Markt- und Gewerbefreiheit und – abgesehen vom Beschaffungswesen – die gleichen Rechtsgrundsätze wie vor 1933. Wie die Betrach-

---

[74] Die Zigarrenfabrik H. Jacobi hatte 1935 Klebestreifen für ihre Fabrikate mit der Aufschrift »Raucht edelreife H. J. Zigarren« herausgebracht. Nachdem diese »Tarnung« entdeckt worden war, wurden die Streifen von der Polizei beschlagnahmt und im Hakenkreuzbanner, falls man weiterhin die Dinge auf »die Spitze« treibe, eine »noch deutlichere Sprache« angedroht. HB 19. 8. 1935. Eine Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe wurde erst im Jahre 1938 erlassen (22. 4. 1938, RGBl. I, S. 404). Diese Verordnung bedrohte deutsche Staatsangehörige, die bei einer »Tarnung« halfen, mit einer Zuchthausstrafe.

[75] Mehrere Einzelfälle sind in den Meldungen der Ortsgruppe Friedrichspark vom 15. 8. 1935 und 29. 8. 1935 enthalten. GLA Doc. center.

[76] Vgl. z. B. die bezeichnende Haltung zu einer Eingabe mehrerer Mannheimer Unternehmen im Erlaß Nr. 13 167 vom 13. 4. 1934. Gewerbeausübung I.

[77] Siehe S. 111 f.

[78] Die weitere Verbreitung durch das HB belegt ein Brief des Kreisleiters an SS Brigadeführer Stark vom 15. 9. 1934. GLA Doc. center Ma 29. Siehe oben S. 120.

tung der Rechtslage jüdischer Bürger zeigt, war es in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* durchaus nicht ungewöhnlich, daß ein Jude mit seinen Forderungen vor Gericht durchkam [79].

Daß jüdische Unternehmen den Rechtsweg so selten beschritten, erklärt sich aus ihrer besonderen Lage. Im Beschaffungswesen, dem einzigen Fall, in dem bei gleichem Angebot eine Benachteiligung jüdischer Unternehmen stattfinden durfte, war es für eine jüdische Firma nicht leicht festzustellen, ob sie von einer anderen Firma unterboten wurde und aus diesem Grunde nicht den Zuschlag erhielt. Aus einem Schreiben der Firma *Rothschild* geht hervor, daß sie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge völlig ausgeschaltet worden war [80].

Juristisch bedenklicher war es schon, ein jüdisches Unternehmen überhaupt nicht mehr zum Angebot aufzufordern. Doch zeigt das folgende Beispiel, daß auch in diesem Fall die Beweislage für ein Unternehmen höchst ungünstig war.

Die jüdische Firma *M. Weinberger* belieferte noch 1935 aufgrund ihrer günstigen Angebote die Mannheimer und Bruchsaler Gefangenenanstalten mit Weizen- und Roggenmehl [81]. Unter Bezugnahme auf diesen Sachverhalt scheint die *Kreisleitung Mannheim* die Übertragung der für das Beamtentum geltenden Bestimmungen auch auf die freie Wirtschaft angeregt zu haben [82]. Obgleich das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium den Generalstaatsanwalt auf die entgegenstehenden Erlasse der Reichsregierung hinwies, ließ dieser fernmündlich beide Strafanstalten anweisen, jüdische Firmen nicht mehr zum Angebot aufzufordern [83]. Dieses Beispiel zeigt die Bereitschaft höchster und mit den Gesetzen aufs beste vertrauter Instanzen, sich über bestehende Bestimmungen hinwegzusetzen, wenn es galt, jüdische Geschäftsleute zu benachteiligen.

Falls nun die Firmeninhaber gegen die Beschaffungsstellen der Gefangenenanstalten Bruchsal und Mannheim hätten vorgehen wollen, wie hätten sie eine fernmündliche Anordnung des Generalstaatsanwalts nachweisen können, wenn sie abgestritten wurde?

Ähnlich, wie sich in diesem Fall das Konkurrenzunternehmen, die Firma *Gebrüder Zahn*, über *Kreisleitung* und *NS Hago* an die zuständigen Instanzen gewandt hat, werden sich andere Firmen auch verhalten haben.

Neben der ungünstigen Beweislage ließ ein weiterer Umstand die Führung eines

---

[79] Vor allem bis etwa 1936 kamen Juden in Mannheim mit ihren Forderungen vor Gericht noch recht gut durch; z. B. Akten 18/65–35. Urteil des Gemeindegerichts vom 22. 5. 1933; 18/65 – 16 erhielt in einem Beleidigungsprozeß der Jude recht, obgleich die Gegenpartei mit der Presse drohte. Allerdings sind auch in diesen Jahren schon Fälle »doppelten« Rechts nachzuweisen.

[80] 16/67 – 13.

[81] Reichsjustizministerium, Abt. Württemberg-Baden, Der Beauftragte, Nr. 11 675, Karlsruhe, 26. 3. 1935 betr. Mehlbezug der Gefangenenanstalten (Abschrift: Gewerbeausübung I).

[82] Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums an das Reichsjustizministerium, Abt. Württemberg-Baden in Karlsruhe, Nr. 9089 vom 29. 3. 1935, Gewerbeausübung I.

[83] Schreiben Nr. 453 vom 10. 4. 1935 (in diesem Bericht des Generalstaatsanwalts an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister ist »fernmündlich« unterstrichen).

Prozesses nutzlos erscheinen. Unterstellt man, das jüdische Unternehmen wäre vor Gericht mit seiner Forderung, weiterhin zum Beschaffungswesen zugelassen zu werden, durchgedrungen, so hätte es bestenfalls weiterhin seine Angebote unterbreiten dürfen. Ein *arisches* Unternehmen, welches daraufhin ein gleichwertiges Angebot abgab, wäre doch stets zur Stelle gewesen und hätte den Zuschlag erhalten.
Im Beschaffungswesen erwies sich bei ruhiger Überlegung der Rechtsweg als nicht gangbar. Welche Aussicht hätten nun gerichtliche Maßnahmen gegen Boykott und Ausschaltung durch Parteiorganisationen gehabt?
Hier wäre ebenfalls eine äußerst schwierige Beweislage zu meistern gewesen. Wie sollte man den stillen Boykott, durch mehr oder weniger offenen Druck der Partei hervorgerufen, fassen? Wie wollte man beweisen, daß ein *SA*-Mann oder Parteigenosse sich Namen ihm bekannter Kunden merkte, um diese in irgendeiner Weise beeinflussen zu lassen? Wie sollte man gegen die Parteipresse vorgehen?
Wenn die jüdischen Firmen Mannheims einen solchen Prozeß beispielsweise gegen die häufig erscheinenden Aufrufe des Hakenkreuzbanners »Kauft nicht beim Juden« oder die Empfehlung des Oberbürgermeisters von Mannheim an die Beschäftigten der Stadt, nicht beim Juden zu kaufen, nicht führten, so werden verschiedene Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben.
Ein Einzelner hätte einen solchen Prozeß nicht führen können. Zu leicht wäre er der Lynchjustiz oder dem »Volkszorn« zum Opfer gefallen. Es hätte also die jüdische Mannheimer Unternehmerschaft einen solchen Prozeß führen müssen. Doch ihre Einigkeit war nicht stark genug, sich zu diesem Zeitpunkt zu einem solchen Schritt zusammenzufinden. In zu verschiedener Weise waren die einzelnen Verfolgten von den Maßnahmen des NS-Staates betroffen. Zudem stand allen Geschäftsinhabern vor Augen, wie die badischen Zentralinstanzen immer wieder zurückscheuten, Erlasse der Reichsregierung auszuführen. Mußte da nicht die Vollstreckbarkeit eines jeden noch so gerechten Urteils in Frage gestellt sein?
Waren im Hinblick auf den zweifelhaften Erfolg die jüdischen Unternehmer nicht willens, vor Gericht gegen ihre Widersacher vorzugehen, so erst recht nicht, in einer geschlossenen Aktion, die vielleicht die einzige Möglichkeit gewesen wäre, energischen Widerstand zu leisten. Die Reichsregierung wollte und mußte vor allem die Arbeitslosigkeit bekämpfen. So hätten die jüdischen Unternehmer versuchen können mit gleichen Methoden zu antworten, sie hätten Arbeiter entlassen können, um den NS-Staat an seiner wundesten Stelle zu treffen. Daß die jüdischen Unternehmer dies wußten, zeigen ihre Eingaben an die badischen Zentralinstanzen. Stets warnen sie, daß sie bei weiteren Boykottaktionen Entlassungen vornehmen müßten.
Aber solchen Ankündigungen folgten keine heute nachweisbaren Taten. Einen Großteil der Mannheimer jüdischen Unternehmer führte auch hier die »ruhige Überlegung« zur gleichen Reaktion wie die Mehrzahl der anderen Deutschen: Warum sollte man nicht den zahlreichen Dementis vertrauen, auf einen baldigen Umschwung der politischen Lage hoffen, statt allen Besitz aufs Spiel zu setzen [84]?

[84] Den Umschlag erwartete man natürlich zum Guten. Jedoch auch bei den zur Beruhigung der Wirtschaft herausgegebenen Erlassen ist die Wendung zum Schlechten gelegent-

Warum sollte man das persönliche Risiko auf sich nehmen, als Saboteur des Wiederaufbaus in KZ-Haft zu kommen? Denn Mut gehörte dazu, Entlassungen vorzunehmen. Ein Jude, der durch den Boykott gezwungen war, Kündigungen auszusprechen, wurde in *Schutzhaft* genommen und diese Schandtat wurde dann noch »Zur Warnung Gleichgesinnter!« im *Hakenkreuzbanner* veröffentlicht [85].
Eine Minderheit der Mannheimer Unternehmer wäre überdies mit einer solchen »harten« Maßnahme, die Partei und Parteipresse gezwungen hätte, zurückzuweichen oder ihr wahres Gesicht zu zeigen, aus einem anderen Grunde nicht einverstanden gewesen. Sie bemühten sich unter Führung des Mannheimer Rechtsanwalts Heinrich Kronstein, »stillzuhalten« und möglichst lange die Firmen bestehen zu lassen. Sie glaubten schon bald nach der *Machtergreifung* nicht mehr an einen Umschlag zum Guten. Diese wenigen Unternehmer wollten ihre Firmen nicht früher als nötig auflösen, um zu verhindern, daß die reichen Juden auswanderten und damit die vielen weniger begüterten Verfolgten ohne Broterwerb und Unterstützung eine Auswanderung hätten vorbereiten müssen.

Zwei bezeichnende Einzelfälle aus der ersten Phase nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik

1. Fall Wronker. Die Firma *Hermann Wronker AG* in Mannheim hatte mit einem jüdischen Mädchen am 15. Juli 1931 einen dreijährigen Lehrvertrag abgeschlossen. Am 8. August 1933 erhielt das Lehrmädchen »auf Veranlassung des Betriebsrats« eine Kündigung. Das Lehrmädchen klagte auf Erfüllung des Lehrvertrages.
Das Badische Arbeitsgericht Mannheim, vor dem der Rechtsstreit ausgefochten wurde [86], entschied gegen die Klägerin. Es führte aus, »die Beklagte (d. h. die Firma *H. Wronker AG*) kann sich dem Drucke der übrigen Belegschaft – wenn dieses Vorgehen vielleicht auch den Anordnungen der obersten Führung der *NSDAP* widerspricht – nicht mit Erfolg entziehen, und es ist der Beklagten nicht zuzumuten, das Lehrverhältnis mit der Klägerin fortzusetzen auf die Gefahr hin, daß bei einer Weiterbeschäftigung der Klägerin Störungen des geordneten Geschäftsbetriebes der Beklagten entstehen oder sogar tätliche Ausschreitungen gegenüber der Klägerin vorkommen, für die die Beklagte selbst unter Umständen schadensersatzpflichtig wäre« [87]. Dieses Urteil läßt deutlich die im Betrieb geübte Praxis

---

lich herauszulesen. So spricht ein Erlaß des Reichsministers des Innern (I 6071/30.12. vom 17. 1. 1934 Gewerbeausübung I) deutlich aus, daß »eine Aufhebung, Änderung oder Ausdehnung geltender Reichsgesetze ... nur der Reichsregierung selbst« zustehe. Die ausführenden Organe haben »die Gesetze solange anzuwenden, als sie in Geltung sind ...«. In welcher Richtung eine Änderung allein beabsichtigt war, zeigt der Schlußabsatz dieses Erlasses, der bittet, den Reichsminister »in jedem Fall möglichst frühzeitig zu beteiligen, wenn Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, die auf eine Sonderbehandlung von Nichtariern abzielen«.

[85] HB 23. 2. 1934; HB 24. 2. 1934.

[86] AZ: 1 AH 380/33.

[87] Urteil vom 12. 9. 1933; Abschrift unter 18/65 – 68 im Stadtarchiv.

durchblicken: Scharfmacher, die ohne Zweifel im Betriebsrat vertreten waren, drohten mit dem Zorn der Belegschaft [88].

Statt auf die Rechtsfrage einzugehen und die Bestimmungen des Lehrvertrages der Rechtsprechung zugrunde zu legen, beugt sich das Gericht dem angedrohten Terror. Der »Zorn« erscheint, ganz der offiziellen Propaganda gemäß, im Urteil als Rechtsnorm. Zudem setzt sich das Urteil, indem es den von den Scharfmachern der Partei vorgetragenen Attacken folgt, sogar über die Anordnungen der *NSDAP* hinweg, statt die Bestimmungen des Lehrvertrags oder wenigstens die Verlautbarungen höchster Staatsinstanzen zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen.

Die Verteidigung erkannte das Urteil nicht an und legte das Rechtsmittel der Berufung ein. Neben allgemein rechtlichen Erwägungen konnte sie sich auf eine stattliche Anzahl von Urteilen berufen, in denen die Gerichte für den jüdischen Arbeitnehmer entschieden hatten. Diese hektografierten Urteile hatte der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.*, Berlin, gesammelt und stellte sie bei Bedarf den Anwälten zur Verfügung. Darüber hinaus gelang es der Verteidigung, eine für die jüdischen Gewerbetreibenden vom *Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen* veröffentlichte Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers anzuführen [89], die in ihrem Eintreten für jüdische Gewerbetreibende in Anbetracht der Zeitumstände kaum korrekter gedacht werden kann [90]. Ferner konnte der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* gegenüber dem Vorbringen der Gegenseite, das Eingreifen der Betriebszellen sei eine revolutionäre Erscheinung und nach revolutionärem Recht zu beurteilen, auf eine Rede des *Reichsjustizkommissars* Frank vor den *Gauleitern* des *Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen* sowie auf Äußerungen des Propagandaministers in Genf vor der Weltpresse hinweisen, in denen kundgetan wurde, daß die »Revolution« beendet sei [91].

Gegen die Rechtsauffassung der Kläger, die sich auf die Urteile zahlreicher Gerichte, auf das formal geltende Arbeitsrecht und auf Anweisungen höchster Autoritäten des Dritten Reichs stützte, ging die Gegenseite mit äußerst scharfer Argumentation vor. In ihrem Schriftsatz vom 2. November 1933 lehnt sie jede Verantwortung für den Schaden ab, der der Klägerin mit »100 Prozent Sicherheit« durch die »aufgebrachte Belegschaft« entstehen wird. Des weiteren habe es sich die Klägerin selbst zuzuschreiben, »wenn sie zu ihrem persönlichen Schutz vor Mißhand-

---

[88] Daß es sich nicht um eine »aufgebrachte Belegschaft«, sondern um klare Anweisungen handelt, geht sogar aus einem Schriftsatz hervor (vom 5. 12. 1933), den die Beklagten dem Arbeitsgericht einreichten. Sie führten aus: »Die NSBO und die Belegschaft muß sich hier bei uns an diejenige Weisung halten, die ihr von der Gauamtsleitung gegeben wird . . .«.

[89] Abschriftlich in den Akten 18/65 – 68.

[90] Z. B. wird die Annoncensperre in bürgerlichen Zeitungen, die für jüdische Kaufhäuser bestand, als unerwünscht bezeichnet. Ferner sollten Bürgermeister und Landräte angewiesen werden, ein etwa erlassenes Kaufverbot in jüdischen Geschäften für die ihnen unterstehenden Beschäftigten aufzuheben.

[91] Abschrift des Schreibens (ohne Datum, etwa 24. 10. 1933) 18/65 – 68. – Ferner Verlautbarung: »Gegen Eingriffe in die Wirtschaft« in den gleichen Akten.

lungen in Schutzhaft genommen« werde. Neben dieser massiven Drohung machten die Anwälte der Beklagten für Baden und besonders für Mannheim Sonderrechte geltend. Weil sich dort das Judentum besonders breit gemacht und in sämtliche Berufe hineingedrängt habe, seien die von der Klägerin angeführten Anordnungen der zuständigen Reichsministerien nicht für Baden gültig und nie gültig gewesen [92]. Als Rechtsgrundlage für diese Auffassung wurde die in einer vom *Gaubetriebszellenleiter* PG F. Plattner geleiteten Versammlung gegebene Anweisung angeführt, daß jüdische Angestellte zu entfernen seien, wenn die Belegschaft dies verlange. Diese Auffassung war dem Rechtsanwalt der Beklagten bei »einer Besprechung am 28. Oktober 1933 in Karlsruhe wirksam bestätigt« worden. Somit folgerte er, daß selbst eine Anweisung des *Führers der Arbeitsfront* vom 18. Mai 1933, die Eingriffe in die inneren Verhältnisse eines Betriebes strikt untersagte [93], für Baden keine Gültigkeit habe. Wörtlich heißt es in dem Schriftsatz der Beklagten vom 2. November 1933: »Wir hier in Baden, und dies gilt ganz besonders für Mannheim, leben in ganz anderen Verhältnissen ... Hier in Mannheim und in Baden gilt nur das, was in Karlsruhe von der Gaubetriebszellenleitung befohlen wird ... Bemerken möchte ich noch, daß die von der Gegenseite angezogene Verordnung vom 18. Mai 1933 für Baden durch die Äußerungen des Gaubetriebszellenleiters außer Kraft gesetzt ist und für Baden niemals Geltung haben.« Die Ungültigkeit der zum Schutze der Wirtschaft erlassenen Verordnungen hielten die Beklagten ferner dadurch für erwiesen, daß bei Mannheimer Versammlungen weiter darauf hingewirkt wurde, dies Geschäft, in dem jüdische Angestellte beschäftigt seien, zu meiden [94].

Mit der Behauptung, Anweisungen der Reichsregierung seien für Mannheim ungültig, war der Rechtsvertreter der *H. Wronker AG* zu weit gegangen. Die Klägerin

---

[92] Die Unverfrorenheit, mit der Verfechter des Antisemitismus ihre fadenscheinigen Argumente herbeisuchten, bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Dieser Fall scheint aber besonders krass. Eine These der Antisemiten lautete, die Juden müßten angegriffen werden, weil sie nur in einigen Berufen wirkten (Richter, Ärzte). Auch prominente Juden sahen in der einseitigen Berufsstruktur ihres Volkes einen Übelstand (wie z. B. Martin Buber. Hierzu auch die Ausführung Heinrich Kronsteins, S. 137 f.). Da diese einseitige Berufsstruktur in Mannheim nun nicht so ausgeprägt war, »begründete« man unbekümmert den Kampf gegen das Judentum mit dem Gegenteil.

[93] Die Wichtigkeit dieser Anweisung zeigt sich daran, daß Rohlfing (Rechtsfragen aus der Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse im Arbeitsrecht, Juristische Wochenschrift 62, 1933 S. 2098 ff.) die fristlose Kündigung, die aufgrund der Zugehörigkeit des Arbeitnehmers zum Judentum erfolgte, trotz der gegenteiligen Auffassung vieler Arbeitsgerichte bis zum 18. 5. 1933 zuließ (a. a. O. S. 2100). – (In der JW kein Vorname zu Rohlfing angegeben). – Die Frankfurter Zeitung veröffentlichte am 1. 12. 1933 eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts (220/33), in welcher dieses den Standpunkt der Vorinstanz billigte, daß jüdische Abstammung allein kein Grund zur fristlosen Kündigung sei. – Die Berliner Volkszeitung Nr. 554 vom 23. 11. 1933 referierte unter der Überschrift »Ist Judentum Grund zur fristlosen Entlassung?« eine Entscheidung der Kammer I des Berliner Arbeitsgerichts, in der auf die Pflicht des Arbeitgebers abgehoben wird, »seine Entschlüsse unter eigener Verantwortung zu fassen und anmaßende Eingriffe von Mitgliedern der Belegschaft zurückzuweisen (Abschrift des Artikels unter 18/65 – 68 im Stadtarchiv). *Dok. 114.*

[94] Mit Einzelbeispiel im Schriftsatz vom 5. 12. 1933, S. 2 f.

bemühte sich, diese Behauptung durch Rückfrage beim *Reichstreuhänder der Arbeit* zu widerlegen. Inzwischen wurden laufend neue Erlasse bzw. Äußerungen nationalsozialistischer Würdenträger zum Schutze der Wirtschaft bekannt [95], die auch in der Mannheimer Lokalpresse veröffentlicht wurden [96]. Sie zeigten, daß der Prozeß für die Firma *Wronker* nicht zu gewinnen war. Trotz dieser äußerst günstigen Position der Klägerin schlossen die Rechtsvertreter einen Vergleich, in welchem das Arbeitsverhältnis gelöst wurde, und die beklagte Firma nur verpflichtet wurde, eine Abfindung zu zahlen, die Prozeßkosten zu begleichen und ein Lehrzeugnis auszustellen.

Dieser Prozeß zeigt schlaglichtartig eine ganze Reihe wichtiger Aspekte der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung und Rechtspflege während der ersten Zeit nach der *Machtergreifung*.

1. Der angesehene und versierte Rechtsanwalt Kronstein vertrat die Klägerin in der ersten Instanz. Er verlor den Prozeß. Auf seine Bitte hin führte Joseph Gentil die Berufung durch. Der Prozeß wurde von der *Israelitischen Gemeinde* unterstützt [97]. Das *Israelitische Wohlfahrts- und Jugendamt* legte die Prozeßkosten vor und hatte gewiß Einfluß auf die Wahl des Anwalts. Obgleich im Gemeindeblatt noch 1934 den Gemeindegliedern die Wahl jüdischer Anwälte nahegelegt worden war, weil diese einen Klienten mit gutem Erfolg vertreten könnten [98], wählte man einen nichtjüdischen Anwalt. Man fürchtete wohl mit Recht eine Benachteiligung des *rassisch* verfolgten Anwalts.
2. Das in erster Instanz gefällte und auszugsweise zitierte Urteil zeigt, daß nicht nur die parteiamtlichen Instanzen bereit waren, auf die *Rassen*politik des Staates einzugehen. Verletzungen nationalsozialistischer Anordnungen, wie sie am Beispiel des Generalstaatsanwalts Karlsruhe gezeigt wurden [99], erfolgten in diesem Stadium nationalsozialistischer Herrschaft fast ausschließlich, indem die Verantwortlichen »über das gesteckte Ziel hinausgingen«.
3. Die nützliche Hilfe des *Centralvereins* brachte es mit sich, daß der Reichsregierung sowohl Lücken in der NS-Gesetzgebung als auch mutige Richter sehr schnell bekannt wurden.
4. Schon 1933 traten an die Stelle klarer Rechtsnormen Äußerungen irgendwelcher NS-Größen, die, über die ganze deutsche Presse verstreut, veröffentlicht worden waren.
5. Die Macht der unteren Instanzen war 1933/34 so groß, daß sie offen nationalsozialistischen Anordnungen entgegentreten konnten. Die Ohnmacht der Kläger wird dadurch offenkundig, daß ein Vergleich geschlossen wurde. Noch im Termin vom 18. Oktober 1933 hatte der Vorsitzende die Aussichten der Berufung sehr un-

[95] Im Prozeß verwendet wurde der Erlaß des Reichsarbeitsministers an die Treuhänder der Arbeit III b Nr. 14 872/33 vom 24. 11. 1933 betr.: Vorgehen gegen nichtarische Arbeitnehmer. Gewerbeausübung I.
[96] NMZ Nr. 895, 31. 12. 1933; NMZ Nr. 2, 2. 1. 1934.
[97] Die jüdischen Arbeitnehmer waren von der DAF ausgeschlossen. Sie leistete bei Kündigungen stets Rechtshilfe. Diese Aufgabe fiel nun der Israelitischen Kultusgemeinde zu.
[98] IGBl. 15. 3. 1934 »Der jüdische Anwalt«.
[99] Siehe oben S. 127.

günstig beurteilt [100]. Als dann mehr und mehr Verlautbarungen von Parteigrößen auf eine Beruhigung der Wirtschaft abzielten und kaum Zweifel am günstigen Ausgang des Prozesses bestehen konnten, war immer noch die Vollstreckbarkeit des Urteils in Frage gestellt. Wie sollte man anonyme Schikanen und auch Tätlichkeiten im Betrieb unterbinden? Überdies hatte der Gegenanwalt, der offensichtlich im Einvernehmen mit Angehörigen der Gauleitung stand, »Schutzhaft« angedroht, also die Verbringung des klagenden Lehrmädchens in das dem Zugriff der Rechtsinstanzen entzogene Konzentrationslager.
6. Während der Rechtsvertreter der Firma *Wronker* in seinen Schriftsätzen lediglich rügte, die Kläger trügen den Zeitverhältnissen nicht genügend Rechnung, und einige Äußerungen und Belege anführte, denen zufolge die nationale Revolution in Mannheim nicht beendet sei, mußten die Kläger unvergleichlich viel mehr investieren, um den Prozeß zu diesem relativ erträglichen Ende zu führen.

2. *Fall Lederer.* Der Druck auf solche Wirtschaftsunternehmen, die zunächst ihre jüdischen Mitarbeiter weiterbeschäftigen wollten, war zuletzt immer erfolgreich. Die Entlassung des Geschäftsführers der *Schuhmacher Einkaufsgenossenschaft eGmbH,* Mannheim, ist ein solcher Fall. Die Bilanzen und Geschäftsberichte der Firma zeigen, daß Julius Lederer die Geschäftsführung der Genossenschaft in denkbar schlechter Lage übernommen hatte. Nach seinem Eintritt im Jahre 1929 wußte er jedoch die Umsätze wesentlich zu steigern und die Defizite abzubauen [101]. Auch für das Jahr 1934 lautete der Geschäftsbericht im Vergleich zu den Vorjahren günstig.
An diesem Geschäftsführer nahm die *Kreisamtsleitung* der *NS-Hago* Anstoß. Die Genossenschaft wandte sich daraufhin an den Reichswirtschaftsminister, der mit Schreiben vom 5. April 1934 [102] gegen »die Einflußnahmen außerbetrieblicher Stellen auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern, etwa wegen der Rassezugehörigkeit«, unter Hinweis auf frühere Verlautbarungen der Reichsregierung Stellung nahm. Im übrigen verwies er die Gesuchsteller an den *Treuhänder der Arbeit* in Karlsruhe. Etwa ein Vierteljahr hatte die Genossenschaft Ruhe, dann verlangte auf einer Versammlung der *Schuhmacher-Pflichtinnung* der Redner, »daß der Jude jetzt endlich verschwindet« [103]. Ein Schreiben des *Treuhänders* an die *Kreisbetriebsgruppe Leder* stellte daraufhin klar, daß der *Arier*paragraph in der Wirtschaft nicht gelte.
Der nächste massive Angriff erfolgte durch den nationalsozialistischen Mannheimer Ratsherrn *PG* Stark, der die Leiter der Genossenschaft, die Aufsichtsratsvorsitzenden (darunter einen Parteigenossen) und ein Vorstandsmitglied zu sich bestellte

---

[100] Schreiben von Rechtsanwalt Gentil an Rechtsanwalt Kronstein vom 18. 10. 1933, 18/65 – 68.
[101] Abschriften der zitierten Aktenstücke befinden sich in den Akten Gewerbeausübung I (Akten des Registergerichts durch Kriegseinwirkung vernichtet).
[102] Reichswirtschaftsminister II A 1938/34.
[103] Schreiben der Schuhmacher-Genossenschaft Mannheim eGmbH vom 19. 7. 1934 an den Reichstreuhänder der Arbeit, Karlsruhe.

und ihnen ein Ausschlußverfahren aus der Partei in Aussicht stellte, falls dem jüdischen Geschäftsführer nicht gekündigt werde. Die beiden Mitglieder der Genossenschaft legten auf diesen Druck hin ihre Ämter nieder. Die Genossenschaft wandte sich nun entsprechend der Anweisung des Reichswirtschaftsministers an den *Reichstreuhänder der Arbeit* in Karlsruhe. Dieser erklärte sich jedoch mit Schreiben vom 10. Dezember 1934 für »nicht zuständig« [104]! Er empfahl der Genossenschaft, sich an die *NS-Hago,* die *Gauamtsleitung* und das Badische Wirtschaftsministerium zu wenden. Der Parteigenosse Stark, der auch als Ratsherr eine radikale Haltung einnahm, verschickte daraufhin ein Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstands- und Aufsichtsrats der Genossenschaft, in dem er jeden zum Bekenntnis aufforderte, ob er gegen die Parteidisziplin verstoßen wolle oder nicht. Ferner forderte er den Rücktritt jener Aufsichtsratsmitglieder [105], die sich als charaktervoll (allerdings im nationalsozialistischen Sinn) bewährt hatten. Diesem Druck fügte sich endlich widerwillig die Genossenschaft, die ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollte. Der Vorstand teilte Herrn Lederer mit, daß er dem Druck weiche und ihm zum 15. Februar 1935 kündigen müsse. Rechtsanwalt Kronstein, der in einem letzten Versuch, gemäß der Empfehlung des »nicht zuständigen« *Treuhänders der Arbeit,* den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister um Hilfe bat [106], erhielt die lakonische Antwort, daß die Grundsätze der Gleichberechtigung keinen Sonderkündigungsschutz für *nichtarische* Angestellte darstellten. Die Kündigungsfrist sei eingehalten worden, somit entfalle die Möglichkeit zum Eingreifen [107].

ZWEITE PHASE

Der Übergang von der »wilden« Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft zur staatlich gelenkten »Ausschaltung«

Die *Nürnberger Gesetze* hatten gezeigt, daß der NS-Staat keinesfalls nur an eine Zurückdrängung jüdischen Einflusses dachte. Genau wie das *Reichsbürgergesetz* und das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* waren die Gesetze zur Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft schon durch die lokal extremen Elemente angestrebt und zum Teil vorweggenommen worden. Sowohl beim Fall *Lederer* wie beim Lehrmädchen der Firma *Wronker* hatte die Partei durch ihre Exponenten die Ersetzung des *Nichtariers* durch einen *Arier* gefordert und durchgesetzt. Am 20. August 1935 erließ der Reichs- und Preußische Minister des Innern Schutzanordnungen für die Wirtschaft [108], die an Entschiedenheit alles bisher Dagewesene überboten. Er forderte, Ungesetzlichkeiten mit den schärfsten

---

[104] Schreiben Nr. 14 073/34 vom 10. 12. 1934.
[105] Rundschreiben vom 9. 2. 1935.
[106] Schreiben vom 14. 2. 1935.
[107] Schreiben Nr. 8820 vom 1. 4. 1935.
[108] Geheimerlaß Nr. III P 3710/59, GLA 233/26 162.

polizeilichen Mitteln zu verhindern. Jede Lässigkeit von Beamten sollte »aufs schärfste« dienststrafrechtlich geahndet werden.

Diese Anweisung bezweckte nicht etwa einen Schutz der Juden. Sie deutet darauf hin, daß der NS-Staat sich jetzt stark genug fühlte, die von den Scharfmachern der Partei unter Duldung der Zentralinstanzen längst angestrebten und teilweise schon verwirklichten Ziele einer einheitlichen Lösung zuzuführen.

Deutlich wird dies aus einem Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Der Reichsminister führt darin aus, er habe mehrfach darauf hingewiesen, daß es »Pflicht jedes deutschen Betriebsführers« sei, »seine Mitarbeiter daraufhin zu prüfen, ob Juden durch Deutsche zu ersetzen« seien [109]. Somit war den Betriebsführern die Entlassung von Juden, auch wenn sie sich in untergeordneten Stellungen befanden, zur Pflicht gemacht worden.

Im Februar 1936 bildete dann der *Gauwirtschaftsberater* eine Kommission zur Überwachung der *Arisierungen* [110].

Die Einsetzung einer derartigen Kommission und deren Billigung durch den Finanz- und Wirtschaftsminister mußten jedem die wahren Intentionen der Regierung zeigen. Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister hatte gegen diese *Arisierungen* nichts einzuwenden [111]. Sein vertrauliches Rundschreiben an die Wirtschaftskammern läßt sogar vermuten, daß er *Scheinarisierungen* befürchtete und wohl auch den auf jüdische Unternehmungen ausgeübten Druck unterschätzte [112].

Der Wunsch des zuständigen Karlsruher Ministeriums, die Juden aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen, läßt sich auch an ihrem Verhalten *nichtarischen* Gesuchstellern gegenüber erkennen. Während der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister in den Jahren 1933 und 1934 immerhin noch auf die Gleichberechtigung der Juden in der Wirtschaft hingewiesen hatte, konnte er diese im Frühjahr 1936 aus »grundsätzlichen Erwägungen« einem Mannheimer Antragsteller nicht mehr bescheinigen [113].

Die vom Reichs- und Preußischen Minister des Innern für das Jahr der Olympischen Spiele gewünschte Ruhe zog in der Tat im Jahre 1936 ein. Auch das Weihnachtsgeschäft verlief ohne Zwischenfälle. Das Polizeipräsidium Mannheim, welches am 18. Dezember 1936 beim Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister anfragte, ob die Richtlinien des Reichswirtschaftsministers vom 16. Dezember 1933

---

[109] Schnellbrief vom 28. 12. 1935 Nr. IV 29 305/35, Gewerbeausübung I. Der Rechtsanwalt der H. Wronker AG sagt 1933 mit aller Deutlichkeit (Schriftsatz vom 5. 12. 1933) »Über Allem das Wohl der deutschen Volksgenossen und wenn dann noch Raum ist für Artfremde, dann können sie beschäftigt werden ...« Landesarbeitsgericht Mannheim ABR 49/33; 18/65 – 68.

[110] Schreiben vom 27. 2. 1936, Gewerbeausübung I.

[111] Erlaß IV 25 262/36 vom 26. 8. 1936, Gewerbeausübung I.

[112] Genschel hebt hervor, daß in Berlin die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben im Vergleich zu anderen deutschen Städten sehr zurückhaltend betrieben wurde. Besonders kraß tritt später der Unterschied zu Österreich und Wien hervor (vgl. S. 160 ff.).

[113] Gesuch des Emil Feibelmann vom 6. 4. 1936; Schreiben des Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 13 983 vom 5. 6. 1936.

noch Gültigkeit hätten, wurde kurzerhand telefonisch informiert, daß jeder Eingriff zu unterbleiben habe [114].

So kann sich die Betrachtung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik dieser Phase auf drei Probleme beschränken. Dies sind: Die Behandlung der *Mischlinge* in der gewerblichen Wirtschaft, die Ächtung jener Gewerbetreibenden, die Geschäftsverbindungen mit Juden unterhielten, und die Zuteilung von kontingentierten Rohstoffen an jüdische Firmen.

Einzelprobleme

1. Die Mischlinge. Das *Reichsbürgergesetz* hatte die nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörenden *Halbjuden* den *Ariern* gleichgestellt. In der Wirtschaft waren sie bisher nicht angegriffen oder benachteiligt worden. Mit dem Jahre 1936 aber setzte ihre Entrechtung ein, wie sie in der Beamtengesetzgebung vorgezeichnet war.

Die Benachteiligung begann damit, daß die Presse, d. h. das *Hakenkreuzbanner*, von Mannheimer Firmen, in denen *Halbjuden* Bedeutung hatten, keine Inserate mehr aufnahm. Selbst eine große Spezialfirma, die nachweislich seit 1932, also schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, inseriert und damit das *Hakenkreuzbanner* in den »Kampfjahren« unterstützt hatte, wurde abgewiesen [115].

Derartige Vorfälle müssen sich auch andernorts zugetragen haben, denn im Oktober 1936 sah sich der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister veranlaßt, durch Erlaß auf den Grundsatz der Gleichberechtigung von *Mischlingen* in der Wirtschaft hinzuweisen [116]. Gleichzeitig räumte der Minister jedoch ein, daß in »Einzelfällen« besondere Anforderungen an die »Reinheit des Blutes« gestellt werden konnten. Diese dürften jedoch nicht über die Anforderungen des § 5 der *Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 14. November 1935 hinausgehen [117]. Somit war also bereits von der Reichsregierung die Gleichberechtigung der *Mischlinge* unterminiert.

Ihre Entrechtung wurde in ähnlicher Weise wie die der 1933 angeblich noch gleichberechtigten *Volljuden* dadurch vorangetrieben, daß sie bei Aufträgen der öffentlichen Hand nicht berücksichtigt wurden [118]. Eine Bestellung der Stadt Mannheim bei einer Autozubehörfirma brachte jedoch noch weitergehende Verfügungen: Die

---

[114] Der Polizeipräsident Mannheim 18. 12. 1936, GLA 237/35 378.

[115] Beschwerdebrief des Unternehmers an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister vom 2. 6. 1936, Gewerbeausübung I.

[116] Runderlaß vom 28. 10. 1936 – IV 25 871/36. Ministerialblatt für die Badische Innere Verwaltung vom 20. 11. 1936, S. 968.

[117] RGBl. I, S. 1334. – Den Bediensteten der Stadt Mannheim war es sogar verboten, »arische«, aber jüdisch-versippte Ärzte zu konsultieren. Erlaß des Oberbürgermeisters vom 3. 6. 1936, 16/67 – 4.

[118] Die Firmen sind in den entsprechenden Verzeichnissen der städtischen Beschaffungsstellen angeführt. 16/67 – 13.

Konkurrenzfirma beschwerte sich mit dem Argument, daß der Inhaber der Autozubehörfirma mit einer *nichtarischen* Frau verheiratet sei [119]. Auch die Kreisleitung wünschte, daß die Stadt Mannheim bei der bisherigen Lieferfirma keine Bestellungen mehr abgeben solle [120]. In einer vertraulichen Anweisung untersagte der Oberbürgermeister die weitere Vergabe von Aufträgen an diese Firma.
Diese Praxis scheint jedoch nicht in allen Fällen angewandt worden zu sein. Ein Wiener Kollege von Rechtsanwalt Gentil forderte von diesem ein Gutachten an: Seine Mandantin beabsichtige, eine Zweigniederlassung ihrer Firma in München zu gründen, und erbat Auskunft, ob sie Benachteiligungen zu gewärtigen habe, weil ihr verstorbener Ehegatte nach den Gesetzen des Dritten Reichs als Jude zählte. Rechtsanwalt Gentil verneinte die Frage und führte als Beispiel einen seiner Klienten an, der trotz seiner jüdischen Ehefrau stets städtische Stellen beliefere [121].
Bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft kam es in Mannheim zwar nicht zur völligen Verdrängung der *Mischlinge* und der in *Mischehe* lebenden Bürger aus dem Wirtschaftsleben. Aber die Diskriminierung und völlige Entrechtung auch dieser Bevölkerungsgruppe lag in der Konsequenz des NS-Regimes [122].

2. *Die Geschäftsverbindungen mit »nichtarischen Firmen«.* In dieser zweiten Periode nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik arbeitete das *Hakenkreuzbanner* vor allem auf eine Isolierung der jüdischen Unternehmen hin. Neben die Beschwörung »Kauft nicht beim Juden«! tritt das Gebot »Der Jude ist kein Kunde für Dich!« [123]. Jüdische Firmen, die bisher nicht unter dem Boykott gelitten hatten, kamen gelegentlich in wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil Parteigenossen sie nicht beliefern wollten [124]. Umgekehrt wandte die öffentliche Hand wiederum das Druckmittel des Beschaffungswesens an. Spätestens ab Dezember 1937 erteilte die Stadt Mannheim an Firmen und Handwerker, die in Geschäftsverbindung mit Juden standen, keine Aufträge mehr [125]. Aufgrund der vielseitigen Durchdringung des öffentlichen und privaten Lebens durch die Partei oder ihre Organisationen, denen fast jeder in irgendeiner Weise angehörte, waren überdies mannigfache Druckmittel gegeben, Gewerbetreibende zur Aufgabe entsprechender Geschäftsver-

---

[119] Schreiben vom 22. 8. 1938, 16/67 – 13.
[120] Aktenvermerk vom 23. 8. 1938, 16/67 – 13.
[121] Allerdings bemühte sich dieser Klient Gentils, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Schriftwechsel 16/67 – 15, 27. 1. 1938.
[122] Vgl. auch H. Buchheim, »SS Staat II« S. 373 und S. 403 (Mischlinge fielen ab 1942 ebenfalls unter die Judengesetzgebung. Selbst einfache Zugehörigkeit zur Religion sollte als Kriterium gelten). Eine Besprechungsniederschrift über die »Endlösung« der Mischlingsfrage ist abgedruckt bei: Hrsg. Helmut Eschwege, Kennzeichen J, Berlin 1966, S. 235 ff.
[123] Erstmals HB 24. 8. 1935; wichtig auch HB 27. 8. 1935.
[124] Akten über einen solchen Streit 18/65 – 71 (Der »arische« Lieferant wollte unter Hinweis auf den jüdischen Inhaber einer Firma einen Vertrag nicht erfüllen).
[125] Ein entsprechender Erlaß ist nicht mehr nachzuweisen, jedoch findet sich in den Akten der Städt. Krankenanstalten (Fasz. 1 1936/37 Vergebung von Lieferungen) erstmals unter dem Datum des 29. 12. 1937 ein Verzeichnis von Handwerkern, die aus diesem Grunde keine Aufträge mehr erhielten.

bindungen zu zwingen. Besonders rührig betätigte sich in diesen Fragen die *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* [126]. Dies ging so weit, daß sie auch staatliche Stellen dazu aufforderte, ihre Beziehungen zu solchen Firmen zu lösen, die ihrerseits noch mit Juden zusammenarbeiteten [127]. Aus einem Aktenvermerk auf einer Eingabe der *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* an das Staatsministerium Karlsruhe ist zu schließen, daß in dessen Aufsichtsbereich keine derartigen Verbindungen mehr bestanden. Obgleich kein entsprechender allgemeinverbindlicher Erlaß nachzuweisen ist, scheint die Partei somit im Jahre 1937 nicht nur die Lösung der wesentlichen Geschäftsverbindungen staatlicher und kommunaler Instanzen mit Juden durchgesetzt zu haben, sondern auch die mit solchen *arischen* Firmen, die ihrerseits noch mit Juden handelten.

Trotz all dieser Anstrengungen gab es bei Erlaß der entsprechenden Gesetze im Jahre 1938 neben jüdischen Firmen auch immer noch jüdische Handelsvertreter. Dies verdient besondere Beachtung, da sie stets mit dem Publikum in Berührung kamen und bei Parteigenossen und organisierten Kleinhändlern darauf gedrungen wurde, diesen die Tür zu weisen; somit konnte es sich bei einer *arischen* Firma verhängnisvoll auf den Umsatz auswirken, wenn sie jüdischen Mitarbeitern nicht kündigte. Selbst *nichtarische* Firmen stellten nach Aussage einer arbeitsuchenden Jüdin in jenen Jahren lieber *arisches* Personal ein. Die Firmen hatten allerdings auch eine Möglichkeit, ihre jüdischen Vertreter zu halten. In einem Stimmungsbericht vom Februar 1938 hebt der Mannheimer Referent hervor, daß die Knappheit des Warenangebots es dem Händler unmöglich mache, jüdische Vertreter zu umgehen [128]. Bei direkt an die Firmen gerichteten Anfragen verwiesen diese die Einzelhänder an ihre Vertreter.

3. Die Kontingente. Eine Form der Ausschaltung von Juden aus dem Wirtschaftsleben entwickelte sich besonders in diesen Jahren: die Benachteiligung in der Zuteilung von der staatlichen Bewirtschaftung unterliegenden Gütern. In Mannheim existierten bedeutende jüdische Tabakfabrikationsbetriebe. Für sie war es lebenswichtig, die ausländischen Tabake zugeteilt zu erhalten. Wegen der schwierigen Devisenlage des Reichs stand jeder Fabrik nur ein bestimmtes Kontingent zu. Die betreffende Überwachungsstelle befand sich in Bremen. Aufgrund einzelner Hinweise läßt sich erschließen, daß im Einzelfall bereits 1937 mit der Kürzung des Kontingents gedroht wurde [129]. In großem Maße scheinen den jüdischen Fabrikanten jedoch erst im Januar/Februar 1938 die Kontingente gekürzt worden zu sein, um sie, wie ein Unternehmer der Tabakbranche einem Mitarbeiter vertraulich

---

[126] Muster einer umfassenden Verpflichtungserklärung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Fachgruppe Bekleidung, Textil und Leder GLA 233/26 162. Die Mitglieder hatten die Verbindungen zu jüdischen Lieferanten oder Vertretern aufzugeben. Der Fachgruppe sollte zugestanden werden, alle sich aus der Verpflichtung ergebenden Fragen zu prüfen.

[127] Schreiben der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Fachgruppe Bekleidung, Textil und Leder vom 24. 8. 1938, GLA 233/26 162 (Gleiches Schreiben an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium).

[128] Stimmungsbericht für Februar 1938 vom 17. 2. 1938.

[129] 18/65 – 87.

schrieb, »auf kaltem Weg« zur *Arisierung* zu zwingen [130]. Ähnliches ist auf lokaler Ebene für die Mannheimer jüdischen Metzger nachzuweisen. Unter den Mannheimer Schlachtern stellten die jüdischen Handwerker einen Anteil von 6,6 Prozent. Wie es selbstverständlich sein sollte, herrschte unter den Mitgliedern der Innung ein gutes Einvernehmen. So zog sich wahrscheinlich die Fleischerinnung im Jahre 1934 eine »scharfe Zurechtweisung« zu, weil sie, gemäß dem herrschenden Brauch, am Grabe des (jüdischen) Metzgermeisters Schott gesungen hatte [131]. Von der *NSDAP* (Ortsgruppe Schwetzingervorstadt) wurde dies Erweisen der letzten Ehre als »Geschmacklosigkeit« gewertet [132].

Von einem nicht näher bestimmbaren Termin an – vermutlich im Jahre 1937 – wurden die jüdischen Schlachter benachteiligt. Der Verwaltungsbericht der Stadt Mannheim 1933–1937 teilt für das Jahr 1935 lediglich mit, daß im Gegensatz zu den beiden ersten Jahren (des Dritten Reichs) »die Schlachtungen kontingentiert und eine gerechte Verteilung des Schlachtviehs durchgeführt werden« konnte [133]. Wieweit die Juden schon bei dieser Kontingentierung zurückgesetzt wurden, läßt sich nicht mehr feststellen. Spätestens vom Jahre 1937 an nutzte der *Gauwirtschaftsverband Baden* die Gelegenheit und benachteiligte die jüdischen Metzger bei ihrer Fleischzuteilung [134]. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mannheimer Metzger fand jedoch einen unter den damaligen Zeitverhältnissen ungewöhnlichen und mutigen Ausweg: Einige *arische* Kollegen leiteten das Vieh, welches sie unter Benachteiligung ihrer jüdischen Konkurrenz erhalten hatten, diesen zu und schufen so einen gewissen Ausgleich. Etwa im März 1938 wurde das Viehkontingent für jüdische Metzger völlig aufgehoben [135]. Trotzdem konnten einige von ihnen infolge der Solidarität ihrer Kollegen noch kurze Zeit existieren [136].

Einzelfälle

1. Die »Arisierung« Herzberg. Der in *Mischehe* lebende Inhaber eines Wollwarengeschäfts, dem eine Sportabteilung angegliedert war, beschäftigte 1937 noch 18 Angestellte. Die Partei wurde auf ihn aufmerksam, als er einer *Schaftführerin* des *BDM (Bund deutscher Mädel)* zum 1. Mai 1937 wegen des schlechten Geschäfts-

---

[130] Schreiben vom 27. 1. 1938, 18/65 – 87. Akten der Überwachungsstelle konnten nicht nachgewiesen werden.

[131] GLA, Doc. center Ma 111.

[132] Verfügung auf Eingabe vom 27. 6. 1934.

[133] Verwaltungsbericht S. 157.

[134] Hierauf weist das Schreiben des Gauwirtschaftsverbandes Baden vom 2. 6. 1938 hin. 16/67 – 15.

[135] Das Hakenkreuzbanner schreibt dazu am 7. 6. 1938, daß »an die jüdischen Metzger Mannheim schon seit einem Vierteljahr von der Marktgemeinschaft aus keine Zuteilungen von Vieh mehr erfolgten, nachdem sich die Juden nicht mit den Zuteilungen zufrieden gaben, die aufgrund der Marktregelung vorgenommen werden . . .«.

[136] Hinweis durch Frau F. Das Hakenkreuzbanner berichtete unter der Überschrift »Ein jüdischer Saustall ausgehoben« am 7. 6. 1938 von der Schließung einer Metzgerei, deren Inhaber das Fleisch von »arischen« Kollegen kaufte.

gangs kündigte. Die Verkäuferin gab bei dem *Organisationsleiter der NSDAP* zu Protokoll, daß nicht der schlechte Geschäftsgang, sondern ihre Mitgliedschaft im *BDM*, vor allem ihre Weigerung, eine jüdische Verkäuferin mit Namen Levi vor der Kundschaft »Fräulein Lehmann« zu rufen [137], die wahren Gründe für ihre Entlassung seien.

Vermutlich war diese Denunziation der Anlaß, den Inhaber des Geschäfts zu bedrängen [138]. Es wurden Aufpasser vor dem Geschäft postiert, die vor allem an Samstagen die Käufer zur Rede stellten oder bis an ihre Wohnungstür verfolgten, um ihre Namen zu ermitteln. Die Polizei griff trotz der dringenden Bitte des Geschäftsinhabers nicht ein [139]. Selbst eine an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium gerichtete Beschwerde zeitigte keine oder vielmehr die entgegengesetzte Wirkung: Von diesem Zeitpunkt an wurde das Geschäft in ganz besonderem Maße beschattet und Käufer wurden unter Umständen sogar zu einer Aussprache zur zuständigen Ortsgruppenleitung bestellt [140]. Infolge weiterer Beschwerden des Herrn Herzberg setzte sich der zuständige Karlsruher Referent schließlich mit dem Mannheimer Polizeipräsidenten Ramsperger telefonisch in Verbindung [141]. Von diesem ließ er sich jedoch mit der Bemerkung abspeisen, daß der Beschwerdeführer »stark übertreibe«. Erst als der Geschäftsinhaber den erfolgten Übergang seines Unternehmens in *arische* Hände dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister anzeigte und bat, die den Nachfolger schädigende Überwachung der Kundschaft einzustellen, wandte sich dieser in einem Erlaß an den Mannheimer Polizeipräsidenten [142].

Dies Beispiel ist charakteristisch für die Jahre bis 1938.

In der trügerischen Stille, die während der Vorbereitung auf die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben herrschte, war es vielen *Nichtariern* möglich, ihr Geschäft weiterzubetreiben, sofern das Unternehmen stark genug war, auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Parteigenossen als Kunden zu verzichten.

Ferner zeigt der Fall, daß sich die Partei zwar von unbefugten Eingriffen in die Wirtschaft zurückhielt, im Einzelfall jedoch vor Aktionen nicht zurückschreckte. Die ausführenden Organe der Partei wurden dabei weder vom zuständigen Polizeipräsidenten noch vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister behindert. Letzterer war nur so streng wie nötig, um Ordnung in der Wirtschaft zu halten und sich keinem Dienststrafverfahren auszusetzen. Im vorliegenden Falle wäre eine schriftliche Anweisung mit der Bitte um Vollzugsmeldung an den Polizeipräsiden-

---

[137] Protokoll vom 14. 5. 1937, GLA, Doc. center Ma 53.

[138] Beschwerdeschreiben des K. Herzberg an das Bad. Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 10. 11. 1937, GLA 237/35 739.

[139] Unter anderem wies der Gesuchsteller auf die Verbundenheit seiner Familie mit Deutschland hin, die sie bereits in den Befreiungskriegen unter Beweis gestellt hatte.

[140] Schreiben vom 15. 11. 1937, GLA 237/35 739.

[141] Eingaben vom 29. 11. 1937 und 7. 12. 1937, GLA 237/35 739.

[142] Erlaß Nr. 24 395 vom 17. 12. 1937. Das Veranlaßte läßt sich aus diesem Erlaß nicht klar ersehen. Vermutlich wurde die Aktion unterbunden. Der Erlaß selbst nimmt nur Bezug auf ein Telefongespräch.

ten möglich gewesen [143]. Statt dessen führte der zuständige Referent auf die wiederholten Beschwerden des Geschäftsinhabers hin nur ein Telefongespräch mit dem Polizeipräsidenten, aus dem er dessen Feststellung, der Inhaber übertreibe, sowie die lapidare Zusicherung, der Polizeipräsident werde sich nochmals um die Sache kümmern, wohl nur in die Akten übernahm, um bei einer etwaigen Beschwerde ans Reichswirtschaftsministerium gedeckt zu sein [144]. Ein weiteres Telefongespräch mit dem Polizeipräsidium in der gleichen Sache wurde sogar nur von einem Regierungsassessor geführt [145].

2. *Die Firma Kallmann.* Die Firma *Martin Kallmann* baute Feldbahnen. Ihr jüdischer Inhaber war Frontoffizier gewesen. Er arbeitete im wesentlichen mit der *Humboldt-Deutz-Motoren AG* Köln zusammen. Der jährliche Warenumschlag belief sich 1935 auf ungefähr zwei Millionen Reichsmark [146]. Da das erfolgreiche Unternehmen wesentlich mit der Person seines Inhabers verknüpft war, und da es vor allem nach Frankreich und Belgien exportierte, beschloß die vom *Gauleiter* eingesetzte Kommission [147] nach entsprechenden Rückfragen [148], die Firma als *arisch* zu behandeln [149]. Diesem Standpunkt verschaffte der zuständige Referent des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, der zugleich Mitglied der Kommission war, auch dem Oberbürgermeister von Mannheim gegenüber, der die Firma hatte benachteiligen wollen [150], energisch Geltung. Die wegen dieses Wirtschaftsunternehmens von 1936 bis 1938 geführte Korrespondenz zeigt die vielfältigen Bedrängungen, denen ein jüdisches Unternehmen laufend ausgesetzt war und die auch trotz dieses Kommissionsbeschlusses nur schwer gemildert werden konnten: Firmen fragten bei den *Humboldt-Deutz*-Werken an, ob die Firma *Kallmann arisch* sei [151], die Fachorgane sperrten ihre Seiten für Inserate der Firma [152], eine Mann-

---

[143] Dies geschah z. B. im anschließend geschilderten Einzelfall.

[144] Aktennotiz vom 25. 11. 1937, GLA 237/35 739.

[145] Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums Nr. 24 395 vom 17. 12. 1937.

[146] Bericht des Martin Kallmann vom 9. 4. 1936 an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[147] Zur Kommission vgl. oben S. 135.

[148] Persönliches Schreiben des Rechtsanwalts M. vom 26. 7. 1936, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Kallmann.

[149] Ein entsprechender Kommissionsbeschluß ist nicht aktenkundig. In zahlreichen Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums wird jedoch darauf Bezug genommen.

[150] Erlaß vom 16. 9. 1936 ohne Nr. (189 986) Vollzugsanzeige des Bürgermeisters vom 11. 11. 1936, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Kallmann.

[151] Vertrauliche Anfrage der Würzburger Firma Matthäus Hauck vom 20. 10. 1936, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle. Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 14. 12. 1936 Nr. 21 112.

[152] Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 7. 1. 1937 Nr. 22 742, Schreiben der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie, Referat Presse und Zeitschrift vom 28. 1. 1937, Schreiben des »Tiefbau« (Amtsblatt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft) vom 22. 12. 1936 und 3. 2. 1937. Schreiben der Otto Elsner Verlagsgesellschaft vom 15. 2. 1937, Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 20. 2. 1937 Nr. 11 823, 10 958, 11 552, 11 113, 10 473.

heimer Konkurrenzfirma suchte durch Beschwerden beim Ministerium und mit einer an die Staatsanwaltschaft Mannheim weitergeleiteten Anzeige bei der Gewerbepolizei gegen das *Kallmann*-Unternehmen vorzugehen [153]. Die *NSDAP Kreisleitung Mannheim* stellte in zwei Fällen Unternehmen zur Rede, die bei *Kallmann* Lokomotiven bzw. Gleise bestellt hatten [154]. Ferner bat der *Kreiswirtschaftsberater Mannheim* die *Humboldt-Deutz-Motoren AG* um Mitteilung, welche rechtlichen Maßnahmen die Firma zur Lösung des »Vertrags mit dem Juden Martin Kallmann« unternommen habe [155]. Nachdem der *Kreiswirtschaftsberater* vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium gebeten worden war, von Einwirkungen Abstand zu nehmen [156], stellten sich neue Schwierigkeiten, diesmal mit dem Oberfinanzpräsidenten in Karlsruhe wegen der Auslandsguthaben der Firma ein [157]. Diesen und weiteren Anfragen [158] trat der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister unter Hinweis auf den Kommissionsbeschluß – bis zum Jahre 1938 – entgegen. Vom Juni 1938 an, als die *Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel der Wirtschaftskammer für Baden* dem Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl einen Vorschlag über Bezugskürzungen bei jüdischen Firmen vorzulegen beabsichtigte, schützte das Ministerium die Firma *Kallmann* nicht mehr. Alle weiteren Anfragen über die Sonderstellung des Unternehmens blieben unbeantwortet [159]. Die von Martin Kallmann beim Reichswirtschaftsminister unter-

[153] Schreiben der Firma August Held, Mannheim, vom 13. 2. 1937 an das Bad. Finanz- und Wirtschaftsministerium (weitergeleitet an Staatsanwaltschaft Mannheim). Schreiben an die Gewerbepolizei Mannheim vom 13. 2. 1937. Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums an das Bezirksamt – Gewerbepolizei – vom 16. 2. 1937 Nr. 11 733. Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 13. 3. 1937 Nr. 12 545 an den Polizeipräsidenten in Mannheim. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[154] Schreiben des Martin Kallmann an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 13. 2. 1937. Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 23. 2. 1937 Nr. 11 768 an die Bauunternehmung J. Fuchs, Hockenheim, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle. Heinrich Schlerf an die Kreisleitung Mannheim vom 28. 2. 1935, GLA, Doc. center Ma 88.

[155] Schreiben vom 9. 2. 1937. Fotokopie des Schreibens wurde Martin Kallmann von der Humboldt-Deutz AG zur Verfügung gestellt. Die Aufforderung ging auf die Denunziation eines Mannheimer Parteigenossen zurück. Schreiben an den Kreiswirtschaftsberater Mannheim vom 13. 1. 1937, GLA, Doc. center Ma 59.

[156] Schreiben des Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 17. 3. 1937 Nr. 12 492 an den Kreiswirtschaftsberater der NSDAP Prof. Thoms, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[157] Der Oberfinanzpräsident, 17. 4. 1937 Nr. H 85 433 an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Schreiben des Finanz- und Wirtschaftsministers vom 22. 4. 1937 Nr. 14 783 an den Oberfinanzpräsidenten. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[158] Vor allem das Reichsbezugsquellenarchiv, bei dem die Firmen als jüdische Unternehmen geführt wurden. Schreiben des Reichsorganisationsleiters vom 21. 5. 1937 und 16. 6. 1937. Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 1. 7. 1937 Nr. 17 361 und Nr. 16 238.

[159] Einzelanfragen: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.
Bemerkenswert, daß die Feldbahnfabrik Liebrecht A. G., deren Vorstandsmitglied, der Diplomingenieur Heinrich Liebrecht, als Jude zählte, noch in der Aufstellung des Polizeipräsidenten Mannheim vom November 1938 enthalten ist. Sie hatte sich also ohne die Sonderstellung, die dem Kallmann-Unternehmen eingeräumt worden war, behaupten können.

nommenen Schritte, um der Einstufung als jüdisches Unternehmen zu entgehen [160], blieben erfolglos [161].

Der Fall *Kallmann* gewährt einige Aufschlüsse über die Tätigkeit der Kommission: Sie setzte das Gedeihen der Wirtschaft prinzipiellen Entscheidungen voran. In diesem Ausnahmefall gelang es, ein Unternehmen bis 1938 im wesentlichen vom Boykott freizuhalten und ihm sogar Aufträge der öffentlichen Hand zu belassen [162]. Die Kommission selbst trat nicht in Erscheinung. An der bis zur Einsetzung der Kommission verfolgten Politik des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums änderte sich nichts. Nirgends ist in den Akten einer Mannheimer Firma ein Eingreifen der Kommission nachzuweisen. Stets handeln die beiden Referenten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums in eigener Verantwortung. Ihr Einfluß macht sich im Hinblick auf den ungestörten Wirtschaftsablauf positiv bemerkbar. Die staatlichen Fachbeamten hatten einen leichteren Stand gegenüber eingreifenden Parteiorganen, wenn sie auf diese dem *Gauwirtschaftsberater* unterstehende Kommission hinweisen konnten.

Oben war gezeigt worden, daß das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium aus »grundsätzlichen Erwägungen« heraus jüdischen Gewerbetreibenden keine Bescheinigungen aushändigte [163], die auf die offiziell herrschende Gleichberechtigung der *Nichtarier* in der Wirtschaft hinwiesen. Auch in diesem Fall erhielt die Firma *Kallmann* selbst keine Bestätigung ihrer Sonderstellung. Sie mußte, lediglich gestützt auf ihre Behauptung, sie sei *arischen* Firmen gleichgestellt, um ihre Existenz kämpfen. Das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium bestätigte lediglich den auf diese Behauptung hin anfragenden Konkurrenten oder Parteigenossen, daß die Angaben Kallmanns richtig seien.

Die Kommission

Gemäß der Mitteilung des *Gauwirtschaftsberaters* gehörten der Kommission der *Treuhänder der Arbeit* und als Sachbearbeiter zwei Oberregierungsräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums an. Einer von ihnen war sogleich 1933 für alle Fra-

---

[160] Gemäß Rundschreiben des Polizeipräsidenten Mannheim D 21 vom 29. 9. 1938. Schreiben des M. Kallmann an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 8. 10. 1938. Regierungspräsidium Nordbaden, Generalia Gewerbe und Handel, Verzeichnisse der jüdischen Gewerbebetriebe 1938.

[161] Die Firma ist in dem Verzeichnis des Polizeipräsidenten Mannheim vom 12. 11. 1938 aufgeführt. 6/67 – 13.

[162] Ganz konnte man Benachteiligungen nicht verhindern, weil der Flüsterboykott z. B. nicht gebremst oder erfaßt (H. Schlerf – siehe oben Anmerkung 154 – wurde beispielsweise telefonisch darauf hingewiesen, daß er bei einem Juden gekauft habe) werden konnte, zum andern auch, weil es trotzdem noch nachweisbare Behinderungen der Firma gab. So ließ sich nach Aussage eines Konkurrenten der Karlsruher Arbeitsdienst, der bei Kallmann bestellen mußte, von der Lieferfirma Kallmanns eidesstattlich versichern, daß dieser an dem erteilten Auftrag nichts verdiene. Schreiben des A. H. an die Gewerbepolizei Mannheim vom 13. 2. 1937. Abschrift in den Akten Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[163] Siehe oben S. 135.

gen, die sich aus der ungerechtfertigten Benachteiligung *nichtarischer* Firmen ergaben, zuständig. Akten über die Tätigkeit, Gewichtsverteilung und Ansichten, die in der Kommission vertreten wurden, sind nicht erhalten. Aus den Einzelfällen läßt sich jedoch folgende Generallinie herauslesen: Trotz des Vorsitzes des *Gauwirtschaftsberaters* handeln die beiden Ministerialbeamten wie bisher, d. h. Übergriffe und Maßnahmen, die die Wirtschaft schädigen könnten, werden zurückgewiesen. Um eines Rechtsprinzips oder gar der Juden willen griff man nicht ein. Eine Radikalisierung ist trotz des Einflusses der Partei nicht nachweisbar. Anscheinend ging die Bedeutung der Kommission nicht darüber hinaus, daß sie für die Sachbearbeiter des Finanz- und Wirtschaftsministeriums einen gewissen Schutz und Rückhalt bot. In wichtigen Fragen, die die Sachbearbeiter im Finanz- und Wirtschaftsministerium nicht allein zu entscheiden wagten, wurde nicht etwa die Stellungnahme der Kommission eingeholt, sondern die der Reichsregierung. Als beispielsweise einer der Fachbeamten in einem schwierigen Fall an die Kommission verwies – es handelte sich um die Anerkennung eines großen Mannheimer Unternehmens der Tabakbranche, welches wesentlich mit Schweizer Kapital arbeitete –, nahm diese nicht Stellung. Über die Badische Staatskanzlei, Außenstelle Berlin, wurde die Stellungnahme des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers eingeholt, der entschied, wann eine im Eigentum einer juristischen Person befindliche Firma als jüdisch oder als nichtjüdisch anzusehen sei [164].
Die 1938 einsetzende *Arisierungsgesetzgebung* ließ die ohnehin jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Kommission [165] überflüssig werden, da in den neuen Verordnungen die Zuständigkeiten klar geregelt wurden.

DRITTE PHASE

Der »gesetzliche« Ausschluß der Juden aus der Wirtschaft

Die Reichsgesetze, die die völlige Entfernung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben herbeiführten, sind:

1. Die *Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938* [166].
2. Die *Anordnung aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938* [167].
3. Die *Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938* [168].

---

[164] Der (Badische) Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. 20 761, Karlsruhe 11. 11. 1936. Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers IV 35 285/36 vom 3. 12. 1936, 6/67–13. Siehe auch Aktenvermerk Nr. 19 187 vom 10. 9. [1936], Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Hediger & Co.

[165] Die Kommission hätte ohnehin jetzt vom Reichswirtschaftsminister genehmigt werden müssen. Nürnberger Dokumente, Document 1208 PS.

[166] RGBl. I, S. 414.

[167] RGBl. I, S. 415.

[168] RGBl. I, S. 627.

4. Die *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938* [169].
5. Die *Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938* [170].

Zu 1: Die *Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden* bestimmte, daß jeder Jude sein Vermögen, sofern es 5000.– RM überstieg, bis zum 30. Juni 1938 bei der für den Wohnsitz des Anmeldenden zuständigen höheren Verwaltungsbehörde anzugeben hatte. Diese Maßnahme bildete die Grundlage für alle weiteren auf dem Verwaltungswege erfolgenden judenfeindlichen Maßnahmen. Der § 7 lautete: »Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen« und zeigte unverhüllt die künftige Marschrichtung.
Die Verordnung bestimmte als »höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung« den Badischen Minister des Innern. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister bestimmte jedoch im Einvernehmen mit dem Badischen Innenminister die Oberregierungsräte Stöckinger und Borho als Sachbearbeiter »für die in Vollzug der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 und der weiteren Maßnahmen anfallenden Arbeitsgebiete« . . . [171]. Damit war die weitere Ausführung der *Ariergesetzgebung* in die Hände von zwei Beamten gelegt worden, die bereits als Kommissionsmitglieder gearbeitet hatten. Stöckinger selber genoß den Ruf, ein erster Fachmann auf dem Gebiet der *Entjudung* zu sein.

Zu 2: Zur Anmeldung des Vermögens von Juden sind dem Verfasser keine Vorgänge bekannt, die über den geordneten Verwaltungsablauf hinausgehende Begebenheiten, Sonderstellungen oder ähnliches erschließen ließen [172].
Als besondere Belastung für *Mischehen* erwies sich der § 1, 2 dieser Verordnung, der bestimmte, daß die Anmeldungs- und Bewertungspflicht auch den nichtjüdischen Ehegatten des Juden treffe. Sie war in einem Mannheimer Einzelfall der Anlaß, eine solche kaum vorstellbaren Belastungen ausgesetzte Ehe zu scheiden [173].

---

[169] RGBl. I, S. 1580.
[170] RGBl. I, S. 1709.
[171] Schreiben vom 20. 5. 1938 Nr. 26 177 an den Minister des Innern, GLA 233/27 735. Der Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 14. 7. 1938 – I e 286/38 – 5012 c zur Durchführung der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz bestimmte dann auch als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der Verordnung für Baden den Finanz- und Wirtschaftsminister. Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern Nr. 30 vom 20. 7. 1938.
[172] »Anleitung zur Ausfüllung des Vermögensverzeichnisses nach dem Stand des Vermögens vom 27. 4. 1938«, 16/67 – 13.
[173] Gutachten der Hans-Soldan-Stiftung Nr. 4323 auf Bericht vom 4. 8. 1938, 16/67 – 15.

Zu 3: Die *Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz* brachte endlich klare Bestimmungen, wann ein Gewerbebetrieb oder Unternehmen als jüdisch anzusehen sei. Sie sanktionierte im wesentlichen den von der badischen Regierung und den Parteiinstanzen herbeigeführten Zustand [174]. Auch in Berlin hatten, zumindest teilweise, schon im Jahre 1936 die in der *Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* festgelegten Grundsätze gegolten. Hinsichtlich der Beurteilung von Kommanditgesellschaften liegt eine auf Anfrage des Schweizer Konsulats in Mannheim abgegebene Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums vor [175]. Danach galten Kommanditgesellschaften dann als jüdisch, wenn einer der persönlich haftenden Gesellschafter Jude war oder der Betrieb unter der tatsächlichen Leitung von Juden stand [176].

In Artikel zwei bestimmte die *Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz,* daß die jüdischen Betriebe von den Behörden in ein Verzeichnis einzutragen seien, das jedermann zugänglich sein sollte. Es verschlechterte die Situation jüdischer Gewerbebetriebe nicht wesentlich. An den Einzelbeispielen wurde bereits gezeigt, wie mannigfach die Benachteiligungen und Bedrückungen jüdischer Unternehmen waren. Ohnehin hatte die Partei längst Listen jüdischer Gewerbetreibender aufgestellt [177]. Dadurch, daß eine staatliche Stelle (in Mannheim das Polizeipräsidium im Auftrag des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums) die Eintragung und die Einstufungen vornahm, war eine gewisse Einheitlichkeit gegeben. So konnten nicht Konkurrenzfirmen oder Parteiextremisten durch Hinweis auf irgendwelche gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Verbindungen, die nicht zu hundert Prozent den *Arier*vorstellungen entsprachen, stets neue Beunruhigungen hervorrufen. Daß dies in der Absicht der Gesetzgebung lag, geht aus einer Besprechung der Gesetze im *Hakenkreuzbanner* hervor [178].

Nach der Kristallnacht arbeiteten die Reichsbehörden [179], getrieben vor allem durch Goebbels, auf eine rasche und restlose Verdrängung der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft hin. Drei wichtige Maßnahmen wurden als unmittelbare »Antwort« auf die als Willenskundgebung des Volkes gestempelten Pogrome getroffen: Den Juden wurde in ihrer Gesamtheit eine »Sühneabgabe« von zunächst einer Milliarde Mark an das Reich auferlegt [180]. Ferner wurden ihre Versicherungsansprüche, die als Folge der Tumultschäden erwachsen waren, beschlagnahmt, und

---

[174] Vgl. auch den Erlaß des Oberbürgermeisters Renninger vom 25. 3. 1938 an die städt. Amtsstellen, 16/67 – 13. *Dok. 112.*

[175] Es handelte sich um die Anerkennung der Mannheimer Tabakfabrik Hediger als »arischen« Betrieb. Schreiben des Schweizerischen Konsulats Mannheim vom 23. 10. 1936, 750/880 fg/schä. – (Durchschlag an die Badische Staatskanzlei, Karlsruhe), 16/67 – 13.

[176] Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister, 3. 12. 1936 IV 35 285/6 an die Badische Staatskanzlei, Außenstelle Berlin.

[177] Listen unter 16/67 – 13.

[178] HB 27. 6. 1938; vgl. auch HB 24. 7. 1938.

[179] Zur Kristallnacht siehe S. 199 ff. und die Dokumente Nr. 222 ff.

[180] RGBl. I, 1938, S. 1579. – Am 19. 10. 1938 wurde in der 2. Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Sühneleistung der Juden (RGBl. I, S. 2059) der Betrag auf 1¼ Milliarden Mark erhöht.

es wurde ihnen befohlen, die an ihren Gebäuden entstandenen Schäden auf eigene Kosten zu beseitigen [181].

Zu 4: Die dritte und wichtigste Verordnung, die als »Antwort« auf die Pogrome gegeben wurde, war die *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.* Sie gestattete den Juden nur noch bis zum 31. Dezember 1938 Einzelhandelsgeschäfte zu betreiben sowie ein Handwerk auszuüben. Vom 1. Januar 1939 an war ihnen auch der Besuch von Messen und Märkten verboten; ferner durften sie nicht mehr als Betriebsführer tätig sein. Leitenden jüdischen Angestellten konnte auch bei entgegenstehenden vertraglichen Vereinbarungen mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden [182].
In der *Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* [183] wurde ergänzend bestimmt, daß Einzelhandelsverkaufsstellen grundsätzlich aufzulösen seien, d. h. auch nicht *arisiert* werden durften. Der jüdische Besitzer durfte die Waren nicht frei veräußern. Er mußte sie der zuständigen Fachgruppe oder Zweckvereinigung zum Kauf anbieten. Die Überführung von Geschäften in nichtjüdisches Eigentum überwachten die nach dem *Gesetz zum Schutz des Einzelhandels* zuständigen Stellen [184].

Zu 5: Den Schlußstein zu diesen grundlegenden Verordnungen bildete diejenige über den *Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938.* Während die vorhergehenden Maßnahmen den jüdischen Menschen wenigstens im Besitz seines Eigentums gelassen hatten, konnte er jetzt nicht mehr frei über seinen Besitz verfügen. In jüdische Betriebe konnte zur Abwicklung oder Weiterführung ein Treuhänder eingesetzt werden, den der Betriebsinhaber zu bezahlen hatte. Den jüdischen Eigentümern konnte aufgegeben werden, ihren Besitz oder Grundbesitz innerhalb einer bestimmten Frist zu veräußern. Die entsprechenden Rechtsgeschäfte bedurften der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, d. h. in Baden des Finanz- und Wirtschaftsministeriums. Ferner war die Verfügungsgewalt über Wertpapiere, Juwelen, Schmuck [185] oder Kunstgegenstände den Juden fortan eingeschränkt oder genommen.

---

[181] RGBl. I, 1938, S. 1581.

[182] Zu den aus Entlassungen herrührenden »Entjudungsgewinnen«, die vor und nach dem 12. 11. 1938 erzielt wurden, siehe die Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften vom 10. 6. 1940, RGBl. I, S. 891 § 2 und die 1. Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften vom 14. 11. 1940, RGBl. I, S. 1520.

[183] RGBl. I, 1938, S. 1642.

[184] RGBl. I, 1933, S. 262.

[185] Für Schmuck wurden öffentliche Ankaufstellen errichtet. In Mannheim die Kommunale Pfandleihanstalt. Hierzu und zur Verwertung der aus Edelmetall bestehenden Gegenstände die Schnellbriefe des Reichswirtschaftsministers III Jd. 1965/39 vom 25. 1. 1939 und III Jd. 1/7167/39 vom 23. 3. 1939 in den Akten der Senatsregistratur Bremen J 5. Vgl. auch Runderlaß des Reichsministers der Justiz 1121 – III a 4, 16. 10. 1939 (Aktenzeichen kaum zu lesen, vielleicht fehlerhaft) Handakten der Abt. II c der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim.

Die »rechtliche« Grundlage für die *Arisierung* des jüdischen Besitzes war damit geschaffen. Den *Nichtariern* blieben Geldkonten – allerdings auch in keinem Verhältnis zu ihrem früheren Besitz –, die für sie aufgrund der Devisenbeschränkungen nur im Inland Wert hatten und über die sie später auch im Inland nur teilweise verfügen konnten [186]. Wichtig an der *Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens* war, daß sie – anders als die *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* – den Termin für die endgültige Überführung jüdischen Besitzes in *arische* Hand bzw. der Liquidation eines Betriebes nicht festlegte. So blieb es in gewissen Grenzen den ausführenden Behörden überlassen, das Tempo der *Arisierung* zu bestimmen [187].

Die Regelung der Zuständigkeit in Baden

Ein Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 5. Juli 1938 regelte die *Durchführung der aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden erlassenen Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. April 1938* [188]. Dieser Erlaß hat überragende Bedeutung, denn er bestimmte, von geringfügigen späteren Änderungen abgesehen, den Gang, den die *Arisierungen* nehmen sollten.

Er regelte im einzelnen die Veräußerungen und gab Richtlinien, wann eine solche zu versagen sei. Ferner hatten die Genehmigungsbehörden, bevor sie eine Veräußerung genehmigten, folgende Dienststellen gutachtlich zu hören:

a) den für den Sitz der zu überführenden Firma zuständigen *Gauleiter* der *NSDAP* [189],

---

[186] Vgl. hierzu den Durchführungserlaß des Reichswirtschaftsministers u. a. III Jd. 1/2082/39 (RMBliV 1939, Nr. 7 S. 266), der die Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens ausführlich bespricht. Danach sollte den Juden nur der Wert gezahlt werden, den der Betrieb aufgrund der gegenwärtigen durch den scharfen Boykott bedingten Rentabilitätsberechnungen hatte. Nachdem ein ehemals jüdischer Betrieb als »arisches« Unternehmen anerkannt war, steigerte sich erfahrungsgemäß der Umsatz.
Einzahlung des Kaufpreises auf ein Sperrkonto z. B. Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. Jd. 1625 vom 17. 4. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Hahn, Alfred. – Vom 16. 8. 1939 an waren generell für das Barvermögen der inländischen Juden beschränkt verfügbare Sicherungskonten anzulegen (Erlaß des Reichswirtschaftsministers, Blau Nr. 247). Von diesen konnten sie nur ihrem Lebensunterhalt dienende monatlich festgesetzte Beträge abheben oder für besondere Zwecke (Kosten einer Auswanderung) größere Summen. (Akten für einen Fall aus der Praxis 18/65 – 7).

[187] Siehe den in Anmerkung 186 angeführten Erlaß III Jd. 1/2082/39.

[188] III Jd. 2818/38 (Landratsamt Mannheim, Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben) Senatsregistratur Bremen J 5, Abschrift; Anordnung aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. 4. 1938 veröffentlicht RGBl. I, S. 415 f. Sie bestimmt in Artikel I § 1: »Die Veräußerung oder Verpachtung eines gewerblichen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes ... bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung, wenn an dem Rechtsgeschäft ein Jude als Vertragsschließender beteiligt ist.«

[189] Für die Anhörung zum Kaufvertrag war in Mannheim nicht der Gauwirtschaftsberater,

b) die für den Sitz der zu überführenden Firma zuständige Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer. Sofern es sich um Betriebe des Landhandels und der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse handelte, mußte der zuständige *Landesbauernführer* gehört werden [190].

Bei der *Arisierung* größerer und wichtiger Unternehmen galten Sonderregelungen. Soweit die Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes einer Genehmigung aufgrund des *Gesetzes zum Schutz des Einzelhandels* bedurfte, entfiel die Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde [191].

Die Genehmigung zur Veräußerung von Geschäften an Juden war zu versagen.

Bis zum November 1938 überwachte das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium – von den angeführten Sonderfällen abgesehen – die *Arisierungen*. Erst als die *Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23. November 1938* bestimmte, daß Einzelhandelsverkaufsstellen etc. aufzulösen seien und nur zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung notwendige Betriebe in nichtjüdisches Eigentum überführt werden durften, setzte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister entsprechend der Regelung im Reich die entsprechenden Stellen ein [192]. Das hieß, daß vom 26. November 1938 an das Mannheimer Polizeipräsidium für die Erteilung der Genehmigung zuständig war. Da Akten fehlen, kann nicht gesagt werden, wie das Polizeipräsidium die *Arisierung* handhabte. Im wesentlichen wird aber nach den Richtlinien des Reichswirtschaftsministers verfahren worden sein, und die Einzelhandelsgeschäfte, für die es ja meist Konkurrenzunternehmen gab, werden liquidiert worden sein [193]. Ohnehin hatte der Reichswirtschaftsminister in einem Schnellbrief vom 18. November 1938 darauf hingewiesen, daß jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe, die »infolge der Ereignisse am 9. 11. und 10. 11. geschlossen worden sind, ... als jüdische Gewerbebetriebe grundsätzlich

---

sondern der Kreiswirtschaftsberater zuständig. Siehe Ziffer 4 des Aktenvermerks einer Besprechung, die am 3. 12. 1938 im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben stattgefunden hatte. Gewerbeausübung I.

[190] Zum Reichsnährstand RGBl. I, 1934, S. 100. Nachträge: Deutscher Reichsanzeiger 1934 Nr. 47; 1934 Nr. 148; 1937 Nr. 161. – Der Landesbauernführer wachte darüber, daß er vor Erteilung einer Genehmigung gehört wurde. Siehe Akten Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Eichtersheimer S. 41. Schreiben des Landesbauernführers III Bb 109/39 vom 18. 4. 1939 an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister und das abschriftlich in den Akten enthaltene (S. 43) an den Minister des Innern, Karlsruhe, gerichtete Schreiben vom 11. 1. 1939.

[191] RGBl. I, 1933, S. 262.

[192] Aufhebung der entgegengesetzten Erlasse Nr. 32 158 vom 12. 9. 1938 und Nr. 36 146 vom 23. 11. 1938 durch Erlaß Nr. 36 478 vom 26. 11. 1938, Landratsamt Mannheim, Akten »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«.

[193] In einer Besprechung am 3. 12. 1938 im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium vertrat der Vertreter der Industrie- und Handelskammer Mannheim den Standpunkt, »daß nach einer von der Kammer vorgenommenen Überprüfung sämtliche in Mannheim und Heidelberg noch vorhandenen jüdischen Einzelhandelsverkaufsstellen einzugehen hätten«. Ziffer 2 des über diese Besprechung angefertigten Aktenvermerks, Gewerbeausübung I.

nicht wieder eröffnet« werden sollen. Die Waren mußten dann entsprechend den in der *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* gegebenen Richtlinien der zuständigen Fachorganisation angeboten werden. Daß einzelne jüdische Händler diese Bestimmung zu umgehen versuchten [194] oder gar zur Ausnützung des Weihnachtsgeschäfts neu eröffneten, ist nur zu verständlich [195].

Die *Entjudung* von Großhandels- und Fabrikationsbetrieben, Gaststätten und Handwerksbetrieben behielt sich der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister auch nach dem 26. November 1938 vor [196]. Hierzu sind die aufschlußreichen Akten seines Ministeriums erhalten, die über die Durchführung dieser Aktion in Mannheim gut unterrichten.

Die »Entjudung« der Einzelhandelsgeschäfte

Oben war gezeigt worden, daß der Polizeipräsident von Mannheim für die Abwicklung der Fragen, die mit der Liquidierung der Einzelhandelsgeschäfte zusammenhingen, eingesetzt war. Trotz der fehlenden Akten des Polizeipräsidiums können wir in einigen Fällen verfolgen, wie die *Entjudung* in Mannheim gehandhabt wurde. Da der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister als Beschwerdeinstanz für die Entscheidungen des Polizeipräsidenten eingesetzt war, erwuchsen im Karlsruher Ministerium Akten, wenn sich einer der Vertragspartner beschwerdeführend ans Ministerium wandte.

---

[194] Zu der Übernahme der Waren und den zuständigen Bezirksfachgruppen siehe Schreiben der Wirtschaftskammer Baden, Unterabteilung Einzelhandel, Karlsruhe, 6. 12. 1938. Landratsamt Mannheim, Akten »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«.

[195] Vgl. hierzu Erlaß Nr. 36 587 a vom 5. 12. 1938 des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers, Gewerbeausübung I. Die Wirtschaftskammer Baden versuchte dem durch Anlage von Verzeichnissen jener Firmen, die zur Abwicklung kamen, entgegenzuwirken. Schreiben der Wirtschaftskammer Baden vom 13. 12. 1938, Landratsamt Mannheim, »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«. – Siehe auch Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Ringel, Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister 37 090, 19. 12. 1938 (Verbot eines Kaufvertrages, der am 3. 12. 1938 zur Übernahme eines Warenlagers abgeschlossen worden war).

[196] Die Entscheidung über die Arisierung von Warenhäusern etc. behielt sich der Reichswirtschaftsminister – soweit noch nicht geschehen – selbst vor (Schnellbrief III Jd. 1/9562/38, 14. 12. 1938). In Mannheim war bis zu diesem Zeitpunkt das Warenhaus Schmoller mit Genehmigung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers vom 18. 6. 1938 in arischen Besitz übergegangen. Gewerbeausübung II, 1939. Obgleich die Warenhäuser durch die Parteipresse, insbesondere nach 1933, aufs schärfste bekämpft wurden (siehe S. 216 f.) und die Wirtschaftskammer Baden darauf drang, das Warenhaus Schmoller nicht zu arisieren, löste in diesem Fall die Partei ihr Versprechen nicht ein. Nicht einmal die Lebensmittelabteilungen mußten schließen. Der Reichswirtschaftsminister selbst nahm in einem Erlaß gegen die Regelung der Warenhausfrage im Zusammenhang mit der »Entjudung« der Wirtschaft Stellung. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Entjudung Schmoller; insbesondere Wirtschaftskammer Baden, Unterabteilung Einzelhandel, Karlsruhe, 21. 7. 1938, Nr. 347/548. – Ein generelles Verbot für die Beamten, in Warenhäusern zu kaufen (wie Rust es bei Göring angeregt hatte), lehnte dieser am 22. 1. 1938 entschieden ab (Erlaß abgedruckt bei Uhlig S. 205 f.; vgl. auch Uhlig, S. 178).

Dies gewährt uns in einem Falle Einblick in die in Mannheim gehandhabte Praxis. Ein jüdisches Lebensmittelgeschäft mußte zufolge der schwindenden Kundschaft neue, kleinere Geschäftsräume suchen. Ferner drängte der Hausbesitzer den jüdischen Mieter zur Räumung. Nach Ziffer sieben des grundlegenden Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 5. Juli 1938 [197] war die Neueröffnung jüdischer Gewerbebetriebe untersagt. Als solche war auch die Verlegung eines Unternehmens anzusehen. Gemäß den gegebenen Anweisungen versagte der Polizeipräsident Mannheim seine Genehmigung zur Verkleinerung und Verlegung des Geschäfts [198]. Auf die Beschwerde des jüdischen Händlers hin holte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister die Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums ein [199]. Dieses legte den Erlaß vom 5. Juli Ziffer sieben dahingehend aus, daß die Genehmigung zu erteilen sei, wenn einwandfrei feststehe, daß die Geschäftsverlegung nur durch Geschäftsrückgang notwendig geworden sei [200]. Der Polizeipräsident in Mannheim beschied daraufhin den Gesuchsteller, daß er sein Geschäft verlegen dürfe, jedoch nur unter der Bedingung, daß er nur an Juden verkaufe [201]. Für diese Auflage fehlte jede rechtliche Handhabe. Sie wurde jedoch vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister nicht beanstandet und deutet eine weitere Möglichkeit der Entwicklung an.

Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte durften nur bis zum 31. Dezember 1938 von Juden geführt werden. Wer sollte aber von nun an Juden bedienen, die mehr und mehr als Aussätzige abgestempelt wurden? Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister vertrat den Standpunkt, daß die Entscheidung, jüdische Geschäfte über den 31. Dezember 1938 offenzulassen, davon abhängig zu machen sei, »ob Juden nur noch in jüdischen Geschäften kaufen dürfen oder ob nichtjüdischen Geschäftsinhabern zugemutet werden kann, in offenen Ladengeschäften auch an Juden zu verkaufen [202]. Überdies hatte das *Hakenkreuzbanner* bereits an die Mannheimer Geschäftsleute appelliert, nicht nur jüdischen Vertretern, sondern auch jüdischen Kunden die Tür zu weisen [203]. Lobend wurden namentlich Mannheimer Unternehmen angeführt, die durch Schilder in den Schaufenstern darauf hinwiesen, daß bei ihnen Juden nicht bedient würden bzw. unerwünscht seien [204]. Diese

---

[197] III Jd/2818/38.

[198] § 7 der Anordnung aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. 4. 1938, RGBl. I, S. 416. – Versagen der Genehmigung: Akten Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wallenstein.

[199] a. a. O. Schreiben vom 21. 9. 1938 Nr. 32 486. Ab November 1938 führte der Minister wegen der ohnehin unmittelbar bevorstehenden Schließung jüdischer Einzelhandelsgeschäfte und der Löschung der jüdischen Handwerker in der Handwerksrolle keine Entscheidung mehr herbei. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister 15. 12. 1938 Nr. 36 830, Gewerbeausübung I.

[200] Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 32 671 vom 24. 9. 1938, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wallenstein.

[201] a. a. O. der Polizeipräsident 27. 9. 1938, Nr. 2629/P.

[202] a. a. O. 21. 9. 1938, Nr. 3248.

[203] HB 24. 8. 1935.

[204] Veröffentlicht HB 24. 8. 1935; HB 27. 8. 1935. – Am 23. 8. 1935 konnte der Kreisleiter auf einer Kundgebung im Nibelungensaal verkünden, daß die Mannheimer Gastwirte-

Chance, als Verkäufer, Handwerker etc. für Juden zugelassen zu werden, sahen auch die jüdischen Gewerbetreibenden Mannheims.
In Eingaben baten sie, ihren hauptsächlich für Juden arbeitenden Betrieb über den 31. Dezember 1938 hinaus fortführen zu dürfen. Doch alle derartigen Gesuche beschied der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister abschlägig [205]. Der Polizeipräsident von Mannheim erhielt die gleiche Weisung [206]. Somit waren die Juden gezwungen, in *arischen* Geschäften ihren Bedarf zu decken. Dementsprechend hebt der Reichswirtschaftsminister in einem Erlaß hervor, daß *arischen* Handwerkern und Geschäften aus der Bedienung von Juden kein Vorwurf gemacht werden dürfe [207]. Nur zwei Ausnahmen wurden zugelassen: Handwerksbetriebe, in denen die Gewerbeausübenden in unmittelbare körperliche Berührung mit den Kunden kamen (Friseure, Bestattungsunternehmen), durften im Einzelfall in Privaträumen ohne Ladengeschäft weitergeführt werden [208], ebenso Lehrbetriebe zur Unterstützung der Auswanderung. So war es der Mannheimer jüdischen Gemeinde möglich, noch im Jahre 1939 entsprechende Werkstätten einzurichten [209].
Die *Arisierung* brachte auch das Eingehen von Geschäften mit sich, die eng mit der Person des Inhabers verknüpft waren, gut gingen, deren Existenz aber von der Person des Inhabers nicht zu trennen war. Derartige Beispiele sind das Einzelhandelsgeschäft für Pfeifen (und alles nur erdenkliche in- und ausländische Zubehör) *Marschall*. Es existierte in der näheren und weiteren Umgebung Mannheims kein vergleichbarer Laden. Ähnlich verhielt es sich mit dem Seidenspezialgeschäft *Loew* am Paradeplatz.
Trotz der auf den Krieg hinzielenden Politik des Reichs und der dadurch besonders wichtigen Devisenfrage wurden auch devisenbringende Unternehmen, wenn sich kein passender *Ariseur* fand, aufgelöst. So erhielt beispielsweise die Celluloid-Gummi- und Blechspielwarenhandlung in Mannheim, die ausschließlich für den

---

innung sich bereiterklärt habe, Anordnungen zu treffen, daß kein Jude nichtjüdische Mannheimer Lokale betreten dürfe. Die großangelegte Aktion mußte jedoch – vermutlich auf höheres Geheiß – abgeblasen werden. Zudem muß zur Ehre der Mannheimer Geschäftsleute gesagt werden, daß außer zahlreichen Gaststätten nur zwei Unternehmen diese Schilder anbrachten. Die vom Hakenkreuzbanner angekündigte Anprangerung von Geschäften, die Wert auf jüdische Kundschaft legten, erfolgte nie. – Erst am 11. 11. 1938 finden wir wieder eine Neuaufmachung dieses Programms. Das Hakenkreuzbanner schreibt in seinem Bericht über die Pogrome: »An allen deutschen Geschäften hängen bereits rote Plakate mit der Aufschrift: ›An Juden wird nichts verkauft‹.«

[205] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Nr. 36 750, 9. 12. 1938 (Zerbe & Kaufmann) Nr. 37 799, 20. 12. 1938 (Rosenzweig).

[206] Erlaß Nr. 37 032 vom 20. 12. 1938 Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wallenstein. Vgl. auch Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister Erlaß Nr. 36 830 vom 15. 12. 1938, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Friedmann.

[207] Der Reichswirtschaftsminister III L 5/9398/39, 24. 8. 1939, Gewerbeausübung II. Im Unterschied dazu waren Ärzte und Rechtsanwälte als »Behandler« bzw. »Konsulenten« für Juden zuständig. Den »arischen« Kollegen wurde ein Vorwurf aus der Behandlung bzw. Vertretung von Juden gemacht. Siehe Abschnitt III, 2 Anmerk. 85.

[208] Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 24. 8. 1938 III L 5/9398/39 und Reichswirtschaftsminister vom 10. 2. 1940 III L 5/24 148/39.

[209] Siehe S. 55 und 59.

Export nach Mittel- und Südamerika arbeitete und noch im Jahre 1937 einen Umsatz von 181 000.– RM erzielt hatte [210], vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister am 24. Juli 1939 die Auflage, den Betrieb bis zum 31. Oktober 1939 zu überführen oder abzuwickeln [211]. Da dem Minister bekannt war, daß sich frühere *Arisierungs*verhandlungen zerschlagen hatten und daß sich kein Kaufliebhaber fand, mußte die Firma trotz des Devisenmangels des Reichs liquidiert werden.

Die »Entjudung« von Firmen, Aktienbesitz, Grundstücken und Gebäuden

Entsprechend dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 5. Juli 1938 [212] hatte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister die Industrie- und Handelskammer und den *Gauleiter* der *NSDAP* zu einer *Arisierung* gutachtlich zu hören. In Mannheim einigten sich die Beteiligten dahingehend, daß nicht der *Gauleiter*, sondern der *Kreiswirtschaftsberater* zuständig sein sollte [213]. Für die Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden gab überdies das Städtische Hochbauamt ein Gutachten über die Angemessenheit des Preises ab. Später führte der Mannheimer Polizeipräsident noch eine Vorprüfung durch und empfahl dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium die Veräußerung oder deren Untersagung.
Hauptgesichtspunkte der Prüfung waren:
1. Besteht ein volkswirtschaftliches Interesse an der Weiterführung eines jüdischen Unternehmens in *arischer Hand?* Diese Frage begutachtete in erster Linie eine gewerbliche Organisation, d. h. für Mannheim die Industrie- und Handelskammer.
2. Ist der Kaufpreis angemessen? Andernfalls hätte, um einen ungerechtfertigten Gewinn des *Ariseurs* zu vermeiden, der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister eine Ausgleichsabgabe zugunsten des Reichs erheben müssen. Zu dieser Frage nahmen die Fachleute der Industrie- und Handelskammer, der *Kreiswirtschaftsberatung* bzw. bei Grundstücken das Städtische Hochbauamt Stellung.
3. Werden keine berechtigten wirtschaftlichen Interessen Dritter verletzt? Dies war wichtig, wenn z. B. mehrere Bewerber ein Grundstück kaufen wollten, einer von ihnen es aber für eine Geschäftserweiterung benötigte. Diese Interessen konnten bei jedem der als Gutachter tätigen Gremien geltend gemacht werden.
4. War der Erwerber von der Partei her gesehen zuverlässig?
5. Schließlich wachten alle Beteiligten darüber, möglichst rasch alle Spuren der früheren jüdischen Besitzer zu verwischen oder Beziehungen zu ihnen zu lösen. Die Bezahlung eines Kaufpreises an Juden z. B. durfte sich nicht zu lange hinziehen [214]

---

[210] Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister vom 17. 1. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Meyer, Julius.
[211] a. a. O. Nr. 29 978 vom 24. 7. 1939.
[212] III Jd 2818/38 Senatsregistratur Bremen, J 5 Abschrift.
[213] Siehe oben S. 148, Anmerkung 189.
[214] Nötigenfalls sollte ein Darlehen aufgenommen werden. Jüd. Vermögen, Einzelfälle:

oder *Ariseure* erhielten eine Auflage, den jüdischen Firmennamen möglichst frühzeitig zu löschen oder abzuändern [215].

Die Kräfteverteilung bei der Mannheimer *Arisierung* ist aus der Fülle der Einzelfälle klar zu ersehen. Rein fachmännisch abgegebene Urteile, wie z. B. die Werturteile des Städtischen Hochbauamts, wurden von jeder anderen begutachtenden Stelle übernommen. Daß gelegentlich persönliche Verbindungen des *Ariseurs* zu dieser fachlichen Stelle eine Rolle spielten, ist nicht auszuschließen, aber heute nicht mehr zu belegen. Es dürfte sich aber dann um Einzelfälle der Beeinflussung gehandelt haben, wie sie bei jeder Begutachtung vorkommen können. Besonders gelagert sind allerdings Fälle, in denen die Stadt Mannheim als Erwerber von jüdischen Grundstücken auftritt. Daß sie sich bemühte, Preise zu drücken, geht sogar aus den Beschlußprotokollen des Stadtrats hervor [216]. Da hier das Interesse der schätzenden Behörde im Spiel ist, erscheinen auch die Schätzungen stets ausgesprochen niedrig und werden von anderen begutachtenden Stellen beanstandet [217].

Bei der *Arisierung* von Wirtschaftsunternehmen holte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister in fast allen Fällen nur das vorgeschriebene Gutachten des Mannheimer *Kreiswirtschaftsberaters* und der Mannheimer Industrie- und Handelskammer ein. Die von der Reichsregierung gewünschte unabhängige Stellungnahme mindestens zweier Gremien war für die Mannheimer *Arisierung* nicht immer gegeben. Bedenklich muß es stimmen, wenn stets das Gutachten sowohl der Industrie- und Handelskammer in wirtschaftlicher Hinsicht wie das der *Kreiswirtschaftsberatung* in persönlicher Hinsicht übereinstimmen. Einen schlüssigen Beweis für die Abhängigkeitsverhältnisse liefern die *Arisierungs*akten der Mannheimer Holzhandlung *Oskar Dreyfuss* [218]. Gegen die Übernahme durch den Bewerber nahm die Industrie- und Handelskammer Stellung, weil angeblich Materialknappheit und eine Überbesetzung dieses Gewerbezweiges herrschte [219]. Die *Kreiswirt-*

Firma Strauß, Max (besonders Kreiswirtschaftsberater an Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister 8. 10. 1938). In der Regel sollte der Kaufpreis binnen Jahresfrist beglichen sein (der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd 2037, 8. 5. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Marschall). Da jedoch bei den damaligen Marktverhältnissen kaum Hypotheken zu bekommen waren, ging der Finanz- und Wirtschaftsminister im Einzelfall von diesem Grundsatz ab und gestattete Ratenzahlung bis 1948. Nr. Jd 2210, 26. 5. 1939; Nr. Jd 2384, 5. 6. 1939.

[215] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; J. Speier / c. Fritz & Cie.

[216] Stadtratsprotokolle 1938, S. 87 gibt der Oberbürgermeister bekannt »es sei gelungen, den Preis (des Judenfriedhofs in F 7) auf 10 RM/m² herabzudrücken«.

[217] Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 00 554, 4. 2. 1939 an den Polizeipräsidenten Mannheim. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wertheimer Erben. Das Städt. Hochbauamt führt als schätzende Behörde in einem anderen Fall selbst aus: »Für die Schätzungen bebauter Grundstücke bestehen bis heute weder einheitliche brauchbare Richtlinien noch Normalschemen. Es wird die richtige Bewertung immer von der jeweiligen Erfahrung der Sachverständigen abhängen«. Es war somit dem Ermessen der schätzenden Behörde weitgehend Spielraum gelassen. Gutachten abschriftlich im Schreiben des Polizeipräsidenten IV/28 Nr. 2428 vom 18. 8. 1939 an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Beer, Julius.

[218] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[219] »Überbesetzung eines Gewerbezweiges« war ebenfalls einer der Gesichtspunkte, unter

schaftsberatung lehnte den *Ariseur* ab, weil er ihr politisch unzuverlässig schien. Nachdem auf Intervention des Rechtsvertreters des *Ariseurs* die Parteistelle ihr negatives Urteil zur Person des Bewerbers revidierte, ließ die Industrie- und Handelskammer die geltend gemachten wirtschaftlichen Bedenken fallen [220]!
Somit gewinnt das Gutachten der Mannheimer *Kreiswirtschaftsberatung*, wenn nur diese beiden Gremien angehört wurden, ausschlaggebende Bedeutung, denn der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister folgte fast immer den Anregungen seiner Vorgutachter.
Diese zentrale Stellung, die eine Parteiformation einnahm, legt den Schluß nahe, daß in Mannheim die Partei vor allem ihre Mitglieder begünstigte. Sie hatte durch ihre Gutachtertätigkeit und die Haltung der Industrie- und Handelskammer auch entsprechende Macht und vor allem im Jahre 1938 lehnte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister regelmäßig *Ariseure* ab, die von der *Kreiswirtschaftsberatung* als unzuverlässig bezeichnet wurden [221]. Allerdings brachte der *Kreiswirtschaftsberater* nur sehr selten und fast ausschließlich gegen Ende des Jahres 1938 oder zu Anfang des Jahres 1939 persönliche Beanstandungen vor. In der Folgezeit stand offenbar das Bestreben im Vordergrund, möglichst rasch die *Arisierung* abzuschließen. So führte die Nichtzugehörigkeit zur Partei und ihren Gliederungen nicht zur Ablehnung durch den Kreiswirtschaftsberater [222]. Selbst wenn sich zwei Bewerber um ein *Arisierungs*objekt gegenüberstanden, von denen der eine alle parteipolitischen Trümpfe wie z. B. Unterstützung der Partei in den Kampfjahren,

---

denen die Industrie- und Handelskammer Verträge prüfte, z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Jacob, Schreiben der Industrie- und Handelskammer vom 27. 8. 1938.
[220] Vgl. auch Jüdisches Vermögen, Einzelfälle: Arisierung der Firma Baugesellschaft mbH.
[221] Z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Wolff, Paula. Die Erwerberin wurde von der Kreiswirtschaftsberatung abgelehnt, weil sie nach einer Auskunft der NSDAP, Ortsgruppe Neckarspitze, es ablehnte, die Haustafel der NSDAP in ihrem Haus anzubringen (Schreiben vom 10. 5. 1939). Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister versagte dem Kaufvertrag die Genehmigung (Nr. Jd. 2211 vom 19. 5. 1939). Diese Entscheidung hob allerdings der Reichswirtschaftsminister durch Erlaß III L 7/17 828/39 vom 30. 10. 1939 auf die Beschwerde der Käuferin hin auf. Daß das parteipolitische Vorleben von Bewerbern so wenig beachtet wurde, scheint durch den Umstand mitbestimmt gewesen zu sein, daß im Falle einer Beschwerde der Reichswirtschaftsminister sich über das Urteil der Parteiinstanzen hinwegsetzen würde. – Stets abgelehnt wurden dagegen Bewerber, die sich noch nach der Machtergreifung einen jüdischen Ehepartner gewählt hatten. Z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Reimann, Babette, Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 6565, 13. 6. 1940. Gegen eine solche Entscheidung wurde ebenfalls Beschwerde eingelegt. In diesem Fall wurde jedoch das ablehnende Urteil durch den Reichswirtschaftsminister bestätigt. Erlaß des Reichswirtschaftsministers III Jd. 3/16 767/39, 26. 7. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Oppenheimer, Leo. – Auch die Verheiratung der Tochter mit Juden führte zur Ablehnung durch den Kreiswirtschaftsberater und zur Versagung der Genehmigung. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Meyer/Oppenheimer. Sogenannte Vierteljuden konnten dagegen jüdischen Grundbesitz übernehmen. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wolf/Eder. – Über eine lediglich behauptete parteipolitische Unzuverlässigkeit setzte sich sowohl der Polizeipräsident – nach Rückfrage bei der Gestapo – wie der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister hinweg (allerdings erst nachdem der »arische« Bewerber Beschwerde erhob). Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schreckenberger.
[222] Z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Seeliger/Brückl; Kauf F 3, 14.

nachweisbares Inserieren vor 1933 in der Parteipresse, Spendefreudigkeit, Zeichnung der Reichsanleihe etc. für sich hatte, jedoch der andere ein stärkeres wirtschaftliches Interesse am Kaufobjekt geltend machte, entschied sich die *Kreiswirtschaftsberatung* für den nicht der Partei zugehörigen Bewerber. Der Reichswirtschaftsminister, der als oberste Beschwerdeinstanz diesen schwierigen Fall zu prüfen hatte, bestätigte die Entscheidung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers, der entsprechend dem Gutachten des *Kreiswirtschaftsberaters* entschieden hatte [223].

Die starke Berücksichtigung und Abwägung wirtschaftlicher Interessen einzelner *Ariseure* nach ihrer Vordringlichkeit [224] zeigte für einzelne Mannheimer Juden bedrückende Konsequenzen.

Hatte z. B. ein *rassisch* Verfolgter einen Grundbesitz und einen unbequemen Nachbarn, der seinen Besitz zu erwerben trachtete und den Status des *Nichtariers* als Bürger minderen Rechts ausnützte, so war es dem Juden nicht möglich, seinen Besitz einem ihm angenehmen, anständigen Bewerber zu veräußern. Der Nachbar konnte seine wirtschaftlichen Interessen geltend machen (Grundstückszusammenführung, künftige Betriebserweiterung etc.) und dem jüdischen Verkäufer wurde aufgegeben, mit dem ihm nicht zusagenden Bewerber Kaufverhandlungen zu führen [225].

Einzelprobleme

Da die *Arisierungen* den Richtlinien, die in den oben referierten Verordnungen gegeben worden waren, folgten, sind nur wenige Einzelprobleme von Bedeutung. Besonders betrachtet werden muß:

1. die Erteilung von Auflagen,
2. die Veräußerung von genehmigungspflichtigen Werten an Verwandte,
3. die Behandlung der Gastwirtschaften,
4. die Behandlung des Ausländern gehörenden jüdischen Vermögens.

Zu 1: Eine der wichtigsten Bedingungen, unter denen schon in den Jahren der *stillen Arisierungen* die Parteistellen einen Betrieb als *arisches* Unternehmen anerkannten, war die Entlassung sämtlicher jüdischer Betriebsangehöriger. Die Anerkennung eines vormals jüdischen Unternehmens war so wichtig, daß natürlich auch vor 1938 sich kein Käufer (eines ohnehin geschwächten wirtschaftlichen Unternehmens) unnötig belasten wollte. Langfristige Dienstverträge sollten zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Diese Bedingung bedeutete für jüdische Angestellte und Arbeiter eine außerordentliche Härte, denn einmal aus einem Betrieb

---

[223] Siehe die umfangreichen Akten Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Wertheimer.

[224] Vgl. hierzu die Akten Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Gimbel, Kurt; insbesondere das Gutachten des Kreiswirtschaftsberaters vom 24. 2. 1939.

[225] Vgl. einen solchen Fall in den Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I c I s 2053/39. Die entsprechenden Schriftsätze der Kreiswirtschaftsberatung und des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers sind dort abschriftlich enthalten.

entlassen, fanden sie kaum wieder Arbeit. Nach dem Zeugnis einer arbeitsuchenden *Nichtarierin* aus jenen Tagen nahmen auch jüdische Geschäfte lieber *arische* Angestellte. Während der Arbeitgeber nach einer *Arisierung* wenigstens den Erlös aus seinem Geschäft behielt und damit seine Auswanderung oder jedenfalls seinen weiteren Lebensunterhalt finanzieren konnte, standen die Arbeitnehmer häufig von heute auf morgen brotlos da. Um das Geschäft intakt zu halten, verschwieg der jüdische Inhaber gelegentlich Verkaufsverhandlungen. In Übernahmeverträgen trat der neue Betriebsinhaber nur in die Verträge mit den *arischen* Angestellten ein, und die jüdischen Beschäftigten mußten sehen, wo sie ihnen zustehende Gehälter oder Löhne eintreiben konnten. Da sie häufig ohnehin Verwandte zu unterstützen hatten und keine Mittel flüssig hatten, da sie überdies von keiner Standesorganisation unterstützt wurden, dürfte es in entsprechenden Fällen den Betroffenen schwer gefallen sein, ihre Rechte vor Gericht geltend zu machen. Trotzdem sind Rechtsstreitigkeiten nachzuweisen, in denen jüdische Beschäftigte gegen ihren Arbeitgeber vorgehen mußten [226].

Die vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister genehmigten Veräußerungsgeschäfte hatten also sämtlich die unmittelbare Entlassung der jüdischen Arbeitnehmer oder doch zumindest deren Kündigung zu einem nahen Termin zur Voraussetzung [227]. Nun wiesen aber viele *Ariseure* nicht die fachliche Qualifikation auf, die die gewinnbringende Führung komplizierter Unternehmen erforderte [228]. Somit konnten Inhaber von vielen Mannheimer Unternehmen nicht zum Übernahmetag aus dem Betrieb ausscheiden. In solchen Fällen schlossen die *Ariseure* mit den entsprechenden Fachleuten Beratungsverträge ab. Diese waren vom Finanz- und Wirtschaftsminister zu genehmigen. Jedoch auch hier ist die Tendenz deutlich, möglichst rasch jeden nur denkbaren jüdischen Einfluß und auch die Erinnerung an jüdische Tätigkeit auszuschalten. Zumeist wurde die Beratertätigkeit eines Juden nicht über ein halbes Jahr hinaus genehmigt. Eine weitere Diskriminierung bedeutete es, wenn der frühere Inhaber nicht mehr mit der Kundschaft verkehren durfte, sondern nur intern als Berater zugelassen war [229]. Nicht selten setzte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister auch die für eine solche Beratung zu zahlende Vergütung, oft in Anlehnung an Vorschläge der Vorgutachter, erheblich herab [230].

---

[226] Z. B. 18/65 – 23. Rechtsstreit beim Arbeitsgericht Mannheim unter Aktenzeichen 1 Ca 209/36.

[227] Ausnahme z. B. Geschäftsübernahmevertrag zwischen der Süpag AG und der Firma Süpag, Dummeldinger & Co KG Mannheim. Allerdings mußten auf Weisung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers die »nichtarischen« Beschäftigten nicht am 1. 4. 1939, wie im Übernahmevertrag vorgesehen, ausscheiden, sondern bereits am 15. 11. 1938. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Aktenvermerk vom 13. 6. 1938.

[228] Z. B. Arisierung »Caressa Werkstätten« Leopold Kahn, Schreiben vom 8. 10. 1938 an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister und dessen Schreiben vom 13. 10. 1938 Nr. 33 731, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[229] Arisierung der Rheinischen Baby- und Kinderschuhfabrikation GmbH, Mannheim, der Gauwirtschaftsberater an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium 18. 8. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[230] a. a. O. Ferner hatte die Übernahme der Schutzmarke »Tap – Tap«, für die im Ver-

Sogar das Andenken an Juden sollte verdrängt werden. Diese Politik des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums zeigt sich besonders krass anläßlich der *Arisierung* des alten Mannheimer Familienunternehmens *Mannheimer Bettfedernfabrik, vormals M. Kahn Söhne KG* [231]. Ein verstorbener Teilhaber der Firma hatte dem Unternehmen testamentarisch eine bedeutende Summe als Einlage belassen, die mit sechs Prozent zu verzinsen war. Die Erträgnisse des Kapitals sollten alljährlich den Arbeitern und Angestellten am Todestag des Schenkgebers anteilig ausbezahlt werden. Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und der Testamentsvollstrecker überwachten die Stiftung [232].

Nach der *Arisierung* firmierte das Unternehmen anfangs noch als *Mannheimer Bettfedernfabrik, vormals M. Kahn Söhne KG,* mußte sich aber 1939 in *Mannheimer Bettfedernfabrik Kauffmann & Co.* umbenennen. Noch bezeichnender ist die Behandlung der Stiftung. Die Zinsen aus 20 000.– RM waren testamentarisch »den Angestellten und Arbeitern der Firma *M. Kahn Söhne GmbH*« vermacht worden [233]. Falls die Stiftung nicht mehr in der vom Erblasser vorgesehenen Form bestehen konnte, sollte das Kapital seinen (jüdischen) Geschwistern zufließen. Die Erben erklärten sich bei der *Arisierung* der Firma damit einverstanden, dem Betrieb weiterhin das Kapital zu belassen. So kamen in den Jahren 1938 und 1939 die alten Angestellten und Arbeiter des Unternehmens nochmals in den Genuß der Zinsen [234]. Auf Veranlassung des Badischen Finanz- und Wirtschaftministers mußte dieses unter dem Namen des Toten als *Emil A. Weil-Stiftung* geführte Kapital im Herbst 1938 jedoch gekündigt werden. Die Stiftung mußte entgegen den Interessen der *arischen* Firma und Belegschaft aufgelöst und an die Erben ausgezahlt werden [235].

Eine der wichtigsten Möglichkeiten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers, Auswüchse und unerwünschte Bereicherungen skrupelloser *Ariseure* zu vermeiden, bestand in der Möglichkeit, mit der Genehmigung eines Veräußerungsgeschäfts Auflagen zu verbinden, vor allem die Auflage, ungerechtfertigte *Arisierungsgewinne* an das Reich abzuführen. Die gesetzliche Grundlage zu dieser Maßnahme bildete der § 15, 1 der *Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938* [236]. Er bestimmte: »Die Genehmigung zur Veräuße-

---

trag 1400 RM eingesetzt waren, zu unterbleiben. Siehe auch z. B. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister 6. 4. 1939 Nr. 25 045, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Landsberger–Böttcher.

[231] Gegründet 1826.

[232] Ausführliche Akten über die Stiftung unter 18/65 – 142 bis 144 im Stadtarchiv. Die »Arisierung« (18/65 – 144) ist ein gutes Beispiel einer unter dem Druck der Zeit, noch »freiwillig« erfolgenden, freundschaftlichen Geschäftsübergabe. Z. B. beteiligte sich der »Ariseur« an einer Abfindung, die zum Zeitpunkt der »Arisierung« an die ausscheidenden Mitarbeiter zu zahlen war.

[233] Nachlaßverzeichnis: Notariat Mannheim II als Nachlaßgericht, AZ: 2 H 799/35. (Es heißt dort GmbH.)

[234] Aufkündigung des Betrages durch die Mannheimer Bettfedernfabrik mit Schreiben vom 2. 10. 1939, 18/65 – 143.

[235] Siehe vor allem Schreiben vom 5. 4. 1938, 18/65 – 143.

[236] RGBl. I, 1938, S. 1709 ff.

rung jüdischer Gewerbebetriebe, jüdischen Grundbesitzes oder sonstiger jüdischer Vermögensteile kann unter Auflagen erteilt werden, die auch in Geldleistungen des Erwerbers zugunsten des Reichs bestehen können«. Diese anfangs nur für künftige Genehmigungen gedachte Vollmacht wurde später erweitert, um auch frühere und bisher nicht zu erfassende Gewinne für das Reich zu kassieren [237].

Die Verordnung und besonders der Paragraph 15, 1 zeigten jedoch – vom nationalsozialistischen Standpunkt aus gesehen – eine wesentliche Lücke in der *Ariergesetzgebung*, die zugleich den verhältnismäßig ruhigen Verlauf der *Arisierungen* in Baden verdeutlicht.

Der Gesetzgeber rechnete mit einem Fallen der Preise, wenn dermaßen viele Kaufobjekte plötzlich angeboten wurden. Er dachte jedoch nicht an die Möglichkeit, daß von den *arischen* Erwerbern höhere als den amtlichen Rentabilitätsberechnungen entsprechende Preise gezahlt wurden. Der ruhige Verlauf der *Arisierungen* in Mannheim ließ den jüdischen Veräußerer jedoch gelegentlich, namentlich wenn sich mehrere Interessenten um ein Kaufobjekt bemühten, höhere Preise erzielen, als nach den amtlichen Berechnungen angemessen schien. Dies war aufgrund der Preisstopverordnungen nicht zulässig.

Mehrmals regten die Gutachter an, doch in diesem Fall von den Juden ebenfalls eine *Arisierungsabgabe* zugunsten des Reichs zu erheben [238], doch fehlte dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister dazu eine gesetzliche Handhabe [239]. In Fällen, in denen der Kaufpreis nur wenig den von den amtlichen Stellen errechneten Preis überschritt, sah der Finanz- und Wirtschaftsminister von einer Verminde-

---

[237] Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften vom 10. 6. 1940 RGBl. I, S. 891. Diese Verordnung war bereits in Juli 1939 im Reichswirtschaftsministerium in Vorbereitung. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister bemühte sich in Mannheim erstmals im Juni 1939 – noch ohne gesetzliche Grundlage – um die Erfassung hoher Arisierungsgewinne bei Rechtsgeschäften, die vor dem 3. Dezember 1938 getätigt waren. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Utermühl, Heinrich: Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 2017, 10. 6. 1939; vgl. ferner Aktenvermerk vom 14. 7. 1939 über die Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums und die in Vorbereitung befindliche Verordnung. – Ein anderes Beispiel für einen Arisierungsgewinn: Etwa vom Jahre 1938 an wurde es für jüdische Gläubiger schwierig, ihre Forderungen beizutreiben. (Vgl. hierzu die Bitte des Hugo Friedmann an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium, gemäß § 2 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens einen Treuhänder einzusetzen, da anders eine Beitreibung der Außenstände unmöglich schien. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schreiben vom 22. 12. 1938). Oft handelten jüdische Gläubiger auch unter Zeitdruck, wenn sie ihre Forderungen an einen »Arier« verkauften (bevorstehende Auswanderung!), dem es leichter fiel, das Geld beizutreiben. In einem allerdings als extrem zu wertenden Fall erhielt ein jüdischer Gläubiger für eine Forderung im Nennwert von RM 37 500.– einen Preis von RM 8000.–; Kaufvertrag des Notariats Mannheim 4 vom 22. 3. 1939, AZ: 4 H 304/39. – Über die mangelnde gesetzliche Grundlage, diesen Gewinn zu erfassen: Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister an den Polizeipräsidenten Mannheim Nr. 30 380 vom 1. 8. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, A. Strauß & Co i. L.

[238] Z. B. Kreiswirtschaftsberatung 18. 2. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Michel, Hedwig (Belassung eines hohen Kaufpreises). Kreiswirtschaftsberatung 6. 3. 1939 (vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister wurde der Kaufpreis herabgesetzt).

[239] Er legte den § 15,1 der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens so aus, daß er einen Arisierungsgewinn nur von den »Ariern« erheben dürfe, nicht von den Juden.

rung des Kaufpreises ab [240]. Andernfalls setzte er ihn herab. Somit konnte ein Kaufliebhaber seinem jüdischen Vertragspartner einen beliebig hohen Preis bieten, ohne dafür einstehen zu müssen. Dies wirkte sich bei mehreren Bewerbern um ein Objekt für den skrupelloseren als Vorteil aus. Wenn keine berechtigten wirtschaftlichen Interessen Dritter verletzt wurden, konnte der jüdische Veräußerer mit dem Bewerber abschließen, der ihm das höchste Gebot machte. Der Vertrag wurde dann genehmigt, jedoch der Kaufpreis entsprechend herabgesetzt [241].

Andere offensichtliche Lücken dieser Gesetzgebung lassen sich aus den Mannheimer Akten zwar nicht erschließen, haben aber offensichtlich bestanden [242].

Während bei der *Arisierung* Mannheimer Firmen kaum sogenannte Ausgleichsabgaben zu zahlen waren, da die gebotenen Preise zumeist einem angemessenen Verkehrswert entsprachen, ging die *Arisierung* des Haus- und Grundbesitzes andere Wege [243].

Arisierungen in der Wirtschaft hatten sich in Ansätzen seit 1933 als notwendig erwiesen, in steigendem Maße ab 1937. Meist war bei größeren Unternehmen bei Erlaß der entsprechenden Gesetze die *Arisierung* schon fortgeschritten. Die Grundstücks*entjudung* erwies sich dagegen als eine Maßnahme, die viele Juden unvorbereitet traf. So war hier die korrigierende Hand einer Überwachungsstelle besonders erforderlich. Vom 5. Dezember 1938 an lag die Genehmigung von Mannheimer Grundstücksverkäufen, an denen als Vertragsschließender ein Jude beteiligt war, in den Händen des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums [244], zuvor in

---

[240] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Rose/Schmenger, Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister 5. 7. 1939, Jd. 2017 (Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und der Kreiswirtschaftsberater hielten den Kaufpreis von 14 000.– RM für 2000.– RM zu hoch).

[241] Ein solcher Fall: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Arisierung der Gesellschaft für Feinmechanik, Mannheim. Der Käufer hatte einen mehr als doppelt so hohen Preis im Vertrag eingesetzt als der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister für vertretbar hielt. (70 000.– RM gegenüber 145 000.– RM).

[242] Sie sind aufgeführt im Vermerk über eine Besprechung betr. die Genehmigungspflicht ... am 11. 7. 1938, Senatsregistratur Bremen J 5. So konnte z. B. die Genehmigungspflicht für die Veräußerung von Beteiligungen an einer »Offenen Handelsgesellschaft« (OHG) (genehmigungspflichtig bei einer maßgeblichen Beteiligung von Juden, die angenommen wurde, wenn der veräußerte oder verpfändete Betrag 16 % des Gesellschaftskapitals oder der im Verkehr befindlichen Kuxe ausmachte) durch sukzessiven Verkauf umgangen werden. Ob dieses Problem im Finanz- und Wirtschaftsministerium nicht erkannt worden war oder ob man es nicht erkennen wollte, geht aus den Mannheimer Akten nicht hervor.

[243] Allerdings bestand auch ein Unterschied in der Bewertung der Ausgleichsabgaben. Entsprechend dem Bestreben des Reichswirtschaftsministers und der anderen beteiligten Stellen, die »Entjudung« der Wirtschaft der des Grundbesitzes vorzuziehen und rasch durchzuführen, sollte die Höhe der Ausgleichsausgabe bei der Übernahme von Unternehmen nur 70 % der als Arisierungsgewinn berechneten Summe sein. Bei der Grundstücksarisierung sollte dagegen der Unterschiedsbetrag zwischen einem »mäßigen Verkehrswert« und dem Kaufpreis in voller Höhe an das Reich abgeführt werden. Erlaß des Reichswirtschaftsministers u. a. vom 6. 2. 1939 III Jd. 1/2082/39 RMinBliV Nr. 7, S. 266.

[244] Wegen der abweichenden Auffassung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers von der des Reichswirtschaftsministers über den Zeitpunkt des Eintretens der Genehmigungspflicht siehe Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers vom 25. 3. 1939 an die Notariate und Grundbuchämter. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Blum.

den Händen des Polizeipräsidiums [245]. Die Erhebung einer Ausgleichsabgabe zugunsten des Reichs behielt sich der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister auch für in der davor zurückliegenden Zeit abgeschlossene Verträge selbst vor [246].

Für die Mannheimer Grundstücks*entjudung* wurde folgender Weg eingehalten: *Kreiswirtschaftsberater* und Hochbauamt bzw. das Städtische Vermessungs- und Liegenschaftsamt äußerten sich zu dem Vertrag, der dann dem Polizeipräsidenten zur Vorprüfung vorgelegt wurde. Dieser leitete ihn mit seiner Stellungnahme dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister zu, der die Genehmigung erteilte und zumeist die vorgeschlagenen Auflagen festlegte, d. h. Herabsetzung des Kaufpreises, falls der Kaufpreis wesentlich über dem mäßigen Verkehrswert (d. h. zehn Prozent unter dem geschätzten Wert) lag [247], bzw. Erhebung einer entsprechenden Abgabe, falls der *arische* Erwerber das Grundstück zu einem wesentlich unter dem Verkehrswert liegenden Preise erhielt. Der Wunsch, die *Arisierung* beschleunigt

---

[245] Aufgrund der Verordnung zur Sicherung der Preisüberwachung bei Grundstücken vom 8. 7. 1938 RGBl. I, S. 850. Dazu Runderlaß des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsministers der Finanzen vom 8. 7. 1938, veröffentlicht im Reichssteuerblatt Nr. 63 vom 20. 7. 1938, S. 665. – Nach § 9 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens ersetzte die Genehmigung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers u. a. nunmehr auch die nach preisrechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen. – Vgl. zu diesem Problem: Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. 31 523, 2. 9. 1938, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schloßberg, Mannheim.

[246] Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers – Preisbildungsstelle – Nr. 38 251 vom 20. 12. 1938. Über die Gepflogenheiten bei Mannheimer Grundstücksverkäufen ist wegen der fehlenden Akten des Polizeipräsidiums nichts bekannt. Bemerkenswert an dem Erlaß ist für Mannheim die Feststellung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers: »Es soll nur dann die Genehmigung erteilt werden, wenn der Veräußerungspreis einem angemessenen Verkehrswert gleichkommt. Dabei bemerke ich fürsorglich nochmals, daß die anscheinend da und dort bestehende Ansicht, daß die jüdischen Verkäufer nur den Einheitswert erhalten dürfen, nicht zutreffend ist«. Daß diese Fehlmeinung in Mannheim zumindest die Gutachten des Kreiswirtschaftsberaters bestimmte, belegt ein abschriftlich erhaltener Brief des Kreiswirtschaftsberaters Mannheim vom 26. 10. 1938 an die Finanzierungsgesellschaft Heidelberg (16/67 – 12). Dieser schreibt: »Das zu übernehmende Grundstück darf nur zum Einheitswert verkauft werden. Dieser Wert ist für meine Genehmigung auch dann die obere Grenze, wenn der tatsächliche Verkehrswert im Einzelfall höher liegt . . .«

[247] Z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Sohn/Fleck, vor allem: Der Polizeipräsident Mannheim D 33 Nr. 1220 vom 21. 4. 1939. Belassung eines von den Vorgutachtern beanstandeten wesentlich höheren Kaufpreises, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Reinmann, Jacob. Der Finanz- und Wirtschaftsminister legte in diesem Falle nicht den errechneten Verkehrswert und vom Polizeipräsidenten Mannheim als angemessen angesehenen Verkaufspreis zugrunde, sondern den für die Judenvermögensabgabe (RGBl. I, 1938, S. 1579) eingesetzten (höheren) Wert des Grundstücks. In einem Fall legte der jüdische Veräußerer gegen die Herabsetzung des Kaufpreises durch den Finanz- und Wirtschaftsminister Beschwerde ein (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, 28. 7. 1939). Der mäßige Verkehrswert betrug 68 354.– RM, der vereinbarte Kaufpreis 72 250.– RM. Der Reichswirtschaftsministers gab der Beschwerde des jüdischen Beschwerdeführers statt. Erlaß Nr. III L 5/21 806/39, 10. 5. 1940. Grundlage dieser Entscheidung bildete der Erlaß III L 23 081/39 Ziffer 2 a, 1 vom 23. 10. 1939.

durchzuführen, ließ den Finanz- und Wirtschaftsminister jedoch häufig gerechtfertigt erscheinende Auflagen abmildern. Im Jahre 1939 versuchte fast jeder *arische* Erwerber, der ein Grundstück mit einem Gebäude zu niederem Preis erhalten hatte, die Ausgleichabgabe zugunsten des Reichs in eine Auflage, Reparaturarbeiten am Haus in entsprechender Höhe vornehmen zu lassen, umzuwandeln. Zumeist wurde derartigen Anregungen von seiten des Finanz- und Wirtschaftsministers entsprochen [248]. Etwa ab März 1939 wurde häufig von vornherein die Auflage gemacht, auf das erworbene Anwesen innerhalb Jahresfrist Aufwendungen in einer entsprechenden Höhe zu machen und diese dem Polizeipräsidenten Mannheim nachzuweisen [249]. Durch derartige Auflagen wuchs dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister ein nicht unbedeutendes Mittel zur Wirtschaftsbelebung und Unterstützung des Mittelstands zu. Allerdings machte der Ausbruch des Weltkriegs dieser Entwicklung ein Ende. Die *Ariseure* verfügten über keine Handwerker, bzw. erhielten diese keine Rohstoffe [250]. Alle, die bis zum September 1939 ihren Auflagen noch nicht nachgekommen waren, konnten die Reparaturen nicht mehr durchführen lassen. Eine nachträgliche Ausgleichsabgabe in der entsprechenden Höhe wurde nicht mehr erhoben, sondern die Durchführung der Auflage bis auf ein Jahr nach Kriegsende verschoben [251].

Eine weitere Möglichkeit, das Genehmigungsverfahren der *Arisierungen* für das Reich zu nützen, eröffnete sich im Jahre 1939. Die seit der Annexion der Tschechoslowakei immer eindeutiger auf einen Krieg hinzielende Politik der Reichsregierung ließ entsprechende Vorsorge angezeigt erscheinen. So schlossen die zuständigen Behörden [252] (in Mannheim der Polizeipräsident in Wahrnehmung der Interessen des Luftgaukommandos XII, Wiesbaden) mit *Ariseuren* für Kellerräume, die sich zum Luftschutz eigneten, Überlassungsverträge ab [253]. Darnach hatte der Eigentümer des Gebäudes die Räume nicht nur dem Reichsfiskus mit entsprechenden Verpflichtungen auf 30 Jahre zu überlassen, sondern mußte sich verpflichten, »der Ein-

---

[248] Z. B. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Marschall. Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 2384 vom 5. 6. 1938. In einem Fall wurde die Abführung eines Arisierungsgewinns bzw. die Erteilung einer Auflage auch ganz unterlassen, weil der »arische« Käufer seine starke finanzielle Inanspruchnahme geltend machte, die von einem früheren, mit dem vorliegenden Rechtsgeschäft zusammenhängenden Kauf herrührte. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schwarzschild.

[249] Auch wenn die Vorgutachter die Abführung eines Arisierungsgewinnes anregten. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schott, Thekla. Bei höherem Arisierungsgewinn, d. h. bei der Auflage, größere Mittel für Umbauten bereitzustellen, wurden entsprechend länger bemessene Fristen gewährt. Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 2125, 16. 5. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Seelig, Eva.

[250] Vgl. z. B. Bericht des Polizeipräsidenten Mannheim vom 31. 1. 1940 Abt. IV/29 an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Hahn, Alfred.

[251] Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 6527 vom 7. 2. 1940 an den Polizeipräsidenten, Mannheim, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Hahn, Alfred.

[252] Das Deutsche Reich wurde vertreten durch den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, dieser vertreten durch das Luftgaukommando XII Wiesbaden, dieses wurde für Mannheim durch den Polizeipräsidenten vertreten.

[253] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, AS Baer OHG.

tragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zugunsten des Reichsfiskus« zuzustimmen [254].

Zu 2: Es war ein naheliegendes Bestreben jüdischer Besitzer, das Eigentum, welches *arisiert* werden mußte, *arischen* Familienangehörigen zu vermachen. Geheimerlasse, die nur dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister und teilweise dem Polizeipräsidenten bekannt waren, regelten den Übergang von jüdischem Besitz innerhalb der Familien [255]. Danach war es in der Regel möglich, an *Mischlinge,* die nicht als Juden im Sinne der *Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 14. November 1935 galten, Besitz zu veräußern. Der Mannheimer *Kreiswirtschaftsberater* stand zwar in seinen Gutachten auf dem Standpunkt, daß Juden und *Mischlinge* von vornherein als unzuverlässig zu betrachten seien, doch beachtete der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister ein solches Gutachten nicht [256].
Folgende Möglichkeiten gab es für Mannheimer Juden, an Verwandte Grundbesitz zu übereignen:
Grundstücksübertragungen an Kinder, die nicht als Juden zählten, erhielten in der Regel die erforderliche Genehmigung. Grundstücksübertragungen an Ehefrauen versagte der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister in der Regel die Genehmigung [257]. *Arische* Ehegatten jüdischer Frauen erhielten zumeist die Genehmigung zur Übernahme jüdischen Grundbesitzes [258]. *Ariseure* aus Familien, die sich erst nach 1933 mit Juden verbunden hatten, wurden regelmäßig abgelehnt, weil dies als bewußter Gegenschlag gegen die NS-Weltanschauung gewertet wurde [259].
Bei der Übergabe von Wirtschaftsunternehmen galten diese Bedingungen nicht uneingeschränkt. In der Regel wurde bei der Übergabe eines Betriebes an *Mischlinge* oder *arische* Ehepartner die Bedingung gestellt, einen *arischen* Kommanditisten oder Geschäftsführer aufzunehmen [260]. Der jüdische Ehepartner oder Elternteil

---

[254] § 8 des Überlassungsvertrags a. a. O.
[255] Am 9. 3. 1939 schreibt der Kreiswirtschaftsberater an das Polizeipräsidium, daß ihm keine Richtlinien für den Erwerb jüdischer Grundstücke durch Mischlinge bekannt seien. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Hirschler, Margarete. Der wichtigste Erlaß (St. M. Dev. 1763 g, 28. 12. 1938, Senatsregistratur J 5) sollte allerdings den Parteistellen bekanntgegeben werden (was anscheinend auch geschah). Nürnberger Dokumente PS 069 Bd. XXV, S. 101 (IMT).
[256] Ein Jude oder Halbjude durfte nach dem Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers IV 29 305/35 vom 28. 12. 1935 (mitgeteilt als Erlaß des Badischen Ministers des Innern Nr. 6721 vom 24. 1. 1936 Gewerbeausübung I) nicht von vornherein als unzuverlässig bezeichnet werden. Ein solcher Fall: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Käferle I, insbesondere: der Polizeipräsident D/33 Nr. 1480, 30. 5. 1939.
[257] Der Übertragung auf die Ehefrau, sei es durch Schenkung, sei es durch Kauf, wurde die Genehmigung versagt: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Trautmann, Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. Jd. 1351, 22. 3. 1939 (Stützt sich auf Geheimerlaß St. M. Dev. 1763 g vom 28. 12. 1938). Vgl. auch den Ehevertrag in: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Jahl, insbesondere: Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister Nr. Jd. 1231 c, 22. 3. 1939.
[258] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, N.
[259] Siehe oben Anmerkung 221.
[260] Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Zimmern. Hier wurde eine Schenkung zwischen Ehe-

durfte sich in keiner Weise im Geschäft betätigen. Diese streng überwachte Bedingung erwies sich als besondere Härte bei kleinen mittelständischen Familienbetrieben, die oft nicht in der Lage waren, noch entsprechendes Personal zu ernähren [261].

Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang eine Mannheimer Hopfengroßhandlung [262]. Der *nichtarische* Inhaber hatte das Geschäft auf seine *arische* Ehefrau übertragen. Diese nahm ihrerseits einen *arischen* Kommanditisten auf, um so die Anerkennung als *arisches* Unternehmen zu erhalten. Nachdem der vorgesehene Kommanditist jedoch nicht im Geschäft blieb und vom *Kreiswirtschaftsberater* ohnehin abgelehnt wurde, erreichte es die Inhaberin durch Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung, in der sie versicherte, daß jeder Einfluß ihres *nichtarischen* Ehemannes fortan ausgeschaltet sein solle, von der Industrie- und Handelskammer Mannheim als *arisches* Unternehmen anerkannt zu werden. Mit dieser Bescheinigung behauptete die Firma vorerst ihre Existenz. Namhafte, zum Teil an die Person der Inhaberin gebundene Auslandsabschlüsse sicherten bei der prekären Devisenlage des Reichs ein gewisses Wohlwollen der badischen Behörden.

Es ist eine Besonderheit des Hopfengeschäfts, daß zur Zeit der Kampagne, d. h. der Einkäufe durch die Handlungen, außerordentlich hohe Beträge benötigt werden, die durch Verkauf des Hopfens erst langsam wieder zurückfließen. Somit war die Hopfenhandlung auf ihre kreditgebende Bank angewiesen. Diese machte sich die schwierige Lage der Kundin zunutze. Sie verlangte unter Anführung der vielen Arbeit, die sie für das Unternehmen verrichtete, eine den im Bankfach herrschenden Gepflogenheiten zuwiderlaufende zwanzigprozentige Gewinnbeteiligung [263]. Ferner wies die Bank die Kundin »aufs schärfste auf den unmöglichen Zustand des Zusammenlebens mit dem Juden N. hin« [264]. Diese lehnte wiederum eine Scheidung oder Trennung ab. Daraufhin arbeitete das Bankhaus »bewußt darauf hin. . ., die Majorität der Firma nicht in den Händen einer jüdisch versippten Familie zu belassen, sondern ihr den maßgeblichen Einfluß ... zu entziehen«. Zu diesem Zweck versuchte das Bankhaus aus seinen Geschäftsfreunden zwei Interessenten als Kommanditisten in das gut gehende Unternehmen einzuschleusen. Als die Geschäftsinhaberin daraufhin die Bankverbindung löste, denunzierte sie das Bank-

---

leuten genehmigt, jedoch der Betrieb damit nicht als »arisches« Unternehmen anerkannt. Der Kreiswirtschaftsberater machte in diesem Fall die Anerkennung als »arisches« Unternehmen von der Bestellung eines Prokuristen abhängig, der möglichst PG sein sollte.

[261] Hierzu: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Weinberg und besonders Käferle II. Dort wurden selbst die Geschäftsbücher von einer »arischen« Person geführt. In diesem Fall zeigte sich auch die Industrie- und Handelskammer entgegenkommend. Der Sohn, der das Geschäft übernahm, besaß nicht die nötigen fachlichen Voraussetzungen. Er erhielt die vorläufige Genehmigung zur Führung des Geschäfts und brauchte eine entsprechende Fachkundeprüfung erst nach angemessener Frist abzulegen.

[262] Alle diesbezüglichen Einzelheiten: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, N.

[263] Streng vertrauliches Schreiben des Bankhauses B. & Co an das Rassenpolitische Amt der NSDAP vom 30. 10. 1939 (mit Aktenvermerk vom 12. 10. 1939), Abschrift *Dok. 121.*

[264] Die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft war in einem anderen Fall die Voraussetzung für die Anerkennung eines Geschäfts als »arisches« Unternehmen. Dies hatte das Ehepaar N. schon der Industrie- und Handelskammer gegenüber abgelehnt.

haus beim *Rassenpolitischen Amt der NSDAP.* Auf folgende Weise bemühte man sich um die Lösung der schwierigen Lage, in die das Unternehmen durch den Racheakt der früheren kreditgebenden Bank geriet. Die Badische Bank half und gewährte der Hopfenhandlung Kredit. Durch Zusammenarbeit mit dem *Gauwirtschaftsberater* gelang es, mit dem Sachbearbeiter im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium zu folgender Übereinkunft zu gelangen:
Die Badische Bank erklärte sich bereit, die Firma zu überwachen, ob sich »jüdisches Geschäftsgebaren zeige«. Sie übernahm ferner die Aufgabe, in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung des Geschäfts zu berichten. Daraufhin erklärte sich der *Gauwirtschaftsberater* bereit, den *Kreiswirtschaftsberater* von Mannheim (1940 auch Präsident der Industrie- und Handelskammer Mannheim) anzuweisen, den Betrieb entgegen den herrschenden Gepflogenheiten als *arisches* Unternehmen anzuerkennen [265]. Die Hopfenhandlung blieb bis zum Ende des Dritten Reichs in unveränderter Form bestehen.

Zu 3: In seinem Schnellbrief vom 18. November 1938 [266] hatte der Reichswirtschaftsminister unter Ziffer 1 angeordnet, während der Pogrome im November 1938 geschlossene Geschäfte seien grundsätzlich nicht wieder zu eröffnen. Unter Ziffer 2 hieß es ausdrücklich, »auch jüdische Gaststätten ersuche ich in gleicher Weise geschlossen zu halten«.
Mit Erlaß vom 1. Dezember hob der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister diese Bestimmung in Vollzug eines Erlasses des Reichswirtschaftsministers auf [267]. Es sollten nur Gaststätten, »die nicht ausdrücklich mit der Beschränkung auf den Besuch von Juden zugelassen sind«, geschlossen bleiben. Trotzdem untersagte der Polizeipräsident in Mannheim dem Inhaber einer jüdischen »Kostgeberei« in F 3, 13 unter dem Datum des 17. Dezember 1938 die Weiterführung seiner Gaststätte, in der vor allem die Wohlfahrtsempfänger der Israelitischen Gemeinde ihr Essen einnahmen [268]. Auch nachdem der *Oberrat der Israeliten Badens* sich in Übereinstimmung mit dem *Synagogenrat Mannheim* gegen die Schließung wandte und sich bei dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister beschwerte, hielt der Polizeipräsident an seiner Entscheidung fest. Er bezeichnete es als von der politischen Zielsetzung der Judenfrage her unerwünscht, daß ein geschlossener Betrieb wieder eröffnet werde, und glaubte ankündigen zu müssen, daß bei der »bekannten aggressiven Haltung der Mannheimer Bevölkerung ... eine Aktion – wie s. Z. im Falle

---

[265] Die regelmäßigen Berichte, mit denen die Badische Bank das Unternehmen rettete, wurden bald seltener und im Mai 1942 im Einvernehmen mit dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers eingestellt, a. a. O. Nr. 17 050, 1. 5. 1942.
[266] III Jd. 8782/38 mitgeteilt durch Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 36 146 vom 29. 11. 1938.
[267] Nr. 36 587, 1. 12. 1938; Erlaß des Reichswirtschaftsministers III Jd. 8782/38 II vom 21. 11. 1938 Landratsamt Mannheim, »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«. Ziffer 5 des Aktenvermerks über eine Besprechung im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium am 3. 12. 1938, Gewerbeausübung I.
[268] Einzelheiten: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Neuburger.

Schwimmbad Herweck – ausgelöst wird« [269]. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister fügte sich den Verhältnissen [270]. So gab es in Mannheim bis zur Deportation im Oktober 1940 trotz der relativ großen Gemeinde und der Verpflichtungen, die sich durch die Mittelpunktfunktion von Mannheim ergaben, nur noch eine »Kostgeberei« [271].

Zu 4: Die durch die Entrechtung jüdischer Ausländer sich ergebenden Probleme waren anfangs wohl auch von der Reichsregierung unterschätzt worden [272]. In der *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938* war nicht zwischen inländischen und ausländischen Juden unterschieden worden [273]. Doch bereits am 18. November bat der Reichswirtschaftsminister, ihm bei auftretenden Schwierigkeiten zu berichten, insbesondere sollte vor der Schließung von Betrieben von US-Bürgern, Angehörigen Großbritanniens und Frankreichs Nachricht gegeben werden [274]. Durch Erlaß vom 1. Dezember 1938 [275] ordnete der Reichswirtschaftsminister in Abweichung von seinem Runderlaß vom 18. November 1938 [276] an, daß ausländischen Juden bei der Wiedereröffnung ihres Betriebes nichts in den Weg gelegt werden solle. Eine Weiterführung über den 31. Dezember 1938 sollte allerdings nicht in Frage kommen. Doch auch diese Anordnung wurde umgestoßen [277] und in Mannheim die noch bestehenden sechs Einzelhandelsgeschäfte und 15 Handwerksbetriebe, deren Inhaber Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit waren, erst im Jahre 1939 im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium liquidiert [278].

---

[269] Der Polizeipräsident C 86 Nr. 693 P, 7. 3. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Neuburger.

[270] Nr. 23 977 vom 14. 3. 1939 an den Oberrat der Israeliten Badens. Auch weitere Eingaben führten zu keinem Erfolg.

[271] Bericht des Polizeipräsidenten C 86 Nr. 531 P, 14. 2. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Neuburger (Kostgeberei Eis L 14, 12, die nach Aussage des Polizeipräsidenten täglich 60–80 Essen lieferte).

[272] Vgl. hierzu auch Genschel S. 190 f.

[273] RGBl. I, S. 1580 (§ 1).

[274] Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers III Jd. 8782/38 vom 18. 11. 1938, Landratsamt Mannheim, »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«.

[275] III Jd. 9834/38 mitgeteilt im Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 36 587 a vom 5. 12. 1938, Gewerbeausübung I.

[276] III Jd. 8782/38 Gewerbeausübung I. Demnach sollten alle Geschäfte, die während der Kristallnacht geschlossen hatten, auch weiterhin geschlossen bleiben. Siehe S. 149 f.

[277] Polizeipräsidium Mannheim, Funksammelstelle ssd Berlin Nr. 52 vom 30. 13. 1938 (gemeint ist der 30. 12. 1938).

[278] Erlasse des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 38 862 vom 30. 12. 1938 und Nr. 20 092 vom 5. 1. 1939 sowie Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers III Jd. 12 441/38 II vom 31. 12. 1938, Landratsamt Mannheim, »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«. Der Polizeipräsident Mannheim D/32 Nr. 119/P vom 10. 1. 1939; auf Erlaß Nr. 38 862 vom 30. 12. 1938 und Nr. 20 092 vom 5. 1. 1939. Regierungspräsidium Nordbaden, Jüdisches Vermögen, Gewerbeausübung durch Nichtarier, hier: Amtsberichte des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 20 521 u. a. vom 17. 1. 1939, Gewerbeausübung II. – Unter den Handwerkern befanden sich auch Staatenlose, die jedoch nach den gegebenen Anweisungen deutschen Juden gleichzuachten waren. Alle

Im Sommer 1939 trieb der Reichswirtschaftsminister die Frage ausländischer jüdischer Beteiligungen an inländischen Gewerbebetrieben, die bereits im Zusammenhang mit der Mannheimer Gummiwarenfabrik Hutchinson entstanden war, voran[279]. Etwa erforderliche Erhebungen wollte der Reichswirtschaftsminister zentral durchführen lassen und bat, ihm entsprechende Vorgänge zuzuleiten. In Mannheim wurde von der Industrie- und Handelskammer eine Untersuchung der Firma *Estol AG* angeregt[280]. Weitere Erhebungen oder Entschließungen sind nicht nachzuweisen, haben wohl auch wegen des Krieges nicht mehr stattgefunden.

Mannheimer Zahlen zur Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben

Die gesetzmäßige Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben setzte erst im Jahre 1938 ein. Von diesem Zeitpunkt an liegen zuverlässige Zahlen über Mannheimer Unternehmen vor, die als »jüdisch« betrachtet wurden. Das aufgrund der *Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* Ende 1938 erstellte Verzeichnis des Polizeipräsidenten Mannheim benannte noch 436 jüdische Betriebe mit Inhabern deutscher Staatsangehörigkeit[281] und 94 jüdische Gewerbebetriebe, deren Inhaber staatenlos waren oder eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besaßen[282]. Diese Zahlen geben allerdings nur einen Teil der einstmals in Mannheim vorhandenen Gewerbebetriebe, deren Inhaber Juden gewesen waren oder an denen Juden zumindest teilhatten, wieder. Die von der Partei im Sommer 1935 angelegten bruchstückhaft erhaltenen Verzeichnisse aller in der Ortsgruppe ansässigen jüdischen Bürger und Geschäfte lassen jedoch Rückschlüsse auf den Umfang der *Arisierungsbewegung* vor dem Oktober 1938 zu.
Die *Ortsgruppe Friedrichspark* stellte unter dem Datum des 29. August 1935 eine Liste der *nichtarischen* Betriebe, Einzelhandelsgeschäfte etc. zusammen. Von 121 zu zählenden, im Bereich der *Ortsgruppe* beheimateten Unternehmen tauchen 77 nicht im Verzeichnis des Polizeipräsidenten auf. Sie gingen also in der Zwischenzeit ein oder wurden *arisiert*. Daraus folgt, daß nur etwa ein Drittel der 1935 im Zentrum Mannheims gelegenen jüdischen Geschäfte noch *arisiert* oder liquidiert wurden. Da bis zum Jahre 1935 nur in geringem Maße Umschichtungen in Betrieben vorge-

---

anderen besaßen mit einer Ausnahme die polnische Staatsangehörigkeit. Zum Vergleich: In Mannheim befanden sich nach dem 31. 12. 1938 noch 12 (im gesamten übrigen Baden noch 4) Handwerksbetriebe, deren Inhaber Juden fremder Staatsangehörigkeit waren.

[279] Erlaß III Jd. 13 891/39 vom 18. 7. 1939. Erlaß des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers vom 24. 7. 1939 Nr. 30 125 an die Industrie- und Handelskammern. Gewerbeausübung II.

[280] Schreiben der Industrie- und Handelskammer an den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister vom 8. 8. 1939.

[281] Der Polizeipräsident D 18 Nr. 3148/P, 12. 11. 1938. Regierungspräsidium Nordbaden, Generalia: Gewerbe und Handel, Verzeichnisse der jüdischen Gewerbebetriebe 1938.

[282] a. a. O. Der Polizeipräsident D 18 Nr. 3093 P, 27. 10. 1938.

nommen wurden, darf man die im Jahre 1938 offiziell in Mannheim erfaßten jüdischen Gewerbebetriebe als etwa den dritten Teil der im Jahre 1933 existierenden annehmen. Damit ist allerdings nichts über den Wert der einzelnen Betriebe gesagt. Die wichtigeren hatten die Entwicklung vorausgesehen und drangen spätestens im Jahre 1938 darauf, vor Erlaß entsprechender Verordnungen ihre Unternehmen umzugestalten. Ferner kann das für das Gebiet der Innenstadt ermittelte Zahlenverhältnis nicht auf das Hafengebiet übertragen werden. Dort gab es fast ausschließlich Betriebe, die keinen Publikumsverkehr hatten und daher erheblich weniger unter dem Boykott litten [283].

Das Ende der »Entjudung«

Ein Aktenvermerk über den Umfang der *Arisierungen* zeigt [284], daß in Baden von 1244 durch die Polizeipräsidien und Bezirksämter gemeldeten jüdischen Betrieben am 1. März 1939 nur 64 noch nicht eingegangen bzw. *arisiert* waren. Zu diesem Zeitpunkt war also die *Entjudung* im wesentlichen abgeschlossen. Die restlichen Unternehmen wurden, wie die Betrachtung der Einzelfälle in Mannheim zeigt, im Sommer 1939 abgewickelt oder *arisiert* [285].
Die *Grundstücksentjudung*, die nach Görings Willen an das Ende der *Gesamtarisierung* gestellt werden sollte [286], war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Gerade im Sommer 1939 herrschte in Mannheim nach anfangs schleppender Nachfrage [287] bei der Veräußerung jüdischer Grundstücke eine rege Tätigkeit. Diese scheint durch die Kriegsgefahr und entsprechendes Mißtrauen gegenüber der Stabilität der Währung hervorgerufen zu sein [288]. Die Überlastung der Behörden während des Krieges sowie die durch den Krieg bedingte Abwesenheit vieler Interessenten veranlaßten den Reichswirtschaftsminister, den Abschluß der »Zwangsentjudung des nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes« bis Kriegsende aufzuschieben [289].

---

[283] Ein Vergleich der Mannheimer Arisierung mit den in der »Jüdischen Rundschau« veröffentlichten und bei Genschel (S. 173 ff.) verwerteten Zahlen ist nicht möglich, da für ganz Mannheim keine Statistik aufzustellen ist, in der die vor dem November 1938 erfolgten Arisierungen zu erfassen sind.
[284] Aktenvermerk 17. 4. 1939, 16/67 – 13.
[285] Eine sehr späte »Arisierung« bzw. Abwicklung: Jüd. Vermögen, Einzelfälle; Meyer, Julius. Termin zur Abwicklung war der 31. 10. 1939. Es handelte sich um ein devisenbringendes, ausschließlich für den Export arbeitendes Unternehmen.
[286] Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring – Beauftragter für den Vierjahresplan St. M. Dev. 1763 g, 28. 12. 1938 – (mitgeteilt durch Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft VIII 25/39 g vom 13. 1. 1939; Senatsregistratur Bremen J 5).
[287] Der Polizeipräsident D 33 Nr. 1843, 5. 6. 1939, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Wolff, Rosel.
[288] Dieser Gedanke findet sich offen ausgesprochen im Gutachten des Kreiswirtschaftsberaters vom 28. 12. 1939. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; Schwager.
[289] Runderlaß III OS 10/20, 129/40 vom 6. 7. 1940 (AZ nicht eindeutig lesbar) Gewerbeausübung II.

Die erste Phase nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik war gekennzeichnet durch das Vorgehen örtlicher Instanzen gegen Juden. Zumeist widersprachen derartige Einzelaktionen den Anordnungen auch des nationalsozialistischen Staates. In der zweiten Phase traten diese Einzelaktionen aufgrund strenger Schutzmaßnahmen der Reichsregierung zurück, wenn es auch im Einzelfall zur stillschweigenden Duldung von langer Hand vorbereiteter und disziplinierter Boykottaktionen kam. Doch während dieser äußerlich herrschenden Ruhe bereitete sich die organisierte, auf dem Wege der Gesetzgebung vorangetriebene, Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft vor. Während der wilde Boykott zum Teil scharfe Reaktionen und Proteste im Ausland hervorrief [290], hoffte man bei »gesetzlichen« Maßnahmen auf eine weitgehende Billigung des Auslands, die für ein Grenzland, wie Baden es darstellte, besonders wichtig war. Diese Spekulation belegt nicht nur der bekannte Erlaß des Stellvertreters des Führers, der drohende Schilder verbot [291], sondern auch eine Stellungnahme des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums [292].

Einen ersten Hinweis auf eine von verantwortlichen Regierungskreisen zentralgelenkte Ausschaltung der Juden gibt die in Baden gebildete Kommission, die sich mit allen mit einer *Arisierung* zusammenhängenden Fragen zu befassen hatte. Im wesentlichen decken sich in dieser zweiten von uns ausgegliederten Phase nationalsozialistischer Herrschaft die Intentionen der badischen Zentralregierung und der Reichsregierung. Auch der Reichswirtschaftsminister hatte gegen in gewissen Grenzen erfolgende *Arisierungen* nichts einzuwenden [293].

Die dritte Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß die Reichsregierung nicht mehr mit der badischen Regierung gleichzieht oder gar – wie in der ersten Phase – hinter ihr zurückbleibt, sondern die judenfeindlichen Maßnahmen vonantreibt.

Ein erster für Mannheim nachweisbarer Fall ergab sich durch die Sonderstellung der Firma *Kallmann*. Seit dem März 1938 waren *Nichtarier* durch Verfügungen des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom Behördengeschäft ausgeschlossen worden [294]. Das *Kallmann-Unternehmen* hob jedoch letztmalig am 14. Juni 1938 darauf ab, daß es »zur Belieferung für öffentliche Arbeiten zugelassen« sei [295]. Das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium schützte das Unternehmen wahrscheinlich aufgrund dieser Anordnungen des zuständigen Reichsministers nicht mehr.

---

[290] Genschel S. 57 und die dort zitierten Quellen; Bracher, Sauer, Schulz S. 281.

[291] Rundschreiben Nr. 18/36 vom 29. 1. 1936, Gewerbeausübung I.

[292] Im Schreiben des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 29 324 vom 21. 7. 1938 betr. Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938, S. 4 f., heißt es: »Ich darf vertraulich bemerken, daß man für diesen Gedanken (die deutsche Wirtschaft von jüdischem Einfluß freizumachen) auch in Schweizer Wirtschaftskreisen weitgehendes Verständnis finden wird.«

[293] Vgl. oben S. 135.

[294] Vom 1. 3. 1938 Nr. IV 1134/38 und vom 18. 3. 1938 Nr. IV 2908/38.

[295] Schreiben an die Wirtschaftskammer für Baden abschriftlich in dem Schreiben der Kammer vom 22. 6. 1938. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

Vollends wird die Tendenz der Reichsregierung, über die Grenze dessen, was die badische Regierung für vertretbar hielt, hinauszugehen, deutlich am Beispiel der Mannheimer Gummiwarenfabrik *Hutchinson*. Das Unternehmen erschien zwar in den entsprechenden Verzeichnissen nicht als jüdisches Unternehmen, jedoch bestand eine gewisse Unsicherheit, ob die Fabrik als *arischer* Wirtschaftsbetrieb anerkannt würde [296]. Sowohl die Mannheimer Industrie- und Handelskammer als auch der *Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwest* wie der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister stimmten einer Anerkennung der Mannheimer Niederlassung als *arischem* Unternehmen zu [297]. Da die Firma ihren Hauptsitz in Paris hatte, mußte die Frage geklärt werden, ob auf derartige Unternehmen die deutsche *Rassen*gesetzgebung angewandt werden sollte. Wegen der mannigfachen Wirtschaftsverflechtungen des Grenzlandes Baden namentlich mit der Schweiz kam dieser Frage über den Mannheimer Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung zu. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister leitete die Frage an das Reichswirtschaftsministerium weiter [298].

Bis zum Erlaß der *Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* erging trotz intensiver Bemühungen des Unternehmens keine Stellungnahme des Reichsministers [299]. Unter dem Datum des 27. Juni 1938, also etwa zwei Wochen nach Erlaß der *3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz*, die festlegte, wann ein Betrieb als jüdisch, wann er als *arisch* anzusehen sei, teilte die Gummiwarenfabrik in einem erneuten Gesuch mit, daß die Pariser Aktiengesellschaft sich zu folgenden Zugeständnissen bereitgefunden habe [300].

Es wurden in der Mannheimer Niederlassung

1. die *Nichtarier* aus der Leitung und der Gefolgschaft entfernt,
2. ein reichsdeutscher Betriebsführer ernannt,
3. der Betrieb in Fühlungnahme mit dem *Reichstreuhänder der Arbeit* und der *DAF* nach Grundsätzen des Dritten Reichs ausgerichtet,
4. mit der Wahrnehmung der Interessen der Pariser Zentrale ein *arischer* Generaldirektor beauftragt, so daß der Einfluß des Pariser Verwaltungsrates (in welchem *Nichtarier* saßen) ausgeschaltet war.

Trotz dieser Zugeständnisse und der Befürwortung auch dieses Gesuchs durch das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium [301] verstand sich das Reichswirtschaftsministerium nicht zu einer Anerkennung des Mannheimer Unternehmens. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß »für die Beurteilung des Charakters von inländischen Niederlassungen ausländischer Unternehmen ... die Verhältnisse bei der ausländischen Gesellschaft wesentlich« seien [302]. Da dem Verwaltungsrat des Unternehmens jedoch mindestens zwei Juden angehörten, nach den Richtlinien des Reichswirtschaftsministers jedoch eine Aktiengesellschaft bereits als jüdisch ange-

[296] Richtlinien des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers im Erlaß vom 4. 1. 1938.
[297] Schreiben der Industrie- und Handelskammer Mannheim vom 21. 4. 1938.
[298] Schreiben vom 14. 4. 1938 Nr. 24 022, Gewerbeausübung I.
[299] Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938, RGBl. I, S. 627.
[300] Durchschrift in den Akten Gewerbeausübung I.
[301] Schreiben vom 1. 7. 1938 Nr. 28 495.
[302] Der Reichswirtschaftsminister 15. 7. 1938 Nr. III Jd. 871/38.

sehen werden sollte, wenn nur ein Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats nach den Gesetzen des Dritten Reichs als Jude zählte, wäre mit dieser Entscheidung das Schicksal des Unternehmens besiegelt gewesen. Das Reichswirtschaftsministerium regte an, der Geschäftsführer der Mannheimer Zweigniederlassung möge in Paris darauf hinweisen, daß der deutsche Zweig des Unternehmens wegen der Zugehörigkeit von Juden zum Pariser Verwaltungsrat für jüdisch erklärt werden würde, und aus diesem Grunde auf eine Überführung des Mannheimer Unternehmens in *deutsche* Hände hinwirken.

Gegen diese Einstufung nahm der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister entschieden Stellung. Er befürchtete nach dieser Entscheidung eine Welle von Beunruhigungen und Störungen. Bei der internationalen Kapitalverflechtung größerer Unternehmen war die Wahrscheinlichkeit bei jeder Firmengruppe gegeben, daß irgendwo im Vorstand oder Aufsichtsrat Juden vertreten waren.

Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister wies die badische Vertretung in Berlin an, bei den zuständigen Stellen auf eine unterschiedliche Behandlung in- und ausländischer Unternehmen hinzuwirken, die *Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz* also nicht auf ausländische Unternehmen anzuwenden [303].

Bei der Besprechung im Reichswirtschaftsministerium wurde den badischen Vorschlägen Rechnung getragen. Der zuständige Referent, der sich anfangs auf den Standpunkt stellte, daß die ausländischen Betriebe sich im Inland nach deutschem Recht, genau wie die deutschen Betriebe im Ausland sich nach ausländischem Recht richten müßten, erklärte sich damit einverstanden, »daß zur Zeit es genüge, wenn bei den in Frage kommenden ausländischen Betrieben deutschen Rechts die in Deutschland befindlichen Organe – ... – den geltenden Richtlinien« entsprächen [304].

Die Durchführung der »Arisierungen«

Genschel zeigt in seiner Studie »Die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«, zu welchen Entartungen persönlicher Bereicherung die an und für sich schon perfide *Arisierung* in Österreich oder namentlich im Gau Franken führte [305]. Die Überprüfung der Mannheimer Akten ergibt, daß es aufs Ganze

---

[303] Schreiben vom 21. 7. 1938 Nr. 29 324 (das Schreiben enthält eingehende Vorschläge, wie in den verschiedenartigen Industrieunternehmen »jüdischer Einfluß« in einer die deutsche Wirtschaft nicht schädigenden Form eliminiert werden könnte. Das Finanz- und Wirtschaftsministerium ging von der Annahme aus, daß es äußerst schwer sein würde, zuverlässige Feststellungen über die »Rasse«zugehörigkeit ausländischer Aktionäre und Unternehmer zu treffen. Ferner wurden die großen mit Schweizer Beteiligung geführten Unternehmen Badens (Maggi-Werke, Lonza-Konzern etc.) überdies meist mustergültig und in sozialer Hinsicht nach nationalsozialistischen Grundsätzen geführt. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister urteilte jedoch, daß die Schweizer Unternehmer diese Betriebe weit eher stillegen würden, anstatt sie zu veräußern.

[304] Badische Staatskanzlei, Außenstelle Berlin, 18. 8. 1938 Nr. 1037. Auf Erlaß vom 21. 7. 1938 Nr. 29 324, Gewerbeausübung I.

[305] Genschel S. 240 ff.

gesehen derartige krasse persönliche Bereicherungen infolge einer fachgerechten Überwachung von seiten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums nicht gab.
Die *Arisierungen* verliefen in den Bahnen, wie sie der Reichswirtschaftsminister vorgesehen hatte.
Parteigenossen bedurften vor einer Erwerbung der Zustimmung der Gaugeschäftsführung, um Bereicherungen dieses Personenkreises auszuschließen [306]. In Mannheim ist nicht nur keine Bereicherung von Parteigenossen über das allgemeine Maß hinaus, d. h. daß man gelegentlich Kaufobjekte zu günstigen Bedingungen erhielt, nachzuweisen. Im Einzelfall erwies sich die Überwachung von zwei Parteigenossen durch das Gaurechtsamt geradezu als Hindernis im Wettbewerb um einen Betrieb. Sie konnten nicht so frei bieten wie der konkurrierende Bewerber, da sie sonst ein Parteigerichtsverfahren auf sich gezogen hätten, und unterlagen im Wettbewerb [307].

2. Wichtigere Maßnahmen gegen Juden oder jüdische Habe, die vorwiegend von staatlichen oder städtischen Instanzen durchgeführt wurden

Die städtische Judenpolitik

Eine Betrachtung der städtischen Mannheimer Judenpolitik orientiert sich am besten an dem im Jahre 1938 zusammengestellten Verwaltungsbericht der Stadt Mannheim [1]. Er berichtet zwar nur das, was die damaligen Amtsträger der Öffentlichkeit mitteilen wollten. Diese Mitteilungen können aber durch bruchstückhafte Funde ergänzt werden.
Um das antisemitische Parteiprogramm in der kommunalen Verwaltung durchführen zu können, mußte man die Schlüsselpositionen durch bewährte Parteigenossen besetzen. Nach der turbulenten Flaggenhissung auf dem Mannheimer Rathaus [2] im Anschluß an die Reichstagswahl vom 5. März 1933 »verschwand« – wie der Verwaltungsbericht sich doppeldeutig ausdrückt – »zunächst der SPD-Oberbür-

---

[306] Z. B. Erwerb des Anwesens der Ressource-Gesellschaft durch den Mannheimer Ratsherrn PG Otto Köhler: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle. – Die Behauptung, daß sich das gesellschaftliche Leben der jüdischen Gemeinde vor allem (außer im »Liederkranz«) in der Ressource-Gesellschaft abspielte (Hundsnurscher und Taddey S. 194), bestätigt sich bei einer Überprüfung der Quellen nicht. Die Ressource-Gesellschaft blieb daher S. 31 ff. unberücksichtigt.
[307] Arisierung der Gesellschaft für Feinmechanik, Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Schreiben des Gauwirtschaftsberaters vom 5. 4. 1939, S. 4.
[1] »Die Stadtverwaltung Mannheim im Jahrfünft 1933–1937.«
[2] Zur Flaggenhissungsaktion in Baden vgl. H. Rehberger S. 90 ff.; über die Flaggenhissung in Mannheim orientieren eingehend die Ausgaben der NMZ vom 6. 3. 1933 ff. – Darüber hinaus Durchschriften der Aussage der Vorzimmerbeamten des Oberbürgermeisters vor der Kriminalpolizei S 1/1196.

germeister« [3]. Der Polizeipräsident setzte am 15. März zwei Parteigenossen, den Mannheimer Fabrikanten und Reichstagsabgeordneten Otto Wetzel und Carl Renninger als Kommissare ein. Renninger ließ sich im Mai 1933 zum Oberbürgermeister wählen.

Zu den Kommissaren heißt es im Verwaltungsbericht [4]: »Wir Kommissare sind befugt, mit starker Hand durchzugreifen und fest entschlossen, den neuerwachten Geist des deutschen Volkes auch in der Stadtverwaltung Mannheim durchzusetzen«. Als »erste Aufgabe« der Kommissare bezeichnet der Verwaltungsbericht, »alle Nichtarier, Parteibuchbeamten und politisch Unzuverlässigen restlos aus ihren Dienststellen zu entfernen«. Somit nahmen die Kommissare sogleich nach ihrer Einsetzung zahlreiche Beurlaubungen vor, denen nicht nur Juden, sondern auch »Kulturbolschewisten«, »Judenfreunde« und Angehörige anderer politischer Richtungen zum Opfer fielen [5].

Unter den Beurlaubten und später aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* Entlassenen befanden sich nicht nur um die Stadt Mannheim hoch verdiente Persönlichkeiten [6], sondern auch über die Grenzen Mannheims hinaus bekannte Wissenschaftler. Besonders schmerzlich mußte Wissende die Schließung des als »Judendomäne« gescholtenen Hormonforschungsinstituts der Städtischen Krankenanstalten berühren, das von Ernst Josef Lesser zu hoher Bedeutung geführt worden war und seit 1928 von Professor Siegfried Löwe mit Erfolg geleitet wurde [7].

Aus Presseveröffentlichungen jener Tage geht ferner hervor, daß die Kommissare die Vergabe von Mandaten der Stadt an jüdische Rechtsanwälte unterbanden, Juden wenn irgend möglich städtische Aufträge entzogen und jüdische Ärzte nicht mehr wie bisher bei der Mütterberatung wirken ließen [8]. Als der Erlaß des Badischen Ministers des Innern – *Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung* – [9], der die Beurlaubung aller »im badischen Staatsdienst, in Staatsbetrieben, in Gemeinden, Gemeindebetrieben und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften beschäftigten Angehörigen der jüdischen Rasse« zur Pflicht machte, erging, waren in Mannheim neben einigen Beschäftigten des Nationaltheaters nur noch etliche jüdische Beschäftigte der Handelsschule zu beurlauben [10]. Das ganze Ausmaß der nicht ausschließlich im Frühjahr 1933 durchgeführten judenfeindlichen Maßnahmen

---

[3] Verwaltungsbericht S. 41.

[4] S. 42.

[5] Berichte darüber HB 20. 3. 1933; HB 22. 3. 1933; HB 25. 3. 1933.

[6] Z. B. Rosa Grünbaum, die Begründerin des Mannheimer Fröbelseminars. Die städtischen Akten zu dieser Institution sind vernichtet. Es befinden sich jedoch anläßlich der staatlichen Überwachung der Kindergärtnerinnenprüfungen erwachsene, aufschlußreiche Akten beim Oberschulamt Nordbaden. – Vgl. hierzu auch HB 18. 3. 1933.

[7] Z. B. wurden dort durch E. Lesser wichtige Vorarbeiten zur Entdeckung des Insulins geleistet. HB 23. 3. 1933. Professor Siegfried Löwe wirkte daraufhin ein Jahr in Istanbul und von 1935 an bis zu seinem Tod in den USA. Vgl. R. Ammon, S. 29 ff.

[8] HB 27. 3. 1933.

[9] Nr. 34 953 GLA 234/4052; Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 81 vom 5. 4. 1933.

[10] HB 10. 4. 1933; Kündigung HB 24. 4. 1933.

der Stadtverwaltung – wobei wir allerdings nicht sicher sein können, ob nicht bis 1938 weitere, hier verschwiegene Sondermaßnahmen durchgeführt wurden – zeigt der Verwaltungsbericht, wenn er mitteilt [11]: »Der Verkehr der städtischen Stellen mit Juden wurde eingestellt. Die jüdischen Firmen wurden von der Vergebung städtischer Arbeiten ausgeschlossen. Miet- und Pachtverträge der Stadt mit Juden wurden aufgelöst (auch Theatermieten). Die Kreditgewährung an Juden durch die Städt. Sparkasse wurde gesperrt. In die städtischen Heime werden Juden nicht mehr aufgenommen. Von der städtischen Fürsorge erhalten Juden nur die gesetzlichen Richtsätze. Die Benutzung sonstiger Einrichtungen, der städtischen Bäder, des Stadions usw. ist den Juden verboten [12]. Für die Zulassung von Juden an deutschen Schulen und die Gewährung etwaiger Steuervergünstigungen gelten die staatlichen Grundsätze [13]. Die städtischen Büchereien und Sammlungen wurden bereinigt [14]. Die jüdischen Straßennamen wurden beseitigt [15]. Den städtischen Bediensteten ist es zur Pflicht gemacht, nicht mit Juden zu verkehren [16], nicht bei Juden zu kaufen [17], sich auch nicht jüdischer Rechtsanwälte zu bedienen oder von jüdischen Ärzten behandeln zu lassen [18].«

Der Verwaltungsbericht hebt selbst die enge Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den verschiedenen Parteigremien hervor. Die Bestellung der Kommissare und die Einstellung des besoldeten Stadtrats und Alt-Parteigenossen Ludwig Hofmann zur Unterstützung des Oberbürgermeisters sicherten der Partei die Berücksichtigung ihrer Belange [19].

Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gremien soll im allgemeinen gut gewesen sein. Da Zeugnisse fehlen und die mündlichen Aussagen einander wider-

---

[11] S. 43.

[12] Im Stadtratsprotokoll vom 18. 7. 1935 heißt es, daß zur Vorbeugung, d. h. um ähnliche Vorkommnisse wie im Herweckbad auszuschließen, in Übereinstimmung mit dem Mannheimer Polizeipräsidenten in sämtlichen Bädern Tafeln angebracht seien, die den Juden das Betreten verbieten. (Einzelkabinen durften die Juden benutzen; ebenso das Bad der Städt. Krankenanstalten. Vgl. hierzu Stadtratsprotokolle 1938, S. 91 g »Benützung des Krankenhausbades durch Juden«. Verbot der Benützung des Krankenhausbades durch einen schwerkriegsbeschädigten jüdischen Professor: Der Oberbürgermeister 5. 8. 1938, 16/67 – 24).

[13] Siehe oben S. 76.

[14] D. h. Werke jüdischer und »weltanschaulich nicht tragbarer» Autoren wurden ausgeschieden. Im einzelnen zu dieser Maßnahme: Verwaltungsbericht S. 72.

[15] Stadtratsprotokolle 1934 S. 1272. Erst das HB 4. 8. 1938 berichtet von einem Erlaß des Innenministeriums, daß jüdische Straßennamen – soweit noch nicht geschehen – zu entfernen seien. Zur Umbenennung des Herschelbads und der diesbezüglichen Anfrage beim Deutschen Gemeindetag: Stadtratsprotokolle 1945, S. 56 ff. Umbenennungen jüdischer Stiftungen erfolgten erst im Jahre 1940; Stadtratsprotokolle, S. 23, k.

[16] Erlaß des Oberbürgermeisters vom 10. 9. 1935, 16/67 – 4.

[17] Siehe oben S. 116. – Erste Empfehlung durch Erlaß vom 27. 3. 1933, der einen entsprechenden Erlaß des Badischen Staatsministeriums vom 25. 3. 1933 weitergab.

[18] Überwachung und Einvernahmen gesammelt bei 16/67 – 4.

[19] Der städtische Bauamtmann Ludwig Hofmann wurde am 18. 7. 1933 zum besoldeten Stadtrat gewählt. Ihm oblagen die Unterstützung des Oberbürgermeisters, das Personalwesen, Wohlfahrts- und Jugendpflege, Sozialversicherung, Arbeitsvermittlung, Luftschutz und Vierjahresplan.

sprechen oder lückenhaft sind, erscheint es müßig, der Frage nachzugehen, welche der an judenfeindlichen Maßnahmen beteiligten Stellen der Treiber war, ob die *DAF*, die *NS-Hago*, das Polizeipräsidium, die Industrie- und Handelskammer oder irgendein hochstehender Parteigenosse. Es kann nur immer wieder festgestellt werden, daß sich wirkliche Helfer, d. h. Männer, die den Juden geholfen hätten, Ungerechtigkeiten abzuwehren, in einflußreichen Stellungen kaum fanden, da sie zumeist 1933 sogleich entfernt worden waren. Heinrich Kronstein, der als Mannheimer Rechtsanwalt besonders in der Zeit nach der *Machtergreifung* auf allen Gebieten für Verfolgte tätig war, gibt an, daß es bei den für Mannheim zuständigen Behörden keine einflußreiche Persönlichkeit gab, die bereit gewesen wäre, sich so einzusetzen, wie dies einzelne Karlsruher Herren taten [20].

Für den kommunalen Bereich ergibt sich, daß gleich 1933 die beiden maßgebenden Posten mit treuen Parteigenossen besetzt wurden: Carl Renninger als Kommissar und ab 15. Mai 1933 als Oberbürgermeister besaß alle Vollmachten, die städtische Politik in seinem Sinne zu lenken. Dem für die Durchführung der antisemitischen Politik in den ersten Jahren nach 1933 besonders wichtigen Personalwesen stand der sogleich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten unter zweifelhaften Umständen zum besoldeten Stadtrat »gewählte« Bauamtmann Ludwig Hofmann vor.

So erhält die Haltung dieser beiden Politiker, auch ohne daß die Machtverhältnisse hinter den Kulissen geklärt werden können, entscheidende Bedeutung. Die wenigen erhaltenen Erlasse und Akten enthalten einige Hinweise, die Bürgermeister Renninger als konsequenten Antisemiten ausweisen. Bereits Anfang 1933 waren die Nationalsozialisten um die Beseitigung der *Neuen Badischen Landeszeitung* bemüht. Alle Versuche, dieses angesehene in jüdischem Besitz befindliche Blatt in annehmbarer Form weiterbestehen zu lassen, scheiterten an dem Willen der Partei und dem Wahlspruch des um seine Hilfe gebetenen Oberbürgermeisters: »Jud bleibt Jud« [21]. Die innere Einstellung des in der Stadtverwaltung maßgebenden Mannes wird wohl am besten beleuchtet durch die kurzen Sätze der Stadtratsprotokolle. Diese vom Oberbürgermeister stets durchgesehenen und abgezeichneten Niederschriften tun kund, daß er schon 1935 mit der Israelitischen Gemeinde wegen der Veräußerung des Friedhofs in F 7 in Verbindung getreten war, ohne daß zu diesem Zeitpunkt bereits ein dringendes Interesse der Stadt vorgelegen hätte. Da es Juden jedoch aufgrund ihrer Religionsgesetze verboten ist, Friedhöfe aufzugeben, drohte der Oberbürgermeister, im Weigerungsfalle in Berlin die Frage aufzurollen, ob nicht alle alten Judenfriedhöfe in Deutschland verschwinden sollten. Ein schwererer moralischer Druck ist wohl kaum denkbar [22].

---

[20] Wobei er allerdings zwei Beschäftigte des Mannheimer Polizeipräsidiums ausnimmt.

[21] Der Spruch als Redewendung Renningers schriftlich wiedergegeben in Akten EK 8980, Schreiben des an den Verhandlungen beteiligten Fritz Knapp vom 16. 3. 1953.

[22] Stadtratsprotokolle 1935 S. 118 o. Neben anderen bereits erwähnten antijüdischen Entscheidungen der Stadtverwaltung spricht noch das Verbot für außerhalb Mannheims wohnende Schüler, die Mannheimer jüdische Schule zu besuchen, für die dogmatisch-antisemitische Haltung des Oberbürgermeisters. Ebenso lehnte der Oberbürgermeister die Verlegung

Dagegen besagt es nicht viel, wenn mündlich überliefert ist, daß Oberbürgermeister Renninger sich des öfteren mit Parteidogmatikern, auch mit dem für das Personalwesen zuständigen besoldeten Stadtrat Hofmann, überworfen habe. Selbst wenn er vielleicht nicht um alle einzelnen Anordnungen und Einvernahmen, beispielsweise wegen der Konsultation jüdischer Ärzte durch städtische Bedienstete, wußte, so hat er doch zweifellos die in seinem Auftrag ergangenen generellen Anordnungen gekannt.

Streit mit Parteiextremisten braucht noch kein anständiges Verhalten den Juden gegenüber auszudrücken. Rein wirtschaftliche und verwaltungstechnische Gesichtspunkte konnten in Einzelfällen sogar in der Judenpolitik Zurückhaltung geboten erscheinen lassen. Der einzige aktenmäßig belegte Fall, in dem der Oberbürgermeister einer von Partei und *Hakenkreuzbanner* vorgetragenen antijüdischen Attacke entgegentritt, gibt dafür ein Beispiel. Obgleich die Partei gegen die Reklameaufdrucke der jüdischen Firma *Metzger & Oppenheimer* auf der Rückseite der OEG-Fahrscheine Stellung nahm, stellte der Oberbürgermeister fest, daß angesichts der wirtschaftlichen Notlage der OEG ein Verzicht auf derartige Aufdrucke leider nicht möglich sei [23]. Selbst wenn man unterstellt, daß ihm drängende Extremisten die eine oder andere antisemitische Äußerung und im angeführten Falle taktische Überlegungen das »leider« entlockten, so bleiben doch genug Fälle, in denen er auch gegen behördliche Wünsche eine dogmatisch antisemitische Position einnahm.

Spätestens während der Pogrome im November 1938 hätte ein gerecht denkender Kommunalpolitiker sich distanzieren müssen, wie es beispielsweise der Mannheimer *Kreisleiter* Schneider tat, ohne allerdings weitere Konsequenzen zu ziehen [24]. Ein anderer hoher Parteiführer in Mannheim zeigte sich später zu einer Distanzierung bereit. Er lehnte eine weitere Beförderung innerhalb der Parteihierarchie ab, stellte schließlich alle Ämter zur Verfügung und trat während des Krieges wieder in die Kirche ein, der er nicht mehr angehört hatte [25].

Der Arbeitseinsatz von Juden

Der NS-Staat hatte mit der *Arisierung* jüdischer Unternehmen, entgegen früheren Beteuerungen, den Juden jede Arbeits- und Lebensmöglichkeit in Deutschland genommen [26]. Die arbeitsfähigen Juden sannen dementsprechend darauf, in ein anderes Land zu ziehen. Für diejenigen, die wegen der Einwanderungsbeschränkungen aller für sie in Frage kommenden Länder in Deutschland bleiben mußten, hatte der NS-Staat die entsprechenden Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen.

---

siecher badischer Juden in das Altersheim B 7,3 im Jahre 1942 ab. Siehe Schreiben des Karl (Israel) Eisemann an die Staatspolizeileitstelle Karlsruhe 7. 4. 1942, 17/67 – 5.

[23] Schreiben des Oberbürgermeisters an die Kreisleitung Mannheim vom 29. 8. 1933.

[24] Siehe S. 202, beachte auch *Dok. 163.*

[25] Einzelheiten in Akten der Staatsanwaltschaft I KLs 12/49.

[26] Siehe S. 111 ff.

Von der Sicht dieses Staats her ergab sich damit eine höchst unbefriedigende Situation: er war verpflichtet, diesem Teil seiner Bürger, denen er die Möglichkeit zur Arbeit nahm, trotzdem aufgrund versicherungsrechtlicher Bestimmungen einen Lebensunterhalt zu gewähren. Diesem »Übelstand« abzuhelfen blieben ihm zwei Wege: entweder er revidierte seine Haltung dieser Minderheit gegenüber und gab ihr doch in einer von ihm für vertretbar gehaltenen Form Gelegenheit, den Lebensunterhalt zu verdienen, oder aber – die weder von der Mehrheit der *Arier* noch der *Nichtarier* geahnte oder für möglich gehaltene Lösung – er nahm den Bürgern, die kein anderes Land aufnahm, die letzte Lebensmöglichkeit.

Im Jahre 1938 vollendete sich mit der *Arisierung* die Verdrängung der Juden aus jeglicher Erwerbstätigkeit, die bereits 1933 mit der Entfernung aus dem Beamtentum begonnen hatte. Folglich wurde das Problem einer Unterstützung arbeitsloser Juden erstmals im Herbst 1938 aufgeworfen. Der Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland forderte am 20. Oktober 1938 in einem vertraulichen Schreiben die Leiter der nachgeordneten Arbeitsämter auf, einen »Überblick über die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten arbeitslosen Juden und ihre altersmäßige und berufliche Gliederung« zu geben [27]. Ferner sollten die Leiter der Arbeitsämter berichten, »welche Einsatzmöglichkeiten für arbeitslose Juden in ihrem Bezirk sich ergeben«. Der nationalsozialistische Staat wollte also zu diesem Zeitpunkt die Juden noch beschäftigen, jedoch war nach Meinung des Präsidenten »davon auszugehen«, daß für einen Einsatz von arbeitslosen Juden »grundsätzlich nur solche Arbeiten in Betracht kommen, bei denen die Juden in kleineren oder größeren Gruppen eingesetzt werden können, ohne daß sie bei der Arbeit mit nichtjüdischen Kräften in Berührung kommen«. Von dieser diskriminierenden Bedingung bis zur Zwangsarbeit im Konzentrationslager war kein weiter Schritt. Die das Risiko des Krieges einkalkulierende Reichspolitik brauchte sich, wie die Novemberpogrome gezeigt hatten, keine außenpolitischen Rücksichten mehr aufzuerlegen. So darf es nicht überraschen, wenn der Leiter des Mannheimer Arbeitsamts in seinem Schreiben vom 26. Oktober 1938, die angestrebten Maßnahmen richtig erfassend, antwortet [28]: »Einsatzmöglichkeiten für Juden in größeren oder kleineren Gruppen im Bezirk sind nicht vorhanden. M. E. müssen dazu erst besondere Lager geschaffen werden«. Des weiteren regte er an, Juden vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung allgemein auszuschließen, da sie nicht mehr »vermittlungsfähig« seien. Doch war der Leiter des Mannheimer Arbeitsamts mit diesem Vorschlag der Entwicklung ein wenig voraus. Er verwirklichte zwar die Absonderung der Juden in seinem Dienstbereich, indem er, dem Vorschlag eines Abteilungsleiters folgend [29], besondere Kontrollzeiten für die in den wichtigsten Abtei-

[27] Nr. 790, Arbeitsamt Mannheim 5431 A zurückgehend auf den Runderlaß des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung II 5431/36 vom 19. 10. 1938.

[28] Arbeitsamt Mannheim Nr. 5431 A.

[29] In einem internen Schreiben vom 26. 10. 1938 hatte die Abteilung Angestellten-Vermittlung, »um aus den jüdischen Provozierungen heraus sich ergebende Weiterungen zu vermeiden«, angeregt, »für die in sämtlichen Abteilungen gemeldeten Juden gesonderte Kontrollzeiten in einem gesonderten Raum einzuführen«.

lungen gemeldeten arbeitslosen Juden einführte [30]. Der Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland wies dann Ende November 1938 den Leiter des Mannheimer Arbeitsamts an, »im Benehmen mit den Ortsbehörden und Parteidienststellen den Einsatz« der 56 in Mannheim arbeitslos gemeldeten sowie der aus Fürsorgemitteln unterstützten Juden vorzubereiten [31]. Der Präsident des Landesarbeitsamtes stellte als Beispiel für einen organisierten Arbeitseinsatz die Stadt Stuttgart hin. Dort war es durch eine Vereinbarung mit dem Oberbürgermeister gelungen, alle Juden unterzubringen, so daß sie aus der Unterstützung ausschieden. In Mannheim jedoch gelang es dem Arbeitsamt weder in Zusammenarbeit mit der *DAF* noch mit dem Fürsorgeamt oder der Stadt, die Arbeitslosen zu beschäftigen [32]. Auch nachdem der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die beteiligten Reichsministerien gebeten hatte, »die Unternehmer der privaten Wirtschaft auf die Notwendigkeit der beschleunigten Heranziehung der Juden zur Arbeit und der Bereitstellung entsprechender Arbeiten nachdrücklich hinzuweisen« [33], kam es in Mannheim zu keiner Vermittlung.
Worauf die besondere Zurückhaltung der vom Arbeitsamt Mannheim angesprochenen Stellen zurückzuführen ist, läßt sich nicht schlüssig belegen. Für die verantwortlichen Kräfte bei der Stadt Mannheim und den Parteistellen mag der Wunsch, den Juden jede Existenzmöglichkeit zu nehmen, bestimmend gewesen sein. Stärker scheint aber die Ablehnung in der Mannheimer Bevölkerung gegenüber derartigen Maßnahmen gegen die Juden, die sich bereits bei den Ereignissen der Kristallnacht gezeigt hatte, auf die Haltung der maßgebenden Stellen eingewirkt zu haben. Eine Bestätigung dieser Vermutung gibt ein Bericht des Leiters des Mannheimer Arbeitsamtes vom 13. Januar 1939, in welchem er ausführt, daß sich »Maßnahmen innerhalb oder in der Nähe einer Großstadt ... zum Einsatz von Juden nicht eignen« und nochmals anregt, »im Lande Baden die arbeitslosen einsatzfähigen Juden in einem Lager (...) zur Arbeit zusammenzufassen« [34]. Erst Ende Mai 1939 gelang es dem Arbeitsamt Mannheim, 35 jüdische Arbeitskräfte am Autobahnabschnitt Mannheim-Sandhofen an einen Frankfurter Bauunternehmer zu vermitteln. Als jedoch ein Erlaß des Generalinspekteurs für das deutsche Straßenwesen feststellte, daß der »Einsatz von Juden bei den Reichsautobahnen ... mit dem Ansehen, das den Reichsautobahnen als den ›Straßen des Führers‹« zukomme, nicht in Einklang zu bringen sei [35], wurden die Mannheimer Juden an den von der Stadt Mannheim

---

[30] Aktenvermerk vom 4. 11. 1938 betr. Kontrollzeiten für Juden, Arbeitsamt Mannheim 5431 A.

[31] Arbeitsamt Mannheim Nr. 5331, 26. 11. 1938.

[32] Siehe Bericht an den Präsidenten des Landesarbeitsamts vom 3. 12. 1938, Arbeitsamt Mannheim.

[33] Geschäftszeichen II, 5431/59; 20. 12. 1938. Abschrift, Arbeitsamt Mannheim 5431 A.

[34] Arbeitsamt Mannheim 5431 A; in einem internen Bericht der Abteilung II a des Arbeitsamts Mannheim aus dem Mai 1939 heißt es: »Meine Bemühungen, die gemeldeten arbeitslosen jüdischen Angestellten abgesondert von der arischen Gefolgschaft in anderen Berufen zum Einsatz zu bringen, scheiterten durchweg an der Ablehnung der Betriebsführer.«

[35] Nr. 6541–10 A 43, 22. 6. 1939 zum Schreiben vom 19. 5. 1939 – Va 5431/40 – Abschrift,

veranlaßten Bau einer Umgehungsstraße überführt [36]. Ein Mannheimer Tiefbauunternehmen zeigte sich bereit, die Juden zu beschäftigen.
Die Vermittlung einzelner Juden in Betriebe, die möglich gewesen wäre, wenn die Juden nicht mit anderen Personen in Berührung gekommen wären, scheiterte am Widerstand der *DAF*. Die letzten noch in einzelnen Privatbetrieben beschäftigten *Nichtarier* wurden 1943 auf Drängen der *DAF* entlassen [37]. Während des Krieges wurden dann die in Mannheim verbliebenen Juden und »wehrunwürdigen« *Mischlinge* bzw. die in *Mischehen* lebenden *arischen* Arbeitskräfte entweder zur *Organisation Todt* eingezogen und bei Straßenbau oder Schanzarbeiten zumeist am Westwall eingesetzt oder aber in Mannheim auf der Friesenheimer Insel mit Müllabladearbeiten beschäftigt [38].

Die Verdrängung der Rechtsanwälte und Ärzte aus ihren Berufen

Die Nationalsozialisten verfolgten einige Berufsstände mit besonderer Verbissenheit und trieben deren Entrechtung etwa im Gleichschritt mit der Verdrängung jüdischer Beamter voran. Diese Berufsstände, oft als »Domänen des Juden« verschrien, waren:

die Rechtsanwälte (Notare, Steuerberater),
die Ärzte,
die Handelsvertreter, Makler etc.

Die Rechtsanwälte und Ärzte besaßen im Rahmen des Mannheimer gesellschaftlichen und politischen Lebens größere Bedeutung [39].
Die beim Landgericht Mannheim zugelassenen Rechtsanwälte erfreuten sich eines über die engeren Grenzen der Stadt hinausreichenden Ansehens. Einmal herrschte, aufs Ganze gesehen, innerhalb der Berufsgruppe eine gute Kollegialität, die besonders durch den Mannheimer Anwaltsverein gepflegt wurde [40], zum andern gehörten der Mannheimer Anwaltschaft über die Grenzen der Stadt hinaus bekannte Persönlichkeiten an, bekannt sowohl als Politiker wie auch als Gelehrte. Unter den *rassisch* verfolgten Anwälten und Sozietäten sind mehrere besonders hervorzuheben.
Max Hachenburg genoß als Wissenschaftler einen außerordentlichen Ruf. Er hatte sich außerdem im Reichswirtschaftsrat betätigt [41]. Einer seit der Neubesied-

---

Arbeitsamt Mannheim. Der Präsident des Landesarbeitsamts verpflichtete in seinem Erlaß vom 18. 8. 1939 die nachgeordneten Ämter, die Juden »bevorzugt bei Meliorationsarbeiten einzusetzen«.
[36] Interner Bericht der Abt. II a vom Juni 1939.
[37] Beispiele Arbeitsamt Mannheim 5431.
[38] Zu den Arbeitsbedingungen auf dem Müllabladeplatz siehe EK 8877, Nathan.
[39] Hierzu Walter Koehler, S. 31 f.
[40] Register VR 11, 38; Ersteintrag 10. 8. 1928. Gelöscht am 23. 5. 1934 auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom 29. 12. 1933.
[41] M. Hachenburg, S. 309 ff.

lung Mannheims nach dem Dreißigjährigen Krieg in der Stadt ansässigen Familie entsprossen [42], hatte er ihr auch die Treue gehalten, als ihn ehrenvolle Rufe von auswärts (z. B. die Bitte, als Rechtsanwalt beim Reichsgericht tätig zu werden) erreichten [43]. Erst 1938 entschloß er sich unter dem Druck der Verhältnisse, seine Vaterstadt zu verlassen.

Das Anwaltsbüro des Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann führte zum Zeitpunkt der *Machtergreifung* sein Sozius Anton Lindeck. Er hatte, während Bassermann sich wesentlich mit politischen Fragen beschäftigte, die Praxis ausgebaut. Als Spezialist auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt betreute er eine weit über die engeren Grenzen Mannheims hinausreichende Klientel. Er wurde, nachdem die Praxis auf einen Bruchteil ihres früheren Umfangs geschrumpft war, durch Verfügung des Reichsministers der Justiz vom 22. Juli 1944 »zur Ruhe gesetzt« [44].

In vielen öffentlichen Ämtern und Gremien sowie als badischer Landtagsabgeordneter bewährte sich der Rechtsanwalt Florian Waldeck. Er überlebte Krieg und Vernichtung in Belgien. Dort konnten ihm Mannheimer helfen. Sie gaben an, daß er in *Privilegierter Mischehe* lebte und ließen Sendungen für den Verfolgten über die eigene Feldpostnummer laufen [45].

Ein in Mannheim bekannter Anwalt und Strafverteidiger war der Führer der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion Franz Hirschler. Als einer der entschiedensten Opponenten der Nationalsozialisten, insbesondere aber aus persönlichen Gründen, mußte er sofort nach der *Machtergreifung* nach Saarbrücken fliehen [46].

Neben diesen hier namentlich aufgeführten, z. Z. der Verfolgung über Mannheims Grenzen hinaus bekannten Anwälten waren am 1. Januar 1933 nicht weniger als 73 Anwälte am Landgericht Mannheim zugelassen, die durch die *Rasse*vorstellungen der Nationalsozialisten benachteiligt wurden [47]. Diese stellten dann eine wesentliche Hilfe für die israelitische Gemeinde dar. Da sie in ihrer ursprünglichen Berufsausübung behindert waren, konnten sie ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen den einzelnen Gemeindegliedern oder der Gemeinde selbst – gelegentlich durch Übernahme wichtiger Ämter – zur Verfügung stellen. Bekannt geworden ist solche Tätigkeit durch Akten und Zeugnisse von Zeitgenossen, besonders von den

---

[42] Vgl. B. Rosenthal: Die Familie Hachenburg in Mannheim (unveröffentlichtes Manuskript aus dem Jahre 1934). D 9 – 5 H.

[43] M. Hachenburg, S. 14. – W. Koehler: Zum Gedenken an Max Hachenburg, Deutsche Juristenzeitung Nr. 19 vom 7. 10. 1960, S. 612 f.

[44] Zu diesem ganzen Problemkreis wurden dem Verfasser wichtige Auskünfte vom derzeitigen Leiter der Karlsruher Rechtsanwaltskammer Dr. W. Koehler und vom früheren Leiter Dr. K. Ludwigs erteilt. Im einzelnen geben die Wiedergutmachungsakten EK 7113 Lindeck gute Hinweise,

[45] Siehe Akten EK 783 Waldeck.

[46] Der SA-Standartenführer Feit verfolgte Hirschler mit besonderem Haß, weil dieser die Ehefrau Feit im Scheidungsprozeß vertreten hatte. Über dessen Aufenthalt und Flucht EK 7000/A besonders Schriftsatz vom 20. 5. 1950. Ein von Franz Hirschler verfaßter Bericht »Flucht aus Frankreich (Mai–August 1940)« unter D 9 – 5 H im Stadtarchiv.

[47] Nach den Unterlagen der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe zusammengestellt von Dr. W. Koehler. Erfaßt wurden alle »Nichtarier«, d. h. auch sogenannte »Vierteljuden« und jüdisch versippte Anwälte.

Anwälten G. Bachert [48], K. Kauffmann, H. Kronstein, R. Selig und O. Simon. Die Tätigkeit des Mannheimer Rechtsanwalts Heinrich Kronstein verdient besondere Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu manchen seiner Kollegen erkannte er sogleich 1933 den Nationalsozialismus in seiner ganzen Konsequenz und wandte sich in Verbindung mit der jüdischen Gemeinde in einer über die Grenzen Mannheims hinausreichenden Tätigkeit gegen Benachteiligungen israelitischer Arbeitgeber und Arbeitnehmer [49].

In Mannheim führte der Nationalsozialismus sein *Rassen*programm im Kampf gegen Juristen »maßvoll« durch. Die Juristen im Staatsdienst wurden infolge der entsprechenden Gesetze und Verordnungen zur Ruhe gesetzt [50]. Außergesetzliche Aktionen, wie sie von Breslau berichtet werden, sind aus Mannheim nicht bekannt [51]. Das erste gegen die Rechtsanwälte gerichtete *Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933* [52] wurde überdies zurückhaltend angewandt.

Das *Hakenkreuzbanner* berichtet nur von vier Mannheimer Anwälten, deren Zulassung zurückgenommen wurde [53]. Im übrigen scheinen sich die turbulenten Ereignisse der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten kaum ausgewirkt zu haben. Abgesehen von einem Mannheimer Rechtsanwalt [54] berichten alle anderen nur von den Boykottposten am 1. April 1933. Übergriffe, wie sie beispielsweise im benachbarten pfälzischen Landgerichtsbezirk Frankenthal vorkamen, sind aus Mannheim bisher nicht bekannt geworden. Dort hatten zwei SA-Männer den Rechtsanwalt Dr. Karl Schulz im Gerichtsgebäude verhaftet. Dieser besaß mit Abstand die größte Praxis Frankenthals und, wie J. Gentil meint, der gesamten Pfalz [55]. Die SA hielt Dr. Schulz in einem Keller solange in Haft, bis er auf seine seit dem Jahre 1901 bestehende Zulassung zur Anwaltschaft verzichtete und einem »Abkommen« mit der Kammer zustimmte, demzufolge er sich einem jungen Parteigenossen als Liquidator zu unterstellen hatte [56].

---

[48] Gustav Bachert war zudem von 1933 bis 1938 »Sprecher« der jüdischen Kollegen.

[49] Siehe S. 129. – Über diese Tätigkeit siehe H. Kronstein, S. 136 ff.

[50] Vgl. H. Marx, S. 19 ff.

[51] H. Göppinger: Der Nationalsozialismus S. 21 ff. Außergesetzliche Aktionen gegen einzelne Bürger sind allerdings vorgekommen. Beispielsweise mußte – den Akten EK 10 471 zufolge – Bernhard Oppenheimer unter dem Gejohle von NS-Pöbel eine Statue vom Städtischen Krankenhaus bis zur Synagoge tragen.

[52] RGBl. I, S. 188. Am 22. 4. 1933 folgte ein »Gesetz über die Neuzulassung zur Patentanwaltschaft« (RGBl. I, S. 217).

[53] HB 2. 6. 1933. Vermutlich stimmt diese Zahl. Die genaue Anzahl der in den einzelnen Jahren aus der Mannheimer Anwaltschaft ausgeschiedenen Anwälte ist nicht zu ermitteln, da in den Unterlagen der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe häufig nicht der Zeitpunkt des Ausscheidens angegeben wird. – Im Hakenkreuzbanner befindet sich bis zum 30. 9. 1933 keine weitere Veröffentlichung über die Zurücknahme von Zulassungen. – Zu den Zahlenverhältnissen an anderen Gerichten siehe: Düwell, S. 100 f.

[54] Rechtsanwalt Dr. Ernst Stiefel berichtet schon am 1. 3. 1933 von Tumulten, EK 13579.

[55] EK 11 678/A; Aussage J. Gentils Bl. 188. Zu den Verhältnissen in Mannheim siehe H. Marx, S. 19 ff.

[56] Der Versuch der Partei, die jüdischen Anwälte Mannheims zu schädigen, indem ihnen das

Die Ausschaltung der Mannheimer jüdischen Anwälte erfolgte bis zum Erlöschen der Zulassungen und der Herabwürdigung zu *Konsulenten,* die nur zur Beratung von Juden zugelassen waren, auf kaltem Wege durch ständig weitere Abschnürung [57].

Die Umwandlung verlief in Mannheim parallel zur Umwandlung und Ausrichtung der Rechtsanwaltschaft im Reich [58].

Wichtig für die Mannheimer Situation ist die Auflösung des *Mannheimer Anwaltsvereins e. V.* Selbst das Hakenkreuzbanner gibt zu, daß mit der *Machtergreifung* »gute bewährte Bauten« abgebrochen wurden [59]. Der Verein wurde aufgelöst und liquidiert. An seine Stelle trat die nationalsozialistische Standesorganisation. Wenn auch die einheitliche Ausrichtung des Standes erst verhältnismäßig spät und dann leger durchgeführt wurde, so war doch eine wesentliche Voraussetzung für die Vernichtung jeglicher Existenz geschaffen: die Absonderung. *Nichtarische* Anwälte, d. h. auch Anwälte, die nur einen jüdischen Großelternteil hatten, wurden nicht aufgenommen. Wenn auch nach dem Boykott am 1. April 1933 offiziell keine Diffamierung gegen jüdische Anwälte mehr ausgesprochen wurde, so waren sie doch – da jeder *arische* und nicht jüdisch versippte Anwalt in seinem Briefkopf das Zeichen des *nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes* führte – ohne weiteres kenntlich. In Mannheim wurden die Anwälte trotz der »wohlwollenden« *Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und zur Patentanwaltschaft* [60] in Verzeichnissen separat geführt und waren somit als Anwälte zweiter Ordnung gezeichnet [61]. Ebenso wie auf dem Gebiet der Wirtschaft die Anlage von Verzeichnissen *arischer* Unternehmen den von der Partei vorangetriebenen Boykott förderte, so auch bei den Rechtsanwälten. Die Feststellung des *Israelitischen Gemeindeblattes,* daß Juden, »die unter anderen Umständen jüdische Anwälte beschäftigt hatten«, der Meinung seien, ihre Interessen seien bei nichtjüdischen Anwälten besser aufgehoben als bei jüdischen, wird in noch höherem Maße für *arische* Auftraggeber zugetroffen haben [62].

Die Unterscheidung der Anwälte brachte vorerst ein wichtiges Ergebnis: die Man-

---

Betreten des Gerichtsgebäudes untersagt wurde (gegen die Klienten jüdischer Anwälte sollte dann Versäumnisurteil erwirkt werden), konnte von der Kammer vereitelt werden.

[57] Im einzelnen bei Göppinger, S. 34 ff.

[58] Dargestellt bei Göppinger, S. 13 ff.; Noack, S. 290 ff.

[59] HB 2. 1. 1934. Bemerkenswert, daß im Hakenkreuzbanner die Verdienste von Hachenburg, Selb und Lindeck hervorgehoben wurden (Lindeck und Selb zählten zwar nicht als »Volljuden«, doch ersterer als »Mischling« und letzterer, der mit einer »Nichtarierin« verheiratet war, als jüdisch versippt).

[60] RGBl. I, 1933, S. 699.

[61] Zu diesen Problemen: Schreiben von Florian Waldeck vom 18. 7. 1951 in den Prozeßakten zu EK 783 (202 – K 482/51). – Beim Landgericht Mannheim wurden die zugelassenen Anwälte in zwei Listen geführt. Liste I, 1 »arische« Anwälte in der nationalsozialistischen Standesorganisation, Liste I, 2 »arische«, der Standesorganisation fernstehende Anwälte, I, 3 »Mischlinge«, mit genauer Angabe der Prozentzahlen »jüdischen Blutes«. Liste II »100 Prozent nichtarische« Anwälte. Schreiben des Präsidenten des Landgerichts Mannheim an die Staatsanwaltschaft Mannheim Nr. 2201 vom 23. 5. 1936 (mit Listen) 16/67 – 18.

[62] IGBl. 15. 3. 1934 »Der jüdische Anwalt«.

datseingänge bei jüdischen Rechtsberatern gingen zurück. Daß selbstbewußte Auftraggeber ganz bewußt ein Mandat an einen *nichtarischen* Anwalt vergaben, bildete eine Ausnahme [63]. Da einerseits immer mehr Unternehmer in die Partei eintraten und andererseits den Juden als potentiellen Klienten jüdischer Anwälte mehr und mehr die wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde, war es für den nicht dem *NS-Rechtswahrerbund* angehörigen Anwalt bald nicht mehr möglich, die in seiner Klientel entstehenden Lücken zu füllen. Je nach der Zusammensetzung der Klientel mußten jüdische Anwälte ihre Praxis einschränken. Bereits 1933 stellten Anwälte, zumeist jüngere, auch ohne daß ihnen die Zulassung entzogen worden war, ihre Tätigkeit ein. Besonders schmerzlich war es für die großen Sozietäten, wenn *arische* Anwälte ausschieden, die dann auch die Mehrzahl der Klienten mit sich nahmen [64]. Am besten konnten sich jene Anwälte halten, die schon vor 1933 starke unabhängige Firmen und Persönlichkeiten zu ihren Klienten gezählt hatten. Diese Auftraggeber hatten eine Zeit lang die Macht und die Kraft, ihre alten Geschäftsverbindungen aufrechtzuerhalten, bis im Jahre 1936 eine schärfere Überwachung der Geschäftsverbindungen aller Firmen und wichtigeren Persönlichkeiten von seiten der Partei erfolgte. Aus diesem Grund erhielt die Firma *C. Freudenberg GmbH* vom *Kreisleiter* Weinheim eine Rüge. Dieser schrieb: »Ich kann ... die Notwendigkeit, noch heute im Jahre 1936 einen jüdischen Rechtsanwalt zu beschäftigen, nicht erkennen. Ich teile das dem Reichsstatthalter mit, der wünscht, daß Sie sich als deutsche Firma von einem deutschen Rechtsanwalt vertreten lassen« [65]. Freudenberg ließ sich jedoch weiterhin von Max Hachenburg beraten, da ihm kein Gesetz verbot, einen jüdischen Anwalt zu nehmen. In einem Schreiben an den *Gauleiter* verbat er sich überdies Einmischung in innere Angelegenheiten seines Betriebes [66].

Besonders deutlich wird die Diffamierung, der jüdische Anwälte von 1935/36 an ausgesetzt waren, an folgendem Geschehen: Der Generalstaatsanwalt Karlsruhe zog beim Oberstaatsanwalt Mannheim Erkundigungen über einen Mannheimer (*arischen*) Anwalt ein, der zur Verteidigung eines Juden zugelassen werden wollte [67]. Die Ablehnung dieses *arischen* Anwalts begründete der Oberstaatsanwalt Mannheim folgendermaßen [68]: »Gegen Übernahme der Verteidigung des Eichstädter durch R. A. Dr. NN bestehen Bedenken nach meinen vertraulich eingezogenen Erkundigungen. Diese Bedenken gründen sich in der Hauptsache auf seine frühere Verbindung mit den Rechtsanwälten Eder; im übrigen sind sie mehr gefühlsmäßiger Natur«. Es gereichte in diesem Fall also bereits eine »frühere Verbindung« mit zwei Rechtsanwälten, die als sogenannte *Viertel-Juden* selbst nach den *Rasse*gesetzen des Dritten Reichs in ihrer wirtschaftlichen Betätigung nicht

[63] Diese Bestimmung findet sich z. B. testamentarisch festgelegt für den Nachlaß Weil 18/65 – 142 bis 145.
[64] Als Beispiel vor allem Auflösung der Sozietät Lindeck, EK 7113.
[65] Schreiben des Kreisleiters vom 13. 2. 1936 und Antwort C. Freudenbergs in Ablichtung in den Akten EK 9145.
[66] Vorgang erwähnt in der Beilage zur Prozeßakte 202/I – 3012/51.
[67] AZ: OIs. 46/36. Der Generalstaatsanwalt 20. 8. 1936, 16/67 – 18.
[68] 10. 9. 1936.

gehemmt sein sollten, zum Nachteil! Eine derartige Aussage zeigt überdeutlich, daß der Grundsatz: »Jeder Rechtsanwalt ... bleibt nicht nur im vollen Genuß seiner Berufsrechte, sondern hat auch Anspruch auf die Achtung, die ihm als Angehörigen seiner Standesgemeinschaft zukommt«, (wie er in der *»Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und zur Patentanwaltschaft«* festgelegt war) wenn überhaupt je, so nur in der Anfangszeit nationalsozialistischer Herrschaft Gültigkeit besaß [69].

So hatte sich die Abschnürung der jüdischen Rechtsanwälte bereits allmählich vollzogen, ehe ihr Ausscheiden auf Gesetzesgrundlage erfolgte [70]. Wie sich dies auswirkte, zeigt am besten, daß sich nach Aussage der Anwälte auch unter den Mannheimer Rechtsanwälten als Gruppe die *Nichtarier* absonderten, die mit wesentlich anderen Problemen als die *Arier* beschäftigt waren [71]. An dieser dem Zuge der Zeit entsprechenden und zum Teil auch charakterlicher Schwäche etlicher Kollegen entsprungenen Absonderung änderte auch rücksichtsvollste Behandlung von seiten der örtlichen *NS*-Standesorganisation nichts [72].

Nachdem von der Rechtsanwaltskammer schon im April 1938 die formal geltende Gleichberechtigung jüdischer Anwälte im Ausbildungswesen abgeschafft war [73], entzog die *Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938* allen bei deutschen Gerichten tätigen Juden die Zulassung [74]. Einige wenige Anwälte ließ die für Mannheim zuständige Verwaltungsbehörde (Oberlandesgerichtspräsident Karlsruhe) weiterhin als *Konsulenten*, d. h. als Rechtsanwälte, die nur zur Vertretung von Juden befugt waren, zu [75]. Nach deren Auswanderung

---

[69] RGBl. I, 1933, S. 699 (Dienstanweisungen geboten den Beamten und öffentlichen Bediensteten ohnehin, den Verkehr mit Juden auf ein Minimum zu beschränken. Die Judenverordnung der deutschen Rechtsfront vom 2. 9. 1935 [Noack S. 290 f.] gebot allen Mitgliedern des BNSDJ [Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen] – auch wenn sie nicht der NSDAP angehörten –, »bei Vermeidung ehrengerichtlicher Bestrafung« in ihrem persönlichen und beruflichen Verhalten gegenüber Juden die größte Zurückhaltung an den Tag zu legen).

[70] Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. 9. 1938. RGBl. I, S. 1403.

[71] D 9 – 3 L, Niederschrift vom 5. 7. 1966.

[72] Die jüdischen Kollegen erhielten beispielsweise alle – auch vertrauliche – Rundschreiben des NSRB (Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes) zugesandt (außer solchen verletzenden Inhalts). Derartige Rundschreiben sind in den Akten Gentil enthalten 18/65 – 92.

[73] Im Rundschreiben des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 20. 4. 1938 betr. Lehrlingswesen und Gehilfenprüfung heißt es unter Ziffer 10: »Lehrlinge, die nach dem 1. 4. 1937 ihre Lehrzeit bei einem jüdischen Rechtsanwalt begonnen haben, werden zur Gehilfenprüfung nicht mehr zugelassen ... Sie können auch nicht in die Lehrlingsrolle eingetragen werden.« 16/67 – 18.

[74] RGBl. I, S. 1403.

[75] Entsprechende Unterlagen in den Akten des Justizministeriums Baden-Württemberg. In Mannheim blieben über den 30. 11. 1938 hinaus die Rechtsanwälte Bachert, Deutsch, H. Hachenburg, Jacobi und Scheuer als »Konsulenten« tätig. Die Konsulenten sollten von ihren Einnahmen einen Teil an einen Ausgleichsfonds abführen, aus dem den bedürftigen, aus der Anwaltschaft ausgeschiedenen Kollegen ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden sollte. Von den Mannheimer »Konsulenten« ist nicht bekannt, daß sie derartige Unterstützungsgelder zu zahlen hatten oder daß auf diese Weise ein Kollege unterstützt werden mußte.

bzw. Deportation befand sich in Mannheim kein zur Vertretung von Juden befugter *Konsulent* mehr. Mannheimer jüdische Ratsuchende wurden – da uneingeschränkt tätige Anwälte keine Juden vertreten durften – an einen *Konsulenten* in Ludwigshafen verwiesen [76].

Die Mannheimer Ärzteschaft hatte in ihren Reihen, ähnlich wie die Rechtsanwälte, hervorragende jüdische Mitglieder. Während jedoch von den Rechtsanwälten mannigfache schriftliche Zeugnisse überliefert sind, fehlen diese bei den Ärzten ganz. Auch im öffentlichen Leben traten sie naturgemäß weit weniger in Erscheinung. Während bei den Rechtsanwälten durch Korrespondenzen mit Kollegen bzw. durch die Begegnung bei Gericht einer den anderen meist gut kannte, war dies bei den Ärzten weniger der Fall. So lassen sich über diesen Berufsstand nur sehr vorsichtig einige Äußerungen machen.
Die gesetzliche Ausschaltung der Ärzte ging in Mannheim auf den gleichen Stufen vor sich wie die der Beamten und Rechtsanwälte: »Abwehr« des Übergewichts durch Einschränkung der Kassenpraxis [77], Abschreckung der Patienten [78] und schließlich das Erlöschen der Approbation sowie die Degradierung hervorragender Ärzte zu *Behandlern*, die nur Juden betreuen durften [79]. In den den städtischen Bediensteten zur Kenntnis gegebenen Listen, die auch auf öffentlichen Versammlungen verlesen und in Parteidienststellen etc. ausgelegt wurden [80], waren die aus *rassischen* Gründen zu boykottierenden Ärzte aufgezählt. Zu den Mannheimer Verhältnissen lassen sich einige auf der Zufälligkeit der Überlieferung beruhende Angaben machen: Die nationalsozialistische Ärzteführung Badens unterstand nach der *Machtergreifung* einem überzeugten Parteigenossen [81]. Inwieweit dieser für

---

[76] Konsulent Richard (Israel) Müller; Verweis z. B. 16/67 – 36, 22. 11. 1940.
[77] Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 22. 4. 1933. RGBl. I, S. 222. Gesetz über die Zulassung der Kriegsteilnehmer zur ärztlichen Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 9. 5. 1933. RGBl. I, S. 260, (RGBl. I, 1933 S. 350 traf die gleichen Einschränkungen für Zahnärzte). Namentliche Bekanntmachung des Ausschlusses von der Kassenpraxis: a) für Ärzte, HB 13. 4. 1933; b) für Zahnärzte HB 28. 4. 1933.
[78] Beispiele der Überwachung städtischer Bediensteter bei 16/67 – 4. Angriffe auf die Ärzte in der Flugschrift »Die Juden im neuen Deutschland«, 3. Fortsetzung S. 8 f. Diese Flugschrift wurde allen städtischen Bediensteten – zum Teil gegen Unterschrift – zur Kenntnisnahme zugeleitet. Siehe auch NMZ Nr. 490 vom 22. Oktober 1936, S. 3.
[79] Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 7. 1938. RGBl. I, S. 969.
[80] Ein Bericht des Polizeipräsidenten Mannheim an den Minister des Innern vom 6. 3. 1936 (GLA 233/26 162) gibt an, daß Listen der »nichtarischen« Ärzte zwar nicht ausgehängt worden waren, wohl aber bei der kassenärztlichen Vereinigung, der Arbeitsfront, dem Winterhilfswerk, den Schulen und bei den städtischen Stellen auflagen. Ferner wurde diesem Bericht zufolge Patienten mit dem Entzug von Unterstützung bzw. Krankengeld gedroht, wenn sie nicht einen arischen Arzt konsultieren würden. Wenn zu einer solchen Drohung auch jede »gesetzliche« Grundlage fehlte, so wird sie doch auf unwissende, auf ihre Unterstützung angewiesene Patienten gewirkt haben. – Von 150 Mannheimer Ärzten waren allein 49 durch die Rassevorstellungen des Dritten Reichs benachteiligt.
[81] Dieser wurde nach der Machtergreifung zum »Sonderkommissar für das Heilwesen in Baden« ernannt. Vgl. HB 13. 4. 1933 »Sonderkommissar PG Schütz greift durch«.

die Einlieferung zweier namhafter Ärzte in ein Konzentrationslager verantwortlich war, ist nicht mehr zu ermitteln. In jedem Fall war der Zweck dieser »Aufsehen erregenden Verhaftung«, die beiden Mediziner in ihrer gut gehenden Praxis zu ruinieren [82].

Andere außergesetzliche Behinderungen, die über den »üblichen« Boykott hinausgingen, lassen sich erst wieder für das Jahr 1936 belegen. Sieben Mannheimer Ärzte, die im Sinne der *Nürnberger Gesetze* als *Mischlinge ersten und zweiten Grades* keine Juden und daher zur Kassenpraxis zugelassen waren, wurden in den Listen jüdischer Ärzte geführt. Sie beschwerten sich darüber beim Reichs- und Preußischen Minister des Innern [83]. Auf Veranlassung des Ministers und aufgrund einer Anordnung des Reichsärzteführers mußten daraufhin die kassenärztlichen Verzeichnisse berichtigt und die Ärzte unter den *arischen* Standeskollegen aufgeführt werden.

Nachdem aufgrund der *Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* allen jüdischen Ärzten die Approbation entzogen worden war, wurden einige von ihnen als *Behandler* zugelassen. In Mannheim erhielten zunächst fünf Ärzte die Erlaubnis, als solche am jüdischen Krankenhaus tätig zu sein [84]. Zu ihrer Überwachung war der Amtsleiter der kassenärztlichen Vereinigung Mannheim Dr. Gaa eingesetzt [85]. (Dieser übergab den *Behandlern* die Genehmigungsschreiben; in allen ärztlichen Angelegenheiten mußten sich die *Behandler* an ihn wenden. Selbst ihre Verträge mit Krankenhäusern oder gemeindlichen Institutionen mußten ihm zur Genehmigung vorgelegt werden.) Gegenüber ihren *arischen* Standeskollegen hatten die *Behandler* den Vorteil, daß sie nicht nur in ihrem Fachgebiet, sondern auch auf anderen Gebieten praktizieren und ihre Kollegen vertreten durften. Sprechstunde durfte der jüdische Arzt nur an dem Orte halten, der in seiner Bestallung erwähnt war, sofern nicht der Beauftragte die Abhaltung der Sprechstunde an einem anderen Ort gestattete. Auf Briefbogen und Rezepten hatte der Arzt stets einen Stempel »Nur zur Behandlung von Juden zugelassen« zu führen [86].

Unter den Mannheimer Ärzten, die als Helfer geschildert werden, ragt Eugen Neter als bekanntester heraus. Als Kinderarzt war er in weiten Kreisen Mannheims bekannt und geschätzt. Besonders verdient machte er sich durch Förderung der Kindergärten in Zusammenarbeit mit den auf Eigeninitiative handelnden Schwestern Grünbaum [86a]. Als in der Kristallnacht alle Männer der Gemeinde geflohen oder nach Dachau deportiert worden waren, übernahm er das undankbare Amt der

---

[82] HB 10. 5. 1933.

[83] Abschrift des Beschwerdeschreibens vom 6. 12. 1935, GLA 233/26 162.

[84] Schreiben der NSDAP, Amt für Volksgesundheit, an die Kreisleitung der NSDAP Mannheim vom 12. 11. 1938, GLA, Doc. center Ma 63.

[85] Über seine Haltung gibt die Maßregelung von Dr. M. Friedmann gut Auskunft, der einen jüdischen Kollegen, der in Haft genommen worden war, vertreten hatte. 16/67 – 19, 17. 6. 1937.

[86] Die einzelnen Gebote und Verbote, die für die Mannheimer »Behandler« bestanden, wurden in einer Bekanntgabe vom 31. 10. 1938 zusammengefaßt, die abschriftlich den »Behandlern« ausgehändigt wurde. 16/67 – 19.

[86a] Siehe die Dokumente Nr. 85 f.

Gemeindeführung. Als Arzt begleitete er dann freiwillig den letzten Transport der nach Camp de Gurs Deportierten und teilte dort das Schicksal seiner Gemeinde.
Die Makler, deren es in Mannheim eine ganze Anzahl gab, spielten weder im gesellschaftlichen noch im politischen Leben der Stadt eine Rolle. Von den zahlreichen öffentlichen Aufträgen, die in Mannheim infolge der mit dem Plankendurchbruch verbundenen Veräußerungen zu vergeben waren, wurden die jüdischen Grundstücksmakler gleich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten auf Betreiben eines *arischen* Standeskollegen ausgeschlossen [87]. Das Weitere besorgten der Boykott und entsprechende Sondergesetze [88].

Das Umzugsgut der Mannheimer Juden

In den Monaten vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, insbesondere nach den Pogromen der Kristallnacht, hatte eine letzte große Steigerung der Auswanderungsbewegung stattgefunden. Auf das äußerste drangsaliert, retteten sich auch begüterte, ältere Bürger über die Grenze. Ihre Umzugsgüter, d. h. Hausrat, Bekleidung etc. wurden bei den zumeist übers Meer Fliehenden per Schiff rheinabwärts und von dort nach Übersee verfrachtet. Viele Bürger besaßen 1939 noch keine endgültige Einreiseerlaubnis in ein anderes Land und wählten deshalb Holland als Aufenthalt. Wieder andere waren bereits in England oder Übersee angekommen, hatten aber noch keine neue Bleibe gefunden. Ihr Hausrat lagerte in sogenannten Lifts bei den großen Speditionen in Rotterdam. Nach Kriegsausbruch stockte der Überseeverkehr, und nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in den Niederlanden war ein Transport des Umzugsguts zu den Eigentümern völlig illusorisch. Seit dem Sommer 1940 war es das Bestreben des *Reichssicherheitshauptamts*, diese Umzugsgüter ausgewanderter Juden sicherzustellen [89]. In den Niederlanden fehlte es hierfür, anders als im Reich, zunächst an einer rechtlichen Handhabe. Während die Beschlagnahme der Habe der nach Gurs deportierten Juden durch § 1 der *Notverordnung vom 28. Februar 1933* gestützt wurde, fehlte für die Niederlande jede rechtliche Handhabe für eine Konfiszierung [90]. An dieser Rechtslage scheiterte ein erstes Bemühen des Polizeipräsidenten in Karlsruhe, Abteilung Jüdisches Vermögen, die in den Niederlanden lagernden Umzugsgüter badischer Emigranten ins Reich zurücktransportieren zu lassen; überdies wünschte der *Reichskommissar für*

---

[87] Schreiben des Otto Geller vom 5. 9. 1933 an die Ortsgruppe Rheintor, GLA, Doc. center Ma 52.
[88] Siehe S. 204; Jüdische Kursmakler schieden mit Wirkung vom 22. November 1935 aus ihren Ämtern aus, IGBl. 5. 12. 1935, S. 4.
[89] A. J. van der Leeuw, RzW 13. Jg., 1952, S. 1 ff.
[90] Schreiben des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete vom 16. 9. 1941 – F 23 498/41 Bö–HF an den Polizeipräsidenten – Abt. Jüd. Vermögen – Karlsruhe 6/67 – 1. Gemeint ist der § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat, RGBl. I, 1933, S. 83.

die besetzten niederländischen Gebiete, das jüdische Umzugsgut an Ort und Stelle selbst zu verwerten [91].

Die Beschlagnahme war im Jahre 1940 nur bei *Feindvermögen* möglich. Dieser Begriff wurde nach 1940 immer weiter gefaßt, und im Laufe des Krieges wurde mit verschiedenen juristischen Konstruktionen das gesamte, schon im Jahre 1940 erfaßte, jüdische Vermögen beschlagnahmt und von verschiedenen Organisationen verwertet [92].

Nachweislich bemühte sich die *NSDAP* Mannheim erstmals im April 1942 um eine Rückführung des Umzugsguts ehemaliger jüdischer Bürger [93]. Die schweren Bombenangriffe auf Mannheim ließen nach Ersatzhausrat Ausschau halten. Hier war eine Möglichkeit gegeben, die Geschädigten in den Besitz kompletter Haushaltseinrichtungen zu bringen. Nach entsprechenden Feststellungen gab der *Reichskommissar* im Juni 1942 die ersten 150 Lifts zum Abtransport frei [94]. Diese stellte er zur Verfügung des Oberfinanzpräsidenten, Karlsruhe, der die Abgabe nach Mannheim regelte [95].

In den folgenden Jahren bis zum Sommer 1944 bemühten sich die Mannheimer Parteistellen weiterhin intensiv um den Bezug von Lifts. Diese trafen jedoch trotz persönlicher Bemühungen des *Kreisorganisationsleiters* in Holland nur sehr zögernd ein, da die Speditionsfirmen *Transatlantica* bzw. *Kühne & Nagel* sich unter Ausnutzung von Kompetenzüberschneidungen und Rechtsunklarheiten geschickt einem Abtransport der ihnen anvertrauten Umzugsgüter widersetzten [96]. Allerdings hatten sie auf die Dauer keinen Erfolg.

Die Abgabe des jüdischen Eigentums an die Mannheimer Bevölkerung geschah durch eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Verwertungsstelle. Entstehung, Organisation und Status dieser Einrichtung lassen sich aufgrund der Prüfungsunterlagen rekonstruieren. Im folgenden soll wenigstens in groben Umrissen über diese Einrichtung und ihre Tätigkeit berichtet werden. Sie hat im ersten Vierteljahr ihres Bestehens mannigfache Umformungen erfahren. Diese Abweichungen von

---

[91] Schreiben des Reichskommissars vom 16. 9. 1941 – F 23 895/41 – HF an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten niederländischen Gebiete, 6/67 – 1.

[92] Einzelheiten der Verwertung in einem hektographierten, zum Zwecke der Rückerstattung erstellten Gutachten des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie S. 3 ff., (Verfasser A. J. van der Leeuw), 16/67 – 35.

[93] Schreiben des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete vom 17. 6. 1942 an die NSDAP, Kreiswirtschaftsberater, Mannheim. (Die im Bezug genannten Anträge sind nicht mehr nachzuweisen.) 6/67 – 1.

[94] Der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, 27. 3. 1942, an verschiedene Speditionen, 6/67 – 1.

[95] Schreiben des Reichskommissars vom 7. 6. 1942 an die NSDAP, Kreiswirtschaftsberater, Mannheim, 6/67 – 1. Zuständigkeit des Oberfinanzpräsidenten nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Außer Mannheim erhielten noch drei weitere Städte, nämlich Köln, Münster und Lübeck Umzugsgut aus den Niederlanden für die bombengeschädigte Bevölkerung.

[96] Fotokopien des umfangreichen Schriftwechsels befinden sich im Stadtarchiv Mannheim, 6/67 – 1.

den etwa ab November 1942 endgültig gefundenen Verwertungsgrundsätzen rühren zum Teil von Rationalisierungsmaßnahmen her, die nach den ersten praktischen Erfahrungen bei jeder Neugründung notwendig werden; doch zeigt sich auch, daß verschiedene Interessengruppen wie die Industrie- und Handelskammer und die *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* bei der Verteilung des Umzugsguts einen bestimmenden Einfluß auszuüben bestrebt waren.

Zur Klärung aller mit dem jüdischen Umzugsgut zusammenhängenden Fragen wurde im August 1942 von der *Kreisleitung* Mannheim eine Kommission unter Vorsitz des *Kreiswirtschaftsberaters* Goebels eingesetzt [97]. Ihr gehörten ein Vertreter des *Kreiswirtschaftsberaters,* des *Kreisleiters,* zwei Regierungsräte der *Verwaltungsstelle für jüdisches und reichsfeindliches Vermögen* und ein Vertreter des, wie es heißt, *Reichsinteresses für Fliegerschäden,* d. h. der Feststellungsbehörde der Stadt Mannheim, an.

Die Kommission legte nach zahlreichen Sitzungen mit verschiedenen Fachleuten im November 1942 die Grundsätze fest, die bei der Verwertung des jüdischen Vermögens bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs – von wenigen Änderungen abgesehen – eingehalten wurden.

Aufgabenverteilung

1. *Kreiswirtschaftsberater:*
   a) Ausstellen der Berechtigungsscheine zum Erwerb der Ware,
   b) Vorsitz in der Kommission.
2. *Kommission*
   a) Bestimmung der Gegenstände, die vom Einzelhandel für den Verkauf an Bezugsberechtigte übernommen werden sollen,
   b) Bestimmung der Gegenstände, die vom Einzelhandel für den freien Verkauf an Bezugsberechtigte übernommen werden sollen,
   c) Genehmigung von Ausnahmeberechtigungen zum Erwerb der Ware,
   d) Bestimmung der Schätzer,
   e) Neuordnung und Schiedsstelle bei Schwierigkeiten in der Abwicklung.
3. *Zoll- und Finanzamt*
   a) Auspacken der Gegenstände,
   b) Vorsortieren und Aufstellen der Gegenstände,
   c) Einholen und Genehmigung des Schätzpreises.
4. *VVV (Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen)*
   a) Übernahme der geschätzten Gegenstände in den Verkauf, soweit er durch die VVV unmittelbar erfolgen soll,
   b) Abgabe der Gegenstände, die durch den Einzelhandel verkauft werden sollen,
   c) Bestimmung des Verkaufspreises der VVV,
   d) Durchführung und Überwachung des Verkaufs,
   e) Verantwortung für die Kassenführung.

---

[97] Bericht vom 26. 8. 1942, betr.: Durchführung bzw. Verwertung der von Holland zurückgeführten jüdischen Umzugsgüter, 6/67 – 2.

5. *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel*
   a) Übernahme der von der VVV an den Einzelhandel abgegebenen Gegenstände,
   b) Kassenführung und Abrechnung der 10 Prozent (später 12½ Prozent) aus dem Verkaufserlös der an den Einzelhandel weitergeleiteten Waren mit einem noch einzusetzenden Treuhänder.
6. *Treuhänder*
   Überwachung des gesamten Geldes und des Abrechnungsverkehrs.

Einige der hier angeführten Aufgabenbereiche bei der Verwertung des jüdischen Hausrats bedürfen der Erläuterung:
Die Ausstellung der Berechtigungsscheine durch den *Kreiswirtschaftsberater* für die Fliegergeschädigten brachte zwangsläufig eine Kompetenzüberschneidung mit den städtischen Behörden mit sich, welche bisher die Berechtigungsscheine ausgegeben hatten. Alle Bewerber um den jüdischen Hausrat mußten daher eine eidesstattliche Versicherung abgeben, daß die beantragten Gegenstände ihnen noch nicht durch das Wirtschaftsamt beschafft worden waren. Dieses Nebeneinander von durch städtische Ämter und durch Parteiinstanzen ausgefertigten Bezugsscheinen wurde erst im Juni 1943, zugleich mit dem Eintreffen von Hausrat aus dem Osten, eingeschränkt [98].
Die Stadt Mannheim hatte sich bis zum Juni 1943 aus der Verteilung des durch zweifelhafte Rechtskonstruktionen erworbenen jüdischen Eigentumes, im Gegensatz zur rührigen Parteileitung und im Gegensatz zur Industrie- und Handelskammer, herausgehalten. Bei dieser Zurückhaltung mögen ethische Motive mitgespielt haben [99]. Der aus dem Osten eintreffende Hausrat bestand nicht in erster Linie aus jüdischem Umzugsgut und wurde somit nicht über den Oberfinanzpräsidenten in Karlsruhe geleitet. Die Stadt Mannheim bediente sich bei der Verwertung dieser Waren nunmehr der bereits bestehenden *VVV* und gab für alle Waren, an deren Veräußerung in Mannheim sie doch nichts ändern konnte, künftig die Bezugsscheine aus [100].
Der *Kreiswirtschaftsberatung* blieb auch nach dem 21. Juni 1943 das Recht, in Sonderfällen Bezugsscheine auszustellen, doch war die Versorgung der Bevölkerung von da an im wesentlichen aus den Händen einer Parteistelle genommen und auf eine neutralere Behörde übergeleitet [101].
In den ersten Monaten nach Eintreffen des jüdischen Umzugsgutes schwankte der Kreis der zum Bezug Berechtigten. Die *Kreiswirtschaftsberatung* gab nicht – wie

---

[98] Notiz vom 2. 6. 1943 über eine Besprechung vom 1. 6. 1943 in der Industrie- und Handelskammer betr.: Verwertung des vom Ostministerium zur Verfügung gestellten jüdischen Hausrats, 6/67 – 3.
[99] Mündliche Auskünfte eines an führender Position beteiligten Beamten. Erscheint dem Verfasser jedoch zweifelhaft.
[100] Als Stichtag für die Überleitung der Befugnisse wurde der 21. 6. 1943 gewählt. Notiz vom 11. 6. 1943, 6/67 – 3.
[101] Notiz vom 11. 6. 1943, 6/67 – 3. In der Notiz sind für die Sonderversorgung durch den Kreiswirtschaftsberater »Sozialbetreute, Ritterkreuzträger und Schwerkriegsbeschädigte« angeführt.

ursprünglich vorgesehen – nur an fliegergeschädigte Personen Berechtigungsscheine aus, sondern auch an Neuvermählte und Kinderreiche. Da sich zeigte, daß, besonders in Monaten mit geringfügigen Bombenschäden, die Versorgung der Fliegergeschädigten immer mehr zurücktrat, legte die Kommission im November 1942 fest, daß stets 60 Prozent der Begünstigten Fliegergeschädigte sein müßten [102].

Die unter Ziffer 2 und 3 angeführten Aufgaben von Kommission und Zoll- bzw. Finanzamt waren in der Praxis eng miteinander verwoben. Das Finanzamt Mannheim-Stadt war die lokale Vertretung der Reichsfinanzverwaltung und wahrte gemeinsam mit dem Zollamt die Interessen des Reichs. Die einkommenden, juristisch in Reichseigentum befindlichen Lifts wurden unter der Aufsicht von Vertretern beider Behörden einzeln ausgepackt und verrechnet. Gemäß den bestehenden Bestimmungen mußten Bücher und vor allem hochwertige Kunstgegenstände anderen Dienststellen zur Verwertung zugeleitet werden [103]. Nachdem Partei- und Staatsinstanzen kostenlos Gegenstände erhalten hatten, wurde der übrige Inhalt der einzelnen Lifts geschätzt [104].

Der Schätzpreis bedurfte der Genehmigung der Staatsbehörden (Ziffer 3) und wurde an das Finanzamt Mannheim-Stadt abgeführt. Damit waren die Ansprüche der *Feindvermögensverwaltung* an das Umzugsgut erloschen.

Für die Schätzung nahm die Kommission Vertreter namhafter Mannheimer Firmen in Aussicht, die sich zumeist als aktive Parteigenossen betätigt hatten (Ziffer 2 d) [105]. Grundsätzlich waren die Schätzer und alle mit der Verwertung befaßten Personen sowie die Parteigenossen vom *Ortsgruppenleiter* an aufwärts vom Erwerb der geschätzten Ware ausgeschlossen. In Ausnahmefällen wurde mit Genehmigung des Vorsitzenden der Kommission oder des *Kreisleiters* von dieser Regelung abgewichen [106]. Dies schloß allerdings nicht aus, daß der Schätzer die geschätzten Gegenstände in seinem Betrieb vertreiben konnte. Der z. B. als Schätzer für Möbel sowie Teppiche und Gardinen benannte Parteigenosse T. verdiente später ebenfalls am Verkauf des jüdischen Umzugsgutes durch seinen Betrieb [107]. Die anfangs ins Auge gefaßte Regelung, die Einzelhandelsgeschäfte mit dem Vertrieb des jüdischen Eigentums an Bezugsberechtigte zu befassen (Ziffer 2 a) [108], erwies sich aus steuerlichen Gründen als nicht gangbar [109]. Neben den finanztechnischen Beden-

---

[102] Aktennotiz der Sitzung vom 5. 11. 1942 bei der Industrie- und Handelskammer Mannheim, 6/67 – 2.

[103] Siehe unten S. 193 und S. 195.

[104] Einzelheiten über die unentgeltliche Abgabe und Verrechnung siehe Anlage 2, Ziffer 4–7 (ohne Datum), 6/67 – 2.

[105] Notiz vom 26. 8. 1942 der Kreiswirtschaftsberatung betr.: Jüdische Umzugsgüter, 6/67 – 2.

[106] Schreiben der NSDAP, Kreisleitung Mannheim an PG H. Goebels vom 1. 10. 1942, 6/67 – 2. Wenn der Vorsitzende der Kommission die Ausnahmegenehmigung erteilte, mußte der Kreisleiter schriftlich von jedem Fall verständigt werden.

[107] Notiz vom 26. 8. 1942 der Kreiswirtschaftsberatung betr.: Jüdische Umzugsgüter, 6/67 – 2.

[108] Besprechung vom 26. 8. 1942, 6/67 – 2.

[109] Siehe Protokoll der Besprechung vom 11. 9. 1942 betr.: Durchführung bzw. Verwertung der von Holland zurückgeführten Lifts, 6/67 – 2; dort weitere Einzelheiten.

ken, die sich wohl bei entsprechenden Weisungen an das Finanzamt hätten beseitigen lassen, waren von Mitgliedern der Fachgruppe Einzelhandel Bedenken geltend gemacht worden. Sie befürchteten eine ungerechte Verteilung der Gebrauchsgegenstände [110]. So wurde die alle Kreise befriedigende Lösung gefunden, daß unter Hinzuziehung der *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* eine Organisation mit eigenen Verkaufsräumen die Ware an die Mannheimer Bevölkerung ausgab [111]. Dieser *Verwertungsstelle für das volksfeindliche Vermögen* [112] wurde lediglich hochwertiges jüdisches Eigentum (wie z. B. wertvolle Teppiche und Musikinstrumente) vorenthalten. Es wurde ausgeschieden (Ziffer 2 b) und an den Fachhandel weitergeleitet. Dieser zahlte für die Gegenstände den amtlichen Schätzpreis und einen Aufschlag von 12½ Prozent und veräußerte die Ware dann im freien Verkauf. Der erzielte Gewinn bedurfte allerdings noch der Genehmigung der Kommission [113].

Die unter Ziffer 4 a–e angeführten Obliegenheiten der *VVV* bedürfen keiner näheren Erläuterung. Es sind die Aufgaben, die jedes Einzelhandelsgeschäft zu erfüllen hat. Die *Ortsgruppe Einzelhandel*, anfangs als Trägerin der *VVV* eingesetzt, wurde noch im November 1942 aus nicht ganz überschaubaren Gründen ausgeschaltet [114]. Wieweit später diese Organisation an der Verteilung von Gegenständen zum freien Verkauf noch beteiligt war, läßt sich aufgrund der überkommenen Akten nicht sagen.

Zur Überprüfung des Geschäftsverkehrs der *VVV* berief der *Kreiswirtschaftsberater* einen Mannheimer Wirtschaftsprüfer, der regelmäßig über die Verwertungsstelle berichtete und 1945 von der Militärregierung den Abwicklungsauftrag erhielt [115].

Die Juden Mannheims und Badens, unter denen es – gemessen an ihrem prozentualen Anteil am Bürgertum der Städte – überdurchschnittlich viele Kunstliebhaber gab, besaßen in ihren Wohnungen häufig wertvolle Kunstgegenstände. Über deren Verwertung bestand *Führervorbehalt* [116]. Sie sollten für besondere Samm-

---

[110] Erläuterungen zur Aktennotiz vom 14. 9. 1942 Ziffer 2, 6/67 – 2. Ohnehin dürfte die gerechte Verteilung des jüdischen Eigentums auf die interessierten Geschäfte der Hauptgrund für die Errichtung der Verwaltungsstelle in ihrer späteren Form sein. Vgl. »Notiz der Besprechung vom 3. 9. 1942 für Herrn Präsidenten Goebels«.

[111] Protokoll der Sitzung vom 16. 9. 1942. Die darin erwähnte »beiliegende Anwesenheitsliste« ist nicht mehr nachweisbar. Verkaufsstelle 1942 in O 7,8.

[112] Die amtliche Bezeichnung schwankte zwischen »Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen« und »Verwertungsstelle für volksfremdes Vermögen«.

[113] Aktennotiz über eine Sitzung in der Industrie- und Handelskammer vom 5. 11. 1942. Ferner: Vorschlag der Teilnehmer Gerhard, Telkamp, Kling in: Besprechung vom 11. 9. 1942 betr.: Durchführung der Verteilung bzw. Verwertung der von Holland zurückgeführten Lifts, 6/67 – 2.

[114] Aktennotiz vom 13. 11. 1942; insbesondere ausführliches Schreiben der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel an den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer H. Goebels vom 30. 11. 1942 betr.: Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen, 6/67 – 2.

[115] Schreiben der NSDAP, Gauleitung Baden, an Dr. B. Rappmann vom 3. 12. 1943, 6/67 – 2.

[116] Schreiben des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete an den Oberfinanzpräsidenten ... Mannheim (gemeint ist Karlsruhe bzw. das Finanzamt Mann-

lungen unter Leitung des Sonderbeauftragten, Posse, erfaßt werden. Von seiten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete wurde vorgeschlagen [117], den Direktor des Museums am Ort mit der Überprüfung der Lifts zu beauftragen und eine Liste der geeignet erscheinenden Kunstwerke über das *Referat Sonderfragen beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete* dem Sonderbeauftragten zuzuleiten [118]. In Mannheim konstituierte sich zur Erfassung der Kunstwerke eine Kommission. Ihr gehörten der Direktor der Städtischen Kunsthalle Mannheim, Passarge, der stellvertretende Leiter des Schloßmuseums, Böhm, Bildhauer Trummer und ein Vertreter des Finanzamts Mannheim-Stadt an. Die sachverständigen Mitglieder der Kommission begutachteten alle Kunstgegenstände, die aus den Lifts geborgen wurden. Die minderwertigen Stücke wurden durch die Verkaufsstelle der *VVV* vorzugsweise Fliegergeschädigten zum Erwerb angeboten. Die Kommission erstattete jeweils nach Ablauf eines Monats einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit, den das Finanzamt Mannheim-Stadt, Verwaltung des jüdischen und reichsfeindlichen Vermögens, entgegennahm. Dieses wird die Berichte an die Dienststelle *Referat Sonderfragen beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete* weitergeleitet haben [119].

Die *Verwertungsstelle für das volksfeindliche Vermögen* nahm 1942 den Vertrieb der Waren in O 7, 8 auf. Doch reichten diese Geschäftsräume nicht annähernd für die zu erfüllende Aufgabe aus. Die Zunahme des Geschäftsverkehrs im Jahre 1943 ließ das Personal auf zwanzig Beschäftigte anschwellen und zwang, größere Räume zu benutzen. So wurden der *VVV* von der Stadt Lagerräume in der U 2-Schule zur Verfügung gestellt. Auch die Verkaufsräume mußten noch im Jahre 1943 nach N 7, 3 verlegt werden. Dort blieben sie bis 1945 [120].

Die wachsende Umsatztätigkeit der Verwertungsstelle hat mehrere Gründe. Zum ersten nahm der Bedarf an Hausrat mit der wachsenden Zahl der Bombengeschädigten zu. Zum zweiten waren – wohl aufgrund von Bemühungen der rührigen Mannheimer Parteileitung – neue Bezugsquellen erschlossen worden. Zum dritten ließ im Jahre 1944 das Vorrücken der alliierten Truppen die zuständigen Stellen auf einen beschleunigten Abtransport der jüdischen Umzugsgüter drängen [121].

---

heim Stadt), Den Haag, den 11. 8. 1942. Abschrift von Linz-Film VII – 194 unter 6/67 – 1 im Stadtarchiv. Zum Raub der Kunstwerke im Westen siehe auch die Dokumente bei Poliakov-Wulf S. 6 ff.

[117] Schreiben des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete. Der Generalkommissar z. b. V. Den Haag, den 11. 8. 1942, Linz-Film VII – 194/195; Abschrift unter 6/67 – 1 im Stadtarchiv. In der Anschrift heißt es: An den Herrn Oberfinanzpräsidenten Mannheim; gemeint ist der Oberfinanzpräsident Karlsruhe.

[118] Siehe auch Entwurf eines Schreibens an die Oberfinanzpräsidenten Münster (Köln, Mannheim – gemeint ist Karlsruhe –, Kiel) Linz-Film VII – 195, Abschrift 6/67 – 1.

[119] Finanzamt Mannheim Stadt, Verwaltung des jüdischen und reichsfeindlichen Vermögens, Mannheim, 28. 9. 1942, betr.: Aussonderung von Kunstwerken. Stelle XIV, Akten 1045 a, 6/67 – 2.

[120] Vierter Bericht über die Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen S. 3, 6/67 – 3. Allerdings erfolgte vor Kriegsende eine Verlagerung in den Odenwald.

[121] Zum beschleunigten Abtransport A. J. van der Leeuw: Die Behandlung des in den Niederlanden ... S. 4, 16/67 – 35 (unveröffentlichtes Gutachten, siehe oben Anm. 92).

So wurde der Stadt Mannheim ab Juni 1943 auch jüdischer Hausrat, der zur Verfügung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete stand, zugeteilt, und Ende 1943 gelang es, in Paris lagerndes jüdisches Umzugsgut zu erhalten. Doch lag bis zum 31. Dezember 1943 – zu diesem Stichtag liegt eine getrennte Aufstellung der Waren nach ihrer Provenienz vor – die Verkaufssumme der holländischen Lifts weit über dem Erlös aus dem Verkauf der Pariser bzw. der Waren des Ostministeriums [122].

Das Jahr 1944 brachte die größte Ausweitung des Geschäftsverkehrs der Verwertungsstelle. Vom 7. Februar 1944 bis zum 29. April 1944 gelang es, nochmals weitere Lifts aus Frankreich, vor allem aus Paris zu erhalten [123]. Wenn sich auch keine Aktivität von seiten der *NSDAP* Mannheim nachweisen läßt, so sind doch persönliche Bemühungen der Parteileitung mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, weil in der Schlußbilanz unter »Unkosten beim Einkauf in Frankreich« Reisepesen in Höhe von rd. 1500.– RM veranschlagt sind [124].

Die Bemühungen der Partei um die Verwertung des jüdischen Eigentums waren zwar von dem Bestreben getragen, die ausgebombte Bevölkerung wieder mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Auf der anderen Seite erwiesen sich aber die von der *VVV* aus der Preisdifferenz zwischen Schätzwert, der an das Finanzamt abgeführt wurde, und erzieltem Verkaufspreis herrührenden Gewinne als gute Nebeneinnahmen der Partei. Ausweislich der Bilanzen flossen der NSDAP aus dieser Quelle in den Jahren 1942–1944 fast 120 000.– RM Bargeld für die verschiedensten Zwecke zu. Darüber hinaus forderte die *Kreisleitung* oft kurzfristige Darlehen an.

Insgesamt gelang es der *Kreisleitung* Mannheim, der Verwertungsstelle Waren für einen Bruttoumsatz von rund 2,3 Millionen Mark zu vermitteln. Der wirkliche Wert des veräußerten Umzugsgutes ist mit Sicherheit sehr viel höher zu veranschlagen. Zum einen, weil Waren unter dem wirklichen Wert taxiert und abgegeben wurden, zum andern, weil der Kunstbesitz, der bei den alteingesessenen Mannheimer Bürgern keinen geringen Umfang gehabt hat und der nicht taxiert und veräußert wurde, in den Bilanzen gar nicht auftaucht.

Die Steigerung der Geschäftstätigkeit der *VVV* in den Jahren 1942–1944 wird an dem in den einzelnen Jahren erzielten Reingewinn sichtbar [125].

---

[122] Verkaufssumme vom 1. 10. 1942 bis 31. 12. 1943:
Holland RM 815 757,68
Ostwaren RM 107 676,99
Paris RM 99 421,40
Vierter Bericht über die VVV vom 15. 5. 1944, S. 3, 6/67–2. Die anfangs vorgesehene getrennte Verwertung der Waren nach Herkunft West–Ost wurde nicht durchgeführt. Vgl. Notiz vom 11. 6. 1943 als Anlage 3 zum Dritten Bericht vom 14. 7. 1943 über die VVV, 6/67 – 3.

[123] Vierter Bericht über die VVV vom 15. 5. 1944, S. 11,2: »Bezugskosten für die Ware aus den Westgebieten«, 6/67 – 2.

[124] Verbesserter Entwurf der Schlußbilanz per 30. 6. 1945, S. 10, 6/67 – 5.

[125] Verbesserter Entwurf der Bilanz der VVV per 30. 6. 1945, 6/67 – 5. – Nur die Oberfinanzdirektion Münster besitzt einige Kassenbelege zum Umsatz der dortigen Verwertungsstelle. Nach diesen 24 Belegen wurden dort vom 19. 12. 1942 bis zum 22. 6. 1943

Für 1942 ergab sich ein Überschuß von 16 500.– RM
Für 1943 ergab sich ein Überschuß von 66 000.– RM
Für 1944 ergab sich ein Überschuß von 110 000.– RM.
Die tatsächliche Bereicherung, die aus den jüdischen Umzugsgütern herrührte, ist jedoch auch unter Berücksichtigung der nicht in der Bilanz auftauchenden Werte wie »Kunstgegenstände« und »Bücher« heute nur unvollkommen anzugeben, denn die Verfolgten hatten häufig wertvollen Besitz wie z. B. Edelsteine, Banknoten etc. geschickt in ihrem Umzugsgut, häufig eingenäht in Wäsche und Kleider, versteckt. Das Risiko, dabei entdeckt zu werden, war recht gering, da es – nach Zeugnis von Emigranten – für die Packer Ehrensache war, verbotene Waren nicht zu sehen oder selbst gut zu verstauen. Auch die Zollbeamten, die die Lifts vor dem Verladen zu überprüfen hatten, nahmen zum Teil großzügige Kontrollen vor [126]. Daher werden sich viele Mannheimer durch den Erwerb jüdischen Eigentums weit über das erfaßbare Maß hinaus bereichert haben.

3. Wichtigere Maßnahmen gegen Juden oder jüdische Habe, die vorwiegend von Parteiinstanzen durchgeführt wurden

Die Herweckbad-Aktion

Das Rheinbad Herweck war ein als Familienunternehmen betriebenes Schwimmbad. Sogleich im ersten Sommer der NS-Herrschaft deutete sich im *Hakenkreuzbanner* unter der Überschrift *Wir winken! Ist das Herweckbad ein Judenbad?* [1] eine Stoßrichtung der Propaganda an. Der jüdisch versippte Badbesitzer brachte trotz drängender und gehässiger Veröffentlichungen des Hakenkreuzbanners auch im Sommer 1935 keine Tafeln mit der Aufschrift »Für Juden verboten« an [2]. Am 28. Juni 1935 konnte das *Hakenkreuzbanner* dann seinen Lesern berichten, daß eingetreten sei, was es längst vorausgesehen habe: die Mannheimer Bevölkerung habe demonstrativ die Säuberung des Rheinbades Herweck von den Juden gefordert [3].

---

160 641,16 RM umgesetzt. Ein Vergleich dieser Zahl mit Mannheimer Ergebnissen ist leider nicht möglich, da nicht ersichtlich ist, ob sich die Summe auf den Gesamtumsatz bezieht, der in jenen Monaten erzielt wurde.

[126] Schriftlich festgehalten ist dies von einem Mannheimer Gymnasialprofessor in einem Zeitungsartikel »Gespräche mit deutschen Beamten«. Veröffentlicht in: »Die Zukunft« 12. 5. 1939 (in Paris erscheinende Emigrantenzeitschrift). – Eine Liste von in Lifts verborgenen Uhren und Schmuckgegenständen vom 3. 12. 1942 befindet sich im GLA, Doc. center Ma 76. – *Dok. 272.*

[1] HB 1. 8. 1933; HB 11. 8. 1933; HB 13. 8. 1933.

[2] In dem als »Judenaquarium« betitelten Bad befanden sich im Sommer 1935 in der Tat viele Juden – ein Zeuge gibt an, am Tage des Überfalls 40 Prozent –, weil »Nichtarier« andernorts »unerwünscht« waren und z. B. die Ludwigshafener Juden das Herweckbad aufsuchten, weil sie in ihrer Heimatstadt nicht baden durften.

[3] HB 28. 6. 1935.

Soweit die Geschehnisse, wie sie aus dem *Hakenkreuzbanner* ersichtlich sind. Über die Hintergründe der Aktion unterrichtet am besten der Bericht eines beteiligten SA-Mitgliedes [4].

»... die Führer des Sturmes 45/171 [wurden] zum Standartengebäude einbestellt... Dort wurde uns vom Sturmführer H. sinngemäß das Folgende gesagt: Die Klagen über die Aufdringlichkeit der Juden, die ›Herweck‹ übervölkern, reißen nicht ab (...). Herweck, der jüdisch versippt sein soll [5], lehnte die Anbringung von Verbotstafeln für Juden ab. Entsprechende Berichte im HB [Hakenkreuzbanner] blieben unbeachtet. Es wird ein ›Volksauflauf‹ gemacht [6]. Der Sturm 45 macht das Volk. Die Gruppe und die Polizei wissen Bescheid. Ebenso sei die Presse (...) verständigt. Von allen Seiten soll das ›Volk‹ herbeiströmen. Es werden SA-Lieder angestimmt und Sprechchöre schreien ›Juden raus!‹ Die guten Schwimmer (...) sind vorher schon drin. Der Rest vor dem Bad.«

Die Organisation dieses »Volksbegehrens« ist nach dieser Schilderung klar. Sie wird ergänzt durch den Bericht eines Augenzeugen, der über die Durchführung der Aktion im Bad berichtet [7]. Mit Sprechchören *Kein Judenschwein am deutschen Rhein* etc. wurden die Badbenutzer aufgeschreckt. Der Badbesitzer warnte seine Gäste mit der Sturmglocke vor den gewaltsam Eindringenden. Ferner versuchte er das Überfallkommando telefonisch zu erreichen, was ihm offensichtlich nicht ohne weiteres gelang. Die eingedrungenen Rabauken stießen die Badegäste mit Stiefeln und schlugen sie mit zertrümmertem Mobiliar und anderen ihnen dazu geeignet erscheinenden Gegenständen, gleich ob es sich um Juden oder Christen handelte. Männliche Badbenutzer wurden an Ort und Stelle auf Zugehörigkeit zum Judentum untersucht; wer konnte, verließ fluchtartig das Bad – im Extremfall nackt.

Am Eingang des Bades hängten *SA*-Leute Schilder auf, daß Juden unerwünscht seien [8]. Diese blieben allerdings trotz des ausdrücklich geäußerten »Wunsches« des *Hakenkreuzbanners* nicht hängen [9]. Erst am 22. Juli 1935 konnte es berichten, daß das Betreten des Städtischen Hallenbades für Juden offiziell verboten worden sei und im Strandbad »Lido« sogar zu lesen stand, daß Juden den Ort auf eigene Gefahr betreten [10]. Es spricht für die Widerstandskraft des Besitzers des Herweckbades, daß er über diesen Zeitpunkt hinaus noch eine Woche seinen Betrieb für die gesamte Mannheimer Bevölkerung offenhielt. Erst am 30. Juli 1935 wurden

---

[4] Bericht vom 9. 2. 1946 in Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I KLs 30/46.

[5] Ein Schwiegersohn war »Nichtarier«.

[6] Unstimmigkeiten in der Konstruktion (so im Original des Berichts).

[7] Vernehmungsprotokoll des Military Government vom 22. 3. 1946 in den Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I KLs 30/46.

[8] Weitere Angaben in den Akten der Staatsanwaltschaft I KLs 7/50. Nach diesen Akten erscheint als treibende Kraft der Mannheimer Kreisleiter Reinhold Roth, der von der SA verlangt haben soll, daß sie für Abhilfe sorgen solle (Vernehmung des A. H. vom 14. 1. 1950, S. 4).

[9] HB 28. 6. 1935.

[10] HB 22. 7. 1935.

vor dem Rheinbad vermutlich auf massiven Druck von seiten der *Kreisleitung* hin die Tafeln *Juden hier unerwünscht* angebracht [11].

Folgende Punkte erscheinen bei dieser Aktion für die Mannheimer Verhältnisse wichtig:

1. Das *Hakenkreuzbanner* und seine Hintermänner hatten die Macht, ihre Drohungen durchzusetzen. Wenn auch manchen Warnungen keine Taten folgten, so wußte man doch nie, ob und wann die »zuständigen« *NS-Formationen* zuschlugen. Es wird deutlich, daß *SA*-Leute Körperverletzungen und Mißhandlungen auch in den relativ ruhigen Jahren 1934–1937 vornehmen konnten, ohne eine Strafe erwarten zu müssen [12].
2. Die Zeugenaussagen in den nach dem Krieg geführten Prozessen zeigen, daß der Polizeiapparat mit Parteianhängern durchsetzt war, die der Partei entsprechende außergesetzliche Aktionen erlaubten. Wenn das Überfallkommando auch nicht ganz ausblieb, so doch so lange, bis die *SA* ihr Ziel erreicht hatte.
3. Die Organisation des »Volkszorns« ist – abgesehen von den Pogromen der Kristallnacht – nur in diesem Fall zu belegen.
4. Für die Taktik der nationalsozialistischen Scharfmacher ist diese Aktion ebenfalls bezeichnend: Dieser eine Übergriff gestattete auf lokaler Ebene einen auf Verordnungsebene erfolgenden schärferen Kurs. Der Oberbürgermeister konnte nach diesem »Volksbegehren« das generelle Badeverbot als notwendige Schutz- und Ordnungsmaßnahme hinstellen. Auch verstand das Polizeipräsidium die Vorteile dieser »spontanen Aktion« zu nutzen. Noch im Jahre 1938 sprach es gegenüber Karlsruher Instanzen warnend von der »bekannten« aggressiven Haltung der Mannheimer Bevölkerung [13].

In ähnlicher Weise waren die Pogrome der Reichskristallnacht von Goebbels als Auftakt und Druckmittel für nachfolgende schärfere antijüdische Maßnahmen gedacht und von den Machthabern ausgewertet worden [14].

5. Die Herweckbad-Aktion erhellt ferner die Berichterstattung des *Hakenkreuzbanners* ein wenig. Im *Hakenkreuzbanner* erscheint die »Säuberung« des Herweckbades als eine Aktion, in der lediglich durch Sprechchöre – es wurden auch nicht die schlimmsten Aussprüche wiedergegeben – im nationalsozialistischen Sinn gewirkt wurde. Von einer Schlägerei mit Stuhlbeinen, Mobiliar und Gläsern ist nichts zu hören. Trotzdem ist vieles für den Kundigen zwischen den Zeilen zu lesen, und zwar dadurch, daß es nicht ganz verschwiegen, sondern verdreht angedeutet wird. Ein 17jähriger Schüler, Sohn eines bekannten Mannheimer Arztes, der offensichtlich für die Angegriffenen eingetreten war, wurde von *SA*-Leuten geschlagen, bis er blutüberströmt zusammenbrach und von dem schließlich erscheinenden Überfall-

[11] HB 31. 7. 1935; Aufforderung eines Parteimitglieds an den Kreisleiter, »aktiv« zu werden vom 10. 7. 1935, GLA, Doc. center Ma 88.

[12] Hierzu vor allem Schreiben des Fritz Dellheim an Kreisleiter Dr. R. Roth vom 24. 6. 1934, GLA, Doc. center Ma 77.

[13] Ausdrücklich wird im Schreiben des Polizeipräsidenten auf den Fall Herweck abgehoben. Schreiben vom 7. 3. 1939, Abt. C/86, Nr. 693 P Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Neuburger.

[14] Im einzelnen hierzu Graml (9. November 1938).

kommando aufgenommen wurde. Dieser Sachverhalt, der in der Stadt sicher bekannt geworden war, wurde folgendermaßen umgedeutet: »Die Polizei verhaftete sofort den frechsten Juden, der durch unflätige und unerhörte Bemerkungen ... die Empörung und Wut ... der Menschenmenge herausgefordert hatte« [15].

Diese Art der Berichterstattung des *Hakenkreuzbanners* läßt vermuten, daß in anderen Fällen, wenn ausdrücklich von Schlägereien die Rede ist und es in einem Fall z. B. heißt, daß bei der »Räumung« eines Lokals die jüdischen Gäste »unter Zurücklassung von Hüten und Mänteln spornstreichs das Weite« suchten [16], ebenso brutal geprügelt wurde.

6. Als eine Triebkraft für Aktionen benutzte die Partei, in deren Besitz sich das *Hakenkreuzbanner* seit dem 1. Januar 1935 befand, gern extreme Aktionen in anderen Städten. Als die Partei sich im Sommer 1935 bemühte, ein Badeverbot für Juden in den öffentlichen und privaten Bädern durchzusetzen, konnte das *Hakenkreuzbanner* bereits auf entsprechende Maßnahmen der Stadtverwaltung Augsburg hinweisen [17]. Nach Erlaß des Verbots stellte es zufrieden fest, »Mannheim steht mit dieser Maßnahme also keinesfalls hinter Augsburg zurück« [18].

Dieses Bemühen, einander in nationalsozialistischer Gesinnung, d. h. judenfeindlichen Maßnahmen zu übertrumpfen, stellte einen wesentlichen Faktor in der Verschärfung derartiger Maßnahmen dar. Nicht nur einzelne Kommunen, sondern einzelne Formationen, Behörden und Organisationen sahen den Antisemitismus als Prüfstein nationalsozialistischer Gesinnung an. Wieweit diese Rivalität im Mannheimer Raum zu einer Verschärfung führte, ist nicht zu klären.

7. Von der Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung konnte der Boykott im April 1933 als Aktion jener Elemente hingenommen werden, die dem Nationalsozialismus zum Sieg verholfen hatten. Sie konnte hoffen, daß diese im Laufe der Zeit durch das sogenannte »Sich Mausern« der *nationalen Bewegung* abgestoßen werden würden. Die Herweckbad-Aktion zeigte wenigstens einigen Einsichtigeren das wahre Gesicht des Nationalsozialismus. Während nach dem Zeugnis von Rabbiner R. Geis die Mannheimer Juden im Gegensatz z. B. zu den Münchner Juden dank der Haltung der Mannheimer Bevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt erstaunlich unbekümmert lebten, zogen nun etliche aus der Aktion die Konsequenzen und bereiteten eine Auswanderung vor [19].

---

[15] HB 28. 6. 1935.

[16] HB 9. 11. 1938.

[17] HB 20. 7. 1935 (Titelseite). Die jeweiligen Badeverbote für Juden in den einzelnen Städten des Reichs sind gesammelt im Bundesarchiv in den Akten R 36/2060. Bruchsal ist nach einer Notiz in der Frankfurter Zeitung Nr. 268/9 vom 30. 5. 1934 die erste Stadt, die ein solches Verbot erließ.

[18] HB 22. 7. 1935. Ähnlich gearteten Ehrgeiz verrät die 1935 erstmals gestartete Aktion, Geschäfte und Gaststätten mit einem Schild »Juden unerwünscht« zu versehen. – Unter der Überschrift »Wertheim macht den Anfang« wurde ein Aufruf der Stadt Wertheim an ihre Bürger wiedergegeben, der dazu aufforderte, diese Schilder anzubringen. Das Hakenkreuzbanner dazu (25. 8. 1935): »Wir glauben, daß dieser Aufruf allen, die es angeht, eine moralische Verpflichtung auferlegt, in diesem Sinne zu handeln, auch den Mannheimern«.

[19] Rabbiner Robert Raphael Geis kam 1934 von München nach Mannheim, um dort als Jugendrabbiner zu wirken. Schreiben an das Stadtarchiv vom 2. 2. 1965, D 9 – 3.

Der Mord an dem Pariser Gesandtschaftsrat vom Rath fiel in eine Zeit ohnehin starker antisemitischer Hetze. Während es am 9. November 1938, dem Todestag des Opfers, in Mannheim noch völlig ruhig blieb [20], begann die *SA* in den Nachtstunden zum 10. November, nachdem ihr aus München ein klarer Befehl zugegangen sein muß, ihr Zerstörungswerk [21].

Der Befehl der *SA-Gruppe Kurpfalz*, der in der Nacht vom 9. zum 10. November an die nachgeordneten Dienststellen weitergegeben wurde, lautete [22]:

»Auf Befehl des Gruppenführers sind sofort sämtliche jüdischen Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen. Nebenhäuser, die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr.«

Der ranghöchste in Mannheim anwesende *SA*-Führer, ein *Oberführer*, leitete den gegen Mitternacht in Mannheim eingegangenen Befehl fernmündlich an die nachgeordneten *SA*-Dienststellen weiter und besprach sodann mit anderen Mannheimer Parteigrößen den Plan [23]. Aus Heidelberg wurde Sprengstoff bestellt, Fachleute begaben sich zur Synagoge in F 2. Um sechs Uhr zündeten sie die Sprengladung, die die Synagoge teilweise zerstörte. Zur gleichen Zeit machten sich in Feudenheim *SA*-Leute in Zivil auf, um die dortige Synagoge zu zerstören und brennbare Gegenstände wie Kleider, Bücher und Gebetsgewänder anzuzünden [24]. Die *Klaus*-Synagoge und das Gemeindehaus demolierte einer der an diesem Tage durch Mannheims Straßen ziehenden Trupps [25].

---

[20] Das Hakenkreuzbanner berichtet in seiner Frühausgabe vom 10. 11. 1938, S. 3, an untergeordneter Stelle, daß sich in Dessau »spontane Demonstrationen gegen die Juden« ereignet hätten. Nichts weist jedoch darauf hin, daß das Blatt mit entsprechenden Demonstrationen auch in Mannheim rechnete oder darauf vorbereiten wollte. Aus einer in den Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Ks 4/49 enthaltenen Aussage des Kreisleiters Schneider geht hervor, daß in Mannheim am Abend des 9. Novembers durch Sonderkurier eine Anweisung des Gauleiters Robert Wagner eintraf, derzufolge Ausschreitungen zu unterbinden seien.

[21] Zu den Hintergründen der Pogrome, auch denen vor der Nacht zum 9./10. November: H. Graml, S. 17 ff. Der Befehl der SA-Gruppe Kurpfalz: Nürnberger Dokumente PS 1721 (IMT). Die NMZ hat vielleicht ihre Leser warnen wollen, denn sie berichtete bereits am 8. 11. 1938 in ihrer Abendausgabe mit rot unterstrichenen Schlagzeilen, denen nur eine vierzeilige Notiz folgte, daß in Hessen »erhebliche spontane Demonstrationen« der Bevölkerung stattgefunden hätten. Trotzdem scheint niemand ähnliche Aktionen für Mannheim erwartet zu haben.

[22] Dokument P S 1721(IMT).

[23] Einzelheiten in Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Ks 4/49.

[24] Einzelheiten: Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I KLs 29/46 (die Synagoge wurde anschließend durch Brand beschädigt).

[25] In der Klaus konnten erst nach der Renovierung im Jahre 1939 Gottesdienste gefeiert werden, zu denen die Gläubigen wegen der Enge des Raumes in Gruppen eingeteilt erscheinen mußten. Hundsnurscher, Taddey, S. 195. Das Anwesen der Klausstiftung in F 1

Die Zerstörungen in den einzelnen Mannheimer Geschäften und Privathaushaltungen bewegten sich im Rahmen der an diesem Tage üblichen Schandtaten. Nicht nur die *SA*, sondern auch untere Parteiführer, die teilweise durch nicht organisierten Pöbel unterstützt wurden, zerstörten Geschäfte, plünderten die Wohnungen aus und verbrannten jüdische Habe [26]. Dabei achteten die Täter in der Regel weder deutsches noch jüdisches Kulturgut, weder religiöse Schriften noch Familienandenken [27]. Geld und Wertsachen verschwanden, wie nicht anders zu erwarten, in vielen Fällen spurlos [28]. Im übrigen waren die *Kreisleitung* und die *NSV* in die Aktionen eingeschaltet. In ihre Räumlichkeiten oder in Parteilokale wurden Waren aus jüdischen Geschäften, das Mobiliar aus der Synagoge und private Habe abtransportiert [29].

All diese Aktionen wurden in Mannheim »spontan«, d. h. von Nationalsozialisten in Zivil durchgeführt [30]. Im Anschluß an die Zerstörungen kam der *SA* jedoch eine andere Aufgabe zu: auf dringendes Ersuchen des Polizeipräsidiums standen *SA*-Leute – oft die gleichen, die vorher in Zivil die Zerstörungen vorgenommen hat-

---

ging nach einer Eintragung im Grundbuch Mannheim am 25. November 1940 aufgrund des § 5 der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 (RGBl. I, S. 1097) in den Besitz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland über. Die Synagoge wurde in den letzten Kriegsjahren – nachdem sie durch Bomben stark beschädigt war – als Lagerraum vermietet.

[26] Gute Schilderung des Zerstörungstrupps der Ortsgruppe Wasserturm: Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim Ia Is 6244/46. Entsprechendes für Neckarau I KLs 13/47 (dort wurde das Geschäft eines Schweizer Staatsangehörigen geplündert und zerstört und der Inhaber nach Dachau verbracht. Ferner zerstörte der Trupp u. a. die jüdische Anlernwerkstatt, die daraufhin ihren Betrieb einstellte).

[27] Näheres in den Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim I KLs 29/46. Die Akten Ia Is 6244/46 berichten beispielsweise von der Zerstörung einer Stradivari-Geige. Weitere Werte, die damals vernichtet wurden, ergeben sich aus den Wiedergutmachungsakten der betroffenen Mannheimer Familien.

[28] Entnahme von Geld siehe z. B. Akten der Staatsanwaltschaft II KLs 33/47 u. a.; im Schreiben des P. D. an die Gestapo Mannheim vom 19. 11. 1938 ist von einer telefonisch gegebenen Anweisung der Kreisleitung zur Kassierung von Geld die Rede. 16/67 – 3.

[29] Vernehmungsprotokoll der Geheimen Staatspolizei, Außenstelle Mannheim, vom 11. 11. 1938, GLA, Doc. center Ma 69; Schilderung des Zeugen W. vom 20. 7. 1948 in den Akten der Staatsanwaltschaft I KLs 4/49; KLs 16/48. Aus Privatwohnungen wurden, wie aus diesen und anderen Akten hervorgeht, vor allem wertvolle Teppiche, Schmuck, Silbergegenstände etc., aber beispielsweise auch ein großer Konzertflügel entwendet. Schreiben vom 16. 11. 1938, 16/67 – 3. – Auch am 11. 11. 1938, nachdem Goebbels bereits die Einstellung der Aktion befohlen hatte, wurden in Mannheim, allerdings in »geordneter« Form, noch Warenvorräte durch Beauftragte der Partei abtransportiert. 16/67 – 3. – Ob am 12. 11. 1938 die Aktion noch weiterlief, ist nicht mit Sicherheit anzugeben. Die von der Firma L. Eder & Co in einer Eingabe an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 24. 11. 1938 geschilderten Vorgänge schließen nicht mit Sicherheit aus, daß es sich um eine Aktion von die Situation geschickt ausnutzender Diebe handelte. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[30] Erschienen ausnahmsweise SA-Leute in Uniform, wurden sie zurückgeschickt, um Zivilkleidung anzuziehen. Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim Ia Is 6244/46. Einzelaktionen in den Wohnungen wurden dagegen zum Teil von SA-Leuten in Uniform durchgeführt. Vgl. *Dok. Nr. 225 und 229.*

ten – Posten an den zerstörten Geschäften, um das Ausplündern zu verhindern [31].

Eine zweite Aktion betraf die Verhaftung der männlichen Juden, die von verschiedenen Hoheitsträgern vorgenommen wurde. Die Opfer wurden zum Polizeipräsidium oder ins Landesgefängnis gebracht und weiter nach Dachau transportiert [32].

Besonders beschämen muß bei der Betrachtung dieser Untaten, daß sich Männer aus allen Schichten beteiligten, vom ungelernten Arbeiter über den Handwerksmeister bis hin zu einem adligen Mannheimer Arzt, der einen *SA*-Zerstörungstrupp anführte. Im benachbarten Heidelberg erklärte (mündlicher Überlieferung zufolge) sogar ein namhafter Universitätsprofessor, dies sei seines Lebens schönster Tag gewesen.

Die Beendigung der Ausschreitungen ordnete der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels am Abend des 10. November an. Welches Echo fand diese in der ganzen Welt beachtete Maßnahme des nationalsozialistischen Staates in Mannheim?

Das *Hakenkreuzbanner* ist selbstverständlich des Lobes voll über die Greueltaten. Schlechthin als Pamphlet schmutzigsten Hasses läßt sich seine Berichterstattung über die Schändung des als »Judenladen« gescholtenen Gotteshauses der Gemeinde bezeichnen [33]. Während es sich am 10. November 1938 noch darauf beschränkt zu bemerken, daß die »Volksgenossen, die jahraus jahrein in der Nähe eines solchen Judentempels wohnen mußten« froh seien, »von dieser Pest befreit zu sein«, berichtet es am 11. November von der Aufstellung von Sammelbüchsen für das Winterhilfswerk in der zerstörten Synagoge, in welches die Besucher eine Spende warfen, um »damit ihren Dank zum Ausdruck zu bringen« [34].

Zur Beurteilung der Haltung der Mannheimer Bevölkerung sind wir jedoch nicht nur auf die Berichterstattung des *Hakenkreuzbanners* angewiesen: Die Durchführung der Aktion und mündliche Berichte lassen gewisse Rückschlüsse zu. Während in einigen Orten der Pfalz die aufgepeitschten Horden ihre Mitbürger in der schwersten nur vorstellbaren Weise mißhandelten und nicht davor zurückschreckten, ein Altersheim zu brandschatzen [35], sind aus Mannheim »nur« Einzelfälle körperlicher Mißhandlung bekannt geworden. Teilen der Mannheimer Bevölkerung, insbesondere den *Niederbronner Schwestern,* war es sogar möglich, den über den Rhein flutenden bedrängten Pfälzer Juden zu helfen.

Es dürfte unzweifelhaft feststehen, daß bis weit in die Parteikreise hinein die Ak-

---

[31] Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim I KL 13/47.

[32] Z. B. Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim I KLs 4/49. Aussagen des K. W. vom 20. (29.) 7. 1948. Einige Angaben hierzu bringt auch das Interview des Mannheimer Morgen vom 10. 11. 1966 mit dem deportierten Mannheimer Bürger Hermann Edinger. Zu dessen Verhaftung auch Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim I KLs 29/46.

[33] HB 10. 11. 1938.

[34] HB 11. 11. 1938.

[35] Aussage des damaligen Leiters des Altersheims Neustadt/Pfalz. Die Ausschreitungen und die Zerstörung des Altersheims erwähnt der Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Stuttgart an das Department of State, Division of Communications and Records, in Washington vom 15. 11. 1938. Abgedruckt bei Sauer II, Nr. 304.

tion keinen positiven Widerhall fand [36]. Als Beispiel mag der Mannheimer Kreisleiter Schneider stehen. Er scheint sich nicht gescheut zu haben, im Gespräch mit Parteigenossen die Aktionen zu mißbilligen [37]. Ebenso sicher geht aus den nach dem Krieg erwachsenen Akten der gegen Rädelsführer durchgeführten Prozesse hervor, daß er sich nicht entschieden distanzierte, geschweige denn etwas unternahm, die Aktion, insbesondere die Sprengung der Synagoge, bei der er zugegen war, zu unterbinden. Im Einzelfall wird von einer *Nichtarierin* berichtet, daß die *SA* eine Straße abriegeln mußte. Dies geschah nicht – wie es offiziell hieß – gegen plündernden Mob, sondern gegen aufgebrachte Bürger.

Den besten und würdigsten Bericht von der Stimmung der gerecht denkenden Bevölkerung gibt die *Neue Mannheimer Zeitung*. Dem Verfasser ist keine einzige im *NS*-Staat veröffentlichte, jedermann zugängliche Stellungnahme zur Kristallnacht bekannt, die dem von der *Neuen Mannheimer Zeitung* in ihrer Mittagsausgabe vom 10. November publizierten Stimmungsbild »Rauch« an Aussagekraft gleichkommt [38]. Alle Worte sind so gewählt, daß sie auch auf den Herbst und bevorstehenden Winter bezogen werden können. Doch unter dem Eindruck der Geschehnisse des 10. November gewinnt jeder Satz doppelte Aussagekraft. Der Verfasser scheut sich z. B. nicht zu sagen, daß der Zementbelag des Radfahrwegs der Adolf-Hitler-Brücke »schon merklich abgeschliffen« sei. Drei Aspekte dieser mutigen doppelsinnigen Betrachtung sind es wert, hervorgehoben zu werden.

»Kein Zweifel«, sagt die *Neue Mannheimer Zeitung*, »es wird doch Winter werden! Das hat sich heute kundgetan«. Die *Neue Mannheimer Zeitung* hatte, wie die Mehrzahl der Bürger, sich bereiterklärt, mit den guten Kräften des Nationalsozialismus zusammenzuarbeiten [39]. Diese Linie, die insbesondere im Jahre 1933 herausgekehrt wurde und durch Eintritte honoriger Persönlichkeiten in die Partei sinnvoll scheinen konnte, hatte dem Blatt ein Überleben gesichert. Für viele Bürger verdeckten äußere Erfolge des *NS*-Staates immer wieder die Erkenntnis des wahren Wesens des Nationalsozialismus. Je nach politischer Reife war in verschiedenen Entwicklungsstadien des Systems einzelnen die Erkenntnis von der Verderbtheit und dem wahren Charakter des *NS*-Staates gekommen.

Jetzt konnte und mußte jeder, der es sehen wollte, das wahre Gesicht des Nationalsozialismus erkennen. Bei den Verfolgten äußerte sich dies in einer sich zur Flucht steigernden Emigrationsbewegung. Die Stimmung der *arischen* Bevölkerung charakterisiert die Betrachtung mit dem Satz: »Da ist nichts mehr von Jubel, von Farbe und Licht. Grau und Schwarz sind Diktator geworden«.

Fein umschreibend bringt der Autor das Leid, welches die Taten verursachten und

---

[36] Zahlreiche Hinweise z. B. in Akten des Sondergerichts Mannheim SoKLs 9/40.

[37] Zeugenaussagen in Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Ks 5/49. Vor allem Hans Speidel (von 1937–1939 Erster Generalstabsoffizier der 33. Infanterie-Division in Mannheim) und Heinrich Goebels (1938–1945 Präsident der Industrie- und Handelskammer); dagegen Erklärungen des W. Loubier vom 2. 10. 1945 zum Fragebogen MGPS/G/9 a der Militärregierung, 16/67 – 3.

[38] NMZ 10. 11. 1938, S. 3.

[39] NMZ 17. 10. 1933, Mittagsausgabe. Die »Klarstellung in eigener Sache« ist für den Kurs der NMZ in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich.

das jeden nicht völlig verhärteten Menschen berühren mußte, zum Ausdruck, wenn er sagt: »Dieses schmutzige Grau, das dem ausschreitenden Morgen nicht weichen will, hat Tränen in den Augen und man fühlt, davon benetzt zu werden«.
Auf die Zukunft weist die bange Frage, ob die Rauchwolken, die als Fahnen über der Stadt stehen, weichen oder stehenbleiben werden. Wenn sie weichen, wird der Ruß, der dann herniederregnet, jedoch nur »mit viel Seife wieder wegzuwaschen sein«.
Während der Aktion am 10. November und am Tage danach wurden viele Werte von der *SA* beschlagnahmt. Diese waren nach einem Fernschreiben, welches allen *Stapo(leit)stellen* zuging, folgendermaßen zu behandeln [40]. Sachwerte (Schmuck, Bargeld, Gebrauchsgegenstände), deren Besitzer noch feststellbar waren, sollten, sofern der Wert 1000.– RM nicht überstieg, zurückgegeben werden. Lebensmittel sollten in jedem Fall dem Einzelhandel zugeführt werden. (Ausgenommen waren nur beschlagnahmte Güter, die nachweislich einem *Arier* gehörten.) Konfektionsbestände sollten »im Benehmen mit den örtlichen Dienststellen des Einzelhandels« den Besitzern zurückgegeben werden. Sachwerte von höherem Schätzwert als 1000.– RM durften den Besitzern belassen werden, sofern sie unmittelbar vor der Auswanderung standen.
Der *Geheimen Staatspolizei* fielen, nachdem die *SA* ihr Zerstörungswerk vollbracht hatte, alle entscheidenden Aufgaben zu. Über den Umfang der Rückerstattungsaktion und über die Art ihrer Durchführung in Mannheim besitzen wir kaum Unterlagen. Da es sich hier um geheime Anweisungen handelte, dürften nicht all zu viele Juden von der Möglichkeit, ihr Eigentum wenigstens bis zu einem Sachwert von 1000.– RM zurückzufordern, gewußt haben. Ob sie es dann taten, bleibt fraglich, denn mit der *Geheimen Staatspolizei* wollte ohnehin niemand etwas zu tun haben. In zwei Einzelfällen ist zu belegen, daß Geschäftsinhabern Ware zurückgegeben wurde, doch in beiden Fällen handelte es sich um Geschädigte, die eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besaßen [41]. Ob die Textilgeschäfte, deren Waren noch am 11. November in geordneter Form abtransportiert worden waren [42], ihr Eigentum zurückerhielten, erscheint äußerst zweifelhaft. Wahrscheinlich sind diese Güter »im Benehmen mit den örtlichen Einzelhandelsverbänden« einer anderen Verwertung, vermutlich durch die *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt* zugeführt worden [43].

---

[40] Nue 253 614 vom 26. 11. 1938, 1445 Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim, Generalakten Staat und Rasse; AZ: 112.
[41] 1. Polnischer Staatsangehöriger (Adolf Engel, Firma Geschwister Strauß). Schreiben an die Gestapo wegen der in B 4, 2 gelagerten Waren.
2. Schweizer Staatsangehöriger (Benno Furchheimer). Mit Teppichen aus dem Warenlager des Textilgeschäfts Furchheimer hatte die Ortsgruppe Neckarau ihre Räumlichkeiten ausgelegt. Die Teppiche mußten zurückgegeben werden. Zeugenaussage der Leonore Kramlich in den Akten Staatsanwaltschaft Mannheim III KLs 16/48.
[42] Vgl. die Beschreibung des Abtransportes seiner Warenvorräte im Schreiben des Emil Nachmann, Tuchgroßhandlung in Mannheim, D 7, 6, an die Geheime Staatspolizei Mannheim vom 18. 11. 1938, 16/67 – 3.
[43] Auf diese Handhabung weist eine Eingabe des Manufakturwarengeschäfts Eder, aller-

Ein besonderes Problem bildeten für den *NS*-Staat die anläßlich der Pogrome vorgekommenen Plünderungsfälle. Aus allen entsprechenden Akten ergibt sich, daß wesentliche Werte von den Akteuren des 10. November – wie nicht anders zu erwarten – entwendet wurden. In diesen Fällen hatte die Strafverfolgung einzusetzen [44]. Der Oberstaatsanwalt Mannheim hatte nach Abschluß der Ermittlungen die Akten mit einem Entwurf der beabsichtigten abschließenden Verfügung dem Reichsminister der Justiz vorzulegen. Auch der Oberstaatsanwalt, als Leiter der Anklagebehörde beim Sondergericht, hatte vor Anklageerhebung wegen Straftaten, die im Zusammenhang mit der »Judenaktion vom 10. 11. 1938« standen, »die Akten mit einem Entwurf der Anklageschrift vor Erhebung der Anklage ... dem Herrn Reichsminister der Justiz vorzulegen« [45].
Für Mannheim scheinen mindestens zwei Verfahren anhängig gewesen zu sein [46]. Akten oder Schriftstücke, aus denen sich Näheres schließen ließe, sind heute jedoch nicht mehr auffindbar [47].

---

dings einer Großhandlung, hin. Dem in der Arisierung befindlichen Geschäft waren die Warenvorräte genommen und im Rathaus E 5 eingelagert worden. Sie sollten jedoch nur herausgegeben werden, wenn nachgewiesen werde, daß der »arische« Kaufinteressent das Geschäft übernommen habe. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle.

[44] Schreiben des Generalstaatsanwalts, Karlsruhe, 25. 11. 1938 an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mannheim. Staatsanwaltschaft Mannheim, Generalakten Staat und Rasse; AZ: 112.

[45] Erlaß des Generalstaatsanwalts Karlsruhe vom 25. 11. 1938 an den Oberstaatsanwalt als Leiter der Anklagebehörde beim Sondergericht in Mannheim. Abschrift: Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim. Allgemeine Erlasse und Anordnungen für das Sondergericht.

[46] In den zweimonatlichen Lageberichten des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Mannheim an den Generalstaatsanwalt in Karlsruhe findet sich in dem unter dem Datum des 12. 12. 1938 abgefaßten Bericht ein Hinweis, daß der Oberstaatsanwalt über die »Spontane Aktion gegen die Juden am 10. 11. 1938« auf Erlaß vom 19. 11. 1938 (1121 I – 1) am 22. 11. 1938 allgemein sowie hinsichtlich der bis dahin anhängig gewordenen Verfahren im besonderen berichtet hat. Gemäß Erlaß vom 25. 11. 1938 (1121 I – 2) wurden wenig später in zwei weiteren abschlußreifen Fällen die Akten unter Anschluß eines Entwurfs der Anklageschrift zur Weiterleitung an den Reichsminister der Justiz vorgelegt. Die zweimonatlichen Lageberichte befinden sich in den Sammelakten E 401 [a].

[47] Schreiben des Justizministeriums Baden-Württemberg 2000 b – I/46 vom 31. 8. 1966, D 9 – 3 J.

IV. Die antijüdischen Maßnahmen im Spiegel der Umwelt

1. Die Presse

Die Mannheimer Bevölkerung wählte vornehmlich Erzeugnisse der Mannheimer Presse als Zeitungslektüre. Daher soll vor allem die Bedeutung dieser Presse im Hinblick auf die nationalsozialistische Herrschaft und ihr antisemitisches Programm gezeigt werden.

Die sozialdemokratische Presse

Als entschiedenster Gegner des Nationalsozialismus kann die Mannheimer *Volksstimme* gelten [1]. Im Jahre 1933 wurde sie von Heinrich Harpuder geleitet, der dem Redaktionsstab seit 1911 angehörte. Er war von Ludwig Frank als politischer Redakteur angeworben worden und hatte sich bemüht, das Blatt zu einer modernen Zeitung mit weltpolitischen Interessen auszubauen [2]. Diese der SPD nahestehende, in Arbeiterkreisen gelesene, Zeitung erschien noch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise mit einer Gesamtauflage von 22 800 Exemplaren [3]. Durch diese verhältnismäßig hohe Auflage, die das *Hakenkreuzbanner* erst 1933/34 erreichte, lieferte sie den Beweis, daß die Mehrzahl der Arbeiter, als deren Vertreterin sich die *NSDAP* schon durch ihren Namen ausgab, der Sozialdemokratie und nicht dem Nationalsozialismus zuneigte. Dieser entschiedene Gegner und mächtige Konkurrent auf dem Pressesektor wurde nach der Reichstagswahl vom März 1933, im Zuge der *Gleichschaltungsaktionen,* in der Nacht vom 9. zum 10. März beseitigt: *SA*-Leute in Zivil inszenierten einen Volksauflauf, stürmten die Redaktionsräume

---

[1] Besonders deutlich wird dies in dem Aufsatz des Hakenkreuzbanners vom 31. 3. 1933 »Die Volksstimme darf nie mehr erscheinen«. In einer Zwischenüberschrift sagt das HB »Vom Tage an, da die ›Volksstimme‹ ihr Erscheinen einstellen mußte, war eine zunehmende Beruhigung der gesamten Bevölkerung festzustellen«. – Leider liegt diese wichtige Zeitung nicht mehr vor. Die Archivbände wurden nach Besetzung der Redaktion im Jahre 1933 augenscheinlich vernichtet.

[2] Ausführlicher Bericht des Chefredakteurs Heinrich Harpuder aus dem Jahre 1966 im Stadtarchiv Mannheim, D 9 – 3. Großangelegter Angriff auf die Zeitung und ihren Chefredakteur HB 18. 4. 1931.

[3] Alle Zahlenangaben nach Sperling.

und nahmen sie für die Partei in Besitz. Der von den Nationalsozialisten gehaßte Chefredakteur entging nur durch Flucht und Emigration der Verhaftung [4]. Die »Bürgerliche Presse«, die in Mannheim als weiterer potentieller Gegner verblieb, brauchte – abgesehen vom *Neuen Mannheimer Volksblatt* – nicht entsprechend zum Schweigen gebracht zu werden. Ihre weniger entschiedene Opposition ließ es der *NSDAP*, die sich angesichts der noch ungefestigten Herrschaft nicht zu viele Gewaltakte leisten konnte, angezeigt erscheinen, diese Blätter vorerst bestehen zu lassen und auf eine Gleichschaltung zu hoffen.

Die bürgerliche Presse

Die Mannheimer »Bürgerliche Presse« läßt sich in folgende Gruppen aufgliedern:

1. Die Vorortzeitungen,
2. die überregionalen Zeitungen,
3. die nur für den Stadtkreis Mannheim bedeutsamen Zeitungen.

Zu 1: Die Vorortzeitungen fanden außerhalb einzelner sich eines gewissen Eigenlebens erfreuender Stadtteile kaum Beachtung. Die bedeutendste, der *Sandhofener Anzeiger*, brachte es im Jahre 1933 auf eine Auflage von 1600 Exemplaren [5]. Aus der Wiedergabe vorwiegend judenfreundlicher Äußerungen höherer *NS*-Führer sowie aus der auch nach 1933 fortgesetzten Annahme von *Judeninseraten* läßt sich die Grundhaltung der Herausgeber erschließen [6]. Jedoch stellte das Blatt keinen ernstzunehmenden Gegner für das *Hakenkreuzbanner* dar. Es beschränkte sich im wesentlichen auf eine unverfängliche Berichterstattung. Diese mangelnde politische Linie sicherte ihm ein Überleben. Die Auflage des *Sandhofener Anzeigers* sank je-

[4] Von der Schutzhaftverhängung berichtet eine Mannheimer Zeitung (Mannheimer Tageblatt? Nur Ausschnitt erhalten). – Seine Bedeutung als Gegner des Nationalsozialismus ist nicht nur aus der mündlichen Überlieferung zu ersehen, sondern aus der Beachtung, die das Hakenkreuzbanner dem längst nicht mehr in Deutschland weilenden Manne schenkte (z. B. HB 22. 1. 1934; HB 12. 6. 1935). Noch am 25. 11. 1938 schreibt das Hakenkreuzbanner über Heinrich Harpuder und seine Gesinnungsgenossen: »Mit Argusaugen wachen sie ...«. – Zu den Gleichschaltungsaktionen in Baden siehe Rehberger, S. 90 ff., zur Schließung der Volksstimme, S. 101.

[5] Die Zeitung ist vollständig in der Redaktion erhalten.

[6] So berichtet der Sandhofener Anzeiger in seiner Ausgabe vom 7. 2. 1933 über die Unrechtmäßigkeit der Gleichschaltung der preußischen Regierung und die geplante Anrufung des Reichsgerichts. Am 14. 3. 1933 berichtet der Sandhofener Anzeiger über einen vermutlich durch SA-Leute verübten Mord am Kieler Rechtsanwalt Spiegel. – Über Antisemitismus schreibt das Blatt erstmals zum Boykott im April 1933. Es berichtet charakteristischerweise von einer gegen die Benachteiligung von Juden gerichteten Äußerung Görings, und zwar, daß kein Mensch nur deswegen benachteiligt werden solle, weil er Jude sei. – Ein weiteres Indiz für die wohlwollende Haltung des Blattes ist das Verschweigen judenfeindlicher Sandhofener Kundgebungen; z. B. erfahren wir nur durch das HB 15./16. 4. 1933 von dem in einer Sandhofener Versammlung »Kampf den Juden« herausgegebenen Appell, jede jüdische Unternehmung zu boykottieren.

doch in den Jahren nach 1933 erheblich ab. Keine der größeren Mannheimer »Bürgerlichen Zeitungen«, sofern sie nicht durch Zwang der *NSDAP* unterdrückt wurden, mußte von 1933 bis 1937 um ein Drittel ihrer Auflage zurückgehen [7].

Zu 2: Die wichtigste Mannheimer Zeitung, die überdies in ganz Baden abgesetzt wurde, war die *Neue Badische Landeszeitung*. Dieses liberale Blatt, welches vom *Hakenkreuzbanner* wegen der Berichterstattung über die Zerstörung des Ludwig-Frank-Denkmals als »judenfreundlich« gebrandmarkt war, gab nationalsozialistischen Extremisten nicht nur durch seine politische Einstellung Anlaß zu Hetzereien. Vor allem schien der jüdische Alleininhaber der Zeitung in diesem Einzelfall das Schlagwort von der »verjudeten Presse« zu bestätigen [8]. Die *Neue Badische Landeszeitung* wurde in dem seit 1838 bestehenden Mannheimer Verlag *J. Bensheimer*, der das Blatt 1876 erworben hatte, verlegt [9]. Nach der *Machtergreifung* bemühte sich die Partei durch Mittelsmänner, die angesehene Zeitung zu erwerben und als gleichgeschaltetes Parteiorgan weiterzubetreiben [10]. Als dies am Widerstand des Inhabers scheiterte und auch die Belegschaft des boykottierten Blattes bereit war, Gehaltskürzungen bei der sich nicht mehr rentierenden Zeitung hinzunehmen, betrieb die Partei ihre Vernichtung [11]. Zunächst wurde dem jüdischen Besitzer ohne Rechtsgrundlage verboten, seinen Betrieb zu betreten. In dem seiner Führung beraubten Unternehmen erschienen sodann »dunkle Gestalten«, die vor den Betriebsangehörigen gegen »den Juden« und »sein Judenblatt« hetzten. Als wichtigster Schlag gegen das Unternehmen erwies sich jedoch die auf Käufer und Inserenten abzielende Hetzpropaganda, die heute im einzelnen nicht mehr belegt werden kann. Auf den ungezählten Parteiabenden, Appellen und verschiedenartigsten Versammlungen wurde gegen dies Blatt gehetzt. So wagten weder die Bezieher, ihr Abonnement aufrecht zu erhalten, noch die Mannheimer Geschäfte, weiterhin in dem früher bevorzugt mit Anzeigen der gehobenen Geschäftswelt bedachten Pres-

---

[7] Zum Neuen Mannheimer Volksblatt siehe unten S. 208.

[8] Außerdem forderte das Parteiprogramm die Entfernung. In Mannheim war mit der Verdrängung des Inhabers Gütermann dieser Punkt erfüllt. Die allgemeine Verdrängung der Juden aus dem Pressewesen konnte das Hakenkreuzbanner erst am 6. 7. 1935 verkünden.

[9] Die von einem Mitarbeiter des Verlags aufgezeichnete Geschichte des Unternehmens im Stadtarchiv, D 9 – 5 H.

[10] Einzelheiten EK 8980, 16. 3. 1953.

[11] Vgl. Bericht der Kreiskampfbundleitung vom 3. 8. 1933 über die Aussprache mit dem Leiter der NBL. GLA Doc. center Ma 45. In diesem Bericht wird auch die Ablehnung der Verträge auf Übernahme der NBL durch einen von der Zeitung gewünschten »arischen« Herrn zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es: »Die Kreiskampfbundleitung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es für Mannheim nur eine Zeitung, das ist das Hakenkreuzbanner, gibt«. Die NBL habe »als Organ des Mannheimer Judentums ... zu verschwinden«. Das Hakenkreuzbanner hatte bereits nach einem scharfen Angriff auf die NBL am 13. 1. 1933 programmatisch verkündet: »Die ›Neue Badische‹ ist auf Abbruch zu verkaufen – geschenkt zu teuer, meine Herren! ... Das lecke NBL-Schiff wird mit den Lotsen untergehen ...«.
Das Hakenkreuzbanner vom 1./2. 4. 1933 berichtet, daß den städtischen Stellen der Bezug der Neuen Badischen Landeszeitung verboten wurde.

seorgan zu inserieren. Nach einer Mitteilung des *Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes* gingen bereits im August 1933 95 Prozent der Mannheimer Inserate an das *Hakenkreuzbanner* [12], d. h. die als »Judenblatt« verschriene *Neue Badische Landeszeitung* erhielt praktisch keine Anzeigen mehr. Nachdem das *Hakenkreuzbanner,* dem das Eingehen einer Konkurrenzzeitung nur lieb sein konnte, auch die Übernahme der noch verbliebenen Abonnenten durch die *Neue Mannheimer Zeitung* propagandistisch hintertrieben hatte, stellte die *Neue Badische Landeszeitung* am 28. Februar 1934 ihr Erscheinen ein [13].

Zu 3: Zwei für den Stadtkreis Mannheim bedeutsame Zeitungen waren die *Neue Mannheimer Zeitung* und das *Mannheimer Tageblatt (Badischer Generalanzeiger).* Beide Blätter hielten im wesentlichen ihren Abonnentenstamm. Die Auflage der *Neuen Mannheimer Zeitung* sank von 25 000 auf 21 700 Exemplare im Jahre 1935 und 1937. Die Auflage des *Mannheimer Tageblatts* verringerte sich im gleichen Verhältnis [14].

Von beiden Zeitungen konnten keine noch lebenden Mitarbeiter ermittelt werden, die über das Geschehen in der Redaktion nach 1933 hätten aussagen können. Doch ist die *Neue Mannheimer Zeitung* erhalten. Ihr Studium ergibt besonders für das Jahr 1933 interessante Aufschlüsse über die Formen, in denen eine Zeitung während des Dritten Reiches ein gewisses eigenständiges Dasein behaupten konnte.

Im März 1933 war es der *Neuen Mannheimer Zeitung* möglich, durch ihre Berichterstattung einen gewissen Druck auszuüben. Dies zeigte sich z. B. bei der Schließung jüdischer Geschäfte durch die *SA-Standarte 171* [15]. Erst durch die Berichterstattung in der *Neuen Mannheimer Zeitung* wurde die *Standarte* zu einer Erklärung gezwungen. Die selbst mit dieser fadenscheinigen Gegendarstellung überhaupt nicht zu rechtfertigende Schließung jüdischer »Ramschbuden« [16] nicht nur für den Nachmittag des Volksauflaufs erfahren wir nur aus einer wenige Zeilen umfassenden Notiz dieses Blattes. Doch nicht nur bei dieser Form der Opposition schien äußerste Vorsicht angebracht. Das *Hakenkreuzbanner* wachte streng über die konkurrierenden Blätter. Selbst bezeichnende Auslassungen spürte es auf und prangerte

---

[12] Bericht der Kreiskampfbundleitung vom 3. 8. 1933 über die Aussprache mit dem Leiter der NBL. GLA Doc. center Ma 45.

[13] Die NMZ war auf Anregung des Reichstreuhänders der Arbeit, Karlsruhe, bereit, etwa ein Drittel der arbeitslos werdenden Beschäftigten bei Überlassung der Abonnentenlisten zu übernehmen. Das Hakenkreuzbanner warb bereits am 21. 2. 1934 unter der Überschrift »7000 Leser suchen eine neue Zeitung« um die treugebliebene Leserschaft der NBL. In diesem einen Fall, in dem sich die NMZ mit höheren nationalsozialistischen Würdenträgern einig wußte, wagte sie einen Angriff auf das Hakenkreuzbanner, indem sie unter dem Titel »Arbeitsbeschaffung« von den Vorgängen berichtete, auf die Übernahme der Abonnenten verzichtete und es dem Hakenkreuzbanner überließ, für die arbeitslose Belegschaft Arbeitsplätze zu beschaffen. NMZ 22. 2. 1934. Gegenangriff im HB 22. 2. 1934.

[14] 1933: 20 000; 1935: 16 800; 1937: 16 800.

[15] Siehe oben S. 112 f.

[16] Bericht des HB vom 16. 3. 1935.

Und der „Dade" nahm Abschied von Mannem

Die in unserer Stadt ansässigen Juden wurden abgeschoben / Unter sicherer Eskorte

Es hob an ein großes Heulen und Wehklagen — nämlich am Donnerstagnachmittag, als die in Mannheim wohnenden polnischen Staatsbürger vom Stamme Israel in das Land abgeschoben wurden, aus dem sie nach Deutschland eingewandert waren.

Ihre Einwanderung war nämlich erfolgt, als nach 1918 Deutschland tief darniederlag und die polnischen Juden zu uns kamen, um ihre „Geschäftche" zu machen. Und daß sie wirklich ihre Geschäftche machten, das wissen wir alle nur zu genau, denn auch diese Mischpoke gehorte zu den Blutsaugern, die eifrigst mithalfen, das Volk immer näher an den Abgrund zu bringen, vor dem es unser Führer mit seinen Getreuen im letzten Augenblick zurückreißen konnte.

Nun war der Bart ab! Das heißt, man ließ diesen Juden polnischer Staatsangehörigkeit — sofern vorhanden — ihren Bart, aber man machte mit ihnen kurzen Prozeß: man schob sie ab. Um die Sache nicht zu verzögern und um den Juden jegliche Möglichkeit zu nehmen, irgendein Hintertürchen zu finden, sammelte man schlagartig alle diese Juden mit dem polnischen Staatsbürgerausweis und brachte sie zusammen in einen hierfür geeigneten Raum beim Schloß. Von dort aus traten die 75 Auserwählten Israels die Reise in die Heimat an.

Polizei äußerst höflich — aber kühl

Die Polizei war sogar so entgegenkommend, daß sie ihre Fahrzeuge für die Fahrt vom Schloß zum Hauptbahnhof zur Verfügung stellte. Allerdings sorgte die Polizei auch hier wieder dafür, daß jeder der Auserwählten auch das Fahrzeug bestieg und da das Abspringen bekanntlich während der Fahrt von Fahrzeugen aller Art grundsätzlich verboten ist, nahm man auch jede Möglichkeit, diese Bestimmung zu übertreten.

Ehe die Polizeiwagen abfuhren, gab man den Juden noch Reiseproviant, — fein säuberlich in Tüten verpackt — und dazu zwei Kommißbrote in den Arm. Mehr konnte man wirklich nicht verlangen, denn bis zur polnischen Grenze reicht bestimmt diese „Marschportion"!

Der weibliche Anhang dieser Mischpoke war in rauhen Mengen am Ballhaus versammelt und winkte den „Dades" zu, die aber nicht viel von diesen Abschiedsovationen entgegennehmen konnten, weil man — sicherlich wegen des kalten Wetters! — die Seitenteile der Polizeiwagen geschlossen hatte.

Rührseliges Abschieds-Gemauschel

Am Hauptbahnhof angekommen setzte nochmals eine Kontrolle ein und dann hieß es eingestiegen in die bereitstehenden Wagen dritter Klasse. Inzwischen hatten sich die Familien der polnischen Juden in der Schloßgartenstraße und auf den verschiedensten Bahnsteigen eingefunden, um nochmals Winkewinke zu machen. Es dauerte aber noch einige Zeit, ehe der Sonderzug sich in Bewegung setzte, denn die großen Polizeiwagen mußten dreimal fahren, ehe man alle von „unsere Lait" an den Hauptbahnhof gebracht hatte.

Dort warteten in zwei weiteren Wagen bereits die polnischen Juden, die die Gauhauptstadt Karlsruhe „beehrt" hatten. Als dann ein Sonderzug mit leeren Wagen von Ludwigshafen kam, hängte man die besetzten Wagen an und dampfte weiter gen Heidelberg. Unterwegs sind dann die leeren Wagen noch besetzt worden, denn nicht nur Mannheim schob seine polnischen Juden ab, sondern auch anderswo entledigte man sich dieser Fremdkörper.

Während des Abtransportes und der Verladung gab es natürlich ein großes Gemauschel, zumal vereinzelt Vater und Sohn mit Köfferchen und Koffern „bewaffnet" die Fahrt in die Heimat antraten. Einmal winselte so ein Jude, der früher ein Möbelgeschäft in Mannheim betrieb, mit weinerlicher Stimme nach dem „Dade", den er an der Hand geführt hatte und der etwas zurückbleiben mußte, weil die „Abfertigung" nur einzeln erfolgen konnte. Aber man tröstete den Abraham, denn sein Dade durfte bei ihm bleiben! —j.—

Die schönen Tage in - Mannheim sind nun zu Ende



Der Dade ist sehr skeptisch — Versuche mers halt wo anners! — Bitter, Cohn, sehr bitter...



14. *Mitglieder der Chewra Kadischa, Lemle-Moses-Klaus-Synagoge, Mannheim. – Von links nach rechts (Auflösung durch das Leo Baeck-Institut, New York):* 1. Reihe (sitzend): *Rabbiner Dr. Lauer, Bernhard Kaufmann (Vorstand), Rabbiner Dr. Unna, Herr Simon Sr. (50 Jahre Mitglied der Chewra Kadischa), Herr Oppenheimer (Sofer), Herr Traub, Herr Rieder.* 2. Reihe: *Prof. Dr. Levi, Herr Lissberger, Herr Dreyfuss?, Otto Simon (Direktor der Kultusgemeinde Mannheim), Herr Graber, Nathan Zatskis, Herr Herbst.* 3. Reihe: *Herr Marburg, Dr. Buttenwieser, Markus Ohrenstein, Herr Epstein (Kantor), Herr Einstein.*

sie an. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten vom 15. bis 22. Oktober 1933 abgehaltene Werbewoche des deutschen Handwerks wurde in Mannheim groß gefeiert [17]. In einem Festzug bewegten sich die verschiedenen Innungen durch die Stadt. Auf Festwagen zeigten sie Erzeugnisse ihres Handwerks. Die Schreinermeister hatten zwei Festwagen ausgerüstet. Hierüber schreibt die *Neue Mannheimer Zeitung* [18]. »Auf dem einen Gefährt sah man schlechte Möbel, mit denen sich der Hausherr abzuärgern hatte. Der nächste Wagen führte in ganz ausgezeichneter Weise Qualitätsarbeit vor, wie sie nur vom Handwerker geliefert werden kann«. Diese beiden in einem Bericht von mehr als einer Zeitungsseite stehenden Sätze griff das *Hakenkreuzbanner* aufs schärfste an. Die Schreiner hatten die auf dem ersten Wagen ausgestellten Möbelstücke deutlich als aus einem jüdischen Warenhaus stammend bezeichnet [19]. Diesen Sachverhalt verschwieg die *Neue Mannheimer Zeitung*. Diese und andere Angriffe auf die »judenfreundliche Bürgerliche Presse« [20] sowie die einem Angriff auf das *Mannheimer Tageblatt* folgende Anregung, das Polizeipräsidium solle sich dieses Blatt ansehen, und die unverhüllte Drohung »Wir haben nichts verlernt, Herrschaften! Wir werden uns auch bei Ihnen durchzusetzen wissen« [21], mahnten zur Zurückhaltung. So finden wir nach der Besetzung des *Neuen Mannheimer Volksblatts* durch die *SA* [22] eine andere Form oppositioneller Gesinnungsäußerung fast völlig das Feld beherrschen: die der getreuen Berichterstattung. Gleich nach dem Januar 1933 hatte die *Neue Mannheimer Zeitung* diese Linie beschritten. Und zwar berichtete sie gezielt entweder von zeitgebundenen positiven Äußerungen der nationalsozialistischen Führung [23] oder es erstattete genau Bericht über Maßnahmen der *NS*-Regierung (z. B. »Schutzhaftverhängungen«), so daß sich die Mannheimer Bürger kaum über die Kräfte, die ins Spiel zu kommen begannen, täuschen konnten [24].

---

[17] Vgl. die Berichte in der NMZ vom 14. bis 16. 10. 1933.

[18] 16. 10. 1933, S. 3 f.

[19] HB 16. 10. 1933. Eine andere derartige Auslassung: Die NMZ hatte über einen von der Kreisleitung Mannheim veranstalteten Vortrag »Wie sieht es in Österreich aus« geschrieben, aber die antisemitischen Äußerungen des Redners nicht wiedergegeben. In einem Leserbrief an das Hakenkreuzbanner stellt ein Parteigenosse die »rücksichtslose Bekämpfung einer derartigen Presse in Aussicht«. NMZ 13. 10. 1933, HB 14. 10. 1933.

[20] HB 18. 4. 1934. – Angriff auf das Mannheimer Tageblatt, das die Ausstellung eines NS-Malers kritisiert hatte, aber vor 1933 nichts gegen »Pechstein und Cohnsorten« gesagt hatte; ferner HB 4. 5. 1933.

[21] HB 17. 7. 1933 (Diese Drohung erfolgte allerdings nicht im Anschluß an eine judenfreundliche Äußerung, sondern wegen der Veröffentlichung eines als prosowjetisch ausgelegten Briefs). Am 2. 6. 1933 hatte das Hakenkreuzbanner in einem Artikel »Will der Rotarier Meißner nach Kislau?« gegen das Blatt Stellung genommen (Meißner war Chefredakteur der NMZ).

[22] Siehe unten S. 210.

[23] Frick sagt, »daß es auch in der Ariergesetzgebung Grenzen gebe«, NMZ 2. 1. 1934 Abendausgabe »Die Rassenfrage in der Gesetzgebung«. Dazu auch Frankfurter Zeitung Nr. 895 vom 31. 12. 1933, S. 3.

[24] Z.B. NMZ 13. 3. 1933, Aufzählung der prominenten Mitglieder der früheren Stadtverwaltung, über die »Schutzhaft« verhängt war. Auch andere Fälle von Schutzhaftverhän-

Besonders charakteristisch für diese Taktik ist die Berichterstattung über Urteile des Sondergerichts. Hier wurden zahlreiche Bürger, zumeist aufgrund des sogenannten Heimtückeparagraphen, wegen unbedachter Äußerungen etc. verurteilt. Nachdem die meisten Urteile im Oberlandesgerichtsbezirk Karlsruhe, um keine unnötige Unruhe in der Bevölkerung hervorzurufen, nicht mehr zur Presseberichterstattung freigegeben wurden, berichtete die *Neue Mannheimer Zeitung* zum Ärger des Pressedezernenten beim Landgericht Mannheim allwöchentlich über die Urteile des benachbarten Sondergerichts Frankenthal, welches zum Oberlandesgerichtsbezirk Zweibrücken gehörte [25].

Derartige Formen der Opposition konnten jedoch kein ausreichendes Gegengewicht gegen den eigentlichen Gegner dieser Blätter bilden. Nur ein einziges Mal griff die *Neue Mannheimer Zeitung* das *Hakenkreuzbanner* öffentlich und mit Namen an [26].

So gab es nach dem Verschwinden der *Volksstimme* keine größere Mannheimer lokale Zeitung mehr, die den Bürgern ausreichende Information gegeben und gegen die *NSDAP* ausreichenden Widerstand geleistet hätte. Eine kleinere Zeitung, das *Neue Mannheimer Volksblatt*, war – mehr noch als die *Neue Badische Landeszeitung* – in der ersten Zeit nach der *Machtergreifung* der mutige Opponent [27]. Leider sind keine Exemplare dieser Zeitung auf uns gekommen. Die Festigkeit der Opposition und die Geschlossenheit dieses als Familienbetrieb aufgezogenen Blattes läßt sich am besten daran ablesen, daß die *NSDAP* und das *Hakenkreuzbanner* gegen diese Zeitung genau wie gegen die *Volksstimme* nur durch den »Volkszorn«, d. h. *SA*-Leute in Zivil, vorzugehen vermochten. Am 17. April 1934 kündigte das *Hakenkreuzbanner* nach einem ungemein scharfen Angriff auf das *Neue Mannheimer Volksblatt* an: »Wir schlagen zurück!« In seiner nächsten Nummer konnte es dann seinen Lesern berichten, daß eine »erregte Menschenmenge« das »*Neue Mannheimer Volksblatt* gestürmt« habe [28]. Derartige Gewaltmaßnahmen ließen natürlich auch die anderen Blätter äußerste Zurückhaltung üben.

Neben diesen Mannheimer Blättern verdient die *Frankfurter Zeitung* Erwähnung. Ihr kommt auch für Mannheim in Fragen der Judenverfolgung eine gewisse Bedeutung zu. Wegen der Terrormaßnahmen der *NSDAP* und der geringen Auflage verfügte die Mannheimer »Bürgerliche Presse« nicht über die Mittel, ein anspruchs-

---

gung, z. B. weil ein »arischer Unternehmer einen zum Betriebsobmann vorgesehenen Nazi entließ«, berichtet die Zeitung; dies Beispiel NMZ 22. 2. 1934.

[25] Die Rubrik hieß »Urteile des Frankenthaler Sondergerichts«. Z. B. NMZ 7. 5. 1936. Ein entsprechender Schriftwechsel des Pressedezernenten beim Landgericht Mannheim mit der Justizpressestelle für den Oberlandesgerichtsbezirk Zweibrücken in den Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim.

[26] Siehe oben S. 208. Anmerkung 13. – Eine wichtige Entgegnung auf Attacken des Hakenkreuzbanners erfolgte als »Klarstellung in eigener Sache« in der Mittagsausgabe der NMZ vom 17. 10. 1933.

[27] Sperling 1933: ohne Angabe der Auflage; 1935: 8500 Exemplare.

[28] Einzelheiten nicht bekannt, da die SA-Leute nicht erkannt wurden und somit nach 1945 kein Prozeß angestrengt werden konnte. Hinweise im Schreiben des Sohnes des verstorbenen Verlegers an das Stadtarchiv D 9 – 3 G.

volles Publikum ausreichend über die Möglichkeiten zu informieren, die ein vom Regime Gebrandmarkter, also vor allem die Juden, noch hatte, bzw. welche Gefahren ihm drohten.
So hielten viele Mannheimer die *Frankfurter Zeitung*. Vor allem ihrem Wirtschaftsteil kam Bedeutung zu. Daß diese Zeitung, die außerhalb des unmittelbaren Machtbereichs der Mannheimer Parteiformationen stand, für den Mannheimer Raum von Bedeutung war, erweist sich vor allem aus der Notiz, die das *Hakenkreuzbanner* von ihr nahm [29]. Nachdrücklich warnt es im Dezember 1934 die *Frankfurter Zeitung*, nicht »unverschämt« zu werden [30]. Das Blatt hatte von der »Nichtanwendung der Rasseprinzipien in der Wirtschaft« berichtet. Das *Hakenkreuzbanner* bestritt das Vorhandensein derartiger Erlasse. Ferner wendet es sich gegen die Forderung der *Frankfurter Zeitung*, man könne »die Judenfrage in Deutschland, was man auch im einzelnen wünschen mag, nur so lösen, daß man den Nichtariern in Deutschland ihren Lebensraum sichert und sie an bestimmten Aufgaben teilnehmen läßt, und zwar so eindeutig, daß auch in der Bevölkerung nicht mehr Unklarheiten entstehen können«.
Die Verlautbarung einer solchen Forderung, die der Hoffnung vieler Juden entgegenkam und der offizielle Äußerungen zu entsprechen schienen, konnte die Mannheimer »Bürgerliche Presse« anscheinend nicht wagen [31].

Die Parteipresse

Das *Hakenkreuzbanner* war im Januar 1931 als offizielles Parteiorgan für die Bezirke Mannheim und Weinheim begründet worden [32]. Im Januar 1931 erschien es wöchentlich, im Mai zweimal wöchentlich, und im Januar 1932 gelang ihm bereits der Sprung zur Tageszeitung. Nachdem es sich im Jahre 1931 hauptsächlich gegen »Bonzen«, Reparationspläne (Youngplan) und entsprechende Anleihen gewandt sowie die angeblich von der Regierung verschuldete Arbeitslosigkeit propagandistisch ausgenutzt hatte, trat ab 1932 und vollends ab 1933 das Judentum ins Blickfeld der Propaganda. Einen rapiden Aufschwung nahm das *Hakenkreuzbanner*, nachdem die *NSDAP* zur Massenpartei angeschwollen war. Von jedem Parteigenossen, der finanziell dazu in der Lage war, erwartete die Partei, daß er die Zeitung hielt. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und den auf sie folgenden Masseneintritten in die *NSDAP* wurde es jedem nach dem 30. Januar 1933 beitretenden Mitglied zur Pflicht gemacht, zwei neue Abonnenten für das *Hakenkreuzbanner* zu werben [33]. Ferner wurde von jedem Parteigenossen erwar-

[29] Z. B. HB 18. 10. 1934.
[30] HB 28. 12. 1934.
[31] Wenigstens ist keine solche Äußerung der vernichteten Blätter im Hakenkreuzbanner angegriffen worden.
[32] Erst ab 1. Januar 1935 befand sich das Hakenkreuzbanner ganz im Besitz der Partei. Akten Lessing-Gymnasium, III L, jetzt III k, I. Teil, 30. 1. 1935.
[33] Wieweit diese Bestimmung (veröffentlicht HB 28. 7. 1933) durchgeführt wurde, ließ sich nicht feststellen. Ferner wurde das HB neben dem Völkischen Beobachter, dessen Bezug vordringliche Pflicht war (Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts, Karls-

tet, daß er erst nach Abonnierung von drei Parteizeitungen (*Der Führer*, der *Völkische Beobachter*, das *Hakenkreuzbanner*) sich ein weiteres, nicht parteioffizielles Presseorgan hielt.

Der Abonnentenkreis weitete sich nach 1933 auch durch versteckte Gegner des Regimes aus: Wie anders als durchs *Hakenkreuzbanner* sollte man erfahren, gegen welche Bürger, Unternehmen oder politischen Mächte sich die Hetze wandte bzw. auf welche Maßnahmen vorbereitet werden sollte?

Im Kampf des *Hakenkreuzbanners* gegen die Juden lassen sich zwei Hauptaufgaben voneinander abgrenzen. Hitler hatte am 13. August 1930 in seiner ersten großen Rede, die er ausschließlich der Judenfrage widmete, erklärt [34]: »Unsere Sorge muß es sein, das Instinktmäßige gegen das Judentum in unserem Volke zu wecken und aufzupeitschen und aufzuwiegeln solange bis es zum Entschluß kommt, der Bewegung sich anzuschließen, die bereit ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen«. Eine der Hauptaufgaben der Parteipresse bestand darin, das Wecken, Aufpeitschen und Aufwiegeln zu übernehmen.

Die daraus folgende Aufgabe auf dem Gebiete der Judenpolitik umreißt das *Hakenkreuzbanner* selbst. Im Anschluß an eine programmatische Erklärung, daß die Judenpolitik als das A und O des Lebenskampfes der weißen Völker angesehen werden müsse, und im Anschluß an die Bekanntgabe einer Anordnung des Stellvertreters des Führers, in der er vor einer Unterstützung getarnter Judenfreundschaften warnt, stellt das *Hakenkreuzbanner* fest: »An uns aber liegt es, über die Ausführung der Weisungen unserer Führer täglich und überall zu wachen« [35].

Das Aufpeitschen geschah auch im *Hakenkreuzbanner* in den bekannten Stoßrichtungen nationalsozialistischer Propaganda. Fast täglich künden – insbesondere bis 1935 – Artikel von der Verjudung des deutschen Volkes, der Überfremdung der Intelligenzberufe, jüdischer Raffgier und jüdischem Verbrechertum [36]. Es war eine besondere Masche der Propaganda, »den Juden« nicht nur als Gefahr bzw. als Schuldigen an allem Elend hinzustellen, sondern ihn der Drückebergerei im Weltkrieg zu bezichtigen. Die Unhaltbarkeit all dieser Beschuldigungen bewies zwar der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.*, jedoch nach 1933 beherrschte allein die lautstarke *NS*-Propaganda das Feld.

---

ruhe, vom 10. 12. 1935, Nr. A 23 192), von Amtsstellen gehalten. Vgl. den diesbezüglichen Schriftwechsel zwischen Hakenkreuzbanner und Lessing-Gymnasium bzw. Kultusministerium aus dem Jahre 1933. Akten Lessing-Gymnasium III L, jetzt III k, I. Teil, – 31. 7. 1947.

[34] Helmut Krausnick, »SS-Staat II«, S. 307.

[35] HB 10. 10. 1934.

[36] Seit dem 1. Weltkrieg gab es keine nach Konfessionen gegliederte Verbrechenstatistik. Die Statistik von 1916 weist bei Vergehen wirtschaftlicher und gewerblicher Art entsprechend dem höheren Anteil der Juden an diesen Berufsgruppen einen über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung liegenden Prozentsatz auf. Bei Verbrechen liegt er jedoch zumeist unter dem prozentualen Anteil der Juden an der Bevölkerung; widerlegt also die Behauptung vom »jüdischen Verbrechertum«. CV Zeitung vom 14. 9. 1933 (mit Statistik in der Sammlung Wolff im Landtag Mainz).
HB 4. 9. 1937 heißt es: »Judentum ist organisiertes Verbrechertum«.

Das *Hakenkreuzbanner* führte alle landläufigen Argumente ins Feld, jedoch mit einer charakteristischen Eigenart: In seinen Attacken vermied es, das Mannheimer Judentum oder einzelne Gruppen desselben geschlossen anzugreifen. Was hätte näher gelegen, als die in Mannheim herrschenden Verhältnisse zum Beleg für die aufgestellten Thesen heranzuziehen? Einiges hätte gut belegt werden können. Beispielsweise war ein hoher Prozentsatz der Mannheimer Anwälte *nichtarisch*. Diese betreuten eine weit über Mannheim hinausgehende Klientel. Ebenso lag die Zahl der jüdischen Ärzte beträchtlich über dem Bevölkerungsanteil der Juden. Derartige Angriffe erfolgten nicht. Der Grund ist offensichtlich. Zu viele jener Menschen, die man mit der Propaganda umstimmen wollte, kannten die angegriffenen Menschen von Jugend auf und hatten von ihnen als Arzt oder Anwalt Gutes erfahren [37].

Noch einfacher ist die Tatsache zu begründen, warum angebliche jüdische Drückebergerei im Weltkrieg nie an Mannheimer Zahlen demonstriert wurde. Sie hätten zu dem für die *NS*-Propaganda beschämenden Resultat geführt, daß die Juden in gleicher Weise wie die nichtjüdischen Mannheimer ihre Pflicht erfüllt haben [38]. Überdies hatte wohl jeder Mannheimer Bürger jüdische Bekannte, die im Weltkrieg gekämpft hatten.

So blieb für die Hetze neben der allgemeinen Beschwörung der »jüdischen Gefahr« noch der aufgebauschte Einzelfall, um das Volk »aufzupeitschen« und es der *Bewegung* zu ermöglichen, die Konsequenzen zu ziehen. Diese »Konsequenzen« bedeuten bis zum Jahre 1938 stets entsprechende Gesetze, die auf eine Zerstörung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden hinausliefen.

Die Beamten- und Hochschulgesetzgebung des Jahres 1933 traf bei einem Großteil der Bevölkerung auf »Verständnis« – oder Desinteresse. Auf sie brauchte nicht vorbereitet zu werden. Der nächste große Schritt in der Gesetzgebung waren die *Nürnberger Gesetze*, und diese bedurften in Mannheim, wie wohl überall im Reich, intensiver propagandistischer Vorbereitung. Diese setzte im Frühjahr 1934 ein. Der Begriff der *Rassenschande* mußte eingeführt werden und »Verständnis« vorbereitet werden für die Forderung nach völliger Absonderung vom Juden, der, irgendwelchen Talmudgesetzen folgend, das deutsche Volk »provozierte« und es zu »zersetzen«, »vergiften« und zu »erniedrigen« trachtete.

---

[37] Das Hakenkreuzbanner griff also nicht die Mannheimer Rechtsanwaltschaft geschlossen an, sondern einzelne Rechtsanwälte, die sich seiner Meinung nach »Unverschämtheiten« hatten zuschulden kommen lassen (Angriffe z. B. HB 12. 1. 1933 Rechtsanwalt Paul Jüdel; HB 20. 7. 1933 Max Hachenburg; HB 8. 8. 1933 Otto Pfeiffenberger; HB 31. 8. 1933 Florian Waldeck).

[38] Gegen die Juden schien zu sprechen, daß nur 17 % der reichsdeutschen, der israelitischen Religionsgemeinschaft angehörigen Bevölkerung, jedoch 18 % der übrigen reichsdeutschen Bevölkerung Kriegsteilnehmer waren. (Diese geringe Differenz erklärt sich aus der Verstädterung sowie der andersartigen soziologischen Struktur der Juden und dem daraus herrührenden unterschiedlichen Altersaufbau. Es standen eben im Vergleich zu ihrer Gesamtzahl nicht so viel Menschen im kriegsdienstfähigen Alter. Bei Statistiken über die Kriegsdiensttätigkeit einer Stadtbevölkerung glich sich diese Differenz aus). Siehe Anti, Anti, Tatsachen zur Judenfrage Kapitel 32, 6. Auflage, Berlin (ohne Jahr). Anprangerung jüdischer Drückebergerei HB 28. 1. 1933.

Dies geschah in Mannheim auf folgende Weise: Passanten hatten im Jahre 1934 einen Juden beobachtet, der mit einem Mädchen verkehrte. Sie informierten die Polizei, die jedoch lediglich die Personalien des Mannes feststellen konnte, da er sich nicht strafbar gemacht hatte. *Stürmer* und *Hakenkreuzbanner* griffen den »Fall E.« auf [39], nachdem sie sich auf ungeklärte Weise in den Besitz des Tagebuchs des *Rassenschänders* gebracht hatten. Dieses enthielt zahlreiche Adressen [40]. Dieser Tatbestand wurde in langen Spalten ausgeschlachtet, nicht ohne Verdächtigungen zu äußern, die später wieder zurückgenommen werden mußten.

Nachdem das *Hakenkreuzbanner* fast mit den gleichen Worten wie später bei der Rechtfertigung der Novemberpogrome im Jahre 1938 von der Erregung und Empörung weiter Kreise der Mannheimer Bevölkerung berichtet hatte, stellte es fest: [41] »Es gab auch in Deutschland einmal Zeiten, wo der kochende Volkszorn sich solcher Individien ›liebevoll‹ annahm ... Jud E. hüte sich, den Volkszorn weiter zu reizen, ..., es könnte sonst sein, daß ihm der verdiente Lohn für seine Schandtaten wird, auch dann, wenn er glaubt, daß ›gesetzlich‹ seinen Schweinereien nicht beizukommen ist«.

Neben dieser seit 1933 geläufigen Drohung wurde durch – zum Teil sicherlich fingierte – Leserbriefe gefordert, daß die Aufklärung intensiver betrieben werden müsse. Die in die Zukunft weisenden Fragen lauteten jedoch [42]: »Kann dem Nichtarier nicht untersagt werden, mit deutschen Mädchen zu verkehren« und: »Darf ein Nichtarier ein deutsches Mädchen heute noch heiraten«. Das *Hakenkreuzbanner* antwortete: »Die kommende Gesetzgebung wird schon im Interesse der Reinerhaltung des arischen Blutes in diesen Punkten Wandel und die erforderliche Eindeutigkeit schaffen« [43]. Dieser noch vergleichsweise milde Ruf nach einem Gesetz nahm im Sommer 1935 an Dringlichkeit zu, wie die Artikel selbst an Geschmacklosigkeit [44].

Wie sich das *Hakenkreuzbanner* dieses *Rassenschändergesetz* vorstellte, deutet es im Juni 1935 an [45]. In einem großaufgemachten Artikel nimmt es Anstoß an der Stellenvermittlung der Caritas, die katholische Mädchen auch in jüdische Haushalte vermittelte. Anschließend berichtet es die schlichte Tatsache, daß ein bekannter Mannheimer Jude mit zwei Mädchen in seinem Auto durch Mannheim fuhr,

---

[39] Z. B. HB 18. 7. 1935 unter dem Titel: »Wie Juda Mannheim provoziert«.

[40] HB 11. 11. 1934.

[41] HB 18. 11. 1934.

[42] HB 18. 11. 1934.

[43] Ferner zog das Hakenkreuzbanner aus diesem »Fall« die richtungweisende Folgerung: »Ein jüdischer Schweinehund als Vorgesetzter einer deutschen Gefolgschaft ist undenkbar und untragbar«. (HB 18. 11. 1934).

[44] Z. B. HB 27. 7. 1935 heißt es, nachdem das »Tier« im »Volke Juda« dargestellt wurde: »unter ihrer Geilheit und ihrem ausgeprägten Verbrecherinstinkt leidet die ehrliche deutsche Frau und der rechtschaffene deutsche Mann. Könnte dem nicht ein Gesetz ein für allemal Abhilfe schaffen?«

[45] HB 13. 6. 1935. Neben dieser Unterstellung, Mädchen seien in jüdischen Haushalten gefährdet, arbeitete das Hakenkreuzbanner darauf hin, die Arbeitsverhältnisse in jüdischen Mannheimer Haushaltungen schlechthin als unwürdig hinzustellen z. B. HB 18. 7. 1935.

und schließt mit einer Drohung an die »Steigbügelhalter Judas« und der Ankündigung eines Strafrechts, welches *Rasseschänder* ins Zuchthaus bringen werde.
Das Überwachen der Gesetze der Führer des Nationalsozialismus nahm das *Hakenkreuzbanner* besonders in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten sehr genau.
Kritikern des Regimes, auch prominenten Bürgern der Stadt, drohte es nicht nur offen Konzentrationslager an [46], sondern auch Maßnahmen für später. Mädchen, die mit Juden verkehrten, auch wenn sie sich nur mit ihnen auf der Straße sehen ließen, drohte man mit Eheverbot, Arbeitslager und Sterilisation [47]. *Judenliebchen* stellte das *Hakenkreuzbanner* außerdem mit voller Namensnennung an den *Pranger,* eine besondere Rubrik in der Zeitung [48]. Einkäufer in jüdischen Geschäften, besonders Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, mußten stets gewärtig sein, namentlich im *Hakenkreuzbanner* angegriffen zu werden [49]. Die Namen artvergessener Deutscher, gemeint sind in erster Linie Nationalsozialisten, die weiterhin mit Juden gesellschaftlich verkehrten, sollten im *Hakenkreuzbanner* bekannt gegeben werden [50]. Daß es zu dieser Maßnahme nie kam, zeigt, daß hier das *Hakenkreuzbanner* zu weit gegangen war. Entsprechende Denunziationen wurden nicht veröffentlicht.
Das Überwachen wurde dem *Hakenkreuzbanner* erleichtert durch Denunzianten und Zuträger, die in kleinlichster Weise, aber mit scharfen Augen jede Spur von *Judenfreundschaften* zu vernichten suchten.
Es erscheint müßig, diese stets aufs gleiche Ziel hinauslaufende Propaganda im einzelnen weiter zu belegen und an Mannheimer Beispielen zu verfolgen.
Vier Punkte scheinen jedoch im Zusammenhang einer Betrachtung der Mannheimer Parteipresse einer kurzen Darstellung wert.

1. Der Kampf der Parteipresse gegen die Warenhäuser
2. Der Kampf des *Hakenkreuzbanners* um die Inserenten
3. Die Darstellung des Endziels nationalsozialistischer Judenpolitik
4. Das Bemühen der Parteipresse, die »Verderbtheit« der Juden an historischen Beispielen zu zeigen.

---

[46] Im HB 31. 8. 1933 wird die Frau des Badischen Landtagsabgeordneten F. Waldeck mit der Einweisung in die Frauenabteilung des KZ Kislau bedroht.
[47] HB 2. 6. 1933. *Dok. 195 und 196.*
[48] HB 1. 8. 1933, HB 11. 8. 1933. – Nachdem sich in Mannheim keine »Judenliebchen« mehr zeigten, nahm sich das HB vor, in Schwetzingen, wohin offensichtlich die eine Anprangerung befürchtenden Paare ausgewichen waren, Schloßgarten und entsprechende Cafés zu überwachen, HB 27. 9. 1933. Im HB 28. 7. 1935 wurde außerdem angeregt, in einer Firma statt eines »Judenliebchens« ein »artbewußtes deutsches Mädchen« einzustellen.
[49] Z. B. HB 27. 9. 1933. Diese Anprangerung wurde vergleichsweise zurückhaltend vorgenommen. Wie die sogenannten Einvernahmen bei der Stadt zeigten, versuchte man lieber, durch Dienstvorgesetzte auf die Käufer einzuwirken.
[50] HB 2. 8. 1933. Ein entsprechender Erlaß wurde erst am 11. 4. 1935 vom Stellvertreter des Führers herausgegeben, der mit Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern I A 4220/3603 II vom 15. 6. 1935 den Landesregierungen »streng vertraulich« bekannt gegeben wurde. GLA 233/27 735. Eine Veröffentlichung von Namen fand im HB nicht statt.

Zu 1: In Mannheim gab es zur Zeit des Dritten Reichs vier namhafte Warenhäuser, die jüdischen Bürgern gehörten [51]. Bekanntlich sahen nicht nur die Nationalsozialisten in den Warenhäusern eine die Volkswirtschaft schädigende Einrichtung, sondern selbst die Kirchen riefen noch 1933 zum Meiden dieser Wirtschaftseinrichtungen auf [52]. Hier bewegte sich also das *Hakenkreuzbanner* auf vergleichsweise »gesichertem« Boden. So wundert es nicht, daß es sich nicht scheute, den alljährlich im Januar stattfindenden Inventurverkauf zum Anlaß zu nehmen, alle Bevölkerungsschichten eindringlich zum Boykott der Warenhäuser aufzufordern [53]. Dabei blieb es jedoch nicht, sondern es leitete bereits den stillen Terror mit der Drohung ein, daß der Käufer zu gegebener Zeit angeprangert werde; auch werde der deutsche Mensch zur Selbsthilfe greifen und den judenfreundlichen Kreaturen ihren Lohn zuteil werden lassen. Wie sich bald zeigen sollte, blieben solche Drohungen zumeist nicht ohne Folgen [54]. Die nächste Stufe der Hetze zeigt ein Artikel, der überschrieben ist *Guten Appetit! Schimmelige Fische bei Wronker.* In einem Sonderangebot Fisch hatte ein Käufer einige nicht mehr frische Zander erhalten, die jedoch anstandlos umgetauscht wurden [55]. Diesen Einzelfall bauschte das *Hakenkreuzbanner* auf und würzte ihn mit zweifelhaften Vermutungen. Wichtig ist die am Schluß des Aufsatzes rhetorisch gestellte Frage [56]: »Wer ist in Mannheim zuständig, den Verkauf verdorbener Lebensmittel zu ahnden, auch wenn es gilt, einen allmächtigen Warenhausbesitzer am Kanthaken zu nehmen?«
Die verschiedensten in der Folge gegen die Warenhäuser und ihre Kunden geäußerten Drohungen ließen sich augenscheinlich nicht wirksam bekämpfen [57]. Wenn auch dem *Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes,* der bei all diesen Aktionen federführend auftritt, die Mittel fehlten, seinen Drohungen Taten folgen zu lassen, mühte sich doch die Partei mit heute nicht mehr erfaßbarer Kleinarbeit, die Kunden aus den Geschäften fortzuhalten. Jeder Mannheimer, der nach 1933 in ein Warenhaus ging, mußte gewärtig sein, namentlich genannt zu werden und im stets wachsenden Einflußbereich der *NSDAP* entscheidende Nachteile hinzunehmen [58].

---

[51] Kander, Rothschild, Schmoller, Wronker.

[52] Belege bei Uhlig S. 192 f.

[53] HB 19. 1. 1933.

[54] Im einzelnen verfolgt bei der Herweckbad-Aktion S. 195 ff.

[55] HB 15. 2. 1933.

[56] Der »Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes« scheute überdies nicht davor zurück, eine Aufforderung an die Warenhäuser ergehen zu lassen, die Lebensmittelabteilungen und Erfrischungsräume aufzulösen und jede Reklame zu unterlassen, da man sonst gezwungen sei, mit »allen Mitteln gegen die Warenhäuser vorzugehen«. HB 11. 6. 1933. Über diesen Kampfbund siehe Uhlig S. 66 ff.

[57] Trotz der klaren Rechtslage, die hier durch unlauteren Wettbewerb gegeben war, gab es wohl kaum einen Richter, der den Mut besessen hätte, ein klares Urteil zu fällen. Es ist kein Mannheimer Wirtschaftsunternehmen bekannt, welches versuchte, dagegen vorzugehen. Eindeutiges Aufzeigen der Rechtslage durch Max Hachenburg in der deutschen Juristenzeitung. Vgl. hierzu den höhnischen Artikel »Sie werden wieder frech«, HB 20. 7. 1933.

[58] In den Beschlüssen des Reichskabinetts vom 14. Juli 1933 (veröffentlicht im Völkischen Beobachter Nr. 217 vom 5. 8. 1933) wurde dem »Kampfbund« sogar »die Einwirkung auf die Vergebung öffentlicher Aufträge von Reich, Ländern und Gemeinden untersagt«.

Einen Hinweis auf die Wirkung des Warenhausboykotts gibt uns die Industrie- und Handelskammer Mannheim.
Einige jüdische Firmen protestierten beim Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium gegen ihre Ausschließung von der Entgegennahme der *Bedarfsdeckungsscheine* [59]. Die Industrie- und Handelskammer Mannheim wurde zur Stellungnahme aufgefordert. Diese antwortete, daß die »Amtsstellen der NSDAP in Mannheim auf das intensivste bemüht seien, das Publikum zu erziehen, seinen Bedarf beim deutschen Volksgenossen zu decken«. Aus diesem Grunde hielt die *Kreisleitung*, deren Meinung die Industrie- und Handelskammer wiedergibt, den durch diese »Erziehungsarbeit« hervorgerufenen Schaden für so groß, daß ein Personalabbau der Warenhäuser unvermeidbar scheine und selbst die Zulassung zur Einlösung der *Bedarfsdeckungsscheine* daran nichts ändern würde.
Politische Rücksichtnahme bei der Industrie- und Handelskammer und das Bestreben, den mittelständischen Mitgliedern der Kammer Vorteile zuzuschanzen, mögen dieses Urteil gefärbt haben. Es zeigt aber, daß der durch »stillen Druck« erzeugte Boykott erheblich war und weiterhin aufrechterhalten werden sollte; ferner, daß mit einer Unterstützung von seiten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums nicht zu rechnen war. Diese wäre ohne weiteres möglich gewesen, denn noch im Dezember 1934 hatte sich der Reichs- und Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit gegen antijüdische Aktionen, die zur Zeit des Weihnachtsgeschäfts eingeleitet worden waren, gewandt und dabei ausdrücklich die Warenhäuser hervorgehoben [60]. Die auch in diesem Schreiben wiederholten früheren gemäßigten Stellungnahmen der Reichsregierung besaßen also noch Gültigkeit.

Zu 2: Einen besonders erbitterten Kampf führte die Parteipresse, in Mannheim also das *Hakenkreuzbanner*, um die *arischen* Inserenten. Das *Hakenkreuzbanner* weigerte sich, von Juden oder auch nur *Halbjuden* Inserate aufzunehmen. Bei dieser ablehnenden Haltung blieb das Blatt auch, wenn ein *Nichtarier* schon vor der *Machtergreifung* (dies wurde als besonderes Bekenntnis zum Nationalsozialismus gewertet) im *Hakenkreuzbanner* inseriert hatte [61]. Der Einzelhandel wurde so »erzogen«, daß 1934 selbst in den beiden großen Mannheimer »bürgerlichen Zeitungen« fast keine Anzeige mehr zu erblicken ist [62].

---

[59] Schreiben vom 30. 1. 1934, Gewerbeausübung I.
[60] Schreiben vom 12. 12. 1934, Nr. IV 9287/34. Abschriftlich im Erlaß des Badischen Ministers des Innern Nr. 130 805, 23. 1. 1935. Regierungspräsidium Nordbaden, Generalia: Schutz der Wirtschaft vor unberechtigten Eingriffen. – Noch am 20. 8. 1935 kündigt der Innenminister in seinem an die Landesregierungen gerichteten Geheimerlaß III P 3710/59 schärfste Maßnahmen bei Einzelaktionen an. Auch Nachlässigkeit von Beamten sollte geahndet werden.
[61] Gesuch des NN vom 2. 6. 1936 an Ministerpräsident Köhler (gleichzeitig Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister), Reg.Präs. Nordbaden, Nichtarier, Einzelfälle. »Nichtarische« Abstammung des Gesuchstellers HB 18. 11. 1934. Das Hakenkreuzbanner wies lobend auf seine ersten Inserenten hin.
[62] Im Bericht der Kreiskampfbundleitung vom 3. 8. 1933 über eine Aussprache mit dem

Weiterhin drängte das *Hakenkreuzbanner* die somit zu einem erheblichen Teil ihres Verdienstes beraubten »bürgerlichen Zeitungen«, auf *Judeninserate* zu verzichten [63]. Doch trotz des Rufs des *Hakenkreuzbanners* nach einem entsprechenden Beschluß, wie ihn beispielsweise die »bürgerlichen Presseorgane« in Pommern 1935 gefaßt hatten, konnten in Mannheim jüdische Geschäfte weiterhin in der »bürgerlichen Presse« inserieren, solange ihre Wirtschaftskraft dazu ausreichte und sie sich einen Erfolg von derartigen Inseraten versprachen [64].

Im Zeichen der sich festigenden nationalsozialistischen Herrschaft erwies sich die Inseratensperre als wirksame Waffe im Kampf gegen jüdische Unternehmen. Wie sehr, das zeigen die Bemühungen der davon betroffenen badischen Geschäfte, diese Sperre zu durchbrechen. Einen Hoffnungsschimmer bildeten die mehr wirtschaftsbezogenen, auf eine Beseitigung der Inseratensperre gerichteten Anweisungen des *Treuhänders der Arbeit* für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen. Dieser stellte fest, daß die Ablehnung von jüdischen Inseraten nicht den Wünschen der Reichsregierung und der Leitung der *NSDAP* entspreche. Nach Aufhebung des Boykotts gegen die jüdischen Firmen müsse auch der Inseratenboykott ein Ende haben [65]. Durch Vermittlung des *Treuhänders der Arbeit*, Karlsruhe, sowie des Reichswirtschaftsministers gelang es H. Kronstein, daß die »Inseratensperre« für Freiburg aufgehoben wurde [66]. Für Nordbaden hatten seine Bemühungen jedoch keinen Erfolg. Der *Treuhänder der Arbeit* leitete weitere Gesuche dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium zu, welches jedoch »keine Veranlassung« fand, »von sich aus Schritte im gewünschten Sinne zu ergreifen« [67].

Leiter der Neuen Badischen Landeszeitung heißt es, daß bereits im August 1933 95 % der Inserate an das HB gingen. GLA, Doc. center Ma 45.

[63] Z. B. HB 14. 10. 1933. – Auf die »bürgerliche Presse« Druck auszuüben, war verboten. Der Wirtschaftstreuhänder Westfalen veröffentlichte entsprechende Verfügungen des Reichswirtschaftsministers (abschriftlich in den Akten 18/65 – 68). Siehe auch die Ausführungen des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers zu dem in der badischen Presse wohl nicht veröffentlichten Verbot im Schreiben des Finanz- und Wirtschaftsministers Nr. 13 977, 26. 4. 1934, GLA 237/35 739.

[64] HB 4. 4. 1935.

[65] Wörtlich zitiert im Schreiben des Rechtsanwalts H. Kronstein an den Treuhänder der Arbeit in Karlsruhe vom 4. 4. 1934. GLA 237/35 739.

[66] Kronstein dankt in einem Schreiben vom 8. 12. 1933 dem Treuhänder der Arbeit, Karlsruhe, »für die Erledigung der Inseratensperre in Freiburg« und erwähnt in einem Schreiben vom 23. 12. 1933, daß der Reichswirtschaftsminister »den Freiburger Zeitungen gegenüber in dankenswerter Weise zum Ausdruck gebracht hat, daß die Fortsetzung der Sperre nicht mit seiner Politik übereinstimmt«. GLA 237/35 739.

[67] Aktenvermerk des zuständigen Referenten des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums auf Eingabe vom 4. 4. 1934, GLA 237/35 739. Der Erfolg solcher Bemühungen des Finanz- und Wirtschaftsministers beim Hakenkreuzbanner scheint H. Kronstein ohnehin fraglich gewesen zu sein. Wohl aus diesem Grunde hob er in seinen Gesuchen auch wesentlich auf die Aufhebung der Inseratensperre in Weinheim und Heidelberg ab. – Das radikale Hakenkreuzbanner weigerte sich, selbst bei Mannheimer Firmen, die nach den Richtlinien der Partei als nichtjüdisch anzusehen waren, bei denen jedoch ein geringer Teil des Kapitals als »jüdisch« galt, die Inseratensperre fallen zu lassen. (Im Gegensatz z. B. zur nationalsozialistischen Ludwigshafener Zeitung »Rheinfront«. In dieser durfte z. B. das Modehaus Neugebauer inserieren, im Hakenkreuzbanner dagegen nicht.

Noch wichtiger als die Inseratensperre in großen nationalsozialistisch beherrschten Tageszeitungen scheint die Inseratensperre für entsprechende Firmen in den durch die *NS*-Wirtschaftsorganisationen beeinflußten Fachzeitschriften gewesen zu sein [68].
Die Stadt Mannheim tat noch ein übriges, die Trennung zwischen Juden und Nichtjuden auf dem Wirtschaftssektor voranzutreiben: Im September 1935 verfügte der Oberbürgermeister, daß *arische* Geschäfte, die im *Israelitischen Gemeindeblatt* inserierten, von der Stadt keine Aufträge mehr erhalten sollten [69].

Zu 3: Heute stehen allen Menschen die Greuel, die mit dem Wort Auschwitz umrissen werden, als Konsequenz nationalsozialistischer Politik vor Augen.
Wie weit läßt sich dieses Ziel aus den jedem Mannheimer zugänglichen Presseerzeugnissen herauslesen?
Hier ist das *Hakenkreuzbanner* wiederum die repräsentative Zeitung, und es verblüfft heute, wie unmißverständlich dieses Ziel zu Zeiten angedeutet wurde.
Vor der *Machtergreifung* wird die Linie der Partei klar herausgestellt. So heißt es 1932: »Wir sehen unter dem Begriff ›Deutsches Volk‹ nur die deutschblütigen Volksgenossen und schließen den fremd- und niederrassigen Völkerbrei aus. Die nationalsozialistische Bewegung ist ... bewußt antisemitisch und läßt sich von dieser Linie nie und nimmer durch nichts abbringen. Millionen Deutscher haben das erkannt und erwarten von uns die entscheidende völkererlösende Tat« [70]. Worin diese Tat bestehen soll, darüber gibt der Artikel keine Auskunft. Er schließt nur mit dem Programm: »Bis dahin aber werden wir Tag für Tag in die Hirne und Herzen unseres Volkes hineinhämmern ... Die Juden sind unser Unglück!«
Angedeutet finden wir die Tat jedoch auch bereits im Jahre 1932. So heißt es: »Hoffen wir, daß das Dritte Reich bald zur Wirklichkeit wird und dieser talmudischen Seuche endlich ein Ende bereitet wird« [71]. Oder noch deutlicher: »... So bitten wir den lieben Gott, daß er auf eine bestimmte Menschensorte (...) 6 Tage Pulver regnen und am 7. Tage den Blitz hineinfahren läßt! Dixit«.
In den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten äußert sich die nationalsozialistische Bedrohung trotz der Rücksicht, die die NSDAP als nunmehr den Staat repräsentierende Partei hatte nehmen müssen, zu Zeiten noch deutlicher. Sie gipfelt in einem Artikel, der überschrieben ist: *Aufhängen* [72]. Ein Jude hatte angeblich in einem Friseurladen ein Jahr zuvor dem *NS*-Staat nicht

---

Siehe Schriftwechsel des Modehauses mit dem Badischen Ministerpräsidenten GLA 237/35 739). Da Zeitungen Privatunternehmen waren, war es nach Ansicht des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers nicht möglich, die Aufnahme eines bestimmten Inserats zu erzwingen. Schreiben vom 26. 4. 1934 Nr. 13 977, GLA 237/35 739. – Im Jahre 1936 ist im Einzelfall nachzuweisen, daß der Minister derartige Gesuchsteller an den Werberat der deutschen Wirtschaft in Berlin verwies. Schreiben Nr. 15 970 vom 29. 7. 1936.

[68] Vgl. hierzu Jüdisches Vermögen, Einzelfälle, Kallmann. Siehe oben, S. 141 ff.

[69] Erlaß vom 7. 9. 1935, 16/67 – 4.

[70] HB 30. 11. 1932.

[71] HB 7. 3. 1932.

[72] HB 22. 3. 1933.

passende Äußerungen getan. Dazu schreibt das *Hakenkreuzbanner*: »Solche Burschen gehören am nächsten Baum aufgehängt oder noch besser wäre, zu einem langsamen und qualvollen Hungertod verurteilt«. Im August 1933 veröffentlichte das *Hakenkreuzbanner* sogar auf der Titelseite unter der Überschrift »Total übergeschnappt« eine Bitte des *Amerikanisch-israelitischen Kongresses* an Hindenburg, Hitler seines Amtes zu entheben, um »600 000 deutsche Juden vor der sicheren Vernichtung zu bewahren« [73]. In dem Kommentar des *Hakenkreuzbanners* wird nur bestritten, daß Hindenburg die Macht habe, Hitler abzusetzen, nicht, daß an eine Vernichtung des deutschen Judentums gedacht sei.
Im Jahre 1934 folgert das *Hakenkreuzbanner*, anknüpfend an einen konkreten Fall [74]: »Es ist demnach höchste Zeit, daß der Theorie die Praxis folgt und der Jude – auch der anständige Renommierjude – als etwas uns Fremdes und Gefährliches empfunden und behandelt wird«. Es folgert weiter, daß der Jude »mit a l l e n [75] einem Volke zu Gebote stehenden Mitteln unschädlich gemacht werden muß«.

Zu 4: Der Nationalsozialismus strebte danach, den Kampf gegen das Judentum als das Grundproblem der Völker in Geschichte und Gegenwart hinzustellen [76]. Besonders 1938 bemühte sich das *Hakenkreuzbanner*, möglichst drastisch judenfeindliche Maßnahmen im Ausland – namentlich in Italien –, vor Augen zu führen, um Verständnis für die deutschen Maßnahmen zu wecken. Neben das Bemühen, den Antisemitismus als internationales Problem herauszustellen, tritt das Bemühen, Judenfeindschaft beziehungsweise jüdische Verderbtheit aus der Geschichte zu belegen.
Judenfeindliche Äußerungen der Päpste und Luthers sollten die Widerstandskraft der Christen schwächen. Nach Erlaß der *Nürnberger Gesetze* trat dieses Bestreben besonders hervor. Insbesondere das Gebot, gesellschaftlichen Verkehr mit Juden zu meiden, und das Verbot für *arisches* Personal, in Haushalten, denen männliche Juden angehörten, zu arbeiten, fand seine »Rechtfertigung« in entsprechenden Weisungen, die Papst Innozenz III. auf dem Vierten Laterankonzil gegeben hatte [77].
Für die speziell auf Mannheim ausgerichtete Propaganda studierte das *Hakenkreuzbanner* die älteren Stadtratsprotokolle und entsprechende Akten.
Hierzu sagt es einmal nach einer Kette anderer, ähnlicher Angriffe: »Wenn man die Juden kennenlernen will, ist ein Blick in alte Akten, ... manchmal sehr

---

[73] HB 19. 8. 1933.
[74] HB 25. 11. 1934 »Was lehrt uns der Fall Erlanger?«
[75] Sperrung vom Verfasser. Ähnlich HB 13. 6. 1935 »Wir bekämpfen den Juden als schädlichen Parasit mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln«.
[76] Z. B. HB 22. 6. 1935.
[77] Ähnlich wird zur Erläuterung des Verbots für Juden, ein öffentliches Bad zu betreten, die im Mannheimer Intelligenzblatt vom 26. 7. 1803 veröffentlichte Mitteilung eines Joseph Etienne herangezogen, der keinem jüdischen Religionsangehörigen die Benutzung seines Bades gestattete. HB 13. 8. 1937. – Zur Haltung Luthers siehe den Aufsatz von Hans-J. Kraus, Die Evangelische Kirche, in: W. Mosse, S. 249 f.

nützlich. Damals wie heute ist das Streben der Juden nichts anderes als Verwirrung zu schaffen zum eigenen Nutzen und zum Nutzen seiner Rasse, selbstverständlich auf Kosten des Volkes, dem er sich aufgedrängt hat« [78]. Unter diesem Aspekt wurden dann die verschiedensten Vorkommnisse in der 300jährigen Geschichte des jüdischen Bevölkerungsteils Mannheims oft in Anlehnung ans Tagesgeschehen ausgewertet und gedeutet [79].

Ihren Höhepunkt und Abschluß fand die Hetze in den nach der Kristallnacht im November 1938 geführten Pressekampagnen. Die Deportation der badischen Juden im Oktober 1940 wurde im *Hakenkreuzbanner* weder propagandistisch vorbereitet noch wurden darüber Mitteilungen gemacht [80].

Eine selbstverständliche, aber schwer zu beantwortende Frage ist die Beurteilung der Wirkung dieser tagtäglich in Filmen [81], Vorträgen [82] und der Presse niederprasselnden Verleumdungskampagne.

Ausgangspunkt kann das Jahr 1933 bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die *NS*-Propaganda nach Aussage eines so weitblickenden Beobachters wie Rabbiner Grünewald in Mannheim keine erhebliche Wirkung.

Das *Hakenkreuzbanner* war bestrebt, die Judenfrage auch in Mannheim als etwas Althergebrachtes darzustellen und die Mannheimer Bevölkerung als einig mit seiner Führung zu schildern. Um so mehr Gewicht verdienen alle Hinweise, die, trotz dieses Bestrebens, auf Unruhe oder Ablehnung der von der Partei verfochtenen Thesen schließen lassen. Die ständig wiederholten Mahnungen, jüdische Geschäfte zu meiden, zeigen, daß Anlaß bestand, immer wieder darauf hinzuweisen. »Man könnte die Geduld verlieren« klagt das Organ im Juni 1933 im Hinblick auf die als »Spießbürger« hingestellten Menschen, die gleich nach dem Boykott »über ›die armen Juden‹ zu flennen begannen« [83]. Noch im Oktober 1936 muß das *Haken-*

---

[78] HB 13. 12. 1936.

[79] Die Veröffentlichung vom 13. 12. 1936 (siehe Anmerkung 78) erscheint beispielsweise unter dem Titel »Wie sich Mannheimer Juden tarnten« (schon damals bemühte man sich, gegen »Tarnung« vorzugehen). Die verbreitete Sitte, sich mit fortschreitender Assimilation landesübliche Namen zuzulegen, wurde als Namensfälschung oder Namensverdrehung ausgelegt. Eine Stoßrichtung der Propaganda deutet sich an, wenn unter der Überschrift »Umtaufen zur Irreführung« von Namensänderungsanträgen berichtet wird. Es handelt sich keineswegs um eine Taufe. Die Überschrift war aber geeignet, die auch bei Juden verbreitete Vorstellung zu nähren, die Taufe gewähre Eintritt in die europäische Gesellschaft und werde von den Juden lediglich zur »Tarnung« genommen. – Weitere Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden Mannheims: HB 25. 9. 1933; HB 14. 10. 1934; HB 21. 10. 1934.

[80] Die Badische Presse berichtete in ihrer Ausgabe vom 14. Februar 1941 eingehend von den Zuständen im Lager Gurs.

[81] Z. B. HB 18. 11. 1938, Ankündigung einer Filmveranstaltung der NSDAP »Juden ohne Maske«.

[82] In der Presse wurden zumeist Schulungsabende der verschiedenen Ortsgruppen angekündigt und darüber berichtet. Diese standen unter antisemitischen Vorzeichen, z. B. HB 17. 3. 1935. HB 9. 9. 1935 spricht von einer zur Zeit stattfindenden »Versammlungswelle in den Ortsgruppen der NS-Frauenschaft« (Vorbereitung der Nürnberger Gesetze).

[83] HB 1. 6. 1933. Das Hakenkreuzbanner ist stets bestrebt, Personen, die von »anständigen Juden« sprachen, als »Spießer« verächtlich zu machen, z. B. HB 18. 10. 1934.

kreuzbanner sich in einem Artikel »Mannheimer Judenknechte an den Pranger« [84] gegen die Mannheimer wenden, »die in ›edler‹ Selbstverständlichkeit ihr Geld zum Juden tragen« und zum Teil als »scheue Rehlein« durch die Hintertüren schlüpfen. Widerwillig muß das *Hakenkreuzbanner* zugeben, daß der jüdische Kundendienst auf der Höhe ist. Auf der Höhe kann ein Kundendienst aber nur sein, wenn sich genügend Kunden finden. Programmatisch kündigt das *Hakenkreuzbanner* an: »Eines nur können wir tun: Wir wollen diejenigen unter uns, die so gerne die ›krummen Wege‹ gehen, kennenlernen, viel besser kennenlernen als bisher, damit wir wissen, wo die Grenzen unserer Volksgemeinschaft aufhören«.

Diese offene Drohung zeigte, daß an eine dauernde Diffamierung der »Judenfreunde« gedacht wurde. In einem späteren Artikel des *Hakenkreuzbanners* wurde sogar vorgeschlagen [85], diese als »freiwillige Synagogendiener« bezeichneten Bürger ein Abzeichen tragen zu lassen, d. h. die später den Juden auferlegte Pflicht, einen Judenstern zu tragen, auf die sie achtenden Mitbürger auszudehnen.

So sicher diese beiden aus anderen derartigen Veröffentlichungen herausgegriffenen Beispiele auf eine vorhandene und vom *Hakenkreuzbanner* nicht zu übersehende Opposition hindeuten, so sicher hat aber auch die stetig niederprasselnde Hetze gewirkt. Eine jüdische Verfolgte sagte im Rückblick auf diese Zeit: Man wußte manchmal selbst nicht mehr, war man das Tier, als das man hingestellt wurde, oder ein Mensch.

Das Mannheimer Israelitische Gemeindeblatt liefert selbst den Beleg, daß die auf die Religion abzielende Hetze sogar in jüdischen Kreisen wirkte.

Eine besondere Spielart der Hetze stellte es dar, den Talmud als Sammlung jüdischer Geheimgesetze, die in der Hauptsache Haß gegen das Christentum und die Christen predigten, hinzustellen [86]. Den Höhepunkt dieser auch im *Hakenkreuzbanner* immer wieder anzutreffenden Verleumdung [87] bildete eine Sondernummer des skrupellosesten NS-Blattes, des *Stürmers*, in der die Juden unter genauer Zitierung angeblich zutreffender Talmudstellen des Ritualmordes an Nichtjuden bezichtigt werden [88]. Diese wegen ebenfalls darin enthaltener Angriffe auf das Heilige Abendmahl beschlagnahmte Sondernummer [89] rief, einer Veröffentlichung im Mannheimer *Israelitischen Gemeindeblatt* zufolge, auch unter Juden Verwirrung und Entsetzen hervor und machte eine eingehende Widerlegung notwendig [90].

---

[84] HB 25. 10. 1936.

[85] HB 16. 7. 1939. Im HB 15./16. 11. 1938 wird nochmals ganzseitig mit Fratzen darauf hingewiesen, daß der »anständige Jude« eine Erfindung »von tranfunseligen Weibern und Judenknechten« sei.

[86] Vgl. hierzu Anti Anti 17 a – d.

[87] Z. B. HB 23. 12. 1936 »Talmudistischer Zerstörungswahn«; HB 13. 1. 1933 wird gesagt, daß nach dem Talmud der Nichtjude dem Vieh gleichzuachten ist.

[88] Die Sondernummer 1, 19. Jg. 1934 ist erhalten in den Generalakten »Die Judenfrage in Deutschland« 1919–1952, Landeskirchliches Archiv, Karlsruhe; Stürmer-Schaukästen auch in Mannheim, dazu HB 1. 7. 1935.

[89] Die Beschlagnahme berichtet die Jüdische Rundschau vom 25. 5. 1934.

[90] IGBl. 30. 7. 1934.

Wieviel mehr aber dann unter den Menschen, die ohne innere Beziehung zum Judentum standen und angesichts des Fehlens richtigstellender Veröffentlichungen derartigen Verleumdungen hilflos ausgeliefert waren.

2. Die Religionsgemeinschaften

Um Widerstand gegen die auf vielen Gebieten so überaus erfolgreiche Regierung wachzurufen und zu leisten, bedurfte es

1. der Erkenntnis des wahren Charakters des Regimes,
2. der Bereitschaft zu einem fast aussichtslos erscheinenden, in jedem Fall mit hohem persönlichen Risiko verbundenen Handeln,
3. für erfolgreiches Handeln zumeist des Vorhandenseins einer entsprechenden Organisation.

Die Gewerkschaften waren mundtot gemacht worden; ebenso die oppositionellen politischen Parteien. Als einzige Instanz blieben für diese Aufgabe die christlichen Religionsgemeinschaften. Ihrer Haltung mußte zentrale Bedeutung zukommen.

Allein in Mannheim lebten schätzungsweise eintausend christliche *Nichtarier* oder jüdisch versippte Personen. Diese gehörten in der Mehrzahl der evangelischen Religion an. Eine offizielle Stellungnahme der Vertreter der Kirche wäre zumindest für die Verfolgten ihrer Konfession zu erwarten gewesen. Darüber hinaus lag ein Aufrütteln der Gläubigen und Aufmerksammachen auf das mit dem Christentum eng verbundene Volk Israel nahe.

Die Haltung beider Konfessionen war in den ersten Jahren nach der *Machtergreifung* von dem Willen getragen, mit dem nationalsozialistischen Staat zu einem erträglichen Auskommen zu gelangen. Zeichen dafür ist vor allem das mit der Katholischen Kirche geschlossene Reichskonkordat. Dieses Bestreben tritt auf evangelischer Seite äußerlich nicht so hervor, ist jedoch im Verhalten der Karlsruher Kirchenbehörde bei allen Übergriffen des *NS*-Staates nachzuweisen.

Nach der dem Stadtarchiv zugegangenen Auswahl von Dokumenten zur *Nichtarier*-Fürsorge des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg begann im Jahre 1938 eine stille Hilfe für einige *nichtarische* Katholiken, denen im Einzelfall durch Empfehlungsschreiben der Geistlichen und durch Vorbereitung der Auswanderung von seiten des Raphaelvereins geholfen wurde [1]. Die Plenarkonferenz der deutschen Bischöfe in Fulda vom 17.–19. August 1938 befaßte sich wenigstens kurz mit der »Sorge um nichtarische Katholiken« [2], doch scheinen die auf dieser Konferenz gegebenen Anregungen zu keiner größeren Hilfsaktion geführt zu haben. Erst die Deportation der badischen und pfälzischen Juden nach Gurs im Oktober 1940 veranlaßte den Erzbischof, den apostolischen Nuntius zu bitten, den Heiligen Stuhl

[1] Auswanderung Alperowitz und Unterstützung Bartosch 16/67 – 27.

[2] Protokoll Ziff. 23, S. 19. Schreiben des deutschen Caritasverbands vom 9. 2. 1939 und des Staatssekretariats Seiner Heiligkeit vom 9. 1. 1939, 16/67 – 27.

über das Schicksal der deportierten katholischen Christen zu unterrichten [3]. In einem weiteren Schreiben führte der Erzbischof aus [4]: »es scheint mir, daß nur durch die Vermittlung des Heiligen Stuhls eine Unterstützung und Besserung der Lage der katholischen Nichtarier erreichbar ist« [5]. Daß keine Intervention des Heiligen Stuhls zugunsten der *Nichtarier* erfolgte, nicht einmal zugunsten der katholischen, ist der bekannte Vorwurf, der gegenüber der Kirche erhoben wird. Demgemäß unternahmen auch die katholischen Würdenträger, von Einzelfällen abgesehen, wenig, um das auf diesem Gebiet verübte Unrecht zu brandmarken und zu lindern.

Auf protestantischer Seite unterstanden die Mannheimer Gläubigen dem badischen Landesbischof. Im Gegensatz zum Erzbischof von Freiburg mangelte ihm der Rückhalt einer internationalen Organisation mit einem außerhalb Deutschlands residierenden, allgemein angesehenen Oberhaupt. Darin lag aber zugleich die Chance: ohne das Hemmnis eines Vorgesetzten konnte ein politisch wacher Landesbischof seine eigene Gewissensentscheidung verfechten.

Die beim Evangelischen Oberkirchenrat angelegten Akten »Judenfrage in Deutschland« zeigen ein den entsprechenden Akten des Kultusministeriums ähnelndes Bild. In Baden sind im Gefolge des verlorenen Krieges im Jahre 1919 und in zunehmendem Maße ab 1931 antisemitische Regungen bekannt geworden. Aus Mannheim selbst sind keine Vorgänge aktenkundig geworden, die auf antisemitische Gesinnung schließen ließen. Im Jahre 1931 konfrontierten die Quäker die badische Kirchenleitung mit dem stärker aufkeimenden Antisemitismus. Sie leiteten den geistlichen Würdenträgern einen Mahnruf zu, der eindringlich auf dieses Problem hinwies [6]. Der Kirchenpräsident lehnte es jedoch ab, dieses Schriftstück zu veröffentlichen. Die Begründung hierfür findet sich auf dem Dokument handschriftlich festgehalten: »Wir haben keinen Anlaß, wegen eines einzelnen Vorkommnisses in dieser Weise uns vorspannen zu lassen.« Es findet sich in den vom Verfasser eingesehenen Akten des Evangelischen Oberkirchenrats kein Hinweis, daß man bis zum Jahre 1933 diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit schenkte.

Überprüft man die Haltung der evangelischen Landeskirche in der Zeit des Dritten Reichs, so zeigt sich, daß sie, aufs Ganze gesehen, nicht fähig oder willens war, den nationalsozialistischen Staat in seinem, vor allem in den Jahren des Zweiten Weltkriegs offenbarten, Charakter zu erkennen. Allerdings versuchte der *NS*-Staat auch, Illusionen über seinen wahren Charakter zu nähren, indem er die evangelischen Kirchen Deutschlands anfangs – trotz des Versuchs, die *Deutschen Christen*

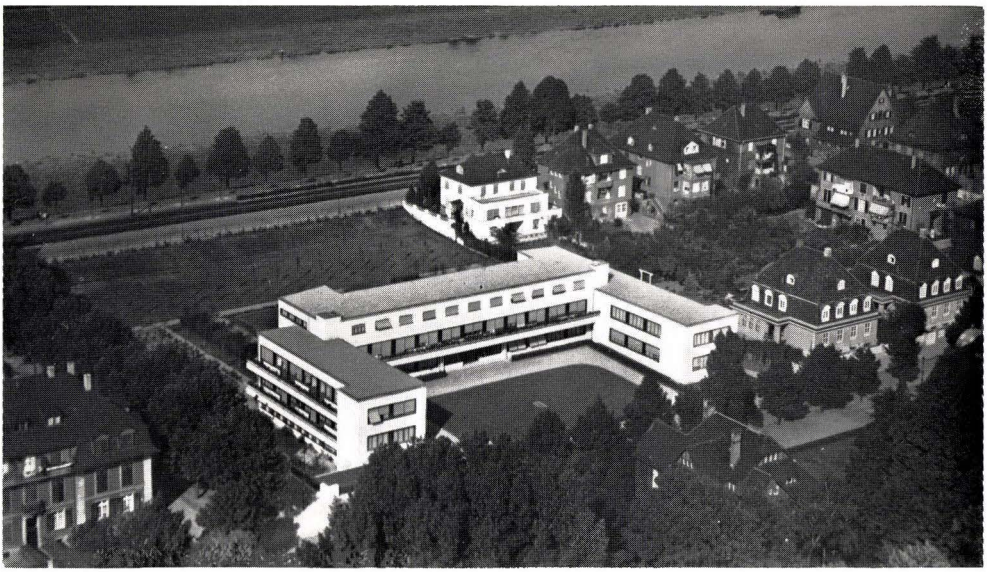
---

[3] Der Erzbischof von Freiburg, 24. 10. 1940, 16/67 – 27.

[4] Schreiben vom 5. 11. 1940, 16/67 – 27.

[5] Eine Unterstützung der katholischen »Nichtarier« hatte der Freiburger Erzbischof gleich 1933 gutgeheißen. Damals notierte er auf ein Schreiben des Kardinals Bertram (Erzbischof von Breslau, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz), in welchem die Frage einer Intervention des Episkopats für die Aufhebung des Boykotts vom 1. April 1933 zur Debatte gestellt wurde: »Erfüllung Wunsches [zugunsten der Juden zu intervenieren] geschehe mit Rücksicht auf Schuldlose und Convertierte«. Stasiewski S. 42 f., Anmerkung 3.

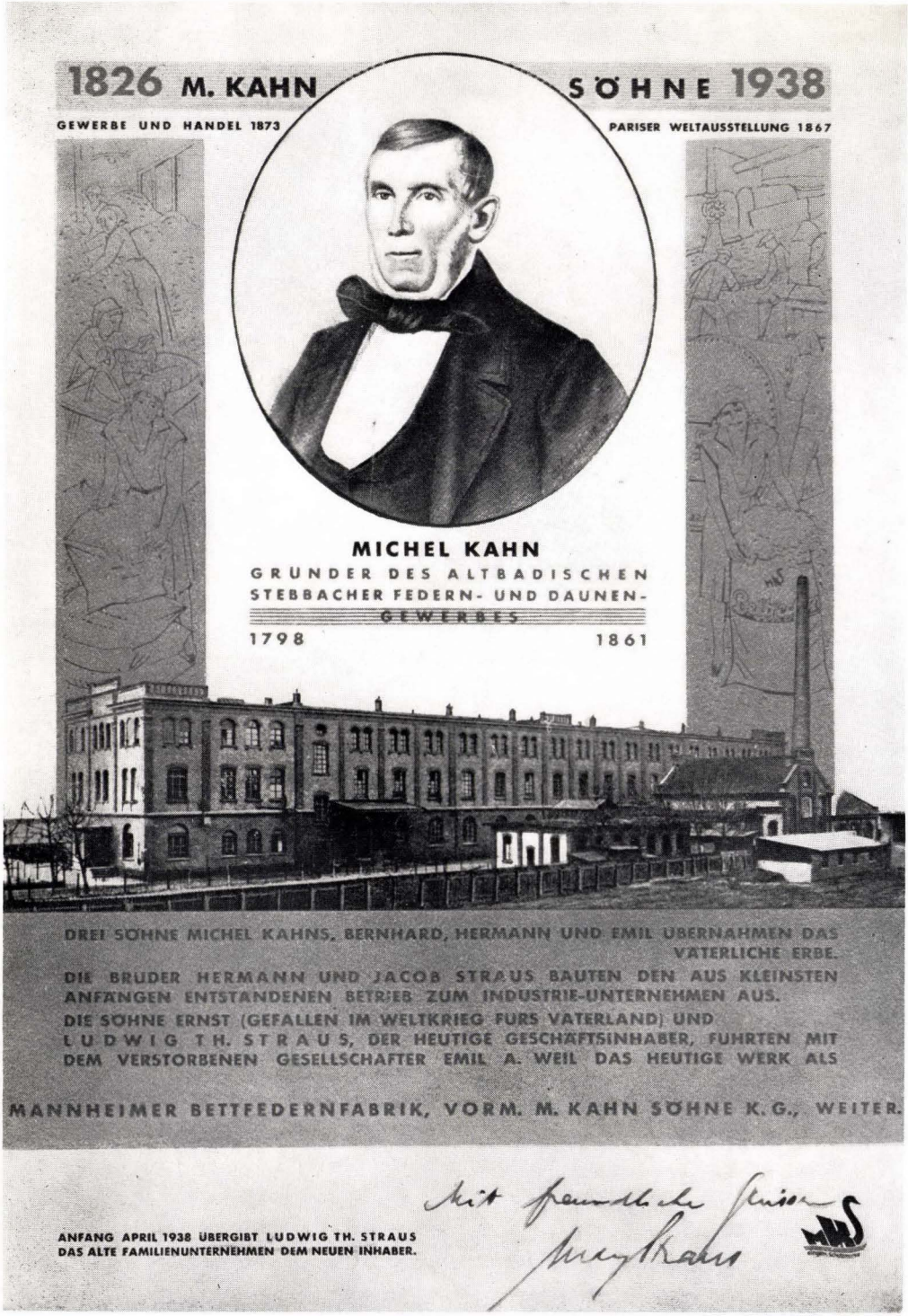
[6] Generalia (1919–1952).



15. Israelitisches Krankenhaus und Altersheim



16. Israelitischer Friedhof, Sammelgrab für die Gebeine der auf dem alten, 1938 aufgehobenen, Friedhof Bestatteten mit repräsentativen Grabsteinen



17. Arisierung der Mannheimer Bettfedernfabrik (Bd. 1, S. 158)

zu fördern –, zurückhaltend behandelte [7]. Es entsprach der extremen Kompromißbereitschaft sowohl der katholischen wie der evangelischen Kirche, daß ein Erlaß den badischen Pfarrern ausdrücklich Zurückhaltung bei der Neuordnung der Staatsverhältnisse gebot [8].

Die Übernahme der Jugendarbeit durch den *NS*-Staat, die Spannungen mit der katholischen Kirche hervorgerufen hatte, führte zu keiner Opposition der evangelischen Kirche. Im Rahmen der Hitlerjugend bemühte sich die Landeskirche um die weitere religiöse Erziehung der Jugend [9]. Evangelische Judenchristen erinnern sich nicht, daß für die Jugendlichen, die nicht der Staatsjugend angehörten, gesorgt wurde.

Bei einer in eigenen Dingen so nachgiebigen und zögernden Haltung stand kaum zu erwarten, daß sich ein offener Protest gegen die Diffamierungen, die über die Juden ausgestreut wurden, erheben würde. Vielmehr zeigte eine im Jahre 1933 abgegebene Stellungnahme zum Problem der Judenchristen, daß selbst evangelische *Nichtarier* von ihrer Kirche keinerlei Unterstützung zu erwarten hatten [10]. Selbst die in der Stellungnahme gegebene Zusicherung, daß ihnen die Kirche in ihrem eigenen Bereich die »unverkürzte brüderliche Liebe und Barmherzigkeit entgegenbringen« würde, erwies sich als Redewendung, der keine konkrete Tat folgte: Entsprechend der staatlichen Gesetzgebung war die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts bereit, alle in der kirchlichen Vermögensverwaltung beschäftigten *Nichtarier* aus ihren Ämtern zu entfernen [11]. Sogar ein *nichtarischer* Pfarrer, einer

---

[7] Der Erlaß des Reichsministers des Innern III 7013 vom 30. 11. 1933 ordnete an, daß jegliches polizeiliche Eingreifen in den kirchlichen Meinungskampf zu unterbleiben habe; ferner Reichsminister des Innern III 7013/18.1. vom 19. 1. 1934 Akten Lessing-Gymnasium III a. Zu Hitlers Stellung zur Kirche siehe die interessanten Ausführungen bei Stasiewski, S. 100 ff.

[8] Nr. A 6030 vom 5. 4. 1933, Evangelischer Oberkirchenrat, Generalia, Sammlung von Runderlassen. Der Erlaß des Erzbischofs von Freiburg findet sich veröffentlicht in der Zeitung »Badischer Beobachter« Nr. 171 vom 1. Juli 1933. Darin heißt es: »Im Interesse der Seelsorger selbst und der Kirche sehen wir uns weiter zu der mahnenden Weisung veranlaßt, in Predigt, Christenlehre und Religionsunterricht, sowie in der Vereinstätigkeit und privaten Aussprachen alles zu vermeiden, was als Kritik der leitenden Persönlichkeiten in Staat und Gemeinden oder der von ihnen vertretenen staatspolitischen Anschauungen ausgelegt werden könnte.«
Klaus Scholder hebt in einem Vortrag, der leider bisher nicht veröffentlicht wurde, ebenfalls die besondere Kompromißbereitschaft der badischen Kirchen hervor. Eine kurze Zusammenfassung des Vortrags findet sich in: Aufbruch, Evangelische Kirchenzeitung für Baden, 6. Jg., Nr. 11 vom 15. 3. 1970.

[9] Generalia, Sammlung von Runderlassen Nr. A 8227, 11. 5. 1933; Nr. 80 vom 5. 7. 1933. Die Hitlerjugend hatte örtlich schärfere Auswahlprinzipien als staatliche Organisationen oder später die Schulen; z. B. wurden im Einzelfall Jugendliche, bei denen ein jüdischer Urgroßelternteil der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört hatte, von der HJ ausgeschlossen.

[10] Evangelischer Oberkirchenrat, Generalia, Die Judenfrage in Deutschland I, Anlage 3 zur Sitzung des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses in Berlin am 26. 4. 1933.

[11] Generalia, Diener und Dienste, Nr. 7995 vom 2. 8. 1935. Die Verfügung des Oberkirchenrats vom 25. 8. 1933 (veröffentlicht in Nr. 17, 4. 9. 1933, Gesetz- und Verordnungsblatt für die evangelisch-prot. Landeskirche Badens) forderte die genaue Beachtung

der wenigen, die zur Zeit des Dritten Reichs im aktiven Dienst der badischen Kirche standen, wurde von der Kirchenbehörde gegenüber Extremisten in seiner Gemeinde kaum unterstützt und, nachdem er sich formaljuristisch ins Unrecht gesetzt hatte, aus dem Pfarrdienst entlassen [12]. Wenn sich auch nach 1935 in zunehmendem Maße eine vorsichtigere und mißtrauischere Einstellung den staatlichen Maßnahmen gegenüber zeigte, so fand die Kirche noch während des Krieges bei Eingriffen in ihren eigensten Bereich zu keiner festen Haltung [13].

Bei diesem Verhalten der Kirchenleitung Badens erhielt die *Bekennende Kirche* Zulauf. Wesentlich aus Protest gegen den *Arierparagraphen* war der *Pfarrernotbund* begründet worden. Seine Mitglieder übernahmen die Verpflichtung, ihr Amt in der Bindung allein an die Heilige Schrift auszuüben. In Paragraph vier der Verpflichtung der Pfarrer hieß es ausdrücklich: »In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arier-Paragraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist« [14].

Hiermit war eine klare Stellungnahme wenigstens gegenüber einem Teilbereich der staatlichen *Rassen*diskriminierung ausgesprochen. Eine große Wirkung war ihr jedoch nicht beschieden, da die *Bekenntnis-Pfarrer* ohnehin zu den Verfolgten zählten und die *Rassen*politik des Staates nur ein Angriff unter vielen war, der abgewehrt werden mußte. Materielle Hilfe konnte kaum geleistet werden, da die *Bekenntnis-Pfarrer* selbst Not litten.

Was taten nun die staatlich anerkannten Vertreter beider Konfessionen, um den Irrlehren des totalitären Staates, deren wichtigste die *Rassenlehre* war, entgegenzutreten?

Die am stärksten ins Auge fallende Verbindung zum Volke Israel war das Christen wie Juden gemeinsame Alte Testament. Der badische Minister des Kultus und Unterrichts machte beide Kirchenführer darauf aufmerksam, daß gegen die Behandlung alttestamentlicher Geschichten im Religionsunterricht »allerernsteste Bedenken« bestehen [15].

Diesem Vorstoß gegenüber hielten zunächst beide Gemeinschaften stand. Wenn

---

der Vorschriften des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Näheres in: Generalia, Diener und Dienste, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Zwar waren zu diesem Zeitpunkt – wie der Erlaß Nr. A 5748 des Evang. Oberkirchenrats vom 16. März 1935 zeigt – nach Wissen der Kirchenbehörde bei keinem der Beamten die Voraussetzungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gegeben, doch macht der Schlußabsatz dieses Erlasses deutlich, wieweit die Kirche auf die Forderungen des Staates eingegangen war, wenn es heißt: »Es wird bei diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß nur noch solche Anwärter für Beamtenstellen angenommen werden sollen, welche den Nachweis ihrer arischen Abstammung erbringen können und eine Erklärung abgeben, daß sie jederzeit bereit sind, sich rückhaltlos für das 3. Reich einzusetzen.«

[12] Einzelheiten im Nachlaß des Geistlichen.

[13] Unter anderem bei der Verurteilung des emeritierten Mannheimer Pfarres Ernst Josef (Israel) Lehmann durch das Sondergericht. Akten 18/65 – 64.

[14] Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933–1944 von J. Beckmann.

[15] Der gesammelte Schriftwechsel abschriftlich in Akten des Evangelischen Oberkirchenrats, Karlsruhe.

auch zahlreiche katholische und evangelische Lehrer sich weigerten, alttestamentlichen Unterricht zu erteilen, so steht doch fest, daß die evangelische Landeskirche ihre Bekenntnispflicht herausstellte. Sie wollte schon 1935 eine Unterrichtserlaubnis nur solchen Lehrern erteilen, die bereit waren, auch das Alte Testament im Religionsunterricht zu behandeln [16]. Ob die Geistlichen oder Religionslehrer ihren Schülern das Volk Israel jedoch wirklich nahebrachten, bleibt fraglich. Bei der Besprechung Israels im Religionsunterricht konnte ein Bezug auf Tagesfragen kaum umgangen werden. In den meisten Klassen wird sich ein Denunziant befunden haben. Selbst so harmlose Äußerungen wie die eines Religionslehrers, es bestehe Gleichheit zwischen allen Menschen und ihm sei jeder Mensch [also auch der Jude] lieb und wert, führten zum Entzug der Unterrichtserlaubnis durch den Kultusminister [17]. Darüberhinaus gab es in der Badischen Landeskirche eine heute zahlenmäßig nicht mehr faßbare Gruppe von Pfarrern, denen die Abschaffung des Alten Testaments willkommen war. So heißt es im Schreiben eines Geistlichen vom 28. Januar 1939 [17a]: »Der Relig.[ions]u.[nterricht] wird hier in alter Besetzung weitergegeben. Das AT [Alte Testament] wird jedenfalls abserviert«.

Die protestantische Kirchenleitung in Karlsruhe, die überdies noch gegen die Finanzabteilung anzukämpfen hatte, war schwach; die Lage der *Bekennenden Kirche* prekär. Somit fiel der katholischen Kirche, die in ihrer Organisation intakt war, erhöhte Verantwortung zu. Trotz der eindeutigen Haltung der *Bekennenden Kirche*, scheint die Deportation der badischen Juden viele Protestanten zu der Einsicht geführt zu haben, daß a l l e i n die katholische Kirche eine Besserung der Lage der inzwischen in Südfrankreich internierten Verfolgten erreichen könne. So schreibt auch der Erzbischof von Freiburg an den apostolischen Nuntius: »Ich unterbreite Ew. Exzellenz diese Bitte [um eine Intervention], weil nichtkatholische Christen, erschüttert durch das Los der Deportierten, mich zu einem Schritt beim Heiligen Stuhl veranlassen« [18].

Bei dieser Sachlage kann als erstes Gebot einer verantwortungsbewußten katholischen Kirchenleitung das Aufwecken der vielen Christen angesehen werden, die im Bann der Propaganda standen. Nicht nur das Schweigen über die Untaten, sondern ein Lobpreis auf den Führer, von dem in letzter Instanz alle Untaten ausgingen, ist nachzuweisen.

Zu einem Zeitpunkt, als die badischen Juden und Judenchristen im KZ Gurs starben oder unter unwürdigen Bedingungen dahinvegetierten, als Geistliche im KZ einsaßen und besonders das polnische Nachbarvolk drangsaliert wurde, veröffentlichte

---

[16] Allerdings erklärte sich der Landesbischof im November 1938, weil er »kein Gewissen beengen oder bedrängen« wolle, dazu bereit, die weltlichen Lehrer von der Verpflichtung zur Erteilung des Unterrichts im Alten Testament zu befreien. Dieser sollte künftig den kirchlichen Lehrern und Geistlichen übertragen werden. Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts Nr. B 44265 auf Schreiben des Oberkirchenrats vom 24. November 1938, Nr. 18365, Karlsruhe, 13. Dezember 1938.

[17] Der Minister des Kultus und Unterrichts Nr. E 9419 21. 6. 1939, Akten Lessing-Gymnasium XVIII b I. Teil 31. 12. 1942. Weitere Einzelfälle in diesen Akten.

[17a] 16/67–27.

[18] Schreiben vom 5. 11. 1940, 16/67 – 27.

das *St. Konradsblatt* für die Erzdiözese Freiburg zum Geburtstag des Führers einen Lobpreis und hebt hervor, daß durch den Führer Adolf Hitler die Völker Europas die deutsche Führerberufung in diesem Erdteil erfahren [19].

In Mannheim gilt Prälat Bauer als entschiedener Opponent gegen das nationalsozialistische Regime. Von ihm sind aus der ersten Zeit nach der *Machtergreifung* einige wenige positive Äußerungen über Hitler und das nationalsozialistische Regime überliefert. Doch dürfte er sich nicht allzulange einer Täuschung hingegeben haben. Die katholischen Judenchristen und jüdisch versippten Gemeindeglieder fanden an ihm einen festen Rückhalt, jedoch ist kein generelles Eintreten für die christlichen *Nichtarier* oder gar für die Glaubensjuden bekannt. Auf evangelischer Seite wirkte unter den Mannheimer Pfarrern kein Kritiker des Nationalsozialismus vom Range Prälat Bauers. Symptomatisch für die völlig uneinheitliche Haltung der evangelischen Pfarrer sind zwei Extreme. Ein Mannheimer Pfarrer erwies sich während des Dritten Reichs als fanatischer Antisemit. Auf der anderen Seite steht der, allerdings in Heidelberg amtierende, Pfarrer Maas, auf den sich die Blicke vieler Judenchristen auch in Mannheim richteten. Er trat nicht nur für die Judenchristen, sondern für alle *rassisch* Verfolgten ein und betreute, besonders nach der Deportation vom Oktober 1940, auch Mannheimer Juden [20].

Im täglichen Mannheimer Gemeindeleben fehlte jedoch auf protestantischer Seite eine leitende Persönlichkeit, die wenigstens für die evangelischen Glaubensbrüder energisch eingetreten wäre. Sie standen häufig noch einsamer und verlassener als die Glaubensjuden da, da sie sich auch der Glaubensgemeinschaft beraubt fühlten.

3. Die Mannheimer Bevölkerung

Der Mannheimer Bürger mußte ohne die Hilfe einer kritischen Presse oder einer ein offenes Wort wagenden Institution zu den Maßnahmen des *NS*-Staates gegen die Juden Stellung nehmen.

Den Lebensbedingungen unter einem totalitären Regime entsprechend konnte eine Stellungnahme gegen den Antisemitismus oder ein Widerstand gegen die Maßnahmen des Regimes nicht offen erfolgen. Trotzdem läßt sich aus den zahlreich gegebenen mündlichen Zeugnissen sowie der Reaktion auf die einzelnen Geschehnisse folgende Generallinie herauslesen [1].

Im ganzen stand die Mannheimer Bevölkerung den Gewaltmaßnahmen gegen die Juden ablehnend gegenüber. Dementis oder Erklärungen des *Hakenkreuzbanners*, besonders in der ersten Zeit nach der *Machtergreifung*, legen dafür Zeugnis ab [2].

Die administrativen Maßnahmen, die einer drohenden »Überfremdung« entgegen-

---

[19] St. Konradsblatt Nr. 16, 25. Jg. 20. 4. 1941 »Zum Geburtstag des Führers«.

[20] Einzelne Hinweise in Personalakten.

[1] Zur Frage des Widerstands im Dritten Reich betreibt das Stadtarchiv Mannheim eine besondere Quellensammlung, die zu gegebener Zeit ausgewertet werden soll. Diese Studie wird sich auch mit dem Widerstand gegen die Rassenpolitik zu befassen haben.

[2] Ein Beispiel aus der »Schutzhaftverhängung«. Der oben erwähnten großaufgemachten Schutzhaftverhängung über den »Stoffjuden Alsberg« folgte tags darauf eine Rechtferti-

wirkten, stießen dagegen bei der Mehrheit der Bevölkerung auf »Verständnis« oder Desinteresse.

Für die allgemeine Toleranz der Bürger spricht neben anderen, in den vorhergehenden Kapiteln ausgebreiteten Einzelfällen auch, daß die jüdische Gemeinschaft erwog, Zentralinstitutionen wie die Lehrerbildungsanstalt nach Mannheim zu verlegen.

Daß auch in der Partei trotz der Übergriffe und Gewalttaten einzelner Gruppen gewisse Rechtsnormen galten, zeigt die Beaufsichtigung der *Arisierung* sowie die Vergabe von jüdischem Umzugsgut. Die Partei versuchte nicht nur, die Bereicherung ihrer Mitglieder durch jüdisches Gut zu verhindern, sondern sie unterstellte auch die *Verwertungsstelle für das volksfeindliche Vermögen* einem vereidigten Wirtschaftsprüfer. Wieweit die Partei zu dieser Haltung erst nach innerparteilichen Kämpfen kam (z. B. durch Unterdrückung des Einflusses der NSBO), konnte aufgrund der überkommenen Zeugnisse nicht ermittelt werden.

Ihre Bewährung fand die Haltung der einzelnen Mannheimer jedoch erst im Einstehen für jüdische Freunde und Bekannte.

Kaum ein Verfolgter kann nicht von Freundlichkeiten berichten, die ihm in dieser schweren Zeit das Leben erleichterten, genau wie er über extreme Anfeindungen berichten kann, die ihm das Leben erschwerten. Die letzte Bereitschaft zu sinnvollem Einsatz zeigte sich in dem Angebot, Verfolgten in der eigenen Wohnung Schutz zu bieten. Zu dieser Bewährungsprobe kam es in Mannheim in größerem Umfang – im Gegensatz z. B. zu Berlin – nicht. Eine Prognose, ob sich eine entsprechend große Anzahl Mannheimer zum Handeln bereitgefunden hätte, verbietet sich.

Die seit dem 22. Oktober 1940 amtierende Oberschwester des *Israelitischen Krankenhauses* gab, nachdem sie über viele während des Dritten Reichs erfahrene Freundlichkeiten berichtet hatte, zusammenfassend folgende Stellungnahme ab, die wohl mehr die Frage des Verhaltens der Menschen zueinander als das Verhalten der *Arier* zu den *Nichtariern* berührt: »Wenn es ernst wurde und man jemanden wirklich brauchte, stand man allein«.

---

gung und Erklärung, daß sich der Häftling »unverschämt« gegen die NSBO benommen habe (HB 24. 2. 1934). – Die zahlreichen sowohl im Hakenkreuzbanner angedrohten wie auch von der NMZ berichteten Schutzhaftverhängungen scheinen eine gewisse Unruhe und ein gewisses Mißtrauen in die Ordnung und Rechtlichkeit der nationalsozialistischen Führung hervorgerufen zu haben. Um den Eindruck zu erwecken, auch die Einweisung in ein KZ unterliege einer rechtsstaatlichen Ordnung, wird auf einen vermutlich fingierten Leserbrief (in welchem die Frage aufgeworfen wird, ob der Rassenschänder nicht in ein KZ eingeliefert werden könne) geantwortet: »Schutzhaft kommt nicht in Frage, da sie nicht über acht Tage hinaus verhängt werden darf«. HB 18. 11. 1934 (zu den Rechtsverhältnissen bei der Schutzhaftverhängung Broszat, »SS-Staat II«, S. 11 ff.). Bei der »Vorbeugehaft« scheinen allerdings noch gewisse Rechtsnormen, wenigstens von der Kriminalpolizei, eingehalten worden zu sein. Ein Mannheimer Jude, der ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingewiesen werden sollte, wurde einer amtsärztlichen Untersuchung unterzogen, wie sie im geordneten Strafvollzug üblich ist. Als ihn das Staatl. Gesundheitsamt für »nicht arbeitsfähig« erklärte, wurde er entlassen. Akten der Kriminalpolizei Karlsruhe. D. Staatl. Kriminalpolizei, Tbg. Nr. 2497/38 K III, 18. 6. 1938.

V. Schlußbetrachtung

Überblickt man die Vernichtung der jüdischen Gemeinde Mannheims, so scheint es angebracht, auf mehrere Aspekte zusammenfassend hinzuweisen.

Ein gutes Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden braucht nicht unbedingt dazu zu führen, daß sich nicht gelegentlich radikale Staatsbeamte oder Parteiführer durchsetzten. In Mannheim blieb die *SA-Gruppe Kurpfalz*, die Kurt Düwell in ihrer antisemitischen Ausstrahlung auf die Nachbargebiete hervorhebt [1], vergleichsweise zurückhaltend – auch wenn ihr der organisierte »Volkszorn« ein wohlbekanntes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele war. Noch im Kriege bescheinigte der Volksgerichtshof der Mannheimer Arbeiterschaft indirekt ein reserviertes Verhältnis zum *NS*-Staat, wenn es im Urteil gegen den Widerstandskämpfer Georg Lechleiter und seine Freunde heißt [2]: »Sie erkannten, daß gerade Mannheim mit der großen Masse seiner Industriearbeiter ein geeigneter Boden für ihre Bestrebungen werden könnte. . .«

Angesichts dieser Gegebenheiten war es für die Nationalsozialisten im nordbadischen Raum von vornherein zweckmäßiger, die administrative Seite des Kampfes gegen die Juden stärker zu betonen, weil sie weniger ins Auge sprang [3]. Dieser Weg wurde auch von der badischen Regierung beschritten. Wie sich »wilde« Aktionen und administrative Maßnahmen ergänzten und einander ablösten, konnte am besten am Beispiel der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft gezeigt werden. Rücksichten auf die internationale Industrieverflechtung ließen es dabei geboten erscheinen, im Jahre 1939 Forderungen nach weitergehenden Maßnahmen, die die Reichsregierung für angebracht hielt, entgegenzutreten.

Im Kultusbereich zeigte sich am deutlichsten das Bestreben einer badischen Behörde, möglichst rasch zu einer Absonderung von den Juden zu kommen. Zwar gingen die ersten Impulse, die zum Aufbau eines jüdischen Schulwesens führten, von der Mannheimer Gemeinde aus, doch bemühte sich der Karlsruher Kultusminister Otto Wacker schon im Sommer 1934, der Israelitischen Religionsgemein-

[1] Seite 272.

[2] Urteil des Volksgerichtshofs Berlin 5 J 81/42/2H94/42 abgedruckt bei Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote, Frankfurt 1969, S. 200 ff. Das Zitat findet sich S. 215 f.

[3] Die beiden Komponenten des nationalsozialistischen Kampfes (einerseits der rabaukenhafte Straßenterror, andererseits die auf administrativem Wege vorangetriebene Abschnürung der Juden) sind gut voneinander abgesetzt bei Hans Mommsen, Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938.

schaft Badens die ihr nach Artikel 137, Absatz 5, der Reichsverfassung vom 11. August 1919 zuerkannten Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu nehmen [4]. Diese Bemühungen liefen darauf hinaus, den israelitischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den Schulen aufzuheben und den Gemeinden das Besteuerungsrecht zu nehmen. Für Baden schuf der Minister Sonderregelungen, die schließlich zur Abschaffung des Religionsunterrichts führten. Umfassend und in letzter Konsequenz wurden die vom badischen Kultusminister bereits 1934 angeschnittenen Fragen jedoch erst durch die *Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939* gelöst [5]. Von nun an waren die der *Reichsvereinigung der Juden* angeschlossenen Gemeinden nur noch rechtsfähige Vereine.

Wie die Verfolger nicht urplötzlich erschienen, sondern eine zur Herrschaft gelangte Unterströmung mit längerer Tradition darstellten [6], so waren auch manche Ansätze für die durch die Verfolgung hervorgerufenen Entwicklungen bei den Betroffenen bereits vorhanden.

Deutlich ist dies bei den Bemühungen, zu einem gesamtdeutschen Zusammenschluß der Juden zu kommen. Die *Reichsvertretung der deutschen Juden* besaß zwar nur beschränkte Vollmachten [7], doch war wenigstens ein Gremium geschaffen worden, welches sich zu einer gesamtjüdischen Vertretung entwickeln konnte. Die *Reichsvereinigung der Juden*, die 1939 durch die *Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz* gebildet wurde und die dann umfassende Vollmachten hatte, war allerdings von den Verfolgern nur geschaffen worden, um ein handliches Instrument für die Zusammenfassung und Beseitigung der jüdischen Minderheit zu haben.

Eine weitere Entwicklung, die bereits vor 1933 eingesetzt hatte und durch den NS-Staat forciert wurde, zeigte sich bei der Gemeindearbeit: die jüdische Gemeinde stellte schon vor 1933 private Vereine in ihren Dienst und übernahm z. T. deren Aufgaben. Diese Entwicklung steigerte sich lediglich nach 1933. Ebenso wurde die frühzeitig erkannte Aufgabe der Berufsumschichtung unter nationalsozialistischem Druck in großem Maßstab in Angriff genommen [8]. Jedoch auch hier hatten einzelne Zionisten sich schon vorher auf einen manuellen Beruf, den sie in Palästina ausüben wollten, vorbereitet. Auch der Hochstand des Gemeindelebens hatte vor 1933 eingesetzt.

---

[4] Schreiben des Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz Nr. A 17055 vom 4. Juli 1934 an den Reichsminister des Innern, Berlin, GLA 235/19717. Wacker betont in dem Schreiben, daß er sich mit der Frage »schon im Sommer vg. Js. beschäftigt« habe, also bereits seit dem Sommer 1933! Den Unterrichtsverwaltungen der anderen Länder wurde der Inhalt des Schreibens gleichfalls mitgeteilt.

[5] RGBl. I, S. 1097; zur Aberkennung der Körperschaftsrechte siehe RGBl. I, 1938, S. 338.

[6] Vgl. hierzu H. Krausnick, in: »SS-Staat II«, S. 283 ff. und Francis L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 2. Auflage 1969, S. 25–47.

[7] P. Sauer, Schicksale S. 62 f.

[8] Hier wirkten sich die Boykottmaßnahmen der Nationalsozialisten naturgemäß gegenüber jenen Firmen am meisten aus, die bereits vor 1933 in Mannheim kaum noch eine Lebensmöglichkeit hatten. Dies traf z. B. für den Getreide- und Kaffeehandel zu. Im Zusammenhang mit der Berufsumschichtung berichtet das Gemeindeblatt (IGBl. 12. 3. 1931) etwas übertreibend davon, daß der Getreide- und Kaffeehandel, der früher »glänzend floriert« habe, heute »so gut wie . . . erledigt« sei.

Sehr deutlich veränderte sich nach 1933 der Altersaufbau sowie die Bevölkerungsverteilung der Juden. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wanderten die Juden in die Städte ab. In den ländlichen Gebieten Badens waren schon zur Zeit der Weimarer Republik viele Gemeinden derart zusammengeschrumpft, daß kein geregeltes Gemeindeleben mehr stattfinden konnte [9]. Diese Gemeinden zerfielen nun völlig, da ihre Glaubensangehörigen in erhöhtem Maße zu den Großgemeinden in die Städte abwanderten [10]. In gleicher Weise wurden auch andere Besonderheiten, die sich bei einer Betrachtung der jüdischen Bevölkerungsstatistik zeigten, nach 1933 gesteigert; namentlich der Altersaufbau wurde durch die Auswanderung und Deportation völlig verzerrt.

Angesichts des nationalsozialistischen Vernichtungswillens kann man spätestens ab 1938 nicht mehr von einer »Entwicklung« sprechen. Fragt man sich jedoch, was in der Zeit der Zerstörung der deutsch-jüdischen Symbiose (Buber) in unserem Raum Wesentliches geschaffen wurde, so fällt der Blick auf die Erziehungsarbeit der Gemeinde. Wenn sich auch unter dem Druck der Zeit anderweitig Lösungen, die als »modern« angesehen werden können, ergaben – so zum Beispiel in der Raumgliederung, die der *Hilfsverein der deutschen Juden* vornahm –, so sind doch in der Erziehungsarbeit, die primär die »Antwort« der Juden auf die Herausforderung des Nationalsozialismus war, die größten Leistungen vollbracht worden.

Besonders am Aufbau des neunten Schuljahrs (welches im deutschen Schulwesen erst später eingerichtet wurde; das von der *Reichsvertretung* geforderte zehnte Schuljahr besteht für Grundschüler heute noch nicht) zeigten sich die Intentionen der Gemeinde. Allerdings läßt das Gemeindeblatt, außer beim Religionsunterricht, kaum erkennen, wie die einzelnen Fächer unterrichtet wurden. Nur am Erdkundeunterricht, der später zur Auswanderungskunde wurde, ist zu erkennen, daß man einer anderen Konzeption als bisher folgte. Sie läuft teilweise auf eine Auswahl des Lehrstoffes hinaus, die neuerdings einige Vertreter der Schulgeographie für deutsche Schulen fordern [11]. An der ganzen Anlage des Unterrichts – z. T. unter Vermischung mit der Erwachsenenbildung des Lehrhauses mit ihrem Kurssystem – läßt sich jedoch erkennen, daß ein »Gesamtschulwesen« eingeführt worden war, welches sicherlich nicht nur äußerlich Ähnlichkeit mit den heute erwogenen Möglichkeiten hatte. Etliche Schüler nahmen zudem an einer Handwerksausbildung teil. Sie wird an einigen Versuchsschulen heute als Ergänzung zur bisherigen Schulausbildung angestrebt. Überdies zeigt die Handwerksausbildung in Lehrwerkstätten eine weitere aus der Not der Zeit geborene Lösung. Sie wird heute ebenfalls als zeitgemäße Form der Lehrlingsausbildung angesehen und ist von

---

[9] P. Sauer, Schicksale S. 15 ff.; ferner IGBl. 15. 5. 1935 »Die jüdische Wohnbevölkerung in Baden« (mit statistischen Angaben) und IGBl. 22. 4. 1936 »Die jüdische Bevölkerung in Baden«.

[10] Das Hakenkreuzbanner folgerte aus dem Zuzug, den die Mannheimer Gemeinde nach 1933 erhielt, sogar, daß es den Juden sehr gut gehe – denn sonst könnten sich unmöglich im Juli und August 1935 70 Juden neu in Mannheim gemeldet haben. HB 25. 9. 1935 »Juden widerlegen Greuelhetze«.

[11] Vgl. Erich Schwegler, Eine neue Konzeption für den Erdkundeunterricht. Geographische Rundschau 1968 Heft I, S. 1 ff.

manchen Großbetrieben bereits verwirklicht worden, um eine rasche, intensive, jeden Leerlauf vermeidende Ausbildung zu ermöglichen.
Mobilität der Bevölkerung, Verstädterung und andere Faktoren lassen für den heutigen Menschen eine Situation entstehen, die teilweise Probleme aufwirft, wie sie die Juden damals zu meistern hatten. Da es sich um eine Gruppe handelte, die zum einen mit der deutschen Bildungstradition verwachsen war und zum andern eine große Anzahl geistiger Vertreter von internationalem Rang zu den Ihren zählte, ist es sehr wohl möglich, daß hier manche Probleme tiefer durchdacht und manches unter einer extremen Situation besser erprobt worden ist, als es bis heute geschehen bzw. als es heute möglich ist. Die Leistungen, die hier vollbracht worden sind, sollten in einer eingehenden Untersuchung bald erforscht werden, da vieles nur durch mündliche Befragung geklärt werden könnte [12]: Es scheint nämlich, daß das Studium der Antwort der deutschen Juden auf den Nationalsozialismus Impulse geben kann, die für die Bewältigung mancher Gegenwartsfragen hilfreich sein können.

[12] Diese Studie müßte die jüdische Erziehungsarbeit in allen bedeutenderen Gemeinden des früheren Deutschen Reiches erfassen. – Der Aufsatz von Hans Gärtner, der unter besonderer Berücksichtigung der Theodor-Herzl-Schule in Berlin geschrieben wurde, vermittelt zwar einen guten ersten Eindruck von der Berliner Erziehungsarbeit, aber auch Gärtner hebt die Notwendigkeit einer auf der Erfassung der gesamten Überlieferung beruhenden Arbeit hervor (S. 327 »es bleibt einer späteren Arbeit überlassen, die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung zu überwinden und eine historische Gesamtdarstellung der jüdischen Schule in Deutschland zu geben«).

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellenverzeichnis

Die wichtigsten Quellen (soweit erforderlich, unter Angabe der Zitierweise; wenn bei einem Dokument lediglich eine Nummer angegeben ist, handelt es sich um Bestände des Stadtarchivs Mannheim):

a) Gedruckte Quellen

Blau, Bruno: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, Düsseldorf 1965

Der Führer. Hauptorgan der NSDAP Gau Baden, zugleich: Der Badische Staatsanzeiger. 1934–1942

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 42 Bände, Nürnberg 1947–1949; zitiert: IMT

Hakenkreuzbanner. Das Nationalsozialistische Kampfblatt Nordwestbadens, Ausgabe Mannheim. 1931–1945; zitiert: HB

Israelitisches Gemeindeblatt. Offizielles Organ der Israelitischen Gemeinden Mannheim und Ludwigshafen. Ausgabe A. 1932–1938 (vorhanden in der Bayerischen Staatsbibliothek München); zitiert: IGBl.

Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, Frankfurt/M. 1963

Mannheimer Adreßbuch/Mannheimer Einwohnerbuch

Mannheimer Statistisches Taschenbuch, 4. Ausgabe, Mannheim 1936

Neue Mannheimer Zeitung, Mannheimer Generalanzeiger. 1933–1942; zitiert: NMZ

durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945, 2 Teile, Stuttgart 1966; zitiert: RGBl. I bzw. II

Sauer, Paul: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945, 2 Teile, Stuttgart 1966; zitiert: Sauer I bzw. II

Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadreßbuch, Handbuch der deutschen Presse, Leipzig 1931, 1933, 1935, 1937; zitiert: Sperling

Stasiewski, Bernhard: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Band I, Mainz 1968 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern)

Verfassung der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens, Karlsruhe 1927

b) Ungedruckte Quellen

Stadtarchiv Mannheim

Stadtratsprotokolle 1934–1945

Einwohnermeldekartei

Abgabe und Depositum des Rijksinstituuts voor Oorlogsdocumentatie (Fotokopien und Abschriften des Schriftwechsels verschiedener Behörden untereinander oder mit jüdisches Umzugsgut lagernden Speditionen sowie Prüfungsakten der Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen), Zugang 6/1967; zitiert: 6/67

Dokumentation zur Geschichte der Mannheimer Juden 1933–1945 (Originale und Fotokopien von Archivalien verschiedener Privatpersonen und Behörden), Zugang 16/1967; zitiert: 16/67

Handakten Joseph Gentil, Zugang 18/1965; zitiert: 18/65
Lohrer, E[mil]: Die Zerschlagung des Mannheimer Schulsystems und die Zertrümmerung der Einrichtungen im 2. Weltkrieg 1933–1945. Kleine Erwerbungen 24, 4
Schriftverkehr mit überlebenden Verfolgten und deren dem Stadtarchiv übermittelte Erlebnisberichte; zitiert (nach dem Aktenplan des Stadtarchivs): D 9–3 bzw. D 9–5

Generallandesarchiv Karlsruhe; zitiert: GLA
233/26 162, 27 735
234/4052
235/14 722, 18 635, 30 891
237/35 739
Amerikanisches Document center Nordbaden; zitiert: Doc. center

Bundesarchiv Koblenz
R 36/405, 2060, 2101, 2118

Senatsregistratur Bremen
J 5

Justizministerium Baden-Württemberg
Personalakten jüdischer Juristen

Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe
Generalakten und Personalakten

Regierungspräsidium Nordbaden
Akten des ehemaligen Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums: 1. Generalia Gewerbe und Handel, Gewerbeausübung durch Nichtarier I 1933–1938, II 1938 ff.; zitiert: Gewerbeausübung I bzw. II – 2. Jüdisches Vermögen, Einzelfälle; zitiert: Jüdisches Vermögen, Einzelfälle

Landesamt für die Wiedergutmachung Karlsruhe
Entschädigungsakten der Zweigstelle Karlsruhe; zitiert: EK

Oberschulamt Nordbaden
1. Generalia Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Antisemitische Bewegung Bd. I; zitiert: Antisemitische Bewegung I – 2. Generalia Staatsorganisation, Staatsdienst: Vollzug des Reichsbürgergesetzes – Übertritt der jüdischen Beamten in den Ruhestand; zitiert: Generalia, Vollzug des Reichsbürgergesetzes – 3. Normalia Schulordnung, a) Rassentrennung auf öffentlichen Schulen sowie Errichtung von jüdischen Volksschulen 1934; zitiert: Normalia, Rassentrennung, b) Schuldienst Mannheim, Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim; zitiert: Schuldienst I – 4. Personalakten verschiedener in Mannheim tätiger Lehrkräfte

Landratsamt Mannheim
Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben

Arbeitsamt Mannheim
5431 A und B

Lessing-Gymnasium Mannheim; zitiert nach der Registraturordnung für die Bad. Höheren Schulen

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim
Generalakten und Prozeßakten

Amtsgericht Mannheim
Registerakten; zitiert: VR

Ammon, Robert: Ernst Josef Lesser und sein Beitrag zur Entdeckung des Insulins, in: Mannheimer Hefte 1, 1968, S. 29 ff.

Bracher, Karl Dietrich / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/1934. Köln und Opladen 1960

Buber, Martin: Der Jude und sein Judentum. Köln 1964

Buchheim, Hans / Broszat, Martin / Jacobsen, Hans-Adolf / Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates. 2 Bde. Freiburg 1965

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. Berlin (Hrsg.): Anti-Anti Tatsachen zur Judenfrage, 6. Auflage, Berlin o. J. [1932]

Darton, Lawrence: Friends Committee for Refugees and Aliens 1933–1950; Issued by Friends Committee for Refugees und Aliens 1954

Düwell, Kurt: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde (Dissertation). Rheinisches Archiv 65, Bonn 1968

Gärtner, Hans: Probleme der jüdischen Schule während der Hitlerjahre, in: Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise, Stuttgart 1963, S. 326 ff.

Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen, Berlin, Frankfurt, Zürich 1966 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft)

Göller, Leopold: Lemle Moses, in: Kurpfälzer Jahrbuch, Heidelberg 1927, S. 103 ff.

Göppinger, Horst: Die Verfolgung der Juristen jüdischer Abstammung durch den Nationalsozialismus. Villingen 1963

Goldberg, Jakob: Die wirtschaftlichen Leistungen der Jüdischen Gemeinde Mannheim (Dissertation). Heidelberg 1920

Graml, Hermann: Der 9. November 1938. Bonn 1958

Hachenburg, Max: Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts. Düsseldorf 1927

Hahn, Hugo: Die Gründung der Reichsvertretung, in: Festschrift für Siegfried Moses. Tel Aviv 1962

Hanke, Peter: Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933–1945 (Dissertation). Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 3, 1967

Heilbrunn, Käte: Die Haushaltgestaltung der israelitischen Religionsgemeinschaft Mannheim 1924–1932 unter besonderer Berücksichtigung der Beziehung zwischen Landes- und Ortskirche. Masch.schr. Diplomarbeit der Wirtschaftshochschule Mannheim 1932, (Fotokopie im Stadtarchiv Mannheim)

Hundsnurscher, Franz / Taddey, Gerhard: Die jüdischen Gemeinden in Baden. Stuttgart 1968

Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958; zitiert NN, Gutachten

Koehler, Walter: Mannheimer Rechtsanwälte nach 1870, in: Mannheimer Hefte 2, 1967, S. 29 ff.

Kronstein, Heinrich: Briefe an einen jungen Deutschen. München 1967

Van der Leeuw, A.: Zur Vorgeschichte der Enteignung jüdischen Vermögens durch die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, in: Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht 13. Jg. 1962, S. 1 ff.; zitiert: RzW

Marx, Hugo: Das Schicksal der im Jahre 1933 in Mannheim amtierenden jüdischen Richter, in: Mannheimer Hefte 3, 1961, S. 19 ff.

Matz, Mary Jane: The Many Lives of Otto Kahn. London, New York 1963

Mommsen, Hans: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 19, 1962, S. 68 ff.

Mosse, Werner E. (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965
Noack, Erwin: Kommentar zur Reichsrechtsanwaltsordnung. Leipzig 1937
Poliakov, Léon / Wulf, Josef: Das Dritte Reich und die Juden – Dokumente und Aufsätze –. Berlin 1961
Rehberger, Horst: Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33. Heidelberg 1967
Sauer, Paul: Dokumentation der jüdischen Schicksale 1933–1945 in Baden-Württemberg, in: Der Archivar 17, 1964, S. 407 ff.
Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistische Verfolgungszeit 1933–1945. Stuttgart 1968
Schwineköper, Berent / Laubenberger, Franz: Geschichte und Schicksal der Freiburger Juden. Freiburger Stadthefte 6, 1963
Theilhaber, Felix: Der Untergang der deutschen Juden. München 1911
Uhlig, Heinrich: Die Warenhäuser im Dritten Reich. Köln und Opladen 1956
Unna, Isak: Die Lemle-Moses-Klaus-Stiftung in Mannheim. Frankfurt 1908
Watzinger, Karl Otto: Die jüdische Gemeinde in Feudenheim, in: Mannheimer Hefte 3, 1965, S. 14 ff.
Weltsch, Robert (Hrsg.): Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise. Stuttgart 1963

Personen-, Orts- und Sachindex

Vorbemerkung: Der Index vereinigt die Hinweise auf die Darstellung und auf den Quellenband in der Weise, daß die in gewöhnlicher Schrift gesetzten Zahlen auf die Seiten des 1. Bandes und die kursiv gesetzten auf die Nummern der Dokumente im 2. Band verweisen. Die Kleinbuchstaben hinter den Kursivzahlen beziehen sich auf Einzelstücke innerhalb einer Dokumentengruppe (vgl. Einführung in die Dokumentensammlung). Aufgenommen sind nur die Namen, die nicht durch Abkürzungen verschlüsselt sind. Um Häufungen zu vermeiden, wurden Bezeichnungen wie »jüdisch« oder »israelitisch« nur dort beibehalten, wo sie Namensbestandteil oder zur Klärung notwendig waren. Fehlende oder abgekürzte Vornamen wurden möglichst ergänzt. Ortsbezeichnungen werden in der damals im deutschen Sprachgebiet gebräuchlichen Schreibweise in Kursive wiedergegeben. Wie in der Darstellung und im Quellenteil wurde eine Anzahl von NS-Ausdrücken übernommen.

Aachen 281 a
Abendmahl 222
Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit 41, 88, 99
Ablain (Frankreich) 129 a
Ablieferungspflicht *21*
Abwanderung (s. a. Auswanderung) 60, 64, 85, 87; *2, 45, 79 a*
Achern 282 a
Achtnich, Walter *187 b*
Adolf-Hitler-Realgymnasium 76; *67*
Adolf-Hitler-Ufer 122
Ärzte 28, 51, 118, 136, 152, 173, 176, 179, 185 ff, 201, 213; *86, 100, 111, 131, 164, 186, 188 a, b, 192, 209 a, 262, 272*
Agitation s. Hetze
Ahawas Scholom 38
– Zion 35
Akademiker-Hilfe 50; *246*
Aletter, Karl *237*
Alexander der Große *231*
Aligemeine Verlagsanstalt München *237*
Alperowitz, Heinrich 223; *257*
Alsberg, Artur 228; *102, 103 b*
Altersfürsorge *19*
Altersheim 30, 39, 44, 59 f., 62 ff., 176, 201; *19, 20, 30, 38, 45, 83 a, b;* Bild 15
Altersstruktur 103, 177, 232; *2, 38*
Altersversorgung 33, 41
Altes Testament 226 f.; *252*
Altmann, Salomon Paul (Sally) *84*
Altstädter, Emanuel *3, 4*
Aluminiumwalzwerk Singen *120 c*
Amann, Max *248*
Ambrosius *131*
Amerikanisch-israelitischer Kongreß 220
Amsterdam 38, 162 a, d
Amt für Beamte 117
– für Erzieher 70
– für Volksgesundheit *192*
Anarchie *254*
Andrae-Noris-Zahn und Co. *237*
Androhung der Todesstrafe *197*
Ankenbuck Kr. Villingen 147
Anklam 39 f
Anlernwerkstätte 53 ff., 152, 200, 232; *32, 81, 82*
Anprangerung 215, 222; *196*
Ansbacher, Rabbiner *35 b*
Anschluß Österreichs 105
Antisemitismus 29, 32, 48 f., 65 f., 70, 73, 76, 100 f., 117, 122, 131, 172, 175, 198, 205 f., 209, 219 ff., 224, 228, 230; *7, 40, 62, 66, 84*
Antwerpen 38
Anzengruber, Ludwig 11
Apostolischer Nuntius 223, 227; *258 b, 259*
Appel, Julius *3, 4, 172;* Abbildung bei *13*
Approbation 185; *21*
Arbeitsamt 177 f.; *144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 199, 200, 201, 214 c*
Arbeitsdienst 51; *284*
Arbeitseinsatz 60, 176 ff.; *21, 144, 145 a, 150, 151, 152, 153, 154, 162 d*
Arbeitslosenunterstützung 176 f.; *145, 146*
Arbeitslosigkeit 51, 128, 177, 211; *123 a, 144, 145, 146, 147, 157 b, 254*
Arbeitsvermittlung *199, 200, 201*
Ardennen 11
Argentinien 258 a
Arier jüdischen Bekenntnisses 78
– bescheinigung 115, 164

– eigenschaft 116 f., 120
– gesetzgebung 48, 76, 119, 121, 133, 145, 159, 209, 226; *103 b, 115, 131*
– nachweis 69
Ariseur 152, 154 ff., 162
Arisierung(s) 20, 60, 114, 135 ff., 204, 229; *119, 120 c, 122, 123 b, 145;* Bild 17
– abgabe 159 ff.
– gewinne 147, 158 f., 162
– methoden 160, 171 f.
Armenkasse zur Anschaffung von Brennmaterialien 39; *5*
Aron Kodesch *229*
Arras 129 a
Artfremd *251*
Assimilation 28 ff., 32, 43, 49, 56, 77, 89, 221; *71, 84, 279 e*
Assistance catholique *38*
– protestante *38*
Auerbach, Franz-Ludwig *91*
Auerbacher, Arthur *46, 78*
Auergesellschaft *60 e*
Aufbauklasse 53, 81, 232; *41, 76, 81*
Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung 67, 72, 173; *176 a*
Aufsichtsrat 171
Augsburg 198
Augustinus *131*
August-Lamey-Loge 34, 43; *237*
Ausbildungsstiftung 33
Ausbürgerung 41, 99
Auschwitz 11, 44, 109, 219; *39 d, 40, 85*
Ausland(s) 19, 51, 59, 73, 77, 80, 92, 95, 100, 156, 164, 169, 171, 220; *44, 63, 84, 94 a, 100, 120 a, c, d, 131, 167 a, 198 a, 205 c, 209, 212 f, 230, 243, 258 a, 279 f, h, 282 a*
– juden *15 b, 38*
Ausnahmerecht s. Sonderrecht
Ausschaltung 114 ff., 185; *110, 131*
Ausschüsse der Gemeindeverwaltung 30 f.
Aussöhnung 12
Auswanderer-Beratungsstelle des Hilfsvereins 102; *91*
Auswanderung(s) 19 f., 33, 37, 42, 49, 52, 54 f., 59, 76, 80, 82, 84 f., 90, 92 f., 98 ff., 108, 129, 148, 152, 159, 184, 187, 195, 198, 202, 206, 223, 232; *2, 20, 23, 31, 35 a, 39 a, c, 41, 48, 71, 82, 86, 88, 90, 92, 93, 94 b, 96, 97, 123 a, 131, 157, 160, 162 a, c, d, 212 e, 225, 257, 272, 276*
– hilfe *258 a, 276*
Ausweisung(s) *55, 94 a, 95, 205 c*
– haft *205 c*
Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen 74
Awerbuch, Simon 102
Azereth *7*

Bach, Meta *39 d*
Bachad *5*
Bachert, Gustav 181, 184
–, Hildegard 75; *66*
Baden s. *Grenzland Baden*
Baden-Baden 122 b, 138 a, 164, 282 a
Bader, Jakob *19*
Badewesen 174, 195 ff., 220
Badische Bank 165; *121 b*
– Landeskirche (s. a. Evangelischer Oberkirchenrat) 23 f., 28
– Neueste Nachrichten *228*
Badischer Beobachter *225*
– Bevollmächtigter zum Reichsrat 116
Bad Pyrmont 39 e, 276
Baeck, Leo, 50, 96, 107; *11, 26 e, i, j, 52 a, 231*
Bär II [Eugen?] *172*
– I, Jakob *172*
Baer OHG 162
Baierthal 83 a
Ballhaus *106 a*
Baltikum 13
Bamberg 237
Barber, Oskar *187 b, 188*
Barcelona 207 b
Bar Kochba 89; *5*
Barnaß, Gretel *127*
Barth, Karl *10, 254*
Bartosch, Carl Eduard 223
Basel 1, 207 a, 229
Basler Liturgie *254*
Bassermann, Ernst 180
Bauer, Eduard *3, 4*
–, Joseph 228; *31, 35 b*
–, Theodor *3*
Bauer-Mengelberg, Käthe *58*
Bauernfähigkeit *131*
Baugesellschaft mbH 155
Baum, Gertha *39 d*
–, Lilly *261*
Baumann, Gretel *66*
–, Hans *66*
Beamte s. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
Beauftragter für den Vierjahresplan *124 b, 165 b, c*
Becker, Karl *258 c*
Bedarfsdeckungsscheine 115, 118 f., 124, 217

Beer, Julius 154
Beerdigungsvereine (s. a. Friedmann-Verein und Chewra Kadischa) 35, 42; *5, 38*
Begünstigung *205 b, 206*
Behandler (Ärzte) 152, 185 f.; *21, 164, 191, 192*
Behme, Pg. *100*
Behördengeschäft (s. Beschaffungswesen) 169
Behr, Alice 85, 87
–, Amalie *37, 39 f*
Bekennende Kirche 23, 226 f.
Bekenntnis-Pfarrer 226
Bekenntnispflicht 226
Bekenntnisschule 78
Belfort 1
Belgien 141, 180; *37, 38, 39 c, 52 c, 281 a*
Belmont 282 a
Belsen 278
Benachteiligung 116, 126, 146, 181, 185, 206; *7, 94 b, 113 b, 132, 165 a, f, 188 a, 209 a, d, 214 b, d, 248*
Benninger, Lina *196*
Bensheimer, Albert *237*
–, Alice *237*
–, Ernst J. *237*
–, Jakob *237*
–, Johanna *237*
–, Julius *237*
–, Sigmund *237*
–, Verlag 207; *237*
Bensinger, Friedrich *237*
Beratungsstelle s. Hilfsverein
Berechtigungsscheine *166 g, h*
Bereicherung 158 f., 172, 195; *162 d*
Berend *220 c*
Berg, Kurt Norbert 81; *41, 76;* Bild 4
Bergen-Belsen s. *Belsen*
Berlin 135, 175, 233; *21, 39 f, 60 e, 83 a, 84, 90 a, 94, 136, 161, 162 a, 207 b, 212 g, 237, 258 c, 273 a, 276, 279 f, h, j*
Berliner Tageblatt *40*
- Volkszeitung 131
Berndorff s. Geheime Staatspolizei
Berner Oberland 207 b
Bertram, Adolf 224
Berufsberatung *31*
Berufsstruktur 27 f., 33, 36 f., 131, 177
Berufsumschichtung 36, 53 f., 231; *28, 29, 31, 86*
Beschaffungswesen 115, 127, 137, 169; *112*
Beschlagnahme *45, 225, 232*
Bespitzelung 125
Besteuerungsrecht 231
Beurlaubung 67; *56*
Bevölkerungsbewegung *81*
Bex/Schweiz 229
Bezirksamt 168; *109, 138 b, 237*
Bezirksrat Mannheim *273 b*
Bezirkswirtschaftsamt Wiesbaden *166 g*
Bezugsscheine 190
Biel/Schweiz 229
Bikur Cholim s. Krankenunterstützungskasse
Bildungstradition 89, 95
Billigheimer, Samuel 36, 56, 89, 108; *3, 4, 9, 30, 80, 229;* Bild 3
Birn, Siegfried *45*
Blaustein, Arthur *58, 99*
Bloch, Ernest *18*
–, Fritz *225*
Blün, Julius *225*
Bluhm, Norbert 115
Blum, Léon 87
–, Otto 161; *3*
Bne Brith 34; *5*
BNOP *267*
Bodenheimer, Alfred *36*
–, Siegfried *172*
–, Wilhelm *186*
Böhm, Hermann *3, 4*
–, Ludwig 193
Böttcher, Emil *165 f, g*
Böttger, Richard 113; *19*
Bolivien 55; *93*
Bolschewismus *125 c, 127, 129 a, 225, 266*
Bonn 278, 279 g
Bonndorf 172
Bonsweiher 282a
Borho, Emil 145
Boykott 17, 45, 101, 111 ff., 137, 143, 148, 168 f., 182, 185, 206, 216, 217 f., 221, 231; *21, 63, 100, 103 b, 107, 108, 114, 116 a, 119, 175, 187 a, b, 190, 237, 249 a*
Bracey, Bertha 106
Brader, Otto *3*
Brasilien 44
Braun, Wilhelm *245*
Brecht, H. *249*
Brechter, Kurt *179*
Brehm, Adolf *245*
Bremen 138; *39 f, 276*
Brentano, Ferdinand *101*
Breslau 83 a
Brith Hanoar *5*
Brithmiloth-Barmizweh *38*
Brown, Boveri und Cie. *120 c*
Bruchsal 84, 198
Bruchsaler, Siegfried 51; *2, 81*; Bild 6

Brück, Dr. *197*
Brückl, Hans 155
Brüssel 37, 38
Buber, Martin 45, 77, 96, 131, 232; *16, 26, 27*
Buchen 122 b, 172
Buchenwald 1, 40
Buchholz, Cäcilie *35 b*
–, Esther *35*
–, Otto *35*
Buchsweiler, Johanna *3, 4*
–, Wilhelm *246*
Büchner, Wilhelm *19*
Bünde s. Jugendorganisationen
Buenos Aires 161, 258 a
Bürckel, Josef 59; *225*
Bürgerausschuß 65; *62, 237*
Büro Pfarrer Grüber s. Grüber, Heinrich
Bulgarien 122 b
Bund der Elsässer im Reich 37
– deutscher Frauenvereine *237*
– deutscher Mädel (BdM) 139; *189*
– nationalsozialistischer deutscher Juristen (BNSDJ) 130, 184; *179, 180 a*
Burg Chemnitz 276
Burger, Wilhelm *154*
Busch, Julius 65
Buttenwieser, Moses Bild 14

Café Börse *106 a*
– Hauptpost *234*
– Korso *106 a*
– Pergola *106 a*
– Schmidt *106 a*
– Weiss *265*
– Weller *106 a*
Cahen, Gustav *3*
Cahn-Garnier, Fritz 85; *21, 47, 79 a*
Californien 92
Camp de Gurs 107, 187, 221, 223, 227; *1, 20, 21, 35 b, 37, 38, 39 e, g, 40, 41, 43, 44, 83, 85, 259, 281 a*
– *Noé 38*
– *Récébédou 38*
– *Rivesaltes 38*
– *St. Cyprien 38, 39 e*
Caressa-Werkstätten s. Kahn, Leopold
Caritas-Verband 214, 223; *5, 257 a, 258 c*
Casa Editrice Apollo, Bologna *237*
Celluloid-, Gummi- und Blechspielwarenhandlung 152
Centralverein (CV) 49, 130, 132, 212; *5*
– Jugend *16*
– Zeitung 45
Chaim, Berthold *52 c*
Chamberlain, Austin *41*
Chanukkafeier *23*
Chaos 109
Chef der Sicherheitspolizei und des SD 42
Chemische Fabrik Badenia 124
Chewra Kadischa *5;* Bild 14
Chewro Gemiluth Chasodim 53
China 104
Chrisostomus *131*
Christentum 222; *35 b*
Christliche Jugendverbände 66
– Nichtarier 23, 105, 107, 223, 225, 228; *97, 129 a, 250, 258, 259, 270*
Christlich-sozialer Volksdienst *267*
Cohn 209
Comité Central d'Assistance (CCA) *38*
Commelles 129 a
Copello, Giacomo Luigi *258 a*
Corty, Kurt *52 c*
Côte d'Azur 279 g
Coyle, Albert F. *161*

Dachau 58, 88, 200 f.; *95, 157 b, 160, 229, 232, 278*
Dänemark 21
Dahlerbruch, Gretel *232*
Danzig 285 a
Darlehenskasse 31
– des Deutschen Studentenwerks *60 b*
Darmstädter, Franz *118*
–, Friedrich *172, 177*
–, Karl *3, 4, 229*
Dellheim, Fritz 197
Demokraten *41, 130, 237*
Demonstration 113, 199; *98, 236*
Denunziation 51, 71 ff., 140, 142, 164, 215, 227; *113 a, 121, 125 c, 261, 263, 268, 269, 271, 278*
Denz, Jos. *74*
Deportation 21 f., 26, 41, 58 ff., 64, 85, 101, 107 f., 166, 185 ff., 201, 221, 223 f., 227 f., 232; *1, 20, 21, 33, 36, 39 a, d, 43, 44, 47, 48, 83, 85, 152, 154, 258 b, 259, 271, 276, 282 a, 285 a*
Dessau 199
Deutsch, Arthur 184
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 114, 132, 170, 175, 178 f., 185; *103 b, 104, 111, 146, 149, 150, 264, 269*
– Bank *90 a*
– Christen 224; *250*
– Demokratische Partei *267*

– Frauenschaft s. Nationalsozialistische Frauenschaft
– Juristenzeitung *175*
– Rechtsfront *179*
– Volkspartei (DVP) *267*
Deutscher Buchdruckerverein *237*
– Buchverlag, vorm. Bensheimer *238*
– Gemeindetag *132, 139*
– Schutz- und Trutzbund *129 a*
Deutsches Druck- und Verlagshaus *237*
– Nachrichtenbureau *237*
– Rotes Kreuz *276, 279 a*
Deutschlandlied *68*
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) Abbildung bei *98*
Devisen 98, 138, 148, 152 f., 164; *35 a, 39 f, 89, 122, 207, 271, 282 a*
Diensteid *61 c*
Dienstverpflichtung *21*
Diskriminierung 137, 157, 183, 222, 226; *21, 50, 58, 67, 114, 133, 134, 135, 165 a, f, 188 a, 190, 219, 248*
Disraeli, Benjamin *9*
Dissidenten 23, 106; *97*
Döring, Franz 61
Doernberg, Paul *225*
Doiny *149*
Dolmetscherinstitut Mannheim *64*
Drancy (Frankreich) 40
Dreibrunnen/Elsaß 258 a
Dreifuß, Jenny *36*
Dreyfuß, Oskar 154
Dreyssig *276*
Dublon, Kurt *89*
Duisburg 21
Dunant, Henri *52 a*
Dworowski *212 g, i*
Dzialowski, Bertha *1*

Eckert, Alois *249 a*
Eckstein, Manfred *197*
Eder und Co. 201, 203
Eder, Karl 155, 183
–, Leopold 201, 203
–, Rudolf 183
Edersleben 210
Edinger, Hermann 201
Eduard-Zintl-Institut *276*
Ehescheidung *279, 280, 281*
Eichstädter 183
Eichtersheimer, Karl *3*
–, Leo 149
Einbürgerungen 41
Einheitswert für Grundstücke 161
Einwanderung 24, 98; *34, 86, 92, 215 b*
Einwohnermeldekartei des Polizeipräsidiums Mannheim 24, 102, 104
Einwohnerwehr *13*
Einzelhandel 149, 151, 166, 191 f., 203; *122 b, 165 c, 225, 238*
Eisemann, Karl 176; *39 b*
Eisenheimer, Adolf *4*
Eisen- und Stahlwerk, vorm. Fischer, Singen *120 c*
Elberfeld 39 f
Elbogen, Ismar *26 e, f*
Elbs, Kreisratsvorsitzender *19*
Elchlepp, Rudi *228*
Elisabeth-Schule 65, 71, 74; *62*
Elsaß-Lothringen 37, 99; *176 a*
Elsaß-Lothringische Mitteilungen *176 a*
Elsner Verlagsgesellschaft 141
Emanzipation 50, 101; *71*
Emigration s. Auswanderung
Emil A. Weil-Stiftung 158
Emmendingen 78; *69, 217*
Enderlein, Erik *126*
Endlösung der Judenfrage 12; *21*
Engel, Adolf 203
–, Siegfried 125
Engelhard *258 c*
Entjudung von Grundstücken (s. a. Arisierung) 114, 160 f., 168
– der Wirtschaft (s. a. Arisierung) 20, 145, 150, 160, 167 f.
Entrechtung 20, 45, 85, 136 f., 166, 179; *21*
Entwidmung von Friedhöfen 61 f.; *139 b*
Eppstein, Eugen *65*
–, Oskar *65 f.*
–, Paul *58, 84*
Epstein, Hermann Bild 14
Erlanger, Fritz Horst 220
–, Josef *3, 4*
–, Max *3, 4*
Erle, Karl *165 f, g*
Erlöschen von Zulassungen der Rechtsanwälte und Ärzte 21, 184 f.
Ermächtigungsgesetz 171
Erschießungen *21*
Erwachsenenbildung 32, 232; *9, 26 j, 80, 82, 84*
Erzbischof von Breslau 224
– von Freiburg (s. a. Gröber, Conrad) 224, 227
Erzdiözese Freiburg 24, 228
Erziehungsfragen 30, 232 f.
Esra *5*
Essen 80; *214 b*

Etam (Textilfirma) *224*
Etienne, Joseph 220
Europa 103 f., 228
Evangelischer Oberkirchenrat von Baden (s. a. Badische Landeskirche) 28, 224 ff.
Extremisten 97, 121, 130, 134, 146, 176, 197, 207, 226, 230

Feibelmann, Emil 135; *116 a*
–, Werner *67*
Feindbegünstigung *96*
Feindvermögen 189
Feindvermögensverwaltung 191
Feit, Hans 180; *98*
Feitel, Jakob *237*
Feitler, Nanette *36*
Feldbahnfabrik Liebrecht AG 142
Feldheim, Alfred *21*
Feudenheim 92, 138 b, 223
Fey, Mela *39 d*
Finanzamt 98, 189, 191, 194
Finanzierungsgesellschaft Heidelberg 161
Finanzwesen 30
Finkel, Alexander *233*
Fischel, Albert *4*
–, Carl *30, 65 h*
–, Kurt *65*
Fischer-Riegel, L. *224*
Flaggenehrung *68*
Fleck 161
Flég, Edmond (eigentlich: Flegenheimer) *9*
Fleischer, Ernst *204*
Fleuchaus, Richard *173*
Fliegergeschädigte 190 f., 193; *54*
Fliegerschäden s. Reichsinteresse
Florida 92
Flucht 99, 108, 186 f., 206; *87, 176 a, 220 c 229, 282*
Förderungsmitglied der SS 125
Fortbildungsschule 81; *70, 77*
Frank, Hans 130
–, Heinz *21*
–, Ludwig 205
–, Otto *172*
Franken 171
Frankenbund *5*
Frankenthal/Pfalz 181, 210; *181 a, 212 c, g, h*
Frankfurt/Main 18, 45, 178; *21, 26 a, b, g, j, 39 f, 103 b, 237, 257 b, 266*
Frankfurter Detektiv-Auskunftei *208 b*
– Zeitung 116, 131, 198, 211; *40, 197*
Frankreich 59, 64, 99, 104, 141, 166, 180, 194, 227; *1, 38, 39 a, c, g, 41, 52 c, 160, 259, 282 a, 283, 285 a*
Frauenvereinigung 35, 38 f., 41, 50; *5*
Freiburg/Breisgau 218; *138 a, 258 a*
Freikorps *129 a*
Freilassungen *159 c, 161, 162 c, 212 i, 230*
Freimaurer *255 a*
Freinkel, Adolf [auch Fränkel] *31*
–, Heinrich *31, 35 a*
Freisler, Roland *50*
Fremdenlegion *284*
Fremdrassig *285 a*
Freudenberg, Carl 183; *180*
–, Walter *249 a*
Freund, Mali *278*
Frey, Alfred *30, 52 c*
Frick, Wilhelm 209; *115, 187 b*
Friedhaber, Moritz 104
Friedhof 60 ff., 175; *35 a, 38, 136, 137, 138, 139, 225, 227, 229, 230, 237;* Bild 1, 16
Friedmann 152
–, Hugo 159
–, Martin 186
– Verein 42; *5*
Friedrich-Schule 94
Friedrichsfeld 282 a
Friedrichspark *106 a*
Friesenheimer Insel 179; *21*
Fritz und Cie. 154
Fröbelseminar 51, 71, 173; *85, 86*
Fromm, Rechtsanwalt *208 b*
Frontkämpfer 19, 31, 42, 68, 70, 73, 76, 119, 185, 213; *60 a, b, 61 a, 64, 69, 107 b, 115, 116 a, 119, 122 a, 123 a, 125 a, 181 a, 214 b, 220 c, 232, 237, 276, 283, 285 a*
Fuchs, Berthold *192*
–, J. 142
–, Privatdozent *21*
– und Co. 125
Der Führer (Zeitung) 67, 212
Führer s. Hitler, Adolf
– der Arbeitsfront 131
– durch die deutschen Geschäfte 120, 123, 126
– des SS-Abschnitts XXIX 120
– vorbehalt 192; *93*
Führungsprinzip *10*
Führungsschicht 30, 95
Führungszeugnisse *95*
Fürsorgearbeit 32 ff., 174; *19, 37, 38, 39 a, 83 b, 85, 86, 87, 123 a*
Fürsorge- und Stadtjugendamt 63, 178; *86, 146*
Fuldaer Bischofskonferenz 223 f.
Funk, Walter *120 c*
Furchheimer, Benno 203

Gaa, Ferdinand 186; *191, 193*
Gäng, Friedl *189*
Gärtner, Karl *72 a*
Gailingen 20
Galuth-Juden *71*
Gaststätte Bürgerkeller *106 a*
– Deutsches Haus *106 a*
– Fliegender Holländer *106 a*
– Großer Meyerhof *225*
– Neuburger 165 f., 197
– Schneeberg *106 a*
– Schwarzer Adler *106 a*
– Zum Engel *106 a*
– Zum Neckarstrand *106 a*
– Zum Zwischenakt *106 a*
– Zum weißen Bären *106 b*
Gauamtsleitung 118, 120, 123, 130, 172
Gaubetriebszellenleiter 131; *114*
Gauleiter 130, 133, 141, 148, 153, 183, 199
Gaurechtsamt 172
Gauwirtschaftsberater 114, 135, 143, 148, 157, 165
Gauwirtschaftsverband Baden 139
Gebrüder Reiss 119
– Rothschild 119, 121, 127, 216
– Zahn 127
Geflügelfarm F. *282 a*
Geflügelhof Hauptmann B. *282 a*
Gefolgschaft 124, 214; *114, 120 c, 190*
Geheimerlasse 20, 82, 163
Geheime Staatspolizei 22 f., 26, 54, 85, 89, 104, 107, 155, 200, 203; *21, 38, 39 c, 52 c, 83 b, 122 a, 161, 169 b, 205 a, e, 206 b, 207 a, 215 b, 225, 228, 235, 258 c, 266, 271, 275, 282 a*
Geis, Robert Raphael 77, 84, 102, 198; *18*
Geissmar, Fritz *188 a*
–, Johanna *40, 83 b*
Geistiges Olympia *71*
Geller, Otto 187
Gemeinde (jüdische) Bruchsal 84
– Essen 80
– Frankfurt/Main 45; *26 g*
– Hamburg 31
– Heidelberg 29
– Karlsruhe 57 f.
– Ludwigshafen 57, 195
– München 17, 198
Gemeindebibliothek 30; *9*
Gemeindeblatt 23, 81, 107, 109, 132, 219, 222, 231
Gemeindefürsorge s. Fürsorgearbeit
Gemeindegebäude 30, 199; *84*
Gemeindehaushalt 60
Gemeindekasse 44, 91, 94
Gemeindeleben 30, 32, 35, 94; *20*
Gemeindeleitung bzw. Gemeindeführung 30, 45 ff., 53, 55, 94 f., 100, 107, 109
Gemeindestruktur 40, 51, 77; *1, 4*
Gemeindevereinigung Mannheim *3, 5*
Gemeindevermögen *38*
Gemeindevertretung 30; *3, 4, 80*
Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen *170*
Genfer Konvention *278*
Gentil, Joseph 20 f., 132 f., 137, 181, 184; *90 a, b, 92, 93, 94 a, 107 a, 108, 157 a, b, 161, 162, 185, 198, 204 b, 208, 209 a, c, d, 211, 212 c, d, e, g, 213, 214 a, c, d, 246, 262, 273, 279 d, e, f, j, l, 285 a, c, d*
Ger (Fremdling) *26 a*
Gerhard, Eugen 192
Gerngroß GmbH *224*
Gerson, Hermann *26 b, d, 35 a*
Gesamtdeutschland 120 c
Geschäftsgebaren 165; *121 a*
Geschwister Strauß 203
Gesellschaft für Feinmechanik 160, 172
Gesetz zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben 20
– über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Österreich *90 b*
– zur Förderung der Frühehe 87
– zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 134; *199, 201, 203, 206, 209 c, d, 211 a, b, 212 b, 282 a*
– zum Schutz des Einzelhandels 147, 149
– zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche *255 b*
– gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen 73 ff., 76, 95; *64, 131*
– über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit 41, 99
– zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 50, 68, 72 f., 82, 85, 111, 173; *60 a, b, 69, 115, 131, 172, 174, 176 a, b, 187 b, 245, 255 a*
– über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 181, 184
Gesetzgebung 132, 186 f., 209, 213; *1, 115, 209 a*
Gesundheitsfürsorge s. Fürsorgearbeit
Getreide- und Kaffeehandel 103, 231
Getreide-Kreditgesellschaft *118*
Gewalttaten 13, 29, 102, 113, 130 f., 195 ff., 210; *1, 35 a, 67, 220 c, 223, 225, 230, 234, 235, 245*

Gewerbepolizei 142
Gewerbeschule s. Handelsschule
Gewerkschaften 223
Ghetto Hongkef/China 104
Gimbel, Kurt 156
Glaser, Friedrich *13, 188*
Glaubensjuden 28, 32, 107
Gleichberechtigung 17, 126, 136, 143, 182
Gleichschaltung 205; *238*
Godeck, Hans *126*
Goebbels, Joseph 146, 197, 200 f.; *71, 129 b, d, 226, 254*
Goebels, Heinrich 189, 192, 202
Gödelmann, Johanna *21*
Göring, Hermann 168, 206; *124 b*
Göttingen 39 f
Götzl, Hans *3, 4, 220 c*
Golah (Verbannung) 46, 89, 91; *71*
Goldmann, Nahum 101 f.
Goslar 276
Gottesdienst 28, 32, 35; *38*
Graf, Emilie *261*
Graubünden/Schweiz 207 b
Greilsamer, Isaak *3*
Greiner, Jacob *142, 143*
Gremm, Joachim *220 b*
Grenzland Baden 120 c
Greuelpropaganda *15 b, 63, 131, 171, 243, 244, 251*
Griechenland 38
Grob, Walter *267*
Gröber, Conrad (s. a. Erzbischof von Freiburg) 223 f.; *256, 257 b, 258, 259*
Groß, Willy *211 a*
Großbritannien 24, 106, 166, 187; *31, 35 b, 160, 209 c, 272, 279 j*
Großherzogtum Baden 31
Grüber, Heinrich 12, 106; *39 b, 97*
Grünbaum, Rosa 51, 71, 173, 186; *81, 85*
–, Viktoria (genannt Dora) 71, 186; *37, 85;* Bild 6
Grünenplan 276
Grünewald, Max 17, 29 f., 32, 36, 45, 77, 80, 90 f., 93, 96 f., 109, 221; *3, 4, 7, 8, 18, 19, 26 a, b, e, 27, 72 a, 80, 82, 84, 220 c;* Bild 7
Grünfeld, Gustav *30*
Gruenwald, Lotte *160*
Grundstücksübertragung 163
G'seros *229*
Gütermann, Heinrich 207; *237, 238*
Gumberich, Max *30*
Gummi-Walter *224*
Gummiwarenfabrik Hutchinson 170; *120*
Gumperz, Richard *88*
Gurs s. *Camp de Gurs*
Gushurst, Arthur 70
Gustloff, Wilhelm *266*
Gutkind, Kurt Sigmar *58*

Habonim *5*
Habsheim *125 c*
Hachenburg, Elisabeth *48*
–, Hans 184; *181*
–, Hildegard *181 a*
–, Max 179 f., 182, 213, 216; *175, 179, 180*
–, Ulrich *181 a*
Hachgenei, Anna Maria s. Oppenheimer, Anna Maria
Hachscharah *31*
Hahn, Alfred 162
Hahn'sche Druckerei *237*
Haifa 87
Hakenkreuzabzeichen und -flaggen 65, 125; *235, 261*
Hakenkreuzbanner (Zeitung) 21, 113, 120, 122 ff., 137, 139, 146, 151, 176, 181 f., 195 ff.; *59, 220 b, c, 238, 239, 242;* Bild 13
Hamburg 31; *258*
Hammer, Georg *154*
–, Gertrud *154*
Hanauer, Löb 87 f.
Handelshochschule *56, 57, 58, 59, 60, 61, 64, 84, 86*
Handelsschule 80 f., 173; *70*
Handelsvertreter 183 f.
Handwerk 27, 37, 55 f., 82, 93, 137, 139, 147, 149 ff., 162, 166 f., 232; *5, 17, 18, 28, 30, 31, 32, 89, 123, 149*
Handwerkerverein für Baden 36
Handwerkskammer 149
Hanemann, Alfred *171, 214 b*
Hannemann, Albert *282 a*
Hansel, Standartenführer *247*
Hans-Soldan-Stiftung *209*
Harpuder, Heinrich 205 f.
Hartheim/Baden 85
Hartlaub, Gustav *127*
Hartog, Julius 39
Hauck, Matthäus 141
Hauser, Hermann 59 f., 85; *21, 42, 79 a*
–, Karl *13*
Havarah-Abkommen 102
Haschomer Hazair *5*
Hebräischunterricht 35, 56, 84, 90, 92 f., 102; *9, 71, 131*
Hechaluz *5*

Hecht *21*
–, Gustav 39; *3, 4, 18, 19*
–, Hermann *3*
–, Johanna *275*
Hediger Tabakfabrik s. Zigarrenfabrik Hediger
Heidelberg 21, 29, 96, 199, 218; *34, 39 c, 40, 47, 69, 138 a, 155, 160, 181 a*
Heilbrunn, Alex *30*
Heiliger Stuhl 227
Heimeinkaufsverträge *47*
Heimerich, Hermann 47, 172 f.; *130*
Heimtückeparagraph (Gesetz zum Schutz von Volk und Staat) 22, 210; *156, 266*
Heinemann, Arthur *158*
Held, August 142
Helffenstein, Karl *188*
Herbst, Max *276*
Herd (Bauunternehmen in Frankfurt) *148*
Herder Verlag *252*
Hermann, Carl 13, 106; *276;* Bild 12
–, Eva 13, 106; *39 a, b, f, 276*; Bild 11
–, Gerhard *276*
–, Klara *276*
Hermann-Heimerich-Ufer 122
Herschel, Bernhard *132*
Herschelbad 174, 196; *132*
Herth, Ludwig *188 b*
Herweck, Karl *218*
Herweckbad-Aktion 102, 113, 166, 174, 195 ff., 216; *132, 217, 218, 219, 220*
Herzberg, Doris *154*
–, Ilse *154*
–, Karl (Carl) 139 f.; *119, 154*
Herzberger, Leopold *21*
Herzl, Theodor *86*
Hess, Rudolf s. Stellvertreter des Führers
Hetze 23, 45, 49, 60, 66, 72, 75, 82, 101, 123, 176, 195, 199, 201, 207, 212 ff., 232; *51 a, 88, 105, 125, 131, 203 b, 211 a, 217, 218, 240, 241, 246, 249 a, 262*
Heuss, Theodor 6
Heydecker, Hermann *3, 4*
Heynemann, Max *21*
Hieronymus *131*
Hilfsverein der Juden in Deutschland 102, 108, 232; *91, 97, 162 d, 267*
Himmler, Heinrich 54; *21*
Hindenburg, Paul 43
Hirsch, Josef 47
–, Otto 96, 109; *26 c, d, e, h*
Hirschbruch, Samuel *3, 4*
Hirschler, Franz 47, 99, 180; *244*
–, Margarethe 163
Hitler, Adolf 16, 48 f., 88, 101, 113, 212, 220, 227; *10, 21, 34, 35 a, 61 c, 85, 86, 93, 115, 125 c, 130, 131, 179, 260, 261, 266, 269, 278*
Hitler-Gruß 48; *1, 65, 68, 121 a, 245*
Hitler-Jugend (HJ) 66, 95, 225; *67, 157, 225, 255 a, 282 a*
Hölderlin-Gymnasium Heidelberg 72
Hofgut Fremersberg 282 a
Hofmann, Ludwig 175; *146*
Holzbach, Ernst 63
Holzer *258 a*
Hongkef s. *Ghetto Hongkef*
Horst-Wessel-Lied *68*
Huber, Amtsgerichtsrat *172*
Humboldt-Deutz AG 142
Hutchinson s. Gummiwarenfabrik Hutchinson

IG Farbenindustrie *214 a, b, 276*
Ilvesheim 223
Industrie- und Handelskammer 16, 81, 116, 124, 149, 153 ff., 164 f., 170, 175, 190, 192, 217; *70, 99, 112, 120 a, b, 121, 122 b*
Industrie- und Handelstag 111 f.
Industrielle Kreditgesellschaft *118*
Inflation 32, 51, 65
Innozenz III. 220
Innsbruck 125 a
Innungen 27, 37, 139, 151 f., 209
Inserate 206 ff., 217 ff.
Institut für Zeitgeschichte 98
Insulin 173; *38*
Ischler, C. *214 b*
Istanbul 173
Italien 104, 220; *7*

Jacob, Isabella 155
Jacobi, Friedrich 184
–, Heinrich 126; *105*
Jahl, Julius 163
Jakobowitz, Hella [Herta] *39 d*
Jauch, Bernhard *257 a*
Jerusalem 96; *87, 88, 133, 240*
Jeschiwa-Bachorim *229*
Jeselsohn, Max *19*
Jesuitenkirche *220 b*
Jood'scher Rat *162 d*
Jordan, Paul Ludwig *172*
Judenbannbezirke *21*
Judenliebchen 215; *158, 195, 196, 234, 246*
Judenstern 222; *21, 49*
Jüdel, Frieda *3*
–, Paul *213*

Jüdische Rundschau 168
Jüdisch versippt 28, 60, 63, 69, 136, 164, 180, 182, 196, 223, 228; *121 a, 152, 220 b*
Jugendalijah 102; *87*
Jugendbetreuung 30, 40 f., 78, 225; *38, 69*
Jugendheim *9*
Jugendorganisationen 16, 36, 102; *16, 31, 84, 272*
Jugendschutzkammer des Landgerichts Frankenthal *212 f*
Jung, Hermann *266*
Juristen 28, 48, 51, 118, 132, 173 f., 179 ff., 206, 213; *100, 111, 172, 173, 181, 246*

Kaddisch *37*
Kaeferle, Alfred 163 f.
Käfertal 134
Kälbermann, Manfred 82, 88; *4, 72, 73*
Kahn, Bernhard Bild 17
–, Carl *3, 4*
–, Emil Bild 17
–, Hermann Bild 17
–, Leopold 157
–, Michel Bild 17
–, Otto 103
Kaim, Margarethe 104
Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie *276*
Kalker, Hermann *263*
Kallmann, Martin 141 ff., 169
Kampfbund für Handel und Gewerbe *100*
– für deutsche Kultur *126, 127*
– des gewerblichen Mittelstands (s. a. Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation und Deutsche Arbeitsfront) 123, 208, 216
Kampfjahre 136, 155
Kampp, Amtsgerichtsrat *172*
Kander, Warenhaus 216
Kann, Steffen *208 b*
Karl-Friedrich-Gymnasium 65, 70, 72, 75 f., 94
Karl Ludwig (Kurfürst) 29
Karlshafen/Weser 197
Karlsruhe 57 f.; *33, 34, 45, 59 b, 84, 120 c, 138 a, 155, 280*
Karlsruher Zeitung 67
Kassel 78
Kassenärztliche Vereinigung 185
Kattermann, W. *59 b*
Katz, Rechtsanwalt *159 c*
Kauffmann, Fritz *3*
–, Karl 181
Kaufmann, Bernhard Bild 14
–, Fritz *21*
–, Hermann 82, 84; *61 b, 74*
–, J. *109*
–, Paul *192*
Kaus, Clara *1, 277*
–, Karl *277*
Keller, August *187 b*
–, Julius *16*
–, Sigmund *225*
Kiel 206
Kindergarten *85*
Kindergärtnerinnenseminar s. Fröbelseminar
Kinderstube 39, 51
Kirchen 23 f., 216, 223 ff.; *131, 209 a, 231, 250, 276*
Kirchenaustritt *276*
Kirchensteuer 30, 109
Kislau 209, 215; *155, 158, 246, 262*
Kittel, Gerhard *26 a*
Klang, Heinrich *52 a*
Klausstiftung 31, 34 ff., 79, 93 f., 199; *1, 9, 35 a, 229;* Bild 14
Kleinwalsertal 21
Kling, Rudolf 192
Klinger, Eugen *52 c, 150, 220 c*
Klöpfer, Eugen *207 b*
Knapp, Fritz 175; *238*
Knauer, Firma *150*
Knoll AG *214 b*
Knopf, Hugo *208 b*
Koblenz 283
Koblenzer, Gerd *220 c*
Koburger, Joseph *58*
Köhler, Anton *132*
–, Otto 172
–, Walter 114
Koehler, Walter 179 f.
Köllenberger, Bertold *278*
Köln 188
Kölnische Zeitung *40*
Könkert [Könker, Christian] *126*
Körner, Anton *273*
Köster *263*
Koheleth *9*
Kohlhof 203 a
Kohn *229*
–, Arthur 30, 84
Kolmar/Elsaß 282 a
Kolmar, Wilhelm *126*
Kolonisation *231*
Kommissar des Reichs s. Wagner, Robert
Kommissare s. Renninger, Carl und Wetzel, Otto

Kommission für Umzugsgut 189 ff.
Kommunale Pfandleihanstalt 147
Kommunisten 22; *176 a, 245, 267*
Kommunistische Partei Deutschlands *176 a*
Kompetenzüberschneidung verschiedener Instanzen 18, 26, 190
Kompromißbereitschaft der Kirchen 106, 225
Konfessionslose Juden 23, 106
Konservative Gruppe *3*
Konservatorium Würzburg *129 a*
Konstanz 40, 45, 138 a
Konsulate 22 ff., 103, 146, 201; *87, 94, 117 a, 123 a, 209 d, 212 e, g, i, 229*
Konsulenten 152, 182, 184 f.; *181*
Kontinuität in der deutschen Verwaltung 19
Konversionen 29, 34, 224; *21*
Konzentrationslager 54, 88, 109 f., 129, 133, 186, 209 f., 227 ff.; *1, 21, 35 a, 153, 155, 159 a, 162, 278, 285 a, d*
Korngold, Erich Wolfgang *128*
Kortheuer, Bischof i. R. *251*
Kraft durch Freude (KdF) *254*
Kramlich, Leonore 203
Krankenhaus 30, 39, 44, 59, 62 ff., 186, 229; *20, 21, 30, 38, 39 b, 43, 45, 51 b, 82, 83, 84, 167, 168, 191, 193, 225, 229;* Bild 15
Krankenschwesternheim 62
Krankenunterstützungskasse 38; *5*
Krankenversicherung 87
Kraus, Mathias *258 a*
Krebs, Frau *35 b*
Krehbiel, Maria *39 d*
Kreisamtsleiter *191, 193*
Kreisbetriebsgruppe Leder 133
Kreiskampfbundleitung 207, 217
Kreisleitung 120, 126 f., 137, 151, 176, 183, 189, 191, 194, 196 f., 199, 202, 217; *109, 122 b, 130, 180, 192, 202, 205 a, 214 d, 215 b, 224, 234, 236, 238, 264*
Kreismusikerschaftsleiter *129 c*
Kreisorganisationsleiter 188
Kreiswirtschaftsberater 142, 149, 153 ff., 160 f., 163 ff., 189 f., 192; *124 a, c*
Kreutz, Benedikt *257 a, 258 c*
Kriegsausgleichsstock *184, 185*
Kriegsteilnehmer s. Frontkämpfer
Kristallnacht 54, 79, 84, 104, 146, 187, 197, 199 ff., 221; *1, 20, 21, 83 a, 160, 220 b, 223, 224, 225, 266, 229, 230, 231, 232, 254*
Kronberger-Frentzen, Hanna *127*
Kronstein, Heinrich 15, 47, 119, 123, 125, 131, 175, 181, 218
Krückel, Kurt Ignaz *284*
Krüger, Alf *120 d*
Kuba 162 a, c
Kühlewein, Julius (s. a. Landesbischof) *249 b*
Kühne und Nagel 188
Kümmling, Richard *210*
Künstler 51, 57
Kulturamt der NSDAP *129 a, b*
Kulturangelegenheiten 17, 30, 57 f., 77; *1, 25, 38*
Kulturbolschewismus *127*
Kulturelle Vereine 43, 58
Kultur-Liga 35
Kulturverein 35
Kunst *131*
– halle 193; *66*
Kupfer, Berel *35 a*

Lachmud, Margarethe 107; *39*
Laemmle, Kurt 63; *187 b*
Lahr 282 a
Landau 181
Landesamt für die Wiedergutmachung 24 f.
Landesarbeitsamt 177 f.; *200*
Landesbauernführer 149
Landesbischof 224; *251*
Landeshauptkasse 88
Landesreserve 52
Landessynagoge *82*
Landesverband des Badischen Einzelhandels 123
Landflucht *2*
Landgericht Frankenthal 181
– Mannheim 179
Landgut Ahlem 31
– *Belzig/Mark 31*
– *Groß-Gaglow 31*
– *Libau 31*
– *Ludwigshorst 31*
– *Neuendorf* 51
– *Rodges-Hattenhof 31*
– *Silberberg 31*
Landsberger-Böttcher 158
Landschulheime 75
Landwirtschaft *30*
Lanz, W. S. *162 d*
Lateinamerika (s. a. *Südamerika)* 103 f., 153
Laterankonzil (viertes) 220
Lauer, Chaim 44, 92; *18, 229;* Bild 14
Laval, Pierre *40*
Lebensmittelkarten *166, 169 a*
Lebensmittelversorgung *21, 151, 154, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170 a, b*

Lebensraum *251*
Lechem (Brot) *38*
Lechleiter, Georg 230
Lederer, Julius 133 ff.
Lefo, Fritz M. *118*
–, Gustav *36*
–, Luise *36*
Lehe 276
Lehmann, Arthur 42; *3, 4, 18, 30, 220 c*
–, Ernst Josef 226
Lehrbücher *252*
Lehrer 48, 51, 56, 65 ff.; *26, 62, 63, 69, 70, 74, 75, 79, 82, 85*
Lehrerbildungsanstalt 96, 229; *26 a, c, d, g, h, 27*
Lehrhaus 30, 36 f., 44, 56 f., 82, 102, 108, 232; *9, 26 a, b, j, 41, 80*
Lehrverhältnisse *114*
Leipzig 237
Lemle, Heinrich 46, 89, 91 f.; *71*
Lemle-Moses-Klaus-Stiftung s. Klausstiftung
Lenel, Richard *99*
Léon 129 a
Lersch und Kruse *220 c*
Leser, Walter *172*
Lesser, Ernst Josef 173
Lessing, Gotthold Ephraim *41*
Lessingschule 22, 65, 74, 94; *65, 80, 242*
Levi, Josef *3, 4*
–, Josephine *225*
Lewin, Doris *114*
Lewinsky, Sary *3, 4, 20, 83*
Lewisohn, Rachel *51 b*
Ley, Robert *238*
Liberalismus 34, 89; *71*
Licht, Kurt *4*
Lichtenstein, Adolf *18*
Liebmann, Alfred *4*
Liebrecht, Heinrich 142
Liederkranz 39, 43, 56 ff.; *5, 23, 30, 66*
Liedertafel *109*
Liévin 129 a
Lilienthal, Arthur *26 e*
Lindeck, Anton 180, 182; *179*
Linn, Fritz *126*
Linz, Redakteur 71
Linz/Donau 162 a
Lipmann, Max *225*
Liquidation 153, 158, 167, 181; *272*
Liselotteschule 71; *66*
Lissabon 41, 94 b
Litauen 251
Loeb, Ernst *21*
Löb, Jonas *19*
Loebl, Adolf *277*
–, Ellen *277*
Löffler, Julius *3, 4*
–, Otto *229*
Loew, Otto 152
Löwe, Siegfried 173
Löwenstein, Margot *39 d*
–, Salomon 55
Loge *9*
Logenrestaurant 41, 125
London 161, 279 j
Lonza-Konzern 171; *120 c*
Lorch, Fred *220 c*
Lorettohöhe (Frankreich) 129 a
Loubier, W. 202
Loyalität 50; *7*
Lublin 40
Luckner, Gertrud 24
Ludendorff, Erich *87*
Ludwig-Frank-Denkmal 207
Ludwigs, Kurt *179, 185 b, 214 a, b*
Ludwigshafen/Rhein 57, 185, 195; *8, 18, 34, 157 b, 219, 237, 282 a*
Lübeck 188
Lüddecke, Elisabeth *276*
–, Ewald *276*
Luftgaukommando XII Wiesbaden 162
Luftschutz 162; *21*
Luisenschule 78 f., 82, 94; *73, 214 b, 253*
Lußheimer, Paul *3, 5*
Luther, Martin 220
Lynchjustiz 128
Lyon 258 c, 282 a

Maas, Hermann 15, 26, 106; Bild 10
Märtyrer *251*
Magdeburg 197
Maggi-Werke 171; *120 c*
Mahler, Gustav *128*
Maier, Pauline *20, 38, 43, 83;* Bild 8
Maisch, Herbert *125, 126, 127*
Major, Karl *30*
Makkabi Hazair *5*
Makler 187; *109*
Mandelbaum, Lea *70 a, b*
Manes, Jean (genannt Hans) *196*
Mann, Ludwig *21, 40, 58*
–, Thomas 12
Mannheimer Anwaltsverein 179, 182; *179*
– Bettfedernfabrik, vormals M. Kahn Söhne KG 158; Bild 17
– Großdruckerei *237*
– Intelligenzblatt 220
– Knieblechröhrenfabrik 125

– Privatbank Fr. Strassburger *118*
– Schulsystem *86*
– Stadtreklame *237, 238*
– Tageblatt (Badischer Generalanzeiger) 208 f.; *237*
– Vereinsdruckerei *237*
Marburg, Max *3*
Mark, Walter 21
Markt- und Gewerbefreiheit 121, 126
Markus s. Musikhaus Markus
Marsch, Karl *266*
Marschall (Pfeifengeschäft) 152, 154, 162
Marseille 284
Marx *21*
–, Adele *39 d*
–, Hugo *172*
–, Max Ludwig 68, 71, 82, 84; *61, 72*
–, Paul *21, 189, 192*
–, Siegfried *30*
– und Goldschmidt *118*
Marxismus *129 a, 130*
Mauthausen 40, 162
Mayer, Max *3, 4*
–, Oskar *21, 214 c*
Mazze *167*
Mazzenkasse *5*
Medizinalhilfe 39
Megilla *229*
Meijer, Eduard *52 e*
Mein Kampf 16; *278*
Meissner, Alfred 209; *52 a*
Memel 251
Memmingen 21
Memorbuch *229*
Mendel, Sally *3*
Mene tekel upharsin *231*
Metzger 139
Metzger und Oppenheimer 176; *224*
Meyer, Friedrich-Ludwig *100, 179*
–, Julius 153
Meyer-Gerngroß, Louis *29*
Meyer/Oppenheimer 155
Michaelis, Kurt *21*
–, Max *162 b, c, d, e*
Michel, Hedwig 159
–, Lotte *35 b*
Mildhama (Kampf) *38*
Militärregierung 192, 202
Minjan 59; *38*
Minsk 215 a
Mischehe 31 f., 59 f., 64, 69 f., 73 f., 137, 139, 145, 155, 179 f.; *21, 38, 39 b, c, 97, 121 a, 154, 170, 198, 209, 258 c, 279 c, f, 280*
Mischlinge 18, 28, 74 f., 136 f., 163, 179 f., 182 f., 185 f.; *21, 79 a, 124, 152, 170 a, b, 187 a, b, 188, 209, 214 b, 215 a, 246, 276, 279 c, 282 a, 283, 284*
Mischna *18*
Mittelpunktfunktion der Mannheimer Gemeinde 30, 57, 166; *8, 82*
Mittelstand 29, 53, 162, 164, 208, 216; *23, 130, 175*
Mittelstandsunternehmen (s. a. Kampfbund des gewerblichen Mittelstands) 20
Mittelstelle Stuttgart *94*
Mittermeier, Georg *159 c*
Modehaus Neugebauer 218 f.
Moissi, Alexander 47; *125*
Moll-Realschule 71, 74
Montevideo 229, 237
Morgenthal, Moritz (Motz) 71; *15, 272, 278*
Mosbach 181 a
Moser, Fensterputzerei *267*
Moses, Julius 46; *19, 26 h, 58, 86, 87*
Moskau 266
Mühlhausen/Elsaß 282 a
Müller, Frieda *154*
–, Leo 54; *165 a, e, f*
–, Mathias *154*
–, Otto *245*
–, Richard 185
München 17, 137, 198; *21, 39 f., 203 a*
Münster 188; *214 b*
Münz, Ernst Leopold *254*
Munk, Rabbiner *35 b*
Musikhaus Markus *285 a*
Mutter, Albert *100*

Nachmann, Emil 203
Nähstube *39 g*
Nähzirkel 39
Nahm, Hugo *3, 4*
Namensänderung 221
Nansenpaß 37
Nathan *19*
–, Ernst 179; *21*
Nationale Bewegung 70, 198; *7, 71, 156*
– Parteien 65
Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) 121, 130, 229; *102*
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Ortsgruppe
– Deutsches Eck *205 a*
– Erlenhof *268*
– Friedrichspark 125, 167; *270*
– Horst-Wessel-Platz *192*

– Lindenhof *270*
– Neckarau 203
– Neckarspitze 155
– Rheintor 187
– Schwetzingervorstadt 139
– Wasserturm 200
Nationalsozialistische Frauenschaft 221; *100, 261*
– Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) 120, 123, 127, 133 f., 175; *104*
– Volkswohlfahrt (NSV) 200, 203; *53, 264, 268, 276*
– Weltanschauung 95, 112, 163; *202, 276*
Nationalsozialistischer Ärztebund *100, 190*
– Beamtenbund *100*
– Lehrerbund (NSLB) 71
– Rechtswahrerbund (NSRB) 182 ff.; *100, 183, 185 a*
– Reichsverband deutscher Kriegsopfer *13*
Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK) *255 a*
Nationaltheater 16, 27, 47, 173; *66, 125, 126, 127, 129 a, 207 b, 279 f, h*
Nauen, Walter *21*
Neckarau 92
Neckarschule *53, 268*
Neter, Eugen Isaak 50, 55, 59, 107, 110, 186; *21, 37, 38, 39 a, b, d, e, 42, 83 b, 142, 143, 167, 204 b;* Bild 9
–, Marie Louise *37;* Bild 9
–, Mia 40; *23, 31, 32, 85, 86, 87;* Bild 5
Nettel, Hans *187 b*
Netter, Martha *122 a*
–, Paul *122 a*
– und Co. *122*
Neue Badische Landeszeitung (NBL) 23, 175, 207 f., 218; *126, 176 a, 237, 238, 239*
Neue Mannheimer Zeitung (NMZ) – Generalanzeiger (GA) 23, 112 f., 118, 202, 208 f., 228 f.; *227, 239*
Neues Mannheimer Volksblatt 23, 206, 210; *220 b*
Neues Testament *251, 253*
Neugebauer s. Modehaus Neugebauer
Neuhäuser, Otto *118*
Neustadt/Weinstraße 212 c, d, f
New York 92, 161
Niederbronner Schwestern 201; *267*
Niederlande 25, 103, 187 ff., 193; *21, 38, 39 c, 52 c, 257*
Nîmes 1
Nizza 35 b
Noether, Otto 39; *3, 4, 20*
Nöther und Cie. *92*
Nordrach 138 a
Norwegen 21, 89
Nürnberger Gesetze (s. a. Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre) 21, 24, 51, 69, 72, 82, 102, 106, 134, 186, 213, 221; *79 a, 107 b, 131, 187 b, 190, 204 b, 270*
Nuntius s. Apostolischer Nuntius
Nuß, Fritz [?] *121 a*

Oberrat der Israeliten in Baden 22, 30, 47, 60, 64 ff., 77, 80, 82, 84, 89, 165 f.; *3, 19, 20, 61 b, 72, 82, 84, 86, 191*
Oberrheinische Eisenbahngesellschaft (OEG) 176
Oberschlesien 13, 40, 176 a
Obstfeld *35 a*
Odenheimer, Viktor *225*
Odenwald 193
Odessa 215 a, b
Oedekoven 285 b
Österreich 99, 104 f., 135, 171, 209; *38, 90*
Oetzel, Anton *266*
Offenburg 138 a, 172
Ohrenstein, Markus *3, 4*
Oloron (Frankreich) 38, 40
Olympische Spiele 1936 84, 135; *133*
Oppau 276
Oppenheim, Gustav 39; *19*
–, Ludwig *3, 232*
Oppenheimer, Anna-Maria *214*
–, Bernhard 181
– Hildegard *214 b*
–, Julius *172*
–, Karl *214 b*
–, Leo 155
–, Luise 87
–, Rosemarie *214 b*
–, Sigmund *214 b*
–, Stefan *225*
Opposition 73, 121, 210, 222
Organisation der Gemeinde 30 ff.; *5*
Organisationsleitung der NSDAP 140
Organisation Todt (OT) 179; *170 a*
ORT (Obschestwo Remeslennow i semledeltscheskowo Truda sredi jewrejew w. Rossii ~ Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden) *38*
Orthodoxie 34, 98; *37*
Ortsgruppenleitung der NSDAP 191
OSE (Oeuvre de Secours aux Enfants et de

Protection de la Santé des Populations Juives) *38*
Ostjuden 30 f., 38, 100, 102; *38*
Ostjüdischer Frauenverein 38
Ostmitteleuropa 100
Otterstadt 275

Pacelli, Eugenio (Pius XII.) *258 a*
Palästina 34, 92 f., 98, 100 ff., 108, 231; *1, 8, 26 a, 31, 71, 86, 88, 89, 157 b, 229*
Palästinaamt der Jewish Agency 108
Palästina-Heime *31*
Palliére, Aimé *9*
Papsttum 220, 224, 227
Paraguay 98
Paris 194; *38, 120 b, 131, 161, 207, 279 e, f*
Parteiprogramm 172, 205
Passantenkasse s. Verein zur Speisung ortsfremder israelitischer Armer
Passarge, Walter 193
Pau (Frankreich) 40, 259
Paulusbund s. Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht reinarischer Abstammung
Paulusinterpretation 28
Pazifismus *125 c*
Pechstein, Max 209
Personalakten 18, 22
Perth-Ainbow (USA) 92
Pessach 45; *7, 38*
Pestalozzi-Schule 94
Pétain, Henri Philippe *40*
Pfalz 57, 103, 201; *8, 20, 103 b*
Pfarrer 88, 106, 225 f.
Pfeiffenberger, Otto 213
Pfeiffer, Paula *39 d*
Pforzheim 138 a
Pius XII. s. Pacelli, Eugenio und Heiliger Stuhl
Plato, Siegfried *142, 225*
Plattner, Fritz 131; *114*
Platz, Irma *39 d*
Pogrome 50, 58, 105, 146, 152, 165, 176, 187, 197, 199, 204, 214; *35 a, 220 c, 225, 230, 254*
Pohl, Ernst *267*
Polen 74, 89, 100, 104, 167, 203, 227; *7, 21, 33, 34, 50, 87, 92, 176 a, 212 g, i, 216, 234, 251, 261, 278, 283, 285 a*
Politischer Katholizismus *267*
Polizei 26, 113, 121 f., 149 f., 154 f., 161 f., 167 f., 175, 187, 196 ff.; *1, 21, 33, 34, 35 a, 39 a, 93, 105, 125 b, c, 219, 220 a, b, 282 a*
Pollak, Siegfried *143*
Pommern 21
Posen 176 a
Posse, Hans Ernst 193
Prag 131, 251
Presse 21, 23, 47, 51, 58, 77, 91, 112, 118, 132, 150, 196, 205 ff.; *98, 125 c, 131, 220 b, 237, 248, 254, 263, 272*
Prinz, Joachim 101 f.
Privatdetektivinstitute 18; *208 a, b*
Privatschule 78, 95
Privatunterricht 80 f., 91; *21*
Propaganda 20, 22, 29, 31, 45, 48, 60, 77, 107, 113, 117 f., 122, 130, 195, 207, 211 ff., 220 f., 227
Purfürst, Peter *230, 253*
Pyrenäen 38, 39 b

Quäker (Society of Friends) 24, 26, 106 f., 224; *37, 38, 39 b, 39 g, 97, 276*
Quatfasel, Richard *136*
Quick, Hans *282 a*
–, Karl *282 a*

Radbruch, Gustav 15
Rack, Otto *1*
Ramsperger, Hermann 140
Rappmann, Bruno 192
Rasse(n) 28, 48, 67, 77, 79, 100, 107, 112, 132 f., 156, 173, 181, 184 f., 209, 211, 219, 226, 228; *21, 69, 103 b, 115, 129 a, 197, 212 h, 215 b, 249 a, 251, 278, 279 f, 280*
– begriff 24; *7*
– gesetzgebung 41, 55, 62, 64, 70, 170; *276*
– lehre *276*
– politik 16, 28, 67, 69, 78, 83, 85, 90, 96, 120, 125, 132, 226, 228; *69, 197*
– politisches Amt der NSDAP 164 f.; *121 a*
– schande 54, 213 ff., 229; *158, 197, 203 b, 204 b, 205 a, b, d, 206, 208 a, 210, 211 c, 212 c, f, i, 215 a*
Rath, Ernst vom 58, 199
Reaktionen des Auslands 169
Rechtsanwaltskammer 21, 184
Rechtsberatungsstelle *179*
Rechtsbeugung 122, 188; *212*
Rechtsextremismus von Juden 49
Refugiés *37*
Rehfisch, H. J. *279 e*
Reichling, Lina *165 f, g*
Reichsanleihe 156
Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 178

Reichsärzteführer 186; *187 c*
Reichsautobahnen 178; *148, 149, 254*
Reichsbeauftragter für Eisen und Stahl 142
Reichsbund der deutschen Beamten 118
– jüdischer Frontsoldaten 34, 42, 45; *5, 12, 13, 14, 220 c;* Abbildung bei *98*
Reichsbürgergesetz 69, 74 f., 80, 82, 86 ff., 114, 134, 144, 146, 163, 167, 170 f., 184, 186, 188, 231; *21, 47, 61 a, 97, 120 c, d, 131, 170 b, 181 a, 192, 209 d, 212 h, 215 b*
Reichserbhofgesetz *131*
Reichsfahne *68*
Reichsfriedhofsgesetz *139 b*
Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei 64; *55*
Reichsgericht 180
Reichsgründung 31
Reichsinteresse für Fliegerschäden 189
Reichsjustizkommissar 130
Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete 187, 193
– für das Land Baden *176 a*
Reichskonkordat 223
Reichskulturkammer *129 a*
– gesetz *248*
Reichskulturwalter *129 a*
Reichsleistungsgesetz 64
Reichsmusikkammer *129*
Reichsrat s. Badischer Bevollmächtigter
Reichssicherheitshauptamt 61, 187; *48, 258 c*
Reichssippenamt *215 b, c, 283*
Reichsstelle für Sippenforschung *215 a*
Reichstagsbrand *254*
Reichstagswahl 205; *267,* Abbildung bei *98*
Reichstreuhänder der Arbeit 114, 117, 119, 123, 126, 130, 132 ff., 143, 153, 170, 218; *239, 275*
Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht reinarischer Abstammung (Paulusbund, Vereinigung 1937) 105 f.
– der Juden in Deutschland 109
– der jüdischen Kulturbünde 58
Reichsvereinigung der Juden 59 f., 64, 80, 89, 106, 231; *21, 45, 46, 47, 48, 79, 84, 97, 169 a, 258 c*
Reichsverfassung 231; *62*
Reichsvertretung der deutschen Juden (bzw. der Juden in Deutschland) 53, 80, 82, 92, 96, 231 f.; *7, 11, 26 e, h, i, j, 27, 84, 157 b, 191*
Reichswirtschaftsrat 179
Reimann, Babette 155
Reims 129 a
Reinach/Kanton Aargau 117 a
Reinfeld, H. *279 j*
Reinmann, Jacob 161
Reinmuth, Fritz *132*
Reiss s. Gebrüder Reiss
Reiss, Alfred *66*
–, Honora *35*
Religiös-liberale Vereinigung Mannheim *3, 5*
Religion(s) 30, 34, 48, 52, 230 f.; *1, 6, 26 c, 66, 71, 73, 79 a, 129 a, 170 b, 197, 215 b, 220 c, 279 a, f, h*
– gesetze 31, 59 f., 94; *197*
– unterricht 82, 90 ff., 226 f., 231; *68, 252, 253, 256, 279 b*
Rennert, Isaak *4*
Renninger, Carl 61, 97, 116, 121, 128, 137, 141, 146, 154, 158, 160, 173 ff., 197, 219; *56, 58, 238*
Ressource-Gesellschaft 172
Rettig, Franz *266*
Retwitzer, Oscar *3, 4*
Revolution 130, 133; *7, 71, 130, 131, 270*
Rheinfront (Zeitung) 218
Rheinische Baby- und Kinderschuhfabrikation GmbH 157
Rheinische Gummi- und Celluloidfabrik Neckarau *237*
Rhein-Mainische Volkszeitung *249 a*
Rhonheimer, Berthold *225*
Richter, Karl *229*
Riga 251
Ring Jüdischer Jugend *5*
Ringel 150
Rings, P. E. *190*
Ritualmord an Nichtjuden 222
Rohaluminiumwerk Rheinfelden *120 c*
Rohrhurst, Karl *191*
Rohstoffversorgung 55, 136, 154, 162
Rose, Fritz *118*
–, Walter 160
Rosenbach, Agnes *276*
Rosenfeld, Fritz *258 a*
–, Margarita *258 a*
–, Samuel *51 b*
Rosenstock, Joseph *127*
Rosenthal, Frank *35 b*
–, Fritz *276*
–, Karl *208 a*
–, Karl Oskar *21*
Rosenzweig, Franz 36
–, Siegfried 152
Rotarier 209
Rotes Kreuz *1, 35 a, 39 b, 52, 202*

Roth, Reinhold 121, 197; *100, 127, 187 b, 234*
Rothheimer, Sigmund 71
Rothmund, Alfred oder Karl (Arzt) *1*
Rothschild s. Gebrüder Rothschild
–, Michael *18, 99*
–, Siegfried 68, 85
Rottach 279 i
Rotterdam 98, 187
R'schoim *229*
Rückerstattung von Vermögenswerten 25, 203
Rückert-Detektive, Stuttgart *208 a*
Rückführung *52 c, d*
Rückwanderer 100; *24*
Rumänien 38
Rundfunkverbrechen *276*
Rußland 99; *7, 38, 52 c, 87, 92, 251, 283, 285 a*
Rust, Bernhard 83

SA s. Sturmabteilung
Saarbrücken 99, 180
Saargebiet 99, 104
Sabbat 31, 94 f.; *35 b*
Saboteur des Wiederaufbaus 129
Sachsen 40
Sachsenhausen 229; *159 a*
Säuberung *127*
Salat, Adolf 35 a
Salomon *229*
Salzburg 90 a
Samara/Ukraine 215 a, b
Samson und Co. *224*
Sandhofen 206; *285 a*
Sandhofener Anzeiger 206 f.
St. Marie à Py (Frankreich) 129 a
St. Blasien 263
St.-Hedwig-Klinik 63; *214 b*
St. Konradsblatt 228
St. Raphaels-Verein 106 f., 223; *97, 258 a*
SAP s. Sozialistische Arbeiterpartei
Schaaf, Atelier für Grabmalkunst *140, 141*
Schacht, Hjalmar 114
Schächtverbot *6*
Scharff, Klara *36*
Scheffelmeier, Karl *19, 239*
Scheinarisierung 125, 135
Scheiner *35*
Scheuer, Berthold 184
Schick, Karl *132*
Schifferstadt 157 b
Der Schild (Zeitung) 45
Schiller, Direktor *92*
Schiller-Medaille *237*
Schlabrendorff, Fabian von 73
Schlerf, Heinrich 142 f.
Schloss, Arthur *18*
Schloßberg, Emanuel 161
Schloßgefängnis *35 a*
Schloßmuseum 193
Schmeidler, Jakob *225*
Schmenger 160
Schmich *270*
Schmidt, Studienrat, Stellvertreter des Kreisleiters *100*
Schmitt und Zimmermann *165 f, g*
Schmoller, Warenhaus 150, 216
Schneider, Hermann 176, 199, 202; *163*
–, Johannes *237*
–, Regierungsrat *93*
Schöffer, Friedrich *208 b*
Schönberg, Arnold *128*
Schorsch, J. *19*
Schott 139
–, Albert *266*
–, Thekla 162
Schowuoth *7*
Schreck-Elz, Lisa *195*
Schreckenberger 155
Schriesheim 282 a
Schüssler, Walter *238*
Schütz, L. 185; *100, 186*
Schuhmacher-Einkaufsgenossenschaft 133; *104*
– Pflichtinnung 133
Schulabteilung der Reichsvereinigung 89
Schulaufsicht 89
Schule 30, 48, 57, 59, 65 ff., 230 ff.; *1, 21, 46, 65, 66, 67, 68, 69, 70 b, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 214 c, 252, 279 b*
– für Judentumskunde 96; *26 c, e, f, i, j, 27*
Schulgeldangelegenheiten 31, 53, 76 f., 80, 86, 91, 96 f.
Schulpflicht 80 f., 90; *70*
Schulwesen 74
Schulz, Karl 181
Schuster *276*
Schutz der Wirtschaft 132
Schutz- bzw. Vorbeugehaft 22, 54, 99, 113, 129, 131, 133, 206, 210, 228 f.; *94 b, 102, 114, 122 a, 155, 157 b, 158, 159, 160, 161, 203 b, 206 b, 220 c, 276, 282 a*
Schutzmaßnahme 111, 126, 169, 197
Schutzstaffeln der NSDAP (SS) 113, 125; *35 a, 38, 40, 47, 100, 222 b, 226, 255 a, 264, 272, 278*
Schwager, Willi 168

Schwarz, Irwin 99
Schwarzschild, Hermann 162
Schweden 23; *122 b*
Schweiz 170 f., 200, 203; *21, 39, 40, 44, 94 b, 95, 117 a, 120 c, 131, 161, 207 a, 214 b, 229*
Schweizer, Adolf Max *172*
Schweizer Hilfe *38*
Schweizerisches evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche *254*
Schwerkriegsbeschädigte 118, 174; *13, 160, 166 a, b, e, g, 232*
Schwetzingen 215; *60 e*
Seckenheim 223, 271
Secours National *38*
– Suisse *38*
Sederabend *38*
Seelig, Eva 162
Seeliger, Nathan 155; *211, 261, 268, 269*
Seith, Wilhelmine *37*
Selb, Emil 182; *179*
Selbstmord 46, 59, 73, 77, 84; *21, 35 a, 36, 38, 43, 51, 204 a, 209 a, 246, 259, 276, 279 g, 282 a*
Selbstschutz *251*
Seldte, Franz 125
Selig, Rudolf 181
Seligsberg, Rosa 39
Sellmann, Franz *267*
Selz, Otto *58*
Sentemann, L. *39*
Separatisten *13*
Seubert, Robert *187 b, 188 a*
Sfard Verein Schomre Schabos 35
Shanghai 104
Shaw, George Bernard *125 a, c*
Siam 122 b
Sicherheitsdienst *53, 220 b*
Sicherheitspolizei 26, 60, 122; *153, 154, 228, 282 b*
Sicherungskonten 148
Sickinger, Anton *86*
Sieberling, Karl *135*
Siegel, Eugen *225*
Silberstein, Max *172*
Simon, Gemeindebediensteter *229;* Bild 14
–, Otto 37, 181; *3, 4, 24, 87*
Sinzheimer, Max *18*
Sippenhaft 13
Sittlichkeitsverbrechen *197, 212 b*
Skandinavien 41
Slaven *251*
Society of Friends s. Quäker
Sohn, Siegfried 161
Soldan-Stiftung s. Hans-Soldan-Stiftung
Solms, Graf *207 b*
Sommerfeld, Heinrich *56*
Sonder, Alfred *4*
Sondergericht Frankenthal 210
– Mannheim 21 f., 204, 210, 226; *262, 276*
Sonderklasse (der jüdischen Schule) 78 f.; *69, 72, 73*
Sonderkommissar für das Heilwesen in Baden 185; *15 b*
Sonderrecht 17, 22, 67, 86, 96, 131, 149, 187, 231; *1, 21, 97*
Sonderstellung 31, 71, 75, 143, 145, 169; *7, 97, 113, 129 b, d, 169 b*
Sonnemann, Kurt *18*
Sonnenschein, Joseph *30*
Sonthofen 21
Souchez (Frankreich) 129 a
Sozialarbeit s. Fürsorgearbeit
Sozialdemokraten 22, 71, 99, 105, 172, 205; *245*
Sozialisten *243*
Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) *272*
Spanien 38, 94 b
Spartakisten *13, 129 a*
Speidel, Hans 202
Speier, J. 154
Speisung (jüdischer Bedürftiger) 41
Spiegel, Leo *40*
Spinner, Christian *257 a*
Spiro, Alfred *21*
Sportschule Bloch, Stuttgart 89
Spuler, Otto 18
SS s. Schutzstaffeln der NSDAP
Staadecker, Julius *3, 4*
Staatenlosigkeit 37, 41, 167; *87, 205 b*
Staatliches Gesundheitsamt *159 c*
Staatsangehörigkeit 37, 48, 74, 77, 79, 88 f., 100, 167, 203
Staatsjugend s. Hitler-Jugend
Staatskommissar für das Unterrichtswesen 66
Staatsprüfung für das Wissenschaftliche Lehramt an Gymnasien 95
Stadtrabbinat 78, 94
Stadtrat 61, 154
Stadtratsprotokolle 174 f., 220; *132, 135, 136, 245*
Stadtschulamt 79, 82, 90; *61 a, b, 72 b, 73, 74, 77, 78, 79 a*
Stadtschulrat 82
Städtische Krankenanstalten 19, 63 f., 173 f., 181; *21*
– Pressestelle *64*

– Sparkasse 174
– Werke *110, 113 a, 188, 245*
Städtisches Ernährungs- und Wirtschaftsamt 190; *48, 163, 164, 166, 167, 168, 169*
– Hochbauamt 153, 161
– Vermessungs- und Liegenschaftsamt 161
Stahl, Baruch 36, 79, 82, 87; *29, 61 b, 72 a, b, 73*
–, Johanna *3, 4*
Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten *125 a*
Stalin, Josef *266*
Stalingrad 283
Stark, Friedrich 126, 133
Steiermark 40
Stein, Berthold *3, 4*
Steiner, Moritz 59; *21*
–, Willy *3*
Steinert, Karl *283*
Steinfeld, Julius *3*
Stellvertreter des Führers 18, 169, 212; *117 b, 129 a, 166 b, d, g, h, 187 a*
– des Kreisleiters *100*
Sterilisation *195, 285 a*
Stern, Alfred *262*
–, [Alfred?] *9*
– Ignaz *21*
Sternheimer, Babette Eugenie *263*
Stettin 21, 39 a, 258 c
Steyr 225
Stiefel, Ernst 181
–, Karl *3, 4*
Stöckinger, Jos. 145; *121 a*
Störz, vermutlich: Störk, Wilhelm *245*
Straßburg/Elsaß 176 a, 272, 282 a, 285 a
Straus, Ernst Bild 17
–, Hermann Bild 17
–, Jacob Bild 17
–, Ludwig Theodor Bild 17
Strauß, s. Geschwister Strauß
–, Berthold *3, 4, 37*
–, Julius *3, 4, 40, 160*
–, Max 154
–, Moritz *3, 4, 30*
–, Olga *36*
–, Otto *36*
–, Sigmund *36, 58*
– und Co 159
Strebelwerk *285 a*
Streicher, Julius *247*
Ströble, Frau *261*
Stroh, Amtsgerichtsrat *172*
Strümpfelbrunner Tagung 89
Studienverein 33
Stückgold, Bertha *230*
Der Stürmer (Zeitung) 72, 214, 222; *110 a, b, 247, 268, 269, 278*
Sturmabteilung der NSDAP (SA) 17, 47, 68, 102, 113, 119, 122, 128, 180, 182, 196, 198 ff., 206, 208, 210; *98, 100, 103 b, 220 a, b, 222, 223, 225, 226, 230, 233, 234, 247, 255 a, 261, 264, 279 d, 283*
– Gruppe Kurpfalz 169, 196, 199, 230; *220 a, b, 222*
– Standarte 171 113, 125, 196, 208; *98, 220 b*
Stuttgart 18; *39 f, 160*
Sudetenland 21
Südamerika (s. a. Lateinamerika) 157 b
Südbayern 40
Süddeutsche Bewachungsgesellschaft 116
Süddeutsche Kabelwerke *92*
Südhessen 102
Südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft *77*
Sühneabgabe 146
Süpag AG 157
Süpag, Dummeldinger und Co. KG 157
Sulzberger, Max *3, 4*
Sureté *40*
Synagoge 33, 35, 181, 199 ff.; *1, 35 a, 142, 143,* 222 *223, 224, 225, 226, 228, 229, 231*; Bild 2
Synagogenchor 28
Synagogenrat 30, 32 f., 39, 44, 80, 83, 97, 165; *3, 4, 18, 19, 25, 26 h, i, 37, 72 a, 73, 80, 82, 86, 229*

Tabak 28, 138, 144
Talmud 213, 219, 222; *197*
Tarnung (s. a. Scheinarisierung) 125, 221; *105, 117 a, b*
Taufe 28, 221; *21, 279 a, h*
Technische Hochschule Danzig *272*
– Darmstadt *276*
– Stuttgart *276*
Tefilin, Tefilla *229*
Tel-Aviv 86, 87
Telkamp, Heinrich 192
Thalheimer, Gustav *3*
Theodor-Herzl-Schule 233
Theresienkrankenhaus *21*
Theresienstadt 21, 40, 52 a, c, 84, 237
Thoms, Walter 142
Thora 35; *229*
Thüringen 21
Tietz, Ludwig 96; *27*
Tirol 21
Todesstrafe s. Androhung

Toleranz 229
Toulouse 1, 259
Tradition 12, 44, 58
Transatlantica 188
Traub, Hedwig 87
Traumann, Erich *187 a*
Trautmann 163
–, Frau *204 a*
Treitel, Otto 65
Trennung der »Nichtarier« von der übrigen Bevölkerung 27, 59, 63, 75 f., 78, 80, 83, 86, 89, 96 f., 174, 177, 182, 184, 213, 219, 230; *1, 57, 58, 66, 69, 70, 72 b, 106, 111, 114, 128, 131, 132, 133, 134, 135, 145 a, 155, 187 b, 203 a, 216, 248*
Trummer, Karl 193
Tschechoslowakei 162; *7, 52 c*
Tuberkulose *159 c, d*
Türkei 38
Tulla-Oberrealschule 71, 74; *60 d*
Tumultschäden 164, 181
Tuteur, Paula *39 d*
Typhus *1, 21, 39 e*

Überalterung 101, 232; 2
Überfremdung 111, 228; *251*
Überwachung 138, 215
Ullmann, Willi *3, 4, 18*
Umbenennung *132*
Umschichtungsprozeß 56, 167; *9, 31*
Unbedenklichkeitsbescheinigung *90 a*
Ungarn 38, 92, 251
United States Army *21, 220 c*
Universität Heidelberg *177*
Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene, Frankfurt/M. *215 b*
Unna, Isaak Bild 14
Unternehmer 47
Untersuchungshaft 21; *205 b, 211 b, 262*
Uruguay 237
Utermühl, Heinrich 159
USA s. Vereinigte Staaten von Amerika
Vahlen, Franz, Verlag Berlin *237*

Valance (Frankreich) 1
Verband akademischer Kriegsteilnehmer *60 b*
– ostjüdischer Organisationen 38
– der Polnischen Staatsbürger *212 d*
Verbundenheit mit der deutschen Kultur und Gesellschaft 34 f., 42, 45
Verdun 283
Vereidigung 88
Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufe 36; *5, 29*
– zur Förderung des Israelitischen Religionsunterrichts 33
– (selbständiger) jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender 27, 36 f.; *28, 30*
– für Mädchenausstattung *5*
– zur Speisung ortsfremder israelitischer Armer (Speiseverein) 37; *5, 24, 87*
– zur Wahrung des gesetzestreuen Judentums *5*
– für Wanderfürsorge *5*
Vereinigte Staaten von Amerika 100, 103 f., 166, 173; *17, 21, 39 b, c, g, 123 a, 157 b, 160, 197, 211 b, 271, 278*
Vereinigte Verwaltung der Israelitischen Krankenunterstützungsvereine 38
Vereinigung 1937 s. Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger
– der Ostjuden in Mannheim 38
– privater Initiative mit Aufgaben der Gemeinde 44, 58, 231
Vergebung öffentlicher Aufträge *112, 113 a, b*
Verhaftung 201, 206
Verhalten der Beamten 73, 175; *65, 242*
– der Bevölkerung 17, 65, 97, 120, 178, 198, 201, 221 f., 228 f.; *1, 38, 106, 137, 225, 227, 249 a, 272, 273, 274, 275, 276*
Verkehr mit Juden 136 ff.; *111, 118, 121 a*
Verkehrswert für Grundstücke 161
Verleumdung 212 f.
Vermögen *21, 53, 90 a, 123 a, 142, 282 a*
Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden 144, 148, 151; *55, 209 a*
– zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben 55, 114, 145, 147 ff.; *123 b*
– über den Einsatz des jüdischen Vermögens 145, 147 f., 158 f.; *21*
– über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften 147
– zum Schutz von Volk und Staat 187
– zur Sicherung der Preisüberwachung bei Grundstücken 161
Verordnungen zum Schutz der Wirtschaft 131
Verpflichtungserklärung öffentlich-rechtlicher Bediensteter 88
Versippt s. Jüdisch versippt
Versöhnungsbund *276*
Vertreter (Berufsstand) 138, 151, 179; *108, 116 a*
Verwaltungsstelle der Reichsvereinigung 85

Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen 98, 188 ff., 229
Vielhauer, Philipp *255*
Vierjahresplan 145; *165 b, c*
Viernheim 282 a
Viktoria-Club von 1910 *225*
Vincentinum, Erziehungshaus in Würzburg *283*
Völkerbund *7*
Völkisch 78; *7, 15 b, 69, 72 b, 73, 125 c, 131, 190*
Völkische Buchhandlung *127*
Völkischer Beobachter 211 f., 216; *197*
Vogel, Lilli *13*
Voisin, Hugo *126*
Volksauflauf 196, 205, 208; *220 a, b*
Volksbank Weinheim *282 a*
Volksgemeinschaft 222
Volksgemüt *254*
Volksgenosse 219
Volksgerichtshof 230; *96*
Volksstimme (Zeitung) 205, 210
Volkswirtschaft 216
Volkszorn 128, 130, 197, 210, 214, 230; *125 a, b, 219, 225, 226*
Vollberg, Max *273 b*
Volmari, Josef *186*
Vorarlberg 21
Vorbeugehaft s. Schutzhaft
de Vries, Sydney *126*

Wach- und Schließgesellschaft 115 f.
Wacker, Otto 230
Waffenstillstand *52 b*
Wagner, Margaretha *212 f*
–, Richard *128, 131*
–, Robert 59, 67, 113, 115, 199; *58, 98, 238, 258 c*
–, Wilhelm 28
Waisenhaus *81*
Waisenverein *5*
Waldeck, Bertel *246*
–, Florian 180, 213, 215; *246*
–, Helene *51 a, b*
–, Hermann *51 b*
Waldkirch 237
Wallenstein 151
Walli, Otto *58*
Walter, Julius 70
Warburg, Max *84*
Warenhäuser 20, 113, 117, 123, 130, 150, 215 ff.; *98, 103 b, 115, 119, 175, 194*
Warner, Fred J. s. Feibelmann, Werner
Warschau 100; *35, 176 a, 272*
Wehrdienstentziehung *284*
Wehrmacht (Reichswehr) *129 a, 131, 215 a, 282 a, 283, 284*
Wehrunwürdigkeit 179; *152, 170*
Weidmann'sche Buchhandlung Berlin *237*
Weigert, Kurt 60, 85, 101; *21, 79 a, 153, 191*
Weihnachtsgratifikation 124
Weil/Rhein 1
Weil, Benno *19, 99*
–, Emil A. 158, 183; Bild 17
–, Hans *188*
–, Julius *4*
–, Otto *172*
–, Rose *220 c*
–, Sigmund *21*
Weil-Stiftung s. Emil A. Weil-Stiftung
Weiler, Otto *157 b*
Weill, Hans *4*
–, Leopold *3*
Weimarer Republik 32, 37, 47, 67, 72, 90, 232; *131*
– Schulsystem 90
Weinberg, Manfred 164
Weinberger, Alfred *21*
–, Max 127
Weingart, Henriette *21*
Weinhaus Badenia *106 a*
– Treutle *106 a*
Weinheim 85, 183, 211, 218; *78, 180, 249 b, 282 a*
Weinkauff, Karl *142*
Weissmann, Siegfried *72 a*
Weisungen des Oberbürgermeisters *110 b, 111, 188 a*
Weltwirtschaftskrise 32, 36, 40 f., 51, 101, 120, 205
Werberat der deutschen Wirtschaft, Berlin 219
Werkleute (Jugendbund) *5*
Wertheim 198
Wertheimer 156
–, Erben 154
–, Harry W. *220 c*
–, Hugo *220 c*
–, Rika *220 c*
Westeuropa 99, 103, 106
Westfalen 114
Westheimer, Fritz *30*
Westwall 179; *170 a*
Wetzel, Otto 173; *56, 58, 127, 130*
Wetzlar, Heinrich *172*
Wetzler, Salomon *78*
Weyl, S. *192*
Widerruf von Ausbürgerungen 99 f.
– von Einbürgerungen 41, 99 f.

Widerstand der Bevölkerung 17, 72
Widerstandskraft 58, 128
Wiedergutmachung 25, 100, 102, 200
Wien 135
Wiesbaden 282 a
Wiesloch 47, 83 a
Winnweiler 157 b
Winterhilfe des deutschen Volkes 51 f., 118, 185; *22, 226, 254, 268, 276*
– der jüdischen Gemeinde 51 f.; *22, 23, 81, 85*
Wipkingen/Basel 254
Wirtschaftsantisemitismus 100
Wirtschaftsfürsorge 40 f., 53
Wirtschaftsgruppe Einzelhandel 139, 189 f., 192; *225*
– Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel 142
Wirtschaftskammer Baden 150
Wirtschaftsstruktur 20, 170 f.
Wöchnerinnenfürsorge 39; *20*
Wohlfahrt 31 f., 40 f., 44, 50 ff., 55, 59, 100, 132, 165; *8, 22, 23, 38, 84, 86, 87*
Wohlwert *100*
Wolf, Arnold 155
–, Emil *149*
Wolff, Albert *39 d*
–, Alfred *21, 39 d, 192*
–, Paula 155
–, Rosel 168
Wolhyniendeutsche *53*
Woolworth *100*
Worms 85
Hermann Wronker AG 129 ff., 134 f., 216; *114*
Wuppertal 276
Wurth, Nikolaus *251*
Württemberg, 78
Würzburg 20, 129 a, 283
Würzburger, Michael *3, 4*
Würzweiler, Gustav 30; *3, 4, 20, 118, 263*
–, Sigmund *263*
Youngplan 211

Zahn s. Gebrüder Zahn
Zangwill, Israel *9*
Zarnitzer, [Erna?] *229*
Zatskis, Nathan. Bild 14
Zatzkis, Hermann *278*
Zbaszyn (Polen) 35 a
Z'doke-Gelder *229*
Zenker, Rudolf *21*
Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Amsterdam *162 d*
– für jüdische Wanderfürsorge für Baden und Pfalz 37, 43, 105; *24*
Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden *22, 84*
Zentrumspartei *110 a, 125, 267*
Zerbe und Kaufmann 152
Zeugen Jehovas 22
Ziegelhausen bei Heidelberg 154
Zigarrenfabrik Gebrüder Feibelmann *117*
– Hediger und Co. 144, 146; *117*
– Jacobi 125; *105*
Zigeunermischling *285 b*
Zimmern, Hugo 163
Zionismus 31, 34, 42, 49, 98, 100, 102, 231; *84, 86, 89, 279 b*
Zionistische Ortsgruppe Mannheim *3, 5*
Zivi, Emil Friedrich 84
Ziviltrauung 31
Zizler, Josef *19*
Zollamt Mannheim 189, 191
Zürich 94 b
Die Zukunft (Zeitung) 195
Zutt, Willi *117 b*
Zwangsarbeit *40*
Zwangsentjudung 61, 168
Zweibrücken 210

Literatur zur Geschichte des jüdischen Volkes

Martinus Adrianus Beek
Geschichte Israels
Von Abraham bis Bar-Kochba
2. Auflage. 184 Seiten, 16 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln. Urban-Taschenbücher 47. Kart. DM 7.20

Gerhard Lisowsky
Kultur- und Geistesgeschichte des jüdischen Volkes
Von Abraham bis Ben Gurion
311 Seiten. 25 Zeichnungen. Leinen DM 26.–

Sabatino Moscati
Die altsemitischen Kulturen
3., völlig neubearbeitete Auflage.
240 Seiten. 20 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln Urban-Taschenbücher 3. Kart. DM 8.80

Helmer Ringgren
Israelitische Religion
XI u. 326 Seiten. 1 Karte. Die Religionen der Menschheit, Band 26.
Subskriptionspreis Leinen DM 40.–, Einzelpreis DM 45.–

Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg

Band 16/17:
Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933 bis 1945.
Hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart.
Bd. 1: LII und 346 S. Bd 2: 414 S. Leinen, beide Bände zus. DM 32.–

Band 18:
Paul Sauer: Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern.
Denkmale – Geschichte – Schicksale.
Hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart.
XIV u. 231 Seiten mit 131 Abb.
Leinen DM 25.–

Band 19:
Franz Hundsnurscher u. Gerhard Taddey: Die jüdischen Gemeinden in Baden.
Denkmale – Geschichte – Schicksale.
Hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart.
237 S., 255 Abb., 1 Kt. Leinen DM 36.–

Band 20:
Paul Sauer: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs 1933–1945.
XVI, 468 Seiten. 53 Abb. Leinen DM 32.–

Beiband zu Band 20:
Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945
Ein Gedenkbuch. XVI, 478 Seiten. 1 Tafel. Leinen DM 24.–

Verlag W. Kohlhammer, 7 Stuttgart 1, Urbanstraße 12–16, Postfach 747